 Bundesministerium für europäische
und internationale Angelegenheiten

Außenpolitischer Bericht

2007

Jahrbuch der Österreichischen Außenpolitik

**Bundesministerium für europäische
und internationale Angelegenheiten
Minoritenplatz 8
A-1014 Wien**

Telefon: während der Bürozeiten an Werktagen in der Zeit von
9 bis 17 Uhr:
0 50 11 50-0 / int.: +43 50 11 50-0
kostenfreies Anrufservice:
(0800) 234 888 (aus dem Ausland nicht wählbar)

Fax: **0 50 11 59-0 / int.: +43 50 11 59-0**

E-Mail: einlaufstelle@bmeia.gv.at

Internet: www.bmeia.gv.at

Bürgerservice:

In dringenden Notfällen im Ausland ist das Bürgerservice rund um die Uhr erreichbar:

Telefon: **0 50 11 50-4411 / int.: +43 50 11 50-4411**
alternativ:
(01) 90 115-4411 / int.: +43 1 90 115-4411

Fax: **0 50 11 59-4411 / int.: +43 50 11 59-4411**
alternativ:
0 50 11 59-245 / int.: +43 1 50 11 59-245

E-Mail: bereitschaft@bmeia.gv.at

Die Möglichkeiten zur Hilfeleistung an ÖsterreicherInnen im Ausland sind auf der Homepage des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten www.bmeia.gv.at unter dem Punkt „Bürgerservice“ ausführlich dargestellt.

Außenpolitischer Bericht

2007

**Bericht der Bundesministerin für
europäische und internationale Angelegenheiten**

Medieninhaber und Herausgeber:
Bundesministerium für europäische
und internationale Angelegenheiten
Minoritenplatz 8, 1014 Wien

Gesamtredaktion und Koordination:
Ges. MMag. Thomas Schlesinger, MSc.
Dr. Johannes Aigner
Mag. Andreas Ehrmann, Mag. Johannes Högl und Mag. Agnes Neid

Gesamtherstellung:
Manz Crossmedia GmbH & Co KG
Stolberggasse 26, 1051 Wien

Vorwort

„Das Außenministerium – weltweit für Sie da“: Das ist nicht nur ein Motto, sondern unser konkreter Auftrag.

Die neue Sicherheitskarte mit sämtlichen weltweit gültigen Kontaktinformationen für eine plötzliche Notlage im Ausland sowie ein rund um die Uhr erreichbares Team, das rasch und unbürokratisch Hilfe leistet, stehen für ein effizientes Bürgerservice. Im Jahr 2007 haben wir in rund 115.000 Fällen Österreicherinnen und Österreichern im Ausland konsularische Hilfe geleistet, was gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung von etwa 17 Prozent entspricht.

Das neue Portal www.aoe-ratgeber.at, der Ratgeber für Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher, vereinfacht den Zugang der rund 450.000 „ÖsterreicherInnen in der Welt“ zu für sie relevanten Informationen und trägt dazu bei, den Kontakt mit der Heimat zu erleichtern. Mit der seit 1. Juli gültigen Wahlrechtsreform, die eine echte Briefwahl im Ausland möglich macht, ist die Stimmabgabe bedeutend einfacher und bürgernäher geworden.

Im Jahr 2007 haben wir – mit dem Rückenwind einer engagierten österreichischen EU-Präsidentschaft 2006 – unsere ergebnisorientierte Außenpolitik fortgesetzt.

Ein programmatisches Zeichen dafür habe ich mit der Umbenennung des Hauses in „Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten“ gesetzt: Europa darf nicht als etwas Auswärtiges, Fremdes, gesehen werden. Zugleich wollte ich die Offenheit, Verbundenheit, Partnerschaft und Solidarität unterstreichen, die unsere internationalen Beziehungen heute prägen.

Den Prozess der Wiedervereinigung Europas nach dem Fall des Eisernen Vorhangs vor 20 Jahren konnten wir mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens zur Europäischen Union zu Beginn des Jahres 2007 fortsetzen. Die Einführung des Euro in Slowenien gibt uns die Möglichkeit, noch enger mit den Menschen unseres südlichen Nachbarlandes zusammenzurücken und neben dem wirtschaftlichen auch den menschlichen Austausch zu intensivieren.

Mit der Erweiterung des Schengen-Raums am 21. Dezember und der Aufhebung der Grenzkontrollen zu den Nachbarn in der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn ist uns ein weiterer Schritt des aufeinander Zugehens und des einander Vertrauens gelungen. Dabei haben

Vorwort

wir sorgfältig auf die Einhaltung höchster Sicherheitsstandards geachtet. Erstmals seit vielen Jahrzehnten haben wir Österreicherinnen und Österreicher somit wieder offene Grenzen zu allen unseren Nachbarn.

Die Arbeiten am Vertrag von Lissabon haben uns während des gesamten Jahres begleitet. Ziel des EU-Reformvertrags ist es, die Union demokratischer, verständlicher und handlungsfähiger zu machen und damit eine solide Grundlage für die künftige Arbeit der EU zu schaffen. Als Weiterentwicklung der bisherigen Rechtsbasis sieht er eine Stärkung der Rechte der EU-Bürgerinnen und -Bürger durch den weltweit modernsten Grundrechtskatalog vor. Ein Mehr an Demokratie soll durch die Aufwertung des Europäischen Parlaments und die Stärkung der Mitwirkungsrechte der nationalen Parlamente erreicht werden. Mit strafferen Entscheidungsabläufen und einer präzisen Abgrenzung der Zuständigkeiten von europäischer und nationalstaatlicher Ebene soll mehr Klarheit in das europäische Regelwerk einkehren. Weiters soll die Union auf die Ziele soziale Marktwirtschaft und Vollbeschäftigung ausgerichtet und erstmals auf europäischer Ebene eine Rechtsgrundlage für den Klimaschutz definiert werden. Und mehr als bisher soll Europa in der Welt künftig mit einer Stimme sprechen.

Der EU-Reformvertrag ändert jedoch nichts an unserer Neutralität. Österreich wird weiterhin seine Sicherheitspolitik selbst bestimmen und kann nicht gezwungen werden, sich an einer militärischen Aktion der EU zu beteiligen.

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten hat über die Verhandlungen für den neuen EU-Vertrag laufend informiert. So vor allem auch mit den Tagen der Offenen Tür, die am 25. März aus Anlass des 50. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge und am Nationalfeiertag der Bevölkerung die mit Interesse wahrgenommene Möglichkeit gegeben haben, das Ministerium und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zwanglos kennen zu lernen.

Ohne den Balkan ist die Wiedervereinigung Europas nicht vollständig. Die Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen, wie sie zuletzt mit Montenegro sowie mit Bosnien und Herzegowina abgeschlossen werden konnten, sehen wir als entscheidende Werkzeuge für die Heranführung dieser Region an Europa. Die Visaerleichterungs- und Rückübernahmeabkommen, die mit Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Serbien unterzeichnet wurden, schaffen vereinfachte Reisemöglichkeiten für ausgewählte Personengruppen. Es ist uns wichtig, vor allem den jungen Menschen in der Region Schritt für Schritt das Gefühl der Isolation zu nehmen und ihnen die Möglichkeit zu geben, Europa aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Die gemeinsamen Visa-Annahmestellen mit Slowenien und Ungarn in Chişinău und mit Slowenien, Polen und Ungarn in Podgorica sind Beispiele für gelunge-

Vorwort

ne Zusammenarbeit zwischen EU-Partnern. Mit diesen europäischen Pilotprojekten tragen wir zur Kosteneffizienz und zugleich zur sicheren und raschen Bearbeitung der Visaanträge bei.

Als verlässlicher und solidarischer Partner war und ist Österreich bereit, international Verantwortung zu übernehmen. Rund 1.300 Österreicherinnen und Österreicher waren 2007 im Rahmen von Friedenseinsätzen der EU und der VN aktiv. Für dieses weltweite aktive Engagement, das nicht nur Friedenssicherung sondern auch das Geben echter Zukunftsperspektiven für Menschen in Konfliktregionen beinhaltet, genießt Österreich Anerkennung und Wertschätzung. Mit unserer Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat für die Jahre 2009-2010 möchten wir diesen Weg fortsetzen.

Einen zentralen Platz in unserer täglichen Arbeit nimmt die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit ein. Unsere Konzentration gilt insbesondere den Themen Armutsbekämpfung, Ländliche Entwicklung, Wasserversorgung, Energieeffizienz, Klimaschutz und Bildung unter besonderer Berücksichtigung der Menschenrechte und des Schutzes und der Förderung der Rechte von Frauen und Kindern. Die Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika als wichtigem Zukunftspartner Europas liegt uns besonders am Herzen. Fünf von sieben der außereuropäischen Schwerpunktländer liegen auf diesem Kontinent.

Wir konnten die Position Wiens als Ort des Dialogs stärken. Mit dem neuen ständigen Amtssitz für die OSZE in der Wallnerstraße in Wien unterstreichen wir unsere tatkräftige Unterstützung für diese beispielgebende regionale Sicherheitsorganisation. Die Eröffnung der neuen Grundrechteagentur der EU soll als Kompetenzzentrum den lückenlosen Menschenrechtsschutz in der EU sichern helfen. Als einziger VN-Sitz in der EU und als internationales Kompetenzzentrum für Sicherheitsthemen möchten wir Wien als Knotenpunkt eines immer engermaschigeren Netzwerks von Verbindungslinien zwischen den VN und der EU sowie anderen internationalen Organisationen wie der OSZE oder der OPEC etablieren.

Von einer regen Konferenzaktivität im Jahr 2007 zeugen die Kosovo-Statusverhandlungen, die Gespräche zum Atomkonflikt mit dem Iran, das „Global Forum on Reinventing Government“ mit dem Thema „Vertrauen in Regierungen aufbauen“, die Jubiläumsveranstaltung anlässlich 50 Jahre IAEO in Wien oder die einwöchige Klimakonferenz der Vereinten Nationen als Vorbereitungsstreffen für die Verhandlung eines globalen, umfassenden Klimaabkommens für die Zeit nach 2012. Die Wiener Streunitionskonferenz im Dezember schließlich konnte in der Vernetzung von Regierungen, Nichtregierungsorganisationen, WissenschaftlerInnen und engagierten BürgerInnen einen entscheidenden Impuls für ein umfassendes und völkerrechtlich verbindliches Verbot von Streu-

Vorwort

munition setzen; der österreichische Nationalrat verfügte das weltweit erste Totalverbot von Streumunition. Österreich ist damit Vorreiter in einem wichtigen Segment der Abrüstung bestimmter Waffenkategorien.

Unserem besonderen Anliegen des Dialogs der Kulturen und Religionen haben wir uns mit den Konferenzen „Islam in Europa“ in Wien und „Muslimische Jugendliche und Frauen im Westen – Grund für Besorgnis oder Quelle der Hoffnung?“ in Salzburg gewidmet.

Mit der Internationalen Frauenkonferenz zum Nahen Osten „Women Leaders – Networking for Peace and Security in the Middle East“ und mit dem Symposium „Shaping our European Future – Networking of Serbian and Kosovar Women“ haben wir versucht, Friedensbemühungen zu unterstützen und durch Dialog-Initiativen Grenzen zu überwinden. Dabei wollten wir insbesondere auf die Rolle der Frauen als Trägerinnen der Gesellschaft und als Motoren der positiven Veränderung aufmerksam machen.

Österreich in der Welt sichtbar zu machen ist Ziel der Auslandskulturpolitik. Die Eröffnung von Österreich-Bibliotheken am St. Georgs-Kolleg in Istanbul und in Jekaterinburg sowie eines Kulturforums in New Delhi schafft neue Anlaufstellen für die an unserem Land Interessierten, hilft, die deutsche Sprache besser kennen zu lernen und ermöglicht das Entdecken der vielschichtigen österreichischen Kultur. Es freut uns, dass Österreich ab April 2007 für ein Jahr den Vorsitz im Netzwerk der nationalen Kulturinstitute der EU innehatte. Diese Wahl unterstreicht und anerkennt einmal mehr die von unserem Haus geleistete Arbeit im Kulturbereich.

Aktive Außenpolitik ist Teamarbeit. Ich danke Staatssekretär Hans Winkler und Generalsekretär Johannes Kyrle sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Zentrale und an den Vertretungsbehörden im Ausland für ihren Teamgeist, für ihren Einsatz und für ihre Bereitschaft, ihre persönlichen Fähigkeiten und Talente in den Dienst Österreichs und seiner Menschen zu stellen.



Dr. Ursula Plassnik
Bundesministerin für europäische und
internationale Angelegenheiten

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	III
Inhaltsverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	XV
A. Österreich in der Europäischen Union	1
I. Der Vertrag von Lissabon.....	1
II. Die Erweiterung der Europäischen Union.....	4
1. Bulgarien und Rumänien.....	4
2. Kroatien und Türkei.....	5
3. Die europäische Perspektive der westlichen Balkanländer .	7
4. Außenhilfeprogramme und Verwaltungspartnerschaften der Europäischen Union.....	8
5. Stabilitätspakt für Südosteuropa.....	9
III. Die Politiken der Europäischen Union	9
1. Die Rolle Österreichs in den europäischen Institutionen....	9
2. Die innerösterreichische Zusammenarbeit mit dem Parlament und den Ländern	12
3. Wirtschaft und Finanzen	13
4. Beschäftigung und Sozialpolitik	15
5. Binnenmarkt.....	16
6. Verkehr.....	17
7. Umwelt	18
8. Energie	18
9. Bildung und Jugend.....	19
10. Forschung	20
11. Aufbau eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	21
12. Terrorismusbekämpfung.....	22
IV. Die Außenbeziehungen der Europäischen Union	23
1. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.....	23
2. Die Europäische Nachbarschaftspolitik.....	30
3. Südosteuropa / Westliche Balkanländer	32
4. Die osteuropäischen Staaten.....	39
5. Russland	42
6. Zentralasien.....	45

Inhaltsverzeichnis

7. Naher und Mittlerer Osten, Golfstaaten und Mittelmeerraum	46
8. Nordamerika	51
9. Lateinamerika und Karibik.....	57
10. Afrika südlich der Sahara.....	62
11. Asien.....	69
12. Australien, Neuseeland, Ozeanien	75
B. Österreich in anderen europäischen Foren.....	77
I. Europäische Sicherheitspolitik	77
1. Der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat und die Partnerschaft für den Frieden	77
2. Die Westeuropäische Union.....	78
3. Die Diskussion über US-Raketenabwehrbasen in Europa....	78
II. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.....	79
1. Einleitung.....	79
2. Regionalfragen und Feldaktivitäten	79
3. Die menschliche Dimension der OSZE	82
4. Die politisch-militärische Dimension der OSZE	83
5. Die Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE	84
6. Amtssitz	85
7. Parlamentarische Versammlung der OSZE	85
III. Europarat	85
1. Politische Entwicklungen und Aktivitäten	85
2. Verhältnis zu anderen internationalen Organisationen	86
3. Menschenrechte	87
4. Monitoring	87
5. Hilfsprogramme.....	88
6. Die Organe des Europarats	89
7. Der Europarat und Österreich	91
IV. Zentraleuropäische Initiative	91
V. Nachbarschaftspolitik.....	92
1. Regionale Partnerschaft	92
2. Schweiz, Liechtenstein.....	93
3. Südtirol.....	94
4. Nukleare Sicherheit	96
5. Alpenkonvention	96
6. Zusammenarbeit im Donauraum.....	97

Inhaltsverzeichnis

C. Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik	100
I. Allgemeine Rechts- und Konsularfragen	100
1. Bürgerservice	100
2. Krisenvorsorge und Krisenmanagement	101
3. Hilfeleistung in Zivil- und Strafsachen	102
4. Neue Verträge	102
II. Reise- und Grenzverkehr	102
1. Sichtvermerksangelegenheiten	102
2. Grenzverträge	105
III. Sozial-, Arbeits- und Gesundheitspolitik	105
IV. Die AuslandsösterreicherInnen	105
1. Organisation der AuslandsösterreicherInnen	106
2. Unterstützung österreichischer StaatsbürgerInnen im Ausland	107
3. Die Teilnahme der AuslandsösterreicherInnen an der politischen Willensbildung in Österreich und der Europäischen Union	107
4. eGovernment, eGovernance, eDemocracy, eVoting	108
D. Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit	109
I. Einleitung	109
1. Internationale Grundlagen	109
2. Gesetzliche Grundlagen	109
3. Budget für Entwicklungszusammenarbeit	110
4. Nachhaltige Entwicklung	110
5. Politik-Kohärenz im Interesse von Entwicklung	110
II. Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit	111
1. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit	111
2. Bilaterale Ostzusammenarbeit	115
3. Themen und Sektoren	117
4. Kofinanzierung	120
5. Evaluierung	121
III. Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit	122
1. Die Vereinten Nationen	122
2. Die Europäische Union	125
3. Einsätze von jungen ÖsterreicherInnen	126
IV. Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe, internationale humanitäre Organisationen	126

Inhaltsverzeichnis

2. Österreichische multilaterale humanitäre Hilfe.....	128
E. Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen	131
I. Einleitung	131
II. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen	131
1. Organisatorische Fragen	131
2. Politische Fragen	132
3. Wirtschafts-, Entwicklungs- und Umweltfragen.....	134
4. Menschenrechte	135
5. Drogenkontrolle und Verbrechensverhütung.....	135
6. Sozialpolitik.....	135
7. Internationale Frauenfragen	135
8. Humanitäre Angelegenheiten	135
9. Friedliche Nutzung des Weltraums.....	136
10. Verwaltungs- und Haushaltsfragen	136
11. Völkerrechtliche Fragen	137
III. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen	139
1. Einleitung.....	139
2. Die Reformdebatte.....	139
3. Tätigkeit des Sicherheitsrates	140
4. Friedenserhaltende Operationen	149
IV. Die Kommission für Friedenskonsolidierung.....	151
V. Der Wirtschafts- und Sozialrat	151
1. Allgemeiner Teil.....	151
2. Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa.....	152
VI. Der Internationale Gerichtshof	152
VII. Die Sonderorganisationen und angeschlossenen Organisationen der Vereinten Nationen.....	153
1. Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen	153
2. Internationale Arbeitsorganisation	154
3. Internationale Fernmeldeunion.....	154
4. Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung	155
5. Internationale Zivilluftfahrtorganisation	155
6. Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur	156
7. Weltgesundheitsorganisation.....	157
8. Internationale Atomenergie-Organisation	157

Inhaltsverzeichnis

9. Welttourismusorganisation.....	158
10. Weltpostverein	158
11. Internationale Seeschiffahrtsorganisation	158
12. Weltorganisation für Meteorologie.....	159
F. Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nicht- verbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen	160
I. Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der Massenvernichtungswaffen.....	160
1. Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen	160
2. Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen	161
3. Genfer Abrüstungskonferenz	161
4. Chemiewaffenkonvention	162
5. Übereinkommen über das Verbot von biologischen Waffen und Toxinwaffen	162
6. Ballistische Raketen.....	162
II. Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der Massenvernichtungswaffen.....	163
1. Antipersonenminen.....	163
2. Streumunition	163
3. Kleinwaffen und leichte Waffen	164
4. Ausfuhrkontrolle konventioneller Waffen	164
III. Multilaterale Exportkontrollregime.....	165
G. Der internationale Schutz der Menschenrechte.....	167
I. Einleitung.....	167
II. Menschenrechte in der Europäischen Union.....	167
1. Die Menschenrechtspolitik der Europäischen Union	167
2. Strukturierte Menschenrechtsdialoge.....	171
III. Menschenrechte in den Vereinten Nationen.....	172
1. Der Menschenrechtsrat.....	172
2. Die Generalversammlung.....	174
3. Die Frauenstatuskommission	175
IV. Menschenrechte in der OSZE	176
V. Menschenrechte im Europarat	176
VI. Das Netzwerk Menschliche Sicherheit	177
VII. Schwerpunktthemen.....	177
1. Menschenrechte von Kindern	177

Inhaltsverzeichnis

2. Menschenrechte von Frauen.....	178
3. Kampf gegen Rassismus	179
4. Minderheitenschutz.....	180
5. Binnenvertriebene.....	180
6. Menschenrechtsbildung	181
7. Humanitäres Völkerrecht	181
H. Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen..	183
I. Migrations- und Flüchtlingsfragen	183
1. Migrations- und Flüchtlingsbewegungen.....	183
2. Migrations- und Flüchtlingspolitik in Österreich.....	183
3. Die Internationale Organisation für Migration.....	184
II. Internationale Drogenkontrolle	184
III. Internationale Verbrechensverhütung.....	186
IV. Der Internationale Strafgerichtshof.....	188
I. Multilaterale Wirtschaftspolitik.....	190
I. Die Welthandelsorganisation	190
II. Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	191
1. Internationale Wirtschaft und Finanzen.....	191
2. Wirtschaftsprüfung Österreichs.....	192
3. Jährliche Ministertagung	192
4. Ausgewählte Berichte	192
5. Entwicklungszusammenarbeit.....	193
6. Internationale Energieagentur.....	193
J. Internationale Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik	194
I. Die Weiterverfolgung des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung von Johannesburg 2002	194
II. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen.....	195
III. Globale Umweltschutzabkommen	195
K. Auslandskulturpolitik	198
I. Schwerpunkte	198
1. Auswahl aus der Auslandsprojektarbeit.....	198
2. Auslandskulturpolitische Initiativen	202
3. Kulturelle Förderungen	203
II. Bilaterale Abkommen in den Bereichen Kultur und Wissenschaft	204

Inhaltsverzeichnis

III. Österreich-Bibliotheken.....	204
IV. Wissenschaft, Bildung und Sprache	205
1. Wissenschaft und Bildung.....	205
2. Sprache	206
V. Internationale Sportbeziehungen.....	207
VI. Multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit	208
VII. Die Auslandskulturpolitik im Rahmen der Europäischen Union	209
VIII. Interkultureller und interreligiöser Dialog.....	210
1. Der österreichische Beitrag zur Stärkung des Dialogs.....	210
2. Anna-Lindh-Stiftung	212
3. Interreligiöser Dialog des ASEM	212
L. Medien und Information	214
I. Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten	214
1. Allgemeines.....	214
2. Internetauftritt	214
3. Publikationen	214
4. Pressekonferenzen und Veranstaltungen	215
5. Presserätetagung.....	215
II. Europa-Information.....	215
M. Der österreichische auswärtige Dienst.....	217
I. Einleitung.....	217
II. Arbeiten im Außenministerium	217
III. Das Budget des Außenministeriums auf einen Blick	219
IV. Weltweite Infrastruktur.....	220
1. Immobilieninfrastruktur.....	220
2. Informationstechnologie	221
3. Informationsvermittlung – Wissensmanagement.....	221
V. Vertretungsbehörden – Honorarkonsulate.....	222
VI. Organisationsplan des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten	224
VII. Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren LeiterInnen.....	226
Anhang	231
I. Länderinformationen	231
II. Österreich und die Staatenwelt	380

Inhaltsverzeichnis

III. Diplomatisches und konsularisches Korps in Österreich	385
IV. Wien als Sitz internationaler Organisationen	386
V. Diplomatische Akademie Wien	389
VI. Österreich in internationalen Organisationen	390
VII. Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien	406
Sachindex.....	426

Abkürzungsverzeichnis

AAI	Afro-Asiatisches Institut Wien
AAK	Allianz für die Zukunft des Kosovos
ABA	Austrian Business Agency
ABGB	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch
ABIS	Austria, Benelux, Ireland, Switzerland Österreich, Benelux, Irland, Schweiz [ICAO-Ländergruppe]
ABl	Amtsblatt der Europäischen Union [vor dem 1. Februar 2003: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften]
Abs	Absatz
Abt	Abteilung
ACF	Austrian Cultural Forum Österreichisches Kulturforum
ACO	Allied Command for Operations Alliiertes Kommando Operationsführung
a.D.	außer Dienst
ADA	Austrian Development Agency Österreichische Gesellschaft für Entwicklungszusammen- arbeit mit beschränkter Haftung
ADAM	Automated Donor Assistance Mechanism Automatisierter Unterstützungsmechanismus für Geber
ADB	Asian Development Bank Asiatische Entwicklungsbank
ADEA	Association for the Development of Education in Africa Vereinigung für die Entwicklung der Bildung in Afrika
ADF-RDA	Alliance pour la Démocratie et la Fédération – Rassem- blement Démocratique Africain Allianz für Demokratie und Föderation – Afrikanisch- Demokratische Bewegung [Burkina Faso]
ADS	Approved Destination Status Status des „zugelassenen Reiseziels“
AECER	Associazione degli Enti Culturali Europei a Roma Vereinigung der europäischen Kulturinstitute in Rom
AEMM	ASEAN-EU Ministerial Meeting Ministertreffen ASEAN-EU
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Union
AfDB	African Development Bank Afrikanische Entwicklungsbank
AfDF	African Development Fund Afrikanischer Entwicklungsfonds

Abkürzungsverzeichnis

AFDRU	Austrian Forces Disaster Relief Unit Katastrophenhilfseinheit des Österreichischen Bundesheeres
AFTA	ASEAN Free Trade Area Asiatisches Freihandelsabkommen
AG	Australia Group Australien-Gruppe
AHSt	Außenhandelsstelle
a.i.	ad interim
AIAM	Annual Implementation Assessment Meeting Jährliches Treffen zur Beurteilung der Durchführung
AIT	Asian Institute of Technology Asiatisches Technologieinstitut
AKP	Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten
AMIS	African Union Mission in Sudan Mission der Afrikanischen Union im Sudan
AMISOM	African Union Mission to Somalia Mission der Afrikanischen Union in Somalia
AMM	Aceh Monitoring Mission Aceh-Beobachtermission
AMSDE	Annual Meeting of Sustainable Development Experts Jahrestagung der ExpertInnen für Nachhaltige Entwicklung
AMU	Arab Maghreb Union Arabische Maghreb-Union
ANC	African National Congress Afrikanischer Nationalkongress
AÖWB	Auslandsösterreicher-Weltbund
APEC	Asia-Pacific Economic Cooperation Asiatisch-Pazifische Wirtschaftliche Zusammenarbeit
ARF	ASEAN Regional Forum ASEAN-Regionalforum
Art	Artikel
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations Verband Südostasiatischer Nationen
ASEA-Uninet	ASEAN-European University Network Asiatisch-Europäisches Universitätsnetzwerk
ASEF	Asia Europe Foundation Asien-Europa-Stiftung
ASEM	Asia-Europe Meeting Asien-Europa-Treffen
ASO	Austrian Science and Research Liaison Office Österreichisches Verbindungsbüro für Wissenschaft und Forschung
XVI	

Abkürzungsverzeichnis

ASRC	Annual Security Review Conference Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz
AStV	Ausschuss der Ständigen Vertreter
AsylG	Asylgesetz
ATAU	Anti-Trafficking Assistance Unit Unterstützungsgruppe zur Bekämpfung des Menschenhandels
ATS	Amphetamine-type Stimulants Amphetaminähnliche Stimulanzien
ATT	Arms Trade Treaty Waffenhandelsvertrag
ATU	Action against Terrorism Unit Gruppe Terrorismusbekämpfung
AU	African Union Afrikanische Union
AUA	Austrian Airlines
AUC	Autodefensas Unidas de Colombia Vereinigte Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens
AUCON	Austrian Contingent Österreichisches Kontingent
AUSBATT	Austrian Battalion Österreichisches Bataillon
AußHG	Außenhandelsgesetz
AußHV	Außenhandelsverordnung
AWEPA	Association of European Parliamentarians for Africa Vereinigung europäischer Parlamentarier für Afrika
AWO	Außenwirtschaft Österreich
B	Burgenland
BAT/BEP	Best Available Techniques/Best Environmental Practice Beste Verfügbare Techniken/Bewährte Vorgehensweisen im Bereich Umwelt
BDIMR	Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte
BFW	Bundesforschung- und Ausbildungszentrum für Wald, Naturgefahren und Landschaft
BGBI	Bundesgesetzblatt
BINUB	United Nations Integrated Office in Burundi Integriertes Büro der Vereinten Nationen in Burundi
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BKA	Bundeskanzleramt
BMeiA	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
BMD	Ballistic Missile Defense Ballistische Raketenabwehr

Abkürzungsverzeichnis

BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMJ	Bundesministerium für Justiz
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
BMLV	Bundesministerium für Landesverteidigung
BMUKK	Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur
BMVIT	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
BMWA	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
BMWF	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
BNE	Bruttonationaleinkommen
BOMCA	Border Management in Central Asia Grenzverwaltung in Zentralasien
BRZ	Bruttoraumzahl
BSE	Bovine Spongiforme Encephalopathie
BTWK	Convention on the Prohibition of the Development, Production and Stockpiling of Bacteriological (Biological) and Toxin Weapons and on Their Destruction Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
BWG	Bundesgesetz über das Bankwesen
BZÖ	Bündnis Zukunft Österreich
bzw.	beziehungsweise
CADAP	Central Asia Drug Action Programme Drogenaktionsprogramm für Zentralasien
CAFTA	Central American Free Trade Agreement Zentralamerikanisches Freihandelsabkommen
CAN	Comunidad Andina Andengemeinschaft
CARDS	Community Assistance for Reconstruction, Development and Stabilisation Gemeinschaftsunterstützung für Wiederaufbau, Entwicklung und Stabilisierung
CARICOM	Caribbean Community Karibische Gemeinschaft
CARIFORUM	Forum of the Caribbean ACP States Karibisches Forum der AKP-Staaten
CBD	Convention on Biological Diversity Konvention über die biologische Vielfalt

Abkürzungsverzeichnis

CCM	Chama Cha Mapinduzi Partei der Revolution [Tansania]
CCNM	Centre for Co-operation with Non-Members Zentrum für die Zusammenarbeit mit den Nicht-Mitgliedstaaten
CCPCJ	Commission on Crime Prevention and Criminal Justice Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege
CCWC	Convention on Prohibitions or Restrictions on the Use of Certain Conventional Weapons Which May Be Deemed to Be Excessively Injurious or to Have Indiscriminate Effects Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können
CD	Conference on Disarmament Genfer Abrüstungskonferenz
CDF	CARICOM Development Fund CARICOM-Entwicklungsfonds
CDM	Clean Development Mechanism Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung
CDP	Congrès pour la Démocratie et le Progrès Kongress für Demokratie und Fortschritt [Burkina Faso]
CEATS	Central European Air Traffic Services Zentraleuropäische Flugsicherungsdienste
CEDAW	Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau
CEDRO	Centro de Información y Educación para la Prevención del Abuso de Drogas Bildungs- und Informationszentrum zur Vorbeugung des Drogenmissbrauchs
CEEPUS	Central European Exchange Programme of University Studies
CEFTA	Central European Free Trade Agreement Mittleuropäisches Freihandelsabkommen
CENCOOP	Central European Nations' Cooperation in Peace Support Zentraleuropäische Kooperation zur Friedenssicherung
CEN-SAD	Community of Sahel-Saharan States Gemeinschaft der Sahel-Sahara-Staaten
CERF	Central Emergency Response Fund Zentraler Fonds für die Reaktion auf Notsituationen
CERN	European Organization for Nuclear Research Europäische Organisation für Kernforschung

Abkürzungsverzeichnis

CFC	Common Fund for Commodities Gemeinsamer Fonds für Rohstoffe
CFS	Committee on World Food Security Ausschuss für Welternährungssicherheit
CGIAR	Consultative Group on International Agricultural Research Beratungsgruppe für internationale Agrarforschung
CIA	Central Intelligence Agency Zentraler Nachrichtendienst
CICEB	Consociatio Institutorum Culturalium Europaeorum inter Belgas Vereinigung europäischer Kulturinstitute in Belgien
CICP	Centre for International Crime Prevention Zentrum für internationale Verbrechensverhütung
CIME	Committee on International Investment and Multinational Enterprises Ausschuss für internationale Investitionen und multinationale Unternehmen
CIMIC	Civil – Military Cooperation Zivil-militärische Zusammenarbeit
CIP	Competitiveness and Innovation Framework Programme Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation
CITES	Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Flora and Fauna Washingtoner Artenschutzübereinkommen
CLC	Consulting and Research Center for Law and Institutions in Transition Countries Beratungs- und Forschungszentrum für Recht und Institutionen in Transformationsländern
CMCO	Civil-Military Coordination Zivil-militärische Koordination
CMIT	Committee on Capital Movements and Invisible Transactions Ausschuss für Kapitalbewegungen und Unsichtbare Transaktionen
CND	Commission on Narcotic Drugs Suchtstoffkommission
COAG	Committee on Agriculture Agrarausschuss
COHOM	Groupe de travail droits de l'homme Ratsarbeitsgruppe „Menschenrechte“
COMESA	Common Market for Eastern and Southern Africa Gemeinsamer Markt für das Östliche und Südliche Afrika

Abkürzungsverzeichnis

COMKFOR	Commander Kosovo Force Befehlshaber der Kosovo-Truppe
COP	Conference of the Parties Konferenz der Vertragsparteien
COPUOS	Committee on the Peaceful Uses of Outer Space Ausschuss für die friedliche Nutzung des Weltraums
CORET	Conifer Research and Training Partnership
COSAC	Conférence des organes spécialisés dans les affaires communautaires et européennes des parlements de l'Union européenne Konferenz der Gemeinschafts- und Europaausschüsse der Parlamente der Europäischen Union
COST	European Cooperation in the Field of Scientific and Technical Research Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung
CPPNM	Convention on the Physical Protection of Nuclear Material Übereinkommen über den physischen Schutz von Kernmaterial
CREAF	Centre de réflexion Europe-Afrique pour la prévention des conflits Europäisch-Afrikanisches Zentrum für den Gedankenaustausch über Konfliktverhütung
CROMAC	Croatian Mine Action Center Kroatisches Minenaktionszentrum
CRT	Civilian Response Teams Zivile Krisenreaktionsteams
CSD	Commission on Sustainable Development Kommission für Nachhaltige Entwicklung
CSME	CARICOM Single Market and Economy CARICOM-Binnenmarkt und -Wirtschaftsraum
CSN	Comunidad Sudamericana de Naciones Südamerikanische Gemeinschaft der Nationen
CSocD	Commission on Social Development Kommission für Soziale Entwicklung
CSR	Corporate Social Responsibility Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen
CSTO	Collective Security Treaty Organization Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit
CTBT	Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen
CTBT PrepCom	Preparatory Commission for the Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organization

Abkürzungsverzeichnis

	Vorbereitungskommission für die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen
CTBTO	Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organization Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen
CTC	Counter-Terrorism Committee
CTITF	Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus Counter-Terrorism Implementation Task Force
CUF	Arbeitsstab Terrorismusbekämpfung Civic United Front
CWK	Zivile Vereinte Front [Tansania] Chemiewaffenkonvention
DA	Diplomatische Akademie
DAC	Development Assistance Committee Entwicklungshilfeausschuss [OECD]
DaF	Deutsch als Fremdsprache
DC	Development Centre Entwicklungszentrum
DCD	Development Co-operation Directorate Entwicklungsdirektorat
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
DFS	Department of Field Support Hauptabteilung Unterstützung der Feldeinsätze
DPA	Demokratische Partei Albaniens
DPA	Darfur Peace Agreement Friedensabkommen für Darfur
DPKO	Department of Peacekeeping Operations Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze
DR-CAFTA	U.S.-Dominican Republic-Central America Free Trade Agreement Freihandelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten, der Dominikanischen Republik und Zentralamerika
DS	Demokratische Partei [Serbien]
DUI	Demokratische Union für die Integration [Mazedonien]
EAC	East African Community Ostafrikanische Gemeinschaft
EACA	EC-ASEAN Co-operation Agreement EG-ASEAN-Kooperationsvertrag
EAG	Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM)
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft
EAGFL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
XXII	

Abkürzungsverzeichnis

EAPC	Euro-Atlantic Partnership Council Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat
EAS	East Asia Summit Ostasiengipfel
EASA	European Aviation Safety Agency Europäischen Behörde für die Luftfahrtsicherheit
EBA	Everything but Arms Alles außer Waffen
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
ECA	European Commission on Agriculture Europäischen Landwirtschaftskommission
ECAP	European Capability Action Plan Europäischer Aktionsplan zu den Fähigkeiten
ECCAS	Economic Community of Central African States Wirtschaftsgemeinschaft Zentralafrikanischer Staaten
ECLAC	Economic Commission for Latin America and the Caribbean Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik
ECMWF	European Centre for Medium-Range Weather Forecasts Europäisches Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage
ECOSOC	Economic and Social Council Wirtschafts- und Sozialrat
ECOFIN	Council – Economic and Financial Questions Rat – Wirtschaft und Finanzen
ECOWAS	Economic Community Of West African States Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten
ECRI	European Commission against Racism and Intolerance Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz
ECSEE	Energy Community South East Europe Treaty Vertrag zur Energiegemeinschaft Südosteuropa
EDA	European Defence Agency Europäische Verteidigungsagentur
EDF	European Development Fund Europäischer Entwicklungsfonds
EDG	European Democrat Group Gruppe der Europäischen Demokraten [Europarat]
EEBC	Eritrea-Ethiopia Boundary Commission Grenzkommision für Äthiopien und Eritrea
EEF	Europäischer Entwicklungsfonds
EEP	Energy and Environment Partnership with Central America Energie und Umweltpartnerschaft mit Zentralamerika
EFTA	European Free Trade Association Europäische Freihandelsassoziation

Abkürzungsverzeichnis

EG	Europäische Gemeinschaft
EGF	European Globalisation Adjustment Fund
	Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EIARD	European Initiative for Agricultural Research for Development
	Europäische Initiative für Agrarforschung für Entwicklungsländer
EIB	European Investment Bank
	Europäische Investitionsbank
EIDHR	European Initiative for Democracy and Human Rights
	Europäisches Instrument für Demokratie und Menschenrechte
EIT	European Institute of Technology
	Europäisches Technologieinstitut
ELAK	Elektronischer Akt
ELBA	Elektronische Basisinformation Außenpolitik
ELISA	Elektronisches Informationsmanagementsystem des Außenministeriums
ELN	Ejército de Liberación Nacional
	Heer zur Nationalen Befreiung [Kolumbien]
EMBC	European Molecular Biology Conference
	Europäischer Konferenz für Molekularbiologie
EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
EnC	Energy Community
	Energiegemeinschaft
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
ENPI	Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument
ENVISAT	Environment Satellite
	Umweltsatellit
EOEP	Earth Observation Envelope Programme
	Erdbeobachtungsrahmenprogramm
EP	Europäisches Parlament
EPA	Economic Partnership Agreement
	Wirtschaftspartnerschaftsabkommen
EPCIP	European Programme for Critical Infrastructure Protection
	Europäisches Programm zum Schutz Kritischer Infrastrukturen
EPE	Energiepolitik für Europa
EPO	European Patent Office
	Europäisches Patentamt

Abkürzungsverzeichnis

EPP/CD	Group of the European People's Party/Christian Democrats Gruppe der Europäischen Volkspartei/Christdemokraten [Europarat]
EPU	European University Center for Peace Studies Europäisches Universitätszentrum für Friedensstudien
EREGG	European Regulators Group for Electricity and Gas Gruppe der Europäischen Strom- und Erdgasregulierer
ERPA	Emission Reductions Purchase Agreement Abkommen zur Regelung des An- und Verkaufs von Emissionsminderungen
ESA	European Space Agency Europäische Weltraumbehörde
ESF	Europäischer Sozialfonds
ESPI	European Space Policy Institute Europäisches Institut für Weltraumpolitik
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
ETC	European Training Centre for Democracy and Human Rights Europäisches Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie
EU	Europäische Union
EU BAM	European Union Border Assistance Mission Mission der Europäischen Union zur Unterstützung des Grenzschutzes
EUEOM	European Union Election Observation Mission Wahlbeobachtungsmision der Europäischen Union
EUFOR	European Union Force Einsatzkräfte der Europäischen Union
EUFOR Tchad/RCA	European Union military operation in Eastern Chad and Central African Republic Militärische Operation der Europäischen Union in der Republik Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGI	Europäischer Gerichtshof erster Instanz
EU-LAC-Gipfel	Gipfeltreffen der EU und der Staaten Lateinamerikas und der Karibik
EUJUST	EU Rule of Law Mission Mission der Europäischen Union zur Stützung der Rechtsstaatlichkeit
EUMC	European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Abkürzungsverzeichnis

EUMETSAT	European Organisation for the Exploitation of Meteorological Satellites Europäische Organisation zur Nutzung meteorologischer Satelliten
EUMM	European Union Monitoring Mission Überwachungsmission der Europäischen Union
EUNIC	European Union National Institutes for Culture Nationale Kulturinstitute in der Europäischen Union
EUPAT	EU Police Advisory Team Mission Gruppe der EU-Polizeiberater
EUPM	European Union Police Mission in Bosnia and Herzegovina Polizeimission der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina
EUPOL	European Union Police Mission Polizeimission der Europäischen Union
EUPOL COPPS	European Union Police Mission for the Palestinian Territories Polizeimission der Europäischen Union für die Palästinensischen Gebiete
EUPOL	European Union police mission undertaken in the framework of reform
RD Congo	of the security sector and its interface with the system of justice in the Democratic Republic of the Congo Polizeimission der Europäischen Union im Rahmen der Reform des Sicherheitssektors und seine Schnittstelle zur Justiz in der Demokratischen Republik Kongo
EUPT/s	EU Planning Team/s EU-Planungsteam/s
EurAsEC	Eurasian Economic Community Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft
EURATOM	European Atomic Energy Community Europäische Atomgemeinschaft
EUREKA	Initiative für verstärkte technologische Zusammenarbeit in Europa
EUROCONTROL	European Organisation for the Safety of Air Navigation Europäische Organisation für die Sicherung des Luftverkehrs
EUROPOL	Europäisches Polizeiamt
EUSB	Sonderbeauftragte/r der Europäischen Union
EURALIUS	European Assistance Mission to the Albanian Justice System Europäische Unterstützungsmmission für das albanische Justizsystem

Abkürzungsverzeichnis

EUSEC	European Union mission to provide advice and assistance for security
RD Congo	sector reform in the Democratic Republic of the Congo Beratungs- und Unterstützungsmission der Europäischen Union im Zusammenhang mit der Reform des Sicherheitssektors in der Demokratischen Republik Kongo
EUTELSAT	European Telecommunications Satellite Organization Europäische Organisation für Fernmeldesatelliten
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EUWI	Wasserinitiative der Europäischen Union
EVN	Energie-Versorgung Niederösterreich
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWSII	Europäisches Währungssystem
ex-FAR	ex-Forces armées rwandaises Ehemalige Ruandische Streitkräfte
EXPOMIN	Exposición Mundial para la Minería Latinoamericana Internationale Bergbauausstellung für Lateinamerika
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
EZA-G	Bundesgesetz über die Entwicklungszusammenarbeit
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
FARC	Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia Revolutionäre Bewaffnete Kräfte Kolumbiens
FATF	Financial Action Task Force on Money Laundering Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen gegen die Geldwäsche“
FBI	Federal Bureau of Investigation
FDLR	Forces démocratiques pour la libération du Rwanda Demokratische Kräfte für die Befreiung Ruandas
FIAN	FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk
FIDAE	Feria Internacional del Aire y del Espacio Internationale Messe für Luft- und Raumfahrt
FMCT	Treaty banning the production of fissile material for nuclear weapons or other nuclear explosive devices Vertrag über das Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Kernwaffen oder andere Kernsprengkörper
FNL	Forces Nationales pour la Libération Nationale Befreiungskräfte [Burundi]
FPHC	Frontier Primary Health Care Medizinische Erstversorgung an den Grenzen
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs

Abkürzungsverzeichnis

FRELIMO	Frente de Libertacao de Mocambique Befreiungsfront von Mosambik
FRONTEX	Agence européenne pour la gestion de la coopération opérationnelle aux frontières extérieures des États membres de l'Union européenne Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäi- schen Union
FRPI	Force de résistance patriotique en Ituri Patriotische Widerstandskräfte in Ituri
FSF	Financial Stability Forum Forum für Finanzstabilität
FSK	Frauenstatuskommission
FTAA	Free Trade Area of the Americas Gesamtamerikanische Freihandelszone
GAM	Gerakan Aceh Merdeka Bewegung Freies Aceh
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GDPRD	Global Donor Platform for Rural Development Globale Geberplattform für den Bereich Ländliche Ent- wicklung
GEF	Global Environmental Facility Globale Umweltfazilität
GENDERNET	Network on Gender Equality Netzwerk zur Gleichstellung der Geschlechter
GFATM	Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria Globaler Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria
GFSE	Global Forum for Sustainable Energy Globales Forum über nachhaltige Energie
GK	Generalkonsulat
GKR	Golfkooperationsrat
G.m.b.H.	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GMEF	Global Ministerial Environment Forum Globales Ministerforum Umwelt
GMES	Global Monitoring for Environment and Security Globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung
GPS	Global Positioning System Globales Positionsbestimmungssystem
G-4	Group of 4 Gruppe der 4
G-8	Group of 8 Gruppe der 8

Abkürzungsverzeichnis

G-77	Group of 77 Gruppe der 77
GRA	Agentur der Europäischen Union für Grundrechte
GRULAC	Group of Latin American and Caribbean States Gruppe der lateinamerikanischen und karibischen Staaten
GSTP	Global System of Trade Preferences Globales System der Handelspräferenzen
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
GVO	Gentechnisch veränderte Organismen
HCOC	The Hague Code of Conduct against Ballistic Missile Proliferation Haager Verhaltenskodex gegen die Verbreitung ballisti- scher Flugkörper
HDZ	Hrvatska Demokratska Zajednica Kroatische Demokratische Gemeinschaft
H-FCKW	Teilhalogenierte Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe
HGK	Honorargeneralkonsulat
HIPC	Heavily Indebted Poor Countries Hochverschuldete arme Länder
HIV/AIDS	Human Immunodeficiency Virus/Acquired Immune Deficiency Syndrome Menschliches Immunschwäche-Virus /Erworbene Im- munschwäche-Syndrom
HIFA	Harare International Festivals of the Arts
HK	Honorarkonsulat
HLS	High-Level Segment Hochrangiges Segment
HSN	Human Security Network Netzwerk Menschliche Sicherheit
HTP	Harmful Traditional Practices Traditionsbedingte Gewalt gegen Frauen
IAAC	Independent Audit Advisory Committee Unabhängiger beratenden Ausschuss für Rechnungs- prüfung
IAEO	Internationale Atomenergie-Organisation
IAF	International Arrangement on Forests Internationale Vereinbarung für Wälder
IBE	International Bureau of Education Internationales Bildungsbüro
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Abkürzungsverzeichnis

ICAO	International Civil Aviation Organization Internationale Zivilluftfahrtorganisation
ICCM	International Conference on Chemicals Management Internationale Konferenz über Chemikalienmanagement
ICCPR	International Covenant on Civil and Political Rights Internationaler Pakte über bürgerliche und politische Rechte
ICEM	Intergovernmental Committee for European Migration Zwischenstaatliches Komitee für Europäische Auswanderung
ICI	International Compact with Iraq Internationaler Pakt mit dem Irak
ICIMOD	International Centre for Integrated Mountain Development Internationales Zentrum für integrierte Gebirgsentwicklung
ICMPD	International Centre for Migration Policy Development Internationales Zentrum für Migrationspolitikentwicklung
ICOM	International Council of Museums Internationaler Museumsrat
ICOMOS	International Council of Monuments and Sites Internationaler Rat für Denkmalpflege
ICPD	International Conference on Population and Development Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung
ICPDR	International Commission for the Protection of the Danube River Internationale Kommission zum Schutz der Donau
ICRW	International Convention for the Regulation of Whaling Internationales Walfangübereinkommen
ICTR	International Criminal Tribunal for Rwanda Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda
ICTY	International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien
IDB	Inter-American Development Bank Interamerikanische Entwicklungsbank
IDM	Institut für den Donaauraum und Mitteleuropa
IEA	International Energy Agency Internationale Energieagentur
IFAD	International Fund for Agricultural Development Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung
IFAP	Intergovernmental Council for the Information for All Programme
XXX	

Abkürzungsverzeichnis

	Zwischenstaatlicher Rat des Programms Information für Alle
IFC	International Finance Corporation Internationale Finanz-Corporation
IFRI	Institut Français des Relations Internationales Französisches Institut für Internationale Beziehungen
IFRK	Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmongesellschaften
IGAD	Intergovernmental Authority on Development Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung
IGASOM	Peacekeeping Mission of IGAD in Somalia Friedenssicherungsmission der IGAD in Somalia
IGEPS	Intergovernmental Committee for Physical Education and Sport Zwischenstaatliche Komitee des Programms Leibeserziehung und Sport
IGF	Internet Governance Forum Forum für Internet-Verwaltung
IGH	Internationaler Gerichtshof
IHR	International Health Regulations Internationale Gesundheitsregeln
IIASA	International Institute for Applied Systems Analysis Internationales Institut für angewandte Systemanalyse
IIC	Independent Inquiry Committee Unabhängige Untersuchungskommission
IIEP	International Institute for Educational Planning Internationales Institut für Bildungsplanung
IIP	International Institute for Peace Internationales Institut für den Frieden
IIZ	Institut für Internationale Zusammenarbeit
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IKSD	Internationale Kommission zum Schutz der Donau
IKSR	Internationale Kommission zum Schutz des Rheins
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
ILC	International Law Commission Völkerrechtskommission
ILO	International Labour Organization Internationale Arbeitsorganisation
IMEC	Industrialized Market Economy Countries Industrialisierte Marktwirtschaftsländer
IMO	International Maritime Organization Internationale Seeschiffahrts-Organisation
IMS	International Monitoring System Internationales Verifikationssystem

Abkürzungsverzeichnis

INSTRAW	International Research and Training Institute for the Advancement of Women Internationales Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau
interim.	interimistisch
INTOSAI	International Organization of Supreme Audit Institutions Internationale Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden
IOC	International Olympic Committee Internationales Olympisches Komitee
IOM	International Organization for Migration Internationale Organisation für Migration
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change Zwischenstaatliche Sachverständigengruppe über Klimaänderungen
IPA	Instrument for Pre-accession Instrument für Heranführungshilfe
IPI	International Press Institute Internationales Presseinstitut
IPPC	International Plant Protection Convention Internationales Pflanzenschutzübereinkommen
IPTF	United Nations International Police Task Force Internationale Polizeieinsatztruppe der Vereinten Nationen
IPU	Integrated Police Unit Integrierte Polizeieinheit
i.R.	in Ruhe
ISA	International Seabed Authority Internationale Meeresbodenbehörde
ISAF	International Security Assistance Force Internationale Sicherheitsbeistandstruppe
ISEA	International Symposium on Electronic Art
ISPA	Instrument for Structural Policies for Pre-Accession Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
ITB	Internationale Toursimus-Börse
ITER	International Thermonuclear Experimental Reactor Internationaler Thermonuklearer Versuchsreaktor
ITF	Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance, and Research Arbeitsgruppe für Internationale Zusammenarbeit zum Holocaust: Bildung, Forschung und Gedenken
ITLOS	International Tribunal for the Law of the Sea Internationaler Seegerichtshof

Abkürzungsverzeichnis

ITPGRFA	International Treaty on Plant Genetic Resources for Food and Agriculture Internationaler Vertrag über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft
ITSO	International Telecommunications Satellite Organization Internationale Fernmeldesatellitenorganisation
ITU	International Telecommunication Union Internationale Fernmeldeunion
IUCN	International Union for Conservation of Nature Internationale Union für die Erhaltung der Natur
IWC	International Whaling Commission Internationale Walfangkommission
IWF	Internationaler Währungsfonds
JCMB	Joint Coordination and Monitoring Board Gemeinsamer Koordinierungs- und Überwachungsrat
JIPTC	Jordanian International Police Training Centre Jordanisches Internationales Polizeiausbildungszentrum
JIU	Joint Inspection Unit Gemeinsame Inspektionsgruppe
JPO	Junior Professional Officer Nachwuchskraft im Höheren Dienst
JREC	Johannesburg Renewable Energy Coalition Johannesburger Koalition für erneuerbare Energien
JVI	Joint Vienna Institute
JVMM	Joint Verification and Monitoring Mechanism Gemeinsamer Verifikations- und Überwachungsmechanismus
K	Kärnten
KANU	Kenya African National Union Afrikanische Nationalunion Kenias
KF	Kulturforum
KFOR	Kosovo Force Kosovo-Truppe
KKW	Kernkraftwerk/e
KLW	Kleinwaffen und leichte Waffen
KMU	Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen
KOBÜ	Koordinationsbüro der OEZA
KPC	Kommunistische Partei Chinas
KSE-Vertrag	Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Abkürzungsverzeichnis

LAC	Latin America and Caribbean Lateinamerika und Karibik
LAVAK	Landesverteidigungsakademie
LDCs	Least Developed Countries Am wenigsten entwickelte Länder
LDC III	Third United Nations Conference on Least Developed Countries Dritte Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder
LDK	Demokratische Liga des Kosovos
LDR	Liberal, Democratic and Reformers' Group Gruppe der Liberalen, Demokraten und Reformer [Europarat]
LIPRODHOR	Ligue Rwandaise pour la Promotion et la Défense des Droits de l'Homme Liga Ruandas zum Schutz und zur Verteidigung der Menschenrechte
LRA	Lord's Resistance Army Widerstandsarmee des Herrn
LRTAP	Long-Range Transboundary Air Pollution Weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung
LSI	Sozialistische Bewegung für Integration [Albanien]
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam Befreiungstiger von Tamil Eelam
MAB	Man and the Biosphere Der Mensch und die Biosphäre
M.A.I.S.	Master of Advanced International Studies
MALCA	The Modern Austrian Literature and Culture Association
MANPADS	Man-Portable Air Defense Systems Schultergestützte Luftabwehrsysteme
MAS	Movimiento Al Socialismo Bewegung zum Sozialismus [Bolivien]
MCDU	Military and Civil Defense Unit Gruppe für militärische und Zivilschutzressourcen
MDC	Movement for Democratic Change Bewegung für Demokratischen Wandel
MEDA	Mésures d'accompagnement financières et techniques Finanzielle und technische Begleitmaßnahmen
MEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MERCOSUR	Mercado Común del Cono Sur Gemeinsamer Markt des Südens
MFA	Mercado Común del Cono Sur Gemeinsamer Markt des Südens
XXXIV	

Abkürzungsverzeichnis

MIGA	Multilateral Investment Guarantee Agency Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur
MINUCI	Mission des Nations Unies en Côte d'Ivoire Mission der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire
MINUGUA	Mission de vérification des Nations Unies au Guatemala Verifikationsmission der Vereinten Nationen in Guatemala
MINURCAT	Mission des Nations Unies en République centrafricaine et au Tchad Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad
MINURSO	Mission des Nations Unies pour l'organisation d'un référendum au Sahara occidental Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara
MINUSTAH	Mission des Nations Unies pour la stabilisation en Haiti Stabilisierungsmmission der Vereinten Nationen in Haiti
Mio.	Millionen
MNF	Multinational Force Multinationale Truppe
MOEL	Mittel- und osteuropäische Länder
MONUC	Mission de l'Organisation des Nations Unies en République démocratique du Congo Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo
MOP	Meeting of the Parties Treffen der Vertragsparteien
MOTAPM	Mines other than Anti-Personnel Mines Minen, die keine Antipersonenminen sind
MRK	Menschenrechtskommission
MRR	Menschenrechtsrat
MTCR	Missile Technology Control Regime Trägertechnologie-Kontrollregime
MTD	Medizinisch-technische Dienste
MTF	Maritime Task Force Marineeinsatzverband
MVW	Massenvernichtungswaffen
N	Niederösterreich
NAC	New Agenda Coalition Neue Agenda Koalition
NAFTA	North American Free Trade Agreement Nordamerikanische Freihandelszone
NAIADES	Navigation And Inland Waterway Action and Development in Europe

Abkürzungsverzeichnis

	Europäisches Aktions- und Entwicklungsprogramm für die europäische Binnenschifffahrt
NAM	Movement of Non-Aligned Countries
	Bewegung der nichtgebundenen Länder
NAPincl	National Action Plans on Social Inclusion
	Nationale Aktionspläne zur Sozialen Eingliederung
NARC	National Rainbow Coalition
	Nationale Regenbogenkoalition [Kenia]
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
	Nordatlantikvertrags-Organisation
NCEP	National Civil Education Programme
	Nationales Ziviles Bildungsprogramm
NEEDS	Network of Europeans for Electoral and Democracy Support
	Netz von Europäern für die Unterstützung von Wahlen und Demokratie
NEPAD	New Partnership for Africa's Development
	Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas
NORAD	North American Aerospace Defense Command
	Nordamerikanisches Luftverteidigungskommando
NPT	Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons
	Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen
NRF	NATO Response Force
	NATO-Eingreiftruppe
NRO	Nicht-Regierungsorganisation/en
NSG	Nuclear Suppliers Group
	Gruppe der (wichtigsten) nuklearen Lieferländer
NTA	New Transatlantic Agenda
	Neue Transatlantische Agenda
O	Oberösterreich
ÖAD	Österreichischer Austauschdienst
ÖAI	Österreichisches Archäologisches Institut
OAS	Organization of American States
	Organisation Amerikanischer Staaten
OAU	Organization of African Unity
	Organisation der afrikanischen Einheit
ÖAW	Österreichische Akademie der Wissenschaften
ÖB	Österreichische Botschaft
ÖBTZ	Österreichisches Büro für technische Zusammenarbeit
OCHA	Office for the Coordination of Humanitarian Affairs
	Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten
ODCCP	Office for Drug Control and Crime Prevention
	Büro für Drogenkontrolle und Verbrechenverhütung
XXXVI	

Abkürzungsverzeichnis

ODA	Official Development Assistance Öffentliche Entwicklungshilfe
ODM	Orange Democratic Movement Orange Demokratische Bewegung [Kenia]
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OeNB	Österreichische Nationalbank
OEZA	Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit
OFID	OPEC Fund for International Development OPEC-Fonds für Internationale Entwicklung
ÖGB	Österreichischer Gewerkschaftsbund
OHCHR	Office of the High Commissioner for Human Rights Amt der Hochkommissarin für Menschenrechte
ÖHI	Österreichisches Historisches Institut
ÖI	Österreich Institut
OIC	Organization of Islamic Conference Organisation der Islamischen Konferenz
ÖIES	Österreichisches Institut für Europäische Sicherheitspolitik
OIF	Organisation internationale de la Francophonie Internationale Organisation der Frankophonie
OIIP	Österreichisches Institut für Internationale Politik
ONUB	Opération des Nations Unies au Burundi Operation der Vereinten Nationen in Burundi
OOSA	Office for Outer Space Affairs Büro für Weltraumfragen
OPCW	Organization for the Prohibition of Chemical Weapons Organisation für das Verbot chemischer Waffen
OPS	Overarching Policy Strategy Umfassende Politische Strategie
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries Organisation der erdölausführenden Länder
ÖSD	Österreichisches Sprachdiplom
ÖSFK	Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung
ÖSFO	Ökosoziales Forum Österreich
OSI	Ost- und Südosteuropainstitut
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OSZE/BDIMR	Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE
ÖV	Österreichische Vertretung
ÖVP	Österreichische Volkspartei

Abkürzungsverzeichnis

ÖW	Österreich-Werbung
OZA	Ostzusammenarbeit
PAIGC	Partido Africano da Independência da Guiné e Cabo Verde Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und Kap Verde
PAITHOM	Pakistan Austrian Institute for Tourism and Hotel Management Pakistanisch-Österreichisches Institut für Tourismus und Hotelmanagement
PaN	Partner aller Nationen
PAN	Partido Acción Nacional Partei der Nationalen Aktion [Mexiko]
PAP	Pan-African Parliament Pan-Afrikanisches Parlament
PAROS	Prevention of an Arms Race in Outer Space Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum
PASPA	Partenariat stratégique pour la paix Strategische Partnerschaft für den Frieden
PBC	Peacebuilding Commission Kommission für Friedenskonsolidierung
PCT	Parti Congolais du Travail Kongolesische Arbeitspartei [Republik Kongo]
PDK	Volksdemokratische Partei [Kosovo]
PPF	Partnership for Peace Partnerschaft für den Frieden
PHARE	Action plan for coordinated aid to Poland and Hungary Aktionsplan für eine koordinierte Hilfe für Polen und Ungarn
PIAAC	Programme for the International Assessment for Adult Competencies Programm zur Erfassung der Kompetenzen der Erwachsenenbevölkerung im Berufsleben
PIC	Prior-Informed-Consent Vorherige Zustimmung nach Inkenntnissetzung
PISA	Programme for International Student Assessment Internationale Schulleistungsstudie
PKA	Partnerschafts- und Kooperationsabkommen
PLO	Palestine Liberation Organization Palästinensische Befreiungsorganisation
PNR	Passenger Name Records Fluggastdatensätze
PNU	Party of National Unity Partei der Nationalen Einheit [Kenia]

Abkürzungsverzeichnis

PODEMOS	Poder Democrático y Social Demokratische und Soziale Kraft [Bolivien]
POPs	Persistent Organic Pollutants Nicht abbaubare organische Schadstoffe
POVNET	Network on Poverty Reduction Netzwerk für Armutsbekämpfung
PPP	People Power Party Partei der Volksmacht [Thailand]
PRD	Partido de la Revolución Democrática Partei der Demokratischen Revolution [Mexiko]
PRSP	Poverty Reduction Strategy Papers Strategiepapiere zur Armutsminderung
PRT	Provincial Reconstruction Teams Regionale Wiederaufbauteams
PSK	Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee
PSS	Bewegung Kraft Serbiens
PSSH	Sozialistische Partei Albanien
PTS	Provisional Technical Secretariat Provisorisches Technisches Sekretariat
PVÖ	Pensionistenverband Österreichs
RACVIAC	South-East European Regional Arms Control Verification And Implementation Assistance Center Regionales Unterstützungszentrum zur Implementierung von Rüstungskontrolle und Verifikation in Südosteuropa
RCC	Regional Co-operation Council Regionaler Kooperationsrat
RCF	Regulatory Cooperation Forum Forum für Regulierungszusammenarbeit
RCD	Rassemblement Constitutionnel Démocratique Konstitutionelle Demokratische Sammlung [Tunesien]
REACH	Registration, Evaluation, Authorisation and Restrictions of Chemical Substances Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe
REEEP	Renewable Energy and Energy Efficiency Partnership Partnerschaft für erneuerbare Energie und Energieeffi- zienz
RIS	River Information Services Binnenschiffahrtsinformationsdienste
RL	Richtlinie
S	Salzburg
SAA	Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen

Abkürzungsverzeichnis

SAARC	South Asian Association for Regional Cooperation Südasiatischer Verband für Regionale Zusammenarbeit
SACU	Southern African Customs Union Südafrikanische Zollunion
SADC	Southern African Development Community Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika
SAICM	Strategic Approach to International Chemicals Management Strategisches Konzept für ein internationales Chemikalienmanagement
SAP	Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess
SAPARD	Special Accession Programme for Agriculture and Rural Development Sonderprogramm für die Vorbereitung auf den Beitritt in den Bereichen Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
SARD	Sustainable Agriculture and Rural Development Nachhaltige Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung
SARS	Severe Acute Respiratory Syndrome Schweres akutes Atemnotsyndrom
SCO	Shanghai Cooperation Organization Shanghai Organisation für Zusammenarbeit
SCSL	Special Court for Sierra Leone Sondergerichtshof für Sierra Leone
SDP	Sozialdemokratische Partei [Serbien]
SDPO	Serbische Demokratische Erneuerungsbewegung
SDSM	Sozialdemokratischer Bund für Mazedonien
SEEC	South-East European Cooperation Process Südosteuropäischer Kooperationsprozess
SEEMO	South East Europe Media Organisation Südosteuropäische Medienorganisation
SESAR	Systèmes européens de nouvelle génération pour la gestion du trafic aérien Europäisches Flugverkehrsmanagementssystem der neuen Generation
SFOR	Stabilization Force Stabilisierungstruppe
SGCI	Secrétariat général du Comité interministériel pour les questions de coopération économique européenne Generalsekretariat des interministeriellen Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe Alliiertes Oberkommando Europas
SHIRBRIG	Standby Forces High Readiness Brigade Multinationale Brigade aus Eingreiftruppen hoher Bereitschaft

Abkürzungsverzeichnis

SICA	Sistema de la Integración Centroamericana Zentralamerikanisches Integrationsbündnis
SIPA	State Intelligence Protection Agency Staatsschutz
SIS	Schengener Informationssystem
SITCEN	EU Situation Centre EU-Lagezentrum
SLM/A	Sudan Liberation Movement/Army Befreiungsbewegung/-armee Sudans
SOC	Groupe Socialiste Sozialistische Gruppe [Europarat]
SP	Sozialistische Partei [Albanien]
SPE	Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament
SPIDER	United Nations Platform for Space-based Information for Disaster Management and Emergency Response Plattform der Vereinten Nationen für raumfahrtgestützte Informationen für Katastrophenmanagement und Notfall- maßnahmen
SPIS	Special Programme in International Studies
SPLM/A	Sudan Peoples Liberation Movement/Army Sudanese Volksbefreiungsbewegung/-armee
SPO	Serbische Erneuerungsbewegung
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SPS	Sozialistische Partei Serbiens
SRS	Serbische Radikale Partei
SRSG	Special Representative of the Secretary-General Sonderbeauftragter des Generalsekretärs
SSOD	Special session on disarmament Abrüstungs Sondertagung
ST-EP	Sustainable Tourism – Eliminating Poverty Nachhaltiger Tourismus – Armutsbekämpfung
St	Steiermark
SVN	Satzung der Vereinten Nationen
SVP	Südtiroler Volkspartei
SWAC	Sahel and West Africa Club Klub für Sahel und Westafrika
SWAPs	Sector-wide approaches Sektorweite Ansätze
SWAPO	South West Africa People's Organization Südwestafrikanische Volksorganisation
SWISSCOY	Swiss Company Schweizer Kompanie
T	Tirol

Abkürzungsverzeichnis

TABD	Transatlantic Business Dialogue Transatlantischer Wirtschaftsdialog
TACD	Transatlantic Consumer Dialogue Transatlantischer Verbraucherdialog
TAC	Treaty of Amity and Cooperation Freundschafts- und Kooperationsvertrag
TACIS	Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States Technische Unterstützung für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
TCPR	Triennial comprehensive policy review of operational activities for development of the United Nations system Dreijährliche umfassende Grundsatzüberprüfung der operativen Entwicklungsaktivitäten des Systems der Vereinten Nationen
TEMPUS	Europaweites Programm zur Zusammenarbeit im Hochschulbereich
TEN	Transeuropäische Netze
TGF	Transitional Federal Government Föderale Übergangsregierung [Somalia]
TIEA	Trade and Investment Enhancement Agreement Handels- und Investitionsförderungsabkommen
TIM	Temporary International Mechanism Zeitlich befristeter internationaler Mechanismus
TIM	Tiako i Madagasikara Ich liebe Madagaskar
TLD	Transatlantic Legislators Dialogue Transatlantischer Dialog der Gesetzgeber
TOURCOM	First World Conference on Tourism Communications Erste Weltkonferenz über Tourismuskommunikation
TPB	Terrorism Prevention Branch Unterabteilung Terrorismusverhütung
TRACECA	Transport Corridor Europe Caucasus Asia Transportkorridor Europa-Kaukasus-Asien
TRIPs	Trade-related Aspects of Intellectual Property Rights Handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum
UAP	Umweltaktionsprogramm
UCK	Kosovo Befreiungsarmee
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UEFA	Union of European Football Associations Vereinigung Europäischer Fußballverbände
UEL	Group of the Unified European Left Gruppe der Vereinigten Europäischen Linken [Europarat]

Abkürzungsverzeichnis

UIC	Union of Islamic Courts Union Islamischer Gerichte [Somalia]
UN	United Nations Vereinte Nationen
UNAIDS	Joint United Nations Programme on HIV/AIDS Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen für HIV/AIDS
UNAMA	United Nations Assistance Mission in Afghanistan Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan
UNAMI	United Nations Assistance Mission for Iraq Hilfsmission der Vereinten Nationen für den Irak
UNAMID	African Union-United Nations Hybrid Operation in Darfur Hybrider Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur
UNAMSIL	United Nations Mission in Sierra Leone Mission der Vereinten Nationen in Sierra Leone
UNCCD	United Nations Convention to Combat Desertification in Those Countries Experiencing Serious Drought and/or Desertification, Particularly in Africa Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung in den von Dürre und/oder Wüstenbildung schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika
UNCDF	United Nations Capital Development Fund Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen
UNCHS	United Nations Commission on Human Settlements Kommission der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht
UN-CMCoord	United Nations Civil Military Coordination Zivil-militärische Zusammenarbeit der Vereinten Nationen
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen
UNDAC	United Nations Disaster Assessment and Coordination Katastrophenabschätzungs- und Koordinierung der Vereinten Nationen
UNDC	United Nations Disarmament Commission Abrüstungskommission der Vereinten Nationen
UNDCP	United Nations International Drug Control Programme Programm der Vereinten Nationen für internationale Drogenkontrolle

Abkürzungsverzeichnis

UNDOF	United Nations Disengagement Observer Force Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung
UNDP	United Nations Development Programme Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNECE	United Nations Economic Commission for Europe Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen
UNEO	United Nations Environment Organization Umweltorganisation der Vereinten Nationen
UNEP	United Nations Environment Programme Umweltprogramm der Vereinten Nationen
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissen- schaft und Kultur
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen
UNFF	United Nations Forum on Forests Waldforum der Vereinten Nationen
UNFICYP	United Nations Peacekeeping Force in Cyprus Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern
UNFPA	United Nations Population Fund Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen
UNGASS	United Nations General Assembly Special Session Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen
UN.GIFT	UN Global Initiative to Fight Human Trafficking Weltweite Initiative der Vereinten Nationen zur Bekämp- fung des Menschenhandels
UN-Habitat	United Nations Human Settlements Programme Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen
UNHCR	Office of the United Nations High Commissioner for Refugees Amt des Flüchtlingshochkommissars der Vereinten Nationen
UNICEF	United Nations Children's Fund Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNIDIR	United Nations Institute for Disarmament Research Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung

Abkürzungsverzeichnis

UNIDO	United Nations Industrial Development Organization Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung
UNIDROIT	Institut international pour l'unification du droit privé Internationales Institut für die Vereinheitlichung des Privatrechts
UNIFEM	United Nations Development Fund for Women Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau
UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon
UNIKOM	United Nations Iraq-Kuwait Observation Mission Beobachtermission der Vereinten Nationen für Irak und Kuwait
UNIOSIL	United Nations Integrated Office in Sierra Leone Integriertes Büro der Vereinten Nationen in Sierra Leone
UNISPACE	United Nations Conference on the Exploration and Peaceful Uses of Outer Space Konferenz der Vereinten Nationen über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums
UNMAS	United Nations Mine Action Service Dienst der Vereinten Nationen für Antiminenprogramme
UNMEE	United Nations Mission in Ethiopia and Eritrea Mission der Vereinten Nationen in Äthiopien und Eritrea
UNMIBH	United Nations Mission in Bosnia and Herzegovina Mission der Vereinten Nationen in Bosnien und Herzegowina
UNMIK	United Nations Interim Administration Mission in Kosovo Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo
UNMIL	United Nations Mission in Liberia Mission der Vereinten Nationen in Liberia
UNMIN	United Nations Mission in Nepal Mission der Vereinten Nationen in Nepal
UNMIS	United Nations Mission in the Sudan Mission der Vereinten Nationen in Sudan
UNMISET	United Nations Mission of Support in East Timor Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Osttimor
UNMIT	United Nations Integrated Mission in Timor-Leste Integrierte Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste
UNMOVIC	United Nations Monitoring, Verification and Inspection Commission Überwachungs-, Verifikations- und Inspektionskommission der Vereinten Nationen

Abkürzungsverzeichnis

UNOCI	United Nations Operation in Côte d'Ivoire Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire
UNODA	United Nations Office for Disarmament Affairs Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen
UNODC	United Nations Office on Drugs and Crime Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung
UNOGBIS	United Nations Peacebuilding Support Office in Guinea-Bissau Büro der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau
UNOMIG	United Nations Observer Mission in Georgia Beobachtermission der Vereinten Nationen in Georgien
UNOMSIL	United Nations Observer Mission in Sierra Leone Beobachtermission der Vereinten Nationen in Sierra Leone
UNOSEK	United Nations Office of the Special Envoy for Kosovo Büro der Vereinten Nationen des Sondergesandten für den Kosovo
UNOTIL	United Nations Office in Timor-Leste Büro der Vereinten Nationen in Timor-Leste
UNOV	United Nations Office at Vienna Büro der Vereinten Nationen in Wien
UNOWA	United Nations Office for West Africa Büro der Vereinten Nationen für Westafrika
UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten
UNTAET	United Nations Transitional Administration in East Timor Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen in Osttimor
UNTOC	United Nations Convention against Transnational Organized Crime Konvention der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität
UNTOP	United Nations Tajikistan Office for Peacebuilding Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Tadschikistan
UNTSO	United Nations Truce Supervision Organization Organisation der Vereinten Nationen zur Überwachung des Waffenstillstands
UNU	United Nations University Universität der Vereinten Nationen
UNV	United Nations Volunteers Programme Freiwilligenprogramm der Vereinten Nationen
XLVI	

Abkürzungsverzeichnis

UNWTO	World Tourism Organization Weltorganisation für Tourismus
UPC	Union des patriotes congolais Union Kongolesischer Patrioten
UPU	Universal Postal Union Weltpostverein
USAID	United States Agency for International Development Internationale Entwicklungsbehörde der Vereinigten Staaten
V	Vorarlberg
VAGR	Verteidigungsattaché Griechenland
VFTC	Voluntary Fund for Technical Cooperation in the Field of Human Rights Freiwilliger Fonds für technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Menschenrechte
VIC	Vienna International Centre
VIDC	Vienna Institute for Development and Cooperation Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit
VMG	Vienna Migration Group Wiener Migrationsgruppe
VMRO-DPMNE	Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für Mazedonische Nationale Einheit
VN	Vereinte Nationen
VN-GS	Generalsekretär der Vereinten Nationen
VN-GV	Generalversammlung der Vereinten Nationen
VN-SR	Sicherheitsrat der Vereinten Nationen
VO	Verordnung
VoIP	Voice over Internet Protocol Internet-Protokoll-Telefonie
VSAT	Very Small Aperture Terminal Sehr kleine Erdfunkstelle
W	Wien
WA	Wassenaar Arrangement
WAN	Wide Area Network Großräumiges Netzwerk
WEAG	Western European Armaments Group Westeuropäische Rüstungsgruppe
WEOG	Western Europe and Others Group Gruppe der westeuropäischen und anderen Staaten
WEU	Westeuropäische Union
WFP	World Food Programme Welternährungsprogramm

Abkürzungsverzeichnis

WHO	World Health Organization Weltgesundheitsorganisation
WIFI	Wirtschaftsförderungsinstitut
WIIW	Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche
WIPO	World Intellectual Property Organization Weltorganisation für geistiges Eigentum
WKÖ	Wirtschaftskammer Österreich
WMO	World Meteorological Organization Weltorganisation für Meteorologie
WRC	World Radiocommunication Conference Weltfunkkonferenz
WSIS	World Summit on the Information Society Weltgipfel über die Informationsgesellschaft
WSSD	World Summit on Sustainable Development Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung
WTO	World Trade Organization Welthandelsorganisation
ZANU-PF	Zimbabwe African National Union – Patriotic Front Afrikanische Nationalunion von Simbabwe – Patriotische Front
ZC	Zanger Committee Zanger-Komitee
ZEI	Zentraleuropäische Initiative
ZERP	Zaštićeni ekološki ribolovni pojas Umwelt- und Fischereischutzzone
ZKR	Zentralkommission für die Rheinschifffahrt

A. Österreich in der Europäischen Union

I. Der Vertrag von Lissabon

Im Dezember 2001 beauftragte der Europäische Rat von Laeken (Belgien) einen Konvent unter der Leitung des früheren französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing, einen Verfassungsvertrag auszuarbeiten, der die Europäische Union (EU) auf künftige Erweiterungen vorbereiten und die Union in Richtung mehr Demokratie und Bürgernähe weiterentwickeln sollte. Dieser „**Vertrag über eine Verfassung für Europa**“, der den Vertrag über die Europäische Union (EUV) und den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EGV) ablösen sowie der EU eine einheitliche Struktur und Rechtspersönlichkeit verleihen sollte, wurde in 18 Mitgliedstaaten, darunter Österreich, ratifiziert, aber in den Niederlanden und Frankreich durch Volksabstimmungen abgelehnt. In einer darauf folgenden „Reflexionsphase“ kam Österreich während der EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 die bedeutende Rolle zu, gezielte Impulse in der Debatte über die Zukunft Europas zu setzen.

Die Staats- und Regierungschefs einigten sich auf einem informellen EU-Gipfel am 25. März 2007 anlässlich des fünfzigsten Jahrestags des Abschlusses der Römischen Verträge in der so genannten **Berliner Erklärung**, die Union bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf eine erneuerte gemeinsame Grundlage zu stellen. Das detaillierte Mandat für die Überarbeitung des Vertrags wurde vom Europäischen Rat auf seiner Tagung am 21. und 22. Juni beschlossen.

Die dafür eingesetzte **Regierungskonferenz** nahm am 23. Juli ihre Arbeit auf. Aufgrund des präzisen Mandats schritten die Arbeiten auf Ebene der RechtsexpertInnen so weit voran, dass die wenigen noch offenen Punkte von den Staats- und Regierungschefs sowie AußenministerInnen am 18. Oktober gelöst werden konnten. Das Ergebnis der Verhandlungen wurde am 13. Dezember als **Vertrag von Lissabon** unterzeichnet, von Österreich durch Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Bundesministerin Ursula Plassnik.

Der Vertrag von Lissabon muss, um in Kraft treten zu können, in jedem einzelnen Mitgliedstaat der Union **ratifiziert** werden. Einzig in Irland ist für das Ratifizierungsverfahren eine Volksabstimmung verfassungsrechtlich bindend vorgeschrieben. In allen anderen EU-Mitgliedstaaten ist für das innerstaatliche Genehmigungsverfahren der **parlamentarische Weg** vorgesehen: In Österreich erfolgt diese Genehmigung im Einklang mit der Bundesverfassung durch das Parlament. Eine Volksabstimmung darüber ist nicht zwingend vorgeschrieben, weil die im Vertrag von Lissabon vorgesehenen Änderungen des Unionsrechts die Grenze zu einer Gesamtänderung der Bundesverfassung nicht überschreiten.

Im Gegensatz zum Verfassungsvertrag, der an Stelle der bisherigen Gründungsverträge – EUV, EGV und Vertrag zur Gründung der Europäischen

Österreich in der Europäischen Union

Atomgemeinschaft (EAGV) – eine einzige Rechtsgrundlage der EU bilden sollte, verfolgt der Vertrag von Lissabon diese Zielsetzung nicht mehr. Dennoch wurden viele der im Verfassungsvertrag vorgesehenen Änderungen beibehalten. Die vertraglichen Neuerungen werden durch einen traditionellen **Änderungsvertrag** vorgenommen und in die bestehende „Vertragsarchitektur“ eingebaut: Die beiden Grundlagenverträge EUV und EGV werden geändert und letzterer in „Vertrag über die Arbeitsweise der Union“ (**AEUV**) umbenannt. Beide Verträge werden denselben rechtlichen Stellenwert haben.

Ein wesentliches Element bei der Neugestaltung der vertraglichen Grundlagen im Vergleich zum Verfassungsvertrag ist die Streichung der Bestimmung über die Symbole der Union. Darüber hinaus werden auch die Begriffe „Europäischer Außenminister“, „Europäisches Gesetz“ und „Europäisches Rahmengesetz“ aus dem Verfassungsvertrag nicht übernommen.

Durch den neuen Vertrag wird die EU auf internationaler Ebene einheitlicher und stärker auftreten. Es wird das Amt eines „**Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik**“ geschaffen. Der Hohe Vertreter leitet künftig den Rat Auswärtige Angelegenheiten und wird zusätzlich Vizepräsident der Europäischen Kommission. Auch wird ein **Europäischer Auswärtiger Dienst** gegründet, der den Hohen Vertreter unterstützt.

Besonderes Augenmerk wurde von österreichischer Seite aufgrund seiner verfassungsrechtlich verankerten Neutralität auf die Ausgestaltung der **Beistandsklausel** gelegt, derzufolge bei einem bewaffneten Angriff auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats die anderen Mitgliedstaaten diesem alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung schulden. Der Zusatz, dass die Hilfeleistungspflicht „den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten unberührt lässt“, gewährleistet die **Wahrung der österreichischen Neutralität**. Diese so genannte Irische Klausel stellt sicher, dass Österreich auch in Zukunft selbst darüber entscheidet, ob und in welcher Weise Unterstützung geleistet wird. Im gesamten Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (**GASP**) bleibt das Erfordernis der Einstimmigkeit bei Entscheidungen des Rats grundsätzlich erhalten.

Eine neue **Solidaritätsklausel** konkretisiert die Verpflichtung der EU-Mitgliedstaaten, einander im Fall einer Naturkatastrophe, einer vom Menschen verursachten Katastrophe oder eines Terroranschlags zu unterstützen.

Die Reform bezieht die **nationalen Parlamente** in die Entscheidungsfindung der EU umfassend ein. Sie sollen in der EU-Gesetzgebung auf die Berücksichtigung des **Prinzips der Subsidiarität** achten. Diesem Grundsatz zufolge soll Europa nur jene Maßnahmen verwirklichen, welche die Mitgliedstaaten, ihre Regionen oder Gemeinden selbst nicht ausreichend regeln können und die Union aufgrund ihres Umfangs und ihrer Wirkungen besser verwirklichen kann. Die nationalen Parlamente haben für die Prüfung jedes Vorschlags für einen Rechtsakt der Union acht Wochen Zeit. Wenn eine

Der Vertrag von Lissabon

einfache Mehrheit der Parlamente Subsidiaritätsbedenken geltend macht, so gilt im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens Folgendes: Die Europäische Kommission muss die Einwände prüfen und kann ihren Vorschlag beibehalten, ändern oder zurückziehen. Sofern sie sich für Ersteres entscheidet, hat sie dies schriftlich zu begründen. Die begründete Stellungnahme der Europäischen Kommission wie auch die Bedenken der nationalen Parlamente werden sodann dem EU-Gesetzgeber, das heißt sowohl dem Rat als auch dem Europäischen Parlament, vorgelegt. Sofern entweder 55% der Mitglieder des Rats oder die Mehrheit der im Europäischen Parlament abgegebenen Stimmen ebenfalls Subsidiaritätsbedenken haben, wird das Gesetzgebungsverfahren eingestellt.

Der Europäische Rat einigte sich infolge einer österreichischen Initiative im Juni auf die Aufnahme eines Hinweises auf die besonderen Erfordernisse der **Bekämpfung des Klimawandels** auf internationaler Ebene. Darüber hinaus setzte sich Österreich mit Nachdruck für eine europäische Kompetenzgrundlage im Bereich der **Versorgung mit Energie** ein, wie sie durch den Vertrag von Lissabon geschaffen wird. Unverändert bleibt etwa das Einstimmigkeitserfordernis in allen Aspekten betreffend Wasserressourcen sowie der Wahl der Energiequellen.

Ein wichtiges Anliegen Österreichs war die **Stärkung des sozialen Profils** der EU durch den Vertrag von Lissabon. Eine soziale Marktwirtschaft und die Vollbeschäftigung werden als Ziele der EU verankert. Es wird festgeschrieben, dass die EU soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen bekämpft sowie soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und die Rechte der Kinder fördert. Entsprechend einer neuen „**sozialen Querschnittsklausel**“ verpflichtet sich die Union, bei Festlegung und Durchführung ihrer Politiken die Auswirkungen auf Beschäftigung und sozialen Schutz zu berücksichtigen. Darüber hinaus kann die Union Initiativen zur Koordinierung der Sozialpolitik ergreifen.

Der Vertrag von Lissabon bekräftigt das **Prinzip der begrenzten Einzelmächtigung**, wonach die Union nur über jene Zuständigkeiten verfügt, die ihr ausdrücklich von den Mitgliedstaaten vertraglich übertragen worden sind. Ein auch von Österreich initiiertes Protokoll über die **Dienste von allgemeinem Interesse** legt die Verantwortlichkeit der Mitgliedstaaten, insbesondere der regionalen und lokalen Ebenen, für die Erbringung, Auftragsvergabe, Organisation und Finanzierung dieser Dienste ausdrücklich fest. Beispielsweise wurde die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für Dienstleistungen von Gemeinden wie Wasserversorgung und Müllabfuhr eindeutig festgeschrieben.

Durch **Vertragsänderung** können die Kompetenzen der EU sowohl ausgeweitet als auch verringert werden. Änderungen der Verträge bedürfen weiterhin der Ratifikation durch alle Mitgliedstaaten.

Österreich in der Europäischen Union

Österreich war die **Stärkung der parlamentarischen Komponente** in der EU ein besonderes Anliegen. Künftig wird in fast allen Politikbereichen das so genannte ordentliche Gesetzgebungsverfahren gelten, in welchem die Rechtsakte der Union vom Rat und vom Europäischen Parlament gemeinsam erlassen werden.

Die österreichische Forderung, **europäische Bürgerinitiativen** erstmals zu ermöglichen, wurde im Vertrag von Lissabon verankert.

Durch den Vertrag von Lissabon kommt es auch zu **institutionellen Neuerungen**. Das Europäische Parlament wird sich künftig aus bis zu 750 Abgeordneten zuzüglich seines Präsidenten zusammensetzen. Die Zahl der österreichischen Abgeordneten wird in diesem Zusammenhang von 18 auf 19 steigen. Der Europäische Rat wird formell zu einem Unionsorgan, das künftig von einem für jeweils zweieinhalb Jahre gewählten Präsidenten geleitet wird. Jeweils drei aufeinander folgende Ratspräsidentschaften werden zu Teams zusammengefasst.

Ab 2014 wird, sofern der Europäische Rat nicht einstimmig anderes beschließt, eine verkleinerte Europäische Kommission erstmals nicht aus Mitgliedern aller EU-Mitgliedstaaten zusammengesetzt sein. Zur gleichberechtigten Behandlung aller Mitgliedstaaten wird ein **Rotationsprinzip in der Europäischen Kommission** eingeführt. In einer auch von Österreich unterstützten Erklärung ist festgehalten, dass die Europäische Kommission dabei auf Transparenz achtet und enge Verbindung mit jenen Mitgliedstaaten unterhält, welche im Kollegium der Europäischen Kommission vorübergehend nicht vertreten sind.

Verhandlungen während der Regierungskonferenz zur Ausarbeitung des Vertrags von Lissabon konnten für eine vorläufige **Lösung** im Vertragsverletzungsverfahren der EU über die Beschränkungen des **Hochschulzugangs in Österreich** genutzt werden.

Der Vertrag von Lissabon sieht für sein **Inkrafttreten** den 1. Jänner 2009 vor. Dieses Datum verleiht dem Wunsch der Mitgliedstaaten Ausdruck, die Reform möglichst vor den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 wirksam werden zu lassen. Letztlich hängt das Inkrafttreten jedoch von der Dauer der Ratifikationsprozesse in den Mitgliedstaaten ab.

II. Die Erweiterung der Europäischen Union

1. Bulgarien und Rumänien

Bulgarien und Rumänien sind seit 1. Jänner Mitglieder der EU. Für bestehende Restdefizite im besonders sensiblen Bereich Justiz und Inneres wurde ein eigener **Verifikationsmechanismus** zur Prüfung der Erfüllung spezifischer Kriterien eingerichtet. In ihren Ende Juni veröffentlichten Berichten zum Stand der Erreichung dieser Benchmarks sieht die Europäische Kom-

Die Erweiterung der Europäischen Union

mission eine Fortsetzung des Verifikationsmechanismus vor und fordert beide Länder auf, bestimmte Maßnahmen, vor allem auf dem Gebiet der Korruptionsbekämpfung, zu setzen. Eine Inanspruchnahme von Schutzmaßnahmen, wie die Aussetzung der Anerkennung von bulgarischen und rumänischen Gerichtsurteilen, wurde von der Europäischen Kommission als derzeit nicht gerechtfertigt beurteilt. In Entsprechung dieser Vorgaben legten Bulgarien und Rumänien im Oktober Aktionspläne vor, die eine umfassende Strategie zur Erfüllung der Benchmarks beinhalten. Diese Pläne wurden von der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten als wesentlicher Schritt in Richtung der Weiterführung und Verstärkung der gebotenen Reformbemühungen bewertet.

2. Kroatien und Türkei

Grundlage für die Vorgangsweise der Union im Erweiterungsprozess war der im Dezember 2006 vom Europäischen Rat verabschiedete „erneuerte Konsens über die Erweiterung“. In ihrer Anfang November 2007 veröffentlichten Mitteilung zur Erweiterungsstrategie bestätigte die Europäische Kommission, dass die konsequente Umsetzung der vorgesehenen Mechanismen wie Behandlung der Beitrittsverwerber nach Maßgabe eigener Verdienste, die volle Nutzung von Benchmarks und ein erhöhtes Maß an Transparenz zu einer qualitativen Verbesserung des Erweiterungsprozesses beitragen. Besonders hervorgehoben wurde das Instrument der **Impact Studies**, in denen die Europäische Kommission Aussagen über die Auswirkungen eines Beitritts auf die wichtigsten Politikbereiche trifft. Die Arbeiten dafür wurden bereits eingeleitet. Unter den von den EU-AußenministerInnen im Dezember 2007 bestätigten Eckpfeilern der Erweiterungsstrategie – Konsolidierung eingegangener Verpflichtungen, Konditionalität und verbesserte Kommunikation mit der Öffentlichkeit – fand die Aufnahmefähigkeit der Union besondere Erwähnung.

Nach dem Beschluss der EU-AußenministerInnen bei ihrem Rat am 3. Oktober 2005 über die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei begann die Europäische Kommission mit der Prüfung der rechtlichen Bestimmungen der Kandidatenländer auf deren Vereinbarkeit mit dem gemeinschaftlichen Rechtsbestand (Screening). Der gemeinschaftliche Rechtsbestand (Acquis) ist in 35 Kapitel gegliedert, von denen 33 Kapitel einem Screening unterliegen. Das Screening dient als Grundlage für die bilateralen Verhandlungen mit den Kandidatenländern.

Die Beitrittsperspektive für **Kroatien** konkretisierte sich zunehmend. Die Europäische Kommission legte im Jahr 2007 für die restlichen zwölf der 33 Kapitel Screeningberichte vor. Der Screeningprozess ist in 31 Kapiteln abgeschlossen. Für 11 Kapitel konnten die Verhandlungen eröffnet werden: Niederlassungsrecht/freier Dienstleistungsverkehr, Gesellschaftsrecht, Vorschriften über geistiges Eigentum, Finanzdienstleistungen, Informationsge-

Österreich in der Europäischen Union

sellschaft und Medien, Statistiken, Transeuropäische Netze, Verbraucher- und Gesundheitsschutz, Außenbeziehungen, Finanzkontrolle sowie Finanz- und Haushaltsvorschriften. Somit konnte Kroatien im Jahr 2007 die Zahl der eröffneten Verhandlungskapitel mehr als verdreifachen. Der Rat der AußenministerInnen vom 10. und 11. Dezember würdigte diese Fortschritte, die es dem Land ermöglichten, in eine zunehmend wichtige und anspruchsvolle Phase der Verhandlungen einzutreten und betonte zugleich die Signalwirkung der voranschreitenden Annäherung für die gesamte Region des westlichen Balkans. Der im November veröffentlichte Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission unterstreicht die Notwendigkeit der wirksamen Anwendung des Acquis sowie die Erfüllung der Kriterien in den Bereichen Justiz und Korruptionsbekämpfung, Minderheitenrechte, Flüchtlingsrückkehr und Umstrukturierung der Schwerindustrie. Angesichts der mit ungeklärten Grenzfragen zusammenhängenden Blockade von drei Kapiteln seitens Sloweniens in den Verhandlungen wurde Kroatien empfohlen, sich zwecks weiterer Fortschritte im Verhandlungsprozess um gutnachbarliche Beziehungen zu bemühen (siehe Kapitel A.IV.3.1.1.).

In der **Türkei** gingen von der Bewältigung der politischen und konstitutionellen Krise während der Präsidentschaftswahlen zwar positive Signale für die türkische Demokratie und die Reformbestrebungen in Richtung Europa aus, bei den politischen Reformen und in den Kernproblembereichen Justizreform, Korruption, der Stärkung von Minderheiten- und Frauenrechten sowie der zivilen Kontrolle der Streitkräfte gab es aber nur sehr wenige konkrete Fortschritte. Die zunehmende Skepsis in verschiedenen EU-Staaten gegenüber einem Vollbeitritt der Türkei führte zu einer Blockade von fünf Kapiteln in den Verhandlungen. Die von Österreich unterstützte Verankerung der Ergebnisoffenheit der Verhandlungen mit der Türkei im Verhandlungsmandat vom Oktober 2005 wurde beim Rat der AußenministerInnen im Dezember insofern bekräftigt, als die dabei verabschiedeten substanziellen Schlussfolgerungen zur Türkei jegliches Vorwegnehmen des Ausgangs der Beitrittsverhandlungen – und sei es auch nur in sprachlicher Hinsicht – vermeiden.

Für die Türkei lagen für 28 Kapitel Screeningberichte vor; der Screeningprozess ist für 22 Kapitel beendet. Fünf Kapitel – Statistiken, Unternehmens- und Industriepolitik, Transeuropäische Netze, Verbraucher- und Gesundheitsschutz sowie Finanzkontrolle – wurden eröffnet. Keine Fortschritte konnten auf dem Weg der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Türkei und dem Unionsmitglied Zypern erzielt werden. Die Türkei blieb insbesondere die Erfüllung ihrer Verpflichtung aus dem Ankara-Protokoll schuldig, wonach die Türkei die seit 1996 bestehende Zollunion mit der EU auf alle der Union im Jahr 2004 beigetretenen Länder zu erstrecken habe. Die Entscheidung der EU-AußenministerInnen vom Dezember 2006 bleibt daher aufrecht, acht damit im Zusammenhang stehende Kapitel

Die Erweiterung der Europäischen Union

gänzlich einzufrieren und keines der übrigen Kapitel provisorisch abzuschließen.

Die EU strebt die Überwindung der gegenwärtigen Teilung Zyperns an und fördert Maßnahmen zur Milderung der nachteiligen Folgen für die türkisch-zyprische Bevölkerung. Die Durchführung der Gemeinschaftshilfe im Rahmen der dafür verabschiedeten **Finanzhilfeverordnung**, welche ein finanzielles Stützungsinstrument zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung beinhaltet, verläuft jedoch, unter anderem aufgrund politischer Aspekte, nur schleppend. Eine von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft initiierte Wiederaufnahme der Verhandlungen zur „Verordnung über eine Sonderregelung für den Handel mit außerhalb der unter der Kontrolle der Republik Zypern stehenden Landesteilen“ (Direkthandelsverordnung) blieb ergebnislos. Die Europäische Kommission bewertet die „Verordnung über die Grüne Linie“ nach wie vor als tragfähige Grundlage für weitere Erleichterungen im Waren- und Personenverkehr zwischen den beiden Landesteilen und damit als Beitrag zur Integration der Insel, wenngleich der Warenstrom recht begrenzt bleibt.

3. Die europäische Perspektive der westlichen Balkanländer

Bereits 1999 wurde allen westlichen Balkanländern unter bestimmten Voraussetzungen die Heranführung an die Union angeboten und eine Assoziierung in Aussicht gestellt. Das Instrument des so genannten Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses (**SAP**) soll es den westlichen Balkanländern ermöglichen, durch individuelle Reformschritte das Tempo ihrer Annäherung an die EU mitzubestimmen. Übergeordnetes Ziel des Engagements der EU ist die Unterstützung einer konsequenten Reformpolitik in den am SAP teilnehmenden Staaten, damit diese langfristig die Bedingungen für eine Verwirklichung ihrer EU-Beitrittsperspektive erfüllen können. Der SAP bildet in der Zeit bis zum künftigen EU-Beitritt der westlichen Balkanländer den Rahmen für den von ihnen verfolgten Weg in die EU.

Eine wichtige Etappe auf diesem Weg ist der Abschluss eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (**SAA**), das neben wirtschaftlicher Assoziierung auch die Übernahme von Teilen des Acquis durch den assoziierten Staat sowie Kooperationen mit der EU in einer Vielzahl von Politikbereichen vorsieht. Die SAA mit Mazedonien und Kroatien traten am 1. April 2004 bzw. am 1. Februar 2005 in Kraft. Die mit Albanien am 12. Juni 2006 und mit Montenegro am 15. Oktober 2007 unterzeichneten Abkommen befinden sich im Ratifizierungsprozess. Die mit Serbien am 7. November sowie mit Bosnien und Herzegowina am 4. Dezember paraphierten SAA können erst nach Erfüllung bestimmter politischer Voraussetzungen, darunter die uneingeschränkte Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY), unterzeichnet werden.

Österreich in der Europäischen Union

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 6. November ihre jährlichen **Fortschrittsberichte** für Kroatien und Mazedonien über ihre Vorbereitung auf die EU-Mitgliedschaft bzw. für Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Serbien sowie Kosovo gemäß Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN-SR) über ihre Fähigkeit, die 1993 vom Europäischen Rat von Kopenhagen aufgestellten Kriterien und die Bedingungen des SAP zu erfüllen. Diese Fortschrittsberichte bilden die Grundlage für die bei der weiteren Heranführung an die Union zu beachtenden kurz- und mittelfristigen Reform- und Entwicklungsprioritäten, welche für jedes dieser Länder in revidierten, „Beitrittspartnerschaft“ bzw. „Europäische Partnerschaft“ genannten Rechtsakten neu festgelegt wurden.

Die beschleunigte Heranführung der westlichen Balkanländer an die EU ist eine außenpolitische Priorität Österreichs. Österreich begrüßt daher die mit jedem dieser Staaten verhandelten **Visaerleichterungsabkommen** und **Rückübernahmeabkommen** und unterstützt die Perspektive einer Visa-Liberalisierung.

4. Außenhilfeprogramme und Verwaltungspartnerschaften der Europäischen Union

Am 1. Jänner löste das Instrument für Heranführungshilfe (**IPA**) die bisherigen Instrumente – Aktionsplan für eine koordinierte Hilfe für Polen und Ungarn (PHARE), Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt (ISPA), Sonderprogramm für die Vorbereitung auf den Beitritt in den Bereichen Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (SAPARD), Finanzielle Heranführungshilfe für die Türkei sowie Gemeinschaftsunterstützung für Wiederaufbau, Entwicklung und Stabilisierung (CARDS) – ab. IPA soll die Kandidatenländer Kroatien, Mazedonien und Türkei sowie die potenziellen Kandidatenländer Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro sowie Serbien/Kosovo mit einem Finanzvolumen von 11,5 Milliarden Euro für den Zeitraum 2007-2013 auf ihrem Weg der Annäherung an die EU unterstützen.

Österreich leistete mit der Beteiligung an den noch laufenden CARDS-Projekten, vor allem im Bereich der regionalen Zusammenarbeit und mit EU-Verwaltungspartnerschaftsprojekten (**EU-Twinning**) konkrete Unterstützung im Heranführungsprozess. Österreichische Unterstützungsleistungen im Rahmen von Twinning-Projekten, insbesondere für Justiz und Inneres, Umweltschutz sowie Landwirtschaft, förderten die Heranführung von Behörden der Empfängerländer an das EU-Niveau. Länderschwerpunkte waren dabei Slowenien und Lettland mit je zwei Projekten und Rumänien mit fünf von insgesamt 13 zuerkannten Projekten. Das Projektvolumen betrug rund 8 Millionen Euro. Österreichische Institutionen erhielten in den ersten zehn Jahren österreichischer Beteiligung an Twinning-Projekten den Zuschlag für mehr als 200 Projekte mit einem Umfang von über 100 Millio-

Die Politiken der Europäischen Union

nen Euro, darunter auch in Konsortien mit Institutionen anderer EU-Mitgliedstaaten. Eine auf der Homepage des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten eingerichtete Webseite für EU-Twinning erhöhte den Bekanntheitsgrad.

5. Stabilitätspakt für Südosteuropa

Unter der Leitung des Sonderkoordinators Erhard Busek wurde der Transfer der Kernagenden des **Stabilitätspakts für Südosteuropa** – Aufbau von Humanressourcen, parlamentarische Kooperation, wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Infrastruktur, Justiz und Inneres sowie Sicherheitskooperation – in die Eigenverantwortung der Länder der Region vorbereitet. Auf dem Gipfeltreffen des Südosteuropäischen Kooperationsprozesses (**SEEC**), an dem Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Griechenland, Kroatien, Mazedonien, Moldau, Montenegro, Serbien, Rumänien, die Türkei sowie UNMIK/Kosovo teilnehmen, wurde in Zagreb im Mai die Schaffung des Regionalen Kooperationsrats (**RCC**) formell beschlossen. Der Kroat Hido Bisevic wurde als dessen erster Generalsekretär bestellt und Sarajewo als Sitz des Sekretariats festgelegt. Der formelle Übergang des Stabilitätspakts für Südosteuropa in den RCC soll im Februar 2008 bei einem Außenministertreffen in Sofia erfolgen. Die EU bleibt über Ratsvorsitz und Europäische Kommission ebenso wie interessierte Geberländer eingebunden. Österreich bekundete sein diesbezügliches Interesse.

III. Die Politiken der Europäischen Union

1. Die Rolle Österreichs in den europäischen Institutionen

Benita Ferrero-Waldner ist seit 22. November 2004 Mitglied der Europäischen Kommission. Ihr Aufgabenbereich umfasst die Außenbeziehungen der Union sowie die Europäische Nachbarschaftspolitik. Im Oktober waren 439 ÖsterreicherInnen, darunter ein Generaldirektor, in der Europäischen Kommission tätig. Dies entspricht einem Anteil von rund 1,9% am Gesamtpersonal. Im Vergleich dazu beträgt der Bevölkerungsanteil Österreichs an der EU-Gesamtbevölkerung rund 1,7%. Bei den Leitungsfunktionären im Generalsekretariat des Rats ist Österreich ebenfalls mit einem hohen Anteil vertreten.

Hubert Weber, der 2002 seine zweite sechsjährige Amtsperiode als Mitglied des Europäischen Rechnungshofs angetreten hatte, wurde am 14. Jänner 2005 für drei Jahre zum Präsidenten dieses Organs gewählt. Österreich stellt mit Peter Jann und Josef Azizi je einen Richter beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) bzw. beim Europäischen Gericht erster Instanz (EuGI). Gertrude Tumpel-Gugerell ist seit 2003 österreichisches Mitglied im Direktorium der Europäischen Zentralbank.

*Österreich in der Europäischen Union***1.1. Europäisches Parlament**

Im Europäischen Parlament sind 18 österreichische Abgeordnete vertreten. Davon gehören sieben Abgeordnete der Sozialdemokratischen Fraktion, sechs Abgeordnete der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten (EVP), zwei Abgeordnete der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz sowie eine Abgeordnete der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa an. Zwei Abgeordnete sind fraktionslos.

Mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens zur EU zogen 53 neue Abgeordnete dieser Länder in das Europäische Parlament ein und erhöhten dessen Gesamtzahl auf nunmehr 785 Abgeordnete.

Am 16. Jänner wurde der bisherige Fraktionsvorsitzende der EVP, Hans-Gert Pöttering (Deutschland), zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt. Ende Jänner wurden die Ausschüsse neu besetzt und deren Vorsitzende gewählt. Als erster Österreicher übernahm Herbert Bösch (Sozialdemokratische Fraktion) den Vorsitz in einem Ausschuss des Europäischen Parlaments (Haushaltskontrollausschuss).

Berichte sind die Grundlage für parlamentarische Debatte und Entscheidung im Europäischen Parlament. Zahlreiche österreichische Abgeordnete waren Berichterstatter, beispielsweise Hannes Swoboda (Sozialdemokratische Fraktion) zum Fortschrittsbericht über Kroatien 2006 und Paul Rübiger (EVP) zur Senkung der Roaming-Kosten. Die entsprechenden Berichte wurden im April bzw. Mai im Plenum angenommen.

Am 11. Dezember wurde der Sacharow-Preis 2007 an den sudanesischen Menschenrechtsanwalt Salih Mahmoud Mohamed Osman verliehen.

1.2. Europäischer Gerichtshof und Europäisches Gericht erster Instanz

Die Vertretung der Republik Österreich vor dem EuGH und dem EuGI wird von Prozessbevollmächtigten des Verfassungsdiensts des Bundeskanzleramts wahrgenommen. Im Jahr 2007 wurden von österreichischen Gerichten 20 Vorabentscheidungsverfahren (Anrufung des EuGH durch ein nationales Gericht zum Zweck der Auslegung von Gemeinschaftsrecht) eingeleitet.

Ende des Jahres waren gegen die Republik Österreich sieben Verfahren wegen behaupteter Verstöße gegen das Gemeinschaftsrecht anhängig. Diese Vertragsverletzungsverfahren betreffen die Frage von Liquiditätsreserven von Kreditinstituten bei Zentralinstituten (§ 25 Abs 13 BWG), bilaterale österreichische Investitionsabkommen, Bestimmungen des Ausländerbeschäftigungsgesetzes (§ 32 a AuslBG) hinsichtlich der Vereinbarkeit der Niederlassungsfreiheit für Staatsbürger der neuen EU-Mitgliedstaaten, die mangelhafte Umsetzung der Richtlinie (RL) 89/105/EWG über die Transparenz von Maßnahmen zur Regelung der Preisfestsetzung bei Arzneimitteln

Die Politiken der Europäischen Union

für den menschlichen Gebrauch und ihre Einbeziehung in die staatlichen Krankenversicherungssysteme, Schwierigkeiten bei der Zulassung älterer importierter Gebrauchtwagen hinsichtlich deren Vereinbarkeit mit dem freien Warenverkehr, die mangelhafte Umsetzung der RL 79/409/EWG (Vogelschutzrichtlinie) sowie die Frage eines Verstoßes gegen Art 49 EGV beim Zugang zur Patentanwaltstätigkeit (Patentanwaltsgesetz).

In sechs Verfahren ergingen Urteile des Gerichtshofs, in denen ein Verstoß der Republik Österreich gegen Gemeinschaftsrecht festgestellt worden war. Diese betrafen die mangelhafte Umsetzung der RL 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, die mangelhafte Umsetzung der RL 79/409/EWG über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten, die nicht fristgerechte Umsetzung bzw. die Nichtnotifizierung der teilweisen Umsetzung der RL 2001/45/EG über Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Benutzung von Arbeitsmitteln durch Arbeitnehmer bei der Arbeit, die nicht fristgerechte Umsetzung der RL 2003/4/EG über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen und zur Aufhebung der RL 90/313/EWG, die nicht fristgerechte Umsetzung der RL 2003/98/EG über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors sowie den Verstoß gegen Art 49 EGV durch die von der Republik aufgrund der Verordnung Nr. 2092/91 des Rats über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel ausgesprochene Forderung, dass private Kontrollstellen für Erzeugnisse des ökologischen Landbaus, die in einem anderen Mitgliedstaat ansässig und zugelassen sind, in Österreich einen Geschäftssitz oder eine andere dauerhafte Infrastruktur unterhalten müssen, damit sie dort ihre Tätigkeit ausüben können. Drei dieser Verfahren führten binnen Jahresfrist zu einer Verurteilung.

1.3. Ausschuss der Regionen

Österreich ist im Ausschuss der Regionen mit zwölf Mitgliedern vertreten. Die österreichische Delegation unter der Leitung des Tiroler Landeshauptmanns Herwig van Staa wird von den neun Landeshauptleuten sowie von drei VertreterInnen des Österreichischen Städtebundes bzw. des Österreichischen Gemeindebundes gebildet. Die Stellungnahmen des Ausschusses der Regionen wurden in fünf Plenartagungen behandelt. Österreich hatte mit 75 Änderungsanträgen und mehr als 40 Beteiligungen an Änderungsanträgen anderer nationaler Delegationen einen wesentlichen Anteil an der Formulierung der Stellungnahmen des Ausschusses der Regionen. Die Stellungnahme zum Energiepaket war einer der Aufgabenschwerpunkte des Ausschusses der Regionen, bei welcher der Österreicher Bernd Vögerler (SPE) die Funktion eines Berichterstatters innehatte. Den Höhepunkt der Arbeiten des Ausschusses der Regionen bildete die Plenartagung im Februar anlässlich der 50-Jahre-Feier der Gründungsverträge in Rom.

*Österreich in der Europäischen Union***1.4. Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss**

Österreich ist im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss mit 12 Mitgliedern vertreten. Der Ausschuss dient als beratende Institution der EU, übt eine „Brückenfunktion“ zwischen den EU-Institutionen und der so genannten organisierten Zivilgesellschaft aus und fördert deren Rolle durch Aufbau eines „strukturierten Dialogs“ mit den betreffenden Interessengruppen innerhalb und außerhalb der Union. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss hielt unter anderem eine offene Plenartagung zum Thema Klimawandel und Lissabon-Strategie am 24. Oktober ab.

2. Die innerösterreichische Zusammenarbeit mit dem Parlament und den Ländern

Die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament in Angelegenheiten der europäischen Integration erfolgt durch das in Art 23e B-VG vorgesehene Mitwirkungsrecht des National- und Bundesrates in Form eines Informations- und Stellungnahmerechts betreffend Vorhaben der EU.

Beschließt der Hauptausschuss des Nationalrates oder der Ständige Unterausschuss in Angelegenheiten der EU eine Stellungnahme zu einem Vorhaben, das bundesgesetzlich zu regeln wäre oder das auf die Erlassung eines unmittelbar anwendbaren EU-Rechtsaktes gerichtet ist, der Angelegenheiten betrifft, die bundesgesetzlich zu regeln wären, so ist das zuständige Mitglied der Bundesregierung an diese Stellungnahme gebunden und darf nur aus zwingenden außen- und integrationspolitischen Gründen davon abweichen. Wenn das zuständige Mitglied der Bundesregierung von einer solchen Stellungnahme des Nationalrates abweichen will, so hat es den Nationalrat neuerlich zu befassen. Soweit der in Vorbereitung befindliche Rechtsakt der EU eine Änderung des geltenden Bundesverfassungsrechts bedeuten würde, ist eine Abweichung von der Stellungnahme des Nationalrates unzulässig, wenn der Nationalrat innerhalb angemessener Frist Widerspruch erhebt.

Weder der Hauptausschuss des Nationalrates noch der Ständige Unterausschuss in Angelegenheiten der EU bzw. der Ausschuss des Bundesrates verabschiedeten formelle Stellungnahmen gemäß Art 23e B-VG. Der Ständige Unterausschuss des Hauptausschusses des Nationalrates nahm jedoch am 24. September eine rechtlich nicht bindende Ausschussfeststellung an, in der der Ausschuss den Entwurf eines Beschlusses des Rates zur Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität, ausdrücklich begrüßte. Die Mitglieder des EU-Ausschusses des Bundesrates verabschiedeten am 21. November einstimmig eine Ausschussfeststellung, in der sie die politische Einigung über den Vertrag von Lissabon begrüßen.

Die Politiken der Europäischen Union

Das in Art 23d B-VG festgelegte Mitwirkungsrecht der Länder und Gemeinden enthält für deren Zuständigkeitsbereiche jeweils ein dem National- und Bundesrat analoges Informations- und Stellungnahmerecht. Die Länder gaben einheitliche Stellungnahmen gemäß Art 23d Abs 2 B-VG zu folgenden Themen ab: Schutzgebietsnetzwerk Natura 2000 (Gemeinschaftsliste der kontinentalen Region; Gemeinschaftsliste der alpinen Region; geänderte Gemeinschaftsliste der mediterranen Region); Europäisches Programm zum Schutz Kritischer Infrastrukturen (EPCIP); Vorschlag für eine Verordnung über die Vorschriften für die Akkreditierung und Marktüberwachung im Zusammenhang mit der Vermarktung von Produkten; Gemeinsame Marktorganisation für Wein sowie Vorschlag für eine Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt.

Die österreichischen Positionen im Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) werden in einem wöchentlich abgehaltenen Koordinationsmechanismus abgestimmt, in dem das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten den Vorsitz führt. Dadurch wird die laufende Einbindung der Fachressorts, der Sozialpartner, der Nationalbank, der Industriellenvereinigung sowie der Länder und Gemeinden in den österreichischen Meinungsbildungsprozess sichergestellt.

Seit November 2004 übermitteln zu Beginn jedes Jahres die einzelnen Ressorts dem Parlament Berichte über das Arbeitsprogramm und die Legislativvorhaben auf EU-Ebene. Diese ermöglichen bereits im Vorfeld die Information und die Einbindung der Abgeordneten in die politische Meinungsbildung.

3. Wirtschaft und Finanzen

Der konjunkturelle Aufschwung von 2006 setzte sich fort: Das Bruttoinlandsprodukt in der Eurozone wuchs real um 2,6%, jenes in der EU-27 um 2,9%. Diese Entwicklung prägte auch den Arbeitsmarkt: Die Beschäftigung stieg sowohl in der Eurozone als auch in der EU-27 um jeweils 1,5%, die Arbeitslosigkeit sank in der Eurozone auf 7,3% und in der EU-27 auf 7,1%.

Das Wirtschaftswachstum der letzten Jahre begünstigte weitere Fortschritte in der Budgetkonsolidierung der EU-Mitgliedstaaten: In der Eurozone lag das Budgetdefizit bei 0,8% des Bruttoinlandsprodukts, in der EU-27 bei 1,1%, nachdem es zwei Jahre davor noch 2,5% bzw. 2,4% des BIP betragen hatte. Zum Jahresende waren gegen Italien, Polen, Portugal, die Slowakei und Ungarn Verfahren wegen Vorliegen eines übermäßigen Defizits anhängig.

Trotz des hohen Ölpreises stiegen die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt mit 2% in der Eurozone bzw. 2,3% in der EU-27 auf Jahresbasis nur relativ moderat. Zu Jahresende war jedoch eine deutliche Inflationsbeschleunigung zu verzeichnen. Die im Sommer einsetzenden Turbulenzen

Österreich in der Europäischen Union

auf den Finanzmärkten führten darüber hinaus zu einer deutlichen Abschwächung der Konjunkturerwartungen für die Folgejahre.

Europas Wirtschaft profitierte in den letzten Jahren zum einen von der dynamischen Entwicklung der Weltkonjunktur, zum anderen zunehmend auch von der Umsetzung der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Nach einem von der Europäischen Kommission im Dezember vorgelegten Bericht zur Lissabon-Strategie erzielten die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung von Strukturreformen weitere Fortschritte, wenn auch in unterschiedlichem Tempo. Die Europäische Kommission sieht für die nächsten Jahre die Notwendigkeit weiterer Reformen im Bereich der Arbeitsmärkte, etwa durch „flexicurity“ (Flexibilität durch Sicherheit). Darüber hinaus ist aus ihrer Sicht für eine höhere Produktivität der europäischen Wirtschaft eine Stärkung des Wettbewerbs, insbesondere bei so genannten Netzindustrien, sowie eine intensivere Nutzung von Kommunikations- und Informationstechnologien notwendig. Jene Mitgliedstaaten, die ihre mittelfristigen Budgetziele noch nicht erreicht haben, müssten ihre Konsolidierungsbemühungen verstärken.

Neben der Durchführung von Strukturreformen ist die Verbesserung der Qualität in den öffentlichen Finanzen im Sinne einer Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungseffekte öffentlicher Einnahmen und Ausgaben ein weiteres zentrales Element der wirtschafts- und budgetpolitischen Debatte in Europa. Diese Zielsetzung soll durch einfache und transparente Verwaltungsabläufe, eine stärker ergebnisorientierte Budgetplanung sowie eine klare Abgrenzung zwischen öffentlicher und privater Aufgabenerfüllung verwirklicht werden.

Die Krise am amerikanischen Immobilienmarkt prägte die wirtschaftspolitische Diskussion in der zweiten Jahreshälfte. Der Rat Wirtschaft und Finanzen verabschiedete einen detaillierten Aktionsplan, dessen Umsetzung zu einer weiteren Stärkung der Finanzmarktsstabilität beitragen soll. Die Maßnahmen des Aktionsplans dienen vor allem der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Aufsichtsbehörden, der Erhöhung der Markttransparenz und der Verbesserung der Bewertungsstandards bei Finanzprodukten. Darüber hinaus tritt die EU für eine intensivere Diskussion von Fragen der Finanzmarktstabilität in internationalen Foren wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Gruppe der 8 (G-8) und dem Forum für Finanzstabilität (FSF) ein.

Eine Reihe legislativer Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Funktionsweise des Binnenmarkts bzw. der europäischen Wirtschaft wurde beschlossen, etwa die Rahmenrichtlinie über den Zahlungsverkehr, welche den Wettbewerb in diesem Bereich stärken, die Modernisierung der Infrastrukturen fördern und die Rechte der Konsumenten verbessern soll, sowie das so genannte Mehrwertsteuer-Paket, welches die Fairness bei der Vertei-

Die Politiken der Europäischen Union

lung des Steueraufkommens erhöhen und das System insgesamt einfacher und transparenter gestalten soll.

4. Beschäftigung und Sozialpolitik

Die Tagung des Europäischen Rats vom 8. und 9. März legte bei der **Strategie für Wachstum und Beschäftigung** den Schwerpunkt auf Maßnahmen in den Bereichen wachstums- und stabilitätsorientierte Finanz- und Wirtschaftspolitik, Stärkung des Binnenmarkts und der Wettbewerbsfähigkeit Europas, Stärkung von Innovation, Forschung und Bildung, Förderung der Beschäftigung, Modernisierung und Ausbau des europäischen Sozialmodells, bessere Rechtssetzung sowie Energie- und Klimapolitik. Bundesminister Martin Bartenstein übermittelte im Oktober den Umsetzungsbericht zum österreichischen Reformprogramm für Wachstum und Beschäftigung an die Europäische Kommission, welches der Neuausrichtung der Lissabon-Strategie auf Wachstum und Beschäftigung im Jahr 2005 Rechnung trägt. Die Europäische Kommission hob vor allem die Maßnahmen zur Förderung von Innovation, etwa den Innovationsscheck Österreich, die erhöhten finanziellen Mittel für Forschung und Entwicklung, die Einrichtung des Klima- und Energiefonds sowie die erfolgreiche Umsetzung und Weiterentwicklung des Flexicurity-Modells hervor.

Die Europäische Kommission gab in ihrer Mitteilung „Die Arbeitsplatzqualität verbessern und die Arbeitsproduktivität steigern: Gemeinschaftsstrategie für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2007-2012“ vom 21. Februar die **vorrangigen Arbeitnehmerschutzvorhaben** für die nächsten fünf Jahre bekannt. Bei der Tagung des Europäischen Rats vom 21. und 22. Juni wurden die Mitgliedstaaten zur Umsetzung dieser vom Rat am 30. Mai noch erweiterten Gemeinschaftsstrategie auf nationaler Ebene aufgefordert. Bis zum Jahr 2012 sollen EU-weit die Arbeitsunfälle um mindestens ein Viertel sowie Berufskrankheiten und arbeitsbedingte Erkrankungen, vor allem in Hochrisikobranchen und bei Gruppen von ArbeitnehmerInnen mit höherem Risiko wie Jugendliche, ältere ArbeitnehmerInnen und MigrantInnen, verringert werden.

Die Umsetzung der europäischen beschäftigungspolitischen Ziele wird in Österreich durch den Europäischen Sozialfonds (**ESF**) unterstützt. Die Europäische Kommission genehmigte für Österreich zwei mit ihr abgestimmte neue Strukturfondsprogramme mit dem Ziel, „Aktives Altern“, gering qualifizierte ArbeitnehmerInnen und die berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen zu fördern. Insgesamt wurden dafür 1,184 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, davon 524 Millionen Euro vom ESF.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft veranstaltete zur Weiterentwicklung des Europäischen Sozialmodells die international und hochrangig besetzte Konferenz „Kräfte bündeln für ein soziales Europa“ in Nürnberg am 8. und 9. Februar. In der Folge unterzeichneten MinisterInnen aus elf Mitgliedstaa-

Österreich in der Europäischen Union

ten, darunter auch Österreich, die Erklärung „**Neuer Schwung für ein soziales Europa**“, in der sie das Erfordernis der Stärkung des europäischen Sozialmodells hervorhoben. Am 26. Februar startete die Europäische Kommission Konsultationen zur sozialen Realität in Europa mit dem Ziel, bis zum Jahr 2008 Beiträge zur Halbzeitbewertung der Sozialagenda und zur Überprüfung des Binnenmarkts zu liefern.

Bundesminister Erwin Buchinger initiierte die ersten **Sommergespräche zum sozialen Europa** in Salzburg vom 3.-5. August mit dem Thema „Soziales Europa 2007 – Herausforderung und Chance“.

Nach einer längeren Überprüfungsphase des Acquis veröffentlichte die Europäische Kommission im Februar das **Grünbuch zur Überprüfung des gemeinschaftlichen Besitzstandes im Verbraucherschutz**. Die Ergebnisse des darauf folgenden Konsultationsverfahrens wurden im Oktober vorgestellt.

5. Binnenmarkt

Die Europäische Kommission präsentierte im November eine Mitteilung mit dem Titel „Ein Binnenmarkt für das Europa des 21. Jahrhunderts“. Sie bildet den Abschluss der 2006 begonnenen Prüfung der Entwicklung des Binnenmarkts im Vergleich zur europäischen Wirtschaftsleistung seit 1992 (**Single Market Review**). Das Paket setzt sich mit der externen Dimension des Binnenmarkts, Instrumenten für eine modernisierte Binnenmarkt-Politik, Finanzdienstleistungen für Privatkunden, Dienstleistungen von allgemeinem Interesse samt Sozial-Dienstleistungen und der Einführung einer neuen Methode für Produktmarkt- und Sektorenbeobachtung auseinander. Besonderes Augenmerk soll künftig den VerbraucherInnen und Kleinunternehmen sowie kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gewidmet werden.

Bedeutsame Fortschritte konnten bei der Umsetzung der **Agenda zur Besseren Rechtsetzung** erzielt werden. Abgesehen von umfangreichen Arbeiten im Bereich Vereinfachung und Kodifizierung einigte sich die Gemeinschaft auf eine einheitliche EU-Methode zur Bewertung der durch Rechtsvorschriften bedingten Verwaltungskosten (Standardkostenmodell) sowie auf ein einheitliches Reduktionsziel für Verwaltungslasten von minus 25% bis 2012. Darüber hinaus wurde der Leitfaden der Europäischen Kommission zur Folgenabschätzung extern evaluiert und eine hochrangige Gruppe unabhängiger Interessenträger unter Vorsitz des ehemaligen Bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber zur Beratung der Europäischen Kommission bei der Umsetzung des Aktionsprogramms zur Verringerung der Verwaltungslasten eingesetzt.

Die Europäische Kommission zog in der **Halbzeitbewertung der EU-Industriepolitik** vom Juli eine Zwischenbilanz über die seit 2005 erzielten

Die Politiken der Europäischen Union

Umsetzungsfortschritte bei horizontalen und sektorbezogenen Maßnahmen und stellte die Strategie zur weiteren Stärkung der industriellen Basis Europas vor. Im zweiten Halbjahr mündete die Diskussion der Halbzeitbewertung im Rat in die Annahme von Schlussfolgerungen.

Die Europäische Kommission unterstützte die Mitgliedstaaten bei der bis 27. Dezember 2009 in nationales Recht umzusetzenden Dienstleistungsrichtlinie mit regelmäßigen Expertentreffen und der Ausarbeitung eines Umsetzungshandbuchs.

6. Verkehr

Nach einer Orientierungsaussprache verabschiedete der Rat im Februar Schlussfolgerungen zur Lissabon-Strategie für eine **nachhaltige europäische Verkehrspolitik und Klimaschutz**. Österreich unterstützte besonders die Zielsetzung einer effektiven Verkehrsverlagerung von der Straße auf umweltfreundlichere Verkehrsträger wie Schiene und Binnenwasserstraße sowie die deutliche Bezugnahme auf die Notwendigkeit der Anrechnung von bislang nicht von den Verkehrsteilnehmern – vor allem für Gesundheitsbelastungen und Umwelt – getragenen Kosten (externe Kosten). Für prioritäre Vorhaben des Transeuropäischen Verkehrsnetzes (**TEN**) wurden Österreich rund 670 Millionen Euro an EU-Zuschüssen, insbesondere für den Brennerbasistunnel und den Donauausbau südöstlich von Wien, zugesprochen.

Bei der von Österreich im September veranstalteten europäischen Fachtagung „Wasserstraße Donau – Option für ein florierendes Europa“ wurde durch die Unterzeichnung des „**Ybbser Kommuniqués**“ die Absicht der Donauanliegerstaaten zu einer verstärkten Kooperation bekundet und ein weiterer Schritt zur Umsetzung des Aktions- und Entwicklungsprogramms für die europäische Binnenschifffahrt (NAIADES) gesetzt.

Für den **Luftverkehr** konnte mit Russland eine grundsätzliche Einigung für erleichterte Sibirienüberflüge erzielt werden. Mit den USA wurde Ende April ein Abkommen über einen offenen Luftverkehrsraum geschlossen. Im November wurden Verhandlungen über ein umfassendes Luftverkehrsabkommen mit Kanada aufgenommen. Mit der Ukraine begannen Verhandlungen über einen gemeinsamen Luftverkehrsraum im Dezember. Der Rat nahm die Verordnung zur Entwicklung des europäischen Flugverkehrsmanagementsystems der neuen Generation (**SESAR**) im Februar an. Die Politische Einigung zur Abänderung der Verordnung zur Errichtung einer Europäischen Agentur für Flugsicherheit (**EASA**) wurde im Juni erzielt.

Zur Verwirklichung des europäischen Satellitennavigationssystems **GALILEO** wurde in Abstimmung mit dem Europäischen Parlament am 23. November Einigung darüber erzielt, die zusätzlich erforderlichen Mittel zu den veranschlagten Gesamtkosten von 3,4 Milliarden Euro aus dem EU-

Österreich in der Europäischen Union

Haushalt ohne Kürzung der für Österreich wichtigen Zuschüsse zu Verkehrsprojekten bereit zu stellen.

7. Umwelt

Eine bedeutende umweltpolitische Entscheidung fiel beim Europäischen Rat vom 8. und 9. März mit der Einigung auf eine **integrierte Klimaschutz- und Energiepolitik**. Die Staats- und Regierungschefs einigten sich darauf, die Treibhausgasemissionen bis 2020 gegenüber 1990 um 30% zu verringern. Die EU trägt auf diese Weise zu einer globalen und umfassenden Vereinbarung für die Zeit nach dem Auslaufen des Kioto-Protokolls im Jahr 2012 bei, sofern sich auch andere Industrieländer zu vergleichbaren Emissionsreduzierungen und die wirtschaftlich weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländer zu einem ihren Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten angemessenen Beitrag verpflichten. Unabhängig davon bekannte sich die EU intern zur Verpflichtung, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 20% gegenüber 1990 zu verringern.

Der Europäische Rat vom 14. Dezember legte **nachhaltige Entwicklung** als grundlegendes Ziel der Union fest und begrüßte den ersten Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission über die diesbezügliche erneuerte EU-Strategie.

Die Europäische Kommission veröffentlichte im September die erste Ausschreibung für **LIFE+**, dem für den Zeitraum bis 2013 mit 2,14 Milliarden Euro dotierten europäischen Finanzierungsinstrument für Umwelt und Naturschutz. Der österreichische Anteil der mit insgesamt 187 Millionen Euro veranschlagten ersten Runde liegt bei 3,5 Millionen Euro, wobei für jedes Projekt eine nationale Kofinanzierung von mindestens 50% sichergestellt sein muss.

Über eine Reihe von Legislativvorschlägen der Europäischen Kommission wurde politische Einigung erzielt: Richtlinie über Abfälle, Richtlinie über Umweltqualitätsnormen im Bereich der Wasserpolitik, Richtlinie über die Einbeziehung des Luftverkehrs in das System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten sowie Verordnung über das Verbot der Ausfuhr und die sichere Lagerung von metallischem Quecksilber.

8. Energie

Aufbauend auf dem unter österreichischer EU-Ratspräsidentschaft gelegten Grundstein für eine gemeinsame EU-Energiepolitik verabschiedete der Europäische Rat vom 8. und 9. März den Aktionsplan (2007-2009) „**Eine Energiepolitik für Europa**“. Der von der Europäischen Kommission im September unterbreitete Legislativvorschlag „Drittes Liberalisierungspaket für den Energiebinnenmarkt“ dominierte die energiepolitische Diskussion. Auf

Die Politiken der Europäischen Union

Grundlage dieses Aktionsplans wird die europäische Außenpolitik um eine energiepolitische Dimension ergänzt. Die europäische Energiesicherheit soll durch Schaffung von gemeinsamen Krisenreaktionsmechanismen, Förderung vorrangiger EU-Energieprojekte wie das Nabucco-Pipeline-Projekt und systematische weitere Ausgestaltung der EU-Energieaußenbeziehungen zu Drittstaaten erhöht werden.

Die **Energieaußenpolitik** zielt auf die Integration der Thematik in bestehende Kooperationsinstrumente, etwa Zentralasienstrategie, Schwarzmeerkoope-ration, Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) und Euro-Mediterrane Partnerschaft, für eine möglichst flächendeckende Intensivierung der Kooperation im Energiebereich ab. Neben regionalen und bilateralen Energiedialogen bzw. -partnerschaften, etwa mit Norwegen, Russland, USA, Brasilien, China, Indien und weiteren Staaten im Nahen Osten, Asien und Afrika, umfassen die Maßnahmen auch die Nutzung von ENP-Instrumenten zur Stabilisierung von Krisenregionen.

Die Europäische Kommission ernannte Koordinatoren zur Beschleunigung der vier wichtigsten vorrangigen Energievorhaben von europäischem Interesse. Für **Nabucco**, das einzige Projekt im Gasbereich, ist der ehemalige niederländische Außenminister Jozias Van Aartsen seit September als Koordinator tätig.

9. Bildung und Jugend

Das neue EU-Bildungsprogramm „**Lebenslanges Lernen**“, an dem Österreich im Verhältnis zu anderen EU-Ländern überproportional stark beteiligt ist, startete am 1. Jänner. Insgesamt profitierten 9.000 SchülerInnen, LehrerInnen, Studierende, Lehrende, Personen im Erwachsenenbildungsbereich sowie Personen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung durch Aufenthalte in anderen EU-Ländern von diesem neuen EU-Bildungsprogramm. Die politische Einigung zum Europäischen Qualifikationsrahmen für Lebenslanges Lernen wurde am 15. November erzielt. Darauf aufbauend begannen die Arbeiten für die Ausarbeitung des nationalen Qualifikationsrahmens. Die Konsultationen sollen ab Jänner 2008 geführt werden.

Im Zuge der Annahme der so genannten Kernbotschaften für die Frühjahrstagung des Europäischen Rats erörterten die BildungsministerInnen im Februar längerfristige europäische Bildungsperspektiven, um den ökonomischen, gesellschaftlichen und demographischen Herausforderungen effizient zu begegnen.

Mit der Annahme der Schlussfolgerungen zum **Kohärenten Rahmen von Indikatoren und Benchmarks** bestätigten die BildungsministerInnen die Weiterarbeit an den fünf Benchmarks (Kriterien) zur Beobachtung der Fortschritte im Hinblick auf die Lissabonner Ziele im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung – Verringerung der SchulabbrecherInnen, Verbes-

Österreich in der Europäischen Union

serung der Grundkompetenzen/Lesen, Abschluss der Sekundarstufe II, Erhöhung der Zahl der HochschulabsolventInnen sowie Teilnahme am Programm „Lebenslangen Lernen“ – sowie an drei neuen Indikatoren: Teilnahme an der Vorschulbildung, länderübergreifende Mobilität von Studierenden und Bildungsstand der Bevölkerung. Österreich erreichte bereits vier der fünf Benchmarks.

Die Schlussfolgerungen des Rats zur Qualität der LehrerInnenausbildung, die EntschlieÙung des Rats zur allgemeinen und beruflichen Bildung als wesentliche treibende Kraft der Lissabon-Strategie sowie die EntschlieÙung des Rates zu Neuen Kompetenzen für neue Beschäftigungen wurden im November angenommen.

Im Bereich der Hochschulbildung wurde der Vorschlag des Beschlusses für ein Aktionsprogramm zur Verbesserung der Qualität der Hochschulbildung und zur Förderung des interkulturellen Verständnisses durch die Zusammenarbeit mit Drittstaaten (Erasmus Mundus 2009-2014) diskutiert. Bei der Tagung des Rats Bildung am 15. und 16. November wurde die allgemeine Ausrichtung festgelegt.

10. Forschung

Ende des Jahres wurden vier **Gemeinsame Technologieinitiativen** beschlossen: ARTEMIS (Initiative auf dem Gebiet eingebetteter Rechnersysteme), ENIAC (Initiative auf dem Gebiet der Nanoelektronik), Clean Sky (Forschungsprogramm für eine Verringerung der Umweltauswirkungen des Luftverkehrs) sowie IMI (Initiative zur Förderung innovativer Arzneimittel). Diese neuen Instrumente des 7. Rahmenprogramms sind eigene Forschungsprogramme nach Art 171 EGV. Bei ARTEMIS und ENIAC steuern die beteiligten Mitgliedstaaten Finanzmittel bei. Eine neue Gemeinsame Technologieinitiative wurde beim Rat Wettbewerbsfähigkeit am 23. November mit dem Gemeinsamen Unternehmen „Brennstoffzellen und Wasserstoff“ vorgestellt.

Österreich bewirbt sich mit Wien als Standort für den Verwaltungssitz des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (**EIT**). Bezüglich der EIT-Verordnung gab es bereits eine politische Einigung im Rat Wettbewerbsfähigkeit, die Lösung der Finanzierungsfrage sowie eine Einigung mit dem Europäischen Parlament. Nach der Annahme im Rat ist die Sitzfrage binnen zwölf Monaten zu klären.

Der Rat legte zur Initiative nach Art 169 EGV „**Ambient Assisted Living**“ (Unterstützende Lebensumgebung) zur Verbesserung der Lebensqualität älterer Menschen durch neue Informations- und Kommunikationstechnologien eine Allgemeine Ausrichtung fest. Darüber hinaus startete die Europäische Kommission gemeinsam mit dem Forschungsnetzwerk EUREKA im Oktober mit **EUROSTARS** eine zweite Initiative nach Art 169

Die Politiken der Europäischen Union

EGV zugunsten stark forschungsorientierter kleinerer und mittlerer Unternehmen.

Die Europäische Kommission legte am 4. April ein **Grünbuch zum Europäischen Forschungsraum** vor, in dessen Kontext Schlussfolgerungen sowohl zum Wissenstransfer und zu einer Charta bezüglich geistigen Eigentums als auch zur Zukunft von Wissenschaft und Forschung in Europa angenommen wurden. Der im 7. Rahmenprogramm neu eingerichtete **Europäische Forschungsrat**, durch den die EU erstmals Grundlagenforschung fördert, führte die erste Ausschreibung durch.

Der Bereich Forschung wurde auch beim **EU-China-Gipfel** am 28. November und beim **EU-Indien-Gipfel** am 30. November thematisiert: Mit China ist eine stärker strukturierte Zusammenarbeit geplant, mit Indien wurde eine Verlängerung des Abkommens über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit unterzeichnet.

11. Aufbau eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

Bei der Umsetzung des im November 2004 vom Europäischen Rat beschlossenen **Haager Programms** für 2005-2009, dem nach dem Programm von Tampere (Oktober 1999) zweiten Fünfjahresprogramm, wurden weitere substanzielle Fortschritte erzielt.

Die im Bereich Justiz und Inneres bestehende regionale Zusammenarbeit zwischen Bulgarien, Österreich, Polen, Rumänien, der Slowakei, Ungarn, Slowenien und Tschechien im Rahmen der „**Salzburg Gruppe**“ wurde sowohl auf Ebene der InnenministerInnen als auch auf Arbeitsebene fortgesetzt.

Im Zuge der Schengen-Erweiterung erfolgte am 21. Dezember die **Aufhebung der Grenzkontrollen** an den Landgrenzen zu Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowenien, der Slowakei, Tschechien und Ungarn unter Gewährleistung höchstmöglicher Sicherheitsstandards. Die Schengen-Erweiterung ist der nächste bedeutende Integrationschritt, ein wichtiger Meilenstein in Richtung eines gemeinsamen Europa und die Weiterentwicklung des europäischen Friedensprojekts. Die zuständigen österreichischen Stellen setzten sich laufend dafür ein, dass die Chancen der Schengen-Erweiterung voll genutzt, gleichzeitig aber die Risiken so gering wie möglich gehalten wurden. Wichtige Schritte waren die weitere Festigung der mitteleuropäischen Sicherheitspartnerschaft im Rahmen der „Salzburg Gruppe“, der Abschluss moderner Polizeikooperationsverträge und die darauf aufbauende enge polizeiliche Zusammenarbeit. Grundvoraussetzung für die Aufhebung der Kontrollen war die Teilnahme der betroffenen neun Mitgliedstaaten am Schengener Informationssystem. Aufgrund technisch bedingter Verzögerungen bei der Inbetriebnahme des Schengener Informa-

Österreich in der Europäischen Union

tionssystems der zweiten Generation (SIS II) wurde vorerst das Übergangssystem „SISone4all“ eingeführt, wodurch die politische Zielsetzung des Wegfalls der Kontrollen an den Landgrenzen zu Jahresende fristgerecht verwirklicht werden konnte. Die Aufhebung der Grenzkontrollen auf den Flughäfen ist mit der Flugplanumstellung Ende März 2008 vorgesehen.

Der Europäische Rat vom 14. Dezember begrüßte die Schengen-Erweiterung, bestätigte die Ausrufung des 10. Oktober als „Europäischen Tag gegen die Todesstrafe“ und billigte Schlussfolgerungen zu Mobilitätspartnerschaften (Pendeln von ArbeitsmigrantInnen mit begrenztem Aufenthalt zwischen Herkunfts- und Aufnahmeland) und zirkulärer Migration (Vereinbarung mit Drittländern über einen besseren Zugang für deren BürgerInnen zur EU, sobald bestimmte Bedingungen erfüllt sind).

12. Terrorismusbekämpfung

Terrorismus stellt eine erhebliche Bedrohung für die Sicherheit Europas, die Werte unserer demokratischen Gesellschaften und die Rechte und Freiheiten der europäischen BürgerInnen dar. Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 sowie den Anschlägen von Madrid (2004) und London (2005) misst daher die EU dem Kampf gegen den Terrorismus einen besonderen hohen Stellenwert bei. Zahlreiche Anschläge mit terroristischem Hintergrund in aller Welt bestätigen erneut, dass der Terrorismus nur durch enge internationale Zusammenarbeit effektiv bekämpft werden kann. Aufgrund der guten Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der EU konnten mehrere terroristische Anschläge verhindert werden.

Die EU nahm 2005 eine **Strategie zur Terrorismusbekämpfung** mit der Verpflichtung an, den Terrorismus für die Verwirklichung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts für ihre BürgerInnen weltweit unter Achtung der Menschenrechte zu bekämpfen. Die EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung umfasst die vier Arbeitsfelder Prävention, Schutz, Verfolgung und Reaktion. Sie wird durch ein im Februar beschlossenes spezifisches Programm zur Förderung von Prävention, Abwehrbereitschaft und Folgenbewältigung im Zusammenhang mit Terrorakten umgesetzt. Das Programm ist mit 745 Millionen Euro für den Zeitraum 2007-2013 dotiert und Teil des Rahmenprogramms „Sicherheit und Schutz der Freiheitsrechte“.

Die von der EU 2005 angenommene Richtlinie zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung (**3. Geldwäsche-Richtlinie**) wurde Ende des Jahres in Österreich in nationales Recht transformiert. Die Richtlinie sieht insbesondere Regeln über die Identifizierung von Kunden, zusätzliche Definitionen von Risikokategorien und die Ausweitung des Kreises jener vor, die zur Prävention von Geldwäsche verpflichtet sind. Alle verdächtigen Transaktionen ab einer Höhe von 15.000 Euro unterliegen seither der Meldepflicht. Öster-

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

reich setzte neben der 3. Geldwäsche-Richtlinie sämtliche EU-Rechtsakte, die dem Kampf gegen den Terrorismus dienen, zeitgerecht um.

Da Terrorismus ein globales Problem ist und ein großer Teil der Bedrohungen außerhalb der EU entsteht, hängt die Sicherheit der Union direkt von Entwicklungen in anderen Ländern ab. Marokko und Algerien zählen bei der Zusammenarbeit mit Drittstaaten in der Terrorismusbekämpfung zu den Schwerpunktländern der EU. So genannte **Aktionspläne** zur technischen Hilfestellung gegen den Terrorismus sehen etwa Ausbildungslehrgänge und Twinning-Projekte im Kampf gegen die Geldwäsche vor. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Maghrebstaaten steht künftig die Bekämpfung der Radikalisierung und Rekrutierung im Vordergrund. Auf internationaler Ebene tritt die EU konsequent für die Ratifizierung und Umsetzung entsprechender Dokumente der Vereinten Nationen (VN) ein.

Im Bereich der operativen Terrorismusbekämpfung unterstützt und koordiniert die in Den Haag ansässige europäische Polizeibehörde **EUROPOL** die Bemühungen der einzelnen Mitgliedstaaten. EUROPOL besitzt keine Vollstreckungs- und Ermittlungsbefugnisse, ihre Aufgabe besteht in der Erleichterung des Informationsaustausches zwischen den Mitgliedstaaten sowie die Auswertung der Informationen. EUROPOL ist befugt, mit Drittstaaten und internationalen Organisationen Abkommen über die strategische oder die operative Zusammenarbeit zu schließen. EUROPOL veröffentlichte im Juli den ersten Terrorismusbericht.

Der Belgier Gilles de Kerchove ist seit September **Koordinator für die Terrorismusbekämpfung**. Er koordiniert die Arbeit im Rat und soll die aktive Rolle der EU im Kampf gegen den Terrorismus sicherstellen.

IV. Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

1. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

1.1. Allgemeines

Die zentralen Themen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (**GASP**) waren die Suche nach einer Friedenslösung im Nahen Osten, die Lage im Irak, im Iran und in Osteuropa sowie die Fortsetzung des Stabilisierungsprozesses am westlichen Balkan. Afrika entwickelte sich zu einem neuen Schwerpunkt der GASP. Darüber hinaus trug die EU zur weiteren Stärkung eines wirksamen Multilateralismus bei, indem sie sich um eine verbesserte Zusammenarbeit mit dem Europarat, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und den VN bemühte.

Im Rahmen der GASP wurden praktisch alle aktuellen außenpolitischen Themen auf EU-Ebene behandelt. Die EU bezog zu bedeutenden Themen in der Form von Erklärungen oder Schlussfolgerungen des Rats Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen sowie des Europäischen Rats

Österreich in der Europäischen Union

Stellung. Darüber hinaus wurde sie in zahlreichen Demarchen aktiv, besonders im Bereich der Menschenrechte. Mit ihren zivilen und militärischen Operationen ist die EU inzwischen weltweit präsent, vom westlichen Balkan, über den Nahen Osten und Afrika bis nach Asien.

Drei neue EU-Krisenmanagementmissionen wurden durch Gemeinsame Aktionen des Rats im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (**ESVP**) eingesetzt: die EU-Polizeimissionen in Afghanistan (EUPOL Afghanistan) und in der Demokratischen Republik Kongo (EUPOL RD Congo) zur Unterstützung der Reform und Ausbildung des Polizeiapparats sowie die militärische Überbrückungsmission in den Tschad und in die Zentralafrikanische Republik (EUFOR Tschad/RCA).

Eine weitere bedeutende Maßnahme war die Erlassung von Gemeinsamen Standpunkten sowie Verordnungen zur Umsetzung der vom VN-SR mit Resolutionen 1737 (2007) und 1747 (2007) gegen den Iran verhängten umfassenden **Sanktionen**. Ferner erließ der Rat eine Verordnung zur Umsetzung der vom VN-SR mit Resolution 1718 (2006) gegen die Demokratische Volksrepublik Korea verhängten Sanktionen und adaptierte die Sanktionen gegen Côte d'Ivoire, den Iran, die Demokratische Republik Kongo, den Libanon, Liberia, Mazedonien, Myanmar, Simbabwe und den Sudan. Schließlich wurde die Liste jener Personen geändert, die von den Sanktionen gegen die Taliban/Al Kaida und andere terroristische Individuen und Gruppen betroffen waren.

Ein wichtiges Instrument der GASP sind die Sonderbeauftragten der EU (**EUSB**). Mandate bestanden für Afghanistan, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Moldau, den Sudan, die Region der Großen Seen, den Südkaukasus, Zentralasien sowie für den Nahost-Friedensprozess und die Afrikanische Union (AU).

Das **GASP-Budget** betrug im Jahr 2007 159,2 Millionen Euro. Für das Jahr 2008 konnte eine Einigung über eine Erhöhung um 126,05 Millionen Euro auf insgesamt 285,25 Millionen Euro erzielt werden. Die meisten Haushaltsmittel stehen für zivile Krisenmanagementoperationen, EU-Sonderbeauftragte sowie Abrüstung und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen zur Verfügung.

1.2. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

1.2.1. Laufende Operationen zur Krisenbewältigung

In Anbetracht der Fortschritte bei der Stabilisierung der Sicherheitslage in Bosnien und Herzegowina konnte die Truppenstärke der EU-Operation **EUFOR-Althea** im Frühjahr von bisher 6.000 auf 2.500 reduziert werden. Angesichts der unveränderten sicherheitspolitischen Schwerpunktsetzung Österreichs in der Region des westlichen Balkans trägt Österreich weiterhin mit bis zu 150 SoldatInnen nachhaltig zu dieser Operation bei. Operationel-

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

le Reservekräfte in der Stärke von drei Bataillonen stehen für eine nötigenfalls rasche Verstärkung von EUFOR-Althea bereit. Wegen der engen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen EU und NATO auf dem westlichen Balkan können die in ihren Herkunftsländern stationierten Bataillone bei Bedarf auch im Kosovo zum Einsatz kommen. Seit Dezember trägt das Österreichische Bundesheer mit einer Kompanie zu einem von Deutschland geführten Bataillon dieser Reservekräfte bei.

Die seit Anfang 2003 bestehende Polizeimission der EU in Bosnien und Herzegowina (**EUPM**) war die erste ESVP-Operation der EU. Entsprechend ihrem seit Anfang 2006 neu ausgerichteten Mandat unterstützt die Mission die Reform des Polizeiapparats sowie die Anstrengungen zur Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität. Österreich stellte im Rahmen dieser Mission fünf Polizeibeamte.

Seit Ende Mai 2006 befindet sich ein EU-Planungsteam (**EUPT**) im Kosovo, um die Übernahme der Polizei-, Justiz und Zollagenden der Übergangsverwaltungsmmission der VN im Kosovo (UNMIK) durch eine zivile ESVP-Krisenmanagementmission nach der Klärung des Status des Kosovos vorzubereiten. Österreich war mit einem Justizexperten und einem Polizeibeamten an EUPT beteiligt.

Im Oktober beschlossen die EU-AußenministerInnen die Durchführung der humanitären militärischen Überbrückungsoperation **EUFOR Tchad/RCA**. Die Operation soll in erster Linie die großteils während der Darfur-Krise errichteten Flüchtlingslager im Osten Tschads und im Nordosten der Zentralafrikanischen Republik schützen. Darüber hinaus zählt der Schutz von Angehörigen humanitärer Hilfsorganisationen und von VN-Personal zu den Aufgaben von EUFOR Tchad/RCA. Die Operation soll zu einer allgemeinen Stabilisierung dieser Krisenregion beitragen und dadurch die Rückkehr der aus diesen Gebieten geflüchteten Bevölkerung ermöglichen (siehe auch Kapitel A.IV.10.2.1.).

Bei der Vorbereitung der Operation im Rahmen der EU bestand Österreich mit Erfolg auf die Berücksichtigung von drei zentralen Punkten: Erstens müsse EUFOR Tchad/RCA auf einem VN-Mandat beruhen und in den Rahmen einer breiteren internationalen Präsenz gestellt werden. Dieser Punkt wurde durch die Verabschiedung von Resolution 1778 (2007) des VN-SR erfüllt, mit der auch die Errichtung der Mission der VN in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad (MINURCAT) beschlossen wurde. Zweitens könne EUFOR Tchad/RCA nur eine Überbrückungsmission sein, bis die VN eine andere Lösung zur Erzielung der Sicherheit im Einsatzraum gefunden hat. Die Dauer der Operation wurde demgemäß auf ein Jahr ab Herstellung der Einsatzbereitschaft begrenzt. Drittens müsse sich EUFOR Tchad/RCA auf seine humanitäre Funktion beim Schutz der Flüchtlingslager beschränken und gegenüber innertschadischen Auseinandersetzungen strikte Unparteilichkeit wahren.

Österreich in der Europäischen Union

Die Truppenstärke von EUFOR Tchad/RCA wird rund 3.700 SoldatInnen betragen. Österreich beteiligt sich an diesem Einsatz mit einem Kontingent von bis zu 160 Angehörigen des Bundesheeres, welches in der Auf- und Abbauphase um 50 weitere Personen verstärkt werden kann.

Die zivil-militärische Unterstützungsaktion der EU für die Friedenstruppe **AMIS II** der AU in der Provinz Darfur im Sudan wurde mit Ende des Jahres eingestellt. Sie unterstützte sowohl die Militär- als auch die Polizeikomponente von AMIS II mit ExpertInnen in den Bereichen Planung, Ausbildung, Koordination und Durchführung von Lufttransporten sowie mit MilitärbeobachterInnen. Da Resolution 1769 (2007) des VN-SR die Aufgaben von AMIS II auf eine neue Friedensoperation, den so genannten Hybriden Einsatz der AU und der VN in Darfur (UNAMID), übertragen hatte, bestand keine Notwendigkeit zur Fortsetzung der EU-Unterstützungsaktion in ihrer bisherigen Form. Österreich war an dieser Mission mit einem Rechtsberater beteiligt, der im Hauptquartier der AU in Addis Abeba tätig war.

EUPOL RD Congo folgte im Sommer der seit April 2005 bestehenden Polizeimission der EU in Kinshasa (EUPOL Kinshasa) nach. Ziel der Mission ist die Beratung und Unterstützung der Regierung der Demokratischen Republik Kongo bei der Reform der nationalen Polizeikräfte und der Verbesserung der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz. Im Verbund mit der Beratungs- und Unterstützungsmission für die Reform des Sicherheitssektors (EUSEC RD Congo) sollten Synergien zwischen den beiden Missionen gefördert werden. Österreich ist an dieser Mission nicht beteiligt.

Das Mandat der seit Mai 2005 bestehenden ESVP-Mission **EUSEC RD Congo** wurde bis Ende Juni 2008 verlängert und inhaltlich den Entwicklungen im Rahmen der Sicherheitssektorreform in der Demokratischen Republik Kongo angepasst. Die Mission unterstützt die Reform der Streitkräfte in den Zentralstellen in Kinshasa und in den Kommanden auf Provinzebene. Weiters befassen sich die Angehörigen der Mission mit der Koordination und Durchführung konkreter Hilfsprojekte, die von der EU oder ihren Mitgliedsstaaten im Bereich der Streitkräfte reform ins Leben gerufen werden. Seit dem Sommer nehmen zwei österreichische Offiziere an dieser Mission teil.

Die EU ist auf Grundlage einer Vereinbarung zwischen der Palästinensischen Behörde und der israelischen Regierung seit November 2005 im Rahmen der Mission zur Unterstützung des Grenzschutzes am Grenzübergang Rafah (**EU BAM Rafah**) als unabhängige Partei zur Beobachtung des Grenzübergangs und Unterstützung des Aufbaus der Fähigkeiten der palästinensischen Grenzkontrollbehörden aktiv. Wegen der Verschlechterung der Lage in Gaza im Juni 2006 war der Grenzübergang in der Folge nur noch gelegentlich geöffnet, seit Juni 2007 war er im Gefolge der De-facto-Übernahme des Gaza-Streifens durch die Hamas durchgehend geschlossen. EU BAM Rafah bleibt mit verringertem Personalstand für die Unterstützung der palästinensischen Zollbehörden präsent und soll bei einer Verbesse-

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

zung der Lage eine rasche Neuöffnung des Grenzübergangs ermöglichen. Österreich war mit einer Zollexpertin an EU BAM Rafah beteiligt. Bei Neuöffnung des Grenzübergangs wird eine Wiederaufnahme der österreichischen Beteiligung in Betracht gezogen.

Die Anfang 2006 eingerichtete EU-Polizeimission für die Palästinensischen Gebiete (**EUPOL COPPS**) unterstützt die palästinensische Zivilpolizei beim Aufbau tragfähiger und effektiver Polizeistrukturen im Einklang mit internationalen Standards. Österreich unterstützt die Mission mit der Entsendung von zwei Polizisten und einer Rechtsexpertin.

Seit Juli 2005 betreibt die EU auf Einladung der irakischen Regierung die integrierte Mission zur Stützung der Rechtsstaatlichkeit im Irak (EUJUST LEX). Bis Ende des Jahres wurden mehr als 1.400 irakische höhere BeamtenInnen von Polizei-, Justiz- und Strafvollzugsbehörden in zahlreichen, überwiegend in EU-Mitgliedstaaten abgehaltenen Kursen geschult, wobei auf die Vermittlung der Achtung von Menschenrechten besonderer Wert gelegt wurde. Österreich unterstützte die Mission mit der Entsendung von Kursvortragenden aus den Bereichen Polizei und Justiz.

Die seit Juni tätige Polizeimission der EU in Afghanistan (**EUPOL Afghanistan**) soll die afghanische Regierung beim Aufbau eines eigenen, internationalen Standards entsprechenden, zivilen Polizeiapparats unterstützen. Österreich nimmt an dieser Mission nicht teil.

1.2.2. Ausbau der zivilen und militärischen Kapazitäten zur Krisenbewältigung

Die Arbeiten im Hinblick auf die Erreichung des **Zivilen Planziels 2008** wurden im Dezember erfolgreich abgeschlossen. Das Planziel umfasst Bereiche wie Ausarbeitung von Empfehlungen und Leitlinien für die Rekrutierung von Personal für zivile EU-Krisenbewältigungsmissionen, Erstellung eines Erstkonzepts für die Einsatzunterstützung bei zivilen Krisenbewältigungsoperationen der ESVP, Aufstellung einer Liste der für die Einsatzunterstützung erforderlichen Fähigkeiten und Aufstellung der Beiträge von EU-Drittstaaten zur Verbesserung der Fähigkeiten der EU zur zivilen Krisenbewältigung. Österreich meldete insgesamt 147 ExpertInnen für zivile EU-Krisenmissionen ein.

Eines der wesentlichen Ergebnisse des Zivilen Planziels 2008 war die Schaffung eines Pools von speziell ausgewählten und ausgebildeten ExpertInnen für Zivile Reaktionsteams (**CRTs**) der EU. Entsprechend dem CRT-Konzept sollen aus dem EU-weiten, aus rund 100 ExpertInnen bestehenden CRT-Pool Teams in flexibler Größe und Zusammensetzung gebildet und innerhalb von fünf Tagen nach Beschlussfassung für ESVP-Evaluierungsmissionen bzw. zur Verstärkung von Krisenbewältigungsoperationen einsatzbereit sein. Österreich ist mit zwei Experten im CRT-Pool vertreten.

Österreich in der Europäischen Union

Das neu beschlossene **Zivile Planziel 2010** setzt den Schwerpunkt neben Verbesserungen aufgrund der beim Zivilen Planziel 2008 gemachten Erfahrungen auf die künftige Erzielung von Synergieeffekten durch engere Zusammenarbeit mit anderen Akteuren des zivilen Krisenmanagements, insbesondere anderen internationalen Organisationen.

Der Rat beschloss aufgrund des wachsenden Bedarfs an zivilen Krisenmanagementleistungen der EU am 18. Juni die Schaffung einer Zivilen Planungs- und Führungseinheit (**CPCC**) im Ratssekretariat. Diese Einheit wird die Fähigkeiten zur Planung von zivilen Krisenmanagementeinsätzen zusammenfassen und als strategische Führungsinstanz für alle derartigen zivilen Einsätze fungieren.

Im Zuge der Umsetzung des im Jahr 2004 angenommenen Planungsziels 2010 zum Ausbau der **militärischen Kapazitäten der EU** wurde der Streitkräfte-katalog 2006 – eine Sammlung von Einmeldungen aller Mitgliedstaaten über jene militärischen Kapazitäten, die sie im Rahmen der ESVP zur Verfügung stellen können – um die Beiträge der neuen Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien sowie um nachträgliche Einmeldungen anderer Mitgliedstaaten erweitert. Der auf dieser Grundlage erstellte Fortschrittskatalog 2007 wurde im November vom Rat angenommen.

Das Konzept der **rasch verfügbaren Einsatzverbände** als eines der wichtigsten Elemente des Planungsziels 2010 gilt seit Anfang des Jahres als voll umgesetzt: Seit 1. Jänner können auf Basis einer halbjährlichen Rotation stets zwei solcher je 1.500 Personen umfassender Verbände innerhalb von fünf bis 15 Tagen militärische Aufgaben im Rahmen des Krisenmanagements der EU übernehmen, insbesondere auf Ersuchen der VN.

Im Oktober erklärte Österreich seine Absicht zur Teilnahme mit rund 100 SoldatInnen an einem von den Niederlanden geführten Einsatzverband in der ersten Jahreshälfte 2011, dem auch Truppen aus Deutschland und Finnland angehören werden. Die Beteiligung Österreichs an einer Einsatzeinheit in der zweiten Jahreshälfte 2012, voraussichtlich gemeinsam mit Deutschland, Irland, Kroatien und Tschechien, ist geplant; eine endgültige Entscheidung über die österreichische Teilnahme und ihren Umfang wird 2008 fallen.

1.2.3. Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen

Die Bedeutung der engen Zusammenarbeit zwischen **EU und VN** im Krisenmanagement zeigte sich vor allem bei der Vorbereitung der militärischen Überbrückungsoperation EUFOR Tchad/RCA. Darüber hinaus wurde im Juni eine auf der Erklärung von 2003 aufbauende Gemeinsame Erklärung von EU und VN über die Zusammenarbeit im Krisenmanagement angenommen.

Die regelmäßigen Kontakte zwischen **EU und OSZE** wurden fortgesetzt, etwa in Form halbjährlicher Treffen der EU-Troika mit der OSZE auf Minis-

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

terebene. Bei diesen Treffen stand vor allem die Zukunft des Kosovos im Vordergrund, wo sich die EU auf die Durchführung einer zivilen Krisenmanagementmission vorbereitet und die OSZE bedeutende zivile Aufgaben wahrnimmt.

Der Aufbau der militärischen Kapazitäten der EU wird in Abstimmung mit der NATO vorgenommen, der 21 EU-Staaten angehören. Dabei wird sichergestellt, dass die Anforderungen, die im Rahmen von **EU und NATO** an deren Streitkräfte gestellt werden, kompatibel sind bzw. einander ergänzen. Auf Grundlage der „Berlin plus“-Vereinbarung über die Unterstützung der EU durch die NATO bei militärischen Krisenmanagementeinsätzen arbeiten EU und NATO eng bei der Operation EUFOR-Althea in Bosnien und Herzegowina zusammen. Auch im Kosovo und in Afghanistan besteht eine enge Zusammenarbeit, bei der die EU im Bereich des zivilen Krisenmanagements präsent ist und die NATO im Rahmen der Kosovo-Truppe (KFOR) bzw. Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe (ISAF) mit militärischen Kapazitäten für Stabilität sorgt. Darüber hinaus bieten Treffen der BotschafterInnen im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK) der EU einerseits und im Nordatlantikrat der NATO andererseits sowie informelle Treffen der AußenministerInnen der EU- und NATO-Staaten Gelegenheiten zum Gedankenaustausch.

Bei der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit von **EU und AU** sowie afrikanischen Regionalorganisationen und ihren Mitgliedstaaten steht die Unterstützung beim Aufbau autonomer afrikanischer Kapazitäten zur Krisenbewältigung im Vordergrund. In der beim EU-Afrika-Gipfel in Lissabon im Dezember angenommenen Gemeinsamen EU-Afrika-Strategie stellen das Thema Frieden und Sicherheit sowie die Umsetzung durch einen Aktionsplan den Schwerpunkt dar.

1.2.4. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Vertrag von Lissabon

Der Vertrag von Lissabon entwickelt die vom Europäischen Rat von Helsinki im Dezember 1999 ausgestaltete Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (**GSVP**) weiter. Er hält die Mitgliedstaaten dazu an, der Union im Rahmen der GSVP zivile und militärische Fähigkeiten zur Verfügung zu stellen. Die GSVP greift auf die in den einzelnen Staaten vorhandene Fähigkeiten zurück – die Schaffung einer „EU-Armee“ oder ähnlicher Einrichtungen ist nicht vorgesehen.

Internationale Friedensoperationen erfordern eine **Neuausrichtung der militärischen Fähigkeiten** der vielfach von den Erfordernissen und Herausforderungen des Kalten Kriegs geprägten Streitkräfte der EU-Mitgliedstaaten. Vor diesem Hintergrund hält der Vertrag von Lissabon die Mitgliedstaaten zur Verbesserung ihrer militärischen Fähigkeiten im Sinne einer Anpassung vorhandener militärischer Kapazitäten auf die friedenspolitischen

Österreich in der Europäischen Union

Aufgaben im Rahmen der GSVP an, vor allem auch in von Europa weiter entfernten Einsatzgebieten. Der Vertrag enthält jedoch keine verbindlichen Mindeststandards für die Höhe von Verteidigungsausgaben.

Die Bandbreite an **zivilen und militärischen Operationen** umfasst nach wie vor die im Vertrag von Amsterdam festgelegten „Petersberg-Aufgaben“: humanitäre Einsätze und Rettungseinsätze, „klassische“ friedenserhaltende Operationen sowie Kampfeinsätze zur Friedensdurchsetzung. Der Vertrag von Lissabon fügt jedoch weitere, an Intensität deutlich unter den Kampfeinsätzen zur Friedensdurchsetzung liegende Aufgaben hinzu: Abrüstungsmaßnahmen, militärische Beratung und Unterstützung, Konfliktverhütung sowie Stabilisierung der Lage nach Konflikten. Darüber hinaus können die Einsätze auch zur Bekämpfung des Terrorismus beitragen.

Der Vertrag von Lissabon räumt im Rahmen der **Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit** die Möglichkeit einer vertieften Zusammenarbeit für jene Mitgliedstaaten ein, welche anspruchsvollere Kriterien im Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen und untereinander weiter gehende Verpflichtungen eingegangen sind. Für die Durchführung von EU-Missionen bedeutet dies unter anderem, dass künftig eine Gruppe von Staaten in Zusammenarbeit mit dem Hohen Vertreter eine bestimmte Mission durchführen kann, den Rat über den Ablauf der Mission aber regelmäßig informieren muss.

Im Vertrag von Lissabon findet die Europäische Verteidigungsagentur (**EVA**) erstmals im Primärrecht der Union Berücksichtigung. Sie soll die Mitgliedstaaten vor allem bei der kosteneffizienten Deckung ihres Bedarfs an militärischer Ausrüstung im Rahmen der Durchführung der GSVP unterstützen, etwa durch die Schaffung eines möglichst transparenten europäischen Verteidigungsmarkts sowie durch die Förderung und Umsetzung multinationaler Beschaffungs- und Entwicklungsprogramme.

2. Die Europäische Nachbarschaftspolitik

Die Europäische Nachbarschaftspolitik (**ENP**) umfasst Ägypten, Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Moldau, Syrien, Tunesien und Ukraine sowie die Palästinensische Behörde. Die EU wollte ursprünglich in Entsprechung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Kopenhagen im Dezember 2002 auch Russland in diese Politik einbeziehen. Beim Gipfeltreffen EU-Russland in St. Petersburg im Mai 2003 wurde schließlich jedoch eine spezielle Form der Zusammenarbeit vereinbart. Die EU und ihr „Schlüsselpartner“ Russland würden demnach ihre „strategische Partnerschaft“ nicht im Rahmen der ENP, sondern durch Schaffung von „vier Gemeinsamen Räumen“ weiterentwickeln (siehe auch Kapitel A.IV.5.).

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

Die Zusammenarbeit im Rahmen der ENP erfolgt auf Grundlage der bestehenden bilateralen Assoziations- bzw. Partnerschafts- und Kooperationsabkommen. Belarus, Libyen und Syrien zählen zwar zu den Adressaten der ENP, nehmen jedoch wegen fehlender Assoziations- bzw. Partnerschafts- und Kooperationsabkommen nicht in vollem Umfang daran teil.

Ziel der ENP ist die Einbeziehung der davon erfassten Nachbarstaaten in die gemeinsame Zone des Friedens, der Sicherheit und des Wohlstands, wobei konkrete Zielsetzungen in individuellen, je nach Partnerland differenzierten, mehrjährigen Aktionsplänen vereinbart werden. Die Länder der ENP sollen das Potenzial der jeweiligen Assoziations- bzw. Partnerschafts- und Kooperationsabkommen nicht nur ausschöpfen, sondern bei entsprechendem Engagement in eine zunehmend engere Beziehung eingebunden werden, die über die Zusammenarbeit hinaus ein erhebliches Maß an wirtschaftlicher und politischer Integration beinhaltet. Je nach Fortschritt bei der Umsetzung der Aktionspläne kann eine Anpassung durch neue Abkommen erforderlich werden. Eine laufende Fortschrittsüberprüfung im Rahmen von Ausschusstreffen und Assoziations- oder Kooperationsräten wird durch den jährlichen Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission ergänzt.

Inhaltliche Schwerpunkte der Aktionspläne betreffen Bereiche wie Politischer Dialog und Reform; Handels-, Markt- und Regulierungsreformen; Zusammenarbeit auf dem Gebiet Justiz und Inneres; Transport, Energie, Informationsgesellschaft und Umwelt sowie Kontakte zwischen den Zivilgesellschaften. Im Juni wurde die Schaffung einer Schwarzmeersynergie beschlossen, die verstärkt die Kooperation zu diesem wirtschaftlich, energiepolitisch und politisch sensiblen Raum fördern soll. Für Österreich steht dabei die Verbindung zwischen Donau- und Schwarzmeerraum im Vordergrund.

Die Maßnahmen der ENP und der strategischen Partnerschaft werden auf der Basis eines flexibleren, gleichzeitig einheitlichen „Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments“ (ENPI) für den Zeitraum 2007–2013 finanziert, welches frühere Unterstützungsprogramme wie die Technische Unterstützung für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (TACIS) und das Programm MEDA (finanzielle und technische Begleitmaßnahmen zur Reform der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer) ersetzt.

Mit der Ukraine wurden aufgrund der in den Aktionsplänen bereits erzielten Fortschritte im März Verhandlungen über ein neues erweitertes Abkommen aufgenommen. Die Zusammenarbeit mit Moldau wurde intensiviert (siehe auch Kapitel A.IV.4.1.).

Die EU nahm bei den Assoziationsräten mit dem Libanon im Jänner und mit Ägypten im März Aktionspläne mit Zielen und Prioritäten der Zusammenarbeit in den kommenden drei bis fünf Jahren an. Auf der Tagung des

Österreich in der Europäischen Union

Assoziationsrats EU-Marokko wurde die Debatte über den von Marokko beantragten „weitergehenden Status“ eröffnet, sodass in einer Arbeitsgruppe die Frage einer Verstärkung der Beziehungen zwischen den beiden Vertragsparteien erörtert werden kann.

Die Europäische Kommission beschloss für Marokko und die Ukraine Mittel in der Höhe von 28 Millionen Euro aus der im Rahmen der Nachbarschaftspolitik eingerichteten so genannten Governance-Fazilität (Fazilität für politische Strukturen), um diesen Ländern zusätzliche finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen.

Israel schloss sich als erstes Land der ENP dem EU-Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) an, mit dem die Europäische Kommission Innovation, unternehmerische Initiative und das Wachstum von KMU unterstützt. Die Einbeziehung Israels in Gemeinschaftsprogramme ist ein bedeutender Schritt in Richtung wirtschaftlicher Integration zwischen der EU und Israel im Rahmen der ENP.

Die Aktionspläne mit Armenien, Aserbaidshan und Georgien wurden weiter umgesetzt. In ihrer Mitteilung vom Dezember schlug die Europäische Kommission vor, die ENP verstärkt auch für die Lösung so genannter eingefrorener Konflikte zu nutzen: Erstmals wurde ein Programm zur direkten Grenzkooperation auf technischer Ebene der Staaten des Südkaukasus ausgeschrieben.

VertreterInnen von EU und Ländern der ENP kamen am 3. September erstmals zu einer Konferenz über die Zukunft der ENP in Brüssel zusammen. Ziel der Konferenz war die Stärkung und Weiterentwicklung der ENP als eigenständige Politik der EU und ein Dialog über so genannte horizontale Themen wie verstärkte wirtschaftliche Integration, Mobilität und Energiekooperation.

3. Südosteuropa / Westliche Balkanländer

3.1. Entwicklungen in den einzelnen Staaten

3.1.1. Kroatien

Bei der Klärung der **offenen Grenzfragen** zwischen Kroatien und Slowenien betreffend die Seegrenze in der Bucht von Piran sowie einige Abschnitte der Landgrenze konnten keine wesentlichen Fortschritte erzielt werden. Die EU hielt ihren Standpunkt, dass es sich um eine bilaterale Angelegenheit handle, aufrecht. Proteste von Seiten der EU, insbesondere Sloweniens und Italiens, erfolgten nach dem Beschluss des kroatischen Parlaments vom Dezember 2006, die Umwelt- und Fischereischutzzone (ZERP) ab 1. Jänner 2008 auch auf EU-Mitgliedstaaten anzuwenden. Aus slowenischer Sicht präjudiziert ZERP die Grenzfrage. Kroatien und Slowenien verständigten

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

sich im Grundsatz auf eine Arbitrage im Grenzstreit, erzielten jedoch bei deren Umsetzung noch keine Einigung.

Zu den EU-Beitrittsverhandlungen siehe Kapitel A.II.2.

Bei den **Parlamentswahlen** am 25. November erzielte die Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ) von Premierminister Ivo Sanader die relative Mehrheit.

Im Dezember beschloss die **OSZE** die Schließung der Mission in Kroatien, weil wesentliche Teile des Mandats erfüllt worden waren. Stattdessen wurde ein OSZE-Büro zur Beobachtung der in Kroatien geführten Kriegsverbrecherprozesse und der Fortschritte bei den noch offenen Fragen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsrückkehr eingerichtet.

Das zwischen Österreich und Kroatien paraphierte bilaterale **Entschädigungsabkommen**, welches die Umsetzung des 2002 novellierten kroatischen Entschädigungsgesetzes für österreichische StaatsbürgerInnen ermöglichen sollte, wurde nicht zur Unterzeichnung gebracht.

Die Generalversammlung der VN (VN-GV) wählte Kroatien im Herbst zum **nichtständigen Mitglied im VN-SR** für den Zeitraum 2008-2009.

3.1.2. Serbien/Kosovo

Zu Jahresbeginn wurden **Parlamentswahlen** auf Grundlage einer im Herbst 2006 verabschiedeten Verfassung abgehalten. Knapp vor Ende der in der Verfassung vorgegebenen Dreimonatsfrist konnten sich die Demokratische Partei (DS) des amtierenden Präsidenten Boris Tadić, die Demokratische Partei Serbiens (DSS) von Premierminister Vojislav Koštunica sowie die Partei „G17 plus“ des Ministers für Wirtschaft und regionale Entwicklung Mladzan Dinkić auf die Zusammenarbeit in einer neuen Regierung verständigen. Die Präsidenten- und Lokalwahlen wurden noch fristgerecht vor Jahresende von Parlamentspräsident Oliver Dulić für den 20. Jänner 2008 bzw. für den 11. Mai 2008 ausgerufen. In der Regierung bemühten sich vor allem die DS und „G17 plus“ um eine neue Dynamik in Richtung EU-Integration. Zahlreiche EU-relevante Gesetze wurden für die Erreichung des Ziels eines EU-Kandidatenstatus mit Ende 2008 beschlossen. Der Regierungspartner DSS ließ jedoch keinen Zweifel daran, dass für ihn die Kosovo-Frage eine höhere Priorität als die EU-Integration einnimmt.

Für die EU ist die volle Zusammenarbeit mit **ICTY** ein Gradmesser für den Willen Serbiens, die Fortschrittskriterien im EU-Integrationsprozess zu erfüllen. So stellte ICTY-Chefanklägerin Carla Del Ponte fest, dass nach der erfolgten Auslieferung zweier Angeklagter an das Tribunal eine – wenn gleich unzureichende – Zusammenarbeit Serbiens bestehe. Dieser Umstand führte am 10. September zum Abschluss der Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA), welches am 7. November paraphiert, bis Jahresende aber nicht unterzeichnet wurde. Einige EU-

Österreich in der Europäischen Union

Mitgliedstaaten sehen das Kriterium der vollen Zusammenarbeit mit ICTY weiterhin als nicht erfüllt an. Die Nichtauslieferung des Hauptangeklagten Ratko Mladić und das Fehlen weiterer Erfolge waren ausschlaggebende Kriterien für den negativen Bericht über die Bereitschaft Serbiens zur Zusammenarbeit, welcher am 10. Dezember von Carla Del Ponte dem VN-SR präsentiert wurde.

Die im Herbst 2006 begonnen Verhandlungen mit der Europäischen Kommission über ein **Visaerleichterungsabkommen** sowie ein **Rückübernahmeabkommen** wurden am 18. September abgeschlossen. Vor allem jungen Menschen soll damit die Möglichkeit zur erleichterten Reise in den EU-Raum geboten werden. Parallel dazu bemühte sich Österreich gemeinsam mit den Ländern der Regionalen Partnerschaft um einen Fahrplan zur endgültigen Aufhebung der Visapflicht für serbische StaatsbürgerInnen im Schengen-Raum.

In der **Frage des NATO-Beitritts** geriet die DS ab August in eine direkte Konfrontation mit ihrem Regierungspartner DSS, deren Parteiprogramm in Richtung militärische Neutralität geändert worden war. Die DSS weiß dabei eine breite Mehrheit der Bevölkerung hinter sich, die den NATO-Beitritt ablehnt. Die Teilnahme an der seit 14. Dezember 2006 bestehenden Partnerschaft für den Frieden (PfP) ist von dieser Haltungsänderung nicht betroffen.

Die im November 2005 begonnenen, letztlich jedoch erfolglos verlaufenen **Kosovo-Verhandlungen** unter Vermittlung des Sondergesandten des Generalsekretärs der VN (VN-GS) für den Kosovo Martti Ahtisaari endeten in Wien am 10. März unter Teilnahme der politischen Spitzen Serbiens und des Kosovos mit einer letzten Verhandlungsrunde über den zukünftigen Status des Kosovos sowie über die Rahmenbedingungen für die serbische Minderheit und deren Kulturgüter. Wien hatte bis dahin als zentraler Verhandlungsort und Sitz des Büros der VN des Sondergesandten für den Kosovo (UNOSEK) gedient. Der dem VN-SR schließlich am 26. März übergebene umfassende Vorschlag des Sondergesandten Martti Ahtisaari sah eine international überwachte Unabhängigkeit des Kosovos vor.

Nachdem es bis zum Sommer zu keiner Einigung auf eine Resolution des VN-SR über den zukünftigen Status des Kosovos gekommen war, beschloss die aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Russland und USA bestehende Kontaktgruppe, die Verhandlungen im Rahmen einer aus Vertretern der EU, der USA und Russlands bestehenden Troika fortzusetzen. Von insgesamt sechs Direktgesprächen zwischen den Streitparteien fanden vier in Wien bzw. in Baden statt (Oktober und November). Mit der Fertigstellung des Abschlussberichts der Troika endete die 120-tägige Verhandlungsfrist am 10. Dezember ergebnislos.

Der Statusprozess stand auch im Mittelpunkt der kosovarischen Politik. Die kosovo-albanischen Positionen wurden dabei vom so genannten Unity

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

Team vertreten, das sowohl die Parteien der Regierungskoalition als auch die wichtigsten Oppositionsparteien vereinte. Gleichzeitig mit dem Statusprozess übergab UNMIK weitere Kompetenzen an die Institutionen der provisorischen Selbstverwaltung (**PISG**).

Am 10. Februar eskalierte in Pristina eine von der kosovo-albanischen Bewegung für Selbstbestimmung (Vetevendosje) organisierte Demonstration. Gewaltsame Zusammenstöße mit der Polizei kosteten zwei Menschen das Leben. Mehr als 80 Personen erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Aufgrund der im Anschluss erhobenen gravierenden Vorwürfe gegen die Polizei traten sowohl der Chef der UNMIK-Polizei Stephen Curtis als auch der kosovarische Innenminister Fatmir Rexhepi zurück. Die tragischen Ereignisse verdeutlichten die fragile politische Lage im Kosovo und ließen Zweifel an der Fähigkeit der internationalen Präsenz im Kosovo aufkommen, angemessen auf Bedrohungen der Sicherheitslage zu reagieren.

Im zweiten Halbjahr standen die Vorbereitung und Durchführung der Parlaments-, Lokal- und Bürgermeisterwahlen am 17. November im Mittelpunkt. Die durch die lokale OSZE-Mission unterstützten Wahlen verliefen weitgehend frei und fair. Nach dem Belgrader Boykott-Aufruf blieben die Kosovo-Serben den Wahlen weitgehend fern. Die Ergebnisse der Wahlen schufen im Kosovo neue politische Verhältnisse. Die bislang führende Sammelpartei „Demokratische Liga des Kosovos“ (LDK) wurde schwer geschlagen und die Volksdemokratische Partei (PDK) unter Hashim Thaci klarer Sieger.

Die EU ist sich bewusst, dass ihr innerhalb der künftigen internationalen Präsenz und bei der Entwicklung rechtsstaatlicher Strukturen im Kosovo eine führende Rolle zukommen wird und bereitete sich entsprechend darauf vor (zu EUPT siehe Kapitel A.IV.1.2.).

3.1.3. Montenegro

Die Regierung setzte ihren Arbeitsschwerpunkt auf die Bereiche Energie, Sozialsystem, Raumplanung, Privatisierung, Umstrukturierung des Verwaltungsapparats und Korruptionsbekämpfung.

Außenpolitisch steht die euroatlantische Integration mit dem Ziel einer Mitgliedschaft in EU und NATO im Mittelpunkt. Dementsprechend konnte durch Kommissar Olli Rehn und Premierminister Željko Šturanović am 15. März in Podgorica das Ende Dezember 2006 ausverhandelte Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (**SAA**) mit der EU paraphiert und am Rande des EU-Außenministerrats in Luxemburg am 15. Oktober unterzeichnet werden. Das Abkommen wurde vom montenegrinischen Parlament Mitte November einstimmig angenommen. Die Annahme durch das Europäischen Parlament erfolgte Mitte Dezember.

Das am 11. April paraphierte **Visaerleichterungsabkommen** sowie das **Rückübernahmeabkommen** mit der EU wurden in Brüssel am 18. Septem-

Österreich in der Europäischen Union

ber unterzeichnet und treten nach erfolgter Ratifizierung durch das montenegrinische Parlament zu Jahresbeginn 2008 in Kraft.

Die an der slowenischen Botschaft in Podgorica unter österreichischer Beteiligung eingerichtete **Gemeinsame Annahmestelle** (für Schengen-Visa) wurde von Kommissar Franco Frattini und Außenminister Milan Ročan am 5. Oktober feierlich eröffnet.

Am 11. Mai wurde **Montenegro in den Europarat** aufgenommen. Auflagen dabei waren die Verabschiedung einer Verfassung innerhalb eines Jahres ab Aufnahme datum sowie die Annahme eines Katalogs von sieben Prinzipien in die Verfassung, darunter das Gebot einer unabhängigen Justiz, die parlamentarische Kontrolle der Sicherheitskräfte und -dienste sowie die Abschaffung der Todesstrafe. Eine mit diesen Vorgaben übereinstimmende Verfassung wurde mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit vom montenegrinischen Parlament am 19. Oktober verabschiedet.

Erhebliches Missbehagen seitens der EU rief die Unterzeichnung des so genannten **Artikel-98-Abkommens** mit den USA betreffend die gegenseitige Nichtauslieferung von BürgerInnen des jeweils anderen Staates an den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) im Mai hervor.

Ende November wurde mit der NATO ein **Transitabkommen** zur Unterstützung von friedenserhaltenden Operationen abgeschlossen.

3.1.4. Bosnien und Herzegowina

Der innerstaatliche **Reformprozess** war von den technisch bereits am 14. Dezember 2006 abgeschlossenen Verhandlungen über ein SAA geprägt. Mangels hinreichender Reformfortschritte in verschiedenen Bereichen, vor allem der Polizeireform, konnte das Abkommen erst am 4. Dezember 2007 paraphiert, aber noch nicht unterzeichnet werden. Der Reformprozess wurde infolge der lang dauernden Regierungsbildung nach den Wahlen vom 1. Oktober 2006 zusätzlich verlangsamt.

Der Lenkungsausschuss des Friedensimplementierungsrates am 26. und 27. Februar musste angesichts der offenen Reformagenda die geplante Schließung des Büros des Hohen Repräsentanten zum 30. Juni verschieben und verlängerte das Mandat des **Hohen Repräsentanten** für ein weiteres Jahr. Der slowakische Diplomat Miroslav Lajcak trat am 1. Juli als Nachfolger des Deutschen Christian Schwarz-Schilling sein Amt als neuer Hoher Repräsentant der internationalen Gemeinschaft in Bosnien und Herzegowina an. Als Hauptanliegen seiner Amtszeit bezeichnete Lajcak die Beschleunigung des innerstaatlichen Reformprozesses zum Abschluss des SAA-Abkommens.

Die monatelangen Bemühungen des Hohen Repräsentanten mündeten im Spätherbst in einen von allen Regierungsparteien Bosnien und Herzegowinas mitgetragenen Aktionsplan zur stufenweisen Umsetzung der Polizeire-

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

form. Parallel dazu war es Lajcak gelungen, das Parlament zu einer Reform der Geschäftsordnung zu bewegen, welche künftig ein erleichtertes Gesetzgebungsverfahren ermöglicht. Ebenso wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Funktionsweise des staatlichen Ministerrats gesetzt. Aufgrund zum Teil weitreichender innenpolitischer Differenzen musste der Hohe Repräsentant jedoch zur Verwirklichung dieser Reform von seinen „Bonner Befugnissen“ Gebrauch machen, denen zufolge er rechtsverbindliche Entscheidungen zur Verwirklichung von Reformen treffen kann, die sonst möglicherweise aufgeschoben oder nie durchgeführt würden. Auf Basis dieser Vereinbarungen konnte der Kommissar für Erweiterung Olli Rehn gemeinsam mit Premierminister Nikola Spiric das **SAA-Abkommen** am 4. Dezember paraphieren. Ein Visae erleichterungsabkommen mit der EU wurde Ende November ratifiziert und tritt mit 1. Jänner 2008 in Kraft.

Die Resolution 1785 (2007) des VN-SR zur Verlängerung des Mandats von EUFOR-Althea um weitere zwölf Monate wurde am 21. November neuerlich im Konsens angenommen.

3.1.5. Albanien

Die **Außenpolitik** Albaniens ist trotz aller inner- und zwischenparteilicher Auseinandersetzungen durch den parteiübergreifenden politischen Konsens über die Notwendigkeit der euroatlantischen Integration gekennzeichnet. Dennoch werden der politische Diskurs und die öffentliche Meinung nicht von außen-, sondern von innenpolitischen Ereignissen und Themen beherrscht, die Rückwirkungen auf den für den angestrebten EU-Beitritt wichtigen Reformprozess haben. Dies betrifft vor allem die Bereiche Justiz, Polizei und Verwaltung.

Am 18. September wurde ein **Visae erleichterungsabkommen** zwischen Albanien und der EU unterzeichnet, welches am 1. Jänner 2008 in Kraft treten wird.

Mehrere, über das Jahr verteilte Ereignisse dominierten die **Innenpolitik** Albaniens. Die Lokal- und Kommunalwahlen vom 18. Februar waren sowohl von der Regierung als auch von der Opposition zu einem „Plebizit“ über die Regierungspolitik erklärt worden. Das ambivalente Wahlergebnis trug jedoch zu keiner Klärung bei, da die Opposition zwar die meisten Städte gewann, die Regierung aber die Mehrheit in den Gemeindevertretungen errang. Am 24. April wählte das Parlament einen Präsidenten. Zum einen kam die Opposition ihrer zuvor erklärten Absicht nahe, die Mechanismen der Präsidentenwahl zur Erzwingung von Neuwahlen zu nutzen. Zum anderen konnte die Regierung die Wahl ihres Präsidentschaftskandidaten, des stellvertretenden Vorsitzenden der Demokratischen Partei Bamir Topi, mit nur einer Stimme über der erforderlichen Mindestanzahl erreichen. Das dritte innenpolitische Ereignis, die Amtsenthebung des Generalstaatsanwalts Theodori Sollaku und die Nachbesetzung durch

Österreich in der Europäischen Union

Ina Rama erfolgte mit den Stimmen der Regierungsmehrheit und symbolisierte den weitgehenden Abschluss einer zweijährigen Institutionsreform, welche die politische Durchsetzungsfähigkeit der Regierung, insbesondere zur Einlösung der erklärten Absicht der Korruptionsbekämpfung, konsolidieren sollte.

Verbleibende Aufgaben für die Regierung Berisha in ihrem letzten Regierungsjahr 2008 sind die Justiz- und Wahlrechtsreform, eine glaubwürdige Fortsetzung der Korruptionsbekämpfung, die Lösung der Energiekrise, die angestrebte Einladung zur Mitgliedschaft in der NATO sowie die Umsetzung des SAA.

3.1.6. Mazedonien

Die mazedonische **Innenpolitik** war von anhaltenden parteipolitischen Spannungen geprägt. Diese waren nicht nur zwischen der Regierung und der Opposition spürbar, Differenzen traten auch innerhalb des ethnisch-albanischen Parteienspektrums auf, insbesondere zwischen der mitregierenden Demokratischen Partei Albaniens (DPA) und der sich in Opposition befindenden größten ethnisch-albanischen Partei „Demokratische Union für die Integration“ (DUI).

Mazedonien unternahm verstärkt Bemühungen zur Implementierung des 2001 abgeschlossenen Ohrid-Rahmenabkommens, welches die Rechte der in Mazedonien lebenden ethnischen Minderheiten sichern soll. Gegen Jahresende einigten sich die vier größten politischen Parteien – wohl auch auf Druck der internationalen Gemeinschaft – auf die Verabschiedung einer Reihe EU-relevanter Gesetze. Zur Unterstützung der **Beitrittsbestrebungen** zur EU wurde ein eigener überparteilicher Rat für EU-Integration eingerichtet.

Am 18. September wurde ein **Visaerleichterungsabkommen** sowie ein **Rückübernahmeabkommen** zwischen Mazedonien und der EU unterzeichnet, welche am 1. Jänner 2008 in Kraft treten werden.

Vor dem Hintergrund der unmittelbar bevorstehenden Übernahme von vier ICTY-Fällen durch die mazedonische Justiz, welche alle ehemalige albanische Aufständische betreffen, entstand eine Kontroverse darüber, ob auch für diese Angeklagten das im Jahre 2002 beschlossene **Amnestiegesetz** zur Anwendung kommen sollte.

Die Entwicklung im **Kosovo-Statusprozess** wurde mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt und die Politik dahingehend festgelegt, sich in der Frage der Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovos nach EU und NATO zu richten.

Im **Namensstreit** mit Griechenland fanden unter Vermittlung des VN-Sonderbeauftragten für die Namensfrage Matthew Niemetz mehrere Verhandlungsrunden statt, die aber zu keinem Fortschritt führten. Mazedonien

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

beharrte auf der Beibehaltung seines verfassungsrechtlichen Namens, während Griechenland für den Fall, dass es keine Einigung geben sollte, seine Veto-Drohung gegen den Beitritt Mazedoniens zu EU und NATO aufrecht erhält.

4. Die osteuropäischen Staaten

4.1. Ukraine, Moldau, Belarus

4.1.1. Ukraine

Grundlage der **Beziehungen zur EU** sind das 1998 in Kraft getretene Partnerschafts- und Kooperationsabkommen und der im Rahmen der ENP 2005 verabschiedete Aktionsplan EU-Ukraine. Die Verhandlungen über ein neues erweitertes Abkommen begannen im Februar. Das Verhandlungsmandat sieht ein umfassendes Abkommen mit einer nach dem Beitritt der Ukraine zur Welthandelsorganisation (WTO) vertieften und umfassenden Freihandelszone vor. Dabei wird eine ambitionierte Kooperation mit dem Ziel angestrebt, die Ukraine in möglichst vielen Bereichen möglichst nahe an die EU heranzuführen.

Die EU ist mit bisher 2,4 Milliarden Euro der größte ausländische Geber in der Ukraine. Mit Auslaufen des TACIS-Programms und dem Übergang zum ENPI wurden die Mittel für die Ukraine wesentlich erhöht. Die Ukraine erhält im Zeitraum 2007-2010 im Rahmen des nationalen Programms 494 Millionen Euro. Dieser Betrag erhöht sich jährlich um weitere rund 20 Millionen Euro aus anderen Programmen wie regionale und grenzübergreifende Programme, zu nuklearer Sicherheit und zu Landminen. Die EU ist knapp vor Russland der größte Handelspartner der Ukraine.

Im Rahmen des Kooperationsrats EU-Ukraine am 18. Juni wurden ein **Visaerleichterungsabkommen** sowie ein **Rückübernahmeabkommen** unterzeichnet, welche am 1. Jänner 2008 in Kraft treten.

Der Versuch der Regierungskoalition, Abgeordnete der Opposition anzuwerben, löste eine innenpolitische Krise aus und führte zur Auflösung des Parlaments. Am 27. Mai einigten sich Präsident, Premierminister und Parlamentspräsident auf vorgezogene **Parlamentswahlen** am 30. September. Dabei erhielten die Partei der Regionen (PdR) des bisherigen Ministerpräsidenten Viktor Janukowitsch 34,37%, der Block Julia Timoschenko (BJUT) 30,71%, die dem Präsidenten nahestehende „Unsere Ukraine – Nationale Selbstverteidigung“ (UU-NSV) 14,15%, die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU) 5,39% und der Block Lytwyn 3,96% der abgegebenen Stimmen (siehe auch Kapitel B.II.2.5.).

Das Ergebnis der Wahlen führte im Dezember zur Bildung eines Kabinetts unter Julia Timoschenko, die eine „orange Koalition“ aus ihrem Block und der UU-NSV führt. Die neue Regierung nimmt eine betont **integrationspoli-**

Österreich in der Europäischen Union

tische Ausrichtung ein und setzt sich für die Heranführung der Ukraine an die EU als vorrangiges Ziel ein. Dies zeigt sich auch in der Bestellung von Wolodymyr Ohrysko, dem ehemaligen ukrainischen Botschafter in Österreich und dezidierten Exponenten des Westkurses der Ukraine, zum Außenminister sowie von Hryhorij Nemyrja, einem engen Berater der Regierungschefin, zum Vizepremier für europäische Integration.

4.1.2. Moldau

Für die Außenpolitik Moldaus ist die **Annäherung an die Strukturen der EU** eine der obersten Prioritäten. Moldau setzte sich weiter für die Umsetzung des im Rahmen der ENP seit 2005 geltenden Aktionsplans ein und schlug eine neue vertragliche Basis mit der EU für das 2008 auslaufende Partnerschafts- und Kooperationsabkommen vor. Der Kooperationsrat EU-Moldau in Luxemburg im Juni und der Kooperationsausschuss auf Ebene Hoher Beamter in Chişinău im Oktober erörterten die Frage der weiteren Zusammenarbeit und der Unterstützung der moldauischen Aktivitäten hinsichtlich der Annäherung an EU-Standards. Österreich, Schweden und Ungarn unterbreiteten Mitte November ein Arbeitspapier als Anstoß für die EU-interne Diskussion. Die Europäische Kommission stellte am 14. November dem EU-Rat einen Vorschlag betreffend autonome Handelspräferenzen für Moldau vor, welche einen erleichterten Zugang zum EU-Markt für eine Reihe moldauischer Produkte vorsehen. Diese Regelung soll am 1. März 2008 in Kraft treten.

Am 25. April fand in der ungarischen Botschaft in Chişinău die Eröffnung der **Gemeinsamen Annahmestelle** (für Schengen-Visa) statt, an der Bundesministerin Ursula Plassnik im Rahmen eines Arbeitsbesuchs teilnahm. Neben Österreich sind Lettland, Slowenien und Ungarn Gründungsmitglieder dieser weltweit ersten EU-Einrichtung. Am 10. Oktober wurden Abkommen der EU mit Moldau betreffend **Visaerleichterung** und **Rückübernahme** unterzeichnet, welche am 1. Jänner 2008 in Kraft treten.

Der im Februar ernannte neue EUSB für Moldau Kálmán Mizsei absolvierte zahlreiche Besuche und Sondierungsgespräche, um im Konflikt um die separatistische Region **Transnistrien** zu vermitteln. Staatspräsident Vladimir Voronin schlug im Oktober ein Paket von vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen Chişinău und Tiraspol vor, welche auch die Einrichtung von sieben Arbeitsgruppen mit VertreterInnen beider Seiten vorsieht. Wegen grundsätzlicher Auffassungsunterschiede der Parteien kam eine formelle Verhandlungsrunde zur Lösung dieses Konfliktes im „Format 5+2“, bestehend aus der moldauischen Regierung, der transnistrischen Administration, den drei Mediatoren Russland, Ukraine und OSZE sowie den Beobachtern EU und USA, nicht zu Stande. Die EU leistete mit ihrer mittlerweile bis Dezember 2009 verlängerten **Grenzmission für Moldau/Ukraine** einen stabilisierenden Beitrag in der Region, insbesondere bei der Unterbindung illegaler Aktivitäten (siehe auch Kapitel B.II.2.2.).

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

4.1.3. Belarus

Seit den Anfängen des autoritären Regimes von Präsident Alexander Lukaschenko ergriff die EU **restriktive Maßnahmen** gegen Belarus und verschärfte diese schrittweise. Aufgrund der Änderung der weißrussischen Verfassung setzte die EU 1997 die Ratifizierung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit Belarus aus, vermied – ausgenommen im EU-Troika-Format – offizielle Kontakte ab Ministerebene, forst TACIS-Programme ein und versagte den Bemühungen von Belarus um einen Beitritt zum Europarat die weitere Unterstützung.

Wegen einer Verschlechterung der Situation der Medien, der politischen Opposition und der Zivilgesellschaft verhängte die EU im September 2004 ein **Ein- und Durchreiseverbot** für jene Personen, die für das Verschwinden von Oppositionellen in Belarus verantwortlich sind bzw. eine gerichtliche Verfolgung der Verantwortlichen verhindern. Infolge der Manipulation der Präsidentenwahl vom 19. März 2006 und des gewaltsamen Vorgehens gegen DemonstrantInnen und Oppositionelle beschloss der EU-Rat im April 2006 eine Ausweitung des Einreiseverbots in die EU auf Präsident Lukaschenko und 30 weitere Mitglieder der belarussischen Führung sowie ein Einfrieren der Vermögenswerte dieser Personen.

Angesichts der Verschlechterung der belarussisch-russischen Beziehungen zu Beginn des Jahres bot Präsident Lukaschenko der EU eine Energiepartnerschaft an und stellte wirtschaftliche Reformen in Aussicht. Die Direktorin des politischen Stabs des Hohen Repräsentanten für die GASP Helga Schmid sondierte in Minsk im März und November mit Regierungs- und OppositionsvertreterInnen Möglichkeiten für eine Belebung der Beziehungen. Der zuständige belarussische Vizeaußenminister besuchte Brüssel. Technische Gespräche betreffend **Energie- und Transportfragen** wurden in der Folge zwar aufgenommen, ein weitergehendes EU-Engagement wird jedoch von der Freilassung politischer Gefangener – als erster Schritt Minsk – abhängig gemacht. Die EU mahnte im Laufe des Jahres in mehreren Erklärungen die Achtung demokratischer Werte und ein Ende der Unterdrückung oppositioneller Kräfte ein.

Im Juni entzog die EU wegen der Nichteinhaltung von Verpflichtungen aus der Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (**ILO**) die Belarus im Rahmen des Allgemeinen Zollpräferenzsystems (GSP) gewährten Sonderkonditionen. Zuvor hatte eine Untersuchungskommission der ILO festgestellt, dass Belarus seit Jahren systematisch grundlegende, in der ILO-Konvention verankerte Arbeitnehmerrechte verletze.

Nachdem Präsident Lukaschenko im Dezember von Russland ein **Finanzkredit** in der Höhe von 1,5 Milliarden US-Dollar gewährt und ein weiterer Kredit von 2 Milliarden US-Dollar in Aussicht gestellt worden war, schien sich dieser neuerlich Moskau anzunähern.

*Österreich in der Europäischen Union***4.2. Südkaukasien**

Die drei südkaukasischen Staaten **Armenien, Aserbaidshjan** und **Georgien** sehen in der Annäherung an die euro-atlantischen Strukturen auf Grundlage der 2006 abgeschlossenen Aktionspläne ein wichtiges Element ihrer Außenpolitik (siehe Kapitel A.IV.2.).

Der **EUSB für den Südkaukasus**, der schwedische Diplomat Peter Semneby, setzte seine Bemühungen in der Suche nach einer Lösung der Territorialkonflikte Abchasien, Süd-Ossetien und Berg-Karabach fort.

Georgien beschuldigte Russland, im August eine Rakete auf sein Territorium abgefeuert zu haben und hinter den gegen Präsident Michail Saakaschwili gerichteten Unruhen in Tbilisi im November zu stehen. Nach deren Niederschlagung wurde für einige Tage der Ausnahmezustand verhängt und für 5. Jänner 2008 eine vorgezogene Präsidentenwahl angesetzt. Die Vorwürfe wurden von Russland bestritten, welches seinerseits wirtschaftliche Maßnahmen gegen Georgien aufrecht erhielt.

Im März fanden in Abchasien „Parlamentswahlen“ statt, welche aber von der internationalen Gemeinschaft nicht anerkannt wurden. An der Waffenstillstandslinie zwischen Georgien und Süd-Ossetien kam es wiederholt zu Zwischenfällen.

In **Armenien** fanden am 12. Mai Parlamentswahlen statt, die mit einem Sieg der regierenden Republikanischen Partei endeten. Die internationalen BeobachterInnen bescheinigten einen grundsätzlich korrekten Verlauf.

Die Bemühungen um eine Lösung in der **Berg-Karabach-Frage** wurden unter der Ägide der Ko-Vorsitzenden (Frankreich, Russland, USA) der so genannten Minsk-Gruppe innerhalb der OSZE fortgesetzt. Mehrere Treffen zwischen den Präsidenten Aserbaidshjans und Armeniens erbrachten keinen Durchbruch. Der Amtsantritt eines neuen „Präsidenten“ in Berg-Karabach am 1. August hatte keinen Einfluss auf die Lösungsbemühungen.

5. Russland

Während der achtjährigen Amtszeit Präsident Wladimir Putins ist die Russische Föderation nach einer Phase der Instabilität infolge radikaler Veränderungen in den 90er-Jahren wieder deutlich erstarkt. Der Kreml kontrolliert heute alle politischen und wirtschaftlichen Prozesse in Russland. Für dieses politische System wurde von Politologen der Begriff „gelenkte Demokratie“ geprägt. Die offizielle russische Seite bevorzugt den Begriff „**souveräne Demokratie**“. Nachdem die audiovisuellen Medien in Russland schon seit längerem staatlicher Kontrolle unterliegen, sind nun auch die Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) und die politischen Parteien restriktiven Registrierungsvorschriften unterworfen.

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

Die Sicherung des Fortbestands des derzeitigen politischen Systems über das Ende der Amtszeit Präsident Putins im Frühjahr 2008 hinaus war das vorrangige Ziel der russischen Innenpolitik. Der überwältigende Sieg der Partei „Einiges Russland“ bei der **Wahl zur Staatsduma** am 2. Dezember war gleichzeitig ein Vertrauensvotum für Präsident Putin. In der Folge erklärte Präsident Putin, dass er den 1. Stellvertretenden Vorsitzenden der Regierung Dmitrij Medwedew als seinen Kandidaten bei der Präsidentenwahl am 2. März 2008 unterstützen werde. Gemeinsam mit Medwedew will Putin in den kommenden Jahren die politischen Geschicke Russlands weiter bestimmen.

Die **Volkswirtschaft** wuchs 2007 um 7,8%, in den vergangenen acht Jahren um durchschnittlich 6,9%. Die rasant steigenden Einnahmen aus dem Export von Öl und Gas sammelte der russische Staat in einem bis Ende des Jahres auf rund 107 Milliarden Euro gewachsenen Stabilisierungsfonds an, auf den in wirtschaftlich schlechteren Zeiten zurückgegriffen werden kann. Größere Budgetsummen werden derzeit zur Restrukturierung der Wirtschaft verwendet, insbesondere zur Gründung staatlicher Industrieunternehmen sowie zur Förderung von Forschung und Entwicklung im Hochtechnologie- und Rüstungsbereich.

Wenngleich Präsident Putin erklärte, dass er keinen Staatskapitalismus anstrebe, unterliegen bereits heute die **strategischen Bereiche der russischen Wirtschaft**, insbesondere der Energie- und Rohstoffsektor, staatlicher Kontrolle. Der Anteil privater Unternehmen am Öl- und Gassektor geht laufend zurück. Ausländische Energieunternehmen müssen auf vorteilhafte Förderverträge verzichten, die sie in den 90er- Jahren mit dem russischen Staat abgeschlossen hatten, und sehen sich zunehmend auf die Rolle von „Juniorpartnern“ beschränkt. Andere Bereiche, etwa der Banken- und Versicherungssektor, die Konsumgüterindustrie sowie gewisse Infrastrukturbereiche, stehen ausländischen Investoren weiterhin offen. Der Zustrom ausländischer Investitionen nach Russland erreichte mit 31,6 Milliarden Euro eine neue Rekordhöhe.

Auf **internationaler Ebene** tritt das politisch und wirtschaftlich erstarkte Russland wieder als selbstbewusste Großmacht auf. Russland befürwortet eine multipolare Weltordnung und ist bestrebt, in allen wichtigen internationalen Fragen seinen Einfluss geltend zu machen. Oberste Priorität kommt dabei der Politik gegenüber dem Raum der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zu, den Russland als seine wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessenssphäre betrachtet. Die politischen Veränderungen in einer Reihe von Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, die schwindende Relevanz der GUS und die geringen Realisierungschancen des Projekts eines aus Belarus, Kasachstan, Russland und der Ukraine bestehenden „Einheitlichen Wirtschaftsraums“ zwangen Moskau, sich auf neue Integrationsgebilde mit kooperationswilligen GUS-Staaten zu konzentrieren: Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EurAsEC) auf wirtschaftli-

Österreich in der Europäischen Union

chem Gebiet, die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SCO) zur Förderung der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und sicherheitspolitischem Gebiet sowie die Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit (CSTO) im sicherheitspolitischen Bereich.

Russland setzt seine **Energiepolitik** als machtvolles Instrument der Außenpolitik ein. Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion wie Belarus, die gegenüber Russland Wohlverhalten zeigen, beziehen russische Energielieferungen zu Vorzugspreisen; alle anderen Länder müssen Marktpreise bezahlen. Die EU, welche ungefähr 40% ihres Gas- und 25% ihres Ölbedarfs durch Importe aus Russland deckt, erklärte die Energiesicherheit zu einem zentralen Thema ihres Dialogs mit Russland. Dem Verlangen der EU nach sicherer Versorgung mit Energie stellte Russland seinen Wunsch nach „Abnahmesicherheit“ durch Abschluss langfristiger Verträge entgegen. Angesichts der energiepolitischen Interdependenz zwischen der EU und Russland strebt die EU die Festschreibung der Prinzipien des Internationalen Energiecharta-Vertrags im künftigen EU-Russland-Rahmenabkommen an.

Die Verhandlungen über ein neues **Rahmenabkommen EU-Russland** als Ersatz für das geltende Partnerschafts- und Kooperationsabkommen aus den 90er-Jahren konnten nicht wie ursprünglich geplant aufgenommen werden, weil sich Polen als Reaktion auf ein russisches Importverbot für polnisches Fleisch dagegen aussprach. Die neue polnische Regierung hob dieses Veto im Dezember auf. Die Schaffung eines Freihandelsraums zwischen der EU und Russland, welche bereits im bisher geltenden Abkommen als langfristige Perspektive erwähnt wurde, bleibt ein Fernziel. Ein Freihandelsabkommen kommt erst nach einem WTO-Beitritt Russlands in Betracht; dieser verzögerte sich aber aufgrund langwieriger Verhandlungen.

Die einmal in jeder EU-Ratspräsidentschaft organisierten **EU-Russland-Gipfeltreffen** fanden am 18. Mai in Samara (Russland) und am 26. Oktober in Mafra (Portugal) statt. Hauptergebnisse des Samara-Gipfels waren Vereinbarungen betreffend die Finalisierung eines Energie-Frühwarn-Mechanismus und die Einrichtung eines strukturierten Investitionsdialogs. In Mafra standen insbesondere die Perspektiven einer künftigen EU-Russland-Kooperation zur Debatte.

Seit 2005 werden einmal im Halbjahr **Menschenrechtskonsultationen** zwischen der EU und Russland zur Förderung der gemeinsamen europäischen Werte abgehalten, die der EU-Russland-Partnerschaft zu Grunde liegen sollen. Bei dieser Gelegenheit wird auch die Lage in Tschetschenien erörtert, wo nach wie vor Menschenrechtsverletzungen wie Folter, Entführungen und politische Morde begangen werden (siehe Kapitel G.II.2.).

*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union***6. Zentralasien**

Die **Zentralasienpolitik der EU** gewann an strategischer, wirtschaftlicher und energiepolitischer Bedeutung. Der Europäische Rat vom 22. Juni nahm die Zentralasien-Strategie der EU für ein verstärktes Engagement in den Bereichen Bildung, Demokratisierung, Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, Stärkung der Energie- und Transportverbindungen, Wassermanagement, Umwelt sowie Kampf gegen gemeinsame Bedrohungen und Herausforderungen an. Am 28. März fand in Astana (Kasachstan) ein Treffen der AußenministerInnen im Troika-Format statt, am 30. Juni ein weiteres in Berlin. Die Europäische Kommission sieht im Rahmen ihres neuen Instruments zur Entwicklungszusammenarbeit eine Mittelaufstockung auf 719 Millionen Euro für die Finanzperiode 2007-2013 vor.

Auf dem **Kooperationsrat EU-Kasachstan** vom 13. Februar wurden Themen wie das Investitionsklima vor dem Hintergrund des WTO-Beitrittsprozesses, die Energiezusammenarbeit, das Grenz- und Migrationsmanagement und die regionale Zusammenarbeit erörtert. Die kasachische Verfassungsänderung vom Mai soll den Übergang von einer präsidentialen auf eine präsidential-parlamentarische Regierungsform ebnen. Am 18. August fanden vorgezogene Parlamentswahlen statt, bei denen die Präsident Nursultan Nazarbajew nahe stehende Partei „Nur Otan“ 88% der Stimmen erhielt. Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE (OSZE/BDIMR) konstatierte zwar Fortschritte bei der Durchführung der Wahlen im Vergleich zu früheren Jahren, verwies aber auch auf die Nichterfüllung einer Reihe internationaler Standards.

Auf dem **Kooperationsrat EU-Kirgisistan** vom 13. Februar standen Fragen der politischen Reformen im Bereich Menschenrechte und gute Regierungsführung, die Bekämpfung von Korruption und organisiertem Verbrechen sowie die regionale Zusammenarbeit im Mittelpunkt der Gespräche. Die auf den 16. Dezember vorgezogenen Parlamentswahlen waren von Unregelmäßigkeiten gekennzeichnet und wurden von internationalen BeobachterInnen als verpasste Chance bezeichnet.

Das zwischen der **EU und Tadschikistan** unterzeichnete Partnerschafts- und Kooperationsabkommen ist mangels Ratifikationen in einigen EU-Mitgliedstaaten noch nicht in Kraft. Österreich ratifizierte das Abkommen 2006. Tadschikistan strebt verstärkte Beziehungen zur EU im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Investitionen zur Nutzung der Wasserkraft an.

Am 11. Februar fanden in **Turkmenistan** erstmals Präsidentenwahlen statt, die Gurbanguly Berdymuchammedow für sich entscheiden konnte. Zahlreiche Reformschritte wurden eingeleitet, darunter die Freilassung tausender Gefangener.

In **Usbekistan** wurde Präsident Islam Karimow in den Wahlen vom 23. Dezember mit 88,1% der Stimmen bestätigt. Laut eingeschränkter

Österreich in der Europäischen Union

Wahlbeobachtungsmission von OSZE/BDIMR verliefen die Wahlen zwar ruhig, jedoch nicht internationalen Standards entsprechend. Im April fanden Menschenrechtsgespräche mit einer EU-Expertengruppe statt. Ein Menschenrechtsdialog wurde erstmals im Mai abgehalten. Der Rat vom 15. und 16. Oktober beschloss die Fortsetzung des Waffenembargos um weitere zwölf Monate und die Aussetzung der Visabannliste für sechs Monate.

7. Naher und Mittlerer Osten, Golfstaaten und Mittelmeerraum

7.1. Nahost-Friedensprozess

Der Nahost-Friedensprozess war von einschneidenden, in ihrer Tragweite mit dem Wahlsieg der Hamas 2006 vergleichbaren Ereignissen gekennzeichnet. Hinsichtlich der Grundanliegen der Bevölkerung beider Seiten – Ende der Bedrohung der israelischen Bevölkerung durch terroristische Aktionen und Erleichterungen für die palästinensische Bevölkerung – wurden keine Fortschritte erzielt.

Nachdem Israel und ein großer Teil der internationalen Gebergemeinschaft, einschließlich der EU, nach der Bildung einer Regierung der Palästinensischen Behörde durch die Hamas die Zusammenarbeit und die Gespräche mit dieser Regierung eingestellt hatten, eskalierten zu Beginn des Jahres die **innerpalästinensischen Spannungen** zwischen der Fraktion des Präsidenten der Palästinensischen Behörde Mahmoud Abbas, Fatah, und der das Parlament und die Regierung bestimmenden Hamas. Eine Vermittlungsanstrengung Saudi Arabiens führte zur Bildung einer palästinensischen Einheitsregierung im März, deren Programm von Israel und der internationalen Gemeinschaft jedoch nicht als Erfüllung der „Quartett-Prinzipien“ – Anerkennung des Existenzrechts Israels, Gewaltverzicht und Einhaltung aller existierenden Abkommen, einschließlich der „Road Map“ (Fahrplan) von 2003 – angesehen wurde.

Die erhoffte Normalisierung in den Palästinensischen Gebieten und damit die Möglichkeit der Rückkehr zu einem Erfolg versprechenden Friedensprozess wurde in der Folge durch einen bewaffneten Schlag der Hamas gegen den Sicherheitsapparat der Palästinensischen Behörde und die De-facto-Machtübernahme über den Gaza-Streifen im Juni vereitelt. Die von Präsident Abbas in der Folge eingesetzte Übergangsregierung wurde von Israel und der internationalen Gemeinschaft als legitime Regierung anerkannt, und die direkte Zusammenarbeit mit ihr wurde wieder aufgenommen.

Die Wiederaufnahme der Gespräche zwischen der israelischen und der palästinensischen Führungsspitze gipfelte im Rahmen einer von den USA einberufenen **internationalen Konferenz in Annapolis** im November in einem gemeinsamen Bekenntnis, den im Jahr 2001 von Ministerpräsident Ariel Sharon abgebrochenen Verhandlungsprozess über eine Verwirkli-

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

chung der „Zwei-Staaten-Lösung“ wieder aufzunehmen. In diesem Verhandlungsprozess sollten alle offenen Fragen – Grenzen, Sicherheit, Jerusalem, Siedlungen, Flüchtlinge und Wasser – bis Ende 2008 geklärt und die Forderungen aus der Road Map umgesetzt werden. Die USA würden dabei die Rolle eines „Monitors und Schiedsrichters“ ausüben. Österreich war bei der Konferenz durch Bundesministerin Ursula Plassnik vertreten.

Saudi Arabien bemühte sich neben der Überwindung der innerpalästinensischen Konflikte auch um eine Erneuerung der **Friedensinitiative der Arabischen Liga** aus dem Jahr 2002, mit der Israel Frieden und die Normalisierung der Beziehung zu allen arabischen Staaten im Gegenzug für die Räumung der seit 1967 besetzten Gebiete, einschließlich Golan und Süd-Libanon, die Gründung eines unabhängigen Staates Palästina mit Ostjerusalem als Hauptstadt sowie eine gerechte Lösung der Flüchtlingsfrage angeboten worden war (siehe auch Kapitel A.IV.7.4.1.). Die Arabische Liga setzte ein Komitee zur aktiven Förderung dieser Friedensinitiative ein, in deren Rahmen die Friedensinitiative erstmals auch Israel im direkten Kontakt von den Außenministern Ägyptens und Jordaniens präsentiert wurde.

Das internationale Nahost-Quartett (EU, Russland, USA und VN) ernannte den ehemaligen britischen Premierminister Tony Blair zum **Sondergesandten** mit dem Auftrag, Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in den palästinensischen Gebieten zu identifizieren und der Gebirgsgemeinschaft zur Finanzierung vorzulegen. Eine Verbesserung der unhaltbaren sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den palästinensischen Gebieten, die in erster Linie eine Lockerung des israelischen Besatzungsregimes voraussetzen würde, konnte im Laufe des Jahres aber nicht verzeichnet werden.

Die internationale Gemeinschaft bekräftigte ihre Bereitschaft zur fortgesetzten Unterstützung des Friedensprozesses anlässlich einer **Geberkonferenz in Paris** im Dezember, auf der von der internationalen Gemeinschaft rund 7,5 Milliarden US-Dollar für die Unterstützung des palästinensischen Reform- und Entwicklungsprogramms der nächsten drei Jahre zugesagt wurden.

7.2. Mittlerer Osten, Golfstaaten

Eine allgemeine Verbesserung der Sicherheitslage im **Irak** trat trotz teilweiser Fortschritte in der zweiten Jahreshälfte nicht ein; zwischen- und innerkonfessionelle Konflikte und Rivalitäten dauerten an.

Der Irak war auch Thema der hochrangig besetzten Nahost-Frauen-Konferenz in Wien am 30. und 31. Mai. Ein Ziel der Konferenz war die Stärkung der Rolle von Frauen bei der Suche nach Konfliktlösungen in der Region.

Hauptergebnis der internationalen Irak-Nachbarschaftskonferenz in Istanbul am 2. und 3. November war die prinzipielle Einigung auf die Schaffung

Österreich in der Europäischen Union

eines „Ad-hoc-Nachbarschafts-Unterstützungsmechanismus“. In der Abschlusserklärung verpflichteten sich die 17 Teilnehmerstaaten zur Unterstützung der Regierung in Bagdad im Kampf gegen den Terrorismus innerhalb des Landes und in den Nachbarstaaten. Alle terroristischen Akte in jeder Form wurden verurteilt. Überschattet wurde die Konferenz von der sich verschärfenden Lage an der Grenze zwischen dem Irak und der Türkei. Eine seitens der Türkei angedrohte groß angelegte Invasion türkischer Kräfte im Nordirak blieb bis Jahresende zwar aus, die Gefahr einer Destabilisierung des Nordirak dauerte jedoch an.

Besondere Bedeutung für die Stabilität des Irak und der gesamten Region kommt der Situation der mehr als vier Millionen Flüchtlinge zu. Vor allem Syrien und Jordanien sind mit einer großen Zahl irakischer Flüchtlinge konfrontiert. Eine Destabilisierung dieser beiden Länder wegen der Flüchtlinge hätte gravierende Auswirkungen auf die Sicherheitssituation in der gesamten Region. Die EU sagte finanzielle Unterstützung in der Höhe von 10 Millionen Euro zu.

Am 18. Dezember beschloss der VN-SR die Verlängerung des Mandats der Multinationalen Truppe (MNF) im Irak um ein weiteres Jahr.

Die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen dem **Jemen** und der EU werden bei regelmäßig stattfindenden Treffen koordiniert. Am 25. Oktober fand das 4. Politische Dialogtreffen EU-Jemen statt. Die EU unterstützte den jemenitischen Sozialfonds für Entwicklung mit 11 Millionen Euro sowie den Wahlprozess und das jemenitische Parlament mit 5 Millionen Euro.

Die Herrscherhäuser in **Kuwait**, **Bahrain** und **Katar** führten die in den letzten Jahren begonnene vorsichtige politische Öffnung fort. In Kuwait kam es infolge einer politischen Krise am 28. Oktober zu einer größeren Regierungsumbildung. Sicherheitsgarant für die Souveränität und Integrität der drei Staaten sind die USA. Die amerikanischen Militärbasen auf ihrem Territorium machen diese Staaten auch zu wesentlichen Stützen der USA in einer strategisch wichtigen Region.

Die Beziehungen der EU zum **Iran** waren von der anhaltenden Besorgnis über die Natur des iranischen Nuklearprogramms geprägt. Am 24. März verschärfte der VN-SR mit Resolution 1747 (2007) einstimmig die gegen den Iran verhängten Wirtschaftssanktionen. Zuletzt scheiterten am 30. November die Gespräche des Hohen Vertreters der EU Javier Solana mit dem im Oktober neu bestellten iranischen Atomunterhändler Said Jalili. Auch wenn durch das National Intelligence Estimate des amerikanischen National Intelligence Council am 3. Dezember eingeräumt wurde, dass der Iran seit 2003 kein Nuklearprogramm zu militärischen Zwecken mehr verfolgt habe, bestehen die Sorgen der internationalen Gemeinschaft fort. Neben unkalkulierbaren Auswirkungen auf die gesamte Region infolge eines ato-

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

maren Rüstungswettlaufs würde ein zur Atommacht erstarkter Iran eine Bedrohung für die Sicherheit der Weltgemeinschaft darstellen.

Die EU verfolgt daher eine Unterstützung des VN-Prozesses durch eigene Maßnahmen. Sie unterstrich, dass dem Iran die Tür zum Dialog und zu Verhandlungen offen stünde und setzte sich weiterhin für eine diplomatische Lösung ein. Der Europäische Rat vom 14. Dezember brachte in seinen Schlussfolgerungen zum Ausdruck, dass eine militärische Komponente des iranischen Nuklearprogramms inakzeptabel sei und der Iran mit der IAEO kooperieren müsse.

7.3. Die Euro-Mediterrane Partnerschaft (Barcelona-Prozess)

Im Rahmen des am Jubiläumsgipfel des Barcelona-Prozesses im Jahr 2005 neu eröffneten Kapitels „Zusammenarbeit im Bereich der Justiz, Sicherheit, Migration und sozialen Integration“ fand unter portugiesischer EU-Ratspräsidentschaft in Albufeira (Portugal) am 18. und 19. November erstmals eine **Ministerkonferenz zu Migrationsfragen** statt. Portugal hatte dieses Thema zu einer der Prioritäten seiner Arbeit innerhalb der Euro-Mediterranen Partnerschaft erklärt. Die Konferenz befasste sich mit den Themenkomplexen Migration und Entwicklung sowie legale und illegale Einwanderung. Im Zuge der Umsetzung des 2005 angenommenen Verhaltenskodex für die Terrorismusbekämpfung fand ebenfalls unter portugiesischem Vorsitz ein Seminar zur Rolle der Medien in der Prävention der Anstiftung zu terroristischen Akten statt.

Ein großer Teil der Arbeit der Euro-Mediterranen Partnerschaft galt dem Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit:

Während des österreichischen EU-Ratsvorsitzes im ersten Halbjahr 2006 hatten die HandelsministerInnen der Euro-Med-Partnerländer in Marrakesch (Marokko) Verhandlungen zur Liberalisierung von Dienstleistungen, zu Investitionen, Streitbeilegung und Landwirtschaft aufgenommen. Beim **Handelsministertreffen** in Lissabon am 21. Oktober erfolgte eine Bestandsaufnahme dieser Verhandlungen. Eine neue Phase des Reflexionsprozesses wurde auf Initiative Ägyptens eingeleitet, um dem Ziel der Schaffung einer Freihandelszone bis 2010 näher zu kommen.

Unter deutschem Vorsitz wurde eine hochrangige Konferenz zu Beschäftigung und Sozialdialog in Berlin am 16. März abgehalten, welche dem Thema **Beschäftigung** einen festen Platz in der Agenda der Euro-Mediterranen Partnerschaft zuwies. Der Investitions- und Partnerschaftsfazilität (**FEMIP**) als zentrales Element der finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Euro-Med-Ländern war ein Ministertreffen in Limassol (Zypern) am 13. und 14. Mai gewidmet. Die Wirtschafts- und FinanzministerInnen bekräftigten beim informellen Treffen (**ECOFIN**) in Porto am 15. September ihre Unterstützung für die Reformarbeit in vier vorrangigen Bereichen: Verbesserung des Investitionsklimas wie Handelsliberalisierung

Österreich in der Europäischen Union

und Wirtschaftsöffnung, Verbesserung der Verwaltung sowie Konsolidierung der makroökonomischen Stabilität.

Die Euro-Med-Partner einigten sich auf einer Ministerkonferenz zum Thema **Energie** in Limassol am 17. Dezember auf die Prioritäten der Energiekooperation im Zeitraum 2008–2013: Harmonisierung der Energiemärkte und -gesetzgebung, Integration der Energiemärkte, Förderung nachhaltiger Entwicklung am Energiesektor und Entwicklung von Initiativen in Bereichen gemeinsamen Interesses, etwa Infrastrukturausbau, Investitionsfinanzierung sowie Forschung und Entwicklung.

Zur Umsetzung des beim Ministertreffen in Istanbul im November 2006 angenommenen Fünfjahres-Aktionsplans zur **Stärkung der Rolle von Frauen** wurden Indikatoren für Monitoring und Evaluierung erstellt.

Die Zusammenarbeit im Bereich wissenschaftlicher Forschung sowie die Verbesserung der Qualität der Hochschul- und Berufsbildung wurde auf der ersten Europa-Mittelmeer-Ministerkonferenz zu **Hochschulen und wissenschaftlicher Forschung** in Kairo am 18. Juni thematisiert.

Die AußenministerInnen der Euro-Med-Länder stimmten bei ihrem Treffen in Lissabon am 5. und 6. November der **Aufnahme Albaniens und Mauretaniens** in den Barcelona-Prozess zu.

Die Vollversammlung der Euro-Mediterranen Parlamentarischen Versammlung fand in Tunis am 16. und 17. März statt.

7.4. Organisationen der multilateralen Zusammenarbeit

7.4.1. Arabische Liga

Die Staats- und Regierungschefs der Arabischen Liga sprachen sich auf ihrem 19. Gipfel in Riyadh (Saudi Arabien) am 28. und 29. März einhellig für eine Wiederbelebung ihrer **Friedensinitiative** für den Nahen Osten aus dem Jahr 2002 aus und setzten ein Komitee zu deren aktiven Förderung ein. Delegationen des Komitees führten am Rande des Rats Allgemeine Angelegenheiten vom 14. Mai Gespräche mit EU-AußenministerInnen, nahmen an der Internationalen Konferenz in Annapolis am 27. November sowie auf Einladung der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft an einem Treffen mit dem Nahost-Quartett am 16. Dezember teil (siehe auch Kapitel A.IV.7.1.).

Die Außenminister der Arabischen Liga verurteilten auf einem nach der Machtübernahme der Hamas im Gaza-Streifen anberaumten Sondertreffen in Kairo am 18. Juni die Kämpfe, forderten die Anerkennung der nationalen palästinensischen Legitimität unter Führung von Präsident Mahmoud Abbas und die Rückkehr zum Status vor der Machtübernahme durch die Hamas. Der ägyptische Außenminister Ahmed Aboul Gheit und der jordanische Außenminister Abdullah Al-Khattib führten in ihrer nationalen Eigenschaft am 25. Juli die ersten direkten Gespräche über die Initiative mit dem

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

israelischen Präsidenten Shimon Peres, Ministerpräsident Ehud Olmert und Außenministerin Tzipi Livni.

Die Vermittlungsbemühungen von Generalsekretär Amr Moussa zur Lösung der **innerlibanesischen Auseinandersetzungen** blieben ohne Erfolg und wurden im Juni unterbrochen.

7.4.2. Golfkooperationsrat

Der aus Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten bestehende Golfkooperationsrat (**GKR**) ist für die EU als wichtigster Handelspartner in der arabischen Welt von besonderer strategischer Bedeutung. Auf den GKR entfällt etwa die Hälfte des gesamten Handels der EU mit den arabischen Staaten. Darüber hinaus ist die Golfregion für Europa auch ein zunehmend wichtiger Partner bei zentralen Zukunftsfragen wie der Bekämpfung des Terrorismus und der Energiesicherheit.

Bundesministerin Ursula Plassnik nahm zum Abschluss ihrer Reise durch die Golfregion am 17. Gemeinsamen Rats- und Ministertreffen EU-GKR in Riyadh am 8. Mai teil. Im Vordergrund standen die seit 1991 laufenden Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen der EU mit den Staaten des GKR. Das Abkommen zielt darauf ab, die Zusammenarbeit mit dieser Schlüsselregion auf eine neue und breitere Basis zu stellen. Trotz einer weiteren Annäherung der Standpunkte konnte ein abschließender Konsens noch nicht erzielt werden. Die kontroversiellen Bereiche betreffen den Dienstleistungssektor, Investitionsregelungen sowie die Ausdehnung der Abkommensmaterie auf die politische Zusammenarbeit, insbesondere bei der Terrorismusbekämpfung, den Menschenrechten und der Migration. Auch ein Treffen von Handelskommissar Peter Mandelson mit Vertretern der GKR-Staaten in Katar am 2. Dezember brachte keinen Durchbruch.

8. Nordamerika

8.1. Vereinigte Staaten von Amerika

Präsident George W. Bush stand seit 4. Jänner erstmals ein Kongress gegenüber, in dem die Demokraten in der Mehrheit waren. Bei den Wahlen zur Mitte seiner Amtszeit im November 2006 hatten die Demokraten sowohl im Repräsentantenhaus (Demokratische Partei 233 Sitze, Republikanische Partei 202 Sitze) als auch im Senat (beide Parteien je 49 Sitze; zwei unabhängige Abgeordnete, welche die Demokratische Partei unterstützen) eine Mehrheit errungen. Die **neuen Mehrheitsverhältnisse im Kongress** führten jedoch weder in der US-amerikanischen Innen- noch Außenpolitik zu einer Trendwende.

Die sich zunehmend verhärtenden Fronten zwischen Republikanern und Demokraten behinderten legislative Fortschritte in vielen wichtigen Berei-

Österreich in der Europäischen Union

chen. Weder der neuen demokratischen Führung im Kongress noch Präsident Bush gelang es, nennenswerte innenpolitische Impulse zu setzen. Reformen blieben daher insbesondere bei den Einwanderungsgesetzen, Medicare (Gesundheitsdienst für BürgerInnen ab 65 Jahren), Medicaid (Gesundheitsdienst für Bedürftige) und Pensionsversicherung aus. Wichtige Vorhaben der Demokraten wie die Erweiterung des Krankenversicherungsprogramms für bedürftige Kinder oder eine Ausweitung der staatlich geförderten embryonalen Stammzellenforschung scheiterten am Veto des Präsidenten. Präsident Bush konnte sich hingegen im Budgetstreit mit dem Kongress weitgehend durchsetzen und die Weiterfinanzierung der Militäreinsätze in Afghanistan und im Irak sicherstellen.

Die **Außen- und Sicherheitspolitik** war von Kontinuität geprägt. Der Krieg gegen den Terrorismus als außenpolitisches Paradigma blieb weiterhin aufrecht. Die Strategie der Demokratisierung als einziges Mittel zur dauerhaften Überwindung von Terrorismus und religiösem Fanatismus wurde bekräftigt. Im Irak und in Afghanistan setzten die Vereinigten Staaten deshalb ihr militärisches Engagement fort. Präsident Bush schloss einen Rückzug aus beiden Ländern aus, solange sich die politischen Strukturen vor Ort nicht stabilisiert hätten. Zu diesem Zweck verfügte Präsident Bush Anfang des Jahres eine vorübergehende Aufstockung der US-Truppenpräsenz im Irak um bis zu 30.000 SoldatInnen.

Im Kongress formierte sich Widerstand gegen diese „neue“ Irak-Strategie. Mehrere Versuche der demokratischen Kongressführung scheiterten, Präsident Bush auf einen festen Zeitplan für einen Truppenrückzug festzulegen. Am 14. September kündigte Präsident Bush eine allmähliche Reduktion der US-Kampftruppen auf ihre ursprüngliche Stärke von 130.000 SoldatInnen bis zum Sommer 2008 an. Seit dem Beginn der Invasion im März 2003 starben im Irak nach Pentagon-Angaben mehr als 3.900 US-SoldatInnen.

In Afghanistan ordnete Präsident Bush Anfang des Jahres ebenfalls eine Aufstockung der US-Truppen um 3.200 SoldatInnen an, womit die Vereinigten Staaten rund 26.000 SoldatInnen in Afghanistan im Einsatz hatten; der höchste Stand seit dem Beginn des Einsatzes gegen die Taliban im Oktober 2001. Ungefähr die Hälfte der US-Truppen unterstehen dem Kommando der NATO-geführten ISAF.

Seit dem Frühjahr konzentrierten sich die Vereinigten Staaten wieder stärker auf die Wiederbelebung des festgefahrenen Nahost-Friedensprozesses mit dem Ziel der Herbeiführung einer Zweistaaten-Lösung auf Basis eines israelisch-palästinensischen Friedensschlusses. Um die Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft zu erhalten, lud die US-Regierung am 27. November VertreterInnen von 50 Staaten sowie die LeiterInnen wichtiger internationaler Organisationen zu einer eintägigen Konferenz nach Annapolis ein. Auf der Konferenz präsentierte Präsident Bush den Text einer israelisch-palästinensischen Übereinkunft über die Wiederaufnahme von

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

Friedensverhandlungen. Österreich war bei der Konferenz durch Bundesministerin Ursula Plassnik vertreten (siehe auch Kapitel A.IV.7.1.).

Im Streit um das Atomprogramm der Demokratischen Volksrepublik Korea gelang den Vereinigten Staaten zusammen mit China die Wiederaufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche. Pjöngjang wurden für eine Offenlegung und Beendigung seines Atomprogramms Wirtschaftshilfe und politische Zugeständnisse zugesagt.

Bei den Bemühungen zur Verhinderung einer Nuklearwaffenfähigkeit des Iran drängten die Vereinigten Staaten den VN-SR erfolgreich zur Verhängung von Sanktionen. Präsident Bush bekräftigte, den Streit mit diplomatischen Mitteln und Verhandlungen lösen zu wollen. Direkte Verhandlungen über das Atomprogramm seien mit der iranischen Führung erst dann möglich, wenn diese sämtliche Anreicherungsaktivitäten von Uran eingestellt habe und wieder voll mit den Inspektoren der IAEA kooperiere.

Das **transatlantische Verhältnis** und die Beziehungen zur EU bleiben für die Vereinigten Staaten von herausragender Bedeutung. Dies unterstrich Präsident Bush seit Beginn seiner zweiten Administration mehrfach und demonstrierte es beim EU-USA-Gipfel im April in Washington. Auf diesem Gipfeltreffen wurde die Zusammenarbeit in zentralen außenpolitischen Fragen und beim Klimawandel auf eine neue Grundlage gestellt sowie eine wirtschaftliche Rahmenvereinbarung unterzeichnet, welche auf eine Stärkung der transatlantischen Wirtschaft durch eine mittel- und langfristig angelegte Deregulierungskooperation in verschiedenen Wirtschaftssektoren abzielt. Wichtigstes Instrument ist die Gründung eines hochrangig besetzten „Transatlantischen Wirtschaftsrats“, der die gesamte Deregulierungskooperation steuern und jährlich den Regierungschefs berichten wird.

Die US-amerikanische **Wirtschaft** nahm im Jahr 2007 eine wechselvolle Entwicklung. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts betrug im ersten Quartal 0,6%, im zweiten Quartal 3,8%, im dritten Quartal 4,9% und im vierten Quartal 0,6%. Die Krise auf dem Immobiliensektor ab dem Sommer hatte auch international negative Kursentwicklungen an den Börsen zur Folge und wird sich im Jahr 2008 fortsetzen. Hintergrund war die Niedrigzinspolitik der Federal Reserve (US-Notenbank), das Auftauchen neuer Finanzinstrumente sowie eine allgemein positive Stimmung, die einerseits zu einem Anstieg der Eigenheimrate, andererseits zu irrealen Immobilienpreisen geführt hatte.

8.2. Kanada

Die **Minderheitsregierung** von Premierminister Stephen Harper ist seit Februar 2006 im Amt. Allgemein erwartete Neuwahlen fanden nicht statt. In der Thronrede vom 16. Oktober legte die Regierung Harper ihre Prioritäten für die zweite Hälfte der Legislaturperiode bis 2009 fest: Stärkung der kanadischen Souveränität in der Arktis, Stärkung der kanadischen Wirt-

Österreich in der Europäischen Union

schaftsunion, Steuerkürzungen sowie Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus. Zum neuen Chef der Opposition und Liberalen wurde im Dezember 2006 der ehemalige Umweltminister und Univ.-Prof. Stéphane Dion gewählt. Meinungsumfragen zeigten, dass weder die Regierung Harper noch die Liberale Opposition in der Lage wären, genügend Stimmen für eine Mehrheitsregierung zu erzielen.

Mit dem Amtsantritt der konservativen Regierung im Februar 2006 wurde in der **Außenpolitik** ein Paradigmenwechsel eingeleitet. Die kanadische Diplomatie sollte robuster, das Militär stärker und die Entwicklungszusammenarbeit effizienter werden. In den Beziehungen mit den USA, die für Kanada nach wie vor prioritär sind, wollte man wieder das „Gewissen“ und der Vertraute des großen Nachbarlands werden. In regionaler Hinsicht zeigte sich eine klare Schwerpunktsetzung für Afghanistan: 2.500 kanadische SoldatInnen waren im Süden des Landes im Einsatz und sollen bis 2011 zur Stabilisierung des Landes beitragen. Für diesen größten Militäreinsatz Kanadas seit dem Koreakrieg wurden die kanadischen Streitkräfte neu ausgerüstet. Neben den traditionell engen Beziehungen zu den angelsächsischen Verbündeten Australien, Großbritannien und Vereinigte Staaten hatte Premierminister Harper mit seinen Reisen nach Kolumbien, Chile und Haiti Südamerika zum weiteren Schwerpunkt erklärt. Die Generalgouverneurin Michaelle Jean stattete Brasilien einen Staatsbesuch ab.

Kanada ist ein langjähriger, politisch gleichgesinnter Partner der **EU**. Der bisher letzte EU-Kanada-Gipfel fand unter deutscher Präsidentschaft in Berlin am 4. Juni statt. Afghanistan, Klimawandel, Visafreiheit und Ausbau wirtschaftlicher Beziehungen waren die Hauptthemen. Darüber hinaus wurde über eine verstärkte regulatorische Zusammenarbeit Einigung erzielt, eine Studie über noch bestehende Handelshemmnisse und den Ausbau der Wirtschaftspartnerschaft in Auftrag gegeben und Verhandlungen über eine Liberalisierung des Luftverkehrs beschlossen.

Die kanadische **Wirtschaft** wuchs 2007 um 2,7%. Das Budget wies zum zehnten Mal in Folge einen Überschuss auf. Die Arbeitslosenquote von 6% entspricht einem 30-jährigen Tiefstand, und die Handelsbilanz war trotz des starken kanadischen Dollars wegen der hohen Nachfrage nach Energiegütern stark positiv.

Im **Umweltbereich** erklärte Kanada, seinen Kioto-Verpflichtungen nicht innerhalb der vorgesehenen Zeit nachkommen zu können. Kanada sieht sich als Energie-Supermacht mit wachsender Bevölkerung und einer expandierenden Volkswirtschaft. Die Größe des Landes sowie das harte Klima erfordern einen entsprechend hohen Energieeinsatz. Kanada akzeptiert zwar die Emissionsreduktionsziele, fordert aber die Einbeziehung aller großen Emittentenländer, einschließlich China und Indien, in eine Post-Kioto-Regelung.

*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union***8.3. Der transatlantische institutionalisierte Dialog**

Unter den transatlantischen Beziehungen werden die Beziehungen der EU zu den USA und zu Kanada verstanden. Neben der wirtschaftlich sehr engen Bindung besteht auf beiden Seiten das Bewusstsein um die Bedeutung einer engen Partnerschaft für das Erreichen gemeinsamer politischer Anliegen.

8.3.1. Der institutionalisierte Dialog EU-USA

Der institutionalisierte Dialog zwischen der EU und den USA basiert auf der „Transatlantischen Deklaration“ von 1990, der „Neuen Transatlantischen Agenda“ (NTA) von 1995 und dem „Gemeinsamen Aktionsplan EU-USA“ von 1995. Der institutionelle Rahmen wurde in der Bonner Erklärung von 1999 festgelegt. Das höchste Gremium ist das jährlich stattfindende EU-USA-Gipfeltreffen. Darüber hinaus finden laufend weitere Treffen statt, um eine möglichst gute Zusammenarbeit zu ermöglichen: Ministertreffen, Senior Level Group (Treffen der Gruppe hochrangiger BeamtenInnen, EU-US Task Force (Treffen der Politischen DirektorInnen und der Arbeitsgruppe EU-USA) sowie Expertentreffen. Der institutionalisierte Dialog mit den USA hat, ausgehend von den Interessensvertretungen bis zur politischen Ebene, ein besonderes Maß an Bestimmtheit erreicht.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft strebte eine weitere Vertiefung der transatlantischen Zusammenarbeit vor dem Hintergrund des verstärkten trans-pazifischen Handels und des Auftretens politischer und wirtschaftlicher Akteure wie China an.

Auf dem EU-USA-Gipfeltreffen in Washington, D.C. am 30. April wurde im Handelsbereich eine Rahmenvereinbarung zur Verstärkung der transatlantischen wirtschaftlichen Integration verabschiedet. Kernpunkte dieser Vereinbarung sind die Reduzierung von Handelshemmnissen und die Arbeit an gemeinsamen Projekten, etwa Schutz geistigen Eigentums, gemeinsame Standards für den Handel und den Finanzmarkt, Förderung von Innovation und Technologie sowie Abbau von Investitionshindernissen. Darüber hinaus wird künftig ein institutionalisierter Dialog über Investitionen eingerichtet. Zur Umsetzung der Rahmenvereinbarung wurde der Transatlantische Wirtschaftsrat geschaffen. Er arbeitet zwischen den EU-USA-Gipfeltreffen, soll Inhalte vorbereiten und weiterentwickeln und den bestehenden technischen Dialogen zwischen der Europäischen Kommission und den USA, etwa den transatlantischen Konsumentendialog zu Produktsicherheit, neue politische Impulse geben. Die erste Tagung fand in Washington, D.C. am 9. November statt.

Im Rahmen des Gipfeltreffens wurde auch ein Luftverkehrsabkommen der ersten Generation zwischen der EU und den USA als wichtiger Schritt für einen gemeinsamen Luftverkehrsmarkt unterzeichnet. Das Luftverkehrsabkommen zweiter Generation, bei dem die USA angekündigt hatten, ihre

Österreich in der Europäischen Union

Märkte ganz öffnen zu wollen (Open Skies), soll im Jahr 2008 verhandelt werden.

In den weiteren prioritären Bereichen Klimawandel sowie Energiesicherheit und -effizienz zeigten die USA ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Reduktion des Ausstoßes von Treibhausgasen, zur effizienteren Energienutzung und zu verstärkter Forschung.

Schließlich wurden auf dem Gipfeltreffen die Zukunft des Kosovos, die Situation in Afghanistan, im Iran, im Libanon, in Somalia, in Darfur (Sudan) und im Nahen Osten sowie die internationale Unterstützung für den Irak erörtert.

Neben dem Gipfeltreffen wurden weitere Themen in Minister- und Expertentreffen behandelt, etwa der unter österreichischer EU-Ratspräsidentschaft begonnene Dialog über Völkerrecht und Terrorismusbekämpfung, in dessen Rahmen die USA erstmals Gespräche über den IstGH führten.

8.3.2. Der institutionalisierte Dialog EU-Kanada

Der institutionalisierte Dialog zwischen der EU und Kanada basiert auf dem Rahmenabkommen über Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit von 1976, der Deklaration zu den transatlantischen Beziehungen von 1990, der Gemeinsamen Politischen Deklaration von 1996 sowie dem dazugehörigen Aktionsplan. Der institutionelle Rahmen wurde in der Bonner Erklärung von 1999 festgelegt. Zahlreiche Treffen auf Arbeits- und Experten-, höherer Beamten- und Politikerebene bilden das Fundament des politischen Dialogs zwischen der EU und Kanada.

Das EU-Kanada-Gipfeltreffen fand nach zweijähriger Pause in Berlin am 4. Juni statt. Neben dem wichtigen Gipfelthema Klimawandel wurde auch die Einrichtung eines hochrangigen Dialogs zwischen der EU und Kanada zu Energiefragen beschlossen. Im Vorfeld weiterer Verhandlungen über ein Abkommen zur Steigerung von Handel und Investitionen (TIEA) vereinbarten die EU und Kanada eine gemeinsame Studie über Vor- und Nachteile einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Beide Seiten kamen auch überein, bei den laufenden WTO-Verhandlungen an der Doha-Entwicklungsgagende festzuhalten. Darüber hinaus wurden Verhandlungen über ein umfassendes Luftverkehrsabkommen zwischen der EU und Kanada aufgenommen.

8.4. Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen

Das Abkommen über die Schaffung der Nordamerikanischen Freihandelszone zwischen den USA, Kanada und Mexiko (**NAFTA**) trat am 1. Jänner 1994 in Kraft. Seine Besonderheit liegt in der Verbindung von zwei hochentwickelten Industriestaaten mit einem aufsteigenden Schwellenland des Südens. Zwischen 1993 und 2006 stieg der Warenhandel zwischen den

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

NAFTA-Staaten von 293 Milliarden auf 865 Milliarden US-Dollar. Das entspricht einer Steigerung von 196%.

Das NAFTA-Abkommen enthält einen Konfliktlösungsmechanismus zur Beilegung von Wettbewerbsstreitfällen. Die ad hoc eingerichteten Schiedsgerichte bestehen aus fünf Schiedsrichtern und haben binationalen Charakter, da sie nur mit Angehörigen der beiden Streitparteien besetzt werden.

9. Lateinamerika und Karibik

9.1. Politische Entwicklungen

In Lateinamerika und in der Karibik fanden in sechs Staaten Wahlen statt, darunter Präsidentschaftswahlen in Argentinien, auf den Bahamas, in Guatemala, Jamaika und Trinidad und Tobago sowie Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung in Ecuador. Nahezu ganz Lateinamerika und die Karibik bekennen sich zur Demokratie, zum Rechtsstaat, zur Marktwirtschaft sowie zur regionalen Integration und internationalen Öffnung. Trotz zahlreicher politischer Krisen in verschiedenen Ländern der Region wurden Problemlösungen vorwiegend auf politischem Wege gesucht und die demokratischen Institutionen nicht infrage gestellt.

In **Mexiko** gelang es Präsident Felipe Calderón Hinojosa im ersten Jahr seiner Amtszeit, die öffentliche Meinung mehrheitlich hinter sich zu vereinen. Der Kampf gegen das organisierte Verbrechen war sein zentrales Anliegen. Einige Reformen, etwa des Steuer- und Wahlrechts, wurden vom Kongress verabschiedet. Das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigungsentwicklung und die Lage der Menschenrechte blieben jedoch hinter den Erwartungen. Die Neuorientierung der Außenpolitik war von einer Wiederannäherung Mexikos an Lateinamerika geprägt, die sich in der Wiederherstellung von diplomatischen Beziehungen auf Botschaferebene zu Venezuela, in verstärkten Bemühungen zur Normalisierung der Beziehungen zu Kuba und in offiziellen Besuchen von MandatarInnen der Region in Mexiko zeigte. Weniger intensiv als zuletzt waren die Beziehungen zu den USA. Nach dem Scheitern der US-Migrationsreform gab es Forderungen nach einem Überdenken der bilateralen Beziehungen in Richtung stärkerer Berücksichtigung nationaler Interessen.

In **Brasilien** war das erste Jahr der zweiten Amtsperiode von Präsident Luiz Inácio Lula da Silva von wirtschaftlicher und politischer Kontinuität gekennzeichnet. Die Bemühungen um soziale Reformen und wirtschaftliches Wachstum wurden unter Beibehaltung der Budgetpolitik fortgesetzt. Brasilien rangiert im VN-Index der menschlichen Entwicklung erstmals unter den Ländern mit „höherer menschlicher Entwicklung“. Außenpolitisch waren das Bemühen um einen ständigen Sitz Brasiliens im VN-SR, die regionale Integration und die Diversifizierung der Handelsbeziehungen vorrangig.

Österreich in der Europäischen Union

In **Argentinien** setzte sich bei den Präsidentenwahlen vom 28. Oktober die Kandidatin der Regierung und Ehefrau des amtierenden Präsidenten Cristina Fernández de Kirchner klar gegen Kandidaten der eigenen Partei und der Opposition durch. Die massiven Spannungen mit Uruguay wegen des Baus zweier Zellulosefabriken auf uruguayischer Seite des Grenzflusses Uruguay dauerten an. Der auf Exporte gestützte Wirtschaftsaufschwung hielt an.

Chiles Staatspräsidentin Michelle Bachelet nützte den aus günstiger Konjunktur und Rohstoffexporten gewonnenen finanzpolitischen Spielraum für Reformen im Bereich der Sozial- und Bildungspolitik. **Chile** schloss mit Handelspartnern weitere bilaterale Freihandels- und Assoziationsabkommen ab. Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) lud Chile zu Beitrittsverhandlungen ein. Chile war Gastgeber des XVII. Iberoamerikanischen Gipfels, der dem Thema der sozialen Kohäsion in Lateinamerika gewidmet war.

In **Kolumbien** konnten die Sicherheitslage verbessert und weitere Fortschritte bezüglich der Wiederherstellung der Regierungskontrolle über das Staatsgebiet erzielt werden. Dies spiegelt sich auch in den wirtschaftlichen Daten wider. Die Wiedereingliederung der mehr als 45.000 demobilisierten ehemaligen Guerilla-Mitglieder und die Wiedergutmachung für Opfer stellt das Land vor große Herausforderungen. Im Juni ließ die Regierung eine größere Anzahl inhaftierter Mitglieder der Revolutionären Bewaffneten Kräfte Kolumbiens (FARC) frei. Die kurz darauf bekannt gewordene Ermordung von elf Provinzabgeordneten, die sich seit 2002 in der Gewalt der FARC befunden hatten, erschütterte die kolumbianische Öffentlichkeit. Die EU signalisierte in den Ratsschlussfolgerungen zu Kolumbien politische Unterstützung für die kolumbianische Regierung beim Demobilisierungsprozess der Vereinigten Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens (AUC) und bei der Suche nach politischen Lösungen mit den anderen illegalen Gruppen FARC und Heer zur Nationalen Befreiung (ELN).

In **Kuba** konnte Raúl Castro, der seit der schweren Erkrankung seines ältern Bruders Fidel im Juli 2006 die Amtsgeschäfte führt, seine Macht konsolidieren. Wirtschaftsreformen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung waren ansatzweise erkennbar. Die Menschenrechtssituation verbesserte sich nicht wesentlich. Außenminister Felipe Perez Roque kündigte die Bereitschaft Kubas an, die Internationalen Pakte über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie über bürgerliche und politische Rechte zu unterzeichnen. Der Gemeinsame Standpunkt der EU ist weiterhin Grundlage für die Beziehungen der EU zu Kuba. Darin verfolgt die EU einen „dual-track approach“ (zweigleisiger Ansatz) mit Kontakten zur Opposition und politischem Dialog mit der Regierung und Reformkräften innerhalb des staatlichen Systems. Im Juni fand erstmals keine Evaluierung des Gemeinsamen Standpunkts durch den Europäischen Rat statt; die Maßnahmen aus 2003 sind seit 2005 suspendiert. Ein erstes informelles Treffen

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

des kubanischen Außenministers mit der EU-Troika fand im September am Rande der VN-GV in New York statt.

In **Peru** setzte Staatspräsident Alan García seinen wirtschaftspolitischen Kurs fort. Die peruanische Wirtschaft wuchs um mehr als 8%. Vorrangige innenpolitische Ziele waren die Armutsbekämpfung sowie der Bildungs- und Gesundheitssektor. Die Exekutive musste mehrere Opfer im Kampf gegen die Drogenmafia beklagen. Das mit den USA unterzeichnete Freihandelsabkommens wurde ratifiziert. Im Rahmen der Andengemeinschaft begannen die Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen mit der EU. Im September ermöglichte Chile die Auslieferung von Ex-Präsident Fujimori, dem Korruption und Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. Im Dezember erfolgte seine Verurteilung wegen Anstiftung zur Amtsanmaßung. Zur Festlegung der Seegrenze mit Chile traf Peru alle Vorbereitungen, um den Internationalen Gerichtshof (IGH) als Organ der friedlichen Streitbeilegung anzurufen.

Venezuela verzeichnete ein Wirtschaftswachstum von mehr als 8%. Gleichzeitig stieg jedoch die Inflationsrate auf 22,5% und löste Engpässe bei bestimmten Grundnahrungsmitteln aus. Innenpolitisch wurde gegenüber der Regierung der Vorwurf eines zunehmend autoritären Kurses erhoben. Im Dezember musste Präsident Hugo Chávez eine Niederlage bei der Volksabstimmung über eine von ihm vorgeschlagene, teils autoritäre Züge tragende Verfassungsreform hinnehmen. Außenpolitisch sorgten Auseinandersetzungen des Präsidenten mit dem spanischen König in Chile für Verstimmungen. Die Vermittlungsbemühungen zur Freilassung von drei kolumbianischen Geiseln der FARC blieben bis Jahresende erfolglos.

Die Innenpolitik **Guatemalas** war vom teils gewalttätigen Wahlkampf vor den Kongress- und Präsidentenwahlen geprägt. Der sozialdemokratische Kandidat Álvaro Colom konnte die Wahlen für sich entscheiden.

In **Nicaragua** übernahm Daniel Ortega im Jänner das Präsidentenamt. Dies führte zu einer außenpolitischen Hinwendung zu Venezuela und Kuba.

In **Bolivien** wirkte sich der Wirtschaftskurs von Präsident Evo Morales mit Verstaatlichungen im Energiesektor negativ auf das Investitionsklima aus. Die Verfassungsgebende Versammlung nahm im November eine neue staatliche und gesellschaftliche Grundordnung an. Die Volksabstimmung über die Gesamtverfassung ist für die erste Hälfte 2008 vorgesehen. Die Polarisierung und Radikalisierung der Gesellschaft äußerte sich in gewaltsamen Unruhen. Die Andengemeinschaft konnte sich im Juni auf Verhandlungen mit der EU über ein Assoziationsabkommen verständigen und Bolivien durch das Zugeständnis, die Geschwindigkeit seiner Integration selbst bestimmen zu können, erfolgreich am Verhandlungstisch halten.

In **Costa Rica** gelang es Staatspräsident Oscar Arias, in einem Referendum die Zustimmung zur Ratifikation eines Freihandelsabkommens mit den Vereinigten Staaten (DR-CAFTA-Abkommen) zu erreichen.

Österreich in der Europäischen Union

In **Ecuador** standen die innenpolitischen Entwicklungen im Zeichen des von Präsident Rafael Correa betriebenen Projekts einer Verfassungsgebenden Versammlung. Das Mitte April abgehaltene Referendum brachte eine große Mehrheit für deren Einberufung.

9.2. Beziehungen mit der Europäischen Union

Die Beziehungen der EU zu Lateinamerika und zur Karibik werden in Form eines Gipfelprozesses mit allen 33 Staaten Lateinamerikas und der Karibik sowie eines institutionalisierten politischen Dialogs mit der Rio-Gruppe gestaltet. Weiters werden regelmäßig gesonderte Treffen mit dem MERCOSUR, Zentralamerika, der Andengemeinschaft, dem CARIFORUM sowie mit Mexiko und Chile durchgeführt. Verhandlungen über Assoziationsabkommen wurden mit der Andengemeinschaft (CAN) am 14. Juni und mit Zentralamerika (CA) am 29. Juni aufgenommen. Hingegen gelang es nicht, die Verhandlungen mit dem MERCOSUR wieder in Gang zu bringen. Ein bedeutender Schritt wurde im Juli mit der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Brasilien gesetzt, als erstmals einem lateinamerikanischen Land aufgrund seiner regionalen und globalen Bedeutung dieser Status zuerkannt wurde.

9.2.1. Der EU-LAC-Prozess

Die **EU-LAC-Gipfeltreffen** geben die strategische Richtung für die Weiterentwicklung der Beziehungen vor. Seit 1999 fanden vier derartige Gipfeltreffen statt: Auf dem ersten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in Rio de Janeiro (Brasilien) am 28. und 29. Juni 1999 wurden gemeinsame Grundsätze und ein biregionales Aktionsprogramm verabschiedet. Der zweite Gipfel in Madrid am 17. und 18. Mai 2002 sowie der dritte Gipfel in Guadalajara (Mexiko) am 28. und 29. Mai 2004 widmeten sich der Vertiefung der Beziehungen in den Bereichen der sozialen Kohäsion, des Multilateralismus und der Verstärkung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Terrorismus und Drogenhandel. Der vierte Gipfel in Wien vom 11.-13. Mai 2006 befasste sich mit der weiteren Stärkung der strategischen Partnerschaft. Energie und Biodiversität wurden als neue und wichtige Themen für die Zusammenarbeit verankert. Die Schaffung eines positiven Klimas für Investoren wurde festgeschrieben. Die Fortsetzung der Bemühungen um die Stärkung der sozialen Kohäsion wurde unterstrichen. Die Europäische Kommission schuf für den LAC-Raum einen eigenen Fonds (EuroSocial) in der Höhe von 30 Millionen Euro. Die biregionale Kooperation wurde nach dem erfolgreichen vierten Gipfeltreffen durch eine Reihe von thematischen Veranstaltungen auf politischer Ebene und Expertenebene auf Grundlage der Wiener Gipfelerklärung aufgearbeitet. Die Überprüfung der Fortschritte wird am nächsten Gipfeltreffen im Mai 2008 in Lima erfolgen.

*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union***9.2.2. Beziehungen zu MERCOSUR, Zentralamerika, der Andengemeinschaft, Mexiko und Chile sowie zum CARIFORUM**

Die EU führt regelmäßig spezialisierte Treffen mit dem MERCOSUR, Zentralamerika, der Andengemeinschaft, Mexiko und Chile durch. Der V. Gemeinsame Rat **EU-Mexiko** fand in Santo Domingo (Dominikanische Republik) am 19. April statt. Die EU und Mexiko verständigten sich darauf, die Zusammenarbeit in den Bereichen soziale Kohäsion, nachhaltige Wirtschaft und Wettbewerb sowie Bildung und Kultur im Zeitraum 2007-2013 zu verstärken.

Am 17. Dezember fand ein Treffen der **EU mit MERCOSUR** in Montevideo (Uruguay) statt, bei dem die Verpflichtung zur verstärkten Zusammenarbeit in politischen Fragen sowie Handels- und Wirtschaftsfragen bekräftigt wurde. Zudem wurde eine gemeinsame Deklaration über das Regionale Indikativprogramm 2007-2013 unterzeichnet. Die 1999 begonnenen Verhandlungen zwischen der EU und MERCOSUR über ein Assoziationsabkommen wurden im Oktober 2004 wegen fehlender Einigung auf einen endgültigen Verhandlungsabschluss abgebrochen.

Am 14. Juni wurden die Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen der **EU mit der Andengemeinschaft** mit dem Ziel aufgenommen, ein die ganze Bandbreite der vielschichtigen Beziehungen umfassendes Abkommen abzuschließen. Die erste Verhandlungsrunde fand in Bogotá (Kolumbien) vom 17.-21. September, die zweite in Brüssel vom 10.-14. Dezember statt.

Die EU würdigte beim Außenministertreffen zwischen der EU und Zentralamerika (**SICA**) in Santo Domingo (Dominikanische Republik) am 19. April die Bemühungen Zentralamerikas zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsintegration, insbesondere die Bemühungen im Hinblick auf die Schaffung einer zentralamerikanischen Zollunion. Am 29. Juni begannen in Brüssel die Verhandlungen mit Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua über ein Assoziationsabkommen zwischen der EU und Zentralamerika zur Intensivierung des politischen Dialogs, zur Verbesserung der Zusammenarbeit sowie zur Erleichterung des biregionalen Handels und von Investitionen.

Die mit dem **CARIFORUM** seit 2002 geführten Verhandlungen über ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen wurden im Dezember abgeschlossen.

9.3. Regionale Integrationsforen

Das 31. Gipfeltreffen der **MERCOSUR-Staaten** (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und Venezuela) fand unter uruguayischem Vorsitz in Montevideo (Uruguay) am 18. Dezember statt. Inhaltlich stand nach zweijähriger Verhandlungszeit der Abschluss des Freihandelsabkommens mit

Österreich in der Europäischen Union

Israel im Mittelpunkt. Es ist das erste Freihandelsabkommen, das MERCOSUR mit einem Land außerhalb der Region abschloss.

Die zentralamerikanischen Staaten arbeiten im Rahmen des Zentralamerikanischen Integrationsbündnisses (**SICA**) an einer verstärkten Harmonisierung im Wirtschaftsbereich. Das auf dem 31. Gipfeltreffen in Guatemala-Stadt am 12. Dezember unterzeichnete Rahmenabkommen über eine zentralamerikanische Zollunion bedeutet eine weitere Vertiefung ihrer regionalen Integration.

Die Präsidenten der **Andengemeinschaft** (Bolivien, Ecuador, Kolumbien und Peru) traten in Tarija (Bolivien) am 14. Juni zu einem Gipfeltreffen zusammen und beschlossen die Aufnahme von Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen mit der EU.

Auf dem 28. Gipfeltreffen des **CARICOM** in Needham's Point (Barbados) vom 1.-4. Juli wurde vor allem die verstärkte regionale Zusammenarbeit in den Bereichen Gesundheit, Bildungswesen und Katastrophenmanagement erörtert. Die Regierungschefs bekräftigten ihre Absicht, am Zieldatum 2015 für die volle Operationsfähigkeit des CARICOM-Binnenmarkts und -Wirtschaftsraums (CSME) festhalten zu wollen, und beschlossen den CARICOM-Entwicklungsfonds (CDF).

Die 37. Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (**OAS**) fand in Ciudad de Panama vom 3.-5. Juni statt. Die Mitgliedstaaten stellten dabei ihre nationale energiepolitischen Agenda sowie ihre Bemühungen zur Erschließung alternativer Energiequellen vor. Die karibischen Inselstaaten betonten besonders die negativen Folgen des Klimawandels und forderten neue internationale Finanzierungsmechanismen zur Überwindung der dadurch verursachten Probleme.

Das **17. Iberoamerikanische Gipfeltreffen** fand in Santiago de Chile vom 8.-10. November statt. Der Gipfel stand im Zeichen sozialer Kohäsion. Am Rande des am 16. April tagenden Südamerikanischen Energiegipfels auf der Isla Margerita (Venezuela) wurde die bisherige Südamerikanische Gemeinschaft offiziell in Union Südamerikanischer Nationen (**UNASUR**) umbenannt. Die Namensänderung soll das langfristige Ziel der Schaffung eines umfassend integrierten südamerikanischen Raums verdeutlichen.

10. Afrika südlich der Sahara

10.1. Allgemeine Entwicklungen

Die politische Lage in Afrika war von stark divergierenden Entwicklungen gekennzeichnet. In einer Reihe von Konflikten wurden nur wenige Fortschritte erzielt; als stabil eingeschätzte Staaten wie Kenia erfuhren eine tiefgreifende Krise. Hingegen konnten einzelne Konflikte wie in Norduganda und Côte d'Ivoire entschärft werden. In zahlreichen Ländern fanden zum Teil nicht unumstrittene Wahlen statt: Burkina Faso, Gambia, Kenia,

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

Republik Kongo, Lesotho, Madagaskar, Mali, Nigeria, Senegal, Sierra Leone und Togo. Der EU-Afrika-Gipfel trug der deutlich gestiegenen geostrategischen Bedeutung von Subsahara-Afrika Rechnung.

10.2. Entwicklungen in den Regionen

10.2.1. Das Horn von Afrika und Zentralafrika

Der mit dem Abkommen von Algier vom Dezember 2000 eingeleitete und seit Jahren stagnierende Friedensprozess im Grenzkonflikt zwischen **Äthiopien und Eritrea** nahm am 30. November eine neue Wendung. Beide Staaten hatten der Grenzziehung durch die Grenzkommission für Äthiopien und Eritrea (EEBC) grundsätzlich zugestimmt. Während Eritrea auch eine „virtuelle“ Grenzziehung mittels GPS-Koordinaten akzeptierte, betrachtete Äthiopien diese Vorgangsweise jedoch als völkerrechtswidrig und verlangte eine Demarkation am Boden. Ein möglicher militärischer Konflikt zwischen Äthiopien und Eritrea blieb jedoch aus.

Die äthiopisch-eritreischen Spannungen wurden mit dem Einmarsch Äthiopiens in **Somalia** Ende 2006 zur Unterstützung der Föderalen Übergangsregierung (TGF) und der eritreischen Unterstützung für die somalische Opposition weiter verschärft. Die Aufstellung der mit Resolution 1725 (2006) des VN-SR autorisierten afrikanischen Friedenstruppe verzögerte sich. Die Abhaltung des „Nationalen Versöhnungskongresses“ in Mogadischu blieb ohne Ergebnisse. Mehrere somalische Oppositions- und Widerstandsgruppen, darunter die Union Islamischer Gerichte (UIC), hielten mit eritreischer Unterstützung ein Treffen in Asmara im September ab.

Im **Sudan** dauerte der Konflikt in der Krisenregion Darfur weiter an. Die Umsetzung des Friedensvertrags mit dem Südsudan stockte. Am 11. Oktober zog sich die südsudanesische Bewegung „Sudanesische Volksbefreiungsbewegung“ (SPLM) wegen der mangelhaften Umsetzung des umfassenden Friedensabkommens und ungeklärter Grenzfragen aus der Einheitsregierung zurück. Nach intensiven Verhandlungen kehrten die südsudanesischen Minister vor Jahresende wieder in die Regierung zurück. In der Region Darfur läuft die Stationierung der mit Resolution 1769 (2007) des VN-SR einstimmig autorisierten rund 26.000 SoldatInnen umfassenden UNAMID nur langsam an. Die Darfur-Friedensgespräche mit den verschiedenen Rebellengruppen unter Vermittlung von VN und AU scheiterten am Nichtzustandekommen einer gemeinsamen Verhandlungsposition der zersplitterten Rebellengruppen.

Im **Tschad** verschärfte sich die Lage der Flüchtlinge aus Darfur; die Zahl der Binnenvertriebenen stieg an. In dem von der EU unterstützten internen politischen Dialog wurde mit einem von 82 politischen Parteien unterzeichneten Abkommen vom 13. August ein Durchbruch erzielt. Im September unterzeichneten sämtliche bewaffnete Rebellengruppen unter libyscher und sudanesischer Vermittlung Friedensabkommen mit der Regierung des

Österreich in der Europäischen Union

Tschads. Die Brüchigkeit dieser Abkommen zeigte sich aber schon im Dezember, als zwei der Rebellengruppen vom sudanesischen Territorium aus operierend einen Angriff auf den Tschad unternahmen. Zur Sicherung der Flüchtlingslager beschloss der VN-SR mit Resolution 1778 (2007) als flankierende Maßnahme zu UNAMID die Errichtung von MINURCAT und autorisierte die EU, im Osten Tschads sowie im Nordosten der Zentralafrikanischen Republik Truppen zu stationieren (siehe auch Kapitel A.IV.1.2.1.).

10.2.2. Das südliche Afrika

Südafrika setzte seine Friedensbemühungen in Afrika fort und wurde von der VN-GV im Oktober zum nichtständigen Mitglied des VN-SR gewählt. Am 18. Dezember wurde Jacob Zuma Vorsitzender des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC).

Die politische und wirtschaftliche Krise in **Simbabwe** vertiefte sich weiter. Die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) betraute im März den südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki mit einer Vermittlungsmission zur Etablierung eines innenpolitischen Dialogs zwischen Regierung und Opposition, in dessen Rahmen Präsident Mbeki im September eine Einigung zwischen der Regierung und beiden Oppositionsfraktionen herbeiführen konnte. Hoffnungen der Opposition auf eine neue Verfassung, liberale Sicherheits- und Polizeigesetze, eine Demokratisierung der Mediengesetzgebung und eine Deeskalation der Gewalt gegenüber der Opposition erfüllten sich jedoch nicht.

Die Parlamentswahlen auf **Madagaskar** vom 12. September führten zu einem klaren Sieg der Partei „Ich liebe Madagaskar“ (TIM) von Staatspräsident Marc Ravalomanana.

10.2.3. Region der Großen Seen

In der **Demokratischen Republik Kongo** blieb die innenpolitische Lage trotz der erfolgreichen Abhaltung von Parlaments- und Präsidentenwahlen im Juli bzw. Oktober 2006 instabil. Militärische Auseinandersetzungen zwischen diversen Rebellen- und Milizengruppierungen und der kongolischen Nationalarmee im Ostkongo ließen die Zahl der Binnenvertriebenen auf rund 800.000 Personen steigen. Die Staatspräsidenten der Demokratischen Republik Kongo und Ugandas unterzeichneten am 8. September ein Abkommen in Arusha (Tansania), worin die Nichtunterstützung bewaffneter Verbände, insbesondere der „Widerstandsarmee des Herrn“ (LRA), die Demarkation der Grenze sowie die gemeinsame Nutzung der Ölfelder im Grenzgebiet geregelt sind. Anfang November vereinbarten die Demokratische Republik Kongo und Ruanda in einem Abkommen gemeinsame Schritte zur Entmilitarisierung diverser Milizen, vor allem der ruandischen Hutu-Rebellenbewegung „Demokratische Kräfte für die Befreiung Ruandas“ (FDLR). Dieses Abkommen beinhaltet auch eine Zusage Ruandas, die

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

gemeinsame Grenze zur Demokratischen Republik Kongo besser zu kontrollieren.

In **Uganda** konnten im seit 2006 laufenden Verhandlungsprozess zwischen Regierung und LRA Teilabkommen über eine umfassende Lösung sowie über Rechenschaft und Versöhnung erzielt werden. Kernelemente sind der vom IStGH erlassene Haftbefehl gegen fünf LRA-Führer bzw. eine alternative Strafverfolgung nach ugandischem Recht für die von der LRA begangenen Verbrechen.

In **Burundi** konnte Präsident Pierre Nkurunziza am 14. November eine lange innenpolitische Krise beilegen, indem er entsprechend der Verfassung den beiden Oppositionsparteien mehr Ministerposten zugestand. Das im September 2006 mit der letzten noch kämpfenden Rebellengruppe „Nationale Befreiungskräfte“ (Palipehutu-FNL) unterzeichnete Waffenstillstandsabkommen wurde nicht umgesetzt. Im Juli zogen sich die Palipehutu-FNL von den Verhandlungen in Bujumbura mit der Begründung zurück, dass der südafrikanische Sicherheitsminister in seiner Rolle als Vermittler nicht unparteiisch agiert habe.

10.2.4. Ostafrika

In **Kenia** kam es im Vorfeld der am 27. Dezember abgehaltenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zu einem Umbruch der Parteienlandschaft. Auf der Oppositionsseite kam es zu einer Spaltung der Orangen Demokratischen Bewegung (ODM); auf der Regierungsseite wurde mit der Partei der Nationalen Einheit (PNU) eine neue Allianz mehrerer Parteien mit dem Ziel der Wiederwahl von Präsident Mwai Kibaki gegründet. Die Wahlen verliefen zunächst friedlich. Als die kenianische Wahlkommission nach einer verzögerten Stimmenauszählung den amtierenden Präsidenten Kibaki am 30. Dezember mit 46,7% der abgegebenen Stimmen offiziell zum Sieger erklärte, sprach der zweitplatzierte Kandidat Raila Odinga von Wahlbetrug und erkannte das Ergebnis nicht an. Laut der EU-Wahlbeobachterkommission unter der Leitung von Alexander Graf Lambsdorff entsprachen die Präsidentschaftswahlen nicht den regionalen und internationalen Standards. In Nairobi und weiteren Teilen Kenias brachen in der Folge blutige Unruhen mit mehreren hundert Todesopfern aus.

Auf den **Komoren** verschärften sich die seit Jahren dauernden Spannungen um Anjouan, einer der drei Hauptinseln des Archipels. Auslöser für die Krise waren unterschiedliche rechtliche Auffassungen zwischen der Unionsregierung und der Regionalregierung von Anjouan über die Mandatsdauer des Regionalpräsidenten Mohamed Bacar. In der Folge ließ dieser am 10. Juni verfassungswidrig Wahlen durchführen und sich mit angeblich 90% der Stimmen im Amt bestätigen. Dieses Ergebnis wurde weder von der Unionsregierung noch von der AU anerkannt. Am 10. Oktober beschloss der Friedens- und Sicherheitsrat der AU die Verhängung von Sanktionen,

Österreich in der Europäischen Union

darunter ein Einreiseverbot für VertreterInnen der illegalen Regierung von Anjouan, ein Einfrieren aller Geldanlagen sowie die Überwachung der See- und Luftfahrtswege von und nach Anjouan. Die EU trägt auf Ersuchen der AU diese Sanktionen mit.

10.2.5. Westafrika

Das regionale Ministertreffen mit der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) zum Thema „Frieden und Sicherheit in Westafrika – Welche Rolle für die Gemeinsame EU-Afrika-Strategie?“ in Ouagadougou (Burkina Faso) Anfang November erörterte Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich Frieden und menschlicher Sicherheit. Es wurde von **Österreich und Burkina Faso** im Vorfeld des EU-Afrika-Gipfels veranstaltet und stand unter dem gemeinsamen Vorsitz von Bundesministerin Ursula Plassnik und dem Außenminister Burkina Fasos Djibrill Bassolé.

In **Guinea** kam es nach Ausrufung eines Generalstreiks zu schweren Unruhen. Vermittlungsbemühungen der ECOWAS führten zur Entschärfung der Situation, doch blieb die Lage auch nach der Ernennung von Lansana Kouyaté zum neuen Premierminister mit erweiterten Vollmachten angespannt. Die ursprünglich für Juli angesetzten Parlamentswahlen wurden auf 2008 verschoben.

Das in **Côte d'Ivoire** von Präsident Laurent Gbagbo mit Rebellenchef Guillaume Soro am 4. März unterzeichnete Übereinkommen von Ouagadougou brachte eine Weichenstellung für eine mögliche Lösung im jahrelangen Konflikt. Die Trennung des Landes in einen von den Rebellen der „Forces Nouvelles“ (Neue Kräfte) kontrollierten Norden und einem regierungstreuen Süden wurde formell beendet. Durch die Bestellung Soros zum Premierminister am 29. März trat eine deutliche Verbesserung des politischen Klimas ein. Dennoch blieb die Lage im Land generell instabil. Die wegen der seit 2002 dauernden Krise wiederholt verschobenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sollen 2008 stattfinden.

In **Nigeria** fanden Präsidentschaftswahlen im April statt, aus denen Umar Musa Yar'adua als überragender Sieger hervorging. Das Wahlergebnis wurde von verschiedenen Seiten angefochten. Die Unruhen im Niger-Delta dauerten an und beeinflussten den internationalen Ölpreis.

In **Guinea-Bissau** konnte die seit 2005 bestehende Regierungskrise nach einem Kompromiss mit den drei wichtigsten Oppositionsparteien und einer Regierungsumbildung im März beendet werden. Planungen für eine EU-Mission zur Unterstützung der Regierung im Bereich Sicherheitssektorreform schritten voran. Das Mandat des Büros der VN zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau (UNOGBIS) wurde bis Jahresende verlängert.

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

Die Situation in **Liberia** stabilisierte sich weiter. Der VN-SR einigte sich auf eine Verringerung der seit 2003 stationierten Mission der VN in Liberia (UNMIL). In den Niederlanden wurde vor dem Sondergericht für Sierra Leone der Prozess gegen den früheren Präsidenten Liberias Charles Taylor wegen zahlreicher Kriegsverbrechen aufgenommen.

Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in **Mali** und im **Senegal** wurden die beiden Staatschefs Amadou Toumani Touré bzw. Abdoulaye Wade in ihrem Amt bestätigt. In **Burkina Faso** und in **Gambia** brachten die Ergebnisse der Parlamentswahlen eine deutliche Stärkung der Regierungslager. Zu einem Machtwechsel kam es nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in **Sierra Leone**, welche die bisherige Opposition „All Peoples Congress“ (APC) unter ihrem neuen Parteiführer Ernest Bai Koroma an die Regierung brachte. Parlamentswahlen in **Togo** im Oktober verliefen ohne Zwischenfälle. Nach einem langjährigen Boykott übernahm die Opposition erstmals wieder politische Funktionen.

Die EU einigte sich mit **Kap Verde** im Rahmen des Cotonou-Abkommens auf eine Sonderpartnerschaft, welche die Grundlage für eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen gute Regierungsführung, Sicherheit und Stabilität, regionale Integration, technologische Standards, Wissensgesellschaft, Armutsminderung und Entwicklung bildet. Am 31. Dezember endete für Kap Verde der bisherige Status als eines der am wenigsten entwickelten Länder (LDC).

Bei den Parlamentswahlen in der **Republik Kongo** gewann die herrschende Kongolesische Arbeitspartei (PCT) und ihre Alliierten 124 der 137 Sitze. Ablauf und Ergebnis der Wahlen waren umstritten.

Ghana übte den Vorsitz in der AU aus und nahm in dieser Eigenschaft an Vermittlungsmissionen teil.

10.3. Beziehungen mit der EU

Vor dem Hintergrund des verstärkten Engagements in Afrika stellte der nach Kairo im Jahr 2000 **zweite EU-Afrika-Gipfel** in Lissabon am 8. und 9. Dezember eines der wichtigsten außenpolitischen Vorhaben der EU dar. Mit der Verabschiedung der Gemeinsamen Strategie, dem bis 2010 ausgelegten Aktionsplan und der Erklärung von Lissabon wurde eine verstärkte Zusammenarbeit auf allen Ebenen zwischen der EU und Afrika als gleichwertige strategische Partner begründet.

Die Gemeinsame Strategie baut auf vier Pfeilern auf: Friede und Sicherheit, gute Regierungsführung und Menschenrechte, Handel und regionale Integration sowie Schlüsselfragen der Entwicklung, etwa Umweltschutz und Klimawandel, Migration, Landwirtschaft, Infrastruktur, Wasser und Energie. Darüber hinaus wird in der Strategie die Entwicklungszusammenarbeit in den Rahmen von Frieden und Sicherheit und in Beziehung zu Menschenrechten und Demokratie gestellt. Die historische Bedeutung des Gipfels lag

Österreich in der Europäischen Union

auch im Umstand, dass erstmals seit mehr als sieben Jahren die VertreterInnen Europas und Afrikas auf höchster Ebene zusammentrafen.

Am 31. Dezember lief die Ausnahmeregelung der WTO für die auf dem Cotonou-Abkommen beruhenden EU-Handelspräferenzen für 77 Staaten Sub-Sahara-Afrikas, der Karibik und der Pazifik-Region aus. Mit vier afrikanischen Regionen (Westafrika, Zentralafrika, Östliches/Südliches Afrika, Südliches Afrika/SADC) wurden interimistische Handelsverkehrsabkommen vereinbart, die den weitgehend freien Marktzugang für Waren bis zum Abschluss von umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (**EPA**) regeln sollen. EPA umfassen neben dem Warenverkehr auch Dienstleistungen, Investitionen und handelsrelevante Bestimmungen. Von vielen afrikanischen Ländern werden die EPA weiterhin mit Skepsis gesehen, da sie die wirtschaftlichen Auswirkungen noch nicht abschätzen können. Der senegalesische Präsident Abdoulaye Wade rief die EU auf, einen anderen Weg einzuschlagen. Einzig die Ostafrikanische Gemeinschaft unterzeichnete mit der EU im Dezember ein Partnerschaftsabkommen (siehe auch Kapitel D.III.2.).

10.4. Regionale Integrationsforen

Auf dem am 20. August in Arusha (Tansania) abgehaltenen Gipfel der Ostafrikanischen Gemeinschaft (**EAC**) wurden Burundi und Ruanda als vollwertige Mitglieder aufgenommen sowie die Etablierung eines gemeinsamen Markts und einer einheitlichen Währung bis zum Jahr 2012 beschlossen.

Der 8. Gipfel der Afrikanischen Union (**AU**) in Addis Abeba (Äthiopien) am 29. und 30. Januar war den Schwerpunkten Wissenschaft und Technik sowie Klimawandel gewidmet. Die Kandidatur des sudanesischen Staatsoberhauptes Omar Hassan Ahmed al-Bashir wurde wegen dessen Politik in Darfur wie im Jahr zuvor übergangen und der ghanaische Präsident John Kufuor zum Vorsitzenden gewählt. Der 9. Gipfel in Accra (Ghana) vom 1. bis 3. Juli war der Debatte über das vom libyschen Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi lancierte Projekt „African Union Government“ (Afrikanischer Bundesstaat) gewidmet und mündete in die „Erklärung von Accra“. Österreich nahm an beiden Gipfeln mit einer Beobachterdelegation teil. Ein österreichischer Offizier war bis 2. Dezember als Rechtsberater der AMIS/Darfur Integrated Task Force in Addis Abeba eingesetzt.

Die **Internationale Konferenz der Großen-Seen-Region** hielt in Bujumbura (Burundi) am 3. und 4. Mai ein außerordentliches Treffen ihres Interministeriellen Komitees ab. Das ordentliche Interministerielle Treffen in Nairobi am 8. und 9. November widmete sich einer Bestandsaufnahme über die Umsetzung des 2006 anlässlich des zweiten Großen-Seen-Gipfels unterzeichneten Pakts über Sicherheit, Stabilität und Entwicklung.

Der Gemeinsame Markt für das Östliche und Südliche Afrika (**COMESA**) hielt in Nairobi (Kenia) vom 22. bis zum 23. Mai einen Gipfel mit dem Titel

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

„Deepening Regional Integration for Diversification and Value Addition“ (Die regionale Integration für Diversifikation und Mehrwert vertiefen) ab. Kenia übernahm auf dem Gipfel die Präsidentschaft von COMESA. Wichtigstes Ergebnis war die Einigung auf die Einführung einer Zollunion ab Dezember 2008 mit erheblich verringerten Zöllen bzw. Zollfreiheit für gewisse Produktgruppen.

Die Staats- und Regierungschefs der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung (**IGAD**) hielten am 28. Jänner in Addis Abeba ein Treffen zur Krise in Somalia ab. In einer gemeinsamen Erklärung begrüßten sie die Schaffung der Mission der AU in Somalia (AMISOM) und sprachen sich für eine Intensivierung des politischen Dialogs zwischen den beteiligten Parteien aus. Am 12. Juli kam es zu einem hochrangigen Treffen zwischen IGAD und EU im Troika-Format, dem ersten seit 2003. Dabei wurden vor allem die EU-Afrika-Strategie und die EU-Regionalstrategie für Frieden, Sicherheit und Entwicklung am Horn von Afrika erörtert.

Die erneuerte Zusammenarbeit zwischen der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (**SADC**) und den Entwicklungspartnern wurde im Rahmen der Weiterverfolgung der Konsultativkonferenz in Windhoek (Namibia) 2006 konkretisiert. Für die fünf vorrangigen Themen – Handel, Transport und Energie, Friede und Sicherheit, Landwirtschaft und Wasser, HIV/AIDS – wurden thematische Gruppen eingerichtet. Österreich nimmt in den thematischen Gruppen zu Transport und Energie teil. Der SADC-Gipfel in Lusaka (Sambia) im August stand im Zeichen der Infrastruktur-entwicklung. Der sambische Präsident Levy Patrick Mwanawasa übernahm den einjährigen SADC-Vorsitz. Der Präsident Angolas José Eduardo dos Santos wurde Vorsitzender des Organs für Politik, Verteidigung und Sicherheitszusammenarbeit.

Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (**ECOWAS**) und die EU erörterten auf dem 12. Ministertreffen im Troika-Format in Ouagadougou (Burkina Faso) am 11. Oktober die Themen Migration, Bekämpfung von Menschen- und Drogenhandel, Frieden und Sicherheit, demokratische Konsolidierung in der Region und EPA-Verhandlungen.

11. Asien

11.1. Allgemeine Entwicklungen

Die Bedeutung Asiens nahm nicht zuletzt aufgrund des beträchtlichen Wirtschaftswachstums einer Vielzahl der Länder dieser Region weiter zu. Aufgrund ihres wirtschaftlichen und politischen Gewichts wurden die Staaten Asiens bei der Bewältigung globaler Herausforderungen zu unverzichtbaren Verantwortungsträgern. Umwelt, Klimawandel und Energie stehen im Dialog mit den Ländern Asiens zunehmend im Vordergrund.

Österreich in der Europäischen Union

11.1.1. Nordost-Asien

Das außenpolitische Handeln der **Volksrepublik China** entwickelte sich in den vergangenen Jahren deutlich in Richtung Stabilität und Kontinuität. Die Beziehungen zu den USA, zu Europa sowie zu den meisten Nachbarn Chinas wurden intensiviert. Dies führte unter anderem zu einer spürbaren Entspannung der Beziehungen zu Japan. Gleichzeitig stiegen mit dem wachsenden Einfluss Chinas als Wirtschaftsmacht auch dessen außenpolitische Herausforderungen. Peking ist um eine Stärkung des Konzepts der Multipolarität bestrebt und sieht sich als Wahrer der Interessen der Dritten Welt.

Die seit 2003 bestehende strategische Partnerschaft EU-China soll durch ein in Verhandlung stehendes Partnerschafts- und Kooperationsabkommen eine neue rechtliche Grundlage erhalten. Die EU wurde zum größten Handelspartner und Investor der weltweit viertgrößten Wirtschaftsmacht. Zur selben Zeit positionierte sich China als nach den USA zweitgrößter Handelspartner der EU. Die engen Handelsbeziehungen waren vom wachsenden Handelsbilanzdefizit der EU gegenüber China überschattet. Dieser Umstand wird allgemein auf den unterbewerteten chinesische Yuan zurückgeführt. Diese Frage wurde auf dem EU-China-Gipfel in Peking im November, an dessen Rande erstmals auch die Spitze der EURO-Gruppe mit dem chinesischen Notenbankchef und Finanzminister zusammentraf, als eines der prioritären Themen erörtert. Die EU unterhält mit China einen regelmäßigen Menschenrechtsdialog (siehe Kapitel G.II.2.).

Die Spannungen zwischen China und der Führung **Taiwans**, der von China vorgeworfen wird, die Insel vom Mutterland abtrennen und in die Unabhängigkeit führen zu wollen, blieben bestehen. Ungeachtet dessen florieren die wirtschaftlichen Beziehungen der Volksrepublik China mit Taiwan.

Ein Schwerpunkt der Außenpolitik **Japans** war die weitere Verbesserung der politischen Beziehungen zu China, die durch den Besuch von Premierminister Shinzo Abe in China im Oktober 2006 einen neuen Aufschwung genommen hatten. Diese Entwicklung wurde durch einen Gegenbesuch von Premierminister Wen Jiabao in Tokio im April weiter verstärkt. Premierminister Yasuo Fukuda besuchte China nach seiner Amtsübernahme im Dezember. Die Allianz mit den USA bleibt der Kern der japanischen Sicherheitspolitik. Vor dem Hintergrund der nordkoreanischen Raketenstarts wurden die gemeinsamen sicherheitspolitischen Anstrengungen verstärkt, insbesondere bei der Entwicklung eines gemeinsamen Raketenabwehrsystems. Der Einsatz der japanischen Tankschiffe im Indischen Ozean zur Unterstützung der „Operation Enduring Freedom“ (Operation dauerhafte Freiheit) wurde verlängert.

Im Zentrum der außenpolitischen Aktivitäten der **Republik Korea** standen die Bemühungen um eine Friedenslösung auf der koreanischen Halbinsel. Die bilateralen Beziehungen zwischen Süd- und Nordkorea (so genannter

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

innerkoreanischer Dialog) entwickelten sich positiv und dynamisch. Den Höhepunkt bildete das nach dem historischen Gipfel im Juni 2000 bislang zweite Gipfeltreffen zwischen Präsident Roh Moo-hyun und dem Vorsitzenden der Nationalen Verteidigungskommission Kim Jong Il in Pjöngjang am 4. Oktober.

Zu einer Entspannung kam es in der Nuklearkrise, welche von der **Demokratischen Volksrepublik Korea** 2006 durch einen erstmaligen Atomtest und einen anschließenden Raketentest ausgelöst worden war, und zur Verhängung von Sanktionen durch den VN-SR – mit Zustimmung Chinas – geführt hatte. Im Rahmen der Sechs-Parteien-Gespräche zwischen China, Japan, der Demokratischen Volksrepublik Korea, der Republik Korea, Russland und den USA wurde im Februar eine Einigung betreffend die „anfänglichen Schritte zur Umsetzung der Gemeinsamen Erklärung“ erzielt. Der Zeitplan für Energielieferungen an Nordkorea im Austausch für die Außerbetriebsetzung der Nuklearanlagen bis Ende Dezember konnte aus logistischen Gründen nicht eingehalten werden.

Für die **Mongolei** gewinnen die Beziehungen zu den Staaten im asiatischen und pazifischen Raum wie zu Japan und den USA sowie zur EU an Bedeutung. Dessen ungeachtet bleibt die Pflege der Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarn Russland und China prioritär. Die Nutzung des Potenzials an mineralischen Stoffen und Energieträgern lässt den Aufstieg der Mongolei zu einem wichtigen Produzentenland für Bergbauerzeugnisse erwarten.

11.1.2. Afghanistan

In **Afghanistan** konnte ISAF gemeinsam mit afghanischen Streitkräften erhebliche Erfolge in ihrem Kampf gegen die fundamentalistischen Taliban verzeichnen. Die Taliban änderten in der Folge ihre Taktik von der offenen militärischen Konfrontation auf vermehrte Selbstmordattentate. Mitte August fand in Kabul eine große afghanisch-pakistanische „Friedens-Jirga“ (traditionelle Stammesversammlung) statt, an welcher die Präsidenten beider Länder und 650 Delegierte aus dem afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet teilnahmen.

11.1.3. Süd- und Südostasien

Die Situation in **Pakistan** war von zunehmenden innenpolitischen Spannungen gekennzeichnet. Die Wiederkandidatur von Präsident Pervez Musharraf für das höchste Amt im Staat stieß auf starken Widerstand. Präsident Musharraf rief am 3. November zur Verhinderung einer möglichen Beeinspruchung seiner Wiederkandidatur durch den Obersten Gerichtshof den Ausnahmezustand aus. Nach seiner Wiederwahl durch das Parlament am 6. November hob er diesen am 16. Dezember auf. In den nordwestlichen Grenzgebieten zu Afghanistan kam es häufig zu offenen Kampfhandlungen

Österreich in der Europäischen Union

zwischen fundamentalistischen Talibankämpfern und pakistanischen Sicherheitskräften bzw. Armeeeinheiten. Diese Kämpfe forderten hunderte Todesopfer. Gleichzeitig wurden im ganzen Land wiederholt Terroranschläge verübt. Diese kulminierten im Juli in einer Militäraktion zum Sturm der Roten Moschee in Islamabad, die zuvor monatelang von bewaffneten Extremisten besetzt worden war. Am 27. Dezember wurde die Vorsitzende der größten pakistanischen Oppositionspartei „PPP“ Benazir Bhutto in Rawalpindi durch einen Selbstmordanschlag getötet.

Der Entspannungsprozess zwischen **Indien und Pakistan** erwies sich als stabil und dauerhaft. Am 18. Oktober fand die 4. Runde des strukturierten Dialogs in New Delhi statt. Die **EU und Indien** konnten bei der Umsetzung des Gemeinsamen Aktionsplans Fortschritte erzielen und die seit 2004 bestehende Strategische Partnerschaft weiter vertiefen. Beim 8. EU-Indien-Gipfel in New Delhi am 30. November standen auch Fragen der Energie im Mittelpunkt. Der zweite hochrangige Sicherheitsdialog zwischen der EU und Indien, der während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft am 22. Mai 2006 erstmals abgehalten worden war, fand in Berlin am 2. Mai statt. Am 23. April beschloss die EU die Aufnahme von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen. Mit der Wahl von Pratibha Patil zur neuen Staatspräsidentin im Juni übernahm erstmals eine Frau das höchste Amt im Staat.

In **Bangladesch** war seit Jänner eine vom Militär gestützte Übergangsregierung auf Grundlage einer Ausnahmeverordnung im Amt.

In **Bhutan** setzte der neue König Jigme Khesar Namgyel Wangchuck den von seinem Vater Jigme Singye Wangchuck konsequent vorbereiteten Demokratisierungsprozess fort. Für März 2008 sind Wahlen geplant.

In **Nepal** kam es zu Verzögerungen bei der Umsetzung des am 21. November 2006 nach mehr als zehn Jahren Bürgerkrieg geschlossenen Friedensabkommens und des 8-Punkte-Abkommens zwischen der Regierung und den Maoisten. Die ursprünglich für 22. November angesetzten Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung, die über die künftige Staatsform Nepals und das Schicksal des Königs entscheiden soll, wurde für 10. April 2008 vorgesehen.

Die Friedensbemühungen in **Sri Lanka** scheiterten. Das Waffenstillstandsabkommen von 2002 zwischen der Regierung und den Befreiungstigern von Tamil Eelam (LTTE) war in den letzten beiden Jahren zunehmend brüchig geworden. Nach der Rückeroberung des Ostens des Landes strebten die Regierung und die Armee die Rückeroberung des LTTE-Kerngebiets im Norden an. Bei einem Angriff der sri-lankischen Luftwaffe Anfang November kam der Führer des politischen Flügels der LTTE S. P. Thamilselvan ums Leben.

Die Bestrebungen zur Wiedereinführung demokratischer Verhältnisse in **Thailand** verliefen weitgehend nach Plan. Am 23. Dezember wurden Par-

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

lamentswahlen abgehalten, bei denen die Partei der Volksmacht (PPP), die Nachfolgepartei der durch Gerichtsbeschluss aufgelösten Partei des ehemaligen Premierministers Thaksin Shinawatra, die stimmenstärkste Partei wurde. Die starke Polarisierung der thailändischen Gesellschaft in Gegner und Anhänger von Thaksin konnte nicht überwunden werden. Die überwiegend muslimischen Südprovinzen wurden von einer Welle der Gewalt heimgesucht.

Die wirtschaftliche und innenpolitische Lage in **Myanmar** verschlechterte sich weiter. Bei der Auflösung friedlicher Demonstrationen im September, an denen auch tausende Mönche teilnahmen, schritt das Militärregime mit aller Härte ein. Es gab zahlreiche Tote. Die EU verschärfte daraufhin ihre Sanktionen. Die Bemühungen des Sonderberaters der VN Ibrahim Gambari um eine Entspannung der Lage wurden durch Piero Fassino unterstützt, der am 6. November zum Sondergesandten der EU für Myanmar ernannt worden war.

Malaysia führt bis März 2008 den Vorsitz der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) und setzte in dieser Eigenschaft den politischen Schwerpunkt auf eine Lösung des Nahostkonflikts. In wirtschaftspolitischer Hinsicht bemühte sich Malaysia um eine Unterstützung der ärmeren OIC-Länder im Rahmen des von Malaysia und Pakistan initiierten World Islamic Economic Forum.

Seit dem Ende des autoritären Militärregimes des Langzeitpräsidenten General Haji Mohamed Suharto im Jahr 1998 verläuft der Prozess der Demokratisierung in **Indonesien** viel versprechend. Insbesondere im Bereich der Medienfreiheit konnten bedeutende Fortschritte erzielt werden. Der Friedensprozess in der vom Tsunami 2004 besonders betroffenen Provinz Aceh mündete im Dezember 2006 in erstmalige freie Wahlen. Yusuf Irawandi, ein früherer Vertreter der Widerstandsbewegung „Bewegung Freies Aceh“ (GAM), trat im Februar sein Amt als Gouverneur von Aceh an. Seit Juli belastet das Flugverbot für indonesische Fluglinien in der EU wegen Sicherheitsmängeln die wechselseitigen Beziehungen.

Nach Unruhen in **Timor-Leste** sorgte die im September 2006 errichtete Integrierte Mission der VN in Timor-Leste (UNMIT) gemeinsam mit ausländischen Truppen für den friedlichen Verlauf der Wahlen im Mai und Juni. José Ramos-Horta wurde im Mai als neuer Präsident angelobt. Der frühere Präsident und Freiheitskämpfer Xanana Gusmao trat im August das Amt des Premierministers an.

Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs dauerten in den **Philippinen** die innenpolitischen Spannungen an. Der 2001 durch einen Volksaufstand gestürzte ehemalige Präsident Joseph Estrada wurde wegen Korruption und illegaler Bereicherung verurteilt, in der Folge jedoch von Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo begnadigt. Eine vom früheren Marineoffizier Antonio Trillanes IV. angeführte Rebellion scheiterte nach nur wenigen Stunden.

Österreich in der Europäischen Union

In **Vietnam** fanden im Mai Wahlen zur Nationalversammlung statt. Innerhalb der Führungstroika entwickelte sich Premierminister Nguyen Tan Dung zur dominierenden Persönlichkeit. Der im Jänner erfolgte Beitritt zur WTO förderte den marktwirtschaftlich orientierten Reformkurs. Nach einer Periode relativer Toleranz wurden im Frühjahr zahlreiche Persönlichkeiten, die sich offen für ein Mehrparteiensystem und für Meinungsfreiheit ausgesprochen hatten, verhaftet und zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Die Verhandlungen über ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Vietnam wurden eröffnet. Vietnam wurde im Herbst erstmals als nichtständiges Mitglied in den VN-SR für den Zeitraum 2008-2009 gewählt.

11.2. Die Partnerschaft EU-Asien

Das Asien-Europa-Treffen (**ASEM**) gewinnt zunehmend an Dynamik. Das 8. ASEM-Außenministertreffen fand in Hamburg am 28. und 29. Mai statt, bei dem erstmals die sechs neuen Mitglieder Bulgarien, Indien, Mongolei, Pakistan, Rumänien und das ASEAN-Sekretariat teilnahmen. Der 3. Interreligiöse Dialog des ASEM-Prozesses fand in Nanjing (China) vom 19. bis 21. Juni statt. Vom 24. bis 26. April wurde ein Umweltministertreffen in Kopenhagen veranstaltet.

Am 22. November wurde in Singapur der **EU-ASEAN-Jubiläumsgipfel** aus Anlass der 30-jährigen Zusammenarbeit veranstaltet. Es konnten eine umfangreiche Gemeinsame Erklärung, einschließlich substanzieller Aussagen zu Myanmar, und ein umfassender Aktionsplan für die künftige Gestaltung der Zusammenarbeit verabschiedet werden. Am 14. und 15. März fand ein EU-ASEAN-Außenministertreffen in Nürnberg statt, bei welchem die so genannte Nürnberger Erklärung verabschiedet wurde. Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit ASEAN wurden aufgenommen.

Die EU wirkt aktiv am ASEAN-Regionalforum (**ARF**) mit, der einzigen ständigen multilateralen Einrichtung, die sich mit Sicherheitsfragen in der asiatisch-pazifischen Region befasst.

11.3. Regionale Organisationen

Die zehn Mitgliedstaaten der **ASEAN** (Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam) feierten das 40-jährige Gründungsjubiläum der Organisation. Zu diesem Jubiläum unterzeichneten sie die ASEAN-Charta, mit der ASEAN eine Rechtspersönlichkeit erhält und die ein regionales Menschenrechtsorgan vorsieht. Fernziel der ASEAN ist die Schaffung einer aus drei Säulen – Sicherheits-, Wirtschafts- und Soziokulturelle Gemeinschaft – bestehenden Asiatischen Gemeinschaft bis 2015. Gipfeltreffen fanden vom 10. bis 13. Jänner in Cebu (Philippinen) und am 20. und 21. November in Singapur statt. Durch die zunehmend engere wirtschaftliche Verflechtung der

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

ASEAN-Staaten mit China, Japan und der Republik Korea entwickelt sich parallel dazu mit ASEAN+3 eine zweite Integrationsebene.

Nach dem ersten Ostasiengipfel (**EAS**) in Kuala Lumpur im Jahre 2005 fand der zweite Gipfel in Cebu am 14. Jänner und das dritte Treffen in Singapur am 21. November statt. Es wurde die „Singapur-Erklärung“ zu Klimawandel, Energie und Umwelt verabschiedet.

Der acht Staaten umfassende Südasiatische Verband für Regionale Zusammenarbeit (**SAARC**) hielt das 6. Gipfeltreffen in New Delhi am 3. und 4. April ab. Die EU nahm erstmals als Beobachter teil.

12. Australien, Neuseeland, Ozeanien

12.1. Australien

Außenpolitische Prioritäten Australiens waren der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, die Festigung der Beziehungen zu den USA sowie die Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen mit China und dem asiatisch-pazifischen Raum. Neben dem engen politischen Dialog mit Japan kam es auch zu einer Verstärkung der Beziehungen mit Indien. Australien ratifizierte nach Bildung der neuen Labour-Regierung unter Premierminister Kevin Rudd das Kioto-Protokoll und setzte damit ein Zeichen für eine aktive Rolle im Klimaschutz. Im Rahmen des regelmäßigen politischen Dialogs zwischen Australien und der EU kam es in Canberra am 25. Juni zu einem Treffen von Außenminister Alexander Downer mit Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik Benita Ferrero-Waldner, bei dem eine Gemeinsame Erklärung zur Festlegung neuer Rahmenbedingungen der künftigen bilateralen Zusammenarbeit unterzeichnet wurde.

12.2. Neuseeland

Neuseelands Schwerpunkte in der Außenpolitik sind ein aktiver Multilateralismus, Klimaschutz, die Sicherung der Absatzmärkte für die vorwiegend landwirtschaftlichen Produkte und die Liberalisierung des Welthandels im Rahmen der WTO-Verhandlungen (Doha-Runde). Neuseeland strebt eine Vertiefung der Beziehungen mit der EU an: Kommissarin Benita Ferrero-Waldner besuchte am 27. und 28. Juni Neuseeland; am 21. September wurde eine Gemeinsame Erklärung über die Beziehungen und künftige Zusammenarbeit in Lissabon unterzeichnet; am 3. Oktober fand ein Treffen zwischen Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Premierministerin Helen Clark in Brüssel statt. Neuseeland intensivierte die Beziehungen zu den USA sowie zum südost- und ostasiatischen Raum. Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit China konnten abgeschlossen wer-

Österreich in der Europäischen Union

den. Die engagierte und um Stabilität bemühte Nachbarschaftspolitik im Südpazifik wurde fortgesetzt.

12.3. Ozeanien

Alle Inselstaaten des Pazifiks gehören der Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP-Staaten) an. Die EU ist mit jährlich mehr als 70 Millionen Euro nach Australien und vor Neuseeland zweitgrößter Entwicklungshilfegeber. Anlässlich des 38. Treffens des Pazifischen Forums in Tonga wurden mit 13 Staaten des Südpazifiks Strategiepapiere im Rahmen des 10. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) unterzeichnet, die insgesamt 276 Millionen Euro für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit in der Region vorsehen. Schwerpunkte sind gute Regierungsführung, Eindämmung der Auswirkungen des steigenden Meeresspiegels, nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, Energieversorgung und Projekte im Gesundheitsbereich. Die Ankündigung der fidschianischen Interimsregierung, mit den Wahlen Anfang 2009 zur Demokratie zurückzukehren, war eines der zentralen Ergebnisse des Pazifischen Forums. Die regionale Zusammenarbeit schritt voran. Die Regionale Unterstützungsmission für die Salomonen (RAMSI) unter der Führung Australiens wurde fortgesetzt.

B. Österreich in anderen europäischen Foren

I. Europäische Sicherheitspolitik

1.1. Der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat und die Partnerschaft für den Frieden

1.2. Entwicklungen innerhalb der NATO

Der NATO-geführte Einsatz in Afghanistan (ISAF), die Beratungen über eine Erweiterung der Allianz und die Zukunft der NATO-Eingreiftruppe (NRF) waren die zentralen Arbeitsbereiche der NATO.

Die Operation **ISAF** wird von der NATO als Testfall für die Glaubwürdigkeit und die militärische Effizienz des Bündnisses gesehen. Die Alliierten messen dabei neben den Einsätzen gegen Einheiten der Taliban und Al Qaida dem Aufbau und der Ausbildung der afghanischen Armee wachsende Bedeutung bei.

Auf ihrem letzten Gipfel 2006 in Riga hatte die NATO angekündigt, beim Gipfeltreffen 2008 in Bukarest **neue Einladungen für einen NATO-Beitritt** auszusprechen. Die südosteuropäischen Staaten Albanien, Kroatien und Mazedonien rechneten mit einer solchen Einladung.

Die **NRF** sollte nach ursprünglichen Plänen aus rund 25.000 SoldatInnen aller Waffengattungen bestehen, doch meldeten die Allianzmitglieder deutlich weniger Truppen ein. Aus diesem Grund soll die Eingreiftruppe auf Kernkapazitäten wie die Einrichtung von Kommandostrukturen und Logistikeinheiten beschränkt werden, denen im Anlassfall weitere Kampftruppen beigestellt werden müssten.

1.3. NATO-Partnerbeziehungen

Neben der **euroatlantischen Partnerschaft** zeigt die NATO zunehmendes Interesse an der Kooperation mit Staaten anderer Weltregionen. Die Allianz arbeitet mit den Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens im Rahmen des **Mittelmeerdialogs** zusammen und sucht nach einem Ausbau ihrer Kooperation mit den Staaten der Golfregion im Rahmen der **Istanbuler Kooperationsinitiative**. Darüber hinaus gewinnen sicherheitspolitische Kontakte mit Staaten in noch weiter entfernten Regionen, den so genannten **Kontaktländern** wie Australien, Neuseeland und Japan, an Bedeutung.

Bezüglich der **Entwicklung und Koordinierung** dieser Kooperationsforen stehen zwei Optionen offen: Verschmelzung aller Programme zu einer umfassenden Partnerschaft oder deren Beibehaltung in ihrem bisherigen Format unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und Stärken jedes einzelnen Partners. **Österreich** tritt für die Beibehaltung des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats und der Partnerschaft für den Frieden wegen ihrer besonde-

Österreich in anderen europäischen Foren

ren Betonung der gemeinsamen Wertebasis für die sicherheitspolitische Zusammenarbeit ein.

1.4. Österreich in der Partnerschaft für den Frieden und im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat

Die aktive Mitwirkung an der euroatlantischen Partnerschaft ist ein Kernelement der österreichischen Sicherheitspolitik. Neben dem Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (**EAPC**) als Ausdruck enger sicherheitspolitischer Interdependenz zwischen Europa und Nordamerika sind für Österreich vor allem die Programme zur Stärkung der Interoperabilität von NATO- und Partnertruppen im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden (**PfP**) von zentraler Bedeutung. Dabei soll den österreichischen Streitkräften die Beteiligung an multinationalen Krisenmanagementeinsätzen nicht nur im Rahmen NATO-geführter Missionen wie ISAF und KFOR, sondern auch an militärischen Operationen im Rahmen der ESVP erleichtert werden. Österreich stellte mit rund 600 SoldatInnen das größte Kontingent eines Partnerstaats im Rahmen der **KFOR** im Kosovo und war mit drei österreichischen Stabsoffizieren im Rahmen der **ISAF** in Afghanistan im Einsatz.

Österreich beteiligte sich darüber hinaus an zwei neuen **PfP-Treuhandfondsprojekten**. In Serbien wird die Umschulung von im Zuge der Armeereform nicht mehr benötigten BerufssoldatInnen mit 500.000 Euro sowie in Jordanien die Zerstörung nicht explodierter Sprengkörper aus den Nahostkriegen und die Vernichtung überzähliger Munitionsbestände mit 35.000 Euro gefördert. Das Projekt in Serbien und Montenegro zur Zerstörung von mehr als 1,3 Millionen Antipersonenminen, welches mit insgesamt 285.000 Euro gefördert wurde und bei dem Österreich 2005 gemeinsam mit Kanada als erster Partnerstaat die Leitung eines PfP-Treuhandfondsprojekts übernommen hatte, wurde erfolgreich abgeschlossen.

2. Die Westeuropäische Union

Trotz der Beschränkung der Westeuropäischen Union (**WEU**) auf die Wahrnehmung einiger weniger Restfunktionen seit 2001 bleibt der WEU-Gründungsvertrag mit seiner militärischen Beistandspflicht de jure ebenso aufrecht wie der Status der WEU-Beobachterstaaten, darunter Österreich. Die parlamentarische Zusammenarbeit im Rahmen der WEU-Versammlung, zu der auch Österreich VertreterInnen entsendet, wurde daher fortgesetzt.

3. Die Diskussion über US-Raketenabwehrbasen in Europa

Die geplanten US-amerikanischen Raketenabwehrbasen in Polen und Tschechien waren vor allem nach den sehr kritischen Äußerungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin bei der Münchner Konferenz für Si-

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

cherheitspolitik im Februar Gegenstand europaweiter Diskussionen. Angesichts von Sorgen in der österreichischen Öffentlichkeit und der großen strategischen Bedeutung trat Österreich für einen sachlichen und offenen Meinungs- und Informationsaustausch unter allen Beteiligten – auch auf EU-Ebene – ein und brachte das Thema sowohl unter den EU-Außen- als auch VerteidigungsministerInnen auf. Die diesbezüglichen Verhandlungen zwischen den USA und Polen bzw. Tschechien sowie die Beratungen zwischen den USA und Russland dauerten an.

II. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

1. Einleitung

Die OSZE stand im Zentrum einer grundsätzlichen Debatte über die in den 90er-Jahren geschaffenen Grundlagen der europäischen Sicherheitsarchitektur. Bedeutsam war die Ankündigung Russlands, den unter der Schirmherrschaft der OSZE verhandelten Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) beginnend mit 12. Dezember zu suspensieren.

Dem spanischen OSZE-Vorsitz gelang die Verabschiedung einer Reihe wichtiger Beschlüsse, darunter die Entscheidung, zwischen den Vorsitzen von zwei EU-Mitgliedstaaten, Griechenland im Jahr 2009 und Litauen im Jahr 2011, Kasachstan mit dem Vorsitz der Organisation im Jahr 2010 zu betrauen. Ebenso konnte Einigung über das Engagement der OSZE zur Unterstützung von Grenz- und Zollbehörden in Zentralasien entlang der afghanischen Grenze und über ein eigenes Konzept für eine Umweltsicherheitsstrategie der Organisation erzielt werden. Obwohl Fortschritte im Bereich regionaler Konflikte weitgehend ausblieben, gelang dem spanischen Vorsitz die Verabschiedung einer Regionalerklärung zu Berg-Karabach, in welcher die Fortsetzung der Verhandlungen von Armenien und Aserbaidschan über den Berg-Karabach-Konflikt während des Jahres 2008 gefordert wird.

Zu Jahresende einigte sich der Ständige Rat auf eine Verlängerung der OSZE-Mission im Kosovo bis Ende Jänner 2008 mit automatischer monatlicher Verlängerung, falls nicht seitens eines Teilnehmerstaats Einspruch erhoben wird. Die Entscheidung über die Schließung der OSZE-Mission in Kroatien bei gleichzeitigem Weiterbestand eines Büros in Zagreb wurde am 21. Dezember angenommen. Am 1. Jänner 2008 übernimmt Finnland den Vorsitz der OSZE.

2. Regionalfragen und Feldaktivitäten

Die OSZE unterhielt 19 Feldoperationen in Südosteuropa und der GUS, für die der Großteil des OSZE-Budgets (75%) sowie der personellen Ressourcen

Österreich in anderen europäischen Foren

cen aufgewendet wurde. Österreich entsandte 27 zivile ExpertInnen in mehr als die Hälfte dieser Feldoperationen. Der überwiegende Teil davon war in Südosteuropa tätig.

In der Projektfinanzierung legte Österreich den Schwerpunkt auf jene Länder, die erst vor kurzem den entscheidenden Schritt in Richtung einer pluralistischen Demokratie unternommen hatten, mit dem Ziel, die Konsolidierung dieser Entwicklung zu unterstützen. Dies traf in erster Linie auf die Ukraine und Kirgisistan sowie auf Georgien zu, wo sich Österreich traditionell beim Grenzmanagement engagiert. Thematisch wurden in erster Linie Projekte im Bereich Demokratisierung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit gefördert. Punktuell wurden jedoch auch andere Aktivitäten mit politisch-militärischer sowie wirtschaftlich-ökologischer Dimension unterstützt. Österreich ermöglichte ExpertInnen die Teilnahme an diversen von der OSZE im gesamten OSZE-Raum veranstalteten Konferenzen und Seminaren.

2.1. Südosteuropa

Die OSZE unterhält ihre größten Feldoperationen weiterhin in Südosteuropa, mit Missionen in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Montenegro, Serbien sowie im Kosovo. Die beiden größten Missionen im Kosovo und in Bosnien und Herzegowina wurden personell und budgetär weiter verringert. Die OSZE-Mission in Kroatien wurde bei gleichzeitigem Weiterbestand eines OSZE-Büros in Zagreb geschlossen.

Die Feldoperationen der OSZE leisten einen wichtigen Beitrag für den Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen sowie die Entwicklung und Festigung multi-ethnischer Gesellschaften in Südosteuropa. In einigen Bereichen verschob sich die Rolle der OSZE in Richtung eines verstärkten Monitorings und der Beratung der administrativen und politischen Strukturen vor Ort. In Zusammenarbeit mit der EU und anderen internationalen Akteuren nimmt die OSZE zahlreiche Aufgaben wahr, welche im Annäherungsprozess der Länder an die euro-atlantischen Strukturen unverzichtbar sind.

2.2. Moldau/Transnistrien

Ende Oktober gelang es dem spanischen OSZE-Vorsitz, im Rahmen eines Seminars über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Odessa (Ukraine) die Abhaltung eines informellen Treffens im „Format 5+2“ zu organisieren. Weitere Nachfolgetreffen wurden jedoch nicht vereinbart (siehe auch Kapitel A.IV.4.1.2.). Moldau setzt seit Ende 2006 auf bilaterale Gespräche mit Russland. In den zentralen Fragen des Abbaus russischer Truppen und Waffenbestände in Transnistrien konnten keine Fortschritte erzielt werden. Dieser Umstand hatte wie in den vorangegangenen Jahren zur Folge, dass eine regionale Erklärung zu Moldau im Rahmen des OSZE-Ministerrats von Madrid nicht angenommen werden konnte.

*Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa***2.3. Belarus**

Die Tätigkeit des OSZE-Büros in Minsk konzentrierte sich auf Projektentwicklungen in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt und den Aufbau demokratischer Institutionen, der Rechtsstaatlichkeit und der Zivilgesellschaft. In der Wirtschafts- und Umweltdimension lag der Tätigkeitsschwerpunkt auf der Fortsetzung der Projekte zur Förderung der Entwicklung der von der Katastrophe von Tschernobyl betroffenen Gebiete, in der menschlichen Dimension auf der Bekämpfung des Menschenhandels. Ein langwieriges Registrierungsverfahren für die durchzuführenden Aktivitäten behinderte die Tätigkeit des Büros. Die vom Büro wahrgenommene Beobachtungsfunktion betreffend die Einhaltung der OSZE-Verpflichtungen, insbesondere im Bereich der Versammlungsfreiheit und bei Haftfällen, wurde von den belarussischen Behörden weiter als nicht vereinbar mit dem Mandat des Büros bezeichnet.

2.4. Georgien

Die OSZE-Mission in Georgien, die größte OSZE-Feldoperation außerhalb Südosteuropas, ist mit der politischen Lösung der Konflikte um die beiden separatistischen Gebiete Südossetien und Abchasien, letzteres unter Federführung der VN, befasst. Der Schwerpunkt der Arbeit der Mission war nach der Präsentation eines georgischen Plans zur Konfliktlösung auf Südossetien gerichtet. Die OSZE nimmt die Beobachtung der dort errichteten friedenserhaltenden Operation der Konfliktparteien und Russlands wahr.

Die 2005 eingerichtete Trainingsmission für georgische GrenzwächterInnen setzte unter österreichischer Leitung und mit Einsatz einer großen Zahl österreichischer ExpertInnen ihre Tätigkeit bis Beendigung ihres Mandats im Juli fort.

2.5. Ukraine

Die Mission in der Ukraine besteht aus einem Büro eines Projektkoordinators, welches in enger Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden und der Zivilgesellschaft Projekte zur Wirtschaftsförderung, Bekämpfung des Menschenhandels, Demokratisierung sowie Förderung der Zivilgesellschaft durchführt. Die Parlamentswahlen vom 30. September wurden von OSZE/BDIMR als den internationalen Standards weitgehend entsprechend bewertet. Auf Ersuchen der Zentralen Wahlkommission der Ukraine unterstützte das Büro des Projektkoordinators den gesamten Wahlprozess mit Informationen über das neue Wahlgesetz mittels Trainingsaktivitäten von VertreterInnen von Wahlbehörden und Einschaltungen in den elektronischen Medien (siehe auch Kapitel A.IV.4.1.1.).

*Österreich in anderen europäischen Foren***2.6. Zentralasien**

Die OSZE ist in den Staaten Zentralasiens einer der wichtigsten internationalen Akteure. Die Feldmissionen der OSZE konzentrieren sich zum einen auf die Unterstützung der Regierungen durch Bereitstellung von Expertise in den Bereichen Stärkung des Rechtsstaats, Aufbau pluralistischer Gesellschaftsstrukturen, Achtung der Menschenrechte, demokratische Medienpolitik und Antikorruptionsmaßnahmen. Zum anderen befasst sich die OSZE mit einer Vielfalt von Ausbildungsaktivitäten. Die seit nunmehr fünf Jahren tätige – und von Österreich seit Beginn mitfinanzierte – **OSZE-Akademie in Bischkek** (Kirgisistan) bietet ein politikwissenschaftliches Master-Programm und zahlreiche Trainingsmodule an. Weiters zeigen die vom OSZE-Zentrum in Bischkek abgehaltenen – und von Österreich finanziell unterstützten – Polizeischulungen gute Erfolge. Im OSZE-Zentrum Bischkek war bis zum 30. November eine Österreicherin als stellvertretende Leiterin tätig.

Die OSZE-Wahlbeobachtungsmission in **Usbekistan** anlässlich der dortigen Präsidentenwahlen am 23. Dezember stand unter österreichischer Leitung. Während die Zusammenarbeit auf operativer Ebene mit den usbekischen Behörden schwierig blieb, konnte nach dem Regierungswechsel in **Turkmenistan** ein deutlicher politischer Wille zu engerer Kooperation festgestellt werden. In **Tadschikistan** findet die Arbeit der OSZE ihren Schwerpunkt vermehrt im systematischen Aufbau eines effektiven Grenzmanagements an der Grenze zu Afghanistan. In **Kasachstan** war die Arbeit der OSZE von den Ambitionen der kasachischen Regierung um den OSZE-Vorsitz im Jahr 2009 geprägt. Die OSZE/BDIMR-Wahlbeobachtungsmission zu den vorgezogenen Parlamentswahlen bescheinigte Kasachstan nur bedingte Fortschritte bezüglich der demokratischen Entwicklung. Der Ministerrat in Madrid einigte sich auf einen kasachischen OSZE-Vorsitz im Jahre 2010.

3. Die menschliche Dimension der OSZE

Die menschliche Dimension ist ein Kernstück der OSZE-Tätigkeit. Ihr Ziel ist die Wahrung der Menschenrechte sowie die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die operative Institution der OSZE hierfür ist das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (**OSZE/BDIMR**) mit Sitz in Warschau. Es steht seit April 2003 unter der Leitung des Österreicher Christian Strohal.

Der Wirkungsbereich von OSZE/BDIMR umfasst die Förderung von demokratischen Wahlen, des Aufbaus demokratischer Strukturen, von Menschenrechten, Toleranz, Nichtdiskriminierung und Rechtsstaatlichkeit. Das Büro organisierte darüber hinaus Wahlbeobachtungsmissionen in 16 Teilnehmerstaaten, darunter nicht nur in „neuen Demokratien“, sondern auch in Belgien, Frankreich und in der Schweiz. Österreich beteiligte sich an

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

diesen Missionen durch die Entsendung von insgesamt 45 KurzzeitbeobachterInnen nach Albanien, Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Serbien und in die Ukraine sowie von vier LangzeitbeobachterInnen nach Albanien, Kirgisistan, Kroatien und Usbekistan. OSZE/BDIMR sah sich am 16. November gezwungen, die geplante Beobachtung der Wahlen zur russischen Duma am 2. Dezember abzusagen, da die von Russland auferlegten Beschränkungen eine Erfüllung des Beobachtungsauftrages nicht gewährleisten hätten. Damit entfiel auch die geplante österreichische Beteiligung an dieser Mission.

Eine der zentralen Aufgaben von OSZE/BDIMR besteht in der Beobachtung der Einhaltung der Verpflichtungen im gesamten Bereich der menschlichen Dimension. Das jährliche „Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension“ fand in Warschau vom 24. September bis 5. Oktober statt. Die drei jährlich in Wien abgehaltenen „Ergänzungstreffen zur menschlichen Dimension“ waren jeweils konkreten Themen gewidmet: Vereinsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Redefreiheit (am 29. und 30. März), Förderung und Schutz der Menschenrechte (am 12. und 13. Juli) sowie Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern (18. und 19. Oktober). Toleranzfragen waren das Hauptthema von zwei Großkonferenzen der OSZE: Konferenz über die Bekämpfung der Diskriminierung und die Förderung des wechselseitigen Respekts und Verständnisses (in Bukarest am 7. und 8. Juni) sowie Konferenz über die Intoleranz und Diskriminierung gegen Muslime (in Cordoba am 9. und 10. Oktober).

Die seit 2004 amtierenden **Sonderbeauftragten für Toleranzfragen** Anastasia Crickley (Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung von Christen), Gert Weisskirchen (Bekämpfung von Antisemitismus) sowie Ömür Orhun (Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung von Muslimen) setzten ihre Tätigkeit fort. Die seit 2006 amtierende **Sonderbeauftragte für die Bekämpfung des Menschenhandels** Eva Biaudet organisierte Fachkonferenzen in Wien. Der ehemalige norwegische Außenminister Knut Vollebaek wurde im Juli zum neuen **Hochkommissar für Nationale Minderheiten** mit einer dreijährigen Amtszeit bestellt. Seine Aufgabe besteht darin, ethnische Spannungen, die Frieden, Stabilität oder die guten Beziehungen zwischen OSZE-Teilnehmerstaaten gefährden könnten, frühzeitig zu erkennen und Lösungsansätze zu suchen. Dem seit 2004 amtierenden **Beauftragten für Medienfreiheit** Miklós Haraszti obliegt es, die Medienentwicklung in den Mitgliedstaaten zu beobachten und schwere Verstöße gegen Prinzipien und Verpflichtungen der OSZE im Bereich der freien Meinungsäußerung und der Medienfreiheit aufzuzeigen.

4. Die politisch-militärische Dimension der OSZE

Die Tätigkeit des **Forums für Sicherheitszusammenarbeit**, des entscheidungs-befugten Organs für politisch-militärische Fragen, war von der russi-

Österreich in anderen europäischen Foren

schen Suspendierung des KSE-Vertrags dominiert. Es wurden zahlreiche Vorschläge zur verbesserten Implementierung des Wiener Dokuments 1999 über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen erörtert. Ebenso besprochen wurden die US-Pläne einer Raketenabwehr in Polen und Tschechien sowie der Raketenzwischenfall in Georgien im August. Aus diesem Anlass wurde im Herbst eine Debatte über die Mechanismen und Verfahren der OSZE im Bereich Frühwarnung, Konfliktprevention und Krisenmanagement abgehalten. Die jährliche Sicherheitsrevisionskonferenz fand in Wien am 19. und 20. Juni statt.

Österreich übernahm die Rolle des Koordinators in der Debatte über die Verbesserung der Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit. Bei der Umsetzung des Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen (**KLW**) aus dem Jahr 2000 und des OSZE Praxisleitfadens zu KLW gab es Fortschritte. Eine Arbeitstagung zum Thema „Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen auf dem Luftweg“ trug zur Bewusstseinsbildung in diesem Bereich bei.

Die **nichtmilitärischen Aspekte der Sicherheit** wurden verstärkt diskutiert. Terrorismus, organisierte Kriminalität, Drogen- und Menschenhandel sowie Geldwäscherei wurden als reale neue Bedrohungsbilder definiert und in einem eigenen Sicherheitskomitee behandelt. Der Ministerrat in Madrid fasste Beschlüsse über das Engagement der OSZE zur Unterstützung für Grenz- und Zollbehörden in Zentralasien entlang der afghanischen Grenze, zur Unterstützung der weltweiten Strategie der VN zur Bekämpfung des Terrorismus, über die öffentlich-privaten Partnerschaften zur Bekämpfung des Terrorismus und über den Schutz kritischer Infrastrukturen vor terroristischen Anschlägen.

5. Die Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE

Die Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE stand im Zeichen des vom spanischen Vorsitz für das Wirtschafts- und Umweltforum 2007 gewählten Themas „**Umweltsicherheit: Wasserversorgung und Bodenqualität**“. Wie im Jahr zuvor fand das Forum in zwei Teilen statt, in Wien im Jänner und in Prag im Mai. Der spanische Vorsitz konnte die Annahme einer grundlegenden Umweltsicherheitsdeklaration beim Ministerrat in Madrid herbeiführen. Als Schwerpunktthema für das **Wirtschaftsforum 2008** schlug das Vorsitzland Finnland eine Kombination aus den Themen „Transport“ des belgischen und „Umwelt“ des spanischen Vorsitzes vor: Sicherheit und Umweltaspekte der Wasserwege in der OSZE.

Europarat

6. Amtssitz

Die im Dezember 2004 begonnenen Umbauarbeiten für einen neuen ständigen Amtssitz der OSZE im Zentrum Wiens wurden abgeschlossen. Nach einer feierlichen Übergabe am 21. November durch Bundesministerin Ursula Plassnik in Anwesenheit von Bundespräsident Heinz Fischer und des spanischen Königs Juan Carlos als Vertreter des OSZE-Vorsitzes wurde der neue Amtssitz im Dezember vom OSZE-Sekretariat bezogen.

7. Parlamentarische Versammlung der OSZE

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE mit Sitz in Kopenhagen und mit dem seit 2002 bestehenden Zweigbüro in Wien setzt sich aus 320 Parlamentsabgeordneten der 56 Teilnehmerstaaten zusammen. Die 16. Jahrestagung wurde vom 5.-9. Juli in Kiew abgehalten. Bei diesem Treffen wurde Göran Lenmarker (Schweden) als Vorsitzender der Parlamentarischen Versammlung für ein weiteres Jahr gewählt. Der Abgeordnete zum Nationalrat Wolfgang Großbrück war im Zeitraum 2006-2007 Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung. Das seit 2002 jährlich in Wien abgehaltene Wintertreffen fand am 22. und 23. Februar statt.

III. Europarat

1. Politische Entwicklungen und Aktivitäten

Am 11. Mai wurde Montenegro als 47. Mitglied in den Europarat aufgenommen.

Die Tätigkeit des Europarats konzentrierte sich insbesondere auf die Umsetzung der „Warschauer Erklärung“ und der im Aktionsplan des dritten Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Europarats in Warschau im Mai 2005 verankerten Prioritäten: Fokussierung der Tätigkeit des Europarats auf seine Kernaufgaben Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit; Stärkung seines Menschenrechtsschutzsystems; Förderung von Demokratie und guter Regierungsführung; Fortführung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs; Erhöhung der Sicherheit der europäischen BürgerInnen sowie Intensivierung der Zusammenarbeit der europäischen Organisationen.

Die vom Europarat und der Europäischen Kommission gemeinsam organisierte "Dosta"-Kampagne zur Bekämpfung der Vorurteile gegen Roma wurde durch die Abhaltung von Seminaren in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Serbien konkretisiert.

Das regionale Seminar der Europarats-Kampagne gegen Menschenhandel „Menschen stehen nicht zum Verkauf“ wurde in Nikosia am 15. und 16. Februar, ein weiteres über straf- und verfahrensrechtliche Maßnahmen

Österreich in anderen europäischen Foren

im Zusammenhang mit Menschenhandel in Paris am 27. und 28. September abgehalten. Der san-marinesische Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats veranstaltete eine europäische Konferenz zum Thema „Die religiöse Dimension des interkulturellen Dialogs“ in San Marino am 23. und 24. April.

Die Abschlussveranstaltung der europäischen Jugendkampagne „'alle anders – alle gleich': Botschaft für Vielfalt, Menschenrechte und Teilhabe“ fand in Strassburg vom 6.-9. September statt.

Zum Abschluss seines zweiten Arbeitsprogramms veranstaltete das Europäische Fremdsprachenzentrum des Europarats in Graz vom 27.-29. September eine Konferenz zum Thema „Sprachen für sozialen Zusammenhalt – Spracherziehung in einem mehrsprachigen und multikulturellen Europa“. Der 10. Oktober wurde als internationaler Tag gegen die Todesstrafe deklariert. Zur Förderung der Europarats-Kampagne zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen, einschließlich der häuslichen Gewalt, veranstaltete die Parlamentarische Versammlung des Europarats mehrere Seminare für Parlamentsmitglieder, um die nationalen Parlamente zur Verstärkung ihrer diesbezüglichen Maßnahmen zu ermutigen. Eines dieser Seminare fand in Wien am 16. Oktober statt.

Infolge der maßgeblichen Einbindung der OSZE in die Organisation der Wahlen zur Provinzversammlung und auf Gemeindeebene im Kosovo am 19. November übernahm der Europarat die Aufgabe der Wahlbeobachtung. Der Wahlbeobachtungsmission gehörten fünf TeilnehmerInnen aus Österreich an.

Die 14. Konferenz der LeiterInnen der Europäischen Strafvollzugsverwaltungen fand in Wien vom 19.-21. November statt und war dem Thema „Strafvollzug im Lichte eines immer schwieriger werdenden Umfelds“ gewidmet.

2. Verhältnis zu anderen internationalen Organisationen

Nach rund zweijährigen Verhandlungen wurde im Mai das Memorandum of Understanding (Vereinbarung) zum weiteren Ausbau der Zusammenarbeit zwischen **Europarat und EU** unterzeichnet. Es schafft einen institutionellen Rahmen für eine verstärkte Zusammenarbeit in Bereichen von gemeinsamem Interesse wie Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Kultur, Bildung und sozialer Zusammenhalt. Die Rolle des Europarats als Referenzorganisation für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in Europa wird darin bestätigt. Weiters wird bekräftigt, dass die Kohärenz zwischen dem EU-Gemeinschaftsrecht und den Konventionen des Europarats im Bereich der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt werden muss. Der Text betont, dass ein rascher Beitritt der EU zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten einen

Europarat

großen Beitrag zur Kohärenz im Bereich der Menschenrechte in Europa leisten würde. Das Memorandum sieht außerdem die Möglichkeit vor, dass sich die beiden Organisationen in einem frühen Stadium der Ausarbeitung von Normen im Europarat oder der EU gegenseitig beraten.

Die bereits bestehende enge Zusammenarbeit zwischen Europarat und EU wurde fortgesetzt. Zwischen dem Sekretariat des Europarats und der Europäischen Kommission findet auf Beamtenebene ein regelmäßiger Informationsaustausch über laufende Aktivitäten und Projekte statt. Der Europarat unterhält ein ständiges Büro in Brüssel. Vertreter der Europäischen Kommission nehmen an Sitzungen des Ministerkomitees, der Ministerdelegierten und der Berichterstättergruppen teil. Auf höchster politischer Ebene findet in der Regel halbjährlich das so genannte quadrilaterale Treffen zwischen Europarats-Vorsitz, EU-Ratsvorsitz, Generalsekretär des Europarats sowie Präsidenten der Europäischen Kommission statt.

Die Zusammenarbeit zwischen **Europarat und OSZE** bewegt sich vorwiegend im institutionellen Rahmen der einmal jährlich stattfindenden so genannten 2+2-Treffen und 3+3-Treffen (Vorsitzende, Generalsekretäre und gegebenenfalls Präsidenten der Parlamentarischen Versammlungen beider Organisationen). Die vier Hauptbereiche der Zusammenarbeit sind Terrorismusbekämpfung, Schutz nationaler Minderheiten, Bekämpfung von Menschenhandel sowie die Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung.

Zwischen **Europarat und VN** finden regelmäßige Kontakte statt. Anlässlich eines informellen Meinungsaustausches der Stellvertretenden Generalsekretärin Maud de Boer-Buquicchio mit dem Komitee der VN für die Rechte des Kindes in Genf am 7. Juni wurden Themen wie Jugendgerichtsbarkeit, körperliche Bestrafung sowie sexueller Missbrauch und Ausbeutung von Kindern besprochen.

3. Menschenrechte

Siehe Kapitel G.V.

4. Monitoring

Das Monitoring der von den Mitgliedstaaten bei ihrer Aufnahme in den Europarat eingegangenen Verpflichtungen in den Bereichen Menschenrechte, pluralistische Demokratie sowie Meinungs- und Informationsfreiheit zählt zu den wichtigsten Instrumenten der Organisation. Dabei ist zwischen dem Monitoring der Parlamentarischen Versammlung und dem des Ministerkomitees zu unterscheiden.

Das **Monitoring-Komitee der Parlamentarischen Versammlung** befasste sich mit elf Staaten (Albanien, Armenien, Aserbaidshan, Bosnien und

Österreich in anderen europäischen Foren

Herzegowina, Georgien, Moldau, Monaco, Montenegro, Russland, Serbien und die Ukraine) und unternahm dafür Inspektionsreisen. Darüber hinaus verfasste es alle zwei Jahre Länderberichte sowie Empfehlungen, die das Plenum der Parlamentarischen Versammlung verabschiedet. Das Komitee veranstaltete in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit im Bundestag in Berlin am 5. und 6. November eine Anhörung über „eingefrorene Konflikte“. Im Mittelpunkt stand dabei die Situation in Berg-Karabach, Abchasien, Südossetien und Transnistrien.

Das **Monitoring des Ministerkomitees** kann auf drei verschiedene Arten erfolgen: das Monitoring auf Grundlage der Deklaration von 1994 über die Erfüllung der Aufnahmeverpflichtungen; das seit 1996 durchgeführte thematische Monitoring sowie das spezifische „post-accession monitoring“ (Monitoring von neuen Mitgliedstaaten). Letzteres betraf Armenien, Aserbaidshan, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Montenegro sowie Serbien. Dabei handelt es sich um einen vertraulichen Prozess, der sich über einen längeren Zeitraum erstreckt. Im Falle von Armenien und Aserbaidshan geschieht dieses Monitoring in der eigens eingerichteten Ago-Gruppe, benannt nach ihrem Initiator, dem ehemaligen italienischen Ständigen Vertreter beim Europarat Pietro Ercole Ago.

Die Erfüllung der Aufnahmeverpflichtungen durch Georgien wird vom Ministerkomitee ebenfalls überwacht. Das Sekretariat verfasst vierteljährliche Berichte zu Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien sowie halbjährliche Berichte zu Georgien an das Ministerkomitee. Im Rahmen der so genannten **Bestandsaufnahmen** wird auch Moldau de facto einem Monitoring unterzogen. Darüber hinaus berichten die Büros des Sondervertreters des Generalsekretärs des Europarats und andere Büros in Baku, Belgrad, Jerewan, Chişinău, Podgorica, Pristina, Sarajewo und Tbilisi sowie Tirana und Skopje beinahe monatlich über die Entwicklungen in den betreffenden Staaten.

5. Hilfsprogramme

Der Europarat ist bestrebt, seine Schwerpunkte durch Hilfsprogramme zu unterstreichen. Diese dienen der Förderung der Menschenrechte; Verwirklichung einer pluralistischen Demokratie und des Rechtsstaats; Förderung des Bewusstseins um die gemeinsame kulturelle Identität in ihrer ganzen Vielfalt; Stärkung der Bürgergesellschaft; Förderung der Bildung und der Jugend; Suche nach Lösungen für die gesellschaftlichen Probleme Europas wie Diskriminierung von Minderheiten, Fremdenhass, Intoleranz, Umweltverschmutzung, menschliches Klonen, HIV/AIDS, Drogen und organisiertes Verbrechen, Terrorismus sowie Konsolidierung der demokratischen Stabilität in Europa durch Förderung politischer, gesetzgeberischer und verfassungsrechtlicher Reformen. Die Hilfsprogramme zur Verwirklichung dieser Aufgaben konzentrierten sich auf Südosteuropa, den Kaukasus und Russ-

Europarat

land. Insgesamt wurden im Bereich dieser programmatischen Aktivitäten rund 12 Millionen Euro für Hilfsaktivitäten und Programme zur Zusammenarbeit mit 24 Mitgliedstaaten und anderen Staaten wie Belarus bereitgestellt. Mehr als 3,5 Millionen Euro flossen in multilaterale Aktivitäten.

Die Spannweite der Hilfsprogramme zeigt sich in der Vielfalt der vom Europarat unterstützten Projekte: In den Kernbereichen Schutz der Menschenrechte und Förderung der Demokratie umfassen diese neben Programmen zur Justiz- und Verwaltungsreform auch Maßnahmen zum Ausbau des interkulturellen Dialogs, zur Unterstützung von Roma und Sinti sowie zur Förderung des sozialen Zusammenhalts. Die konkreten Maßnahmen bestanden vorwiegend in der Bereitstellung von ExpertInnen und in der Durchführung von Ausbildungsprogrammen. Darüber hinaus stellten die Programme auch die Mittel für die Informationsbüros des Europarats sowie Büros vor Ort zur Verfügung. Im Rahmen der gemeinsamen Programme mit der Europäischen Kommission führte der Europarat in Russland und im südlichen Kaukasus (Armenien, Aserbaidschan und Georgien) Hilfsprogramme in den Bereichen Schutz der Menschenrechte, Stärkung des Rechtsstaats und Demokratisierung durch.

6. Die Organe des Europarats

6.1. Das Ministerkomitee

Das Ministerkomitee ist das Entscheidungsorgan des Europarats und setzt sich aus den AußenministerInnen der 47 Mitgliedstaaten bzw. ihren StellvertreterInnen (Ministerdelegierte) zusammen. Sein Vorsitz wechselt halbjährlich. Seit der Reform 2004 tagt das Ministerkomitee nur mehr einmal jährlich auf Ministerebene. Die 117. Tagung wurde unter dem Vorsitz des Außenministers von San Marino Fiorenzo Stolfi in Strassburg am 10. und 11. Mai abgehalten. Österreich war durch Staatssekretär Hans Winkler vertreten. Wichtige Themen waren die Umsetzung der Beschlüsse des Warschauer Gipfeltreffens, die Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der EU sowie die ausstehende Ratifikation des Protokolls Nr. 14 zur Europäischen Menschenrechtskonvention durch Russland. Am Ende des Treffens übernahm Serbien den Vorsitz im Ministerkomitee für die folgenden sechs Monate. Im November übergab Serbien im Rahmen einer Sondersitzung der Ständigen Vertreter den Vorsitz an die Slowakei.

6.2. Die Parlamentarische Versammlung

Die Parlamentarische Versammlung besteht aus 630 Mitgliedern (315 Mitglieder und 315 Stellvertreter) der nationalen Parlamente, die sich in fünf Fraktionen zusammengeschlossen haben: Sozialistische Gruppe (SOC), Gruppe der Europäischen Volkspartei (EPP/CD), Gruppe der Liberalen, Demokraten und Reformen (LDR), Gruppe der Europäischen Demokraten

Österreich in anderen europäischen Foren

(EDG) sowie Gruppe der Vereinigten Europäischen Linken (UEL). 26 Mitglieder sind fraktionslos. Österreich stellt sechs Mitglieder und sechs Ersatzmitglieder, die vom Nationalrat und Bundesrat entsandt werden (siehe Anhang VII.6.). Die Mitglieder sind auch in „nationale Delegationen“ gegliedert. Der Präsident der Versammlung René van der Linden (Niederlande) wurde 2005 in sein Amt gewählt.

Die Parlamentarische Versammlung tagt viermal jährlich in Plenartagungen sowie periodisch in ihren Ausschüssen und Unterausschüssen und wendet sich in Entschließungen, Empfehlungen, Meinungen und Richtlinien an das Ministerkomitee, an nationale Regierungen, Parlamente oder politische Parteien. Sie nimmt auch Monitoring-Aufgaben wahr, wie die Wahlbeobachtung in Mitglied- oder Kandidatenstaaten des Europarats sowie das Monitoring der Entwicklung der einzelnen Länder hinsichtlich ihrer Einhaltung der beim Beitritt zum Europarat eingegangenen Verpflichtungen.

6.3. Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas wurde 1957 als Ständige Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas gegründet und konstituierte sich 1994 als Beratendes Organ des Europarats. Er besteht aus einer Kammer der Gemeinden und einer Kammer der Regionen. Die 315 Mitglieder tagen einmal jährlich in Strassburg im Rahmen einer Plenarsitzung. Der Kongress formuliert wichtige Empfehlungen an das Ministerkomitee im Bereich der Städte- und Gemeindedemokratie, des Umweltschutzes, des Katastrophenschutzes und der sozialen Kohäsion. Diese werden in Österreich auf Ebene des Städte- und Gemeindebunds, der Verbindungsstelle der Bundesländer sowie der Fachministerien weiterverfolgt. Für Südosteuropa bietet der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas im Rahmen des Stabilitätspakts Projekte zur Entwicklung und Stärkung der Demokratie auf lokaler Ebene sowie für die südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers Programme zum Ausbau der Gemeinde- und Regionaldemokratie an. Landeshauptmann Herwig van Staa ist österreichischer Delegationsleiter, Vizepräsident des Kongresses und Vizepräsident der Kammer der Regionen. Der Präsident des Kongresses ist seit 2006 der Norweger Halvdan Skard.

6.4. Der Generalsekretär

Der Generalsekretär wird von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats auf Empfehlung des Ministerkomitees für fünf Jahre gewählt. Er nimmt die strategischen Weichenstellungen für das Arbeitsprogramm und den Haushalt der Organisation vor. Darüber hinaus trägt er die Verantwortung für das Sekretariat des Europarats, das aus 16 Organisationseinheiten mit rund 2.200 Bediensteten besteht. Seit September 2004 hat Terry Davis (Großbritannien) diese Funktion inne.

Zentraleuropäische Initiative

7. Der Europarat und Österreich

Österreich trat dem Europarat am 16. April 1956 als 15. Mitglied bei. Österreich stellte drei Generalsekretäre, zwei Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung sowie einen Präsidenten des Kongresses der Gemeinden und Regionen. Besonders aktiv ist Österreich in der Verteidigung des Individualbeschwerderechts beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), im Bereich der eDemocracy, bei der Unterstützung der sozialen Dimension Europas sowie der Weiterführung des Forums für die Zukunft der Demokratie. Insgesamt sind rund zwanzig ÖsterreicherInnen im Europarat beschäftigt, davon fünf in höheren Positionen (Leiterin des Verbindungsbüros des Europarates bei der EU in Brüssel, Leiter einer Abteilung der Venedig-Kommission, Leiter zweier Abteilungen des EGMR sowie ein Referatsleiter im Sekretariat der Anti-Folter-Konvention).

Besonderes Augenmerk legte die Ständige Vertretung Österreichs beim Europarat auf die Mitarbeit in der Ago-Gruppe und in der Venedig-Kommission sowie auf die Anerkennung der EU-Grundrechtsagentur in den Dokumenten des Europarats. Darüber hinaus war die Vertretung bemüht, interessierte ÖsterreicherInnen mit der Tätigkeit des Europarats vertraut zu machen.

IV. Zentraleuropäische Initiative

Vorrangiges Ziel der Zentraleuropäischen Initiative (**ZEI**) unter der Führung des österreichischen Generaldirektors Botschafter Harald Kreid ist die Zusammenarbeit zwischen den mittel-, ost- und südosteuropäischen Mitgliedstaaten im Hinblick auf die regionale Stabilität sowie die Unterstützung der Mitgliedsländer bei ihrem Ziel der Heranführung an EU-Standards. Seit dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens besteht die Organisation aus jeweils neun EU-Staaten und neun Nicht-EU-Staaten.

Die geopolitischen Veränderungen der ZEI-Region, die sich seit der Entstehung der Organisation ergeben haben, verlangten nach einer Neuausrichtung der Initiative. Diesbezüglich wurde Anfang des Jahres eine Arbeitsgruppe bestehend aus unabhängigen ExpertInnen konstituiert. Beim Gipfeltreffen der ZEI-Regierungschefs unter bulgarischem Vorsitz in Sofia am 27. November wurden die ausgearbeiteten Vorschläge der Arbeitsgruppe hinsichtlich Neuorientierung, Effizienzsteigerung und Erreichung eines spezifischen Mehrwerts innerhalb der ZEI übernommen.

Österreich unterstützte in diesem Zusammenhang die Straffung der Aktivitäten und befürwortete eine engere Kooperation mit anderen regionalen Organisationen. Ein besonderes Augenmerk legte Österreich auf die Finanzierung des Programms mit dem Titel „Know How Exchange“, das dem Erfahrungs- sowie Wissensaustausch zwischen Nicht-EU-Mitgliedstaaten und EU-Mitgliedstaaten im Rahmen ihres Integrationsprozesses dienen soll.

Österreich in anderen europäischen Foren

Die ZEI engagiert sich in jenen Bereichen, die grenzübergreifendes Handeln erfordern und eine besondere Herausforderung für die Zukunft darstellen. Hierzu zählt die Einrichtung eines Klimafonds, die auf österreichische Initiative erfolgte.

Nach Beendigung seiner sechsjährigen Tätigkeit wird Botschafter Harald Kreid in seiner Tätigkeit als Generaldirektor der ZEI von Botschafter Pietro Ercole Ago abgelöst.

V. Nachbarschaftspolitik

1. Regionale Partnerschaft

Das Konzept der Regionalen Partnerschaft mit den benachbarten EU-Mitgliedstaaten Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn sowie mit dem „kulturellen Nachbarn“ Polen, in der seit Juli die Slowakei nach Österreich den informellen Vorsitz für ein Jahr innehat, ist eine logische Konsequenz der engen Kooperation in Mitteleuropa. Vor der EU-Erweiterung diente die Regionale Partnerschaft dem Abbau von Reibungsflächen und der Unterstützung der Partnerländer bei den Beitrittsvorbereitungen sowie als Rahmen für Konsultationen zum EU-Verfassungskonvent und zum Lissabon-Prozess. Seit der Erweiterung trägt die Regionale Partnerschaft zur Definition gemeinsamer Anliegen und zu deren Wahrung im Rahmen der EU bei. Sie ist damit eines jener Netzwerke, welche die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten der EU tragfähiger machen und einen erkennbaren Mehrwert für die Partner wie auch für die benachbarten Regionen in Südost- und Osteuropa erzielen.

Nach den Initiativen zur Zukunft des Kosovos sowie zur Ausgestaltung des EU-Aktionsplans für die Ukraine 2004 konnte mit der Einrichtung des Budapester Prozesses bei der Westbalkan-Konferenz der Regionalen Partnerschaft in Budapest im Herbst 2005 ein dauerhafter und konkreter Beitrag zur Unterstützung der Integrationsarbeit der westlichen Balkanländer erbracht werden. Neben der Weiterarbeit in den sechs Arbeitsgruppen des Budapester Prozesses wurde sowohl an der Hilfestellung für Serbien auf seinem Weg nach Europa als auch am Ausbau der verstärkten konsularischen Zusammenarbeit der Vertretungsbehörden der Partnerstaaten gearbeitet. Letztere beruht auf den Erfahrungen der verstärkten Vernetzung nationaler und europäischer Maßnahmen bei der Bewältigung von Katastrophen und Krisenfällen. Diese Zusammenarbeit wird aufgrund der Zugehörigkeit aller regionalen Partner zum Schengener Vertragsraum seit Ende Dezember zur effizienten Umsetzung des europäischen Fremdenrechts und der biometrischen Datenerfassung beitragen. Im März setzten die Außen- und Innenminister der Regionalen Partnerschaft mit einem Schreiben an die Europäische Kommission erfolgreich den Prozess der Visa-Liberalisierung für die westlichen Balkanländer in Gang.

Nachbarschaftspolitik

Die Kooperation der Fachressorts wurde von den einander nachfolgenden Vorsitzländern Österreich und Slowakei fortgesetzt, etwa im Rahmen des Treffens der „Salzburg Gruppe“ der InnenministerInnen im August für die Vorbereitung der Erweiterung des Schengen-Raums.

Die AußenministerInnen der Partnerstaaten treffen sich etwa alle sechs Monate im jeweiligen Vorsitzland und unregelmäßig am Rande des Rats Allgemeine Angelegenheiten in Brüssel. Die Regionale Partnerschaft wird auch weiterhin anlass- und themenspezifisch die Zusammenarbeit mit der verwandten Visegrád-Gruppe suchen. Ihre strukturelle Besonderheit liegt im völligen Verzicht auf institutionelle und bürokratische Strukturen.

2. Schweiz, Liechtenstein

2.1. Schweiz

Die **Beziehungen Österreichs mit der Schweiz** sind durch ein engmaschiges Vertragswerk und einen traditionell regen Besuchsaustausch auf allen Ebenen gekennzeichnet. Mit einem Gesamthandelsvolumen von rund 8 Milliarden Euro ist die Schweiz zudem einer der wichtigsten Handelspartner Österreichs. Im Hinblick auf die gemeinsame Ausrichtung der Fußball-Europameisterschaft „UEFA EURO 2008“ durch Österreich und die Schweiz fanden intensive Vorbereitungen statt.

Die bestehenden **bilateralen Abkommen mit der EU** sollen effizient umgesetzt und angewendet sowie neue Abkommen in weiteren Interessenbereichen abgeschlossen werden, sofern dies aus Sicht der Schweiz sinnvoll und machbar erscheint. Bei bilateralen Abkommen mit der EU wird darauf geachtet, Unabhängigkeit, Entscheidungsfreiheit und institutionelle Besonderheiten wie Föderalismus und direkte Demokratie zu bewahren. Ein Beitritt der Schweiz zur EU wurde als eine längerfristige Option bezeichnet. Das MEDIA-Abkommen-2007 wird seit dem 11. Oktober provisorisch angewendet. In der zwischen der Schweiz und der EU bestehenden Kontroverse wegen gewisser, von EU-Seite als wettbewerbsverzerrend eingestuftes kantonaler Steuerregime fand am 11. Dezember ein erster Dialog zur Klärung statt. Durch die Unterzeichnung bilateraler Rahmenabkommen am 20. Dezember über die finanzielle Unterstützung der Schweiz für jene Mitgliedstaaten, welche der Union am 1. Mai 2004 beigetreten sind, leistete die Schweiz ihren Beitrag zur EU-Erweiterung. Sie trägt damit zum Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU bei. Nach der Unterzeichnung des Schengener und des Dubliner Abkommens entschied sich die Schweiz für eine Beteiligung am „SISone4all“ (siehe Kapitel A.III.11.). Das Schengener Abkommen soll im Spätherbst 2008 operationell werden. Nächste Ziele sind ein Stromabkommen, eine Ausdehnung des Landwirtschaftsabkommens sowie ein Abkommen zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien.

Österreich in anderen europäischen Foren

Die **Schweizer Außenpolitik** verfolgt friedens- und neutralitätsorientierte Zielsetzungen. Die Schweiz spricht sich für einen unabhängigen Kosovo aus und ist weiterhin mit einer Kompanie im Rahmen des österreichischen Bataillons in der Region präsent. Sie engagierte sich weiters mit Vermittlungstätigkeiten im Nahen Osten. Im Nukleardossier hält sich die Schweiz hinsichtlich bestehender Kontakte zum Iran bedeckt.

2.2. Liechtenstein

Österreich und Liechtenstein sind einander traditionell durch enge und ausgezeichnete Beziehungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens verbunden, die durch einen regelmäßigen Besuchsaustausch gepflegt werden. Täglich pendeln fast 7.000 Personen aus Österreich nach Liechtenstein, mehr als 2.000 ÖsterreicherInnen leben im Fürstentum. Die beiden Außenministerinnen unterzeichneten in Alpbach am 26. August ein Memorandum of Understanding, in welchem eine engere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der EZA vereinbart wurde. Darüber hinaus unterzeichneten die beiden Verkehrsminister in Vaduz am 13. September gemeinsam mit ihrem Schweizer Amtskollegen einen Vertrag zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der weiteren Entwicklung des Eisenbahnwesens.

Als Mitglied der VN, des Europarats, der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) und der WTO orientiert Liechtenstein seine **Außenpolitik** an den Zielen der Wahrung seiner Souveränität, eines möglichst freien Zugangs zu den europäischen und außereuropäischen Märkten sowie der Pflege der Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten. Dominierendes außenpolitisches Thema war 2007 der Abschluss der Vorbereitungen zu einer Inkraftsetzung der Schengen/Dublin-Assoziierung Liechtensteins zeitgleich mit jener der Schweiz, welche für Herbst 2008 vorgesehen ist. Nach der Aufnahme von Verhandlungen mit der EG/EU über den Abschluss eines Betrugsbekämpfungsabkommens und der Rücknahme eines Ratifizierungsvorbehalts durch einige Mitgliedstaaten der EU konnten die Voraussetzungen für eine Ratifizierung der Protokolle zur Schengen/Dublin-Assoziierung Liechtensteins im Februar 2008 geschaffen werden. Hinsichtlich der Erhöhung der Kohäsionszahlungen zugunsten der neuen EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien durch die EFTA/EWR-Staaten Island, Liechtenstein und Norwegen konnte Anfang des Jahres eine Einigung erzielt werden. Liechtenstein hatte im ersten Halbjahr den EWR-Vorsitz inne.

3. Südtirol

Am 17. Oktober fand unter dem Vorsitz von Bundesministerin Ursula Plassnik eine Südtirolbesprechung in Wien statt, an der unter anderem der Parteiohmann der Südtiroler Volkspartei (SVP) Elmar Pichler Rolle, die Landeshauptmänner von Südtirol und Tirol Luis Durnwalder bzw. Herwig

Nachbarschaftspolitik

van Staa, VertreterInnen aller im österreichischen Parlament vertretenen Parteien sowie Südtiroler PolitikerInnen teilnahmen. In dieser Sitzung wurde erneut betont, dass Südtirol eine Konstante in Österreichs Außenpolitik bleibe. Überdies diene die Besprechung einem umfassenden Informationsaustausch, insbesondere über die Finanzverhandlungen mit der italienischen Regierung, den Brenner-Basis-Tunnel, die Ratifizierung des Verkehrsprotokolls der Alpenkonvention, die Erneuerung der Stromkonzessionen, die Studentitelerkennung und die Probleme, die sich für Südtiroler StudentInnen in Österreich durch die erforderlichen Eingangstests für einzelne Studienrichtungen ergeben.

Drei ladinische Gemeinden der Region Venetien (Cortina d'Ampezzo, Colle Santa Lucia und Livinallongo del Col di Lana) stimmten am 28. und 29. Oktober über eine Rückkehr zu Südtirol ab, wobei in allen Gemeinden eine diesbezügliche Mehrheit zu Stande kam. In der Folge bedarf eine solche Gebietsänderung eines nationalen Gesetzes, das erst nach Anhörung der betroffenen Regionen erlassen werden kann.

Eine von der Südtiroler Landesregierung organisierte Gedenkfeier für die Demonstration im Jahr 1957 fand am 16. November statt, dem Vortag der so genannten Los-von-Trient-Kundgebung auf Schloss Sigmundskron. Am 17. November 1957 hatten 35.000 SüdtirolerInnen friedlich für die Einhaltung der Autonomiebestimmungen des Pariser Vertrags demonstriert.

Die jährliche Landesversammlung der SVP fand in Meran am 17. November statt. Ehrengast war Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, der die Erfolgsgeschichte der Südtirolautonomie Revue passieren ließ und das anhaltende Interesse Österreichs an den Entwicklungen in Südtirol betonte. Dem früheren ersten Präsidenten des österreichischen Nationalrates Andreas Khol wurde die Ehrenmitgliedschaft der SVP verliehen. Parteiobmann Elmar Pichler Rolle erzielte bei seiner Wiederwahl 80% der Stimmen.

Die SVP machte 35 Jahre nach Inkrafttreten des 2. Autonomiestatuts neuerlich einen Vorstoß zur Lösung der Regelung der Ortsnamensgebung (Toponomastik). Im September hinterlegte sie einen Entwurf im Landtag, der auf der tatsächlichen Verwendung der deutschen, ladinischen bzw. italienischen Namen durch die BürgerInnen gründet. Wird ein Ortsname in einer der drei Sprachen tatsächlich verwendet, kommt er in ein Verzeichnis des Landes und ist damit amtlich festgeschrieben. Von dieser Regelung ausgenommen sind jene Ortsnamen, die bereits in Regionalgesetzen festgeschrieben sind. Dies sind im Wesentlichen alle Gemeinden und Katastralgemeinden, welche grundsätzlich zweisprachig bleiben. Der Entwurf wurde von keiner der italienischen Parteien unterstützt.

Darüber hinaus wurde ein Entwurf zur Änderung des Wahlgesetzes eingebracht, der ebenfalls noch in Behandlung ist. Die wichtigsten und umstrittensten Neuerungen betreffen die Hürde für den Eintritt einer Partei in den

Österreich in anderen europäischen Foren

Landtag, die Frage des Restmandats sowie die Mandatsbeschränkung für Mitglieder der Landesregierung.

Der italienische Staatspräsident Giorgio Napolitano begnadigte im August einen österreichischen Südtirol-Aktivisten und erließ weiteren vier Betroffenen, deren Strafen in den letzten Jahren verjährt waren, die noch verbliebenen Nebenstrafen.

4. Nukleare Sicherheit

Das **neue Regierungsprogramm** formuliert umfassende Ziele für die Fortsetzung der aktiven österreichischen Anti-Atompolitik. Diese Ziele betreffen auch die österreichische Außen- und Europapolitik.

Der Klimawandel und Fragen der Versorgungssicherheit führten zu einer neuen **Kernenergiedebatte**. Im März forderte auch der Europäische Rat eine breit angelegte Diskussion über die Chancen und Risiken der Kernenergie. Österreich ist bereit, diese Debatte aktiv zu führen. Dazu wurde vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft eine Analyse mit dem Titel „Kernenergie, Klimawandel und Nachhaltigkeit“ publiziert.

Gleichzeitig sind konkrete Alternativen zur Kernenergie aufzuzeigen. Die bewährten Energiepartnerschaften mit osteuropäischen Staaten werden konsequent fortgesetzt.

Da andere Staaten die Kernenergie weiterhin nutzen, müssen bei grenznahen Projekten – seien es Kernkraftwerke oder andere kerntechnische Anlagen – alle Möglichkeiten zum Schutz der österreichischen Sicherheitsbedürfnisse wahrgenommen werden. Dies erfolgt sowohl im Rahmen grenzüberschreitender Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung als auch im Rahmen bilateraler **Nuklearinformationsabkommen**. Im Jahr 2007 fanden Expertentreffen im Rahmen der Nuklearinformationsabkommen mit Deutschland, der Schweiz, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn zum Zweck eines rechtzeitigen Austauschs von Informationen und Erfahrungen betreffend die Sicherheit kerntechnischer Anlagen, Strahlenschutz sowie allfällige grenzüberschreitende Folgen radiologischer Gefahren und deren Auswirkungen statt. Ende Dezember wurde ein Protokoll zur Änderung des bilateralen Nuklearinformationsabkommens mit Tschechien unterzeichnet. Das geänderte Abkommen schafft unter anderem eine wesentlich verbesserte Rechtsgrundlage für umfangreiche bilaterale Konsultationen zu Sicherheitsfragen.

5. Alpenkonvention

Mit Abschluss der neunten Tagung der Alpenkonferenz im November 2006 übernahm Frankreich den Vorsitz in der Alpenkonferenz. Im Rahmen des

Nachbarschaftspolitik

Ständigen Ausschusses des auf Beamtenebene eingesetzten ausführenden Organs der Alpenkonvention wurden die von der vorangegangenen österreichischen Präsidentschaft eingeleiteten Vorhaben weitergeführt. Das Hauptaugenmerk lag auf der Ausarbeitung eines Aktionsplans zum Klimawandel im Alpenraum, der konkrete, alpenspezifische Handlungsempfehlungen und längerfristige Initiativen, einschließlich eines Zeitplans, enthalten soll. Darüber hinaus beschäftigte sich der französische Vorsitz intensiv mit dem Thema des nachhaltigen Tourismus.

Der erste Beitrag eines umfassenden Alpenzustandsberichts mit dem Titel „Verkehr und Mobilität im Alpenraum“ wurde veröffentlicht. Die Arbeiten für den zweiten Zustandsbericht zur Problematik des Wasserhaushalts im Alpenraum wurden aufgenommen. Im Herbst konstituierte sich die Arbeitsgruppe „UNESCO Welterbe“ unter italienischem Vorsitz.

6. Zusammenarbeit im Donauraum

6.1. Donauraumkooperation

Der Donauraum bietet in seiner enormen Vielfalt ein hohes menschliches, kulturelles, politisches und wirtschaftliches Potenzial. Die dynamische Entwicklung des Donauraums schafft Wachstum und Beschäftigung, von denen Österreich profitiert und zu denen es beiträgt. Österreich ist aufgrund seiner zentralen Lage und seiner historisch gewachsenen Verbindungen in der Region gut verankert und vernetzt.

Im Rahmen des 2002 gegründeten **Danube Co-operation Process**, einer Zusammenarbeit der Staaten des Donaubeckens, nahm Bundesministerin Ursula Plassnik an der Ministertagung in Belgrad am 18. April teil. VertreterInnen der 13 Teilnehmerländer, der Europäischen Kommission und des Stabilitätspakts für Südosteuropa unterstrichen im Schlussdokument der Konferenz und in einem neuen Arbeitsprogramm ihre Unterstützung für eine breite Vielfalt von Initiativen und Projekten in den Bereichen Umwelt, Wirtschaft, Verkehr/Schifffahrt, Tourismus, Kultur und regionale Zusammenarbeit.

Auf der Ministertagung wurde auch festgestellt, dass die Donauraumkooperation besser koordiniert und strategisch weiter entwickelt werden sollte. Am 14. Juni wurde daher im Rahmen eines im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten abgehaltenen Expertentreffens ein vom Stabilitätspakt für Südosteuropa unterbreiteter Vorschlag beraten, der für jeden der von der Donauraumkooperation umfassten Sachbereiche ein bestehendes Forum der Donauzusammenarbeit als Koordinierungsstelle vorsieht. Dieser Vorschlag soll unter Vermeidung der Schaffung neuer Organisationsstrukturen weiter verfolgt werden.

Mit der intensivierten ENP wurden auch die Verbindungen zum Schwarzmeerraum ausgebaut. Dadurch erhält die Zusammenarbeit entlang der Do-

Österreich in anderen europäischen Foren

nau, welche die „natürliche Brücke“ in diesen Raum bildet, eine weitere Dimension.

6.2. Donauschifffahrt

Die bis zum Jahr 2005 aufgrund der Kriegswirren und deren Folgen in Südosteuropa jahrelang unterbrochene Schifffahrt auf der Donau konnte einen weiteren starken Aufschwung sowohl im Güter- als auch im Reiseverkehr verzeichnen. Durch den EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens stellen die EU-Mitgliedstaaten nunmehr die Mehrheit der in Budapest ansässigen **Donaukommission**. Die Arbeiten im technischen und nautischen Bereich widmeten sich daher verstärkt der Normenharmonisierung mit dem EU-Recht. Das EU-Programm „NAIADES“ kommt den bedeutendsten Donauabschnitten und damit der besseren Nutzung der Wasserstraße als umweltfreundliche TEN-Verkehrsachse zugute (siehe auch Kapitel A.III.6.). Auf der Frühjahrstagung der Donaukommission wurde Istvan Valkar (Ungarn) zum neuen Generaldirektor gewählt. Österreich ist nach mehrjähriger Vakanz wieder im Sekretariat vertreten und stellt mit Horst Schindler den Rat für die flußbauliche Erhaltung der Donaufahrinne.

Die Arbeiten an der Revision des Belgrader Übereinkommens, welches die Freiheit der Donauschifffahrt garantiert und der Donaukommission zu Grunde liegt, wurden fortgesetzt. Dabei konnte Einigkeit über eine künftige Mitgliedschaft der EG und eine Modernisierung des Sekretariats im Sinne vergleichbarer internationaler Organisationen erzielt werden. Neben technischen Lösungen für die durchgehende Schifffarbarkeit der Donau stellen die angestrebten Reformen wesentliche Voraussetzungen für einen effizienten europäischen Binnenwasserstraßenverbund dar.

6.3. Donauschutzübereinkommen

Das Übereinkommen über die Zusammenarbeit zum Schutz und zur verträglichen Nutzung der Donau (Donauschutzübereinkommen) bildet seit seinem Inkrafttreten im Jahr 1998 die Basis für die grenzüberschreitende wasserwirtschaftliche Zusammenarbeit im Donaauraum. Zur Umsetzung des Übereinkommens wurde die Internationale Kommission zum Schutz der Donau (**IKSD**) mit Ständigem Sekretariat in Wien gegründet. Die zehnte ordentliche Tagung der IKSD fand im Vienna International Centre (VIC) am 4. und 5. Dezember statt. Die IKSD verabschiedete bei der Jahrestagung Vorlagen, die weitere Schritte zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie im gesamten Donau-Einzugsgebiet enthalten.

Die IKSD und die Internationale Save-Kommission einigten sich auf eine gemeinsame Erklärung zum Umweltschutz und auf eine nachhaltige Entwicklung der Binnenschifffahrt. Drei Untersuchungsschiffe führten wissenschaftliche Messfahrten entlang der Donau von Regensburg bis zum Schwarzen Meer durch. Die IKSD erhielt den mit rund 240.000 Euro dotier-

Nachbarschaftspolitik

ten australischen Thiess-Preis für hervorragende und beispielgebende Zusammenarbeit in einem internationalen Flussgebiet. In allen Donaustaaten wurden am 29. Juni, dem Tag der Unterzeichnung des Donauschutzabkommens, Festlichkeiten zum „Donau-Tag“ begangen.

C. Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik

I. Allgemeine Rechts- und Konsularfragen

Zu den wichtigsten Aufgaben des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten zählen Serviceleistungen für AuslandsösterreicherInnen sowie für jene MitbürgerInnen, die sich aus privaten oder beruflichen Gründen im Ausland aufhalten und in eine Notlage geraten. Dies gilt nicht nur für die konsularische Betreuung im Einzelfall, sondern umfasst auch Maßnahmen zum Schutz von ÖsterreicherInnen in Krisen- und Katastrophenfällen. Die Hilfeleistung erfolgt in der Regel durch die österreichischen Vertretungsbehörden vor Ort, wobei erforderlichenfalls die zuständigen Behörden des jeweiligen Landes eingeschaltet werden. Gibt es in einem Staat keine österreichische Vertretungsbehörde, wird in dringenden Notfällen die lokale Vertretung eines EU-Mitgliedstaats eingeschaltet (EU-Konsularzusammenarbeit und Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfeleistung an EU-BürgerInnen gemäß Art 20 EGV).

1. Bürgerservice

Das Bürgerservice des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten bietet in Zusammenarbeit mit den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland konsularische Hilfestellung bei Notlagen österreichischer StaatsbürgerInnen im Ausland. Unter der Telefonnummer 0 50 11 50-4411 stehen rund um die Uhr MitarbeiterInnen für konsularische Notfälle, Anfragen zu Reiseinformationen und allgemeine Auskünfte betreffend Visaerteilung, Dokumentenbeschaffung aus dem Ausland, Beglaubigungen, Behördenwege etc. zur Verfügung. In Spitzenzeiten waren bis zu 1.000 Anrufe pro Tag zu verzeichnen.

Die Zunahme von Auslandsreisen österreichischer StaatsbürgerInnen spiegelt sich in der Inanspruchnahme von konsularischer Unterstützung bei Krankheit oder Unglücks- und Todesfällen im Ausland wieder (im Jahr 2007 in 2.570 Fällen). Dabei stieg die Zahl der Betreuungs- und Heimsendungsfälle von psychisch labilen oder geistig erkrankten österreichischen StaatsbürgerInnen. Insgesamt standen Budgetmittel von 211.000 Euro zur Unterstützung von österreichischen StaatsbürgerInnen in Notsituationen im Ausland zur Verfügung.

Dank des hohen Bekanntheitsgrads der Reisehinweise, die Auslandsreisenden als objektives Informationsmedium dienen, verzeichnete die Webseite des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten www.aussenministerium.at zu Spitzenzeiten bis zu 500.000 Zugriffe pro Monat. In Zusammenarbeit mit den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland und mit den EU-Partnern wird vor allem die Einschätzung

Allgemeine Rechts- und Konsularfragen

der Sicherheitslage laufend aktualisiert. Zur weiteren Verbesserung der Information über die Serviceleistungen des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten für Menschen in Notlagen wurde eine so genannte „Notfallkarte“ im Scheckkartenformat erstellt, auf der die Telefonnummer und die Email-Adresse des Bürgerservices sowie die Homepage des Ministeriums angeführt sind. Die Karte wurde unter anderem anlässlich des Tags der Offenen Tür am 26. Oktober verteilt.

2. Krisenvorsorge und Krisenmanagement

2.1. Die nationale Dimension

Naturkatastrophen, Terroranschläge sowie Bürgerkriege verdeutlichten die zunehmende Bedeutung von Krisenvorsorgemaßnahmen des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten und der Vertretungsbehörden im Ausland. Zur weiteren Verbesserung der Krisenreaktionsfähigkeit wurden umfangreiche Schulungen konsularisch ausgebildeter MitarbeiterInnen für den Einsatz in Kriseneinsatzteams durchgeführt und die technische Ausrüstung durch den Aufbau mobil einsetzbarer Kriseneinsatzeinheiten verbessert.

Bei den Waldbränden in Italien (Juli) und Griechenland (August) sowie bei vielen anderen Krisen in der Welt konnte durch den raschen und effizienten Einsatz von Kriseneinsatzteams vor Ort und über die Bürgerservice-Hotline bestmögliche Unterstützung für die Betroffenen geleistet werden.

Die Intensivierung der Zusammenarbeit mit anderen Ressorts und Organisationen, wie dem Bundesministerium für Inneres, dem Bundesministerium für Landesverteidigung, dem Roten Kreuz und psychosozialen Einrichtungen, und die Entsendung gemeinsamer Einsatzteams im akuten Krisenfall erwiesen sich in sämtlichen Krisenfällen des Jahres als geeignete Maßnahmen zur bestmöglichen Unterstützung betroffener StaatsbürgerInnen.

2.2. Die EU-Dimension

Aufbauend auf den nationalen Maßnahmen war in Krisenfällen eine verstärkte Kooperation der betroffenen EU-Mitgliedstaaten im Dienste der BürgerInnen der Union zu verzeichnen. Diese Zusammenarbeit war während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft besonders forciert worden. Zwischen den Krisenzentren in den Hauptstädten, den Vertretungsbehörden in den betroffenen Ländern sowie den nationalen Krisenteams vor Ort wurden Informationen ausgetauscht, gemeinsame Informationsstellen an Flughäfen, in Flüchtlingszentren, Spitälern und Hotels errichtet, gemeinsame Suchteams zum Auffinden von EU-BürgerInnen gebildet, gemeinsame Evakuierungsmaßnahmen vorbereitet sowie die Behörden des Gastlandes nach EU-interner Abstimmung kontaktiert.

*Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik***3. Hilfeleistung in Zivil- und Strafsachen**

Hilfestellung in Rechtsangelegenheiten wurde in insgesamt 1.469 Fällen geleistet, wobei die Vertretungsbehörden weder in laufende Verfahren eingreifen können noch in privatrechtlichen Angelegenheiten zur Vertretung österreichischer StaatsbürgerInnen als Parteien befugt sind.

4. Neue Verträge

Das in Wien am 5. Mai 2006 unterzeichnete Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Mazedonien über die Übernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt samt Protokoll zu dessen Durchführung trat am 1. Februar in Kraft.

Das in Wien am 5. Mai 2006 unterzeichnete Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und dem Ministerrat von Bosnien und Herzegowina über die Übernahme von Personen mit illegalem Aufenthalt (Rückübernahmeabkommen) samt Protokoll zu dessen Durchführung sowie das ebenfalls am 5. Mai 2006 in Wien unterzeichnete Abkommen zwischen dem Bundesministerium für Inneres der Republik Österreich und dem Sicherheitsministerium von Bosnien und Herzegowina über die polizeiliche Zusammenarbeit traten am 1. September in Kraft.

Das in Luxemburg am 20. April unterzeichnete Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Französischen Republik über die Übernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt samt Durchführungsprotokoll trat am 1. November in Kraft.

Das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und dem Ministerrat der Republik Albanien über die polizeiliche Zusammenarbeit wurde in Tirana am 29. Juni unterzeichnet.

Der Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Republik Kroatien über die polizeiliche Zusammenarbeit wurde in Wien am 14. November unterzeichnet.

II. Reise- und Grenzverkehr**1. Sichtvermerksangelegenheiten**

Österreichische StaatsbürgerInnen können in 103 (2006: 93) Staaten, unter anderem in alle Nachbarstaaten, nach Japan, Kanada, in die USA sowie in viele weitere Staaten in Afrika, Asien und Südamerika mit gewöhnlichen Reisepässen sichtvermerksfrei einreisen. Staatsangehörige von 138 (2006: 137) Staaten benötigen für die Einreise nach Österreich einen Sichtvermerk. Die österreichischen Vertretungsbehörden erteilten insgesamt 409.825 Visa, was eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 3,4% bedeutet. Diese ist unter anderem auf die erfolgreiche Tätigkeit der Österreich-Werbung in den

Reise- und Grenzverkehr

Schwerpunktgebieten China, Russland und Ukraine sowie im arabischen Raum zurückzuführen.

Mit Slowenien wurde am 23. November eine Vereinbarung über die Durchführung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien über die wechselseitige Vertretung hinsichtlich der Erteilung von Visa geschlossen.

Im Rahmen der Regionalen Partnerschaft wurden Gemeinsame Annahmestellen (für Schengen-Visa) eingerichtet und jeweils ein Zentrum in Chişinău (Moldau) am 25. April unter ungarischer und in Podgorica (Montenegro) am 5. Oktober unter slowenischer Patronanz eröffnet. Es handelt sich dabei um die ersten Gemeinsamen Annahmestellen der EU, ein Projekt, das Österreich von Anfang an mitgestaltete.

Aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 1932/2006 des Rates vom 21. Dezember 2006 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 wurde die Einführung der Sichtvermerkpflcht für Staatsangehörige Boliviens mit 1. April festgelegt. Österreich nahm durch Abschluss eines Protokolls über die Änderung des Notenwechsels zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung von Bolivien über die Aufhebung des Sichtvermerkszwanges vom 3. August 1960 InhaberInnen von bolivianischen Dienst- und Diplomatenpässen von der Visumpflicht mit 1. April aus.

Mit 1. Juni trat das Visaerleichterungsabkommen sowie das Rückübernahmeabkommen zwischen der EU (mit Ausnahme von Dänemark, Großbritannien und Irland) und der Russischen Föderation in Kraft.

Die Europäische Kommission führte die kombinierten Verhandlungen zum Abschluss von Abkommen zur Visaerleichterung und zu Rückübernahmen mit den westlichen Balkanländern, Moldau und der Ukraine zu einem erfolgreichen Ende. Alle derartigen Abkommen wurden unterzeichnet und bis Jahresende ratifiziert.

Mit Ungarn wurde am 6. März ein Abkommen über die wechselseitige Vertretung im Verfahren zur Erteilung von Visa geschlossen, das am 1. Mai in Kraft trat. Am 20. September wurde ein Abkommen über die Vertretung Österreichs bei der Bearbeitung von Visa durch Ungarn in Chişinău geschlossen. Am 29. November wurde mit Ungarn ein Durchführungsabkommen zum Abkommen über die wechselseitige Vertretung im Verfahren zur Erteilung von Visa geschlossen, welches unter anderem die durch den bevorstehenden Schengen-Beitritt Ungarns bedingten Änderungen in den vorhergehenden Abkommen berücksichtigte.

Mit Slowenien wurde am 23. November ein Durchführungsabkommen über die Vertretung Österreichs bei der Bearbeitung von Visa durch Slowenien in Podgorica sowie Sloweniens durch Österreich an mehreren Dienstorten geschlossen. Das Durchführungsabkommen trat am 1. Dezember 2007 in Kraft.

*Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik***1.1. Visakommission**

Die Umsetzung der Empfehlungen der unabhängigen, weisungsfreien externen Kommission zur Untersuchung der Vorwürfe im Visabereich (Visakommission) unter dem Vorsitz von Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch wurde im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres mit zahlreichen Verbesserungen in der Administration der Sichtvermerke fortgesetzt. Die enge Zusammenarbeit zwischen den beiden Ressorts bei der Beobachtung und Analyse von Entwicklungen im Sichtvermerksbereich wurde ausgebaut. Gleichzeitig wurde der Dialog mit der Wirtschaft zum besseren gegenseitigen Verständnis intensiviert.

Seit 1. März können ÖsterreicherInnen, welche der Sichtvermerkspflicht unterliegende Personen nach Österreich einladen, ihre Dokumente über eine Fremdenpolizeibehörde elektronisch an die betreffende Vertretungsbehörde im Ausland übermitteln. Auch die Bescheinigungen des Arbeitmarktservice (AMS) werden in elektronischer Form gehandhabt. Dadurch entfallen mitunter langwierige und kostenintensive Postwege sowie die Verpflichtungen zur notariellen Beglaubigung. Gleichzeitig wird mit diesen Maßnahmen die Fälschungs- und somit die Prüfsicherheit wesentlich erhöht.

Gemeinsame Schulungs- und Prüfteams des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten und des Bundesministeriums für Inneres untersuchten an den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland auch Möglichkeiten zur Steigerung der Ablauffeffizienz. Weiters wird die bauliche Infrastruktur für die Administration der Sichtvermerke laufend verbessert. Entsprechende Maßnahmen wurden etwa an den Vertretungsbehörden in Ankara, Bukarest, Hong Kong, Moskau und Shanghai umgesetzt.

Die Schulungen zu den Themen Administration von Sichtvermerken, Korruptionsprävention sowie Schlepperkriminalität und Visaerschleichung wurden intensiviert. Die Konsular- und Verwaltungskonferenz im Juni mit dem Schwerpunkt Konsularwesen, einschließlich Korruptionsprävention, wurde als verpflichtende Weiterbildungsveranstaltung für ins Ausland entsandte Bedienstete abgehalten und von rund 90 TeilnehmerInnen besucht. Auch die Botschafterkonferenz im September widmete sich der Information und Sensibilisierung der TeilnehmerInnen für den Visabereich. Sowohl für die Grundausbildung als auch berufsbegleitende Weiterbildung wurde ein gemeinsames umfassendes Schulungskonzept zum Visa-, Asyl-, Pass- und Aufenthaltswesen erarbeitet. Dieses neue Schulungskonzept wurde erstmals als Pilotprojekt des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten und des Bundesministeriums für Inneres gemeinsam in den laufenden Schulungen im November umgesetzt. Darüber hinaus wurden 36 Schulungen im Bereich des Konsularwesens ab-

AuslandsösterreicherInnen

gehalten, davon neun zum Thema Administration der Sichtvermerke und vier zum Thema Korruptionsprävention.

2. Grenzverträge

Durch Notenwechsel trat am 14. Juli die Änderung und Ergänzung der Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechischen Republik über die Errichtung von festgelegten Stellen auf touristischen Wegen in Kraft.

Das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Ungarn zur Änderung und Ergänzung des Abkommens über den Grenzübertritt auf grenzüberschreitenden touristischen Wegen an der gemeinsamen Staatsgrenze wurde am 11. Oktober unterzeichnet und trat am 1. November in Kraft. Ebenso am 1. November trat die Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Ungarn über die Zusammenarbeit in der gemeinsamen Kontaktdienststelle in Nickelsdorf-Hegyeshalom in Kraft.

Die Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Ungarn zur Änderung und Ergänzung der Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Ungarn über die Errichtung von Grenzabfertigungsstellen und über die Zusammenarbeit bei der Kontrolle des Grenzverkehrs trat am 1. November in Kraft.

Das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung, dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung des Fürstentums Liechtenstein über den gegenseitigen Datenaustausch in Asylangelegenheiten trat am 1. Dezember in Kraft.

III. Sozial-, Arbeits- und Gesundheitspolitik

Die Expertengespräche mit der Republik Korea und Uruguay über den Abschluss von Abkommen über Soziale Sicherheit wurden abgeschlossen. Fortgesetzt wurden die diesbezüglichen Kontakte mit Australien sowie mit der in Wien ansässigen Organisation der VN für industrielle Entwicklung (UNIDO).

Gemeinsam mit anderen Bundesministerien wurden die Vorbereitungen für den Fall des Ausbruchs einer Humangrippe-Pandemie weitergeführt.

IV. Die AuslandsösterreicherInnen

Die Betreuung und Unterstützung der AuslandsösterreicherInnen zählt zu den Kernaufgaben des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten. Die österreichischen Botschaften und (General-)

Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik

Konsulate sind für AuslandsösterreicherInnen erste Anlauf- und Service-stelle für Pass-, Staatsbürgerschafts- und Wahlangelegenheiten, weitere Behördenkontakte und Informationen über Österreich, effektive Krisen-(vorsorge)koordination sowie die Organisation und Vermittlung von Veranstaltungen mit Bezug zu Österreich. Neben den Vertretungsbehörden im Ausland stellt die Webseite des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten www.AuslandsoesterreicherInnen.at ein wichtiges Bindeglied zu Österreich dar.

Da keine Verpflichtung besteht, einen dauernden Aufenthalt im Ausland amtlich registrieren zu lassen, sind Angaben über die Zahl der AuslandsösterreicherInnen oftmals Schätzungen. Bei den Vertretungsbehörden waren mehr als 450.000 ÖsterreicherInnen erfasst, davon 370.000 mit aktuellen Adressen. Die meisten AuslandsösterreicherInnen leben in Deutschland (230.000), der Schweiz (40.000), den USA (30.300), Kanada (30.000), der Republik Südafrika (20.000), Australien und Großbritannien (je 15.000), sowie in Argentinien und Brasilien (je 11.000).

Die Zahl der „HerzensösterreicherInnen“ (Personen, die sich infolge ihrer früheren österreichischen Staatsbürgerschaft, infolge ihrer Vorfahren, anderer Verwandter oder aus anderen Gründen Österreich besonders verbunden fühlen) kann überhaupt nur geschätzt werden und dürfte einige Hunderttausende umfassen.

1. Organisation der AuslandsösterreicherInnen

Die Beziehung der AuslandsösterreicherInnen zu Österreich wird vor allem in **AuslandsösterreicherInnen-Vereinen** und anderen Vereinigungen im Ausland gepflegt, von denen über 400 in mehr als 70 Ländern der Welt bestehen. Diese Vereinigungen sind auf www.AuslandsoesterreicherInnen.at abrufbar.

Der Auslandsösterreicher-Weltbund (**AÖWB**) mit Sitz in Wien ist Dachverband, Interessensvertretung und Serviceorganisation der im Ausland bestehenden ÖsterreicherInnen-Vereinigungen und AuslandsösterreicherInnen. Präsident ist seit 2004 Gustav Chlestil, als Generalsekretärin fungiert Irmgard Helperstorfer. Der AÖWB gibt das Magazin „ROT-WEISS-ROT“ heraus. Das vom ÖAWB jährlich veranstaltete Treffen der AuslandsösterreicherInnen fand in Bregenz vom 6.-9. September statt. Der AÖWB erhielt Subventionen des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten in der Höhe von 217.000 Euro.

Die **Burgenländische Gemeinschaft** ist der Dachverband aller BurgenländerInnen im Ausland und gibt die Zeitschrift „Die Burgenländische Gemeinschaft“ heraus. Präsident der Burgenländischen Gemeinschaft ist Walter Dujmovits.

AuslandsösterreicherInnen

2. Unterstützung österreichischer StaatsbürgerInnen im Ausland

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten richtete im Sommer einen **Internet-Ratgeber für AuslandsösterreicherInnen** ein, der unter www.aoe-ratgeber.at zu mehr als 30 Themen mit Bezug zu AuslandsösterreicherInnen informiert.

Für die Betreuung in Not geratener AuslandsösterreicherInnen sorgt der 1967 gegründete **Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland**. Der je zur Hälfte vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten und von den Bundesländern subventionierte Fonds leistete finanzielle Zuwendungen von rund 591.000 Euro an 1.153 bedürftige ÖsterreicherInnen in 59 Ländern. Vorsitzender des von der Bundesregierung bestellten Kuratoriums des Fonds ist Botschafter i.R. Georg Hohenberg, als Geschäftsführer fungiert Stefan Bagyura.

Das Bundesgesetz über den Auslandsösterreicher-Fonds (**AÖF-G**) trat mit 1. Jänner in Kraft. Erstmals können in besonderen Härtefällen auch ehemalige StaatsbürgerInnen finanziell unterstützt werden, die aus wichtigen und nachvollziehbaren Gründen die österreichische Staatsbürgerschaft aufgeben mussten, aber HerzensösterreicherInnen geblieben sind.

Im Rahmen der alljährlichen **Weihnachtsaktion** des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten wurden Geld- und Sachspenden an 611 bedürftige AuslandsösterreicherInnen in 51 Ländern in der Höhe von insgesamt rund 80.000 Euro geleistet. 24 AuslandsösterreicherInnen in zehn Ländern erhielten Mittel in der Höhe von insgesamt 5.760 Euro als Weihnachtssonderunterstützung. Darüber hinaus wurden im Laufe des Jahres besonders bedürftige AuslandsösterreicherInnen mittels Einmalzahlungen von insgesamt 5.700 Euro unterstützt.

Im Ausland wohnhaften, betagten oder schwer erkrankten ÖsterreicherInnen, die nicht mehr imstande sind, für sich selbst zu sorgen, kann vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten eine **Rückkehr in ihre Heimat** samt Unterbringung in einer entsprechenden Einrichtung vermittelt werden. 14 ÖsterreicherInnen aus zehn Ländern kamen diese Leistungen zugute.

3. Die Teilnahme der AuslandsösterreicherInnen an der politischen Willensbildung in Österreich und der Europäischen Union

Seit 1990 besteht für AuslandsösterreicherInnen und für am Wahltag im Ausland befindliche „InlandsösterreicherInnen“ das Wahlrecht bei Nationalrats- und Bundespräsidentenwahlen sowie das Teilnahmerecht an bundesweiten Volksabstimmungen. Auch an den Wahlen der österreichi-

Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik

schen Mitglieder des Europäischen Parlaments können AuslandsösterreicherInnen und nichtösterreichische EU-BürgerInnen mit Hauptwohnsitz in Österreich teilnehmen.

Das Auslands(österreicherInnen)-Wahlrecht wurde mit Wirkung vom 1. Juli erheblich erleichtert: Wählen ist schon ab dem vollendeten 16. Lebensjahr und die Wahl zum/r Abgeordneten für den Nationalrat oder das Europäische Parlament bereits ab dem vollendeten 18. Lebensjahr möglich. Die Briefwahl steht all jenen im In- und Ausland offen, die am Wahltag ihre Stimme nicht in einem Wahllokal abgeben können. Für die Stimmabgabe im Wege der Briefwahl genügt anstelle einer Bestätigung über die Rechtmäßigkeit des Wahlakts durch „Zeugen“ eine unterschriebene eidesstattliche Erklärung. AuslandsösterreicherInnen können Wahlkarten für einen Zeitraum von zehn Jahren im Voraus bestellen und werden, sofern ihre Adressen der Wählerevidenzgemeinde bekannt sind, über kommende Wahlen oder über ihre in Aussicht stehende Streichung aus der Wählerevidenz von Amts wegen verständigt. Auch über negative Entscheidungen zu Anträgen auf Eintragung in die Wählerevidenz sowie zu Anträgen auf Ausstellung von Wahlkarten müssen AuslandsösterreicherInnen von den Wählerevidenzbehörden verständigt werden. AuslandsösterreicherInnen können sich erstmals an Volksbefragungen beteiligen. Darüber hinaus wird es AuslandsösterreicherInnen künftig möglich sein, ihre Stimme auch bei Landtagswahlen abzugeben, wenn die jeweiligen Landtage dies beschließen und wenn seit der Verlegung des Hauptwohnsitzes aus diesem Bundesland in das Ausland nicht mehr als zehn Jahre vergangen sind. Mit dieser Wahlrechtsnovelle wurden die vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten unterstützten und vertretenen langjährigen Forderungen der AuslandsösterreicherInnen und des AÖWB umgesetzt. Details dazu sowie alle diesbezüglichen Formulare befinden sich auf der Website des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten unter www.wahlinfo.aussenministerium.at.

4. eGovernment, eGovernance, eDemocracy, eVoting

Die AuslandsösterreicherInnen fordern von öffentlichen Stellen ihrer Heimat in zunehmendem Maße die Möglichkeit der Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten beschritt mit seiner 2002 eröffneten Website www.AuslandsoesterreicherInnen.at früh diesen Weg und fördert gemeinsam mit österreichischen WissenschaftlerInnen die Anwendung von IKT, um die Kommunikation zu verbessern und die Bürgerbeteiligung an demokratischen Prozessen, einschließlich Wahlen, zu erleichtern. Eine Koordinationstagung des Europarats-Komitees für eDemocracy fand unter österreichischem Vorsitz im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten am 13. und 14. Dezember statt.

D. Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

I. Einleitung

Die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern, die Sicherung des Friedens und der menschlichen Sicherheit sowie die Erhaltung der Umwelt und der Schutz der natürlichen Ressourcen sind die wichtigsten Ziele der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit (**OEZA**). Programme und Projekte werden gemeinsam mit den Partnern vor Ort abgestimmt, kulturelle und soziale Rahmenbedingungen systematisch berücksichtigt. Besonderes Augenmerk legt die OEZA auf die Gleichstellung von Frauen und Männern und die Einbindung von Frauen in Entscheidungsprozesse. Die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern und Menschen mit Behinderungen ist ein weiteres Grundprinzip. Intensive Anstrengungen für mehr Qualität in der Zusammenarbeit, insbesondere stärkere Kohärenz und Harmonisierung, tragen zu erhöhter Effizienz, Effektivität und Nachhaltigkeit der OEZA bei.

1. Internationale Grundlagen

Die acht **Millenniums-Entwicklungsziele**, welche im Jahr 2000 von den VN-Mitgliedstaaten verabschiedet wurden, um die weltweite Armut und ihre Folgen stärker und koordinierter als bisher zu bekämpfen, trugen zu einer Bewusstseinssteigerung und Intensivierung der Entwicklungszusammenarbeit bei. Bei der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele handelt es sich um ein ambitioniertes Vorhaben, das eine verbesserte Abstimmung der entwicklungspolitischen Aktivitäten erforderlich macht. Besonders gefordert sind auch die Regierungen der Partnerländer, denen die Hauptverantwortung für die Erreichung der Ziele zukommt.

2. Gesetzliche Grundlagen

Das im Jahr 2002 beschlossene und 2003 novellierte Bundesgesetz über die Entwicklungszusammenarbeit (**EZA-G**) bildet die Grundlage für eine einheitliche österreichische Entwicklungspolitik und enthält einen konkreten Zielkatalog, welcher der gesamten Bundesverwaltung entwicklungspolitische Kriterien vorgibt. Dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten kommt dabei die Koordinationsfunktion zu. Die Austrian Development Agency (ADA) ist seit 2004 als operativer Teil der OEZA tätig. Die strategischen Vorgaben für die Tätigkeiten der ADA werden vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten formuliert.

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

3. Budget für Entwicklungszusammenarbeit

Die öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (**ODA**) lagen 2007 laut Voranmeldung an den Entwicklungshilfesausschuss der OECD (DAC) bei 1.313 Millionen Euro bzw. 0,49% des Bruttonationaleinkommens und damit wie in den beiden vorangegangenen Jahren über dem für 2006 festgesetzten Barcelona-Ziel von 0,33%.

4. Nachhaltige Entwicklung

Nachhaltige Entwicklung bedeutet die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Menschen unter gleichzeitiger Wahrung bzw. Wiederherstellung des Gleichgewichts im globalen Ökosystem. Dadurch können auch zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse befriedigen, ohne die Ressourcengrenzen zu überschreiten. Ungerechtigkeit, eine wachsende Kluft zwischen Reich und Arm, zunehmende Umweltzerstörung, die Missachtung der Menschenrechte und Krieg widersprechen den Prinzipien der Nachhaltigkeit. Ein Kernpunkt für die Nachhaltigkeit von Entwicklung liegt im Setzen von Initiativen seitens der Betroffenen für ihren Entwicklungsweg. Institutionelle Kompetenzen und Kapazitäten der Partnerländer müssen zur langfristigen Absicherung der Erfolge der Entwicklungszusammenarbeit gestärkt werden. Entscheidungen sollen dezentralisiert sowie demokratische Strukturen und Verfahren aufgebaut und gefördert werden. So kann ein besseres Angebot an öffentlichen Dienstleistungen zu einer gesteigerten Identifikation der BürgerInnen mit ihrem Staat und damit zu mehr Nachhaltigkeit führen. Demzufolge ist die OEZA auch im Bereich Konfliktmanagement und gute Regierungsführung tätig. Alle Vorhaben werden einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen.

5. Politik-Kohärenz im Interesse von Entwicklung

Die Ziele und Prinzipien der österreichischen Entwicklungspolitik sind in allen Politikbereichen zu berücksichtigen, die Entwicklungsländer betreffen. Dieses Prinzip ist in Österreich gesetzlich verankert und stellt ein Schlüsselement für die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit dar. Am 20. September veröffentlichte die EU erstmals einen Fortschrittsbericht über Politikkohärenz im Interesse von Entwicklung, an dessen Erstellung sich Österreich beteiligt hatte. Die OEZA führte eine Kohärenz-Arbeitsgruppe auf interministerieller Ebene thematisch fort und trat mit den österreichischen NRO in einen „Strukturierten Dialog“ ein. Dies ermöglicht ein systematisches Aufgreifen von so genannten Kohärenzthemen wie Klimawandel und Entwicklung, die Verbindung von sicherheits- und entwicklungspolitischen Aspekten, aber auch die entwicklungssensitive Gestaltung von Wirtschaftsbeziehungen auf EU-Ebene und globaler Ebene. Einen wichtigen Bestandteil der Kohärenzagenda bildet der Österreichische

Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

Aktionsplan vom 8. August zur Umsetzung der Resolution 1325 (2000) des VN-SR, der konkrete Vorgaben für die Unterstützung der Rolle von Frauen in Friedensprozessen macht.

II. Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

1. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

1.1. Schwerpunktregion Zentralamerika

In Zentralamerika unterstützt die OEZA den fortschreitenden wirtschaftlichen und sozialen Integrationsprozess, insbesondere durch Maßnahmen für eine verstärkte Beteiligung benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Dazu zählen Programme zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kleingewerbetreibende und kleinbäuerliche Betriebe sowie zur Stärkung marginalisierter Bevölkerungsschichten bei der Einforderung ihrer sozialen Rechte und Menschenrechte. Das 2007 unterzeichnete Kooperationsabkommen für eine „Partnerschaft für Energie und Umwelt mit Zentralamerika“ (EEP) gilt als erfolgreiches Beispiel für die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene.

Die Schwerpunktaktivitäten der OEZA in **Nicaragua** betreffen Ländliche Entwicklung, Förderung von Kleinunternehmen sowie den Gesundheitssektor. Im Gesundheitssektor leistete die OEZA mit Finnland, den Niederlanden, Schweden und der Weltbank einen gemeinsamen Beitrag zur Unterstützung der nationalen Gesundheitsstrategie. Die bilateralen OEZA-Leistungen (Nettozahlungen) in diesem OEZA-Schwerpunktland beliefen sich auf rund 5,92 Millionen Euro.

In **Guatemala** wurden traditionelle Institutionen der indigenen Bevölkerung und deren Wohnheitsrecht sowie die zweisprachige und interkulturelle Ausbildung unterstützt. Kooperationspartner der OEZA sind dabei lokale zivilgesellschaftliche Organisationen. Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 1,71 Millionen Euro erbracht.

In **El Salvador** konzentrierte sich die Förderung auf die Bereiche Ländliche Entwicklung und Kleinunternehmen. Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft wurde die Ausbildung von akademischen Fachkräften in Österreich fortgeführt. Die Höhe der OEZA-Leistungen (Nettozahlungen) betrug rund 627.000 Euro.

Das Engagement für die **Region Karibik** ist an der Schnittstelle zum Programm für die Region Zentralamerika angesiedelt. Die OEZA unterstützt die Karibik in den Bereichen Katastrophenhilfe, Bekämpfung des unerlaubten Drogenhandels und Klimawandel. Österreich erbrachte im Jahr 2007 bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 1 Million Euro. Österreich bietet in Zusammenarbeit mit ITH Klessheim die Ausbildung von Fachkräften im Tourismussektor unter Gewährung von Stipen-

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

dien an. Im akademischen Studienjahr 2007/2008 wurden für die Karibik insgesamt zehn Vollstipendien zur Verfügung gestellt. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf rund 175.000 Euro.

1.2. Schwerpunktregion Westafrika

Thematische Schwerpunkte in **Westafrika** waren Konfliktprävention, lokale Entwicklungsmodelle und Energie. Anlässlich der Konferenz von Ouagadougou im November wurde auf Ebene der AußenministerInnen sowie der Staats- und Regierungschefs die Unterstützung der OEZA im Rahmen der Errichtung einer regionalen Energie-Agentur zugesagt, die insbesondere den Zugang zu Energiedienstleistungen in der Region erleichtern soll.

Das mit dem Schwerpunktland **Burkina Faso** vereinbarte indikative Kooperationsprogramm 2005-2007 legte eine Unterstützung der Bereiche Ländliche Entwicklung, Handwerksförderung und Berufsausbildung sowie Aufbau von Klein- und Kleinstunternehmen fest. Die Harmonisierung der Aktivitäten mit nationalen Prioritäten und darauf abgestimmten Instrumenten zur Armutsbekämpfung blieb ein wesentliches Anliegen der OEZA. Die bilateralen OEZA-Leistungen (Nettozahlungen) beliefen sich auf rund 3,03 Millionen Euro.

Im **Senegal** setzte die OEZA im Rahmen des Landesektorprogramms auf nachhaltige Ländliche Entwicklung mit Kooperationsschwerpunkten im Süden des Landes. Im Mittelpunkt standen die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktivität und des Marktzugangs durch Maßnahmen der lokalen Entwicklung. Die Projekte in den Bereichen Landwirtschaft, Handwerksförderung und Umweltschutz greifen dabei ineinander. Die Unterstützung von Berufsvereinigungen sowie die Zusammenarbeit mit lokalen NRO auf Gemeindeebene stärkten überdies die senegalesische Zivilgesellschaft. Damit wurde auch ein Beitrag zur Demokratisierung und zur Sicherung des Friedens geleistet. Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 2,10 Millionen Euro erbracht.

Das Schwerpunktland **Kap Verde** verbesserte seine makroökonomische Situation so weit, dass dessen Status als LDC endete. Diese neue Situation berücksichtigte das 2006 vereinbarte Landesprogramm mit den Schwerpunktthemen nachhaltiges Management natürlicher Ressourcen, Dezentralisierung und Regionalentwicklung auf der Insel Santiago. Kooperationen im Bildungsbereich wurden fortgesetzt. Die Höhe der bilateralen OEZA-Leistungen (Nettozahlungen) betrug rund 1,81 Millionen Euro.

1.3. Schwerpunktregion Ostafrika

Thematische Schwerpunkte in Ostafrika waren gute Regierungsführung, Landrechte und Konfliktprävention sowie Wasserversorgung und Siedlungshygiene, die im Rahmen einer Zusammenarbeit mit den Regionalor-

Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

ganisationen und fachlichen Netzwerken weiterverfolgt wurden. Im Rahmen einer neuen Kooperation mit der Konferenz der großen Seen stehen im Besonderen die Besitzrechte von Flüchtlingen im Mittelpunkt.

Die OEZA war im Schwerpunktland **Äthiopien** in den Bereichen Gesundheit, Ernährungssicherung, Energieversorgung sowie Wissenschaft und Forschung aktiv und erbrachte rund 4,02 Millionen Euro an bilateralen OEZA-Leistungen (Nettozahlungen).

Das nationale Armutsprogramm (Poverty Eradication Action Plan) des Schwerpunktlands **Uganda** war Grundlage der bilateralen Zusammenarbeit. Dabei wurde Maßnahmen zur Dezentralisierung, zur Förderung der lokalen Entwicklung und zum Aufbau der lokalen Justiz im vom Bürgerkrieg betroffenen Norduganda Priorität eingeräumt. Im Wassersektor werden seit 1997 kleine öffentliche Versorgungs- und Entsorgungssysteme im ländlichen Raum eingerichtet. Im Privatsektor werden Mikrokredite und Business Development Services (nicht-finanzielle Dienstleistungen zur Unternehmensentwicklung) sowie die organische Landwirtschaft unterstützt. Die berufliche Fortbildung mit Stipendien für Kurse in Uganda und Österreich sowie die Förderung eines Theaterprojekts wurden fortgesetzt. Die bilateralen OEZA-Leistungen (Nettozahlungen) beliefen sich auf rund 8,13 Millionen Euro.

In **Burundi** wurden schwerpunktmäßig Maßnahmen zur Wasserversorgung unterstützt. Insgesamt wurden seitens der OEZA bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 508.000 Euro erbracht.

In **Ruanda** konzentrierte sich die OEZA auf die Einrichtung eines Wasserfonds sowie auf die juristische Aufarbeitung des Genozids 1994 zwischen den Ethnien durch Stärkung der lokalen Gacaca-Gerichtsbarkeit. Die Höhe der bilateralen OEZA-Leistungen (Nettozahlungen) betrug rund 939.000 Euro.

In **Kenia** bildeten der Wassersektor, die Zusammenarbeit mit NRO und Forschungsk Kooperationen mit einem Mitteleinsatz in der Höhe von rund 2,12 Millionen Euro für bilaterale OEZA-Leistungen (Nettozahlungen) die wesentlichen Schwerpunkte.

In **Tansania** wurde der Fokus der OEZA auf die Bereiche Dezentralisierung und Unterstützung bei der Erstellung von Distrikt-Entwicklungsplänen gesetzt, wobei der Finanzierungsanteil bilateraler OEZA Leistungen (Nettozahlungen) rund 691.000 Euro umfasste.

1.4. Schwerpunktregion Südliches Afrika

Thematischer Schwerpunkt im **Südlichen Afrika** war die Förderung lokaler und regionaler Entwicklungspläne. Maßnahmen im Bereich der Dezentralisierung der staatlichen Verwaltung sowie die Stärkung lokaler und kleinräumiger Wirtschaftskreisläufe verbanden das Ziel der Armutsminderung

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

mit der Entwicklung demokratischer Basisstrukturen. Auf regionaler Ebene wurde die aktive Teilnahme der OEZA am gemeinsamen entwicklungspolitischen Dialog zwischen nationalen und dezentralen Verwaltungen sowie regionalen Organisationen wie SADC und der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD) vorangetrieben, wobei im Besonderen die Bereiche Landfragen und Infrastruktur (Eisenbahnwesen und erneuerbare Energie) im Mittelpunkt standen.

Im Schwerpunktland **Mosambik** unterstützte die OEZA die Stärkung der Gemeinden und der Lokalverwaltungen in sieben ausgewählten Bezirken der Provinz Sofala und setzte weitere Schwerpunkte im Rahmen einer Stärkung der kleinbäuerlichen Familienlandwirtschaft sowie der Wasserversorgung und -entsorgung. Das bilaterale Fördervolumen (Nettozahlungen) betrug rund 2,47 Millionen Euro.

In **Südafrika** standen die Themen der Gemeindeentwicklung in benachteiligten Regionen sowie der Bereich Landfragen im Mittelpunkt. Die bilateralen OEZA-Leistungen (Nettozahlungen) beliefen sich auf rund 1,06 Millionen Euro.

In **Simbabwe** wurden Vorhaben lokaler zivilgesellschaftlicher Akteure unterstützt. Die bilateralen OEZA-Leistungen (Nettozahlungen) betrugen rund 1,12 Millionen Euro.

1.5. Schwerpunktregion Himalaya-Hindukusch

Die OEZA unterstützte verstärkt gemeinsame Anliegen der Region wie nachhaltige Gebirgsökologie, Energieversorgung sowie den Schutz der Umwelt im Rahmen des Internationalen Zentrums für integrierte Gebirgsentwicklung (ICIMOD).

Das Schwerpunktland **Bhutan** erzielte in den letzten Jahren beachtliche Fortschritte beim Aufbau der Infrastruktur, in der Gesundheitsversorgung und im Bildungswesen. Die OEZA trug mit Vorhaben in den Sektoren Energie, Tourismus, Kultur sowie Waldökologie durch Förderungen in der Höhe von rund 1,98 Millionen Euro (Nettozahlungen) zu den Entwicklungserfolgen bei.

In **Nepal** führte die OEZA ihre Kooperation in den Sektoren Ländliche Entwicklung, Ausbau eines sanften Tourismus sowie Erhaltung des nepalesischen Kulturerbes in Zusammenarbeit mit lokalen und österreichischen Partnerorganisationen mit rund 1,94 Millionen Euro an Mitteleinsatz (Nettozahlungen) fort.

In **Pakistan** wurde ein langjähriges Vorhaben im Tourismusbereich abgeschlossen.

*Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit***1.6. Palästinensische Gebiete**

Die OEZA unterstützt den Nahost-Friedensprozess und – im Einklang mit der „Road Map“ – den Aufbau eines lebensfähigen, unabhängigen und demokratischen palästinensischen Staates (siehe auch Kapitel A.IV.7.1.). Das OEZA-Engagement umfasste die Bereiche Gesundheit, Wasser, Entwicklung von Fähigkeiten und Konfliktprävention sowie den Dialog zwischen Israelis und Palästinensern. Die Zusammenarbeit vor Ort erfolgte durch palästinensische NRO und internationale Organisationen wie das Entwicklungsprogramm der VN (UNDP) und den Bevölkerungsfonds der VN (UNFPA). Das OEZA-Budget betrug rund 1,83 Millionen Euro, der österreichische Beitrag zum Hilfswerk der VN für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) 745.000 Euro.

2. Bilaterale Ostzusammenarbeit**2.1. Schwerpunktregion Südosteuropa**

Trotz der generellen Fortschritte bei der Integration der Länder in die europäischen Strukturen blieb die wirtschaftliche und soziale Lage in der Region angespannt. Die Maßnahmen der OEZA im Rahmen des aktuellen Dreijahresprogramms 2006-2008 folgten den Schwerpunktsetzungen Wirtschaft und Entwicklung, Bildung, Umwelt, Wasser und Energie sowie Rechtsstaatlichkeit und Förderung der Zivilgesellschaft.

Die OEZA unterstützte das Schwerpunktland **Albanien** vor allem in den Bereichen Energie und Wasser, Berufsbildung sowie in der Regionalentwicklung. Der geographische Fokus lag dabei im Großraum Shkodra. Die OEZA leistete damit einen essenziellen Beitrag, um der Bevölkerung in abgelegenen Gebieten Perspektiven zu bieten und die Landflucht einzudämmen. Die Ergebnisse einer umfassenden Evaluierung des bisherigen Programms dienten als Basis für die Entwicklung des Landesprogramms 2007-2009. Die bilateralen OEZA-Leistungen (Nettozahlungen) betragen rund 2,91 Millionen Euro.

Im Schwerpunktland **Bosnien und Herzegowina** wurde das aktuelle Landesprogramm 2005-2007 mit den Schwerpunkten Wirtschaft und Entwicklung sowie Bildung umgesetzt. Zusätzlich wurden Maßnahmen zur Stärkung der gemeinsamen Identität des Gesamtstaats Bosnien und Herzegowina gesetzt. Zur Jahresmitte fand eine Halbzeitbewertung des Programms statt, die eine Fortsetzung der Förderschwerpunkte empfahl. Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 2,50 Millionen Euro erbracht.

Für das Schwerpunktland **Mazedonien** lag die Priorität des Landesprogramms 2005-2007 auf den Bereichen Umwelt, Wasser und Energie. Die Verbesserung der Infrastruktur als Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung sowie die Förderung kostengünstiger und umweltfreundlicher

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

Energielösungen sollen zur Minderung der Armut und zur nachhaltigen, sozial ausgewogenen Entwicklung beitragen. Auch in Mazedonien wurde eine Halbzeitbewertung durchgeführt. Eine stärkere strategische Orientierung in Richtung EU-Integration und Aufbau von Fähigkeiten wurde empfohlen. Die OEZA-Mittel (Nettozahlungen) betragen rund 3,85 Millionen Euro.

Die Kooperation mit **Montenegro** wurde weiter ausgebaut. Die schwerpunktmäßige Förderung der touristischen Regionalentwicklung in der Nordostregion wurde fortgesetzt, ein neues Tourismusprojekt in der Region um den Shkutari-See begonnen. Programme zur Verbesserung der Höheren Bildung, der Berufsbildung und des Umweltschutzes ergänzen das laufende Programm. Die bilateralen OEZA-Leistungen (Nettozahlungen) beliefen sich auf rund 1,85 Millionen Euro.

In **Serbien/Kosovo** wurde die Zusammenarbeit durch das Landesprogramm 2006-2008 definiert. Schwerpunktmäßig unterstützte die OEZA die Bereiche Wirtschaft und Bildung und konzentrierte sich dabei auf die Regionen Vojvodina und Südserbien. Die Unterstützung der Grundrechtsreform in Serbien und die Regionalentwicklung in der Vojvodina waren wichtige Projekte der OEZA. Das Thema Öffnung und Integration wurde als Querschnittsthema verankert. Im Kosovo initiierte die OEZA gemeinsam mit dem österreichischen und kosovarischen Bildungsministerium eine institutionelle Partnerschaft im Bereich Höhere Bildung und finanzierte Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung. Die bilateralen OEZA-Mittel (Nettozahlungen) für Serbien/Kosovo beliefen sich auf rund 4,71 Millionen Euro.

Unter Berücksichtigung des fortschreitenden EU-Integrationsprozesses wurde das Engagement in **Kroatien** verringert; jenes in **Bulgarien** und **Rumänien** lief mit dem EU-Beitritt aus.

Neben den bilateralen Programmen wird die OEZA auch in den kommenden Jahren übergreifende regionale Kooperationen fördern (**Regionalprogramm Südosteuropa**). Die langfristige Friedenssicherung und die Entwicklung der Gesamtregion stehen dabei im Vordergrund. In Wien fand wieder die erfolgreiche „**Balkan Case Challenge**“, ein Studienwettbewerb kombiniert mit einer Berufsmesse, für südosteuropäische Studierende statt.

2.2. Osteuropa und Zentralasien

Das Regionalkonzept **Südkaukasus 2006-2008** trägt dem Erfordernis regionaler Problemlösungen Rechnung. Maßnahmen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und zur Förderung der Zivilgesellschaft in Abstimmung mit dem EU-Nachbarschaftsprogramm sollen zu Konfliktprevention und Konfliktlösung in der Region beitragen. Im Jahr 2007 kamen der Region Südkaukasus und Zentralasien OEZA-Mittel in der Höhe 257.000 Euro zugute.

Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

Der Ausbau der Zusammenarbeit mit **Moldau** wird im Programmzeitraum 2006-2008 fortgesetzt. Ziel der OEZA ist die Schaffung von Lebensperspektiven im ländlichen Raum, etwa durch die Verbesserung der Wasserver- und -entsorgung sowie durch die Modernisierung der landwirtschaftlichen Berufsbildung. Migration und die Bekämpfung von Menschenhandel/Frauenhandel sind weitere wichtige Themen. Moldau kamen OEZA-Mittel in der Höhe von rund 1,59 Millionen Euro zugute.

3. Themen und Sektoren

Vorrangiges Ziel der OEZA ist die Reduzierung der weltweiten **Armut** in all ihren Dimensionen, die Befähigung von Menschen in den Partnerländern zur Entfaltung ihrer wirtschaftlichen Fähigkeiten und Artikulation ihrer politischen Interessen, die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse sowie die Gewährleistung von Sicherheit unter Berücksichtigung soziokultureller Faktoren. Diese grundsätzliche Zielsetzung wurde in den internationalen Geberforen weiterverfolgt und in den im Jahr 2007 erarbeiteten Leitlinien „Armutsminderung“ erläutert. Des Weiteren wurde der Entwicklung von Fähigkeiten und der themenbezogenen Vernetzung im Rahmen von Weiterbildungsveranstaltungen zu theoretischen und praktischen Fragen der Armutsminderung Rechnung getragen.

Die Mehrheit der armen Bevölkerung lebt im ländlichen Raum, der durch mangelnde Basisinfrastruktur, erschwerten Zugang zu grundlegender Versorgung und öffentlichen Dienstleistungen sowie unzureichende Beteiligung an Entscheidungsprozessen gekennzeichnet ist. Im Rahmen von Interventionen im Bereich **Ländliche Entwicklung** wurde diesen Herausforderungen mit angepassten Verfahren und Technologien, speziellen Formen der Wissens- und Informationsvermittlung sowie Beratung begegnet und den vorhandenen Potenzialen Rechnung getragen. Damit wurden nicht nur die Lebensbedingungen der Landbevölkerung, sondern auch die Nahrungsmittelversorgung in den städtischen Zentren verbessert. Die Prinzipien der „Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit“ vom März 2005 werden nicht nur zunehmend in den Partnerländern im Rahmen von Interventionen, sondern auch auf Ebene internationaler Koordinationsforen, etwa der Globalen Geberplattform für den Bereich Ländliche Entwicklung (GDPRD), wahrgenommen. Darüber hinaus erfolgte die Betreuung der Agenden der internationalen Agrarforschung im Rahmen der Beratungsgruppe für internationale Agrarforschung (CGIAR) und die Abstimmung auf europäischer Ebene im Rahmen der Europäischen Initiative für Agrarforschung für Entwicklungsländer (EIARD).

Die OEZA beteiligt sich bei der Unterstützung von **Dezentralisierungsprozessen** in den Partnerländern direkt an nationalen Programmen bzw. unterstützt diese durch komplementäre Interventionen. Im Vordergrund stand dabei die Erreichung von nachhaltiger lokaler Entwicklung in sozialer und

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

wirtschaftlicher Hinsicht sowie guter Regierungsführung auf lokaler Ebene. Schwerpunkte bildeten Maßnahmen zur Entwicklung von Fähigkeiten aller Akteure und Beteiligten, die Ermächtigung der Bevölkerung zur Teilnahme an Entscheidungsprozessen sowie die bestmögliche Nutzung des gegebenen sozialen Kapitals. Darüber hinaus wurden – abhängig vom lokalen Kontext und basierend auf konkreten lokalen Entwicklungsplänen – spezifische Aktivitäten gefördert, um die Lebensbedingungen von armen Bevölkerungsgruppen in benachteiligten Regionen zu verbessern und deren Zukunftschancen zu erhöhen.

In den Bereichen **Governance, Menschenrechte und Friedenssicherung** wurde an der kontinuierlichen Umsetzung und strategischen Verankerung dieser drei OEZA-Leitlinien gearbeitet. Dazu wurden auch Fortbildungsveranstaltungen, etwa zum Thema „Do no harm“ (nicht intendierte Folgen eines Vorhabens und ungewollte Konfliktverschärfungen vermeiden) oder „Menschen mit Behinderungen und Entwicklung“ organisiert. Auf Programm- und Projektebene wurden einerseits Beiträge zu den laufenden Länderprogrammierungen ausgearbeitet, andererseits wurden Akzente durch die Unterstützung globaler und regionaler Initiativen gesetzt, unter anderem mit einem Projekt zur Stärkung von afrikanischen Parlamenten und der Fortsetzung von Projekten im Bereich der Konfliktprävention, Friedenssicherung und weltweiten Vernetzung nichtstaatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure. Ein weiterer Schwerpunkt lag in der Unterstützung eines Projekts zur Früherkennung von sich anbahnenden Konflikten. Fortgesetzt wurde eine Reihe von themenspezifischen Projekten im Rahmen laufender Länderprogramme, etwa im Bereich Justizreform, zur Unterstützung von Friedensprozessen sowie zum Schutz von Kindern in und nach bewaffneten Konflikten.

Die **Gleichstellung von Frauen und Männern** und die **Ermächtigung benachteiligter Frauen** sind wesentliche Prinzipien der OEZA. Die Leitlinien „Gleichberechtigung und Empowerment von Frauen“ wurden in der Länder- und Projektprogrammierung durch Stärkung der institutionellen Strukturen und des Aufbaus von Fähigkeiten umgesetzt. Die thematischen Schwerpunkte in den Bereichen Gender (Gleichstellung der Geschlechter) und Konflikt sowie Menschenhandel/Frauenhandel wurden fortgeführt. Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten veranstaltete die Konferenzen „Women Leaders – Networking for Peace and Security in the Middle East“ (Frauen in führenden Positionen – Vernetzung für Frieden und Sicherheit im Mittleren Osten), „Shaping Our European Future: Networking of Serbian and Kosovar Women“ (Unsere europäische Zukunft formen: Vernetzung von serbischen und kosovarischen Frauen) sowie „Family, Law and Religion in Muslim Worlds“ (Familie, Recht und Religion in der muslimischen Welt), letztere als Beitrag zum Europäischen Jahr des Dialogs der Kulturen 2008. In Burkina Faso fand im November ein Treffen von Bundesministerin Ursula Plassnik mit Frauen

Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

Westafrikas statt. Das Monitoring konzentrierte sich auf die multilateralen Programme mit UNIFEM zu Gender Budgeting in Südosteuropa sowie zur Umsetzung von Resolution 1325 (2000) des VN-SR in Südosteuropa.

Im Arbeitsfeld **Wirtschaft und Entwicklung** wurde die Umsetzung der drei Interventions Säulen fortgesetzt: Verbesserung der Rahmenbedingungen für die privatwirtschaftliche Entwicklung, Stärkung des Privatsektors in den Partnerländern und Einbeziehung der österreichischen bzw. europäischen Wirtschaft in die OEZA. Im Rahmen ihrer Mitgliedschaft bei der Private Infrastructure Development Group (PIDG), einer Gebergruppe zur Mobilisierung privater Investitionen in Infrastruktur in Afrika, leistete die ADA Beiträge in der Höhe von 1,5 Millionen Euro. Als Folge der 2006 von der ADA initiierten Zusammenarbeit mit dem regionalen Reformprogramm für Buchführung und Wirtschaftsprüfung „REPARIS“ richtete die Weltbank das „Centre for Financial Reporting Reform – Europe and Central Asia Region“ (Zentrum für die Reform der finanziellen Berichterstattung – Regionalbereich Europa und Zentralasien) in Wien ein. Die Entwicklungs- und Unternehmenspartnerschaften mit heimischen Unternehmen wurden weiter ausgebaut und 14 neue Projekte genehmigt. Zu Jahresende waren insgesamt 38 Projekte mit einer Gesamtfördersumme von 7,2 Millionen Euro in Durchführung. Durch OEZA-Beiträge konnte ein Gesamtvolumen von 28,7 Millionen Euro für entwicklungsrelevante Maßnahmen mobilisiert werden.

Für den Sektor **Bildung** stellen die beim Weltbildungsforum in Dakar im Jahr 2000 formulierten Ziele des Prozesses „Bildung für alle“ gemeinsam mit den Millennium-Entwicklungszielen den wichtigsten internationalen Referenzrahmen dar. Der Schwerpunkt der Bildungsprogramme lag auf dem Aufbau von institutionellen und personellen Kapazitäten in den Partnerländern, vor allem in den Bereichen Berufsbildung und Höhere Bildung einschließlich Wissenschaft und Forschung. Dabei kam der Umsetzung der Empfehlungen der Bildungssektorevaluierung besondere Bedeutung zu. Die OEZA nahm an der Politikformulierung im Rahmen der EU und der Gruppe für die Entwicklung der Bildung in Afrika (ADEA) teil. Darüber hinaus arbeitete das Bildungsreferat an einem EU-weiten Projekt zur Koordinierung und Harmonisierung der Wasserforschung im Dienste der Entwicklung mit. In der Zusammenarbeit mit EU-Beitrittskandidaten wird ein erweiterter europäischer Bildungs-, Hochschul- und Forschungsraum aufgebaut.

Die Stärkung des vor allem die Sektoren Wasser und Energie umfassenden Bereichs **Infrastruktur** wurde weiterverfolgt. Im April wurde das Abkommen zur Einrichtung des EU-Afrika-Treuhandfonds für Infrastruktur, eines wichtigen Pfeilers der EU-Afrika Strategie, zwischen der Europäischen Kommission, der Europäischen Investitionsbank und sieben EU-Mitgliedstaaten unterzeichnet. Die OEZA beteiligte sich als Gründungsmitglied vorerst mit einem Beitrag von 1 Million Euro für die nächsten drei Jahre.

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

Im **Wassersektor** setzte die OEZA insbesondere in Südosteuropa und Ostafrika Akzente. Auf europäischer Ebene intensivierte Österreich in der EU-Wasserinitiative die Aktivitäten in den Arbeitsgruppen „Afrika“ und „Osteuropa“. In Uganda leitete Österreich erfolgreich die Geberkoordination für den Wassersektor. Zur besseren Koordination der auf die Entwicklungszusammenarbeit bezogenen europäischen Forschung im Wassersektor startete das ERA-NET-Projekt „Splash“ mit einer Laufzeit von vier Jahren, in dem Österreich die Leitung eines Arbeitspakets übernahm.

Im Einklang mit internationalen und europäischen Festlegungen engagiert sich die OEZA verstärkt im **Energiesektor**. Im Februar trat die OEZA der Partnerschaft für Energie und Umwelt mit Zentralamerika (EEP) bei. Die von Finnland ins Leben gerufene Initiative stellt Zuschüsse für die Entwicklung armutsorientierter Projekte im Bereich erneuerbare Energie und Energieeffizienz zur Verfügung. Ende des Jahres trat die OEZA gemeinsam mit dem Bundesministerium für Finanzen dem Energiesektorfonds der Weltbank „ESMAP“ bei. Im November leistete die OEZA mit der Abhaltung des siebten Globalen Forums über nachhaltige Energie zum Schwerpunkt „Energieeffizienz für Entwicklungsländer“ einen wichtigen Beitrag zur internationalen Klimadebatte.

Im Bereich des globalen **Umweltschutzes** stand die Frage im Vordergrund, wie die OEZA künftig diesem Thema im Rahmen der Kooperation mit den Partnerländern verstärkt gerecht werden könne. Die Europäische Kommission beabsichtigt, 2008 eine neue EU-Strategie zur Integration von Umweltfragen in die Entwicklungszusammenarbeit vorzustellen. Die OEZA arbeitete zu diesem Thema in mehreren internationalen Initiativen mit und unterstützte die österreichische Initiative „CDM für Afrika“ des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

4. Kofinanzierung

Ein bedeutender Anteil der österreichischen Programm- und Projekthilfe wurde über österreichische NRO abgewickelt. Zur NRO-Kofinanzierung zählen Projektvorhaben, die auf deren Eigeninitiative basieren und sowohl durch Eigenmittel als auch durch Mittel der OEZA finanziert werden. Grundlage für die inhaltliche Ausrichtung der NRO-Kofinanzierung ist die 2007 in deutscher und englischer Sprache veröffentlichte „**Leitlinie der NRO-Kooperation in der OEZA**“. Sie gibt der Zusammenarbeit mit den NRO einen strategischen Rahmen und entspricht den Erfordernissen und Bedürfnissen in den Partnerländern sowie den internationalen Anforderungen.

Zehn österreichische NRO haben **Rahmenprogramm-Verträge** mit einer Gesamtvertragssumme von knapp 19 Millionen Euro für drei Jahre und führten damit im Jahr 2007 rund 100 Projekte im Bereich Bildung, Ausbildung, Ländliche Entwicklung und Gesundheit durch.

Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

Für die Entsendung von Fachkräften und VolontärInnen wurden im Rahmen der **Personellen Entwicklungszusammenarbeit** zwei Organisationen mit einer Vertragssumme in der Höhe von rund 2,8 Millionen Euro gefördert.

Im Rahmen von **NRO-Einzelprojekten** wurden 13 Projekte in Entwicklungsländern des Südens mit einer Gesamtvertragssumme von rund 700.000 Euro sowie elf Projekte in Südosteuropa, Osteuropa und Zentralasien mit einer Gesamtförderung von rund 620.000 Euro genehmigt. Acht Mikroprojekte österreichischer NRO wurden mit rund 39.000 Euro kofinanziert.

Für laufende **EU-Kofinanzierungsprojekte** wurden Kofinanzierungsbeiträge in Höhe von knapp 1,7 Millionen Euro geleistet. Darüber hinaus wurden 22 neue Förderverträge abgeschlossen, deren Fördervolumen für die kommenden Jahre insgesamt 3,2 Millionen Euro beträgt.

Das dreijährige Projekt „**Regional Partnership-Programm**“ zur stärkeren Verankerung der entwicklungspolitischen Arbeit in den Zivilgesellschaften der EU-Mitgliedstaaten Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn wurde weitergeführt. Das großteils aus OEZA-Fördermitteln unterstützte Programm wird von diesen Staaten kofinanziert.

In Vorbereitung des Hochrangigen Forums in Accra (Ghana) 2008 findet seit dem Frühjahr ein internationaler **Multi-Stakeholder-Dialog mit der Zivilgesellschaft** (Dialog unter Beteiligung von VertreterInnen verschiedener gesellschaftlicher Interessensgruppen sowie von Regierungen und internationalen Organisationen) zum Thema „Erklärung von Paris und Zivilgesellschaft“ statt. Dieser Dialog wird von der OECD geleitet und von ausgewählten bilateralen Gebern finanziert. Die OEZA beteiligte sich mit 50.000 Euro.

5. Evaluierung

Gemäß der vereinbarten Arbeitsteilung obliegt dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten die Auswahl und Themensetzung der strategischen Evaluierungen, während die ADA für die operative Steuerung zuständig ist. **Strategische Evaluierungen** betreffen in der Regel Themen, Sektoren, Instrumente oder Landesprogramme der OEZA und haben nicht einzelne Projekte zum Gegenstand. Diese strategischen Evaluierungen werden entsprechend dem österreichischen Bundesvergabegesetz ausgeschrieben und von Organisationen oder Firmen durchgeführt, die auf Grundlage der fachlichen Bewertung ihrer inhaltlich-methodischen Konzepte ausgewählt und vertraglich mit der Durchführung der Evaluierung beauftragt werden. 2007 standen Evaluierungen von Kultur und Förderung des kulturellen Erbes in der OEZA, von Bildungszusammenarbeit, des österreichischen Engagements in Kenia sowie des Landesprogramms Burkina Faso im Mittelpunkt. Begonnen wurde weiters mit den Vorberei-

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

tungen einer Evaluierung der Instrumente des Sektors Wirtschaft und Entwicklung. Für die im Regierungsprogramm vorgesehene weitere Evaluierung der Tätigkeit der ADA wurden seitens des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten entsprechende Vorbereitungen getroffen.

Im Gegensatz zu den strategischen Evaluierungen sind für **Projektevaluierungen** in erster Linie die Länder- und Sektorverantwortlichen der ADA zusammen mit den beteiligten Durchführungsorganisationen und den Koordinationsbüros zuständig. Die Zahl jener Zwischen- oder Schlussevaluierungen, die bereits bei der Vorbereitung und Erstgenehmigung eines Projekts im Projektzyklus vorgesehen sind, nahm in den letzten Jahren zu, sodass dem Anspruch, kein Vorhaben ohne Evaluierung durchzuführen, verstärkt entsprochen wurde. Die Rolle der ADA-Stabstelle für Evaluierung sowie die des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten beschränkt sich bei diesen Evaluierungen auf eine beratende und qualitätssichernde Funktion.

Auf internationaler Ebene waren das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten und die ADA in den für Evaluierung zuständigen Gremien und Netzwerken innerhalb der EU, im Rahmen des DAC sowie in der Gruppe der deutschsprachigen Evaluierungsdienste (DACH), der mittlerweile neben Österreich auch Belgien, Deutschland, die Niederlande und die Schweiz angehören, regelmäßig vertreten.

III. Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Die Umsetzung der 2005 getroffenen internationalen und EU-internen entwicklungspolitischen Grundsatzentscheidungen, „Erklärung von Paris“ bzw. der „Europäische Konsens über Entwicklungszusammenarbeit“, stand im Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Bemühungen der Staatengemeinschaft.

1. Die Vereinten Nationen

Aufbauend auf den diesbezüglichen Beschlüssen des VN-Weltgipfels 2005 erstattete eine vom ehemaligen VN-GS Kofi Annan errichtete Hochrangige Beratergruppe im November 2006 einen Bericht, der neben einer umfassenden Umstrukturierung des Systems der VN-Vertretungen in Entwicklungsländern wichtige Reformansätze für den Bereich Nachhaltigkeit und Gender anregte. Daraus erarbeitete VN-GS Ban Ki-moon eine Liste von Empfehlungen, die in New York im April vorgestellt wurden. Sie sehen insbesondere die Durchführung von Pilotversuchen zur stärkeren Integration von VN-Programmen in bestimmten Partnerländern vor. Ziel ist die Schaffung von gemeinsamen Landesprogrammen mit einem einheitlichen Budget sowie

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

einer einheitlichen Bürostruktur und Außenvertretung. Diese Empfehlungen wurden in der VN-GV erörtert.

Dem Entwicklungsprogramm der VN (**UNDP**) standen rund 5 Milliarden US-Dollar zur Verfügung. Diese wurden entsprechend dem Finanzierungsrahmen 2006-2007 in den fünf strategischen Zielen der Organisation – Demokratieförderung, Armutsminderung, Energie/Umwelt, Krisenprävention/Wiederaufbau sowie Kampf gegen HIV/AIDS – eingesetzt. Österreich erhöhte seinen Beitrag an UNDP auf insgesamt rund 6,7 Millionen Euro. Darin enthalten sind Beiträge an die thematischen Fonds „Demokratieförderung“ (500.000 Euro), „HIV/AIDS“ (700.000 Euro) und „Energie“ (850.000 Euro) mit einer geographischen Zweckbindung zugunsten der österreichischen Partnerländer Albanien, Mazedonien und Moldau. Im Herbst wurde ein neuer Strategischer Plan 2008-2011 verabschiedet, der Ziele wie den Aufbau von Kapazitäten, die Wirksamkeit der Hilfe und die Gleichberechtigung der Geschlechter enthält.

Der Kapitalentwicklungsfonds der VN (**UNCDF**) verfügt über das Mandat zur Unterstützung von Strukturen und demokratischen Entwicklungsprozessen auf lokaler Ebene, wobei insbesondere Fragen der Planung, des Managements und der Beteiligung der Zivilgesellschaft im Vordergrund stehen. UNCDF leistet nicht nur Unterstützung zum Aufbau des Finanzsektors durch lokale Entwicklungsprogramme und Mikrofinanzprojekte, sondern auch Unterstützung zum Aufbau demokratischer Strukturen auf lokaler Ebene. Österreich hat Interesse, die Beziehungen zu UNCDF vor allem im Bezug auf dessen letztere Funktion zu intensivieren. Mit der Anhebung des Kernbudgets sowie einer Projektfinanzierung in Uganda wurde bereits ein wesentlicher Schritt in diese Richtung gesetzt.

Der Bevölkerungsfonds der VN (**UNFPA**) ist ein vergleichsweise kleines, dezentral organisiertes Programm, das Projekte zur Kontrolle der demografischen Entwicklung unterstützt. Der Organisation kommt in der zentralen Frage der Reproduktionsgesundheit sowohl bei der Bekämpfung von HIV/AIDS als auch bei der Stärkung der Rolle von Mädchen und Frauen eine wichtige Bedeutung zu. In Entsprechung des Dreijahresprogramms der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit wurde das Kernbudget von UNFPA angehoben. Projektfinanzierungen in Uganda und Palästina ergänzen diesen Ansatz.

Das Kinderhilfswerk der VN (**UNICEF**) führte die Umsetzung des 2005 angenommenen Mittelfristigen Strategischen Plans fort. Die darin festgelegten Schwerpunkte fokussieren die Arbeit der Organisation stärker als bisher. Die Bekämpfung von Polio, die Einschränkung der Beschneidung von Frauen in Burkina Faso sowie die Unterstützung irakischer Kinderflüchtlinge in Syrien waren die Schwerpunkte der von Österreich geförderten UNICEF-Projekte.

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

Aus der Sicht Österreichs kommt dem Entwicklungsfonds der VN für die Frau (**UNIFEM**) eine zentrale Rolle für die Erreichung der Gleichstellung von Frauen und Männern zu. Österreich stockte daher den Beitrag zum Kernbudget auf und finanzierte eine Studie zur Weiterverfolgung der Umsetzung von Resolution 1325 (2000) des VN-SR. Darüber hinaus wurden Mittel für den Fonds zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, für das Afrika-Programm zur Unterstützung des Gender Direktorates der AU sowie für die Internationale Frauenkommission für einen gerechten und nachhaltigen Frieden zwischen Israel und Palästina zur Verfügung gestellt. Der Bericht der Hochrangigen Gruppe anerkennt die zentrale Rolle von Gender im Entwicklungsbereich und unterstreicht dadurch eine seit langem vertretene österreichische Position.

Im Entwicklungskontext gewinnt die Frage der städtischen Agglomerationen zunehmend an Bedeutung. In diesem Bereich leistet das Programm der VN für menschliche Siedlungen (**UN-Habitat**) hervorragende Arbeit. Österreich hob in Anerkennung dieser Leistungen seinen Beitrag zu UN-Habitat an.

Am 28. November feierte die Organisation der VN für industrielle Entwicklung (**UNIDO**) ihr 40-jähriges Bestehen. An dem gemeinsam mit dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten und der Stadt Wien veranstalteten Festakt im Austria Center Vienna nahmen mehr als 1.200 Gäste teil. Die Organisation ist nach Jahren der Umstrukturierung eine der effizientesten VN-Organisationen und genießt unter der Führung von Generaldirektor Kandeh K. Yumkella hohes Ansehen. Die 12. Generalkonferenz, die im Austria Center Vienna vom 3.-7. Dezember stattfand, leistete einen bedeutenden Beitrag zum Thema der industriellen Entwicklung im Zeitalter der Globalisierung. Ferner wurden bei der Generalkonferenz Programm und Budget der Organisation für die Zweijahresperiode 2008-2009 beschlossen. Das finanzielle Engagement Österreichs blieb unverändert hoch: Neben dem Pflichtbeitrag in der Höhe von knapp 1 Million Euro wurden neuerlich UNIDO-Programme für umweltgerechte Produktion mit 1 Million Euro unterstützt. Zur Stärkung der internationalen Sichtbarkeit der Organisation finanzierte Österreich eine Veranstaltung der Organisation am Rande der Konferenz für Nachhaltige Entwicklung (CSD-15) mit den Hauptthemen Energie für nachhaltige und industrielle Entwicklung, Luftverschmutzung/Atmosphäre und Klimawandel. Weiters stellte Österreich freiwillige Beiträge für Handelshilfe-Maßnahmen und für ein Projekt zur nachhaltigen Energieerzeugung in pazifischen Inselstaaten zur Verfügung.

Die Europäische Kommission ist einer der größten Beitragszahler zu den Fonds und Programmen der VN im Entwicklungsbereich. Österreich trägt als Nettobeitragszahler zum EU-Haushalt indirekt dazu bei.

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

2. Die Europäische Union

Auf dem zweiten EU-Afrika-Gipfel in Lissabon am 7. und 8. Dezember wurden eine gemeinsame EU-Afrika-Strategie und ein Aktionsplan für Partnerschaften in acht entwicklungspolitisch relevanten Bereichen angenommen. Das dominierende Thema der Entwicklungspolitik der Union im Bezug auf die AKP-Länder waren die **EPA** (siehe Kapitel A.IV.10.3.). Die OEZA-Schwerpunktländer Uganda und Mosambik nahmen interimistische EPA an; die Schwerpunktländer Äthiopien, Burkina Faso und Kap Verde genießen wie 29 weitere LDCs den Vorzug der Regelung „Alles außer Waffen“ (EBA). Diese Regelung garantiert den freien Zugang von AKP-Exporten zu den EU-Märkten mit Ausnahme von Waffenexporten. Kap Verde wurde eine dreijährige Übergangsfrist bis zum Auslaufen der EBA-Begünstigungen eingeräumt. Österreich betrachtete die EPA stets als Entwicklungspartnerschaften mit der Bekämpfung der Armut als zentralem Bestandteil der entwicklungspolitischen Dimension. Die OEZA setzte sich daher während der Verhandlungen für eine möglichst flexible Ausgestaltung von EPA ein.

Die Umsetzung der EPA soll unter anderem aus Mitteln der Initiative „Aid for Trade“ unterstützt werden. Beim Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen vom 15. Oktober wurde eine **EU-Handelshilfe-Strategie** angenommen, welche die Erhöhung der handelsbezogenen EU-Hilfe auf 2 Milliarden Euro bis 2010 vorsieht, wobei je 1 Milliarde von der Gemeinschaft und von den EU-Mitgliedstaaten aufgebracht werden sollen. Die Hälfte der zusätzlichen Mittel wird den AKP-Ländern zugute kommen.

Auch **Klimawandel und Migration** waren auf EU-Ebene mehrfach Gegenstand von politischen Debatten, die in entsprechenden Ratschlussfolgerungen ihren Ausdruck fanden. Die beiden Themen wurden insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Politikkohärenz diskutiert. **Entwicklung und Energie** war eines der zentralen Themen des informellen Entwicklungsministertreffens in Bonn am 12. und 13. März.

Politikkohärenz, Effizienz der Entwicklungshilfe, Geberkoordinierung, Komplementarität und Arbeitsteilung waren weiter bestimmende Themen der EU-Zusammenarbeit. Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen vom 14. und 15. Mai nahm Schlussfolgerungen über einen freiwilligen **Verhaltenskodex** an.

Beim Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen am 14. Mai in Brüssel wurden weiters Schlussfolgerungen über **Geschlechtergleichstellung und Befähigung von Frauen** in der Entwicklungszusammenarbeit angenommen. In einer Erklärung der EU-Präsidentschaft beim informellen Entwicklungsministertreffen in Madeira am 21. und 22. September wurde der systematische Missbrauch von Frauen in der Demokratischen Republik Kongo scharf kritisiert.

Bei einer gemeinsamen Sitzung der Entwicklungs- und VerteidigungsministerInnen im Rahmen des Rats Allgemeine Angelegenheiten und Außenbe-

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

ziehungen am 19. und 20. November wurde die Bedeutung der Kohärenz zwischen **Sicherheit und Entwicklung** betont. Österreich wies dabei auf die Rolle von Frauen in Konfliktsituationen als wesentlicher Faktor in der Friedens- und Sicherheitspolitik hin.

Das Problem **fragiler Staaten bzw. fragiler Situationen** stand im Mittelpunkt intensiver EU-interner Beratungen in der zweiten Jahreshälfte. Die EntwicklungsministerInnen der Union nahmen am 19. November Ratschlussfolgerungen über eine Reaktion der EU auf fragile Situationen an, in welcher demokratische Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, die Respektierung der Menschenrechte und Armutsbekämpfung als Voraussetzung für Frieden und nachhaltige Entwicklung betont wurden.

3. Einsätze von jungen ÖsterreicherInnen

Dreizehn österreichischen JungakademikerInnen wurde im Rahmen eines zeitlich befristeten Einsatzes als Nachwuchskräfte im Höheren Dienst (**JPO**) bei VN-Organisationen erstmals das Sammeln entwicklungspolitischer Erfahrungen ermöglicht. Österreichische JPO waren im Außenvertretungsnetzwerk oder am Sitz des Zentralen Fonds für die Reaktion auf Notsituationen (CERF), von UNCDF, UNDP, UNEP, des Amts des Flüchtlingshochkommissars der VN (UNHCR), von UNICEF und des Büros der VN für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) in Addis Abeba (Äthiopien), Kampala (Uganda), Kathmandu (Nepal), Maputo (Mosambik), Nairobi (Kenia), Ouagadougou (Burkina Faso), Podgorica (Montenegro), Thimphu (Bhutan), Tirana (Albanien) bzw. in New York und Wien tätig. Insgesamt waren 18 österreichische JPO im Einsatz.

Darüber hinaus waren vier ÖsterreicherInnen an Delegationen der Europäischen Kommission nach Äthiopien, Mexiko, Namibia und Vietnam entsandt. Analog zum JPO-Programm ermöglicht dieses Gemeinschaftsprogramm zur Ausbildung von „**Junior Experts in Delegation**“ jungen AkademikerInnen einen ein- bis maximal zweijährigen Einsatz in den Delegationen der Europäischen Kommission, wobei die ADA, das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten und die Europäische Kommission die Einsatzkosten finanzieren.

Beide Programme zielen auf den Aufbau von Fähigkeiten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und eine Erhöhung des Anteils von ÖsterreicherInnen in internationalen Organisationen ab.

IV. Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe, internationale humanitäre Organisationen

Die bilaterale humanitäre Hilfe Österreichs wird sowohl von der ADA als auch von Ministerien wie dem Bundesministerium für Inneres, dem Bun-

Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe, internationale humanitäre Organisationen

desministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und dem Bundesministerium für Landesverteidigung, von den Ländern und Gemeinden sowie von anderen öffentlichen Stellen finanziert und abgewickelt.

Die bilaterale humanitäre Hilfe der ADA umfasst die Bereiche humanitäre Sofortmaßnahmen, Wiederaufbau sowie Katastrophenprävention und dient sowohl der Unterstützung chronischer Krisengebiete als auch der Reaktion auf unvorhergesehene Katastrophenereignisse. Dazu zählten unter anderem die Überschwemmungen in Mosambik und Uganda, der Hurrikan Felix in Nicaragua, die Dürre in Moldau sowie die Hilfsmaßnahmen in Folge der Libanonkrise im Sommer 2006. Die Mittel werden von der ADA entweder an internationale Organisationen oder an NRO vergeben und betragen im Jahr 2007 rund 3,3 Millionen Euro.

Die bilaterale humanitäre Hilfe anderer österreichischer ODA-Geber, zu der unter anderem auch die vom Bundesministerium für Inneres koordinierte humanitäre Hilfe bei internationalen Katastrophenereignissen zählt, betrug im Jahr 2007 rund 6,6 Millionen Euro.

Sowohl öffentliche Stellen als auch private Hilfsorganisationen beteiligten sich an der Anfang 2005 angelaufenen internationalen Hilfe für die vom **Tsunami vom 26. Dezember 2004** betroffenen Regionen der Anrainerstaaten des Indischen Ozeans. Allein seitens des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten wurden in den drei Jahren gemeinsam mit der ADA 3,9 Millionen Euro an öffentlicher Hilfe für Projekte aufgewendet. Thematische Schwerpunkte waren dabei Schulkooperationen, nationale Versöhnung, Schutz von Kindern und Frauen, Wiederaufbau von Dörfern, Umweltschutz, Minenräumung, Wasseraufbereitung, Infrastrukturaufbau, Wirtschaftsbelebung, Ausbildung und Tourismus.

In Erfüllung von Zusagen bei der **Geberkonferenz für den Libanon** in Paris am 25. Jänner leistete Österreich 1 Million Euro, bestehend aus einem Beitrag in der Höhe von 700.000 Euro aus dem Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland an UNDP und von 300.000 Euro aus Mitteln der ADA an UNRWA. Das UNDP-Projekt betraf Hilfe für vom Krieg betroffenen KMU, für kleine Agrar-Produktionsbetriebe und kleine gemeindeeigene Agrarinfrastrukturen sowie Direkthilfe für Kriegsverletzte. Das UNRWA-Projekt förderte die Ausweitung von Sozialprogrammen im Lager Beddawi und die Wiederinbetriebnahme von im Krieg zur Gänze zerstörten palästinensischen Betrieben.

Österreich leistete nach dem **Tsunami auf den Salomonen** im April einen Beitrag von 50.000 Euro. Bei den Überschwemmungen in **Mosambik** stellte Österreich dem Welternährungsprogramm der VN (WFP) im Rahmen der internationalen humanitären Hilfe 300.000 Euro an Nahrungsmittelhilfe zur Verfügung. Bei Überschwemmungen in **Jakarta** (Indonesien) halfen das Österreichische Rote Kreuz im Wege des Internationalen Komitees vom

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

Roten Kreuz (IKRK) mit einer Grundversorgung für 45.000 Personen und die Kindernothilfe Österreich mit warmen Mahlzeiten. Bei der Flutkatastrophe in **Bolivien** stellte Österreich aus Mitteln der Katastrophenhilfe des Bundesministeriums für Inneres eine Hilfsleistung im Wert von 113.000 Euro für Hygienepakete, Medikamente und Moskitonetze bereit. Nach einem schweren Erdbeben in **Peru** lieferte Österreich 250 Zelte und 5.000 Decken und leistete Nahrungsmittelhilfe in der Höhe von 100.000 Euro an das WFP.

1.1. Das Minenaktionsprogramm Österreichs

Das Minenaktionsprogramm stellt einen wesentlichen Beitrag zur humanitären Hilfe und zur Entwicklungspolitik dar. Die Maßnahmen umfassen etwa die Entminung betroffener Gebiete, die sozio-ökonomische Rehabilitation von Minenopfern sowie die Aufklärung und Bewusstseinsvermittlung zu Minenrisiken. Von der ADA abgewickelte Maßnahmen mit Schwerpunkt auf Äthiopien, Bosnien und Herzegowina, Burundi, den Libanon, Mosambik, den Sudan und Uganda beliefen sich auf rund 1 Millionen Euro.

1.2. Die Nahrungsmittelhilfe Österreichs

Für die Durchführung des Internationalen Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1999 ist das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft zuständig. Die Auswahl der Bestimmungsländer erfolgt aufgrund einer Empfehlung des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten in Kooperation mit der ADA. Zentraler Schwerpunkt sind die traditionellen Krisenregionen Afrikas, die besetzten Palästinensischen Gebiete und von akuten Katastrophen betroffene Gebiete wie Moldau, Peru und der Sudan. Diese Hilfe wird hauptsächlich über das WFP, aber auch andere Organisationen wie IKRK und UNDP abgewickelt. Das jährliche Budget für Nahrungsmittelhilfe des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft beläuft sich auf rund 1,5 Millionen Euro.

2. Österreichische multilaterale humanitäre Hilfe

2.1. Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten

Das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (**OCHA**) ist für die Entwicklung der humanitären Politiken der VN, deren Förderung im Verhältnis zu anderen VN-Stellen sowie für die internationale Koordination der humanitären Hilfe und Katastrophenhilfe zuständig. OCHA verfügt neben den Sitzen in Genf und New York über ein Netzwerk von 38 Feld- und Regionalbüros.

Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe, internationale humanitäre Organisationen

Durch die Unterstützung der **Interinstitutionellen Abteilung für Binnenvertriebene** bekräftigte Österreich sein Engagement zum Schutz von Binnenvertriebenen.

Österreich behielt seinen traditionellen Vorsitz in der Konsultativgruppe für militärische und Zivilschutzressourcen (**MCDU**). Am Trainingsprogramm der Zivil-militärischen Zusammenarbeit der VN (**UN-CMCoord**) nahmen sechs ÖsterreicherInnen von verschiedenen Organisationen bzw. Dienststellen teil.

Das Katastrophenabschätzungs- und Koordinierungsprogramm der VN (**UNDAC**) wurde aus Mitteln des Bundesministeriums für Inneres finanziell und personell unterstützt.

Der Finanzbedarf von OCHA wird nur zu rund 11% aus Mitteln des ordentlichen VN-Haushalts bedeckt, der Rest stammt aus freiwilligen Beiträgen der Mitgliedstaaten. Österreich leistete für den Fonds zur Stärkung von OCHA 110.000 Euro und erhöhte damit die Beitragsleistung gegenüber dem Vorjahr um 18%. Österreich finanzierte auch einen JPO.

2.2. Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen

Mit 6.241 MitarbeiterInnen in 116 Ländern und einem Jahresbudget von fast 1,5 Milliarden Dollar ist das Amt des Flüchtlingshochkommissars der VN (**UNHCR**) als eine der größten Hilfsorganisationen der VN in allen Erdteilen operativ tätig. Im Zentrum der Aufmerksamkeit von Flüchtlingshochkommissar António Guterres stand die humanitäre Krise im Irak, zu der im April auf Initiative des Hochkommissars eine Konferenz stattfand.

Die in Genf vom 1.-5. Oktober abgehaltene 57. Tagung des UNHCR-Exekutivkomitees setzte sich vor allem mit den in Umfang und Komplexität zunehmenden Migrationsströmen sowie mit so genannten gemischten Migrationsströmen auseinander, welche sowohl illegale Zuwanderer als auch schutzsuchende Personen umfassen und dadurch die Identifizierung schutzbedürftiger Personengruppen erschweren. Vor diesem Hintergrund fand unter dem Vorsitz des Flüchtlingshochkommissars im Dezember erstmals ein Hochrangiger Dialog über dabei auftretende Herausforderungen, der „Dialogue on Protection Challenges“, statt. Weitere zentrale Themen des Exekutivkomitees waren die Rolle des UNHCR im Bezug auf Binnenvertriebene sowie die 2006 begonnene Strukturreform der Organisation. Das österreichische Parlament beschloss im Dezember den Beitritt zum Übereinkommen aus dem Jahr 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen.

Österreich unterstützte UNHCR sowohl durch einen ungebundenen Kernbeitrag in der Höhe von 600.000 Euro als auch durch die Finanzierung konkreter Projekte in Côte d'Ivoire (200.000 Euro), im Tschad (120.000) und in der Zentralafrikanischen Republik (120.000). Zudem finanzierte Österreich drei JPO.

*Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit***2.3. Internationales Komitee vom Roten Kreuz und Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften**

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (**IKRK**) war in mehr als 80 Ländern mit beinahe 11.000 MitarbeiterInnen operativ tätig und leistete damit weltweit gemeinsam mit der Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (**IFRK**) sowie den nationalen Gesellschaften einen wichtigen Beitrag zur Linderung humanitären Leids. Österreich unterstützte die operative Arbeit des IKRK im Sudan und in Uganda mit Beitragsleistungen von insgesamt 800.000 Euro. Zum Amtssitzbudget des IKRK trug Österreich 650.000 Euro bei. Ferner leistete Österreich im Wege des IKRK Nahrungsmittelhilfe an Darfur in der Höhe von 400.000 Euro.

2.4. Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen

Das Welternährungsprogramm der VN (**WFP**) ist die größte humanitäre Organisation der VN mit rund 10.500 MitarbeiterInnen und einem Budget von rund 2,9 Milliarden Dollar.

2.5. Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten

Österreich leistete an das Hilfswerk der VN für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (**UNRWA**) für Projekte im Westjordanland und im Gaza-Streifen zur Entwicklung von Fähigkeiten, Verbesserung des Gesundheitswesens, Entwicklung von Gemeindestrukturen und Schaffung von Arbeitsplätzen, 750.000 Euro. In Reaktion auf den Hilfsappell von UNRWA stellte Österreich für das Flüchtlingslager Nahr el Bared im Libanon einen Beitrag von 200.000 Euro zur Verfügung.

2.6. Sonstige multilaterale Hilfe

Österreich leistet über die Generaldirektion für Humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission (**ECHO**), deren Budget 732 Millionen Euro betrug, gemäß seinem EU-Beitragsschlüssel von 2,4% insgesamt 17,6 Millionen Euro für weltweite humanitäre Hilfe.

Zu einem Programm von **UNICEF** für irakische Flüchtlingskinder in Syrien trug Österreich 350.000 Euro bei.

E. Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

I. Einleitung

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-moon widmete das erste Jahr seiner Amtszeit dem Thema „Stärkere Vereinte Nationen für eine bessere Welt“. Im Vordergrund standen dabei der Klimawandel, die Bemühungen um eine Beendigung des Konflikts in Darfur sowie die Fortsetzung der Reform des VN-Sekretariats. Österreich setzte seine Schwerpunkte im Bereich des Schutzes der Menschenrechte und der Förderung der Rechtsstaatlichkeit weiter fort. Ebenso übernahm Österreich eine prominente Stellung in den Bemühungen, Frauen verstärkt in führenden Funktionen in der Friedensarbeit zu berücksichtigen. Als Ausdruck seines globalen Engagements kandidiert Österreich für einen nichtständigen Sitz im VN-SR für die Periode 2009-2010.

Österreich setzt sich für einen effektiven Multilateralismus ein. Dadurch soll den modernen Bedrohungen für Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert wirkungsvoll begegnet werden. Der EU wird dabei in den nächsten Jahren eine entscheidende Bedeutung zukommen. Die EU ist schon heute im Rahmen der VN nicht nur der bei weitem größte Beitragszahler und Geldgeber für die internationale Entwicklungszusammenarbeit, sondern auch ein wichtiger Motor der inhaltlichen Arbeit.

II. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen

1. Organisatorische Fragen

1.1. Generaldebatte und hochrangiges Treffen zum Klimawandel

Die Generaldebatte der 62. Generalversammlung der VN (**VN-GV**) fand in New York vom 25. September bis 5. Oktober statt und stand unter dem Generalthema Klimawandel. Alle VN-Mitgliedstaaten sowie die Palästinensische Behörde und der Heilige Stuhl ergriffen das Wort. Die österreichische Delegation stand unter der Leitung von Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Bundesministerin Ursula Plassnik.

Der Generaldebatte ging auf Initiative des VN-GS am 24. September ein hochrangiges Treffen unter dem Titel „Die Zukunft liegt in unseren Händen – Regierungsverantwortung für den Klimawandel“ voraus. Ziel der Veranstaltung war es, eine politische Dynamik für die Vertragsstaatenkonferenz des Rahmenübereinkommens der VN über Klimaänderungen (**UNFCCC**) in Bali im Dezember auszulösen. Der VN-GS betonte in seiner Zusammenfassung, dass alle Klimainitiativen mit dem UNFCCC-Prozess in Einklang stehen müssten und mit Ende 2012 ein Kioto-Nachfolgeabkommen in Kraft treten müsse. Bundeskanzler Alfred Gusenbauer führte den Ko-Vorsitz in

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

einer von vier parallel stattfindenden Plenarsitzungen, zum Thema Emissionsreduktionen, und gab bei diesem hochrangigen Treffen eine Erklärung über Technologie und Innovation ab.

Bundesministerin Ursula Plassnik forderte in ihrer Rede vor der VN-GV am 28. September eine neue globale Partnerschaft auf der Basis wechselseitigen Vertrauens. Nur so könnten globale Herausforderungen in Bereichen wie Klimawandel, Abrüstung und Nukleartechnologie gelöst werden. Beispielgebend für die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Weltregionen sei die Kooperation zwischen der EU und der AU. Sie wies auf das österreichische Engagement für ein Verbot von Streumunition hin und sprach sich für eine Multilateralisierung des nuklearen Brennstoffzyklus aus. Bundesministerin Ursula Plassnik nahm weiters zur Kosovofrage und zum Nahost-Friedensprozess Stellung. Sie unterstrich das österreichische Bekenntnis zur Rechtsstaatlichkeit (Rule of Law) als Basis der internationalen Beziehungen und forderte eine stärkere Beteiligung von Frauen bei der Lösung von Konflikten und der Friedenskonsolidierung.

Während der alljährlich stattfindenden Ministerwoche führten Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Bundesministerin Ursula Plassnik und Staatssekretär Hans Winkler zahlreiche bilaterale Gespräche. Bundeskanzler Gusenbauer und Bundesministerin Plassnik führten gemeinsame Gespräche mit den Präsidenten und Außenministern Serbiens und der Türkei. Beide trafen auch mit VN-GS Ban Ki-moon zusammen. Bundeskanzler Gusenbauer führte weiters Gespräche mit den Präsidenten von Kasachstan und Turkmenistan, dem Vizepräsidenten von Palau und dem Premierminister von Papua Neuguinea. Bundesministerin Plassnik führte Gespräche mit dem Präsidenten der 62. VN-GV Srgjan Kerim, dem palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas sowie mit den AußenministerInnen von Antigua und Barbuda, Burkina Faso, Guinea-Bissau, des Iran, von Israel, Mexiko, Singapur und Syrien. Am Rande der Generaldebatte nahm sie auf Einladung von US-Außenministerin Condoleezza Rice an einem Treffen von Außenministerinnen zum Thema „Women’s Empowerment“ (Ermächtigung der Frauen) teil. Die EU AußenministerInnen trafen sich zu Gesprächen mit dem palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas sowie dem russischen Außenminister Sergey Lavrov und US-Außenministerin Condoleezza Rice.

2. Politische Fragen

2.1. Naher Osten

Bei den 19 jährlichen Nahostresolutionen der VN-GV fand die EU mit Ausnahme der Resolutionen zum „Ausschuss für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes“ und zur „Abteilung für die Rechte der Palästinenser im Sekretariat“ wieder zu einem gemeinsamen Abstimmungsverhalten. Malta und Zypern stimmten als Mitglieder des

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen

Ausschusses wie bislang im Gegensatz zu den sich enthaltenden restlichen EU-Mitgliedstaaten für diese Resolutionen. Bei der von der EU eingebrachten Resolution über die „Hilfe für die Palästinensische Bevölkerung“ konnte der im Vorjahr aufgrund der politischen Lage verloren gegangene Konsens aller VN-Mitgliedstaaten wieder hergestellt werden. Es handelte sich dabei um die einzige im Konsens angenommene Nahostresolution. Das Mandat von UNRWA wurde bis 30. Juni 2011 verlängert. Auch die vom Libanon eingebrachte Nachfolgeresolution zur gleichnamigen Vorjahresresolution im Zweiten Komitee (Wirtschaft und Finanzen) zum „libanesischen Ölteppich“ fand die Zustimmung der EU.

2.2. Abrüstung und Internationale Sicherheit

Obwohl internationale Abrüstungsfragen vom VN-GS ausdrücklich als eine seiner höchsten Prioritäten eingestuft wurden und mit dem Brasilianer Sergio Duarte im Juli erstmals ein **Hoher Vertreter für Abrüstungsfragen** an die Spitze des aufgewerteten VN-Abrüstungsbüros gestellt wurde, konnten neu geweckte Hoffnungen auf Fortschritte im Abrüstungsbereich bislang nicht erfüllt werden.

Die **Tagung des Ersten Komitees** (Abrüstung und Internationale Sicherheit) brachte mit zwei neuen Resolutionen zu Waffen mit abgereichertem Uran und zur Herabsetzung des Bereitschaftsstatus der Nuklearwaffensysteme zwar Dynamik in die Abrüstungsdiskussionen, ohne jedoch auf Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung hoffen zu lassen. Die USA und Russland ließen mit einer gemeinsamen Erklärung zu einer beabsichtigten Multilateralisierung des Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme aufhorchen. Russland stellte einen Vertragsentwurf für ein Verbot der Stationierung von Waffen im Weltraum vor, während die USA sich explizit einer weiteren rechtlichen Normierung der Weltraumnutzung widersetzten. Anlässlich des 10. Jahrestags der Chemiewaffenkonvention wurde diese als erfolgreiches und beinahe universelles Abrüstungsregime von der Mehrzahl der VN-Mitgliedstaaten gewürdigt. Österreich gab Erklärungen zum Verbot von Streumunition, zur Antipersonenminen-Verbotskonvention sowie zur Multilateralisierung des nuklearen Brennstoffzyklus ab. Am Rande des Ersten Komitees warb Österreich für die Teilnahme an der in Wien im Dezember veranstalteten Streumunitionskonferenz.

Von Juni bis September tagte eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Vierten Abrüstungssondertagung der VN-GV (**SSOD IV**). Trotz eines konstruktiven Arbeitsklimas konnte jedoch weder über die Notwendigkeit einer Sondergeneralversammlung noch über deren Tagesordnungspunkte und Grundsätze Einigkeit erzielt werden.

*Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen***2.3. Die Abrüstungskommission der Vereinten Nationen**

Die Arbeitstagung der VN-Abrüstungskommission (**UNDC**) endete am 27. April ohne konkretes Ergebnis. Weit reichende Auffassungsunterschiede zwischen Nuklearwaffenstaaten (Schwerpunkt Nonproliferation) und Nicht-Nuklearwaffenstaaten (Schwerpunkt vollständige nukleare Abrüstung) wurden durch langwierige Prozeduraldebatten kaschiert. Mangels einer akzeptierten Arbeitsgrundlage für die Beratungen zu nuklearer Abrüstung und Nonproliferation wurden alle Konferenz- und Arbeitspapiere dem Abschlussbericht beigelegt. Damit wurde eine komplexe Ausgangslage für die Beratungen im nächsten und abschließenden Jahr des Dreijahreszyklus der UNDC geschaffen. Zum Thema „Praktische vertrauensbildende Maßnahmen im Bereich konventioneller Waffen“ wurden auf Basis des Vorsitzpapiers aus 2003 unter aktiver Mitwirkung der EU Fortschritte erzielt. Bezüglich nuklearer Abrüstung konnte keine gemeinsame EU-Position erarbeitet werden. Im Gegensatz zu den USA sieht die Mehrheit der VN-Mitgliedstaaten im Fortbestand der UNDC als einzigem universellen beratenden Organ im Abrüstungsbereich einen wertvollen und unverzichtbaren Beitrag zu internationalem Frieden und Sicherheit.

3. Wirtschafts-, Entwicklungs- und Umweltfragen

Die Erörterungen des Zweiten Komitees zu **Umwelt und Nachhaltigkeit** konzentrierten sich auf die Herausforderungen des Klimawandels und die bevorstehenden Verhandlungen über ein umfassendes Klimaregime für die Zeit nach 2012. Trotz der hohen Aufmerksamkeit für dieses Thema und trotz der zusätzlichen Dynamik durch die Veröffentlichung des vierten Bewertungsberichts der Zwischenstaatlichen Sachverständigengruppe über Klimaänderungen (IPCC) konnte in den Resolutionsverhandlungen über Klimaschutz, Artenvielfalt, nachhaltige Bergentwicklung, Wüstenbildung und erneuerbare Energien keine Einigung über die Tragweite der Auswirkungen einer globalen Erwärmung für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele und die Dringlichkeit verbindlicher Gegenstrategien erzielt werden. Dennoch wurden die meisten Resolutionen einstimmig angenommen. Der Zeitraum 2010-2020 wurde zur VN-Wüstendekade erklärt. Die Konsultationen zur Reform im Umweltbereich wurden fortgesetzt. Mögliche Ansätze umfassen die Stärkung des Umweltprogramms der VN (UNEP) bzw. die Einrichtung einer internationalen Umweltorganisation (UNEO) sowie eine Verbesserung der Kohärenz zwischen den internationalen Umweltabkommen.

Zum hochrangigen Dialog über internationale Migration und Entwicklung siehe Kapitel H.I.1.

In Vorbereitung der Überprüfungskonferenz über den Konsens von Monterrey über **Entwicklungsfinanzierung** in Doha (Katar) im November 2008

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen

wurden formelle und informelle Diskussionsveranstaltungen organisiert. Den Höhepunkt bildete der hochrangige Dialog über Entwicklungsfinanzierung, bei dem die Implementierung des Konsenses von Monterrey erörtert wurde. Die Arbeit des Zweiten Komitees in diesem Bereich war von makroökonomischen Fragen geprägt. Beschlossen wurde die Abhaltung eines hochrangigen Treffens im Oktober 2008 über die Implementierung des Almaty-Aktionsprogramms für Binnenentwicklungsländer. 2009 wurde zum Jahr der Astronomie erklärt.

4. Menschenrechte

Siehe Kapitel G.III.

5. Drogenkontrolle und Verbrechenverhütung

Siehe Kapitel H.II und H.III.

6. Sozialpolitik

Die Hauptthemen der 45. Tagung der Kommission für Soziale Entwicklung (**CSocD**) in New York vom 7.-16. Februar waren Arbeitsmobilität, Jugend und Familie sowie die Überprüfung der Umsetzung von Aktionsprogrammen für die sozialen Gruppen. Die CSocD nahm eine Resolution zur Jugend, zu den Modalitäten der ersten Überprüfung des Internationalen Aktionsplans von Madrid über das Altern und zur sozialen Dimension der NEPAD sowie einen Anhang zum Jugend-Weltaktionsplan an.

Am 30. März unterzeichnete Österreich die Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie das dazugehörige Fakultativprotokoll. Insgesamt unterzeichneten 81 VN-Mitgliedstaaten sowie die EG als erste Regionalorganisation die Konvention. 44 VN-Mitgliedstaaten unterzeichneten das Fakultativprotokoll. Bislang ratifizierten 14 Staaten die Konvention und acht Staaten das Fakultativprotokoll, für deren Inkrafttreten die Ratifizierung von 20 Staaten bzw. zehn Staaten erforderlich sind. Im Dritten Komitee (soziale, humanitäre und kulturelle Fragen) konnten alle Resolutionen zu Sozialthemen im Konsens angenommen werden.

7. Internationale Frauenfragen

Siehe Kapitel G.III 2., G.III.3. und G.VII.2.

8. Humanitäre Angelegenheiten

Der Zentrale Fonds für die Reaktion auf Notsituationen (**CERF**) schüttete seit seiner Einrichtung im März 2006 bis Dezember 2007 rund 414 Millio-

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

nen Euro für Projekte in 59 Staaten aus. CERF wurde damit seiner primären Aufgabe gerecht, in humanitären Krisenfällen die unverzügliche Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung von Hilfsmaßnahmen sicherzustellen. Die am 13. Dezember vom Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (**OCHA**) veranstaltete Hochrangige CERF-Geberkonferenz verlief mit Spendenzusagen für 2008 in der Höhe von rund 292 Millionen Euro durch 67 Staaten, drei private Geber sowie den Heiligen Stuhl sehr erfolgreich. Österreich beteiligte sich mit einem Beitrag in der Höhe von 300.000 Euro und verpflichtete sich zur Leistung weiterer 300.000 Euro für 2008.

Alle humanitären Plenarresolutionen wurden im Konsens angenommen. Der Zeitraum 2006-2016 wurde als Dekade der wirtschaftlichen Erholung und nachhaltigen Entwicklung für die von der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl betroffenen Regionen ausgerufen. Die EU beteiligte sich aktiv als Haupteinbringer bzw. Fazilitator der Resolutionsentwürfe zur Sicherheit humanitären Personals und zur Unterstützung der Palästinenser. Sämtliche humanitären Resolutionen wurden von Österreich miteingebracht.

9. Friedliche Nutzung des Weltraums

Vor dem Hintergrund einer Reihe von Weltraumjubiläen (40 Jahre Weltraumvertrag, 50 Jahre Start des SPUTNIK-1 Satelliten) stand die 50. Tagung des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums (**COPUOS**) im Zeichen von Überlegungen über künftige Arbeitsschwerpunkte. COPUOS hatte sich in den vergangenen Jahren verstärkt der internationalen Zusammenarbeit zur Nutzung von Weltraumtechnologien bei der Erreichung internationaler Entwicklungsziele gewidmet. Die VN-GV verabschiedete Empfehlungen zur Verbesserung der Registrierung von Weltraumobjekten sowie Richtlinien zur Vermeidung von Weltraummüll. Im Wiener Büro für Weltraumfragen (**OOSA**) nahm die Plattform der VN für raumfahrtgestützte Informationen für Katastrophenmanagement und Notfallmaßnahmen (**UN-SPIDER**) ihre Arbeit auf. In Graz fand ein Symposium zur Nutzung von Weltraumtechniken für nachhaltige Entwicklung statt.

10. Verwaltungs- und Haushaltsfragen

Der **ordentliche VN-Haushalt** für den Zeitraum 2008-2009, über den nach langwierigen Verhandlungen am 22. Dezember Einigung erzielt werden konnte, war dominierendes Thema des Fünften Komitees (Verwaltungs- und Haushaltsfragen). Der Haushalt wurde mit 4,171 Milliarden US-Dollar bemessen und liegt unter den revidierten Ansätzen für 2006-2007. Die VN-GV nahm einen Stellenplan von 9.923 Dienstposten an. Am Amtssitz Wien wurden 14 neue Dienstposten eingerichtet. Die VN-GV konnte ebenfalls Einigung zur Beschleunigung des Sanierungsgesamtplans des überalterten

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen

VN-Sitzes in New York erzielen, demzufolge die Sanierung 2013 abgeschlossen werden soll.

Hinsichtlich der Umsetzung der am Weltgipfel beschlossenen Managementreform konnten bedeutende Fortschritte auf dem Gebiet des Aufsichtswesens erreicht werden. Nach mehrjährigen Verhandlungen wurde Einigung zur Einsetzung und Beschickung eines unabhängigen beratenden Ausschusses für Rechnungsprüfung (**IAAC**) erreicht. Darüber hinaus beschloss die VN-GV die Einrichtung eines neuen **Systems der internen Rechtspflege** für das Personal der VN. Dabei wurde das informelle System der Rechtspflege durch die Einrichtung regionaler Ombudspersonen gestärkt, darunter auch am Amtssitz Wien. Für das zweistufige formale System der Rechtspflege werden ab Jänner 2009 zwei neue Gerichte eingesetzt werden, das Gericht der VN für dienstrechtliche Streitigkeiten und das Berufungsgericht der VN.

Der für **friedenserhaltende Operationen** beschlossene Jahreshaushalt von Juli 2007 bis Juni 2008 beträgt 6,9 Milliarden US-Dollar und liegt damit beträchtlich über dem Vorjahreshaushalt. Der Kostenanstieg erklärt sich insbesondere durch die Einrichtung neuer Missionen in Darfur/Sudan (UNAMID) sowie im Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik (MINURCAT). Zur Verbesserung der Planung und Betreuung friedenserhaltender Operationen beschloss die VN-GV im Juni eine Umstrukturierung der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze (DPKO), bei der eine neue Hauptabteilung zur Unterstützung der Feldeinsätze (DFS) eingerichtet wurde.

11. Völkerrechtliche Fragen

Arbeitsschwerpunkte waren die jährliche Völkerrechtswoche sowie die Themen Terrorismus, Rechtsstaatlichkeit und strafrechtliche Verantwortlichkeit von Bediensteten der VN und Sachverständigen im Auftrag der VN. Das Sechste Komitee (Rechtsausschuss) beschäftigte sich ferner mit den rechtlichen Fragen der Reform der internen Rechtspflege, der Arbeit der Kommission der VN für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) und den Berichten des Charter- und Sitzstaatkomitees.

11.1. Völkerrechtswoche

Bei der auf einem österreichischen Vorschlag beruhenden Völkerrechtswoche vom 29. Oktober bis 2. November trafen RechtsberaterInnen im Sechsten Komitee zur Erörterung völkerrechtlicher Themen zusammen. Im Mittelpunkt stand wie jedes Jahr die Erörterung des **Berichts der Völkerrechtskommission** zu den aktuellen Fragen des Völkerrechts wie die Verantwortlichkeit internationaler Organisationen, Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Verträge, Vertragsvorbehalte, Ausweisung, das Prinzip „aut

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

dedere aut iudicare“ (Verpflichtung zur Auslieferung oder Strafverfolgung) sowie geteilte natürliche Ressourcen.

Im Rahmen seiner Veranstaltungsreihe zur Rolle des VN-SR bei der Stärkung eines auf Regeln basierenden internationalen Systems veranstaltete Österreich am 1. November in Zusammenarbeit mit der New York University eine Podiumsdiskussion zum Thema „The Security Council and the Rule of Law“. Die Veranstaltung war erneut einer der Höhepunkte der Völkerrechtswoche. Frühere Veranstaltungen der dreijährigen Serie hatten zu den Themen „The Security Council as World Legislator?“ (November 2004), „Who needs Rules?“ (Mai 2005), „The Security Council as World Judge?“ (Oktober 2005), „The Security Council as World Executive“ (Oktober 2006) und „The Security Council and the Individual“ (im März) stattgefunden. Der von Prof. Simon Chesterman verfasste Abschlussbericht der Serie wird im Frühjahr 2008 in New York präsentiert.

11.2. Terrorismus

Am 4. Dezember fand eine informelle Tagung der VN-GV zur Überprüfung der Umsetzung der **globalen VN-Terrorismusstrategie** (Resolution 60/288) statt. In der Debatte präsentierten zahlreiche Staaten ihre Maßnahmen und Aktivitäten zur Umsetzung der Strategie. Österreich stellte die Ergebnisse des Wiener Terrorismussymposiums vom 17. und 18. Mai vor. Die formelle Überprüfung der Strategie ist für September 2008 geplant.

Bei den Verhandlungen über die **Globalterrorismuskonvention** konnten nur geringe Fortschritte erzielt werden. Umstritten sind weiterhin die Ausnahmen in Art 18 des Konventionsentwurfes, insbesondere die Frage des Verhältnisses der Konvention zum humanitären Völkerrecht. Die Verhandlungen werden im Februar 2008 fortgesetzt.

11.3. Rechtsstaatlichkeit („Rule of Law“)

Der im Vorjahr eingeführte Tagesordnungspunkt „Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und internationaler Ebene“ stieß erneut auf großes Interesse. Obwohl keine Einigung auf ein Unterthema für die nächstjährige Debatte im Sechsten Komitee erzielt wurde, konnte in Resolution 62/70 der VN-GV die Unterstützung der aufgrund einer österreichischen Forderung im VN-Sekretariat eingerichteten Gruppe zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit verankert werden. Der VN-GS soll für die 63. VN-GV eine Auflistung über alle Aktivitäten des VN-Systems zum Thema Rechtsstaatlichkeit sowie einen Bericht zur weiteren Stärkung und Koordination dieser Aktivitäten vorbereiten.

*Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen***11.4. Strafrechtliche Verantwortlichkeit von Bediensteten der VN und Sachverständigen im Auftrag der VN**

In der von der VN-GV am 6. Dezember im Konsens angenommenen Resolution 62/63 werden die Staaten mit großem Nachdruck aufgefordert, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um Straflosigkeit für Straftaten von Bediensteten der VN und Sachverständigen im Auftrag der VN zu verhindern, sowie ihre Gerichtsbarkeit über schwere Straftaten zu begründen. Die VN-GV folgte damit der auf einem österreichischen Vorschlag beruhenden Empfehlung des VN-GS, als kurzfristige Maßnahme gegen die „Jurisdiktionslücke“ eine Resolution der VN-GV und als langfristige Maßnahme eine Konvention auszuarbeiten. Die Beratungen über den Konventionsentwurf werden im April 2008 fortgesetzt.

III. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen**1. Einleitung**

Neben den fünf ständigen Mitgliedern China, Frankreich, Großbritannien, Russland und USA gehörten dem VN-SR Belgien, Ghana, Indonesien, Italien, Katar, Kongo, Panama, Peru, die Slowakei und Südafrika an. Für die Ende des Jahres ausscheidenden Mitglieder Ghana, Katar, Kongo, Peru und Slowakei wählte die 62. VN-GV erstmals Kroatien und Vietnam sowie Burkina Faso, Costa Rica und Libyen in den VN-SR.

Auf Initiative von Großbritannien erörterte der VN-SR am 17. April in einer thematischen Debatte zu „Energie, Sicherheit und Klima“ mögliche Auswirkungen des Klimawandels auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit. Unter belgischem Vorsitz hielt der VN-SR am 25. Juni eine Debatte über Zusammenhänge zwischen natürlichen Ressourcen und Konflikten ab. Österreich nahm an den Debatten über den Schutz von ZivilistInnen in Konflikten sowie über die Umsetzung von Resolution 1325 (2000) des VN-SR zu „Frauen, Frieden und Sicherheit“ teil. Die EU setzte ihre enge Zusammenarbeit mit dem VN-SR durch die Vorbereitung einer friedenserhaltenden EU-Mission zur Unterstützung von MINURCAT fort.

2. Die Reformdebatte

Die Debatte über eine Reform des VN-SR läuft seit mehreren Jahren. Dabei geht es in erster Linie um die Erweiterung des VN-SR und die Verbesserung seiner Arbeitsmethoden. Trotz weitgehender Zustimmung zu den bereits unterbreiteten Vorschlägen im Bereich der Arbeitsmethoden kam es aufgrund der Uneinigkeit der VN-Mitgliedstaaten in der Frage der Erweiterung bislang zu keinen konkreten Reformschritten. Auch betreffend eine mögliche „Zwischenlösung“, welche die Schaffung einer neuen Kategorie an

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

„längerfristigen Mitgliedern“ umfassen könnte, wurde bislang keine Einigung erzielt.

3. Tätigkeit des Sicherheitsrates

3.1. Naher Osten

Die Situation zwischen Israel und den Palästinensern wurde von der Verschlechterung der humanitären Situation und der gewalttätigen Machtübernahme der Hamas im Gaza-Streifen im Juni dominiert. Aufgrund unterschiedlicher Einschätzungen über die Ursachen konnten sich die Mitgliedstaaten des VN-SR jedoch nicht auf eine gemeinsame Reaktion einigen. Auch sonst äußerte sich der VN-SR im gesamten Jahr nicht zum Nahostkonflikt. Nachdem der Vertrag des bisherigen Sonderkoordinators der VN für den Nahost-Friedensprozess Alvaro de Soto nicht mehr verlängert worden war, ernannte der VN-GS nach einer kurzfristigen Amtsübernahme durch Michael Williams im November den niederländischen Diplomaten Robert H. Serry zum neuen Sonderkoordinator. Der frühere britische Premierminister Tony Blair wurde am 27. Juni zum Vertreter des Nahost-Quartetts ernannt. Seine Mission sollte im Besonderen der Unterstützung der Palästinenser beim Aufbau ihrer Verwaltung und der Wirtschaft dienen.

Der VN-SR beschäftigte sich ausführlich mit dem Libanon und nahm eine Vielzahl an Resolutionen, Vorsitzerkklärungen und Presseerklärungen an. Während die Lage im Südlibanon nach der Stationierung der Interimstruppe der VN im Libanon (**UNIFIL**) ruhig blieb, gab es wenige Fortschritte bei der Umsetzung anderer Aspekte von Resolution 1701 (2006). In mehreren Vorsitzerkklärungen zeigte sich der VN-SR besorgt über anhaltende Berichte über Waffenschmuggel in den Libanon über die syrische Grenze, israelische Überflüge und den Mangel an Fortschritten beim Abschluss eines dauerhaften Waffenstillstands zwischen Israel und dem Libanon. Auf Veranlassung des VN-SR entsandte der VN-GS ein Expertenteam in den Libanon, das Ende Juni Empfehlungen vorlegte, wie die Überwachung der libanesischen Grenzen verbessert werden könnte. In einer Vorsitzerkklärung vom 25. Juni verurteilte der VN-SR den Bombenanschlag auf eine UNIFIL-Patrouille im Südlibanon, dem sechs Blauhelme zum Opfer fielen. Mit der einstimmigen Annahme von Resolution 1773 (2007) am 24. August verlängerte der VN-SR das Mandat von UNIFIL um ein weiteres Jahr bis 31. August 2008. Weiters zeigte sich der VN-SR besorgt darüber, dass bei der Entwaffnung der verschiedenen Milizen gemäß Resolution 1559 (2004) und der Ausdehnung des Gewaltmonopols des Staates keine Fortschritte erzielt wurden. Der VN-SR verurteilte in einer Presseerklärung vom 23. Mai die Angriffe von Angehörigen der Gruppe Fatah al Islam auf libanesischen Sicherheitskräfte und drückte der libanesischen Regierung seine volle Unterstützung aus.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

Serge Brammertz, der Leiter der Unabhängigen Internationalen Untersuchungskommission (**IIIC**) zur Unterstützung der libanesischen Behörden bei der Untersuchung des Bombenanschlags auf den ehemaligen libanesischen Premierminister Rafik Hariri im Jahr 2005, berichtete dem VN-SR vierteljährlich über die Fortschritte der Kommission. Das Mandat der IIIC wurde mit Resolution 1748 (2007) am 27. März um ein Jahr bis 15. Juni 2008 verlängert. Nach den Bombenanschlägen in Beirut am 13. Februar, der Ermordung der beiden Parlamentsabgeordneten Walid Eido am 13. Juni und Antoine Ghanem am 19. September sowie dem Anschlag auf Armeegeneral Francois el-Hajj am 12. Dezember wurde das IIIC-Mandat auch auf diese Fälle ausgedehnt. Mit Jahresende folgte der Kanadier Daniel Bellemaire Brammertz als Leiter der IIIC nach. In seinem letzten Briefing am 5. Dezember erklärte Brammertz, dass die Untersuchungen immer klarere Schlüsse zuließen. Die Kommission bereitet die Übergabe an das künftige Sondertribunal vor. Wenn die Erfahrungen der Kommission gut weitergegeben würden, könne das Sondertribunal seine Arbeit sofort nach dessen Einrichtung aufnehmen. Da die Ratifizierung des Abkommens zur Errichtung des Sondertribunals zwischen den VN und dem Libanon aufgrund der innenpolitischen Lage im Libanon blockiert war, beschloss der VN-SR mit Resolution 1757 (2007) vom 30. Mai unter Verweis auf Kapitel VII der Satzung der VN (SVN) das Inkrafttreten des Abkommens. China, Indonesien, Katar, Russland und Südafrika enthielten sich der Stimme, da sie Resolution 1757 (2007) als Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Mitgliedstaats betrachteten. Der neue IIIC-Leiter soll nach der Arbeitsaufnahme des Sondertribunals dessen Chefankläger werden.

3.2. Irak

Der Leiter der Hilfsmission der VN für den Irak (**UNAMI**) und Sonderbeauftragte des VN-GS Ashraf Jehangir Qazi und die USA unterrichteten den VN-SR vierteljährlich über die Lage im Irak. Sonderbeauftragter Qazi wurde im November von Staffan de Mistura abgelöst. Da sich die humanitäre Lage im ersten Halbjahr verschlechterte, konzentrierten sich die Anstrengungen neben der Bekämpfung von Terror und Gewalt vor allem auf die Förderung der nationalen Versöhnung und der regionalen Kooperation mit den Nachbarstaaten. Die Bedeutung des Internationalen Pakts mit dem Irak (**ICI**) wurde von allen SR-Mitgliedstaaten anerkannt. Einigkeit herrschte im VN-SR auch über die wichtige Rolle der VN im Irak, die es auszuweiten gelte. Die instabile Sicherheitslage und die Übergabe der Sicherheitsverantwortung durch Einheiten der Multinationalen Truppe (**MNF**) an irakische Sicherheitskräfte in manchen Regionen schränkten jedoch die Möglichkeiten der Ausweitung der Rolle der VN ein.

Am 13. August verlängerte der VN-SR mit Resolution 1770 (2007) das Mandat von UNAMI um zwölf Monate und erweiterte es zugleich um Unterstützung für den politischen Dialog und den nationalen Versöhnungs-

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

prozess, Hilfe bei Wahlen und bei der Verfassungsreform, humanitäre Hilfe, Beilegung von internen Grenzstreitigkeiten sowie Entwicklung und Wiederaufbau durch ICI, Sonderorganisationen, Fonds und Programme der VN. Am 18. Dezember verlängerte der VN-SR mit Resolution 1790 (2007) die Mandate der MNF, des Entwicklungsfonds für den Irak und des Internationalen Überwachungsbeirats bis 31. Dezember 2008, wobei diese Mandate bis zum 15. Juni 2008 einer Überprüfung unterzogen werden.

3.3. Iran

Der Konflikt um das **iranische Atomprogramm** dauerte an. Da der Iran den Forderungen des VN-SR aus Resolution 1696 (2006) nach unverzüglicher Setzung aller von der IAEO geforderten Schritte und Suspendierung aller Aktivitäten im Bereich der Anreicherung und der Wiederaufbereitung weiterhin nicht nachkam, machte der VN-SR die in Resolution 1737 (2006) enthaltene Drohung wahr und verschärfte die Sanktionen. Mit der am 24. März einstimmig angenommenen Resolution 1747 (2007) weitete der VN-SR die Liste jener Personen und Einheiten aus, die einer Meldepflicht bei Reisetätigkeiten bzw. dem Einfrieren ihres Vermögens unterliegen. Er beschloss ein Verbot von Waffenexporten aus dem Iran, forderte die Mitgliedstaaten zu Zurückhaltung beim Export von schweren Waffen in den Iran auf und forderte die VN-Mitgliedstaaten und internationale Finanzinstitutionen dazu auf, keine neuen finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Iran einzugehen.

Der Iran wies Resolution 1747 (2007) umgehend zurück und setzte auch weiterhin die Forderungen des VN-SR nicht um. Da sich der Iran im August mit der IAEO auf einen Arbeitsplan zur Klärung aller ausstehenden Fragen einigte, beschlossen die „E-3+3-Länder“ (China, Russland und die USA sowie Deutschland, Frankreich und Großbritannien), vor neuen Maßnahmen des VN-SR die Berichte von IAEO-Generaldirektor Mohammed El Baradei und EU-Verhandler Javier Solana im November abzuwarten. Während die IAEO über teilweise positive Ergebnisse berichtete, die aber in ihrer Gesamtheit als unvollständig qualifiziert wurden, fiel der Solana-Bericht negativ aus.

3.4. Afghanistan

Mit Resolution 1746 (2007) verlängerte der VN-SR am 23. März das Mandat der Hilfsmmission der VN in Afghanistan (**UNAMA**) um weitere zwölf Monate. Der VN-SR setzte jedoch mit der Betonung der zentralen Rolle von UNAMA und des Gemeinsamen Koordinierungs- und Überwachungsrats (**JCMB**) sowie der afghanischen Eigenverantwortung für die Behebung einer Reihe schwerer Defizite, allen voran der Korruption, neue Akzente. Das Mandat der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe (**ISAF**) wurde mit Resolution 1776 (2007) am 19. September um zwölf Monate verlängert. Der

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

Leiter von UNAMA und Sonderbeauftragte des VN-GS Tom Koenigs legte seine Funktion mit Jahresende zurück.

Die Sicherheitslage blieb besonders im Osten, Südosten und Süden des Landes schlecht. Die Zahl an Selbstmordanschlägen nahm deutlich zu. Der VN-SR sieht eine verbesserte Koordination aller Akteure der Entwicklungszusammenarbeit unter Führung der VN und gleichzeitige Verstärkung des Kampfes gegen Terrorismus und Aufständische, Drogenanbau und -handel sowie Korruption und Straflosigkeit für die Stabilisierung des Landes als unerlässlich an.

3.5. Westsahara

Das Mandat der Mission der VN für das Referendum in Westsahara (**MINURSO**) wurde zweimal um weitere sechs Monate verlängert, zuletzt mit Resolution 1783 (2007) vom 31. Oktober. Nachdem Marokko im April einen Autonomieplan für die Westsahara vorgelegt und die Polisario mit eigenen Vorschlägen geantwortet hatte, forderte der VN-SR mit Resolution 1754 (2007) vom 30. April die Parteien dazu auf, ohne Vorbedingungen in die Verhandlungen unter VN-Auspizien einzutreten. Insgesamt fanden unter der Leitung des Persönlichen Gesandten des VN-GS Peter van Walsum drei Gesprächsrunden statt, die jedoch zu keiner Annäherung der Positionen führten.

3.6. Timor-Leste

Der VN-SR verlängerte am 22. Februar mit Resolution 1745 (2007) das Mandat der Integrierten Mission der VN in Timor-Leste (**UNMIT**) für zwölf Monate und autorisierte die Entsendung einer zusätzlichen Polizeieinheit für den Zeitraum der Präsidenten- und Parlamentswahlen. Er folgte damit der Forderung des VN-GS und dem Ersuchen der Regierung von Timor-Leste, für die Wahlen das nötige Umfeld sicherzustellen und ein Zeichen der langfristigen Unterstützung für Timor-Leste zu setzen. Im November reisten Mitglieder des VN-SR nach Timor-Leste, um sich ein Bild von der aktuellen Lage und der Tätigkeit von UNMIT zu machen. Im Dezember sprach sich der VN-SR für eine Verlängerung des im Februar 2008 auslaufenden Mandats von UNMIT aus.

3.7. Myanmar

Durch ein historisches „doppeltes Veto“ Chinas und Russlands wurde am 12. Jänner die Annahme der von den USA und Großbritannien eingebrachten Resolution zu Myanmar im VN-SR blockiert. Der im Mai bestellte Sonderberater des VN-GS zu Myanmar Ibrahim Gambari informierte den VN-SR am 20. September nach der gewaltsamen Niederschlagung der friedlichen Proteste über die Besorgnis erregende Situation in Myanmar. Ende September und Anfang November besuchte der Sonderberater Myanmar zweimal

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

in offizieller Mission. Der VN-SR nahm am 11. Oktober erstmals in seiner Geschichte eine Vorsitzzerklärung zu Myanmar an. Der VN-SR unterstrich darin seine volle Unterstützung für die Tätigkeit von Sonderberater Gambhari, beklagte die Anwendung von Gewalt gegen Demonstranten und forderte die Freilassung der politischen Gefangenen. In einer Presseerklärung vom 14. November begrüßte der VN-SR die jüngsten positiven Entwicklungen im Land sowie die Zustimmung Myanmars zum nach vier Jahren ersten Besuch des VN-Sonderberichterstatters zur Menschenrechtslage in Myanmar Paulo Sergio Pinheiro. Darüber hinaus forderte der VN-SR die Regierung zur umfassenden Zusammenarbeit mit den VN und zur Umsetzung weiterer Schritte auf dem Weg zu Dialog und Versöhnung auf.

3.8. Nepal

Mit Resolution 1740 (2007) richtete der VN-SR am 23. Jänner eine politische Mission der VN in Nepal (**UNMIN**) für den Zeitraum von zwölf Monaten ein. Zu den Hauptaufgaben der Mission zählen im Einklang mit den Bestimmungen des Umfassenden Friedensabkommens die Überwachung des Umgangs mit den Waffen und des bewaffneten Personals beider Seiten sowie die Hilfe bei der Vorbereitung der Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung. Am 8. Februar wurde der Brite Ian Martin zum Leiter von UNMIN ernannt. Nach anfänglichen Fortschritten im Friedensprozess wurde gegen Ende des Jahres nach zweimaliger Verschiebung der ursprünglich für Juni geplanten Wahlen jedoch ein kritischer Punkt erreicht. Im Dezember ersuchte Nepal um Verlängerung von UNMIN um sechs Monate und gab den neuen Termin der Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung mit Mitte April 2008 bekannt. Österreich beteiligt sich an UNMIN mit zwei Militärbeobachtern.

3.9. Kosovo

Siehe Kapitel A.IV.3.1.2.

3.10. Bosnien und Herzegowina

Siehe Kapitel A.IV.3.1.4.

3.11. Georgien

Die Behandlung des georgisch-abchasischen Konflikts durch den VN-SR war von den wiederholten Zwischenfällen und Verletzungen des Waffenstillstands sowie den daraufhin eingeleiteten internationalen Untersuchungen geprägt. Der VN-SR forderte die Konfliktparteien auf, ihren Verpflichtungen aus Resolution 1716 (2006) nachzukommen und ihre Kontakte zu intensivieren bzw. wieder aufzunehmen sowie die vorgeschlagenen vertrauensbildenden Maßnahmen umzusetzen. Am 15. Oktober beschloss der

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

VN-SR einstimmig die Verlängerung des Mandats der Beobachtermission der VN in Georgien (**UNOMIG**) um weitere sechs Monate bis 15. April 2008.

3.12. Zypern

Nach der Ablehnung des Annan-Plans durch die griechische Seite in einem Referendum am 24. April 2004 wurden keine neuerlichen Initiativen seitens der VN zur Lösung der Zypernfrage gestartet. Der Sonderbeauftragte des VN-GS für Zypern Michael Møller berichtete dem VN-SR im Juni und im Dezember von den weiterhin bestehenden Haltungsunterschieden der Parteien. Der VN-SR unterstützte weiterhin die Arbeiten des VN-GS und forderte Zypern auf, die Vereinbarungen der beiden Seiten vom 8. Juli 2006 über die weiteren Schritte zu einer Konfliktlösung umzusetzen. Am 14. Dezember nahm der VN-SR einstimmig Resolution 1789 (2007) zur Verlängerung des Mandats der Friedenstruppe der VN in Zypern (**UNFICYP**) um weitere sechs Monate bis 15. Juni 2008 an.

3.13. Haiti

Der VN-GS berichtete dem VN-SR nach seinem Besuch in Haiti Anfang August über eine deutliche Verbesserung der Sicherheitssituation sowie über Erfolge in der Justizreform und bei der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit. Als Besorgnis erregend bezeichnete er den Umstand, dass die Ursachen für mögliche neuerliche Destabilisierung – Armut, Korruption und fehlende Einigkeit der politischen Akteure – bisher nicht beseitigt werden konnten. Am 13. Oktober beschloss der VN-SR einstimmig eine Verlängerung des Mandats der VN-Mission in Haiti (**MINUSTAH**) um ein Jahr. Dabei wurde die Polizeikomponente der Mission bei gleichzeitiger Verringerung ihrer militärischen Kapazitäten erhöht.

3.14. Afrika

Die Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent bestimmten die Arbeit des VN-SR. Der überwiegende Teil aller SoldatInnen und ZivilistInnen in friedenserhaltenden Missionen sind in Afrika im Einsatz. Eine der beiden Reisen des VN-SR führte in den Sudan und in den Tschad. Der VN-SR versteht seine Rolle in Afrika zunehmend als komplementär zur Rolle der Regionalorganisationen wie AU, ECOWAS und IGAD und unterstützt Konfliktlösungen auf der Basis regionaler Vermittler. Als historischer Präzedenzfall gilt der gemeinsame Einsatz der AU und der VN in Darfur im Rahmen von UNAMID.

3.14.1. Sudan

Der Sudan nahm einen zentralen Platz in den Beratungen des VN-SR ein. Die humanitäre Lage und die Sicherheitslage blieben prekär. Die Mission

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

der AU im Sudan (**AMIS**) war weiterhin nicht in der Lage, die Bevölkerung zu schützen. Resolution 1769 (2007) vom 31. Juli sah die Umwandlung von AMIS in einen Hybriden Einsatz der AU und der VN in Darfur (**UNAMID**) mit 31. Dezember vor. Mit einer Stärke von rund 26.000 SoldatInnen und einem Budget von rund 2,5 Milliarden US-Dollar für die ersten zwölf Monate stellt UNAMID die bisher größte und teuerste VN-Friedensoperation dar. Nach mehrwöchigen Verhandlungen und einem umstrittenen ersten Resolutionsentwurf gilt die einstimmige Annahme der Resolution als Erfolg. UNAMID wird vom VN-SR unter Verweis auf Kapitel VII SVN autorisiert, die für den Schutz von humanitärem Personal und ZivilistInnen notwendigen Maßnahmen zu setzen. Dieser Schutzauftrag lässt die primäre Verantwortung der sudanesischen Regierung für den Schutz von ZivilistInnen unberührt.

In der Umsetzung der politischen und militärischen Vorhaben gibt es jedoch weiterhin gravierende Probleme. Wesentliche Gefahrenmomente für UNAMID stellen der grenzübergreifende Konflikt mit dem Tschad, das Fehlen von Zusagen der sudanesischen Regierung und das Fehlen an ausreichenden Kräften und Mitteln zur vollen Einsetzung von UNAMID dar.

Am 5. Dezember berichtete IStGH-Ankläger Luis Moreno-Ocampo in seinem sechsten halbjährlichen Bericht gemäß Resolution 1593 (2005), dass der Sudan seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, mit dem IStGH zu kooperieren und die Angeklagten Ahmed Harun und Ali Kushayb zu verhaften und auszuliefern. Er appellierte an den VN-SR, den Sudan zur Befolgung von Resolution 1593 (2005) und Durchführung der Haftbefehle aufzufordern. Weiters kündigte IStGH-Ankläger Ocampo neue Ermittlungen gegen hochrangige sudanesishe Funktionäre an.

Mit Resolution 1784 (2007) vom 31. Oktober verlängerte der VN-SR die Mission im Sudan (**UNMIS**) bis 30. April 2008. Alle Parteien wurden aufgefordert, noch ausstehende Verpflichtungen aus dem Umfassenden Friedensabkommen, vor allem die Demarkation der Grenze und die Umgruppierung der Truppen, zu erfüllen. Besonderes Augenmerk soll auf den Abbau von Spannungen in den Gebieten Oberer Nil, Südkordofan, Abyei und Blauer Nil und auf die Ermöglichung des Zugangs für UNMIS in diese Gebiete gerichtet werden.

3.14.2. Tschad/Zentralafrikanische Republik

Die Sicherheitslage in der Grenzregion des Tschads mit der Zentralafrikanischen Republik blieb angespannt. Beide Staaten stimmten dem Einsatz einer VN-Mission entlang ihrer Grenze mit dem Sudan zu. Der VN-SR nahm am 25. September einstimmig Resolution 1778 (2007) an, in der er die Situation im Grenzgebiet zwischen dem Sudan, dem Tschad und der Zentralafrikanischen Republik als Gefahr für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit bewertet und die Einrichtung einer multidimensio-

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

nenal Präsenz im Osten Tschads und Nord-Osten der Zentralafrikanischen Republik billigt. Diese Präsenz soll aus einer VN-Komponente mit bis zu 300 PolizistInnen und 50 Verbindungsoffizieren im Rahmen der Mission der VN in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad (**MINURCAT**), einer tschadischen Polizeikomponente und einer EU-Militärkomponente bestehen. Der VN-SR autorisierte unter Verweis auf Kapitel VII SVN die ESVP-Operation, alle notwendigen Maßnahmen zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu ergreifen. Die anfängliche zivile Präsenz von MINURCAT wurde im November in N'Djamena eingerichtet. Die volle Einsetzung der Operation und die Rekrutierung tschadischer Polizeieinheiten waren für März/April 2008, die Einsetzung der EU-Truppe für Februar 2008 geplant (siehe auch Kapitel A.IV.1.2.1.).

3.14.3. Demokratische Republik Kongo

Nach den Präsidentenwahlen in der Demokratischen Republik Kongo, die zugleich das Ende der in den Friedensabkommen vorgesehenen Übergangsphase markierten, stattete der VN-SR am 15. Mai die Mission der VN in der Demokratischen Republik Kongo (**MONUC**) mit Resolution 1756 (2007) mit einem neuen Mandat aus. Schwerpunkte des neuen Mandats sind die Sicherheitssektorreform, die Ausbildung der kongolesischen Streitkräfte und die Konsolidierung der Demokratie. Am 19. Dezember beschloss der VN-SR einstimmig die Verlängerung des Mandats von MONUC um weitere zwölf Monate. Am 10. August verlängerte der VN-SR mit Resolution 1771 (2007) die existierenden Sanktionen und erlaubte eingeschränkte Waffenlieferungen an die kongolesische Armee und Polizei. Die gewaltsamen Ausschreitungen in den Regionen Nord- und Südkivu im Osten des Landes, die sich vor allem gegen Frauen richteten, führten zu einer Verschlechterung der humanitären Lage. MONUC setzte erste Schritte zur Stabilisierung der Lage in den östlichen Provinzen.

3.14.4. Somalia

Der VN-SR genehmigte am 20. Februar mit Resolution 1744 (2007) die Mission der AU in Somalia (**AMISOM**), deren Mandat am 20. August um weitere sechs Monate verlängert wurde. Aufgrund nicht eingehaltener Ankündigungen von Staaten, Truppen zu stellen, blieb die Mission auf ein ugandisches Kontingent und auf den Raum der Hauptstadt Mogadischu beschränkt. Keine Einigung konnte über die Ablösung von AMISOM durch eine VN-geführte Operation erzielt werden. Nach anfänglichen Hoffnungen auf eine Stabilisierung der Lage und einen nach der Einberufung der nationalen Versöhnungskonferenz am 16. April beginnenden nationalen Friedensprozess verschlechterten sich jedoch die Sicherheitslage und die humanitäre Situation gegen Ende des Jahres dramatisch. Am 17. Dezember präsentierte der neue Sonderbeauftragte des VN-GS für Somalia Ahmedou

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

Ould-Abdallah dem VN-SR ein Paket politischer und sicherheitspolitischer Maßnahmen zur Verbesserung der Situation.

3.14.5. Äthiopien und Eritrea

Die Lage zwischen Äthiopien und Eritrea blieb weiter angespannt. Die Grenzkommission für Äthiopien und Eritrea (**EEBC**) löste sich in Umsetzung ihres Beschlusses vom 27. Oktober 2006 mit Ende November auf. Der VN-SR rief die Parteien auf, konkrete Maßnahmen zur Durchführung der Entscheidung der EEBC über die Festlegung der Grenze zu ergreifen sowie zu Stabilität und dauerhaftem Frieden beizutragen (siehe Kapitel A.IV.10.2.1.). Nachdem der VN-SR am 30. Jänner die Truppenstärke der Mission der VN in Äthiopien und Eritrea (**UNMEE**) um 400 SoldatInnen reduziert hatte, wurde das Mandat am 30. Juli einstimmig um sechs Monate bis 31. Jänner 2008 verlängert.

3.14.6. Côte d'Ivoire

Mit Resolution 1765 (2007) vom 16. Juli verlängerte der VN-SR das Mandat der Operation der VN in Côte d'Ivoire (**UNOCI**) bis 15. Jänner 2008. Die „Vertrauenszone“ zwischen Regierung und Rebellen soll von einer „Grünen Linie“ mit UNOCI-Beobachterposten abgelöst werden. UNOCI wird aufgefordert, die Umsetzung des Politischen Abkommens von Ouagadougou zu unterstützen. Resolution 1765 (2007) beendet weiters das Mandat des Hohen Repräsentanten für die Wahlen. Die entsprechenden Funktionen werden auf den Sonderbeauftragten des VN-GS in Cote d'Ivoire übertragen. Präsident Laurent Gbagbo forderte eine internationale Untersuchung des Anschlags auf Premierminister Guillaume Soro. Mit Resolution 1782 (2007) vom 29. Oktober verlängerte der VN-SR die Sanktionen gegen Cote d'Ivoire bis 31. Oktober 2008. Betroffen sind davon der Handel mit Waffen und Rohdiamanten sowie zielgerichtete Maßnahmen wie Reisebeschränkungen und das Einfrieren von Vermögenswerten bestimmter Personen. Das Mandat der Expertengruppe, welche der VN-SR zur Überwachung der Sanktionen und zur Auflistung derjenigen Personen eingerichtet hatte, gegen die zielgerichtete Sanktionen bestehen, wird bis 31. Oktober 2008 verlängert.

3.14.7. Liberia

Der VN-SR verlängerte am 20. September mit Resolution 1777 (2007) das Mandat der Mission der VN in Liberia (**UNMIL**) bis 30. September 2008. Er macht sich dabei die Empfehlung des VN-GS betreffend Truppenreduktion als erste Phase des Rückzugsplans zu eigen. Empfehlungen zur weiteren Truppenreduktion sollen vom VN-GS bis 15. August 2008 ausgearbeitet werden. Mit Resolution 1792 (2007) vom 19. Dezember verlängerte der VN-SR das Waffenembargo und das Reiseverbot um weitere zwölf Monate. Die VN-Mitgliedstaaten sind verpflichtet, den mit Resolution 1521 (2003) ein-

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

gerichteten Ausschuss über alle Waffenlieferungen zu unterrichten, für die Ausnahmestimmungen bestehen. Der VN-SR hatte das Importverbot von liberianischem Bau- und Nutzholz bereits mit Resolution 1689 (2006) und das Importverbot für Rohdiamanten aus Liberia mit Resolution 1753 (2007) vom 27. April aufgehoben.

3.14.8. Sierra Leone

Am 21. Dezember verlängerte der VN-SR mit Resolution 1793 (2007) das Mandat des Integrierten Büros der VN in Sierra Leone (**UNIOSIL**) bis 30. September 2008. UNIOSIL soll insbesondere die für Juni 2008 vorgesehenen Lokalwahlen unterstützen. Spätestens am 30. September 2008 soll das Mandat beendet und durch eine integrierte politische Mission der VN zur Unterstützung des Prozesses der Friedenskonsolidierung ersetzt werden.

3.14.9. Guinea-Bissau

In seinem Bericht vom 28. September äußerte sich der VN-GS vorsichtig positiv über Fortschritte bei der Sicherheitssektorreform in Guinea-Bissau und würdigte die Rolle der EU. Er zeigte sich besorgt über die Lage in Guinea-Bissau als bedeutendstem Drogenumschlagplatz Westafrikas. Guinea-Bissau benötige dringend Unterstützung der internationalen Gemeinschaft beim Aufbau einer Sicherheitsinfrastruktur. Der VN-SR verlängerte das Mandat des Büros der VN zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau (**UNOGBIS**) bis Ende 2008. Guinea-Bissau wurde auf die Tagesordnung der Kommission für Friedenskonsolidierung aufgenommen.

3.14.10. Burundi

Mit Resolution 1791 (2007) vom 19. Dezember verlängerte der VN-SR das Mandat des Integrierten Büros der VN in Burundi (**BINUB**) um ein Jahr bis 31. Dezember 2008. BINUB war nach dem Ende des Mandats der Operation der VN in Burundi (ONUB) mit 1. Jänner eingerichtet worden. Unter Verweis auf die erzielten Fortschritte unterstrich der VN-SR, dass Burundi sich vor allem den Herausforderungen bei der Vollendung des Friedensprozesses stellen müsse. Die „Nationalen Befreiungskräfte“ (Palipehutu-FNL) wurden aufgerufen, unverzüglich zum Gemeinsamen Verifizierungs- und Überwachungsmechanismus (JVMM) zurückzukehren und alle von ihnen festgehaltenen oder eingesetzten Kinder sofort freizulassen. Beide Parteien der Waffenruhevereinbarung wurden aufgefordert, jegliche Handlungen zu unterlassen, die zu einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten führen könnten.

4. Friedenserhaltende Operationen

Zu Beginn des Jahres bestanden 18 friedenserhaltende Operationen der VN, zu denen 114 Staaten Personal stellten. Mit der Polizeimission im Grenzge-

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

biet zwischen dem Sudan, Tschad und der Zentralafrikanischen Republik (MINURCAT) und der Übernahme der AU-geführten Operation in Darfur/Sudan (AMIS) durch die VN-Operation UNAMID wurden zwei neue VN-Einsätze eingerichtet. MONUC wurde mit einem neuen Mandat ausgestattet, die Mission im Libanon (UNIFIL) erreichte ihre volle Einsatzstärke, jene in Äthiopien/Eritrea (UNMEE) wurde weiter reduziert. Die Gesamtstärke des entsandten Militär- und Polizeipersonals betrug mit Jahresende 84.309 Personen (31. Dezember 2006: 80.368). Die größten Operationen waren MONUC (18.383 Personen), UNMIL (14.712 Personen), UNIFIL (13.264 Personen) und UNMIS (10.037 Personen). Der Trend aus den Vorjahren, demzufolge die stärksten Personalbeiträge aus Staaten Asiens und Afrikas kommen, setzte sich fort. Vor allem bei den friedenserhaltenden Operationen in Afrika besteht weiterhin hoher Bedarf an bewaffneten Truppen mit entsprechender Schutzausrüstung.

Der **Sonderausschuss für friedenserhaltende Operationen** beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit der Sicherheit des VN-Personals, der Verbesserung der afrikanischen Kapazität und der Kapazität der VN für friedenserhaltende Operationen sowie mit der Zusammenarbeit der VN mit regionalen Organisationen. Österreich setzte sich in diesem Zusammenhang vorrangig für die Verbesserung der Sicherheit des Personals in friedenserhaltenden Operationen, für die Verbesserung der Zusammenarbeit im Rahmen von Untersuchungen, für einen besseren Informationsaustausch zwischen VN und Truppenstellern bei besonderen Vorfällen sowie für einen verbesserten Austausch von Verbindungselementen zwischen VN-Missionen und den jeweiligen Parteien ein. Die Arbeiten an einer umfassenden Strategie zur Bekämpfung von Vorfällen sexueller Ausbeutung und sexuellen Missbrauchs durch Personal von friedenserhaltenden Operationen der VN wurden fortgesetzt. In Abkommen zwischen den VN und Truppenstellern wurde festgelegt, dass entsandte nationale militärische Kontingente künftig an die VN-Verhaltensstandards gebunden und vor ihrer Entsendung entsprechend auszubilden sind. Neu geregelt wurde auch die Durchführung von Untersuchungen im Falle eines Missbrauchs durch Angehörige eines nationalen Kontingents. Im Dezember konnte zudem Einigung über eine im gesamten VN-System anwendbare umfassende Unterstützungsstrategie für Opfer sexuellen Missbrauchs durch VN-Personal erzielt werden.

Zu Jahresende standen 421 ÖsterreicherInnen (384 SoldatInnen, 15 MilitärbeobachterInnen und 22 ExekutivbeamtInnen) in acht friedenserhaltenden Operationen der VN sowie 578 SoldatInnen in den vom VN-SR genehmigten Streitkräften im Kosovo (KFOR) im Einsatz. An der vom VN-SR autorisierten ISAF in Afghanistan nahmen drei, an der EU-geführten Operation in Bosnien und Herzegowina (EUFOR-Althea) 93 ÖsterreicherInnen teil. In den VN-geführten Missionen und Friedenseinsätzen leistete Österreich zu Jahresende unter den Ländern der EU nach Italien, Frankreich, Spanien,

Der Wirtschafts- und Sozialrat

Deutschland und Polen den sechstgrößten Personalbeitrag. Insgesamt nahm Österreich Platz 35 unter den 119 Truppenstellern der VN ein.

IV. Die Kommission für Friedenskonsolidierung

Die Kommission für Friedenskonsolidierung (**PBC**) wurde als gemeinsames Unterorgan der VN-GV und des VN-SR gegründet und nimmt dadurch eine Sonderstellung im VN-System ein. Der Schaffung der PBC lag die Absicht zu Grunde, den Rückfall von Staaten, die gerade einen bewaffneten Konflikt durchlaufen hatten, in einen neuen Konflikt zu verhindern und die oftmals feststellbare Lücke zwischen dem Ende einer friedenserhaltenden Operation und dem Wirksamwerden von Bemühungen der Entwicklungszusammenarbeit überbrücken zu helfen. Je sieben Mitglieder der PBC werden durch den VN-SR, die VN-GV und den Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) gewählt. Zusätzlich werden noch je fünf der größten Beitragszahler zum VN-Budget und fünf jener Mitgliedstaaten, welche die meisten Truppen oder PolizistInnen für VN-Operationen stellen, als PBC-Mitglieder ausgewählt.

Die PBC nahm ihre Tätigkeit im Juni 2006 auf. Neben der Klärung organisatorischer und verfahrensrechtlicher Fragen setzte die PBC auf Ersuchen des VN-SR Burundi und Sierra Leone auf ihre Tagesordnung. In diesen länderspezifischen Formaten der PBC konnten bedeutende Fortschritte erzielt werden, sodass sich die PBC und Burundi im Juni auf einen Strategischen Rahmenplan für die Friedenskonsolidierung in Burundi einigen konnten. Dem folgte im Dezember die Einigung auf den Kooperationsrahmen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone. Am 19. Dezember beschloss die PBC auf Ersuchen des VN-SR die Aufnahme von Guinea-Bissau in ihre Tagesordnung. In den als Ergebnis des Weltgipfels 2005 gegründeten Friedenskonsolidierungsfonds zahlte Österreich bislang 1 Million Euro ein. Der Fonds dient vor allem der Finanzierung rasch nötiger Überbrückungsmaßnahmen in Postkonfliktsituationen oder solcher Maßnahmen, die traditionell weder im Rahmen von friedenserhaltenden Operationen noch durch Entwicklungszusammenarbeit erfasst werden.

V. Der Wirtschafts- und Sozialrat

1. Allgemeiner Teil

Die Reform des Wirtschafts- und Sozialrates (**ECOSOC**) kam während der Arbeitstagung im Sommer zum ersten Mal zum Tragen. Wesentliche Elemente der Stärkung des ECOSOC sind die Einrichtung zweier neuer Foren: das jährliche ministerielle Überprüfungstreffen und das alle zwei Jahre tagende Forum für Entwicklungszusammenarbeit.

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

Die Arbeitstagung des ECOSOC fand in Genf vom 2.-27. Juli statt. Österreich ist von 2006 bis 2008 Mitglied des ECOSOC. Thema des Tagungsteils auf hoher Ebene war die Bekämpfung von Armut und Hunger. Mit der Annahme der Ministererklärung bekräftigten die Mitgliedstaaten die Millenniums-Erklärung und bekannten sich zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele. Im Rahmen des jährlichen ministeriellen Überprüfungstreffens präsentierten sechs Länder (Äthiopien, Bangladesch, Barbados, Ghana, Kambodscha und Kap Verde) ihre Anstrengungen zur Armutsbekämpfung. Für das erstmals 2008 stattfindende Forum für Entwicklungszusammenarbeit wurden Vorbereitungsarbeiten durchgeführt. In Weiterverfolgung des Tagungsteils auf hoher Ebene im Jahr 2006 setzte der Tagungsteil für Koordinierungsfragen den Schwerpunkt auf die Rolle des VN-Systems bei der Förderung von Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit. Der Tagungsteil für operative Entwicklungsaktivitäten erörterte die Frage, wie das Entwicklungssystem der VN die Entwicklungsländer bei der Umsetzung ihrer nationalen Prioritäten und der Erreichung der international anerkannten Entwicklungsziele effizient und effektiv unterstützen könne. Im allgemeinen Tagungsteil wurden die Berichte der Fachkommissionen und Sachverständigengruppen des ECOSOC behandelt.

2. Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa

Die in Genf ansässige und 56 Mitgliedstaaten umfassende Wirtschaftskommission der VN für Europa (UNECE) widmet sich als eine der fünf Regionalkommissionen der VN der Heranführung der wirtschaftlich schwächeren Länder, insbesondere der Transitionsländer sowie der zentralasiatischen Länder, an das übrige Europa vor allem in den Bereichen Verkehr, Umwelt, Energie, Siedlungswesen, Handelserleichterung und Unternehmensentwicklung. Die Reform von UNECE, die in den vorangegangenen Jahren auch unter Vorsitz Österreichs in Angriff genommen worden war, soll bis zur Jahrestagung 2009 abgeschlossen sein. Die 62. Jahrestagung der UNECE im April stand im Zeichen des 60-Jahr-Jubiläums der Organisation und der bislang erfolgreichen Umsetzung der Reform. Die nächste Jahrestagung wird entsprechend dem neuen Zweijahresrhythmus erst im Jahr 2009 stattfinden.

VI. Der Internationale Gerichtshof

Der Internationale Gerichtshof (IGH) ist das einzige internationale Gericht mit universellem Charakter und genereller Jurisdiktion. Alle 192 VN-Mitgliedstaaten sind Vertragsparteien des Statuts, 65 davon haben sich gemäß Art 36 Abs 2 des Statuts der obligatorischen Gerichtsbarkeit des IGH unterworfen.

Die Sonderorganisationen und angeschlossenen Organisationen der VN

Im Februar bestätigte der IGH im Verfahren Bosnien und Herzegowina gegen Serbien und Montenegro seine Zuständigkeit gemäß Völkermord-Konvention und hielt fest, dass Serbien und Montenegro seine in der Konvention verankerte Verpflichtung zur Verhinderung von Völkermord (in Srebrenica im Juli 1995) verletzt habe. Weiters sei Serbien und Montenegro seiner aus der Konvention abzuleitenden Verpflichtung zur umfassenden Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien, insbesondere zur Festnahme und Auslieferung von Ratko Mladić, nicht nachgekommen. Serbien und Montenegro wurde aufgefordert, unverzüglich effektive Schritte zur umfassenden Erfüllung seiner Verpflichtungen zu setzen. Die völkerrechtliche Verantwortung von Serbien und Montenegro für Völkermord wurde vom IGH hingegen verneint. Ebenso lehnte der Gerichtshof die von Bosnien und Herzegowina geforderte Schadenersatzleistung ab.

Im Mai entschied er im Fall Republik Guinea gegen Demokratische Republik Kongo über die Zulässigkeit einer Klage betreffend den diplomatischen Schutz eigener StaatsbürgerInnen. Im Oktober bestätigte er im Fall Nicaragua gegen Honduras die Souveränität von Honduras über die Inseln Bobel Cay, Savanna Cay, Port Royal Cay und South Cay und legte die Meeresgrenze zwischen den beiden Staaten fest. Im Dezember bestätigte er im Fall Nicaragua gegen Kolumbien indirekt die Souveränität Kolumbiens über die Inseln San Andrés, Providencia und Santa Catalina und erklärte sich in den anderen klagsrelevanten Grenzfragen für zuständig.

Darüber hinaus fasste der IGH im Jänner den Beschluss, erneut ein Ersuchen Argentiniens zur Erlassung einstweiliger Maßnahmen gegen den Bau von zwei Zellulosefabriken auf der uruguayischen Seite des Flusses Uruguay abzuweisen. Die Entscheidung Uruguays, den Bau der Fabriken zu genehmigen, stelle keine unmittelbare Gefahr für das Ökosystem des Uruguay-Flusses oder für die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Menschen dar, die auf der argentinischen Seite des Flusses wohnen.

VII. Die Sonderorganisationen und angeschlossenen Organisationen der Vereinten Nationen

1. Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen

Zu den Hauptaufgaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der VN (**FAO**) zählen die globale Armuts- und Hungerbekämpfung, die Unterstützung landwirtschaftlicher Strukturreformen sowie die Stärkung des ländlichen Raums zur Gewährleistung der Ernährungssicherung.

Die 34. FAO-Konferenz in Rom vom 14.-17. November war insbesondere dem Budgetbeschluss und der umfassenden Reform der Organisation ge-

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

widmet. Für die weitere Reform wurde ein Komitee zur Entwicklung eines Sofortmaßnahmenplans sowie eines Strategischen Plans eingerichtet. Die zweite Sitzung des Verwaltungsorgans des Internationalen Vertrags über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft (ITPGRFA) fand in Rom vom 29. Oktober bis 2. November statt. Es wurde der Zweijahreshaushalt des Vertragssekretariats beschlossen und die Finanzierungsstrategie für die effiziente Vertragsdurchführung seitens der Entwicklungsländer weiterentwickelt. Auf Einladung der Schweiz und der FAO fand vom 3.-7. September die erste internationale technische Konferenz zu tiergenetischen Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft statt. Der FAO-Welternährungstag stand unter dem Motto „Recht auf Nahrung“. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft veranstaltete dazu gemeinsam mit dem Ökosozialen Forum Österreich und dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten Vorträge und eine Podiumsdiskussion mit ExpertInnen von FAO, WFP und FIAN International.

2. Internationale Arbeitsorganisation

Schwerpunkt der Tätigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation (**ILO**) ist die Förderung menschenwürdiger Arbeit zur weltweiten Verringerung von Arbeitslosigkeit und Armut. Von der 96. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz wurde im Juni das Übereinkommen über die Arbeitsbedingungen in der Fischerei angenommen. Weitere Schwerpunkte der Tagung waren menschenwürdige Arbeit, nachhaltige Unternehmen, Nicht-Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf sowie eine Diskussion zur Stärkung der Fähigkeit der ILO, ihre Mitglieder im Kontext der Globalisierung zu unterstützen. Dem Nationalrat wurde die ILO-Empfehlung (Nr. 195) betreffend die Entwicklung der Humanressourcen zur Kenntnis gebracht. Wegen Verstoßes gegen Gemeinschaftsrecht wurde vom Parlament die Kündigung des ILO-Übereinkommens (Nr. 45) über die Beschäftigung von Frauen bei Untertagearbeiten in Bergwerken jeder Art beschlossen.

3. Internationale Fernmeldeunion

In der Internationalen Fernmeldeunion (**ITU**) mit Sitz in Genf koordinieren Regierungs- und Industrievertreter gemeinsam die Errichtung und den Betrieb von globalen Telekommunikationsnetzen und -diensten, insbesondere die Nutzung des Funkfrequenzspektrums und des Satellitenorbits.

Die ITU initiierte mit anderen Organisationen der VN den zweiphasigen Weltgipfel über die Informationsgesellschaft (WSIS) in Genf 2003 und Tunis 2005. Unter umfassender Beteiligung der Zivilgesellschaft sowie der Privatwirtschaft beschäftigte sich WSIS mit den neuen technologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen, die sich durch die Entwicklung der

Die Sonderorganisationen und angeschlossenen Organisationen der VN

modernen Informationsgesellschaft stellen. Als besondere Problemfelder erwiesen sich dabei die Bereiche Regulierung des Internet, Netzsicherheit, Rolle der Medien, Menschenrechte, geistiges Eigentum und die Frage der Finanzierung der vorgesehenen Maßnahmen für Entwicklungsländer. Die zweite Tagung des Forums für Internet-Verwaltung (IGF) fand im November in Rio de Janeiro statt. IGF befasste sich insbesondere mit den Themen Offenheit (freie Informations- und Wissensverteilung, Zugang zu Informationen), Sicherheit (Schutz vor Viren, „Spam“ und „Phishing“ unter Beachtung von Datenschutz und Privatsphäre), Verschiedenheit (Vielsprachigkeit im Internet, internationale Domainnamen) und kritische Internet-Ressourcen. Vom 22. Oktober bis 16. November fand in Genf die Weltfunkkonferenz (WRC-07) statt. Beschlossen wurde unter anderem die Freigabe zusätzlicher Frequenzbereiche für öffentliche Mobilkommunikationsdienste und für Flugfunkdienste.

4. Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung

Die zentrale Aufgabe des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (**IFAD**) ist die Mobilisierung von Ressourcen zur Unterstützung der ärmsten ländlichen Bevölkerungen in den Entwicklungsländern durch Gewährung von Darlehen zu sehr günstigen Bedingungen und von nicht rückzuzahlenden Zuschüssen. Wesentliche Elemente dieser Strategie sind die Erleichterung des Zugangs zu Kleinkrediten, angepassten Technologien, fairen Märkten, Basisinfrastruktur, Gesundheitsdiensten und Grundschulbildung. In den letzten 30 Jahren finanzierte IFAD rund 760 Projekte im Wert von 10 Milliarden US-Dollar. Die Leistungen von IFAD ergänzen die Kredite der Weltbankgruppe und der regionalen Entwicklungsbanken. Österreich ist Gründungsmitglied von IFAD und trug bisher rund 34 Millionen Euro zum Kapital der Institution bei.

5. Internationale Zivilluftfahrtorganisation

Ziel der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (**ICAO**) ist die Ausarbeitung von Grundlagen für die internationale Luftfahrt und die Förderung von Planung und Entwicklung des internationalen Luftverkehrs. Während der 36. Vollversammlung der ICAO in Montreal im September konnten die europäischen Staaten ihre koordinierten Vorschläge zu Betriebssicherheit und Sicherheit vor äußerer Gefährdung größtenteils erfolgreich einbringen, wobei hinsichtlich der Bestimmungen für die Mitnahme von Flüssigkeiten, Gels und Sprays zwecks Erleichterung beim Transfer von Passagieren auf eine weltweite Harmonisierung gedrängt wurde. Ein Schwerpunkt aus europäischer Sicht war das Thema Umwelt. Der europäische Vorschlag, den Flugverkehr in den Emissionshandel einzubeziehen, fand keine Mehrheit.

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

Der dreijährige Vorsitz Österreichs in der ABIS-Ländergruppe endete ebenso wie der Sitz im ICAO-Rat. Dieser wurde von der Schweiz übernommen.

6. Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Höhepunkt der Tätigkeit der Organisation der VN für Bildung, Wissenschaft und Kultur (**UNESCO**) war die in Paris vom 16. Oktober bis 2. November abgehaltene 34. Generalkonferenz. Österreich war an dieser zweijährlichen Tagung durch eine Delegation unter der Leitung von Staatssekretär Hans Winkler vertreten, der im Plenum die österreichische Grundsatzrede hielt. Die Generalkonferenz begrüßte Montenegro als neuen Mitgliedstaat und die Rückkehr von Singapur nach 22 Jahren Abwesenheit von der nun 193 Mitgliedstaaten zählenden Organisation. Sie verabschiedete den Programmbudget für 2008-2009 in der Höhe von 631 Millionen US-Dollar sowie die Mittelfristige Strategie 2008-2013, derzufolge sich die Tätigkeiten der Organisation in den nächsten Jahren an fünf Schwerpunkten ausrichten werden: Ziel des lebenslangen Qualitätsunterrichts für alle, Mobilisierung von Wissen für nachhaltige Entwicklung, Befassung mit neuen ethischen Herausforderungen, Förderung der kulturellen Vielfalt und des interkulturellen Dialogs sowie Aufbau von Wissensgesellschaften durch Information und Kommunikation. Ein Runder Tisch auf Ministerebene zum Thema „Bildung und wirtschaftliche Entwicklung“, an dem auch Bundesministerin Claudia Schmied teilnahm, sowie einer zum Thema „Wissenschaft und Technologie für nachhaltige Entwicklung und die Rolle der UNESCO“ wurden abgehalten.

Turnusgemäß wurde die Hälfte der 58 Mitglieder des Exekutivrats der UNESCO neu gewählt sowie die Unterausschüsse neu zusammengesetzt. Dabei wurde Österreichs Mitgliedschaft nicht nur im Zwischenstaatlichen Rat des Programms Information für Alle (IFAP) bestätigt, es war auch bei der Wahl in das Zwischenstaatliche Komitee des Programms Leibeserziehung und Sport (IGEPE) erfolgreich. Österreich ist darüber hinaus im Rat des Internationalen Bildungsbüros (IBE), im Rat des Programms Mensch und Biosphäre (MAB) sowie im Zwischenstaatlichen Komitee der Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten vertreten.

Die bedeutendste Herausforderung im Rahmen der UNESCO stellte die Fortsetzung der Arbeiten zur raschen Umsetzung der Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen dar. Dieses Übereinkommen schafft die völkerrechtlich verbindliche Grundlage für das Recht aller Staaten auf eine eigenständige Kulturpolitik. Österreich wurde für eine zweijährige Periode in das Zwischenstaatliche Komitee gewählt, das die Implementierung der Konvention festlegt.

*Die Sonderorganisationen und angeschlossenen Organisationen der VN***7. Weltgesundheitsorganisation**

Die vom 14.- 23. Mai abgehaltene 60. Weltgesundheitsversammlung verabschiedete einen deutlich gestiegenen Zweijahreshaushalt 2008-2009 in der Höhe von 4,2 Milliarden US-Dollar für die Weltgesundheitsorganisation (**WHO**) sowie eine Reihe fachspezifischer Resolutionen, unter anderem zu Grippepandemien, Öffentliche Gesundheit, Innovation und Geistiges Eigentum. Am 15. Juni traten die im Jahr 2005 überarbeiteten Internationalen Gesundheitsregeln in Kraft, mit denen die internationale Zusammenarbeit bei Gesundheitskrisen auf eine den neuen Herausforderungen angepasste Grundlage gestellt wurde. Die 2. Tagung der Vertragsparteienkonferenz des WHO-Rahmenübereinkommens zur Kontrolle des Tabakgebrauchs fand in Bangkok (Thailand) vom 30. Juni bis 6. Juli statt und beschloss ein umfangreiches Arbeitsprogramm. Dabei stand die Einrichtung eines Verhandlungsgremiums für ein Protokoll gegen den unerlaubten Handel mit Tabakprodukten sowie die Verabschiedung von Leitlinien zum Nichtraucherenschutz im Vordergrund. Österreich wurde erneut in das Präsidium der Konferenz gewählt.

Neben seinem Pflichtbeitrag zum WHO-Budget leistete Österreich einen freiwilligen Beitrag von 300.000 Euro für Aktivitäten der WHO in den Bereichen der Senkung der Mutter- und Kindersterblichkeit, der Gewalt- und Unfallverhütung sowie von Gender und Frauengesundheit, sowie einen weiteren freiwilligen Betrag von rund 182.000 Euro zur Adaptierung und Ausstattung eines Influenzalabors in Armenien.

8. Internationale Atomenergie-Organisation

Die 1957 gegründete Internationale Atomenergie-Organisation (**IAEO**) mit Sitz in Wien beschäftigt rund 2.200 Personen. Hauptaufgabe der IAEO ist die weltweite Förderung der friedlichen Nutzung von Kernenergie sowie die Verifikation der Einhaltung der Verpflichtungen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NPT). Österreich wurde im September 2006 für zwei Jahre zum Mitglied des IAEO-Gouverneursrates gewählt, des aus 35 Staaten bestehenden Lenkungsgremiums der Organisation. Die 51. Generalkonferenz der IAEO stand im Zeichen des 50-Jahr-Jubiläums der IAEO, das mit einem Festakt im Wiener Konzerthaus in Anwesenheit von Bundespräsident Heinz Fischer, Bundesministerin Ursula Plassnik und IAEO-Generaldirektor Mohamed El Baradei gefeiert wurde.

Besonders im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit stand die IAEO durch ihre Verifikationstätigkeit im Zusammenhang mit dem Nuklearprogramm des Iran (siehe Kapitel A.IV.7.2. und E.III.3.3.). Ein Arbeitsschwerpunkt Österreichs in der IAEO lag aufgrund der internationalen Vertrauenskrise auf dem Gebiet der Atomtechnologie erneut im Bereich der nuklearen Sicherheit. Eine im Rahmen der IAEO präsentierte österreichische Initiative zur

Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

Multilateralisierung des nuklearen Brennstoffzyklus fand Aufnahme in einen Bericht des IAEO-Sekretariats, der als Grundlage für die weiteren Beratungen der Staatengemeinschaft auf diesem Gebiet im Jahr 2008 dienen soll.

9. Welttourismusorganisation

Die Welttourismusorganisation (**UNWTO**) mit Sitz in Madrid ist die führende internationale Organisation auf dem Gebiet Reisen und Tourismus und dient als globales Forum für Tourismuspolitik und Plattform für Tourismus-Know-how und Statistiken. Österreich ist seit 1975 Vollmitglied und hat seit November die Vizepräsidentschaft der Regionalkommission für Europa (CEU) inne. Vom 22.-29. November fand die **XVII. Generalversammlung** der UNWTO in Cartagena de Indias (Kolumbien) statt. Kernthema war „**Klimawandel und Tourismus**“. Aktionen der Tourismuswirtschaft sind erforderlich, um die Treibhausgas-Emissionen im Gefolge von Transport und Beherbergung zu mildern, um Tourismusunternehmen und Destinationen auf veränderte Klimabedingungen anzupassen, um bestehende und neue Technologien zur Verbesserung der Energieeffizienz anzuwenden sowie um finanzielle Mittel zur Unterstützung armer Regionen und Länder zu sichern. Weitere wichtige Themen stellen auch weiterhin die Armutsbekämpfung und der Beitrag des Tourismus zu den Millenniums-Entwicklungszielen dar.

10. Weltpostverein

Die Strategiekonferenz des Weltpostvereins (**UPU**) in Dubai im November 2006 bildete die Grundlage für die Weltpoststrategie, die sich der Globalisierung, des verstärkten Einsatzes neuer Technologien, des zunehmenden Wettbewerbs, der Rolle des Postsektors in der Informationsgesellschaft und entsprechenden Reformen widmen soll. Die Tagung des Verwaltungsrats im November einigte sich auf die Grundstruktur der Weltpoststrategie, deren formale Annahme im Rahmen des XXIV. Weltpostkongresses im September 2008 in Nairobi (Kenia) erfolgen soll. Das Logo von UPU wurde zur Verdeutlichung des Status als Sonderorganisation der VN um den Olivenzweig erweitert.

11. Internationale Seeschifffahrtsorganisation

Der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation (**IMO**) mit Sitz in London gehören 167 Mitgliedstaaten an. Ihre 25. Generalversammlung im November befasste sich schwerpunktmäßig mit Fragen der Sicherheit und des Umweltschutzes in der Schifffahrt, darunter mit dem akuten Problem der Piraterie vor Somalia, der illegalen Migration aus Afrika unter Missachtung

Die Sonderorganisationen und angeschlossenen Organisationen der VN

aller Schifffahrtsstandards und dem Schutz der Biodiversität durch Normen zur Sterilisierung von Ballastwasser. Weitere Themen waren die Änderung der internationalen Regeln für die Verhinderung von Zusammenstößen auf See und die Ergebnisse der internationalen Konferenz über die Entfernung von Wracks. Ein weiteres Thema stellte die Förderung des „Freiwilligen Audit-Verfahrens“ von IMO-Mitgliedstaaten zur Gewährleistung hoher Sicherheits- und Umweltstandards dar. Erneut vergeben wurde der Internationale Seeschifffahrtspreis und erstmals die „IMO-Tapferkeits-Auszeichnung“ für besonders selbstlose Hilfeleistungen auf See.

12. Weltorganisation für Meteorologie

Die 1951 gegründete und in Genf angesiedelte Weltorganisation für Meteorologie (**WMO**) koordiniert und unterstützt den weltweiten Ausbau eines meteorologischen und hydrologischen Mess- und Beobachtungsnetzes. Neben der Standardisierung der globalen Wetterbeobachtung soll ein effizienter Datenaustausch in Bereichen wie Luft- und Schifffahrt sowie Landwirtschaft gewährleistet werden. Der Umweltschutz und die Entwicklung von Frühwarnsystemen für Seebeben sind weitere wesentliche Anliegen der WMO. Der vierjährige Welt-Kongress der WMO tagte in Genf vom 7.-25. Mai. Als Schwerpunkte des neuen 4-Jahres-Plans der Organisation wurden die Katastrophenprävention und der Ausbau von weiteren Frühwarnsystemen sowie die Auswirkungen des Klimawandels auf die Entwicklungsländer beschlossen.

F. Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen

Die Stärkung und Weiterentwicklung des Systems der internationalen Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen ist erklärtes Ziel der österreichischen Außenpolitik. Mit seinem Vorschlag zur Multilateralisierung des nuklearen Brennstoffzyklus strebt Österreich eine nachhaltige Steigerung von Transparenz und Sicherheit in einem politisch äußerst sensiblen Bereich an. Österreichs führende Rolle für ein Verbot von Streumunition knüpft an das traditionelle Engagement gegen Antipersonenminen an.

I. Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der Massenvernichtungswaffen

1. Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen

Der 1970 in Kraft getretene Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (**NPT**) stellt mit 189 Vertragsstaaten das völkerrechtliche Fundament des internationalen Nuklearregimes und einen Eckpfeiler der nuklearen Nichtverbreitung dar. Der Vertrag verpflichtet seine Mitglieder – mit Ausnahme der im NPT anerkannten Nuklearwaffenstaaten China, Frankreich, Großbritannien, Russland und die USA – zum Verzicht auf Atomwaffen und schreibt gleichzeitig das Recht auf die friedliche Nutzung der Atomenergie fest. Die fünf Nuklearwaffenstaaten verpflichten sich im Gegenzug zur nuklearen Abrüstung und zum Ziel der vollständigen Eliminierung von Nuklearwaffen. Indien, Israel und Pakistan sind die einzigen Staaten außerhalb des NPT. Die Demokratische Volksrepublik Korea hatte 2003 den Austritt aus dem Vertrag bekannt gegeben. Dieser wird jedoch international nicht anerkannt.

Die Vertragsstaaten evaluieren alle fünf Jahre den Stand der Umsetzung des NPT. Nach den Fortschritten bei der Überprüfungskonferenz 2000, im Rahmen derer ein Schlussdokument mit einem konkreten 13-Stufen-Plan zur nuklearen Abrüstung beschlossen wurde, endete jene im Jahr 2005 ohne Ergebnisse. Der neue Überprüfungszyklus des NPT in Vorbereitung der Überprüfungskonferenz 2010 begann mit einer ersten Vorbereitungskonferenz in Wien vom 30. April bis 11. Mai.

Österreich brachte im April einen Vorschlag zur **Multilateralisierung des nuklearen Brennstoffzyklus** in den Überprüfungszyklus des NPT ein. Dieser zielt auf eine erhöhte Transparenz bei der Verwendung nuklearer Brennstoffe und eine schrittweise Übertragung der Anreicherung und Wiederaufbereitung von Uran unter die ausschließliche Kontrolle der IAEO ab.

Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der Massenvernichtungswaffen

Der Vorschlag wurde in einen Bericht der Atombehörde aufgenommen, der als Grundlage für weitere Beratungen dient. Die österreichische Initiative wurde von Bundesministerin Ursula Plassnik überdies bei einer Konferenz in Berlin im Oktober über die nukleare Brennstoffversorgung und die damit verbundenen Gefahren präsentiert.

2. Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen

Der Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (**CTBT**) sieht ein Verbot aller nuklearen Explosionen vor. Seit der Annahme des Vertragsentwurfs durch die VN-GV im Jahr 1996 unterzeichneten 177 Staaten den CTBT. 141 Länder ratifizierten den Vertrag, darunter Österreich. Da erst 34 der 44 im Annex 2 genannten Schlüsselstaaten den Vertrag ratifizierten, ist dieser noch nicht in Kraft. Österreich setzte sich weiter für ein baldiges Inkrafttreten ein und übernahm gemeinsam mit Costa Rica im September für zwei Jahre den Kovorsitz der „CTBT Artikel XIV Konferenz“ zur Beschleunigung des Inkrafttretens des CTBT.

Das Provisorische Technische Sekretariat (**PTS**) der Vorbereitungskommission für die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (**CTBT PrepCom**) ist seit März 1997 in Wien tätig. Die Hauptaufgabe besteht im Aufbau des im CTBT vorgesehenen internationalen Verifikationssystems (**IMS**) mit weltweit 321 Überwachungsstationen, 16 Radionuklid-Labors und einem Internationalen Datenzentrum in Wien. Anlässlich des 29. Treffens der CTBT PrepCom vom 12.-14. November konnte die Zertifizierung von 213 Überwachungsstationen bekannt gegeben werden. Die einzige Einrichtung des Verifikationssystems in Österreich ist das Radionuklid-Labor in Seibersdorf. Über das IMS gesammelte seismische Daten werden regelmäßig auch an ein internationales Tsunami-Warnsystem geliefert, was der Arbeit des CTBT PrepCom über den Non-Proliferationsbereich hinaus Bedeutung verleiht.

3. Genfer Abrüstungskonferenz

Die Genfer Abrüstungskonferenz (**CD**), bestehend aus 65 Mitgliedstaaten, darunter seit 1996 auch Österreich, zeichnete sich durch einen gegenüber dem Vorjahr wesentlich gesteigerten Aktivitätsgrad aus. Die Verabschiedung eines Arbeitsprogramms schien aufgrund eines ausgewogenen Vorschlags der sechs Präsidenten der CD erstmals seit zehn Jahren realistisch, scheiterte schließlich aber an den Bedenken einiger Mitgliedstaaten. Die bereits im Vorjahr aufgekommene Erörterung der Themen nukleare Abrüstung, Vertrag über das Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Kernwaffen oder andere Kernsprengkörper (**FMCT**), negative Sicherheitsgarantien und die Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum (**PAROS**) wurde intensiviert. Die unter österreichischer EU-Ratspräsidentschaft be-

Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nonproliferation

gommene aktive Beteiligung der EU an den Arbeiten der CD wurde von den nachfolgenden Vorsitzen fortgesetzt, wodurch die Rolle der EU als gestaltender Akteur der CD ausgebaut werden konnte.

4. Chemiewaffenkonvention

Die 1997 in Kraft getretene Chemiewaffenkonvention (**CWK**) führte ein strafrechtlich zu verfolgendes Verbot sämtlicher Chemiewaffen ein und schreibt deren phasenweise Vernichtung vor. Mit nunmehr 183 Vertragsstaaten nähert sich die Konvention ihrem Ziel der universellen Geltung. Bei der Vernichtung bestehender Arsenale in Albanien, Indien, der Republik Korea, Libyen, Russland und den USA wurden Fortschritte erzielt. Von den in diesen Staaten deklarierten Chemiewaffen von insgesamt 71.373 Tonnen sind bereits 25.561 Tonnen bzw. 36% der gemeldeten Bestände vernichtet. Als erster Besitzerstaat schloss Albanien im Juli die Vernichtung ab. Das Ziel der CWK, alle Bestände bis zum 29. April 2007 zu vernichten, konnte jedoch nicht erreicht werden. Die Besitzerstaaten ersuchten um Verlängerung der Frist, darunter Russland und die USA bis zum letztmöglichen Zeitpunkt, dem 29. April 2012.

Wie in den Vorjahren beschloss die EU eine Gemeinsame Aktion zur Unterstützung der Organisation für das Verbot von Chemiewaffen (**OPCW**) mit rund 1,7 Millionen Euro. Ab Mai 2008 wird Österreich zwei Jahre lang Mitglied des Exekutivrats der Chemiewaffenkonvention sein.

5. Übereinkommen über das Verbot von biologischen Waffen und Toxinwaffen

Das Übereinkommen aus 1972 umfasst ein Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von biologischen Waffen und Toxinwaffen (**BTWK**). Nach dem Beitritt von Gabun, Kasachstan, Montenegro sowie Trinidad und Tobago umfasst die BTWK 159 Vertragsstaaten. Beim in Genf im Dezember abgehaltenen jährlichen Vertragsstaatenreffen standen die Verbesserung der nationalen Umsetzung des Übereinkommens sowie die regionale und subregionale Zusammenarbeit im Mittelpunkt der Erörterungen.

6. Ballistische Raketen

Der Haager Verhaltenskodex gegen die Verbreitung ballistischer Flugkörper (**HCOC**) ist das einzige multilaterale Instrument für ballistische Raketen und Marschflugkörper. Ballistische Trägerraketen können zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen genutzt werden. Der Kodex umfasst 127 Mitgliedstaaten. Im Rahmen dieses Mechanismus fungiert Österreich als zentrale Kontaktstelle (Exekutivsekretariat) des HCOC und als Schnittstelle für den gesamten Informationsaustausch. Im Vordergrund des Kodex stehen

Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der Massenvernichtungswaffen

vertrauensbildende Maßnahmen, beispielsweise die Vorankündigung von Raketenstarts.

Seit dem Inkrafttreten des HCOC im Jahr 2002 wurden am Sitz des Exekutivsekretariats sechs Staatentreffen abgehalten. Das letzte Treffen fand vom 31. Mai bis 1. Juni unter dem Vorsitz von Bosnien und Herzegowina statt. Themen waren die Implementierung der vertrauensbildenden Maßnahmen und Aktivitäten zur weiteren Erhöhung der Anzahl der Mitgliedstaaten. Das nächste Staatentreffen wird unter ungarischem Vorsitz im Mai 2008 in Wien stattfinden.

II. Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der Massenvernichtungswaffen

1. Antipersonenminen

Die Antipersonenminen-Verbotskonvention (**Ottawa-Konvention**) wurde 1997 angenommen, trat 1999 in Kraft und umfasst derzeit 155 Vertragsparteien. Als einer der führenden Staaten des Ottawa-Prozesses ist Österreich dem Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und deren Vernichtung besonders verpflichtet. Die aktive Unterstützung der internationalen Implementierung der Konvention wurde ebenso fortgesetzt wie die Umsetzung des österreichischen Minenaktionsprogramms. Seit 1999 werden dafür Mittel zur Verfügung gestellt, davon rund 1,6 Millionen Euro im Jahr 2007.

Anlässlich des zehnten Jahrestags des ersten in Wien abgehaltenen Expertentreffens zur Verhandlung der Ottawa-Konvention fand am 12. Februar das Symposium „Assisting Landmine Survivors: A Decade of Efforts“ (Hilfe für Landminenopfer: Eine Dekade gemeinsamen Vorgehens) statt. Schlüsselaspekte der Minenopferhilfe, eine kritische Evaluierung der erzielten Fortschritte und noch anstehende Herausforderungen standen im Zentrum der Diskussionen. Mit der Themenwahl trug Österreich auch seinem 14-monatigen Vorsitz im Komitee der Konvention für Minenopferhilfe Rechnung. Im Zuge dieses Vorsitzes wurde die Frage der Minenopferhilfe in den Mittelpunkt der Arbeiten im Rahmen der Ottawa-Konvention gerückt. Überdies wurden nationale Bemühungen in einer Reihe von betroffenen Ländern, darunter Albanien, Äthiopien, Bosnien und Herzegowina und Uganda, unterstützt sowie eine Vernetzung von relevanten internationalen Institutionen, nationalen ExpertInnen und NRO etabliert.

2. Streumunition

In Umsetzung einer seiner außenpolitischen Schwerpunkte trat Österreich aktiv für ein **völkerrechtliches Verbot von Streumunition** ein, einer aufgrund ihrer Flächenwirkung und der hohen Anzahl von Blindgängern für

Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nonproliferation

die Zivilbevölkerung besonders gefährlichen Waffe. Im Februar verpflichtete sich Österreich gemeinsam mit 45 Staaten in der „Oslo-Erklärung“ zum Abschluss eines völkerrechtlich verbindlichen Verbots von Streumunition mit inakzeptablen humanitären Konsequenzen für die Zivilbevölkerung bis Ende 2008. Gleichzeitig wurde auf nationaler Ebene ein Moratorium des Einsatzes von Streumunition beschlossen. Ein Gesetz zum Verbot von Streumunition folgte im Dezember. Dabei handelt es sich weltweit um das zweite und bisher umfassendste Verbotsgesetz für diese Waffengattung.

Auf internationaler Ebene veranstaltete Österreich vom 5.-7. Dezember die **Wiener Streumunitionskonferenz**, die mit 138 Teilnehmerstaaten weitere Dynamik in den internationalen Prozess gegen Streumunition brachte und einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zu einem Verbotsvertrag darstellte. Die Erörterung des Vertragsentwurfs zeigte einen Grundkonsens hinsichtlich der humanitären Bestimmungen über die Opferhilfe, der Räumung nicht explodierter Munition, der Zerstörung von Beständen und der internationalen Zusammenarbeit. Die Verhandlungen über einen Verbotsvertrag werden 2008 fortgesetzt. Auch im Rahmen des Übereinkommens über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (CCWC) wird dieses Thema 2008 erörtert werden.

3. Kleinwaffen und leichte Waffen

Nach dem Scheitern der ersten Überprüfungskonferenz des Aktionsprogramms der VN gegen den unerlaubten Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen (**KLW**) im Jahr 2006 konzentrierte sich Österreichs Engagement auf multilaterale Unterstützungsleistungen. Österreich förderte ein NATO-Projekt zur Zerstörung von KLW in Albanien sowie drei Projekte des Büros der VN für Abrüstungsfragen (UNODA) zur Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die Eindämmung von KLW in West- und Zentralafrika. Mit rund 500.000 Opfern jährlich werden KLW zunehmend als die eigentlichen Massenvernichtungswaffen bezeichnet. Ihre destabilisierende Anhäufung und Transfers stehen in engem Zusammenhang mit der steigenden Zahl von internen Konflikten und der hohen Rate von Gewalt und Verbrechen auch nach Beendigung der Konflikte. Österreich verfolgt das Ziel, diese katastrophalen Folgen einzudämmen und setzt sich dafür in den zuständigen Gremien der VN und anderen multilateralen Zusammenschlüssen ein.

4. Ausfuhrkontrolle konventioneller Waffen

Die Rechtsgrundlage für die Ausfuhr von Ausrüstung, die vom **Verhaltenskodex der EU für Waffenausfuhren** erfasst ist, stellen in Österreich das Außenhandelsgesetz und das Kriegsmaterialgesetz dar. Bewilligungspflichtig

Multilaterale Exportkontrollregime

tige Rüstungsgüter werden in der Außenhandelsverordnung in Verbindung mit einer Anlage bestimmt, welche der „Wassenaar Militärgüterliste“ und der EU-Militärgüterliste entspricht. Mit dem politisch verbindlichen Verhaltenskodex verpflichten sich die EU-Partner seit 1998 zur Einhaltung bestimmter Standards bei der Ausfuhr von konventionellen Rüstungsgütern. Der Verhaltenskodex enthält acht Kriterien, die von den Mitgliedstaaten jeder Entscheidung über Ausfuhranträge zu Grunde zu legen sind. Bei Antragsablehnungen sieht der Verhaltenskodex ein Informations- und Konsultationsverfahren vor. Durch diesen weltweit ersten Mechanismus zur Kontrolle der Ausfuhr konventioneller Waffen konnte wesentlich zur Harmonisierung der nationalen Exportkontrollen und zur Verbesserung von Kohärenz und Konsistenz der EU-Partner in dieser Materie beigetragen werden.

Die Qualität und Transparenz des konsolidierten **Jahresberichts** als einer Informationsquelle über die tatsächlich erfolgten EU-weiten Ausfuhren wurde weiter verbessert. Der 9. Jahresbericht (für das Jahr 2006) wurde am 26. Oktober veröffentlicht. Hinsichtlich der Aktualisierung und Erweiterung des für die Anwendung des Verhaltenskodex unerlässlichen **Benutzerleitfadens** wurden Fortschritte bei der Harmonisierung erzielt. Die unter österreichischer EU-Ratspräsidentschaft zur aktiven Einbeziehung von Drittstaaten initiierte Schwerpunktsetzung auf die westlichen Balkanländer wurde erfolgreich fortgesetzt. Die positiven Erfahrungen in der Anwendung des Verhaltenskodex und das Engagement gegenüber Drittstaaten erlaubten der EU, sich im Rahmen der VN federführend und glaubwürdig für einen Waffenhandelsvertrag (**ATT**) einzusetzen.

III. Multilaterale Exportkontrollregime

Vorrangiges Ziel der bestehenden **fünf Kontrollregime** ist es, durch die Koordination nationaler Exportkontrollen zu verhindern, dass sensible Technologie und Know-how in die Hände von Staaten geraten, die damit militärische Zwecke verfolgen könnten (Non-Proliferation). Hauptinstrumente dieser Regime sind Listen mit relevanten Waren bzw. Substanzen sowie Richtlinien betreffend den Export in Nicht-Mitgliedstaaten. Österreich gehört allen fünf Regimen an. Die innerstaatliche Umsetzung ihrer Regeln erfolgt im Wesentlichen im Rahmen des Außenhandelsgesetzes 2005.

Im Nuklearbereich bestehen das Zanger-Komitee (**ZC**) und die Gruppe der (wichtigsten) nuklearen Lieferländer (**NSG**) mit 36 bzw. 45 Mitgliedern. Diese führen Kontrolllisten sensibler nuklearer Güter und Ausrüstungen mit dem Ziel, vor allem die Urananreicherung und die Plutoniumverarbeitung für nicht friedliche Zwecke zu verhindern. Auf dem Gebiet der chemischen und biologischen Waffen nimmt die 41 Mitglieder umfassende Australien-Gruppe (**AG**) eine ähnliche Funktion ein. Das 34 Mitglieder umfassende Trägertechnologie-Kontrollregime (**MTCR**) kontrolliert die Verbrei-

Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nonproliferation

tion von nuklearwaffenfähiger Raketentechnologie (Raketen mit Steuerungssystemen und Marschflugkörpern). Das 1997 gegründete Wassenaar Arrangement (**WA**), dessen Sekretariat seinen Sitz in Wien hat, fördert die Sicherung des Friedens durch Koordination nationaler Exportkontrollen, erhöhte Transparenz und Verantwortlichkeit sowie Vermeidung destabilisierender Anhäufungen konventioneller Waffen und doppelverwendungsfähiger Güter und Technologien. Das Jahr 2007 stand im Zeichen des dritten vierjährigen Evaluierungsprozesses, der sich schwerpunktmäßig den Themen bewährte Praktiken, Weiterexport und Transparenz widmete. Es bestand Einigkeit darüber, dass das WA erfolgreich mit technologischen Neuerungen und sicherheitspolitischen Herausforderungen, insbesondere terroristischen Bedrohungen, Schritt halte und seinen Aufgaben gerecht werde.

G. Der internationale Schutz der Menschenrechte

I. Einleitung

Die Förderung der weltweiten Umsetzung internationaler Menschenrechtsstandards gehört zu den zentralen Anliegen Österreichs. Schwerpunktthemen sind die Abschaffung der Todesstrafe, der Schutz von Minderheiten, Frauenrechte, die Rechte von Kindern, insbesondere in bewaffneten Konflikten, die Situation von Binnenvertriebenen, die Unterbindung von Menschenhandel, die Förderung von Demokratisierung und guter Regierungsführung, Menschenrechtsbildung und humanitäres Völkerrecht. Österreich setzte insbesondere zu diesen Themen wichtige Akzente sowohl im Rahmen der EU und internationaler Organisationen wie VN, Europarat und OSZE als auch in bilateralen Kontakten mit Staaten in aller Welt. Ein besonderes Anliegen war dabei die Stärkung der Zivilgesellschaft.

II. Menschenrechte in der Europäischen Union

1. Die Menschenrechtspolitik der Europäischen Union

Die Entwicklung und Festigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sind eine Zielsetzung der GASP. Fragen der EU-Menschenrechtspolitik gegenüber Drittstaaten werden von den EU-MenschenrechtsdirektorInnen in der Ratsarbeitsgruppe Menschenrechte in EU-Außenbeziehungen (COHOM) und in Zusammenarbeit mit Ratsarbeitsgruppen mit geographischem Schwerpunkt sowie in dem von der Europäischen Kommission geleiteten Ausschuss für Menschenrechte und Demokratisierung behandelt. Österreich führte sein Engagement für eine bessere Integration der Menschenrechte in alle EU-Politikbereiche fort und setzte sich mit Erfolg für die weitere Verankerung der Menschenrechte im EU-Krisenmanagement ein. Österreich unterstützte die Etablierung neuer EU-Menschenrechtsdialoge mit der AU und Usbekistan. Die EU-Agentur für Grundrechte wurde in Wien im März feierlich eröffnet. Mit der Annahme des EU-Reformvertrags von Lissabon im November wurde der Weg für die Rechtsverbindlichkeit der EU-Grundrechtecharta und für einen Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention bereitet.

1.1. Die Integration von Menschenrechten in die ESVP

Österreich engagiert sich nachdrücklich für die Integration von Menschenrechten in alle Bereiche der ESVP, insbesondere für die Berücksichtigung der Rechte von Frauen und Kindern im EU-Krisenmanagement. Österreich erreichte die ausdrückliche Verankerung eines menschenrechtlichen Auftrags in allen Mandaten von EUSB für Krisenregionen (Afghanistan, Bos-

Der internationale Schutz der Menschenrechte

nien und Herzegowina, Mazedonien, Moldau, Sudan sowie Große-Seen-Region, Naher Osten, Süd-Kaukasus und Zentralasien). Dadurch sind EUSB nunmehr verpflichtet, in ihren Kontakten und Berichten auf die Situation der Menschenrechte, insbesondere von Frauen und Kindern, einzugehen und Frauen als Partnerinnen verstärkt in Friedensprozesse einzubeziehen. Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten führte zudem Ausbildungsprogramme zu Fragen der Frauen- und Kinderrechte für das österreichische Kontingent der EUFOR Tschad/RCA durch.

1.2. Leitlinien der Europäischen Union zu Menschenrechten

Die EU-Leitlinien zu Menschenrechten sind vom EU-Rat beschlossene Dokumente, welche jeweils einen Katalog von Maßnahmen für das ständige Engagement der EU gegenüber Drittstaaten zu einzelnen menschenrechtlichen Bereichen umfassen.

Die **Leitlinien zum Schutz und zur Förderung der Kinderrechte** sowie eine Umsetzungsstrategie wurden am 10. Dezember verabschiedet. Die erste Priorität in der Umsetzung dieser neuen Leitlinien wird das Thema Gewalt gegen Kinder sein. Ein großer Erfolg der EU war dabei der Beschluss der 62. VN-GV über die Einrichtung eines VN-Sonderbeauftragten zu Gewalt gegen Kinder.

Zu den im Dezember 2003 unter aktiver österreichischer Beteiligung beschlossenen **Leitlinien für den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten** wurde die Liste der Prioritätenländer auf nunmehr insgesamt 19 Staaten erweitert. Die enge Zusammenarbeit mit der Sonderberichterstatterin der VN zu Kindern in bewaffneten Konflikten Radhika Coomaraswamy wurde fortgesetzt.

Die weltweite Abschaffung der Todesstrafe ist für Österreich und die EU eine Priorität der Menschenrechtspolitik auf der Grundlage der **Leitlinien für eine Unionspolitik gegenüber Drittländern betreffend die Todesstrafe**. Dieses Ziel verfolgten Österreich und die EU-Partner zum einen mit Demarchen und öffentlichen Erklärungen, zum anderen mit einer verstärkten Thematisierung in regionalen und internationalen Gremien. Als größter Erfolg dieses Engagements ist die erstmalige Annahme einer Resolution für ein Todesstrafenmoratorium durch die 62. VN-GV am 18. Dezember zu werten. Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten setzte sich auf bilateraler Ebene für die Nichtvollstreckung von Todesurteilen unter anderem in China, im Iran und in Saudi-Arabien ein. Bundesministerin Ursula Plassnik bekräftigte in ihrer Erklärung zum Welttag gegen die Todesstrafe am 10. Oktober, dass der Kampf gegen diese unmenschliche Strafform ein Kernanliegen der österreichischen Menschenrechtspolitik bleibe. Auf Beschluss des Europarats und der EU wurde dieser Tag zum jährlichen Europäischen Tag gegen die Todesstrafe erklärt.

Menschenrechte in der Europäischen Union

Mit den **Leitlinien zu Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe** verpflichtet sich die EU zur ständigen Überzeugungsarbeit gegenüber Drittstaaten mit dem Ziel der Ausmerzung der Folter. Dies geschieht einerseits durch Einbeziehung der Thematik in die politischen Dialoge und Menschenrechtsdialoge mit Drittstaaten und andererseits durch Demarchen. Jene Staaten, die nicht Vertragspartei der VN-Konvention gegen Folter sind, werden zum Beitritt aufgefordert; gegenüber Staaten, die bereits Vertragspartei sind, werden Fragen der effektiven Umsetzung der Konvention thematisiert. Weiters werden spezifische Probleme des jeweiligen Staates im Umgang mit angehaltenen Personen angesprochen und eine fallbezogene Unterstützung bei deren Behebung angeboten. Darüber hinaus thematisiert die EU auch auf Einzelpersonen bezogene Foltervorwürfe. Die jeweiligen lokalen EU-Vertretungen führten derartige Demarchen in 54 Drittstaaten durch; hinzu kamen Interventionen in 15 Einzelfällen in sieben Drittstaaten.

Im Rahmen der **Leitlinien zum Schutz und zur Förderung von MenschenrechtsverteidigerInnen** entwickelte die EU in Zusammenarbeit mit den Botschaften vor Ort in bisher mehr als 80 Staaten lokale Strategien zur effektiven Umsetzung dieser Leitlinien. Dabei wurden die verbesserte Bekanntmachung der Leitlinien in den jeweiligen Ländern sowie die Intensivierung der Zusammenarbeit mit lokalen MenschenrechtsverteidigerInnen als Prioritäten identifiziert. Die EU führte in mehr als 200 Fällen bedrohter MenschenrechtsverteidigerInnen Demarchen durch.

1.3. Agentur der Europäischen Union für Grundrechte

Auf Basis eines unter österreichischem EU-Ratsvorsitz im ersten Halbjahr 2006 erarbeiteten Kompromisspakets wurde im Februar die Verordnung über die Errichtung einer Agentur der EU für Grundrechte (**GRA**) mit Sitz in Wien angenommen. Der Europäische Rat hatte im Dezember 2003 entschieden, die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) in eine Grundrechteagentur umzuwandeln. Am 1. März wurde die Agentur unter der Teilnahme von Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Bundesministerin Ursula Plassnik, Kommissionspräsident José Manuel Barroso sowie des Kommissars für Justiz, Freiheit und Sicherheit Franco Frattini in Wien eröffnet. Am 12. Juli fand die konstituierende Sitzung des Verwaltungsrats der Agentur statt. Rat und Europäisches Parlament erzielten gemeinsam mit der Europäischen Kommission wichtige Verhandlungsfortschritte beim Beschluss eines Mehrjahresprogramms und der Bestellung eines neuen Direktors, sodass entsprechende Entscheidungen in den ersten Monaten 2008 fallen können und die GRA rasch voll funktionsfähig werden kann. Erste Aktivitäten im Rahmen des erweiterten, das gesamte Spektrum der Grundrechte umfassenden Mandats wurden aufgrund von Aufträgen der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments in den Bereichen Homophobie, Kinderrechte und Opfer-

Der internationale Schutz der Menschenrechte

schutz gesetzt. Die Verhandlungen zur Schaffung eines Memorandum of Understanding über die Art und Modalitäten der Zusammenarbeit zwischen GRA und Europarat wurden abgeschlossen, sodass das Dokument in den ersten Monaten des Jahres 2008 unterzeichnet werden kann.

Das wichtigste Aufgabengebiet der GRA ist die Beratung von EU-Institutionen und EU-Mitgliedstaaten bei der grundrechtskonformen Schaffung und Umsetzung von EU-Recht. Durch Sammeln von Daten sowie Erstellen von Analysen, Gutachten und Empfehlungen soll sie die EntscheidungsträgerInnen in der EU unterstützen und zur erhöhten Kohärenz der EU-Menschenrechtspolitik beitragen. Die GRA wird im Bereich des Gemeinschaftsrechts sowie mit Zustimmung der betroffenen EU-Institution bzw. des EU-Mitgliedstaats auch im Bereich der polizeilichen und justiziel- len Zusammenarbeit tätig sein.

Das **neunte EU-Menschenrechtsforum** zum Meinungs- und Erfahrungsaus- tausch zwischen EU-Mitgliedstaaten, Institutionen der Union und Vertrete- rInnen der Zivilgesellschaft fand in Lissabon im Dezember statt und wid- mete sich den Kinderrechten und dem Bereich der wirtschaftlichen, sozia- len und kulturellen Rechte. In diesem Zusammenhang fanden Arbeitsgrup- pen zum Thema Kinderarmut und zu den Indikatoren zur Messung der Verwirklichung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten statt.

In Umsetzung der Wiener Erklärung vom 10. Dezember 1998 wurde der von allen EU-Partnern in gemeinsamer Arbeit verfasste neunte **EU-Jahresbericht 2007 zur Menschenrechtslage** verabschiedet.

Die Aktualisierung der auf eine Initiative Österreichs zurückgehenden **Menschenrechtsländerblätter** (Fact Sheets) durch die EU-Missionschefs in Drittländern wurde fortgesetzt.

Die Umsetzung von konkreten Projekten und Programmen im Bereich der EU-Menschenrechtspolitik erfolgt vor allem durch das Europäische Instru- ment für Demokratie und Menschenrechte (**EIDHR**). Aufgrund eines Rats- beschlusses vom Dezember 2006 wurde EIDHR finanziell aufgestockt, sodass eine höhere Anzahl an Projekten gefördert werden konnte und gemäß den neuen Richtlinien auch vermehrt Demokratisierungsinitiativen und EU-Wahlbeobachtungen in Drittstaaten unterstützt wurden.

Seit dem Jahr 2000 wurden von der Europäischen Kommission rund 50 **EU- Wahlbeobachtungsmissionen** durchgeführt. Im Rahmen des von der EU eingerichteten Projekts „Netz von Europäern für die Unterstützung von Wahlen und Demokratie“ (**NEEDS**) werden Trainingsseminare für Wahlbe- obachterInnen angeboten, die unter anderem auch im Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung abgehalten werden. Rund 50 ÖsterreicherInnen kamen 2007 bei Wahlbeobachtungsmissionen der EU in Bangladesch, Ecuador, Guatemala, Indonesien, Kenia, Mauretanien, Nep- al, Nigeria, Pakistan, Sierra Leone, Timor-Leste und Togo zum Einsatz.

Menschenrechte in der Europäischen Union

2. Strukturierte Menschenrechtsdialoge

Im Dezember 2001 verabschiedete die EU **Leitlinien für Dialoge im Bereich der Menschenrechte**. Dabei wurden unterschiedliche Dialogformen festgelegt: strukturierte Menschenrechtsdialoge, Ad-hoc-Dialoge, Dialoge mit Staatengruppen (beispielsweise auf Grund des Cotonou-Abkommens oder im Rahmen des Barcelona-Prozesses) sowie Expertentreffen mit gleichgesinnten Staaten im Vorfeld von menschenrechtlichen Großveranstaltungen. Derzeit ist ein umfassender Evaluierungsprozess der Ziele und Rahmenbedingungen der EU-Menschenrechtsdialoge durch die EU-Partner mit dem Ziel im Gange, die Dialoge kohärenter und effizienter zu gestalten.

Der seit 1995 stattfindende **strukturierte Menschenrechtsdialog EU-China** wurde durch Treffen im Mai und Oktober fortgesetzt. Ergänzend zu den Treffen auf Regierungsebene finden traditionell Expertenseminare mit TeilnehmerInnen aus dem akademischen Bereich, von NRO und offiziellen VertreterInnen der EU und Chinas statt. Aufgrund der Uneinigkeit zwischen China und der EU betreffend die Teilnahme von China-kritischen NRO sagte China diese Seminare jedoch ab. Die beim Dialog regelmäßig angesprochenen Fragen betreffen die chinesische Ratifikation des Internationalen Pakts über Bürgerliche und Politische Rechte, die Kooperation mit VN-Menschenrechtsmechanismen, die Reform des Systems „Umerziehung durch Arbeit“ und des Justizsystems, die Entwicklungen in Tibet und Xinjiang, die Verfolgung von AnhängerInnen der Demokratiebewegungen, von religiösen Gruppen und der Falun-Gong-Bewegung sowie die Themen Folterverbot, Todesstrafe und Religionsfreiheit. Die EU spricht auch regelmäßig menschenrechtliche Einzelfälle an. Der Dialog wird von der EU als wichtiges Instrument der Zusammenarbeit mit China zur Verbesserung der Menschenrechte gesehen.

Der Ende 2002 eingerichtete **Menschenrechtsdialog EU-Iran** kam nach der vierten Runde im Juni 2004 praktisch zum Erliegen. Unter österreichischem EU-Ratsvorsitz gab es Bemühungen für eine Wiederaufnahme des Dialogs, wozu es allerdings bis heute nicht gekommen ist. Hauptverantwortlich dafür ist die Besorgnis erregende Menschenrechtslage im Iran, die auch in einer von der EU miteingebrachten Resolution der 62. VN-GV kritisiert wird. Österreich tritt grundsätzlich für eine Fortsetzung des Menschenrechtsdialogs mit dem Iran ein. Gleichzeitig wurden die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen regelmäßig mit der iranischen Regierung thematisiert.

Die fünfte und sechste Runde der **Menschenrechtskonsultationen EU-Russland** fanden im Mai und im Oktober statt. Die EU-Troika sprach vor allem Mängel bei der Meinungs- und Versammlungsfreiheit im Zusammenhang mit den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, Unzulänglichkeiten bezüglich Pressefreiheit und der Umsetzung von EGMR-Urteilen, die restriktive NRO-Gesetzgebung, die Situation in Tschetschenien sowie den

Der internationale Schutz der Menschenrechte

Frauenhandel an. Vor den Konsultationsrunden fanden Treffen der EU-Delegation mit VertreterInnen der russischen Zivilgesellschaft statt.

Im Mai fand die erste Runde des **Menschenrechtsdialogs EU-Uzbekistan** in Taschkent statt, welcher künftig regelmäßig abgehalten werden soll. Dabei sprach die EU vor allem Mängel bei der Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit, Restriktionen für NRO und MenschenrechtsverteidigerInnen sowie die menschenrechtliche Zusammenarbeit im Rahmen der OSZE und der VN an. Die Bemühungen der EU um die Etablierung weiterer Menschenrechtsdialoge mit allen zentralasiatischen Staaten werden von Österreich unterstützt.

Im September fand in Brüssel das erste Expertentreffen von EU und AU über Menschenrechte statt, bei dem die Schaffung eines regelmäßigen **Menschenrechtsdialogs EU-AU** beschlossen wurde.

Das zweite Treffen der **informellen Arbeitsgruppe EU-Israel zu Menschenrechten** fand im Rahmen des achten Assoziationsrats EU-Israel im Februar statt. Die wichtigsten von der EU angesprochenen Themen waren die Situation der arabischen Minderheit, die Praxis der unbegrenzten Verwaltungshaft, Restriktionen bei der Familienzusammenführung zwischen Israelis und Palästinensern, Probleme bei der Einreise von EU-BürgerInnen in die Besetzten Gebiete sowie der VN-Menschenrechtsrat.

III. Menschenrechte in den Vereinten Nationen

Die Wiener Weltkonferenz für Menschenrechte gab 1993 den Anstoß für die Stärkung der operativen Menschenrechtskapazitäten der VN. Als wesentliche Instrumente zur Förderung der Menschenrechte, aber auch der Konfliktverhütung und Friedenskonsolidierung, dienen dabei der Aufbau und die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit, guter Regierungsführung, einer aktiven Zivilgesellschaft und lokaler Menschenrechtsstrukturen sowie breit angelegte Maßnahmen im Bereich der Menschenrechtsbildung.

1. Der Menschenrechtsrat

Der Menschenrechtsrat der VN (**MRR**) als Nachfolgeorgan der Menschenrechtskommission (**MRK**) konnte vor allem aufgrund der mangelhaften Zusammenarbeit und Blockbildung zwischen den regionalen Gruppen, etwa zu Fragen des Nahost-Konflikts und der religiösen Intoleranz, die an ihn gestellten Erwartungen als effektive und glaubwürdige Kraft der universellen Menschenrechtsarbeit nicht vollständig erfüllen. Im Gegensatz zur MRK erhoffte man sich vom MRR infolge regelmäßiger Tagungen, einer vereinfachten Einberufung von Sondertagungen sowie der Behandlung auch spezifischer Ländersituationen wirksamere Reaktionen auf akute Menschenrechtskrisen. Mit Abschluss eines aus österreichischer Sicht zu-

Menschenrechte in den Vereinten Nationen

frieden stellenden Kompromisspakets zum Institutionenaufbau im Juni, welches Arbeitsweisen und zu schaffende Instrumente des MRR regelt, wurden die Voraussetzungen und Kapazitäten für eine künftig effektivere inhaltliche Auseinandersetzung des MRR mit der weltweiten Menschenrechtssituation geschaffen. Der Beginn des zweiten Arbeitsjahrs des MRR stand im Zeichen der Umsetzung dieses Pakets. Ein Erfolg war die rasche Abhaltung der von der EU einberufenen Sondertagung zu Burma/Myanmar im Oktober.

Auf der **vierten ordentlichen Tagung** vom 12.-30. März fanden Dialoge mit den Menschenrechts-SonderberichtesterInnen zu den Themen Folter, Terrorismus, Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit, Rassismus und außgerichtlichen Tötungen statt. Während die überregionale Zusammenarbeit hinsichtlich der von der EU eingebrachten und im Konsens angenommenen Darfur-Resolution erfolgreich war, wurde die von der OIC eingebrachte Resolution über Diffamierung von Religionen gegen den Widerstand der EU beschlossen.

Die **fünfte ordentliche Tagung** vom 11.-18. Juni, mit welcher der MRR sein erstes Arbeitsjahr abschloss, stand im Zeichen der Verhandlungen zum Abschluss des Pakets über den Institutionenaufbau. Im Sinne einer Kompromisslösung waren zur Erfüllung von EU-Kernforderungen wie einem ständigen Tagesordnungspunkt „Menschenrechtssituationen in einzelnen Ländern“, der Bestätigung aller SonderberichtesterInnen für Themen und fast aller SonderberichtesterInnen für Länder sowie der umfassenden und regelmäßigen Menschenrechtsprüfung aller Staaten durch eine so genannte allgemeine regelmäßige Überprüfung (Universal Periodic Review) auch Zugeständnisse seitens der EU wie ein separater Tagesordnungspunkt zu Israel/Besetzte Gebiete, die Beendigung der Mandate für die Länder Belarus und Kuba sowie ein Verhaltenskodex für SonderberichtesterInnen erforderlich. Das Paket für den Institutionenaufbau wurde am 18. Juni im Konsens angenommen und am 3. Dezember von der VN-GV bestätigt.

Auf der **sechsten ordentlichen Tagung** vom 10.-28. September und vom 10.-14. Dezember wurde die österreichische Resolution zur Schaffung eines Minderheitenforums angenommen (siehe Kapitel G.VII.4.). Auch das Mandat des Beauftragten des VN-GS zu Binnenvertriebenen wurde unter österreichischer Verhandlungsleitung erfolgreich verlängert. Weiters konnten die Mandate der Arbeitsgruppe zu willkürlichen Verhaftungen sowie der SonderberichtesterInnen zu Burma/Myanmar, Burundi, Haiti, Liberia und zum Sudan, zu Gesundheit, Menschenrechten und Terrorismus sowie zur Religionsfreiheit erneuert werden. Schließlich wurden die im Zeitraum 2008-2011 für eine allgemeine regelmäßige Überprüfung vorgesehenen Staaten mittels Los gewählt (Österreich: 2011). So war die sechste Sitzung aus der Sicht Österreichs und der EU zwar inhaltlich als Erfolg zu werten, die verhärteten Fronten zwischen westlichen Staaten und der Afrikanischen Gruppe/OIC, vor allem in Religionsfragen und in der Rassismusde-

Der internationale Schutz der Menschenrechte

batte, erwiesen sich jedoch insbesondere im Hinblick auf die 2009 geplante Überprüfung der Umsetzung der Ergebnisse der Weltrassismuskonferenz von Durban 2001 als problematisch.

Die von der EU einberufene **Sondertagung zur Menschenrechtslage in Burma/Myanmar** im Oktober bestätigte die Fähigkeit des MRR, rasch und effektiv auf Menschenrechtskrisen reagieren zu können. Zum einen wurde die Sondertagung unverzüglich abgehalten, zum anderen konnte eine Resolution mit überregionaler Unterstützung angenommen werden. Sie verurteilt klar die Menschenrechtsverletzungen in Burma/Myanmar und dient als Grundlage für den erstmaligen Besuch eines Sonderberichterstatters im Land. Die Beratungen im MRR sind jedoch weiterhin von einer Fixierung auf die Situation in den von Israel besetzten Palästinensischen Gebieten sowie vom Widerstand zahlreicher Staaten gegen die Erörterung anderer gravierender Menschenrechtssituationen geprägt.

2. Die Generalversammlung

Auf der 62. Tagung der VN-GV wurden im Dritten Komitee rund 60 Resolutionen behandelt. Einen Meilenstein stellte die erstmalige Annahme der von der EU mit zahlreichen anderen Staaten eingebrachten Resolution über ein weltweites Todesstrafenmoratorium dar.

Die VN-GV bestätigte mit überwältigender Mehrheit den **Bericht des MRR** und damit das im Juni in Genf beschlossene Paket zum Institutionenaufbau. Eine befürchtete Öffnung des Pakets mit nachfolgender Neuverhandlung konnte damit verhindert werden. Zur Hintanhaltung einer ständigen Unterordnung des MRR gegenüber dem Dritten Komitee wurde auf Betreiben der EU festgehalten, dass mit der Erörterung des MRR-Berichts nicht nur im Plenum der VN-GV, sondern auch im Dritten Komitee keine allgemeine Regel entstanden ist.

Die traditionelle Resolution über die **Rechte des Kindes** wurde von der EU wieder gemeinsam mit der Gruppe lateinamerikanischer Staaten (GRULAC) eingebracht. Trotz des Widerstands vor allem arabischer und afrikanischer Staaten konnte das Mandat für einen VN-Sonderbeauftragten zu Gewalt gegen Kinder für vorerst drei Jahre eingerichtet werden.

Weiters nahm die VN-GV eine von der EU eingebrachte Resolution zu **Fragen der religiösen Intoleranz** an, die sich am Bericht der VN-Sonderberichterstatterin über Religions- und Glaubensfreiheit orientiert. Aufgrund des großen Widerstands der OIC wurden von der EU vorgeschlagene neue Textelemente, etwa betreffend die Gedanken- und Glaubensfreiheit im Zusammenhang mit nichttheistischen Weltbildern und betreffend den Zusammenhang von Religions- und Meinungsfreiheit, abgeschwächt. Die von der OIC eingebrachte Resolution zu **Diffamierung von Religionen** lehnte die EU ab.

Menschenrechte in den Vereinten Nationen

Im **Genderbereich** wurde neben einer Resolution zur Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), die unter anderem die Modalitäten des CEDAW-Ausschusses neu regelt, eine Resolution zu Gewalt gegen Frauen angenommen. Darüber hinaus wurde eine von den USA eingebrachte Resolution verabschiedet, die Vergewaltigungen und andere Formen sexueller Gewalt als Mittel staatlicher Politik verurteilt.

Trotz erbitterten Widerstands von Staaten, die weiterhin die Todesstrafe befürworteten, konnte die von der EU in einer Koalition mit Staaten aus allen Regionen eingebrachte Resolution über ein **weltweites Todesstrafenmoratorium** angenommen werden. Dieser erstmalige Erfolg einer VN-Resolution gegen die Todesstrafe wurde durch den gezielten Aufbau einer überregionalen Unterstützung und intensives weltweites Lobbying ermöglicht.

Die von der EU eingebrachten oder unterstützten Resolutionen zur Lage der Menschenrechte in Belarus, Burma/Myanmar, im Iran und in der Demokratischen Volksrepublik Korea wurden dank intensiven Lobbyings und guter Zusammenarbeit, vor allem mit Kanada und den USA, von der VN-GV angenommen.

Österreich brachte eine Resolution zu **Menschenrechten in der Justizverwaltung** und eine Entscheidung zu **Minderheitenrechten** ein, die im Konsens angenommen wurden. Darüber hinaus engagierte sich Österreich besonders für die von Norwegen eingebrachte Resolution zum Schutz Binnenvertriebener.

Aus menschenrechtlicher Sicht stellt die 62. VN-GV für Österreich und die EU einen Erfolg dar. Zwar waren weite Strecken der Sitzung des Dritten Komitees von Kontroversen zur Todesstrafen-Resolution gekennzeichnet. Auch kam es wie schon im Vorjahr in vielen Fragen zu einer Blockbildung des „Südens“ gegen den „Norden“, und die Bewegung Blockfreier Staaten und die G-77 konnten aufgrund ihrer Stimmenmehrheit diverse Anliegen gegen den Willen der EU durchsetzen. Nichtsdestotrotz wurden durch eine geeinte EU und in Partnerschaft mit anderen Staaten Verhandlungserfolge bei wichtigen Menschenrechtsthemen erzielt.

3. Die Frauenstatuskommission

Die 51. Tagung der Frauenstatuskommission (**FSK**) in New York vom 26. Februar bis 9. März stand unter dem Thema Beseitigung aller Formen von Diskriminierung und Gewalt gegen Mädchen, zu dem umfassende Schlussfolgerungen angenommen wurden. Weiters widmete sich die FSK der Umsetzung der umfassenden Studie des VN-GS über die Beendigung aller Formen von Gewalt gegen Frauen auf nationaler und internationaler Ebene. Resolutionen wurden zu den Themen HIV/AIDS, Zwangsverheiratung von Mädchen, zur weiblichen Genitalverstümmelung und zur Situation palästinensischer Frauen angenommen.

Der internationale Schutz der Menschenrechte

Die österreichische Delegation wurde von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer geleitet, die auch am Treffen der Parlamentarierinnen und Parlamentspräsidentinnen teilnahm.

IV. Menschenrechte in der OSZE

Siehe Kapitel B.II.3.

V. Menschenrechte im Europarat

Der Schutz der Menschenrechte im Rahmen des Europarats stützt sich im Wesentlichen auf die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (**EMRK**) und die Tätigkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (**EGMR**). Das Anwachsen der Anzahl der Mitgliedstaaten des Europarats von 23 im Jahr 1989 auf mittlerweile 46 sowie die starke Zunahme der beim EGMR eingebrachten Individualbeschwerden von damals 4.000 Beschwerden auf nunmehr bereits 50.500 machten Reformschritte notwendig. Zwar konnte das im Mai 2005 vom Ministerkomitee angenommene Protokoll Nr. 14 zur EMRK über die Änderung des Kontrollsystems der Konvention aufgrund der fehlenden Ratifikation Russlands nach wie vor nicht in Kraft treten. Das 117. Ministerkomitee beriet jedoch im Mai über die Weiterverfolgung und Umsetzung von Empfehlungen über zusätzliche Reformmaßnahmen, welche von einer Weisengruppe erarbeitet und im November 2006 veröffentlicht worden waren.

Der Menschenrechtskommissar des Europarats Thomas Hammarberg stattete Österreich vom 21.-25. Mai einen umfassenden Länderbesuch ab. Er traf unter anderem mit höchsten RegierungsvertreterInnen auf Bundes- und Landesebene sowie mit VertreterInnen der Zivilgesellschaft zusammen. Darüber hinaus besuchte er Menschenrechtsüberwachungseinrichtungen wie den Menschenrechtsbeirat und die Gleichbehandlungsanwaltschaft sowie Polizeianhaltezentren, ein Frauenhaus und ein Asylwerberheim. In seinem im Dezember veröffentlichten Besuchsbericht lobte Menschenrechtskommissar Hammarberg neben der konstruktiven und transparenten Zusammenarbeit mit den österreichischen Behörden die österreichischen Bemühungen zum Gewaltschutz, die Institution des Menschenrechtsbeirats sowie die umfassenden Aus- und Fortbildungsmaßnahmen im Bereich Menschenrechte im Polizeidienst. Kritik äußerte er über Fälle von Polizeimisshandlung, die häufige Verhängung von Schubhaft und die restriktive Interpretation der Pressefreiheit durch österreichische Gerichte. Österreich gab zu den Empfehlungen Hammarbergs eine ausführliche Stellungnahme ab.

*Schwerpunktthemen***VI. Das Netzwerk Menschliche Sicherheit**

Das Netzwerk Menschliche Sicherheit (**HSN**) ist eine überregionale, themenübergreifende und aktionsorientierte Interessengemeinschaft von zwölf Staaten (Chile, Costa Rica, Griechenland, Irland, Jordanien, Kanada, Mali, Norwegen, Österreich, die Schweiz, Slowenien und Thailand sowie Südafrika als Beobachter), die 1998/1999 im Zuge des Ottawa-Prozesses zur Erarbeitung der Antipersonenminen-Verbotskonvention entstand. Das Konzept der menschlichen Sicherheit stellt die Sicherheitsbedürfnisse der/des Einzelnen in den Mittelpunkt. Menschenrechte, humanitäres Völkerrecht und Flüchtlingsrecht sind wesentliche Fundamente menschlicher Sicherheit. Das HSN konzentriert sich auf folgende Themen: Landminen, Kleinwaffen, Kinder und bewaffnete Konflikte, Frauen, Frieden und Sicherheit, Menschenrechtsbildung, Dialog der Zivilisationen sowie erstmals die Auswirkungen des Klimawandels auf besonders gefährdete Personengruppen. Österreich hatte während seines HSN-Vorsitzes von Juli 2002 bis Mai 2003 Menschenrechtsbildung sowie Kinder und bewaffnete Konflikte zu Schwerpunktthemen gemacht, zu denen unter anderem ein mittlerweile in dreizehn Sprachen übersetztes HSN-Handbuch zur Menschenrechtsbildung „Menschenrechte verstehen“ sowie ein Trainingscurriculum zur Stärkung der Kinderrechte erarbeitet wurden. Österreich führte sein Engagement in diesen beiden Bereichen verstärkt fort.

Das Ministertreffen in Laibach am 17. und 18. Mai widmete sich den Schwerpunkten des slowenischen Vorsitzes: Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten, Maßnahmen gegen Gewalt gegen Kinder sowie Nutzung des HSN als überregionales Netzwerk auch auf VN-Ebene. Das nachfolgende Vorsitzland Griechenland konzentrierte sich auf die Auswirkungen des Klimawandels auf die menschliche Sicherheit und auf besonders gefährdete Personengruppen. Am Rande der Sondertagung der VN-GV zum Weltkindergipfel im Dezember organisierte Griechenland gemeinsam mit UNICEF eine Veranstaltung zur Frage der Auswirkungen des Klimawandels auf Kinder.

VII. Schwerpunktthemen**1. Menschenrechte von Kindern**

Die Förderung und der Schutz der Rechte von Kindern sind ein zentrales Anliegen der österreichischen Außenpolitik. Österreich unterstützte auf VN-Ebene die Schaffung eines Sonderbeauftragten zum Thema Gewalt gegen Kinder und war an der Ausarbeitung von EU-Leitlinien über die Förderung und den Schutz der Rechte des Kindes beteiligt. Die dazu ausgearbeitete Umsetzungsstrategie legt ihren Schwerpunkt ebenfalls auf den Schutz von Kindern vor Gewalt.

Der internationale Schutz der Menschenrechte

Im Einklang mit seinem Engagement für Kinderrechte beteiligte sich Österreich aktiv an zwei wegweisenden internationalen Konferenzen: Im Februar widmete sich die Pariser Konferenz „Befreien wir Kinder vom Krieg“ dem Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten. 60 Staaten trafen sich anlässlich dieser von Frankreich und UNICEF lancierten Initiative, um eine globale Allianz gegen die Rekrutierung von KindersoldatInnen und gegen die Straflosigkeit von Verbrechen an Kindern zu bilden. Im Dezember fand in New York eine Sondertagung der VN-GV zur Überprüfung der Fortschritte bei der Umsetzung des Aktionsplans des Weltkindergipfels „Eine kindergerechte Welt + 5“ statt. Im Bericht des VN-GS „Kinder und die Millenniums-Entwicklungsziele“ wird Österreich zu den Bereichen Bildung und Schutz vor Gewalt sowie Ausbeutung und Misshandlung positiv erwähnt.

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten führte Ausbildungsprogramme für die österreichischen TeilnehmerInnen an EUFOR Tschad/RCA durch, die vor allem auf den Schutz von und den Umgang mit Kindern in bewaffneten Konflikten eingingen.

Im Rahmen der OEZA werden Projekte mit Bezug auf Kinderrechte durchgeführt. Diese Projekte befassen sich mit dem Kampf gegen den Mädchenhandel in Albanien, mit dem Schutz von Straßenkindern in Rumänien, mit Ausbildungsprogrammen für Jugendliche in Serbien sowie mit der Reintegration und Rehabilitierung von im Krieg traumatisierten Kindern in Norduganda.

2. Menschenrechte von Frauen

Am 23. Jänner fand die Prüfung des sechsten Berichts Österreichs über die Umsetzung der Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (**CEDAW**) durch das CEDAW-Komitee statt. Damit kam Österreich, das seit 1982 Vertragsstaat der CEDAW ist, seiner völkerrechtlichen Verpflichtung zur periodischen Berichterstattung an das Komitee nach. Das Fakultativprotokoll zur Frauenrechtskonvention, das Individualbeschwerden vorsieht, ist seit Ende 2000 in Kraft. Bei seiner Tagung im August gelangte das CEDAW-Komitee zur Auffassung, dass Österreich in zwei Beschwerdefällen die staatliche Sorgfaltspflicht zum Schutz der Menschenrechte von Frauen verletzt habe. Österreich stellte die Stellungnahme zu den Auffassungen für März 2008 in Aussicht.

Die Resolution 1325 (2000) des VN-SR fordert die Berücksichtigung von Frauenanliegen sowie die Einbindung von Frauen in allen Phasen von Friedensprozessen (siehe auch Kapitel K.VIII.1.). Unter Federführung des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten wurde ein nationaler Aktionsplan erarbeitet, der am 8. August vom Ministerrat verabschiedet wurde. Darin sind konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Resolution in den humanitären, diplomatischen, friedenserhaltenden und entwicklungspolitischen Aktivitäten Österreichs enthalten. Der

Schwerpunktt Themen

Aktionsplan wird jährlich überprüft. Österreich befindet sich hier unter den Vorreitern der internationalen Staatengemeinschaft.

Im Rahmen der Konferenz „Women Leaders – Networking for Peace and Security in the Middle East“ (Frauen in führenden Positionen – Vernetzung für Frieden und Sicherheit im Nahen Osten) fand in Wien Ende Mai ein Treffen der Lenkungsgruppe des „Women's Empowerment Network“ (Netzwerk zur Befähigung der Frauen) unter dem Vorsitz von Bundesministerin Ursula Plassnik und US-Außenministerin Condoleezza Rice statt. Die als Ergebnis dieses Treffens angenommenen Empfehlungen zur stärkeren Einbindung von Frauen in Konflikt- und Postkonfliktsituationen wurden von den beiden Kovorsitzenden an VN-GS Ban Ki-moon übermittelt und als VN-Dokument veröffentlicht. Zu diesem Zeitpunkt befand sich unter den 54 Sondergesandten des VN-GS keine einzige Frau. Die Ernennung einer Frau zur Leiterin der VN-Friedensmission in Liberia stellt einen ersten Erfolg dieser Bemühungen dar.

Zum Schwerpunktthema „Frauen, Frieden, Sicherheit“ leistete Österreich finanzielle Beiträge an UNIFEM zur Unterstützung der „International Women's Commission for a Just and Sustainable Israeli-Palestinian Peace“ (Internationale Frauenkommission für einen gerechten und dauerhaften israelisch-palästinensischen Frieden), für das Gender-Büro der AU sowie für das Südosteuropaprogramm zur Umsetzung von Resolution 1325 (2000) des VN-SR. Weiters unterstützte Österreich das Internationale Forschungs- und Trainingsinstitut für Frauen im Hinblick auf die Verankerung der Zielsetzungen dieser Resolution in Burundi, Haiti und Liberia. Österreich engagierte sich darüber hinaus mit Beiträgen an den VN-Treuhandfonds zur Unterstützung von Maßnahmen zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen und mit Beiträgen zur UNICEF-Kampagne gegen sexuelle Gewalt in der Demokratischen Republik Kongo sowie zum UNICEF-Programm zur psychosozialen Unterstützung für Opfer sexueller Gewalt in Westafrika. Im Rahmen von OEZA-Projekten engagierte sich Österreich im Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung in Burkina Faso.

3. Kampf gegen Rassismus

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten lud LehrerInnen und SchülerInnen eines Wiener Gymnasiums zur Teilnahme an der in Bukarest am 7. und 8. Juni abgehaltenen OSZE-Konferenz zur Bekämpfung von Diskriminierung und Förderung des gegenseitigen Respekts und des Verständnisses ein. Die SchülerInnen, in deren Schule die Mehrheit der Kinder nicht-deutscher Muttersprache ist, präsentierten dabei ihr Klassenprojekt als Beispiel erfolgreicher interkultureller Verständigung. Staatssekretär Hans Winkler nahm am 9. und 10. Oktober an der OSZE-Konferenz zu Intoleranz und Diskriminierung gegen Muslime in Cordoba teil. Der OSZE-Ministerrat, der in Madrid am 29. und 30. Novem-

Der internationale Schutz der Menschenrechte

ber tagte, verabschiedete einen Beschluss zu Toleranz und Nichtdiskriminierung, welcher, aufbauend auf den bestehenden OSZE-Verpflichtungen, eine Reihe konkreter Aufforderungen an die Teilnehmerstaaten enthält.

Am 19. April konnte eine Einigung der JustizministerInnen der EU-Staaten auf einen Rahmenbeschluss zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit erzielt werden, der einen wichtigen Schritt im europaweiten Kampf gegen rassistische Verhetzung darstellt. Im Rahmen der VN wurde im MRR die Diskussion über die im Jahr 2009 stattfindende Überprüfungs-konferenz zur Weltkonferenz gegen Rassismus von Durban weitergeführt.

4. Minderheitenschutz

Österreich war die Einrichtung eines Gremiums für ethnische, religiöse und sprachliche Minderheiten im Rahmen des MRR und für den verstärkten Schutz ihrer Rechte ein großes Anliegen. Im Rahmen der MRK war diese Funktion bis 2006 von der Unterkommission für die Förderung und den Schutz von Menschenrechten von einer Arbeitsgruppe über Minderheiten ausgeübt worden. Auf der sechsten Tagung des MRR brachte Österreich mit Unterstützung einer Reihe von Staaten einen Resolutionsentwurf zur Schaffung eines **Forums über Minderheitenfragen** ein, der am 28. September im Konsens angenommen wurde. Das neue Minderheitenforum wird sich einmal jährlich in Genf treffen und Möglichkeiten zur weiteren Umsetzung der 1992 von der VN-GV verabschiedeten Erklärung über die Rechte von Personen, die nationalen oder ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten angehören, identifizieren. Neben VertreterInnen von Staaten und internationalen Organisationen werden auch VertreterInnen von NRO und ExpertInnen zu Minderheitenfragen gleichberechtigt am Forum teilnehmen können. Eine zentrale Rolle im Rahmen der Tätigkeit des Forums wird die von der MRK 2005 bestellte und vom MRR bestätigte unabhängige Expertin für Minderheitenfragen innehaben, deren Mandat ebenfalls auf eine österreichische Initiative zurückgeht. Sie wird die Arbeiten des Forums leiten und dessen Empfehlungen an den MRR weiterleiten. Dieses Mandat übt derzeit die US-Amerikanerin Gay McDougall aus.

5. Binnenvertriebene

Der Schutz von Binnenvertriebenen zählt seit mehr als zehn Jahren zu den Prioritäten der österreichischen Menschenrechtspolitik. Bei der sechsten Tagung des MRR in Genf wurde die von Österreich eingebrachte Resolution zur Erneuerung des Mandats des VN-Sonderbeauftragten für Binnenvertriebene im Konsens angenommen und damit dem derzeitigen Mandatsinhaber Walter Kälin eine Fortführung seiner Arbeit bis 2010 ermöglicht. Darüber hinaus wurden im erweiterten Mandat die Menschenrechte von Binnenvertriebenen bei Naturkatastrophen und in Friedensprozessen sowie die be-

Schwerpunktt Themen

sonderen Bedürfnisse von binnenvertriebenen Frauen und Kindern, älteren Personen sowie Personen mit Behinderungen berücksichtigt.

In Ausübung seines Mandats besuchte Walter Kälin Afghanistan, Armenien, Aserbaidschan, Côte d'Ivoire, Sri Lanka und die Zentralafrikanische Republik. Dabei wies er auf die Bedeutung der Rechte von Binnenvertriebenen, etwa auf Unterkunft, einen adäquaten Lebensstandard, Gesundheitsversorgung, Bildung sowie Sicherheit, für einen dauerhaften Friedensprozess hin.

6. Menschenrechtsbildung

Seit Dezember 2004 läuft das **Weltprogramm der VN für Menschenrechtsbildung**. Mit dem Handbuch zur Menschenrechtsbildung „Menschenrechte verstehen“ stellt Österreich ein weltweit verwendetes Instrument zur Verfügung, das im Bericht der Allianz der Zivilisationen besondere Anerkennung fand. Bisher wurde das Handbuch in dreizehn Sprachen übersetzt. Weitere Sprachfassungen (Portugiesisch und Vietnamesisch) sind in Vorbereitung. Das Handbuch kam unter anderem in den Europäischen Masterstudiengängen „Menschenrechte und Demokratisierung“ in Venedig und Sarajewo, bei Schulungen von chinesischen UniversitätslehrerInnen in Peking und bei Ausbildungsveranstaltungen für 150 thailändische LehrerInnen und MinisteriumsmitarbeiterInnen zum Einsatz. Durch die Verfügbarkeit von Online-Trainingsmaterialien auf der Webseite des Europäischen Trainings- und Forschungszentrums für Menschenrechte und Demokratie (ETC) wird das Handbuch einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

7. Humanitäres Völkerrecht

Die 30. Internationale Rotkreuz- und Rothalbmondkonferenz fand in Genf vom 26.-30. November statt. Die Rotkreuz- und Rothalbmondkonferenz tritt alle vier Jahre zusammen und ist das oberste Beratungs- und Beschlussorgan der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung. Sie vereint die 186 anerkannten Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften, die 194 Vertragsstaaten der Genfer Konventionen, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und die Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften. Ein großer politischer Erfolg der Konferenz war die Verabschiedung einer Konsensresolution über die Kooperation zwischen dem israelischen Roten Davidstern und dem Palästinensischen Roten Halbmond in den besetzten Palästinensischen Gebieten.

Schwerpunkt der Tagesordnung war die Zusammenarbeit der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung mit Staaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren gegenüber Herausforderungen wie Klimawandel, Migration, Gewalt in urbanen Gebieten und neue Seuchen. Österreich beteiligte sich an allen Beratungen und unterstrich die Bedeutung des humanitären Völkerrechts. Dazu präsentierte die österreichische Delegation die Initi-

Der internationale Schutz der Menschenrechte

ative der Bundesregierung für ein nationales Gesetz zum Totalverbot von Streumunition und forderte alle Staaten auf, sich dem Prozess zur Erarbeitung eines internationalen Vertrags gegen Streumunition anzuschließen. Weiters wurde das neue österreichische Rotkreuzgesetz vorgestellt, welches allen relevanten völkerrechtlichen Entwicklungen der letzten Jahre Rechnung trägt.

H. Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen

I. Migrations- und Flüchtlingsfragen

1. Migrations- und Flüchtlingsbewegungen

Umweltzerstörung und Klimawandel gewinnen als Auslöser für Migration neben anderen Ursachen wie politische Konflikte, wirtschaftliche Instabilität, globale wirtschaftliche, demographische und soziale Disparitäten sowie erleichterte Reise- und Kommunikationsmöglichkeiten zunehmend an Bedeutung. UNHCR schützte und unterstützte knapp 33 Millionen Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und schweren Menschenrechtsverletzungen auf der Flucht waren oder sich in flüchtlingsähnlichen Situationen befanden. Dabei handelt es sich um rund zehn Millionen Flüchtlinge, 2,6 Millionen Rückkehrende, 740.000 Asylsuchende, 12,8 Millionen Binnenvertriebene sowie 6,8 Millionen Staatenlose bzw. andere Personen. Schätzungen zufolge liegt die Gesamtzahl aller Flüchtlinge und Menschen in flüchtlingsähnlichen Situationen weltweit bei mehr als 40 Millionen.

In Weiterverfolgung des Hochrangigen Dialogs der VN über internationale Migration und Entwicklung im Jahr 2006 fand das erste Globale Forum über Migration und Entwicklung in Brüssel am 10. und 11. Juli statt, das sich mit zirkulärer Migration, regionalen Dialogprozessen und Migrationsursachen unter Berücksichtigung der Rechte der MigrantInnen auseinandersetzte (siehe auch Kapitel A.III.11.). Die Wiener Migrationsgruppe (VMG) veranstaltete im Oktober als Beitrag zur Fortführung der Diskussion im Hinblick auf das nächste Globale Forum in Manila im Oktober 2008 im Vienna International Centre ein gemeinsames Konsultationstreffen mit internationalen und österreichischen Kooperationspartnern.

Im Rahmen des Barcelona-Prozesses fand am 18. und 19. November erstmals eine Ministerkonferenz zu Migrationsfragen in Albufeira (Portugal) statt (siehe Kapitel A.IV.7.3.).

2. Migrations- und Flüchtlingspolitik in Österreich

Österreich legt in seiner Migrations- und Flüchtlingspolitik Wert auf einen umfassenden Ansatz, der politische, menschenrechtliche und entwicklungspolitische Aspekte berücksichtigt.

Obwohl die Migration aus dem Mittelmeerraum auch in Österreich spürbar ist, bleibt Österreich in erster Linie von der Ost-West-Migration betroffen. Vor diesem Hintergrund setzte sich Österreich für die Berücksichtigung dieses Migrationsstroms in den EU-internen Erörterungen ein. Darüber hinaus trat Österreich für die Berücksichtigung der unterschiedlichen Arbeitsmarktsituationen in den einzelnen Mitgliedstaaten sowie für die Be-

Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen

wahrung eines hohen Maßes an Flexibilität für nationale Regelungen bei der Ausarbeitung des europäischen „Strategischen Plans zur legalen Zuwanderung“ ein. Österreich unterstützt die Entwicklung eines gegenseitigen Informationssystems über asyl- und einwanderungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten und trägt durch finanzielle, personelle und materielle Beiträge zur EU-Außengrenzschutzagentur FRONTEX bei. Als einer jener EU-Mitgliedstaaten mit einem der höchsten Anteile von AsylwerberInnen gemessen an der Bevölkerung setzt sich Österreich für die Verwirklichung des im Rahmen des Haager Prozesses geplanten gemeinsamen europäischen Asylsystems bis 2010 ein.

Insgesamt wurden im Jahre 2007 in Österreich 11.879 Asylanträge gestellt. Dies entspricht einem Rückgang von 11% gegenüber 2006. Die Zahl der Erledigungen von Asylverfahren betrug insgesamt 15.937. Davon wurden 4.936 positiv und 6.820 Verfahren negativ erledigt. Die übrigen Verfahren wurden eingestellt oder gegenstandslos bzw. wurden die Anträge zurückgezogen oder zurückgewiesen. Bei den Herkunftsländern stand Russland mit 2.673 Asylanträgen an der Spitze, gefolgt von Serbien (1.762), Afghanistan (762), Türkei (651), Moldau (545), Irak (463), Somalia (443), Armenien (405), Georgien (399) und Nigeria (395).

3. Die Internationale Organisation für Migration

Die Internationale Organisation für Migration (**IOM**) wurde 1951 als „Zwischenstaatliches Komitee für Europäische Auswanderung“ (ICEM) für die Betreuung von Flüchtlingen bzw. vertriebenen Personen in der Nachkriegszeit in Europa gegründet. In Zusammenarbeit mit Regierungen, NRO und VN-Organisationen setzt sich IOM für eine faire und humane Migrationspolitik ein. Als bedeutendste internationale Organisation in Migrationsfragen beschäftigt IOM weltweit mehr als 6.000 MitarbeiterInnen in 127 Ländern und zählt 122 Mitgliedstaaten, darunter alle EU-Mitgliedstaaten. Im Juni nahm der IOM-Rat nach mehrjährigen Verhandlungen im Konsens ein Strategiedokument an. Wesentliche Ergebnisse dieses Dokuments sind eine verbesserte Fokussierung der Arbeit von IOM, institutionelle Verbesserungen sowie weitere Projekte für den Kapazitätsaufbau in den Entwicklungs- und Transformationsländern.

Das IOM-Büro in Wien ist zugleich „Nationaler Kontaktpunkt Österreichs“ des von der Europäischen Kommission im Jahre 2003 eingerichteten Europäischen Migrationsnetzwerks und arbeitet eng mit den betroffenen österreichischen Institutionen zusammen.

II. Internationale Drogenkontrolle

Der Drogenmissbrauch bleibt weiterhin eine weltweite Herausforderung, der das Büro der VN für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (**UNODC**) in

Internationale Drogenkontrolle

allen Aspekten – Anbau, Produktion, Handel und Konsum – und kriminellen Begleiterscheinungen durch zielgerichtete Maßnahmen im Bereich von Angebots- und Nachfragereduktion zu begegnen sucht.

Anlässlich der 50. Tagung der Suchtgiftkommission der VN (**CND**) vom 12.-16. März bezeichnete der Exekutivdirektor von UNODC Antonio Maria Costa das Drogenproblem auf globaler Ebene als unter Kontrolle und wertete dies als Erfolg des VN-Drogenkontrollsystems. Nun gelte es, den drogenspezifischen Problemstellungen auf lokaler Ebene besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Exekutivdirektor Costa verwies in diesem Zusammenhang auf den Weltrogenbericht 2007, demzufolge die weltweiten Drogenmärkte weitgehend stabil blieben und sich die Sicherstellungsdaten in einem Aufwärtstrend befänden. Diese positiven Entwicklungen würden allerdings durch die Drogensituation in Afghanistan überschattet, wo erneut negative Rekorde zu vermelden waren. Wie bereits 2006 kritisierte Bolivien auch im Rahmen der 50. CND die Ignoranz des internationalen Drogenkontrollregimes gegenüber der kulturellen Bedeutung des Kokastrauchs für die indigene Bevölkerung in der Anden- und Amazonasregion sowie die negative Hervorhebung Boliviens im Bericht 2006 des Internationalen Suchtstoffkontrollamts (INCB). Die thematische Debatte widmete sich den neuen Herausforderungen in der Kontrolle von chemischen Drogenausgangsstoffen. Die Brisanz dieses Problems spiegelte sich in der Annahme von vier verschiedenen Resolutionen zu diesem Thema wider. Zur Frage der 10-Jahres-Überprüfung der Ergebnisse der 20. Sondertagung der VN-GV zum Weltrogenproblem im Jahr 1998 (UNGASS) wurde eine Überprüfung in zwei Teilen beschlossen. Im Rahmen der 51. CND im Jahr 2008 soll eine Sichtung der Datenlage sowie eine thematische Debatte zur UNGASS-Überprüfung erfolgen. Im Jahr darauf soll im Rahmen der 52. CND ein Tagungsteil auf hoher Ebene für alle Mitgliedstaaten der VN stattfinden.

Das fünfte Treffen der Beratungsgruppe für Grundsatzfragen im Rahmen der **Initiative des Pariser Pakts** fand am 3. und 4. Dezember statt. Mit dem Pariser Pakt wurde 2003 eine Initiative geschaffen, die den Kampf gegen die Verbreitung von afghanischem Heroin von der Produktion über den Transit bis hin zum Verbrauch integrieren, Konsultationsmechanismen für die betroffenen Staaten bzw. Anrainerstaaten einrichten sowie eine verstärkte Datensammlung und deren analytische Auswertung vorantreiben soll. Beim Treffen der Beratungsgruppe wurde die erneuerte Datenbank zur Geberkoordinierung (ADAM) vorgestellt. Sie beinhaltet Informationen über die technische Zusammenarbeit, welche von allen Mitgliedstaaten des Pariser Pakts abgerufen werden können. Am Ende des Treffens wurden die Prioritäten der Initiative des Pariser Pakts für das Jahr 2008 festgelegt, darunter die Abhaltung von Runden Tischen betreffend die regionale Zusammenarbeit in der Schwarzmeerregion und in Osteuropa, den Heroinhandel in Ostafrika sowie die Analyse der Finanzströme von und nach Afghanistan.

Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen

Das UNODC setzte seine Projekte in den Bereichen Drogenanbau, alternativer Anbau, Nachfragereduktion und wissenschaftliche Forschung fort. Mit seinen Publikationen liefert UNODC bedeutende Hintergrundinformationen zum Verständnis der Weltrogenmärkte und zur Analyse von Trends. Cannabis war die am meisten produzierte, gehandelte und konsumierte Droge. Auch der wertmäßige Anteil von Cannabis am Weltrogenmarkt war mit Abstand der größte. Der Konsumtrend war bei Opiaten, Cannabis, Amphetaminen sowie Kokain stabil. Den „problematischen Drogenkonsum“ (darunter wird der Gebrauch „harter“ Drogen verstanden, der oft mit Abhängigkeit und gesundheitlichen, sozialen und rechtlichen Folgen einhergeht) dominierten weiterhin Kokain (vor allem in Nord- und Südamerika) sowie Opiate (vor allem in Europa und Asien). Der Produktionstrend war für Opiate rasant anwachsend; die Heroinproduktion stieg sprunghaft an: Der Schlafmohnanbau stieg gegenüber 2006 um 34%. Trotz zahlreicher Initiativen zur Verringerung des Schlafmohnanbaus stammten 92% des weltweit produzierten Heroins aus Afghanistan. Für Amphetamine, Cannabis und Kokain war der Produktionstrend weitgehend stabil. Rund 200 Millionen Menschen, das entspricht 5% der Weltbevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren, konsumierten in den letzten zwölf Monaten mindestens ein Mal illegale Drogen. Der Anteil des „problematischen Drogenkonsums“ betrug 0,6%.

Auch das Thema **HIV/AIDS** ist für die Arbeit des UNODC nach wie vor von großer Bedeutung: Zum einen stellt der intravenöse Drogenmissbrauch in vielen Regionen der Welt, etwa in Osteuropa, Russland und Südostasien, die Hauptursache der Verbreitung dieser Immunschwächekrankheit dar; zum anderen verbreitet sich HIV/AIDS vor allem auch in Haftanstalten. Die 50. CND unterstrich erneut das gehäufte Auftreten von HIV/AIDS entlang der Opiumhandelsrouten und bestätigte die Rolle von UNODC als führende Einheit innerhalb der VN in der Bekämpfung von HIV/AIDS.

Der Ständige Ausschuss von **INCB** prüft das weltweite Angebot an und die Nachfrage nach Suchtgiften und psychotropen Substanzen für medizinische Zwecke und legt diesbezüglich für jedes Land entsprechende Quoten fest. Die Funktionsperiode des österreichischen Mitglieds im INCB Prof. Rainer Schmid endete im März. Seine Wahl zum 2. Vize-Präsidenten des INCB und zum Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses während der 83. Tagung des INCB im Jahr 2005 gilt als Ausdruck seiner Anerkennung im INCB.

III. Internationale Verbrechensverhütung

Österreich verfolgt eine Strategie der Stärkung der Arbeit von UNODC auch im Bereich der Verbrechensverhütung und der Strafrechtspflege und tritt vor allem in der Kommission der VN zur Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege (**CCPCJ**) für eine Stärkung des Sekretariats sowie eine stetige

Internationale Verbrechenverhütung

Ausweitung dessen Mandats innerhalb des vorgegebenen Rahmens ein. So wurden etwa mit dem Inkrafttreten der Konvention der VN gegen grenzübergreifende organisierte Kriminalität und der Konvention der VN gegen Korruption die Aufgaben des Büros um jene zur Förderung der Ratifikation und Implementierung beider Instrumente erweitert sowie seine Aufgabe als „Servicestelle“ der jeweiligen Vertragsstaatenkonferenzen festgeschrieben.

Österreich setzte sein Engagement zur Förderung der Terrorismusprävention und -bekämpfung als weiteren Schwerpunkt der Arbeit von UNODC fort. Das **2. Wiener Terrorismussymposium** unter dem Titel „Advancing the Implementation of the UN Counter-Terrorism Strategy“ (Die Umsetzung der Strategie der VN zur Bekämpfung des Terrorismus fördern) fand in Wien am 17. und 18. Mai unter österreichischem Vorsitz statt. An der gemeinsam von Österreich, UNODC und dem Exekutivbüro des VN-GS organisierten Veranstaltung nahmen VertreterInnen von Mitgliedstaaten, des VN-Systems, von regionalen Organisationen sowie Sachverständige teil. Es war dies das erste diesbezügliche Forum seit der Verabschiedung der weltweiten Strategie der VN zur Bekämpfung des Terrorismus durch die VN-GV im September 2006 und diente sowohl dem Lobbying für die Strategie als auch der Ausarbeitung konkreter Umsetzungsschritte. In den Diskussionen wurden insbesondere die Rolle der Mitgliedstaaten als Hauptverantwortliche für die Umsetzung der Strategie sowie des Arbeitsstabs Terrorismusbekämpfung (CTITF) als unterstützendes und die VN-Akteure koordinierendes Gremium hervorgehoben. Darüber hinaus wurde das Bestreben hervorgehoben, auf den wertvollen Erfahrungen von UNODC, insbesondere jener seiner Unterabteilung Terrorismusverhütung, aufzubauen. UNODC solle aktiv einen bereichsübergreifenden Ansatz in der Terrorismusbekämpfung verfolgen und könne damit als Modell für das gesamte VN-System dienen.

Bereits 2002 hatte Österreich ein richtungsweisendes erstes Terrorismussymposium unter dem Titel „Kampf gegen den internationalen Terrorismus: Die Rolle der Vereinten Nationen“ organisiert und mit einem bereitgestellten Startkapital von 1 Million US-Dollar den Grundstein für den Aufbau der Unterabteilung Terrorismusverhütung (**TPB**) gelegt. Mittlerweile ist das „Weltweite Programm gegen Terrorismus“ das am schnellsten wachsende Programm von UNODC. Das Personal der TPB wurde von zwei Personen im Jahre 2002 auf mehr als 30 MitarbeiterInnen im Jahr 2007 erhöht. Die Wiener TPB konnte ihr Mandat im Rahmen der VN-weiten Arbeitsteilung im Bereich der Terrorismusbekämpfung erfolgreich erfüllen.

Die **16. Tagung** der CCPCJ fand in Wien vom 23.-27. April statt. Österreich initiierte eine Resolution zur technischen Unterstützung für die Umsetzung der internationalen Konventionen und Protokolle zur Terrorismusbekämpfung. Damit wurde die bis dahin geltende Resolution vor allem im Lichte der weltweiten Strategie der VN zur Bekämpfung des Terrorismus aktualisiert und eine weitere Grundlage für die Arbeit der TPB geschaffen.

Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen

UNODC startete mit finanzieller Unterstützung der Vereinigten Arabischen Emirate im März die weltweite Initiative zur Bekämpfung des Menschenhandels (**UN.GIFT**). Eine ursprünglich in Abu Dhabi im März geplante Konferenz kam nicht zustande. Die VN-Mitgliedstaaten einigten sich schließlich darauf, an deren Stelle im Februar 2008 das „Wiener Forum zur Bekämpfung des Menschenhandels“ abzuhalten.

IV. Der Internationale Strafgerichtshof

Der in Den Haag angesiedelte Internationale Strafgerichtshof (**IStGH**) ist ein durch das Römer Statut von 1998 geschaffenes ständiges und unabhängiges Gericht. Seine Jurisdiktion erstreckt sich derzeit auf die Tatbestände Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und schwere Kriegsverbrechen, sofern diese nach dem Inkrafttreten des Römer Statuts am 1. Juli 2002 auf dem Staatsgebiet einer Vertragspartei oder von einem Staatsangehörigen einer Vertragspartei begangen wurden. Das Römer Statut, dem derzeit 105 Vertragsparteien angehören, normiert eine so genannte komplementäre Jurisdiktion des IStGH: Diese kommt erst dann zum Tragen, wenn die primär zur Aburteilung der Verbrechen zuständigen Staaten entweder nicht willens oder nicht in der Lage sind, die Verbrechen zu untersuchen bzw. zu verfolgen.

Infolge der Ersuchen seitens der Demokratischen Republik Kongo, Ugandas und der Zentralafrikanischen Republik sowie der Resolution 1593 (2005) des VN-SR, mit welcher der Ankläger des IStGH zur Einleitung von Ermittlungen über die Situation in Darfur seit 1. Juli 2002 beauftragt wurde, sind beim IStGH derzeit vier Situationen anhängig. Für 2008 ist der Beginn der ersten Hauptverhandlung vor dem IStGH vorgesehen, bei dem sich der Gründer der Miliz „Union der Kongolesischen Patrioten“ (UPC) Thomas Lubanga Dyilo verantworten muss. Weiters wurde im Oktober der kongolesische Milizchef und Führer der Patriotischen Widerstandskräfte in Ituri (FRPI) Germain Katanga verhaftet und ebenfalls an den IStGH überstellt.

Die Sechste Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts, die vom 30. November bis 14. Dezember in New York tagte, setzte den Weg des IStGH von seiner Aufbauphase in die operative Phase fort. Besonderes Augenmerk galt dem Vorbereitungsprozess für die 2010 stattfindende erste Überprüfungskonferenz sowie der Frage, ob der Tatbestand der Aggression in den Verbrechenskatalog des Römer Statuts aufgenommen werden könne. Mit der Wahl des Liechtensteiners Christian Wenaweser zum neuen Präsidenten der Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts wurde erstmals ein Europäer in dieser Funktion tätig.

Österreich gehört seit Bestehen des IStGH dem Präsidium der Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts an und stellt darüber hinaus für den Zeitraum 2005-2008 einen der zwei Vizepräsidenten. Es schloss als erster

Der Internationale Strafgerichtshof

Vertragsstaat mit dem IStGH ein Abkommen über den Vollzug von Freiheitsstrafen ab und unterstützte die Einrichtung einer völkerrechtlichen Datenbank im Rahmen des vom Büro des Anklägers des IStGH initiierten Projekts „Legal Tools“ (Rechtswerkzeuge). Es soll der Vernetzung strafrechtlicher und strafprozessrechtlicher Informationen sowie einschlägiger gerichtlicher Entscheidungen und wissenschaftlicher Kommentare dienen.

I. Multilaterale Wirtschaftspolitik

I. Die Welthandelsorganisation

Nach einer ergebnislos verlaufenen Reflexionsphase kündigte der Generaldirektor der Welthandelsorganisation (WTO) Pascal Lamy anlässlich des Weltwirtschaftstreffens in Davos im Jänner die Wiederaufnahme der Gespräche im Rahmen der Doha-Runde an. In den darauf folgenden Monaten bis zum Sommer konnten die Hoffnungen auf einen Fortschritt nicht erfüllt werden: Mit dem Scheitern des Potsdamer Ministertreffens der aus Brasilien, Indien, der EU und den USA bestehenden „Gruppe der 4“ (G-4) im Juni, welches die Eckpfeiler zukünftiger Abkommen definieren sollte, kehrte der Verhandlungsprozess auf die multilaterale Ebene der WTO zurück.

Noch vor der Sommerpause legten die Vorsitzenden der Verhandlungsgruppen zu den beiden Schlüsseldossiers Landwirtschaft und Industriegüter einen Entwurf für so genannte Modalitäten, das sind Texte ohne konkrete Zahlen, vor, auf deren Basis die Gespräche im Herbst an Dynamik gewannen und moderate Fortschritte in einigen technischen Fragen erzielt werden konnten. Auch die Diskussionen zu Themen wie Dienstleistungen, Handelserleichterungen, Handelsregeln und die Sonderbehandlung von Entwicklungsländern verliefen strukturierter und engagierter. Im Hinblick auf die US-Präsidentenwahlen im November 2008 sieht der im Allgemeinen Rat im Dezember akkordierte Zeitplan eine Einigung über Modalitäten zu den Themen Landwirtschaft und Industriegüter bis Ostern 2008 vor. In den übrigen Verhandlungsbereichen sollen im selben Zeitfenster möglichst weitreichende Fortschritte erzielt werden.

Die Themen Landwirtschaft und Industriegüter bilden die zentralen Kernpunkte einer künftigen Einigung. Während sich bezüglich des Dossiers Landwirtschaft das Augenmerk auf die USA betreffend die Verringerung der handelsverzerrenden nationalen Stützungen und auf Europa betreffend die Absenkung der Einfuhrbeschränkungen richtete, wurden die Entwicklungsländer, insbesondere die Schwellenländer, zu Konzessionen im Bereich der Industriellen Güter aufgerufen. Eine von Brasilien und Südafrika geführte Ländergruppierung sprach sich jedoch entschieden gegen eine Zollreduktion im nicht-landwirtschaftlichen Bereich aus. Gute Fortschritte brachte der Verhandlungsprozess für ein neues Abkommen bezüglich Handelserleichterungen. Der Vorsitz der Verhandlungsgruppe „Handelsregeln“ unterbreitete im Dezember einen ersten Verhandlungstext betreffend Antidumping, Beihilfen und Ausgleichsmaßnahmen.

Die von der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong im Jahr 2005 ins Leben gerufene – und von der Doha Runde abgekoppelte – „Aid for Trade“-Initiative wurde weiterentwickelt. Dabei übernimmt die OECD die Erfassung und Darstellung der diesbezüglichen Geldflüsse, die WTO deren umfassendes Monitoring und die Evaluierung. Darüber hinaus wurden die

Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

regionalen Entwicklungsbanken Afrikas, Asiens und Lateinamerikas in den Prozess eingebunden, um deren Know-how bei der Ermittlung des Bedarfs der Entwicklungsländer zu nutzen. Entscheidende Fortschritte konnten bei der Verbesserung der Effizienz des „Integrated Framework“, einem handelsbezogenen Hilfsprogramm zugunsten LDCs, verzeichnet werden. Dessen Sekretariat wurde bei der WTO angesiedelt. Der jährliche Rückblick auf Ebene des Allgemeinen Rats fand im November statt.

Die Beitrittsverfahren von Kap Verde und Tonga zur WTO wurden abgeschlossen. Die Anzahl der WTO-Mitglieder wird sich nach der Ratifizierung durch Kap Verde auf 151 erhöhen. 28 Beitritte waren in Vorbereitung, darunter diejenigen von Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Russland, Serbien und der Ukraine. Der österreichische Ständige Vertreter in Genf Wolfgang Petritsch führte den Vorsitz in der Arbeitsgruppe zum Beitritt Bhutans.

II. Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Auf der Tagung des Rats der Wirtschafts- und FinanzministerInnen der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (**OECD**) in Paris am 15. und 16. Mai wurde die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit Chile, Estland, Israel, Russland und Slowenien beschlossen. Die Erweiterungsverhandlungen mit diesen Staaten wurden am 30. November eröffnet. Parallel dazu beschloss der Ministerrat ein verstärktes Engagement mit Brasilien, China, Indien, Indonesien und Südafrika. Dabei sollen auch Möglichkeiten einer späteren Mitgliedschaft ausgelotet werden. Darüber hinaus soll bei der Entwicklung weiterer auswärtiger Beziehungen besonders Bedacht auf Südostasien genommen werden.

1. Internationale Wirtschaft und Finanzen

Die Wirtschaftsentwicklung war nach einem dynamischen Beginn im ersten Halbjahr in der zweiten Jahreshälfte durch eine deutliche Zunahme von Unsicherheiten infolge der Finanzmarktkrise, hoher Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise und des dadurch gestiegenen Inflationsdrucks geprägt. Vor diesem Hintergrund nahm die OECD ihre Wachstumsprognose für den OECD-Raum für den Zeitraum 2008-2009 zurück.

Neben der Analyse der Finanzmarktkrise befasste sich die OECD mit Globalisierungsszenarien; Effektivität von öffentlichen Investitionen in Bildung im Vorschul-, Schul- und Universitätsbereich; Finanzierung von Gesundheitssystemen; Fiskalkonsolidierung in Zeiten hoher Steuereinnahmen; Innovation und Wirtschaftswachstum; Bestimmungsfaktoren für die Anzahl von gearbeiteten Stunden in verschiedenen Arbeitsmärkten der OECD; Be-

Multilaterale Wirtschaftspolitik

deutung geographischer Faktoren für Volkswirtschaften sowie Sparverhalten von Unternehmen, Investitionen und Zahlungsbilanz.

2. Wirtschaftsprüfung Österreichs

Die Schwerpunkte der diesjährigen Wirtschaftsprüfung Österreichs lagen bei den Themen Innovationspolitik und regionale Integration in Mittel- und Osteuropa. Der Bericht zeichnet ein sehr positives Bild der ökonomischen Situation und der Wirtschaftspolitik in Österreich. Das Land zähle zu den leistungsstärksten Volkswirtschaften in der EU und in der OECD. Als problematisch wurden die niedrige Erwerbsbeteiligung und Beschäftigungsquote in einigen Arbeitsmarktsegmenten sowie die geringe Produktivität im Dienstleistungssektor vermerkt. Der Bericht wurde am 13. Juli von Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Vizekanzler Wilhelm Molterer, Bundesminister Martin Bartenstein und dem Generalsekretär der OECD Angel Gurría der Öffentlichkeit vorgestellt.

3. Jährliche Ministertagung

Die Tagung der Wirtschafts- und FinanzministerInnen in Paris am 15. und 16. Mai stand unter dem Motto „Innovation, Wachstum und soziale Gerechtigkeit“. Eine immer umfassendere Globalisierung der Märkte und Gesellschaften sowie ein hohes Maß an Innovation und Wachstum in einer Vielzahl von Wirtschaftssektoren setzen das weltwirtschaftliche Regelwerk einer zunehmenden Belastung aus. Die MinisterInnen verwiesen auf die positiven wie negativen Seiten dieser Entwicklung, zu der die OECD die analytischen Grundlagen liefern solle. Österreich war durch Bundesminister Martin Bartenstein und Staatssekretär Christoph Matznetter vertreten.

4. Ausgewählte Berichte

Im Mittelpunkt des **Beschäftigungsausblicks 2007** steht die Aufforderung, die Beschäftigungspolitik so auszurichten, dass sie ArbeitnehmerInnen bei einem notwendigen Arbeitsplatzwechsel unterstützt, statt sie in wenig zukunftsträchtigen Branchen zu halten.

Der **Internationale Migrationsausblick 2007** stellt einen Anstieg der Zuwanderung in OECD-Länder fest. Die Migrationspolitik wurde nach einem neuen Ansatz untersucht, der nationalen Politikfragen wie die Anwerbung, Aufnahme und Integration von MigrantInnen die internationale Dimension der Zuwanderungspolitik gegenüberstellt. Der Bericht untersucht weiters die Diskrepanz zwischen den Qualifikationen und den Beschäftigungsmöglichkeiten von ZuwanderInnen und bietet eine umfassende Darstellung der Situation von MigrantInnen im Gesundheitssektor der OECD-Staaten.

Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Die Studie „**Bildung auf einen Blick 2007**“ bietet internationale Vergleichsmöglichkeiten im Bildungssektor mittels vergleichbarer Indikatoren sowie Analysen über deren Entwicklungen.

Das Programm PISA untersucht die naturwissenschaftlichen Kenntnisse von 15-jährigen Jugendlichen und leitet daraus eine Bewertung der Leistungsfähigkeit nationaler Bildungssysteme ab. Der letzte Bericht wurde 2006 veröffentlicht. Derzeit bereitet die OECD ein vergleichbares „Programm zur Erfassung der Kompetenzen der Erwachsenenbevölkerung im Berufsleben“ (**PIAAC**) vor.

Der **Monitoring- und Evaluierungs-Bericht über die Agrarpolitiken 2007** stellt in vielen OECD-Ländern eine Tendenz zu biokraftstofffreundlichen Politiken sowie eine Verlagerung von produktionsbedingten zu produktionsentkoppelten Agrarzählungen fest. Mit dem Bericht wurde ein neues Klassifizierungssystem zur Einteilung von agrarpolitischen Maßnahmen eingeführt.

Im **OECD-Umweltausblick bis 2030** werden in erster Linie die Kosten einer allfälligen Untätigkeit gegenüber dem Klimawandel untersucht. Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen, die rapide Gefährdung der Artenvielfalt sowie transportrelevante Umweltaspekte werden als besonders dringliche Umweltfragen identifiziert.

5. Entwicklungszusammenarbeit

Die ODA-Zahlungen der Mitglieder des Entwicklungshilfe-Komitees gingen im Jahr 2007 im Vergleich zum Jahr 2006 gemäß Vorausmeldung um 8,4% auf 103,7 Milliarden US-Dollar bzw. 0,28% des gemeinsamen Bruttonationaleinkommens zurück.

6. Internationale Energieagentur

Das Treffen der EnergieministerInnen der Mitgliedstaaten der Internationalen Energieagentur (**IEA**), des Beitrittswerbers Polen sowie der Europäischen Kommission in Paris am 14. und 15. Mai stand unter dem Motto „Brückenschlag in die Energiezukunft“ und befasste sich mit den Themenschwerpunkten kurzfristige Risiken der Energieversorgungssicherheit, Verbesserung der längerfristigen Energieversorgungssicherheit, aktuelle Trends auf den Energiemärkten, Bedeutung der Energieeffizienz sowie technologische Basis einer nachhaltigen Energiezukunft.

J. Internationale Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik

Auf der Grundlage der Vorgaben der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung von Rio de Janeiro (Brasilien) 1992 wurde in den letzten Jahren vieles erreicht: Zahlreiche Konventionen und Rechtsinstrumente wurden verhandelt und ratifiziert (Klima, Biodiversität, Wüste, gefährliche Chemikalien), wichtige Prinzipien der Rio-Deklaration fanden Eingang in die nationale und europäische Gesetzgebung, und der Anspruch einer nachhaltigen Entwicklung bestimmt in verstärktem Maß das politische Handeln. Eine große Herausforderung bleibt das Erarbeiten eines internationalen Übereinkommens für die Periode nach dem Ende der ersten Verpflichtungsperiode des Kioto-Protokolls im Jahr 2012.

I. Die Weiterverfolgung des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung von Johannesburg 2002

Europäische und asiatische UmweltministerInnen trafen sich zum bereits Tradition gewordenen Umweltministertreffen Europa-Asien (**ASEM**) in Kopenhagen vom 23.-26. April. Die Ergebnisse der Erörterungen zu den Themen Klima, Energie, Biodiversität, Wald und VN-Reform im Umweltbereich wurden in einer Ministererklärung zusammengefasst.

Die 15. Sitzung der Kommission für nachhaltige Entwicklung (**CSD-15**) tagte in New York vom 30. April bis 11. Mai. Im Mittelpunkt der Sitzung standen die vier Themenbereiche des zweiten Umsetzungszyklus der Johannesburg-Agenda: Energie für nachhaltige Entwicklung, Luftverschmutzung/Atmosphäre, Klimawandel und industrielle Entwicklung. Ziel der Sitzung war die Beschlussfassung von globalen Maßnahmen zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung in diesen Bereichen. Trotz der großen Ambitionen der EU konnte erstmals in der Geschichte der CSD keine Einigung erzielt werden, weshalb das Ergebnis der Sitzung nur in einer Zusammenfassung des Vorsitzes dokumentiert wurde.

Die sechste Ministerkonferenz „**Umwelt für Europa**“ fand in Belgrad vom 10.-12. Oktober statt. Hauptthemen der Konferenz waren die Evaluierung der bisherigen Umsetzung, Kapazitätenaufbau und Partnerschaften sowie eine Debatte über die Zukunft des Prozesses. Die Ergebnisse der Konferenz wurden in einer Ministererklärung festgehalten.

Auf der fünften **Ministerkonferenz zum Schutz der Wälder** in Europa in Warschau vom 5.-7. November wurde ein Maßnahmenpaket beschlossen, in dessen Mittelpunkt der Beitrag der Wälder zur Bekämpfung des Klimawandels und zum Ausgleich der Wasserkreisläufe sowie der zunehmende Bedarf an Bioenergie stehen. Österreich setzte sich während der Konferenz insbesondere für die Aufnahme von Verhandlungen über eine Europäische

Globale Umweltschutzabkommen

Waldkonvention ein, da der Schutz der Wälder auf europäischer Ebene derzeit lediglich auf freiwilligen Vereinbarungen beruht.

Die siebente Konferenz des Globalen Forums über nachhaltige Energie (**GFSE**) fand unter dem Titel „Energy Efficiency in Developing Countries – Strong Policies and New Technologies“ (Energieeffizienz in Entwicklungsländern – Wirksame Politiken und Neue Technologien) in Wien vom 21.-23. November statt. Die von Österreich lancierte Initiative konnte ihre Bedeutung als internationales Sachverständigenforum über die letzten Jahre ausbauen und arbeitet mittlerweile in enger Kooperation mit einer Vielzahl von VN-Agenturen. Im Rahmen des diesjährigen Treffens, an dem 184 internationale ExpertInnen teilnahmen, wurden nachhaltige Energielösungen und deren Finanzierung in Afrika, Asien, Lateinamerika und den kleinen Inselstaaten in der Karibik und dem Pazifik erörtert.

II. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen

Die 24. Sitzung des **UNEP-Verwaltungsrats** fand gleichzeitig mit dem Globalen Umweltministerforum (**GMEF**) in Nairobi (Kenia) vom 5.-9. Februar statt. Bei der ersten ordentlichen Tagung des Verwaltungsrats unter der Leitung des neuen UNEP-Exekutivdirektors Achim Steiner wurden die Themen Globalisierung und Umwelt sowie die Stärkung von UNEP erörtert.

III. Globale Umweltschutzabkommen

Die dritte Konferenz der Vertragsparteien zum Stockholmer Übereinkommen über nicht abbaubare organische Schadstoffe (**POPs**) tagte in Dakar (Senegal) vom 30. April bis 4. Mai. Die Vertragsparteien beschlossen Quellinventare für Dioxine und Furane sowie Richtlinien betreffend Beste Verfügbare Techniken/Bewährte Vorgehensweisen im Bereich Umwelt (BAT/BEP) zur Reduktion dieser Stoffe sowie die Einsetzung von Mechanismen für die effiziente weltweite Umsetzung des Abkommens. Dazu zählen die Einsetzung von regionalen Zentren in Entwicklungsländern sowie ein Evaluierungssystem für die Umsetzung.

Die 59. Jahrestagung der Internationalen Walfangkommission (**IWC**) wurde in Anchorage (USA) vom 28.-31. Mai abgehalten. Die den Indigenen in Dänemark-Grönland, Russland, St. Vincent und den USA zustehenden Fangquoten wurden für die kommenden fünf Jahre genehmigt. Die überwiegende Mehrheit der 77 Mitgliedstaaten, darunter Österreich, äußerte sich klar im Sinne eines globalen Walschutzes.

Auf Einladung Österreichs fanden vom 26.-31. August die Wiener VN-Klimagespräche (**Vienna Climate Change Talks**) statt. Ziel des Treffens von rund 1.000 Klima-ExpertInnen war die Vorbereitung der Klimakonferenz von Bali im Dezember.

Internationale Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik

Die 8. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention der VN zur Bekämpfung der Wüstenbildung (**UNCCD**) fand in Madrid vom 3.-14. September statt. Sie stand im Zeichen des Aufbruchs in eine neue Phase der Konvention, basierend auf der Verabschiedung einer 10-Jahres-Strategie zur Umsetzung der Konvention (2008-2018) sowie der Designierung des neuen Exekutivsekretärs Luc Gnacadja durch den VN-GS. Die Budgetverhandlungen scheiterten an der Zustimmung Japans für die vorgeschlagene Erhöhung des Budgets der Konvention für den Zeitraum 2008-2009 um 5%. Aus diesem Grund musste die Entscheidung auf eine außerordentliche Vertragsstaatenkonferenz am 26. November in New York vertagt werden, von der schließlich eine Budgeterhöhung von 4% beschlossen werden konnte.

Das 19. Treffen der Vertragsparteien zum **Montrealer Protokoll** über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen, wurde in Montreal (Kanada) vom 17.-21. September abgehalten. Es stand einerseits im Zeichen des 20-jährigen Bestehens des Abkommens, andererseits wurde der Grundstein für die endgültige weltweite Nichtverwendung aller Ozon abbauender Stoffe gelegt. Die Entwicklungsländer verpflichteten sich zu einem um 10 Jahre vorverlegten Ausstieg aus der Verwendung teilhalogener Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe (H-FCKW), seitens der Industriestaaten wird die Produktion von H-FCKW bis 2020 eingestellt. Die Entscheidung zur Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Ozon abbauenden Stoffen wurde unter österreichischem Verhandlungsvorsitz getroffen.

Die zweite Tagung des Verwaltungsorgans des Internationalen Vertrags über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft (**ITPGRFA**) fand in Rom vom 29. Oktober bis 2. November statt. Im Vorjahr wurden mit dem Beschluss eines standardisierten Übereinkommens über den weltweiten Austausch von Saatgut für Forschungs- und Anbauzwecke die Weichen für die Umsetzung dieses Vertrags gesetzt. Bei der diesjährigen Sitzung wurden das Budget für das Vertragssekretariat festgelegt und eine Finanzierungsstrategie entwickelt, um auch Entwicklungsländern den Schutz und die Nutzung von pflanzengenetischen Ressourcen für die Landwirtschaft und die Ernährung zu ermöglichen.

Vom 3.-14. Dezember tagten in Nusa Dua (Indonesien) parallel die 13. Vertragsstaatenkonferenz der **VN-Klimarahmenkonvention** sowie die dritte Konferenz der Vertragsparteien des **Kioto-Protokolls**. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Fortsetzung der Arbeiten an einem internationalen Abkommen für die Zeit nach dem Ende der ersten Verpflichtungsperiode des Kioto-Protokolls Ende 2012. Mit Einigung auf den „Aktionsplan von Bali“ wurde ein umfassender Verhandlungsprozess in einer neuen Arbeitsgruppe lanciert, welche bis 2009 „Bausteine“ für ein Regime nach 2012 ausarbeiten soll. Einigungen kamen auch über das Arbeitsprogramm der Arbeitsgruppe bezüglich der Verpflichtungen der Industriestaaten aus dem Kioto-Protokoll, über die Einrichtung eines Anpassungsfonds sowie über

Globale Umweltschutzabkommen

Maßnahmen im Zusammenhang mit der Reduzierung von Emissionen aus Entwaldungen zustande.

In Wien wurde vom 10.-13. Dezember die zweite Sitzung der **gemeinsamen Arbeitsgruppe der Chemikalien- und Abfallkonventionen** (Basel, Rotterdam und Stockholm Konventionen) abgehalten. Die Gruppe hat den Auftrag, die thematischen und administrativen Überlappungen der drei Konventionen zu analysieren und darauf aufbauend Empfehlungen an die jeweiligen Vertragsparteienkonferenzen zu richten, wie die Zusammenarbeit zwischen den Konventionen gestärkt und verbessert werden könnte.

K. Auslandskulturpolitik

I. Schwerpunkte

Im Bemühen um internationale Aufmerksamkeit und Anerkennung kommt einer aktiv gestaltenden Auslandskulturpolitik besonderer Stellenwert zu: Sie schafft Aufmerksamkeit und Sympathie für Österreich, trägt zum notwendigen vertrauensvollen Dialog der Kulturen bei und stärkt das Projekt der europäischen Integration. Auslandskulturpolitik ist damit ein integraler Bestandteil der österreichischen Außen- und Europapolitik. Zur Vermittlung eines authentischen Österreich-Bilds sowie zur Auseinandersetzung mit aktuellen Themen im internationalen Kontext steht ein Netz von 30 österreichischen Kulturforen, 53 Österreich-Bibliotheken, das Österreich-Sprach-Institut (Österreich Institut G.m.b.H. mit acht Instituten), ein „Office of Science and Technology“ in Washington, D.C., zwei Kooperationsbüros in Lemberg und Sarajewo sowie alle Botschaften und Generalkonsulate zur Verfügung.

Die Erhöhung der Mittel für die operative Tätigkeit ermöglichte dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, das Kulturbudget der österreichischen Kulturforen erstmals nach langer Zeit zum Teil deutlich anzuheben. Im Sinne einer regionalen Schwerpunktsetzung wurden verstärkt Aktivitäten in Südosteuropa gefördert. Die zusätzlichen Budgetmittel schufen mit der Einrichtung eines im März durch Bundesministerin Ursula Plassnik eröffneten österreichischen Kulturforums (KF) in New Delhi die Voraussetzung für eine sichtbare Präsenz auch in Indien. Das Netz der Österreich-Bibliotheken konnte um zwei neue Standorte, am St. Georgs-Kolleg in Istanbul und in Jekaterinburg, erweitert werden.

Die Auslandskulturtagung 2007 stellte die Frage „Wo liegt Europa?“ und diskutierte im Wiener Künstlerhaus Chancen der Nutzung des steigenden Stellenwerts kultureller Zusammenarbeit zur Unterstützung der europäischen Integration.

1. Auswahl aus der Auslandsprojektarbeit

1.1. Musik

Weltweit wurden rund 1.000 meist der zeitgenössischen Musik gewidmete Projekte unterstützt. Das Nachwuchs-Programm „The NewAustrian Sound of Music“ wurde weitergeführt: Musiker und Ensembles aus den Bereichen Klassik, zeitgenössische Musik, Jazz, Weltmusik, Rock und Pop sowie elektronische Musik traten weltweit mit großem Erfolg auf. Einen weiteren Schwerpunkt stellte die Aufarbeitung der „Exilmusik“ dar. MusikerInnen, die verfeimte oder verbotene Kompositionen vertriebener Musikschaffender erstmals oder neu aufführten und diesen Werken damit den ihnen gebüh-

Schwerpunkte

renden Stellenwert zurückgaben, erhielten gezielte Unterstützung. Realisiert wurden Schönberg-Tage in Barcelona und in Zagreb, ein Viktor-Ullmann-Liederabend in Pressburg, Ernst Kreneks Kammeroper „What Price Confidence“, op.111, in New York sowie ein Erich W. Korngold und Alexander Zemlinsky gewidmetes Programm in Los Angeles und in New York. Weitere Zemlinsky- und Krenek-Abende fanden in Istanbul, Kairo, Laibach, Peking und Washington, D.C. statt. Das seit 2003 in Marseille stattfindende Festival „Musiques interdites“ sowie die Konzertreihe „Austrian Composers in Exile“ in Los Angeles brachten Werke von Hanns Eisler, Norbert Glanzberg, Eric Itor Kahn, Karl Kohn, Erich W. Korngold, Hans Krasa, Arnold Schönberg, Franz Schreker, Kurt Weill und Erich Zeisel zur Aufführung.

Weitere Höhepunkte waren die Erstaufführung der Oper „Der Zwerg“ von Alexander Zemlinsky in Skopje, die Uraufführung von „Kokoro“ von Gabriele Proy in der Münchner Residenz, die Uraufführung von „Getäuscht hat sich Albatros“ von Paul Engel im Gasteig (München), das Concertus-Projekt von Michael Mantler bei den Berliner Festspielen, zeitgenössische Konzerte des Trios Stroissnig/Karvay/Karanovic in Oslo, die Aufführung von „Taiphoon“ von Alexander Wagendristel durch das Hongkong Philharmonic Orchestra, das Kammermusikfestival „Sounding Jerusalem“ unter der Leitung von Erich Oskar Hütter in Ost- und West-Jerusalem sowie in den Palästinensischen Gebieten, die Konzerte von Hubert von Goisern entlang der Donau stromabwärts bis zum Schwarzen Meer, das Festival „An das Lied“ am KF Washington, der Auftritt des Vienna Art Orchestra in Havanna, die Neuinszenierung der „Fledermaus“ durch Kammersänger Christian Boesch in Santiago de Chile, die Einladung von NachwuchskünstlerInnen der elektronischen Musik zum Musikfestival SEEME in Sofia, Konzerte eines Quintetts mit Benjamin Schmid, Clemens Hagen und Martin Grubinger, unter anderem in Laibach, sowie das Jubiläumskonzert des Wiener Jeunesse Orchesters, Auftritte des Mozart-Knabenchors Wien und des Frauenchors des Concentus Vocalis im Konzertsaal des Slowakischen Rundfunks in Pressburg.

Des 250. Geburtstags von Ignaz Joseph Pleyel wurde mit einem Konzert des Artis Quartetts in Paris sowie Festkonzerten in Brüssel, Pressburg und Tallinn gedacht.

Weiters wurden Meisterklassen der Austria Barock Akademie in Belgrad, das Projekt MOZAIK in Albanien, ein Workshop von Joe Zawinul in Zagreb und ein Musikerziehungsprojekt mit Susan Salm in Lesotho unterstützt.

1.2. Literatur, Tanz und Theater

Der Schwerpunkt der Literatur- und Theaterveranstaltungen war dem zeitgenössischen österreichischen Literaturschaffen gewidmet. Anhaltend großes Interesse besteht an Produktionen von Werken Thomas Bernhards, Elf-

Auslandskulturpolitik

riede Jelineks, Peter Turrinis sowie junger österreichischer TheaterautorInnen wie Kathrin Röggla.

Die freie österreichische Theaterszene, besonders das Kinder- und Jugendtheater, erfreute sich wachsender internationaler Aufmerksamkeit, beispielsweise „Hiob“ von Joseph Roth in Tel Aviv, das Theater Tanto beim Pohang Festival in der Republik Korea oder Aufführungen der Gruppe „konnex“ beim 1. Kinder- und Jugendtheaterfestival in Kairo.

Die jüngere österreichische Tanzszene konnte sich international weiter vernetzen und die erfolgreiche weltweite Gastspieltätigkeit fortsetzen. Dazu gehörten Auftritte des Ensembles Superamas beim Tanzfestival „100 Dessus Dessous“ in Paris und beim Springdance Festival in Utrecht sowie Aufführungen der Editta Braun Company in Alexandria (Ägypten) und im Rahmen des Österreich-Schwerpunkts beim diesjährigen Israel Festival in Jerusalem und Tel Aviv, an dem auch die Gruppe liquid loft/Chris Haring teilnahm.

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten unterstützte mit dem Projekt SKOMRAHI ein internationales Seminar für TheaterstudentInnen in Skopje. Das Projekt besteht aus dem SKOMRAHI Festival, einem einwöchigen Workshop für StudentInnen, einer internationalen Konferenz über Themen der Film- und Theaterwissenschaft und einem internationalen Koproduktionsworkshop. Projektziel ist die Erstellung einer Theaterproduktion bzw. eines Films in Zusammenarbeit von TheaterstudentInnen aus Österreich und den Balkanländern.

Das wachsende internationale Interesse an österreichischer Literatur zeigte sich an der großen Anzahl von Lesungen. AutorInnen wie Zdenka Becker, Manfred Chobot, Milo Dor, Erwin Einzinger, Barbara Frischmuth, Thomas Glavinic, Walter Grond, Marianne Gruber, Erich Hackl, Josef Haslinger, Elfriede Jelinek, Daniel Kehlmann, Robert Menasse, Hanno Millesi, Anna Mitgutsch, Kathrin Röggla, Kurt Ryslavy, Raoul Schrott, Michael Stavaric, Josef Winkler und Peter Paul Wiplinger präsentierten ihre Werke im Rahmen von Lesereisen, Schreibwerkstätten, bei internationalen Literaturfestivals oder anlässlich der Herausgabe von Übersetzungen.

In Kooperation mit dem P.E.N.-Club Österreich und internationalen Partnern unterstützt das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten seit 2005/2006 den Dramenwettbewerb „Über Grenzen sprechen“ in den westlichen Balkanländern. 2006/2007 fand der Wettbewerb in Serbien statt. „Über Grenzen sprechen“ ist Teil des Südostschwerpunkts „Culture Matters – Austrian Cultural Relations with the Western Balkans“. Das Theater- und Literaturprojekt lädt AutorInnen ein, sich mit dem Lebensgefühl in Zeiten politischen Wandels auseinanderzusetzen. Das Siegerstück des Wettbewerbs in Serbien, Emilija Andrejevics „Boon Bartender“ (Der große Feierabend), wurde beim Festival BITEF in Belgrad im September uraufgeführt.

Schwerpunkte

1.3. Bildende Kunst

Neben zahlreichen Einzel- und Gruppenausstellungen und der Teilnahme von KünstlerInnen an internationalen Festivals bildeten die Initiativen im Rahmen der regionalen Partnerschaft und ihrer „Plattform Kultur – Mitteleuropa“ sowie österreichische Veranstaltungen zur Europäischen Kulturhauptstadt „Sibiu 2007“ Schwerpunkte der Ausstellungstätigkeit.

Die Ausstellung „Imperium an der Peripherie – Österreichische Spuren in Siebenbürgen“ bildete das größte österreichische Projekt im Rahmen der Europäischen Kulturhauptstadt „Sibiu 2007“. Ein knappes Jahrhundert, von 1692 bis 1790, wurde die habsburgische Provinz Transsylvanien von Hermannstadt, dem jetzigen Sibiu, aus verwaltet. Die Schau beschäftigte sich mit den mitteleuropäischen Traditionen in der Region, die sich in Architektur und Mentalität widerspiegeln. Von den Wanderausstellungen ist insbesondere die Ausstellung „Art from Within – Art Brut in Österreich“ zu erwähnen, welche Kunst von begabten Menschen mit Behinderungen in Österreich und die Geschichte ihrer Betreuung und Förderung erzählt. Dieses Projekt, kuratiert von Prof. Angelica Bäumer, startete in der zweiten Jahreshälfte mit Ausstellungen in Italien, Schweden und zu Jahresende in Ägypten.

Auch nach dem Freudjahr 2006 blieb die von Michael Freund kuratierte Karikaturenausstellung „On the Couch“ sehr beliebt und wurde in Deutschland, der Schweiz und Tschechien präsentiert. Die „Klassiker“ der österreichischen Architektur und des Designs genießen weiterhin große Popularität. Die Wanderausstellungen zu „Wiener Architektur um 1900“, „Otto Wagner“, „Adolf Loos“ sowie „Josef Hoffmann und die Wiener Werkstätte“ wurden in Abu Dhabi, Belgrad, Brüssel und Tschechien gezeigt.

Die KF organisierten zahlreiche Ausstellungen, beispielsweise die in New York von Christoph Thun-Hohenstein kuratierte Veranstaltung unter dem Titel „21 Positions“, welche eine umfassende Schau der zeitgenössischen österreichischen Fotografie präsentierte.

1.4. Film

Österreichischen FilmemacherInnen wurde die Teilnahme an internationalen Filmfestivals durch die Übernahme von Reisekosten ermöglicht. Vertretungsbehörden organisierten bzw. mitorganisierten österreichische Filmwochen, unter anderem in Almaty, Belgrad, Brüssel, London, Madrid, Mailand, Mexiko, Moskau, New York, New Delhi, Kairo, Krakau, Peking, Prag und Skopje. Monatliche Vorführungen österreichischer Filme an den Kulturforen, etwa in New York, Prag, Teheran, Warschau und Washington, D.C. erfreuten sich zunehmender Beliebtheit. Filmprojekte in Zusammenarbeit mit den lokalen Büros der ADA wurden in Kampala, Maputo und Ouagadougou realisiert. Das österreichische Filmschaffen konnte bei insgesamt 80 „Österreich-Filmveranstaltungen“ im Ausland präsentiert werden. Darüber

Auslandskulturpolitik

hinaus beteiligte sich Österreich an den von der EU veranstalteten rund 50 „Europäischen Filmtagen“. Dabei gewann der Bereich des Dokumentarfilms an Bedeutung.

1.5. Wissenschaftliche Veranstaltungen

Im wissenschaftlichen Bereich erstreckte sich die Veranstaltungstätigkeit auf eine große Anzahl von Symposien und Vortragsreisen. Die Bandbreite reichte vom Bereich Literatur und Geisteswissenschaften über Naturwissenschaften und Technik bis zu Fragen des Kulturmanagements, der Medien und zu Eurothemen.

2. Auslandskulturpolitische Initiativen

Das besondere Engagement in den westlichen Balkanländern, im Donauraum sowie in Mitteleuropa wurde fortgesetzt. So wurde etwa an der Einrichtung eines europäischen Übersetzungszentrums in Sarajewo mitgearbeitet. Unter dem Titel „FLOW“ wurde ein innovatives Veranstaltungsformat entwickelt, das jungen herausragenden KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen aus dem Donauraum als Informationsplattform für die Weiterentwicklung und Umsetzung ihrer Ideen und Vorhaben dienen soll. Diese Veranstaltungsreihe wird im Jahr 2008 in Novi Sad beginnen und anschließend in verschiedenen Ländern des Donauraums stattfinden.

Erstmals wurden „Wochen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit“ zwischen Slowenien und Österreich veranstaltet. Mit einem Programm von Vorträgen, Diskussionsrunden, Konzerten und Ausstellungen wurde die Bedeutung der grenzüberschreitenden Kooperation in Wissenschaft, Kunst und Kultur für eine gemeinsame europäische Zukunft hervorgehoben.

Im europäischen Kontext stand die Förderung des Stellenwerts der Kultur innerhalb der EU aber auch in Drittländern sowie die Stärkung der kulturellen Identität Europas im Mittelpunkt der Aktivitäten. Innerhalb des Netzwerks der Nationalen Kulturinstitute der EU (EUNIC) übernahm Österreich im April für ein Jahr den Vorsitz (siehe Kapitel K.VII.).

Besonderes Augenmerk wurde auf die Fortsetzung der Initiativen im Rahmen der „Plattform Kultur – Mitteleuropa“ gelegt. Anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wurde ein Memory-Spielwürfel zum Thema „Discoveries&In-ventions“ entwickelt, der WissenschaftlerInnen aus den teilnehmenden Ländern der Plattform – Österreich, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn – vorstellte. Dieser wurde im Garten des Kanzleramts in Berlin sowie im Foyer des Europarats in Strassburg präsentiert. Aus Anlass der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft wurde am 9. November im Museu Coleção Berardo Arte moderna e Contemporânea in Lissabon die Ausstellung „Eccentric Paths – Junge Kunst aus Mitteleuro-

Schwerpunkte

pa“ eröffnet, welche Werke zeitgenössischer KünstlerInnen aus Mitteleuropa vor dem Hintergrund der Globalisierung vorstellte. Kuratiert wurde die Ausstellung von Sàrolta Schredl.

3. Kulturelle Förderungen

Zum Zweck der Unterstützung und Verankerung außenpolitischer und auslandskulturpolitischer Zielsetzungen in der Öffentlichkeit werden physischen und juristischen Personen nach Maßgabe der Verfügbarkeit Finanzmittel in Form von Förderungen für kulturelle Projekte zur Verfügung gestellt. Neue kulturpolitische Herausforderungen erfordern ein stetes Anpassen der Auslandskulturarbeit durch neue Schwerpunktsetzungen. Gerade Subventionen stellen dabei ein probates Unterstützungsinstrument zur Kommunikation der auslandskulturpolitischen Anliegen dar. Im Jahr 2007 wurden Budgetmittel in der Höhe von rund 413.000 Euro für 70 Projekte aus den Bereichen Kunst, Kultur und Wissenschaft bereitgestellt.

Im Bereich der bildenden Kunst wurden das Projekt „The 'Z'Boats - Modular Barges“ von Rainer Prohaska, das Projekt „BRÜCKEN:SCHLAG/Die Czernowitzer Austria“ des Instituts für kulturesistente Güter sowie die Ausstellung „Feuer und Geist. Ikonen aus der Schatzkammer des Bulgarischen Patriarchats“ der Stiftung Pro Oriente gefördert. Im Tagungsbereich wurde ein Sozialethik-Symposium in Opole (Polen), eine europäische Jugendkonferenz in Prizren (Kosovo), ein Volksgruppensymposium in Prag, das Forum Romània 2007 in Wien sowie die Tagung „Dialog über Grenzen“ des Koordinierungsausschusses für christlich-jüdische Zusammenarbeit unterstützt. Im Musikbereich wurden für Auslandstourneen des Vienna Art Orchestra, des Klangforums Wien, für die Konzertreise der Gruppe „Musica Kontakt“ nach Sibiu im Rahmen des Europäischen Kulturhauptstadtjahres 2007 sowie für ein Konzert der Österreichisch-Koreanischen Philharmonie in Wien Subventionsmittel bereitgestellt.

Dem Theater „Brett Wien“ wurden für die Durchführung des „Mittel europäischen Theaterkarussells“ Förderungsgelder zugesprochen. Finanziell unterstützt wurden weiters das Jüdische Institut für Erwachsenenbildung für die Durchführung der Wochen der Jiddischen Kultur, der Kulturverein EU-XXL für die Durchführung des Filmfestivals 2007/2008, Susanne Brandstätter für den Film „The Rule of Law“, das Crossing Europe Filmfestival 2007 sowie das Filmarchiv Austria für das Projekt „BALKAN FEVER – Südosteuropa-Filmfestival“.

Gefördert wurden weiters die slowenischen Kulturvereine „Brücken“, „Abstaller Feld“ und „Gottscheer Altsiedler Verein“ ebenso wie der kroatische Kulturverein „Napredak“ für Deutschkurse, der „Circolo di Cultura Italo-Austriaco Triest“, die italienisch-österreichische Kulturvereinigung „Bologna“, die Österreichisch-Italienische Kulturgesellschaft für die Durchführung von Veranstaltungen auf kulturell-wissenschaftlichem Gebiet so-

Auslandskulturpolitik

wie der Deutschunterricht an der Prof. Karl Ilg Schule in Treze Tílias (Brasilien). Für das St. Georgs-Kolleg in Istanbul wurden ebenfalls Mittel bereitgestellt.

II. Bilaterale Abkommen in den Bereichen Kultur und Wissenschaft

Bundesminister Johannes Hahn unterzeichnete Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Mazedonien in Skopje am 23. Juli sowie zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Indien in New Delhi am 30. November. Die Vertragstexte wurden unter der Federführung des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten verhandelt.

Zwischen Österreich und Tschechien gilt gegenwärtig noch das mit der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik abgeschlossene Kulturabkommen vom 22. November 1977 (BGBl Nr. 586/1978). Dieses soll durch ein neues Abkommen über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, Bildung, Wissenschaft, Jugend und des Sports ersetzt werden. Am 11. und 12. Dezember fanden in Wien diesbezügliche Verhandlungen statt; der Vertragstext wurde paraphiert.

Auf Grund bestehender Abkommen wurden Kulturarbeitsprogramme mit einer Geltungsdauer für die nächsten Jahre mit Albanien, China, Mexiko, Slowenien und Ungarn vereinbart. Mit Israel wurde das vierte Memorandum of Understanding über kulturelle Zusammenarbeit ausgearbeitet, welches bis zum Jahr 2010 in Geltung stehen wird.

Die 2005 begonnenen Verhandlungen mit Russland über einen Briefwechsel zur Wiederaufnahme und Änderung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Russischen Föderation über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit wurden fortgesetzt.

III. Österreich-Bibliotheken

Die Österreich-Bibliotheken im Ausland sind nach einer rund 20-jährigen Entwicklung etablierte Plattformen des interkulturellen Dialogs, die, nicht zuletzt durch ihre institutionelle Anbindung an Universitäten und Nationalbibliotheken, einer breiten Öffentlichkeit offen stehen. Viele Österreich-Bibliotheken im Ausland fungieren als Informations- und Kulturzentren, die in Kooperation mit den österreichischen Kulturforen und Botschaften kulturelle und wissenschaftliche Veranstaltungen durchführen. Das Netzwerk der Österreich-Bibliotheken im Ausland zählt 53 Bibliotheken in 24 Ländern. Neben dem klassischen Bibliotheksbetrieb fanden mehr als 500 Veranstaltungen mit über 70.000 BesucherInnen statt. Mehr als 180.000

Wissenschaft, Bildung und Sprache

Personen konsultierten die Bestände, die auf rund 300.000 Bücher, 4.500 Tonträger, 800 CD-Roms und 3.000 Videos angewachsen sind. Die kontinuierliche Erweiterung des Netzes der Österreich-Bibliotheken wurde im Mai durch die Eröffnung der Österreich-Bibliothek am Österreichischen St. Georgs-Kolleg in Istanbul zur Stärkung der österreichischen Kultur- und Bildungspräsenz in der Türkei fortgesetzt. Im Dezember wurde die Österreich-Bibliothek in Jekaterinburg eröffnet. Die Bibliothekseröffnung in Jekaterinburg war ein weiterer Meilenstein in der Entwicklung der vielfältigen Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen zwischen Russland und Österreich.

Das Informationsangebot des Web-Portals der Österreich-Bibliotheken www.oesterreich-bibliotheken.at wurde weiter verbessert und bietet eine Datenbank österreichischer Literatur mit mehr als 12.000 Titeln in Übersetzungen (Auslandsaustriaca).

Im November wurde das dritte biennale Zusammentreffen mit den wissenschaftlichen BetreuerInnen von Österreich-Bibliotheken im Ausland unter dem Motto „Chancen kultureller Netzwerke III“ in der Österreichischen Akademie der Wissenschaften veranstaltet, welches die Buchpräsentation der Perspektivenkonferenz 2005 „Kultur://Übersetzung://Wissen und Kulturtransfer im Netzwerk der Österreich-Bibliotheken im Ausland“ und den von Prof. Vlado Obad/Osijek herausgegebenen Sammelband „Regionalpresse Österreich-Ungarns und die urbane Kultur“ zum Inhalt hatte. Erstmals wurden vergleichende kulturwissenschaftliche Studien von WissenschaftlerInnen an Österreich-Bibliotheken gemeinsam publiziert.

IV. Wissenschaft, Bildung und Sprache

1. Wissenschaft und Bildung

1.1. Österreich-Lehrstühle und Studienzentren im Ausland

Diese Einrichtungen an Universitäten in Europa sowie in Australien, Israel, Kanada und den USA haben die Aufgabe, im akademischen Leben des Gastlands die Beschäftigung mit österreich- und europaspezifischen Themen zu initiieren, zu vertiefen und zu betreuen. Dabei wird auch das intellektuelle Potenzial Österreichs gezeigt und die wissenschaftliche Arbeit samt ihrer Publikation im jeweiligen Themenbereich angeregt. Die Lehrstühle verstärken durch ihre Vernetzung mit entsprechenden österreichischen Institutionen die Einbindung Österreichs in das internationale wissenschaftliche und kulturelle Netz.

1.2. Stipendien und Mobilitätsprogramme im universitären Bereich

Die Betreuung von StipendiatInnen und die Administration verschiedener Mobilitätsprogramme wie Erasmus und bilateraler Stipendienprogramme, von Programmen der Entwicklungszusammenarbeit sowie der wissen-

Auslandskulturpolitik

schaftlich-technischen Zusammenarbeit erfolgt durch den Österreichischen Austauschdienst (**ÖAD**). Dieser fungiert als Partner des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten. Die einzelnen Programme werden vom Büro für Akademische Mobilität und Kooperation und von der Nationalagentur Lebenslanges Lernen des ÖAD betreut. Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten übernimmt in diesem Bereich Aufgaben der Koordination und Information sowohl für österreichische Vertretungsbehörden im Ausland als auch für ausländische Vertretungen in Österreich.

1.3. Arbeitsgruppe für Internationale Zusammenarbeit zum Holocaust: Bildung, Forschung und Gedenken

Die Arbeitsgruppe für Internationale Zusammenarbeit zum Holocaust: Bildung, Forschung und Gedenken (**ITF**) wurde 1998 auf schwedische Initiative gegründet. Sie soll auf nationaler und internationaler Ebene PolitikerInnen und führende Persönlichkeiten der Gesellschaft für die Aufgabe gewinnen, Bildung und Forschung auf dem Gebiet des Holocaust sowie das Gedenken daran zu fördern. Der ITF gehören 24 Staaten sowie staatliche und nichtstaatliche Organisationen an. Die Plenarversammlung der ITF ernannte Kathrin Meyer am 5. Dezember zur ersten Ständigen Exekutivsekretärin.

Österreich wurde im Jahr 2000 in die ITF aufgenommen. Seither wird die Koordination der österreichischen Delegation vom Nationalfonds der Republik Österreich, die Delegationsleitung vom Nationalfonds und dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten wahrgenommen. In den ständigen Arbeitsgruppen und in den so genannten Verbindungsarbeitsgruppen (Liaison Working Groups) zur Heranführung neuer Staaten an die ITF wirken sowohl österreichische RegierungsvertreterInnen als auch Sachverständige der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, des Nationalfonds der Republik Österreich, des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands sowie der Organisation „_erinnern.at_“ mit. Österreichische Projekte im Bereich Bewusstseinsbildung und Forschung auf dem Gebiet des Holocaust genießen innerhalb der ITF hohes Ansehen.

2. Sprache

Die **Österreich Institut G.m.b.H.** zur Durchführung von Deutschkursen, zur Unterstützung und Förderung des Deutschunterrichts im Ausland und zur Kooperation mit nationalen und internationalen Organisationen wurde 1997 gegründet, um die für die österreichische Auslandskulturpolitik wichtigen, bis dahin an den Kulturinstituten gebotenen Deutschkurse eigenverantwortlich weiter zu entwickeln. Die Zentrale befindet sich in Wien. Österreich Institute bestehen in Breslau, Brünn, Budapest, Krakau, Laibach,

Internationale Sportbeziehungen

Pressburg, Rom und Warschau, eine Lizenzeinrichtung in Istanbul. Alle Österreich Institute verstehen sich als Zentren der Förderung des Studiums und der Pflege der deutschen Sprache in ihrer österreichischen Ausprägung.

Das Österreichische Sprachdiplom Deutsch (**ÖSD**) ist ein Instrument der Bildungs- und Sprachpolitik „Deutsch als Fremdsprache“ (**DaF**). Das an internationalen Rahmenrichtlinien orientierte Prüfungssystem bietet die Möglichkeit, Deutschkenntnisse auf mehreren Niveaus zertifizieren zu lassen. Die ÖSD-Prüfungen werden weltweit an nahezu 200 schulischen und außerschulischen Prüfungszentren abgenommen. Die Gleichwertigkeit mit den entsprechenden Prüfungen des Goethe-Instituts wurde durch Abkommen sichergestellt.

LektorInnen und SprachassistentInnen werden von der „Österreich-Kooperation“ ausgewählt und vermittelt. **DaF-PraktikantInnen** werden vom Lehrstuhl für Deutsch als Fremdsprache der Universität Wien ausgewählt und betreut, die administrative Verwaltung übernimmt die „Österreich-Kooperation“. Es handelt sich dabei in der Regel um StudentInnen Pädagogischer Akademien sowie um Graduierte geistes- und kulturwissenschaftlicher Studienrichtungen, die im sekundären und tertiären Bildungsbereich (Mittelschule und Universität) im Ausland tätig sind. Lektorate bestehen an 125 Standorten, Sprachassistenzen in zehn Ländern, DaF-Praktika in 52 Ländern.

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten wirkte an der Betreuung des mehrwöchigen **Sprachstipendienprogramms** für rund 60 StudentInnen der **Hebräischen Universität Jerusalem** in Kooperation mit deren Freundesgesellschaft mit. Gastgeber waren die Universitäten Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz, Salzburg und Wien. Diese Kurse werden von israelischen StudentInnen wegen des gebotenen Niveaus sehr geschätzt.

V. Internationale Sportbeziehungen

Vom 7.-29. Juni 2008 findet mit der Fußball-Europameisterschaft „**UEFA EURO 2008**“ in Österreich und in der Schweiz das nach den Olympischen Spielen und der Fußball-Weltmeisterschaft drittgrößte Sportereignis der Welt statt. Österreich und die Schweiz sehen in diesem Großereignis die Chance, ihre Sportler und ihre Fähigkeiten als Gastgeber und Organisatoren in Europa zu präsentieren. Bereits im Vorfeld der UEFA EURO 2008 ergaben sich für die österreichischen Vertretungsbehörden Möglichkeiten der Bewerbung dieser Großveranstaltung sowie der Darstellung Österreichs in der Welt und seiner Rolle als Ort der Begegnung.

*Auslandskulturpolitik***VI. Multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit**

Österreich intensivierte die multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit inner- und außerhalb Europas zur Festigung seiner Rolle als Standort der Hochtechnologie. Österreich beteiligt sich daher an Programmen wie der Europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Forschung (**COST**) in Brüssel, der Europäischen Organisation für Kernforschung (**CERN**) in Genf, der Europäischen Weltraumagentur (**ESA**) in Paris und der Europäischen Organisation zur Nutzung meteorologischer Satelliten (**EUMETSAT**) in Darmstadt. In diesen Organisationen wird Österreich durch das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten gemeinsam mit dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie bzw. dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung vertreten. Darüber hinaus werden außenpolitische Belange in der Europäischen Konferenz für Molekularbiologie (**EMBC**) in Heidelberg, beim Internationalen Institut für Angewandte Systemanalyse (**IIASA**) in Laxenburg, beim Europäischen Zentrum für Mittelfristige Wettervorhersage (**ECMWF**) in Reading (Großbritannien) sowie beim Europäischen Institut für Weltraumpolitik (**ESPI**) in Wien wahrgenommen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Förderung der Vernetzung der Aktivitäten der internationalen wissenschaftlichen Institutionen mit Sitz in Österreich zu.

Die 34 Mitgliedstaaten von **COST** finanzierten mit einem jährlichen Forschungsbudget von rund 2 Milliarden Euro die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der vorwettbewerblichen Forschung, wobei für **COST**-Aktionen eine Laufzeit von durchschnittlich vier Jahren vorgesehen ist. Besonderes Augenmerk wird dabei den Initiativen auf dem multi- und interdisziplinären Gebiet der Chemie (Nanowissenschaften und interdisziplinäre Forschung) gewidmet. Kooperationen mit Forschungsinstitutionen aus Drittstaaten wie Australien, Israel, Japan, Kanada, Russland und den USA sind seit Jahren etabliert. Österreich ist die Förderung der Drittstaatenbeteiligung, etwa die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Indien, ein besonderes Anliegen. Auch die Beteiligung von WissenschaftlerInnen der westlichen Balkanländer wurde durch die Finanzierung eines eigenen **COST**-Fonds ermöglicht. Österreich ist seit 1971 Mitglied von **COST**.

Österreich wirkt in der Europäischen Weltraumbehörde (**ESA**) mit, deren Konvention eine selektive Beteiligung an **ESA**-Programmen mit garantierbarem Investitionsrückfluss ermöglicht. Im Lauf von zwei Jahrzehnten verschaffte dies der österreichischen Wirtschaft Aufträge auf dem Gebiet der Weltraumtechnik in der Höhe des österreichischen Finanzierungsbeitrags zu den **ESA**-Programmen. Diese **ESA**-Programmbeteiligungen sind ein guter Ausgangspunkt für anwendungsorientierte industrielle Serienproduktionen.

Die Auslandskulturpolitik im Rahmen der Europäischen Union

So ist Österreich über ESA am Bau des Europäischen Navigations- und Ortungssystems **GALILEO** und am künftigen europäischen satellitengestützten Globalen Umwelt- und Sicherheitssystem (**GMES**) beteiligt.

VII. Die Auslandskulturpolitik im Rahmen der Europäischen Union

Die kulturelle Zusammenarbeit im Rahmen der EU ist in **Art 151 EGV** verankert. Darin wird festgelegt, dass die Gemeinschaft einen Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt bei gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes leistet. Unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips ergänzt die Kulturpolitik der Gemeinschaft die nationalen Politiken der Mitgliedstaaten. Sie ist dort von Bedeutung, wo sie grenzübergreifende Zusammenarbeit, Austausch und Netzwerkbildung unterstützen kann und einen europäischen Mehrwert bietet. Die Zuständigkeit für Kultur ist jedoch die nationale Angelegenheit der Mitgliedstaaten, die Gemeinschaft verfügt über keine Legislativbefugnisse.

Das Rahmenprogramm „Kultur 2000“ als einheitliches Finanzierungs- und Planungsinstrument zur Umsetzung von Art 151 EGV im Zeitraum 2000-2006 wurde am 1. Jänner vom Programm „**Kultur 2007**“ mit einem Budget von 400 Millionen Euro für den Zeitraum 2007-2013 abgelöst. Schwerpunkte des Programms sind die Öffnung für alle kulturellen Sparten, die Unterstützung der Mobilität von Kunstschaffenden, die Förderung des interkulturellen Dialogs und die Einbeziehung der westlichen Balkanländer. Mit Hilfe dieses Programmes wurden bereits sieben österreichische Projekte mit einem Gesamtzuschuss von rund 1,3 Millionen Euro gefördert. 13 österreichische Institutionen wirkten an Kulturprojekten anderer am Programm teilnehmender Länder mit. Darüber hinaus erhielten drei österreichische Kultureinrichtungen Strukturförderungen in der Höhe von insgesamt 240.000 Euro.

Das neue Programm „**Europa für Bürgerinnen und Bürger**“ förderte 18 österreichische Projekte. Das 2007 begonnene siebenjährige Programm mit einer Dotierung von 215 Millionen Euro zielt auf die verstärkte Einbindung von BürgerInnen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in den europäischen Integrationsprozess ab. Im Bereich der „Städtepartnerschaften“ wurden 13 Projekte gefördert. Zusätzlich erhielten 24 österreichische Gemeinden Reisekostenzuschüsse für Begegnungen im Rahmen von Städtepartnerschaften. Weiters wurden drei Projekte im Bereich „Zivilgesellschaft,“ und zwei Projekte im Bereich „Aktives Erinnern“ im Gedenken an die Opfer des Holocaust unterstützt. Insgesamt flossen Zuschüsse in der Höhe von rund 269.000 Euro nach Österreich.

Auslandskulturpolitik

Am 16. November wurde vom Rat für Bildung, Jugend und Kultur die EntschlieÙung über eine **Europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung** angenommen. Die Agenda wird als wichtiger Beitrag zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit im Kultursektor und zur Verbesserung der Kohärenz und Außenwirkung von EU-MaÙnahmen in diesem Bereich betrachtet. Zugleich soll die verbindende Rolle der Kultur im Sinne einer europäischen Identität gestärkt und Kultur als Querschnittsthema mit Relevanz auch für andere Politikbereiche begriffen werden. Ein wesentlicher Aspekt der Agenda ist die internationale Dimension, im Rahmen derer Kultur als wesentlicher Bestandteil der internationalen Beziehungen der Union gefördert werden soll. Weitere strategische Ziele der Agenda sind die Förderung der kulturellen Vielfalt und des interkulturellen Dialogs sowie die Förderung der Kultur als Katalysator für Kreativität im Rahmen der Lissabon-Strategie für Wachstum, Beschäftigung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit.

Unter portugiesischer EU-Ratspräsidentschaft wurden **Turku** und **Tallinn** zu **Kulturhauptstädten für das Jahr 2011** ernannt. Im Rahmen des Programms „Kulturhauptstadt Europas“ (2007-2013) sollen der Wettbewerb und die europäische Dimension gestärkt werden, um das vielfältige kulturelle Erbe herauszustreichen.

Österreich führt seit Anfang April für ein Jahr den Vorsitz im Netzwerk der Nationalen Kulturinstitute der EU (**EUNIC**). EUNIC wurde 2006 gegründet und vereinigt nationale Kulturinstitute der EU-Mitgliedstaaten durch dauerhafte Partnerschaften und Netzwerke zur Förderung der kulturellen Vielfalt und für mehr Verständnis innerhalb der Gesellschaften Europas. Darüber hinaus sollen der internationale Dialog und die kulturelle Zusammenarbeit mit Ländern außerhalb Europas gefördert werden.

VIII. Interkultureller und interreligiöser Dialog

1. Der österreichische Beitrag zur Stärkung des Dialogs

Die innereuropäischen und globalen Entwicklungen der letzten Jahre unterstrichen die Notwendigkeit eines von Österreich schon vor zwei Jahrzehnten begonnenen Dialogs zwischen den großen Weltreligionen. Zugleich wurde deutlich, dass die Dialog-Strategie über die Förderung des interreligiösen Dialogs weit hinaus geht und Themen im Spannungsfeld von Migration und Integration ebenso umfassen muss wie den Aspekt des globalen gesellschaftlichen Dialogs sowie Konfliktprävention und -lösung.

Für Österreich sind Fragen der Entwicklung des Islams im Rahmen der europäischen Werte und des europäischen Lebensmodells sowie der umfassende Dialog mit den islamischen Glaubensgemeinschaften und der muslimischen Vertretungsorganisationen in Europa zentrale Elemente. Österreich legt in seinen Dialog-Ansätzen weiters großes Augenmerk auf

Interkultureller und interreligiöser Dialog

die Rolle und die Stärkung von Frauen sowie die Einbeziehung Jugendlicher.

An dem von Bundesministerin Ursula Plassnik eröffneten und vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten unterstützten Symposium „**Islam in Europa**“ an der Diplomatischen Akademie in Wien am 22. und 23. März nahmen auf politischer und religiöser Ebene der Außenminister Bosniens und Herzegowinas Sven Alkalaj, der Mufti von Sarajevo Mustafa Cerić sowie der Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich Anas Shakhfeh teil. Die zweitägige Fachtagung unter Teilnahme renommierter internationaler WissenschaftlerInnen bot einen breiten Überblick über die Vielfalt sowie die Entwicklungen und Herausforderungen des Islams in Europa.

Die Konferenz „**Frauen in führenden Positionen – Vernetzung für Frieden und Sicherheit im Nahen Osten**“ in Wien am 30. und 31. Mai gehörte zu einer Reihe von Initiativen von Bundesministerin Ursula Plassnik zur Stärkung von Frauennetzwerken, zur Förderung der Partizipation von Frauen im öffentlichen Leben sowie zur Einbindung von Frauen in Entscheidungs- und Friedensprozesse. Diese internationale Konferenz brachte Frauen in führenden Positionen aus dem Nahen Osten und anderen Konflikt- und Postkonfliktregionen der Welt zu einem offenen Meinungsaustausch über Möglichkeiten zu Konfliktlösung und Friedensaufbau zusammen. Zu den hochrangigen Teilnehmerinnen gehörten die amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice, die israelische Außenministerin Tzipi Livni sowie das Mitglied des Palästinensischen Legislativrats Hanan Ashrawi. Weiters nahmen Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik Benita Ferrero-Waldner sowie zahlreiche arabische Teilnehmerinnen im Ministerrang an einem Runden Tisch unter der Leitung von Bundesministerin Ursula Plassnik teil.

Im Rahmen der Konferenz fand ein Treffen von Ministerinnen des „**Women's Empowerment Network**“ statt. Die daraus resultierenden Empfehlungen fordern eine stärkere Vertretung von Frauen in Konfliktlösungsprozessen. Bezüglich der Forderung nach einer verbesserten Umsetzung von Resolution 1325 (2000) des VN-SR durch eine stärkere Einbindung von Frauen in friedenserhaltende Missionen zeigte die Ernennung von Ellen Margrethe Løj als Leiterin von UNMIL einen ersten Erfolg.

Bundesministerin Ursula Plassnik eröffnete eine vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten unterstützte Konferenz unter dem Titel „**Muslimische Jugendliche und Frauen im Westen – Grund für Besorgnis oder Quelle der Hoffnung?**“. Diese in Salzburg vom 15.-17. Mai abgehaltene Veranstaltung führte renommierte Wissenschaftlerinnen aus Europa und den USA zur Erörterung von Fragen bezüglich der Integration von MuslimInnen und den damit verbundenen Herausforderungen sowohl für sich selbst als auch für die Mehrheitsgesellschaften in Eu-

Auslandskulturpolitik

ropa und in den USA zusammen. Der Bericht des Symposiums diene als Grundlage für weitere Aktivitäten und wurde am 20. November von Bundesministerin Ursula Plassnik gemeinsam mit dem Leiter des „Center for Dialogues“ der New York University Prof. Mustafa Tlili, der Direktorin der Islamischen Fachschule für soziale Bildung Zeynep Elibol sowie dem Vertreter der muslimischen Jugend Österreichs Alexander Osman präsentiert.

Zum sechsten Mal fand der in Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung veranstaltete Trilogue-Salzburg statt. Die Veranstaltung am 12. und 13. August stand unter dem Titel **„Gelingen und Grenzen Interreligiöser Verständigung“**. Vertreter der monotheistischen Religionen sowie des Buddhismus und des Hinduismus suchten im Austausch mit VertreterInnen aus Wirtschaft, Politik und Kultur nach wegweisenden, zukunftsfähigen Lösungsansätzen.

Auf Einladung von Bundesministerin Ursula Plassnik wurden im Rahmen des Symposiums **„Unsere europäische Zukunft mitgestalten – Netzwerke serbischer und kosovarischer Frauen“** in Wien am 5. und 6. November Möglichkeiten der Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Medien und Bildung diskutiert. Die Initiative sollte die laufenden internationalen Kosovo-Statusverhandlungen auf Ebene der serbischen und kosovarischen Zivilgesellschaft unterstützen. Führende Politikerinnen der Region befassten sich mit Empfehlungen und mit den Herausforderungen für die Region auf dem Weg nach Europa.

2. Anna-Lindh-Stiftung

Die in Alexandria (Ägypten) angesiedelte und mit der Umsetzung der sozialen, kulturellen und zwischenmenschlichen Komponente der Euro-Mediterranen Partnerschaft betraute Anna-Lindh-Stiftung betreut ein „Netzwerk der Netzwerke“ unter den 27 EU-Mitgliedstaaten. Die Aktivitäten sind aufgrund der geringen Basisfinanzierung vieler nationaler Netzwerke eingeschränkt. In Österreich konnte dieses Problem mit der Übernahme der Koordination durch das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten vermieden werden. Das österreichische Netzwerk umfasst 23 NRO, welche gemeinsam die Schwerpunkte der Stiftung umsetzen: Bildung und Erziehung; Kunst und Kultur; Wissenschaft; Menschenrechte; nachhaltige Entwicklung; Gleichstellung von Frau und Mann sowie Förderung der Jugend.

3. Interreligiöser Dialog des ASEM

Die Folgekonferenz des zweiten Treffens des interreligiösen Dialogs des ASEM fand im Juni in Nanking (China) statt. Österreich unterstützt diese unter Beteiligung aller Weltreligionen jährlich einmal alternierend in Asien und in Europa stattfindende Diskussionsplattform sowohl finanziell als

Interkultureller und interreligiöser Dialog

auch personell. Durch die in diesen Konferenzen angenommenen Entschlüsse soll einer breiten Öffentlichkeit in Ost- und Südostasien sowie in Europa die Zusammenarbeit aller Religionen im Streben nach Frieden deutlich gemacht werden.

L. Medien und Information

I. Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten

1. Allgemeines

Einer der Schwerpunkte der Öffentlichkeitsarbeit war die Information der BürgerInnen über die EU, ein weiterer der kontinuierliche Ausbau des Bürgerservices, insbesondere des Schutzes von im Ausland in Not geratenen ÖsterreicherInnen, und der direkten Kontaktmöglichkeiten mit dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten. So boten etwa die Tage der offenen Tür am 50. Jahrestag der Römischen Verträge und am Nationalfeiertag tausenden interessierten BesucherInnen die Möglichkeit, sich ein eigenes Bild über Europa und die Arbeit des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten zu machen. Hier wie auch im Rahmen der seit dem Herbst regelmäßig stattfindenden Besuche von Schulklassen im Ministerium bot sich auch die Möglichkeit zum persönlichen Austausch mit Bundesministerin Ursula Plassnik und Staatssekretär Hans Winkler.

2. Internetauftritt

Der stete Ausbau der Inhalte der Webseiten des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten fand seinen Niederschlag in der Zahl der monatlichen Besuche. Durchschnittlich waren es rund 170.000 BesucherInnen, die das Angebot auf www.bmeia.gv.at ansteuerten, in den Monaten März und Oktober sogar 197.000. Viele BesucherInnen wandten sich mittels Kontaktformular mit Anfragen an die MitarbeiterInnen des Ministeriums. Die Zahl der österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland, welche mit dem einheitlichen Design und Redaktionssystem des Internetauftritts des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten ausgestattet wurden, konnte um 18 auf insgesamt 57 gesteigert werden. Die mit Jahresbeginn 2008 in Aussicht genommene Umstellung auf ein neues Redaktionssystem für den Besuch der Webseiten auch für BürgerInnen mit Beeinträchtigungen wurde vorbereitet.

3. Publikationen

Eine Reihe von Publikationen wurde zur Information der BürgerInnen über den Vertrag von Lissabon und die Europäische Union gestaltet. Im Zuge der Kandidatur Österreichs für einen nichtständigen Sitz im VN-SR wurde die Broschüre „Österreich und die Vereinten Nationen“ in den Sprachen Arabisch, Chinesisch, Englisch, Deutsch, Französisch, Russisch und Spanisch aufgelegt. Anlässlich der Nahost-Frauenkonferenz erschien der Tagungs-

Europa-Information

band „Women Leaders – Networking for Peace and Security in the Middle East“. Eine weitere Publikation befasste sich mit dem Erfinder der Schiffschraube: „Josef Ressel – A Common Central European“. Die „Tipps für Auslandsreisende“ wurden überarbeitet und neu aufgelegt. Neben der Herausgabe eigener Druckwerke wurden auch gezielt Druckkostenbeiträge für einzelne Publikationen geleistet.

4. Pressekonferenzen und Veranstaltungen

Einen nicht unwesentlichen Teil der Öffentlichkeitsarbeit stellt die Betreuung von MedienvertreterInnen bei den zahlreichen Pressekonferenzen und Veranstaltungen dar. Internationale Beachtung fanden die Nahost-Frauenkonferenz im Mai und die Kosovo-Frauenkonferenz im November. Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten übernahm die Medienbetreuung der Kosovo-Troika, deren Verhandlungen und Pressekonferenzen auf großes Interesse stießen. Internationale mediale Aufmerksamkeit wurde auch der vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten organisierten internationalen Konferenz zur Ächtung der Streubomben zuteil. In Vorbereitung auf die UEFA EURO 2008 lancierten die schweizerischen und österreichischen Außen- und Innenministerien gemeinsame Visainformationen auf deren jeweiligen Webseiten.

5. Presserätetagung

Für die alljährliche Tagung der PresserätInnen an den Vertretungsbehörden im Ausland wurden Gespräche mit der Leitung der ORF-Außenpolitikredaktion und des Bundespressediensts organisiert. Auch praktische Fragen der täglichen Pressearbeit wurden erörtert und das neue Webseiten-Redaktionssystem vorgestellt.

II. Europa-Information

Die umfassende Information über die EU und den Vertrag von Lissabon ist eines der wichtigsten Anliegen des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten. Anlässlich der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge am 25. März konnten sich die rund 6.000 BesucherInnen anhand einer Ausstellung über die Geschichte der EU sowie interaktiver Quiz- und Spielstationen zum Thema informieren. Auch am ebenso gut besuchten Tag der Offenen Tür am Nationalfeiertag nahm die Europa-Information einen gewichtigen Platz ein. So konnten sich die BesucherInnen bereits fünf Tage nach dem Beschluss der EU-AußenministerInnen anhand einer eigens hergestellten Broschüre und Zei-

Medien und Information

tung über die Inhalte des Vertrags von Lissabon ein Bild machen. Eine erweiterte Auflage der Broschüre wurde einer Tageszeitung beigelegt.

Seitens der Bundesregierung wurde die Broschüre und die gleichlautende Webseite „Zukunft Europa“ lanciert. Sie und die Webseite des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten bieten detaillierte und umfassende Informationen zum Vertrag von Lissabon. Auch der konsolidierte Text des Vertrags und dazugehörige Erläuterungen sind zugänglich. Weiters können sich die BürgerInnen über den konkreten Nutzen der Union für Österreich informieren.

Im Hinblick auf die Europawahlen 2009 wurde für die Zielgruppe der ErstwählerInnen eine Ausstellung für Schulen mit dem Titel „EU for You“ vorbereitet.

M. Der österreichische auswärtige Dienst

I. Einleitung

Das Jahr 2007 war aus administrativer Sicht ein Jahr des Übergangs: Ausgehend von der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 waren die Personalressourcen des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (**BMeiA**) im Hinblick auf die österreichische Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im VN-SR für den Zeitraum 2009-2010 auszurichten. Dazu kam die laufende Anpassung der Strukturen an die immer größer werdenden Anforderungen im Konsularbereich. Aus infrastruktureller Sicht sind die Errichtung einer Österreichischen Botschaft in Astana (Kasachstan), die Eröffnung der neuen Konsularabteilung in Moskau und der Beginn der IT-Neuausstattung sämtlicher Vertretungsbehörden hervorzuheben.

II. Arbeiten im Außenministerium

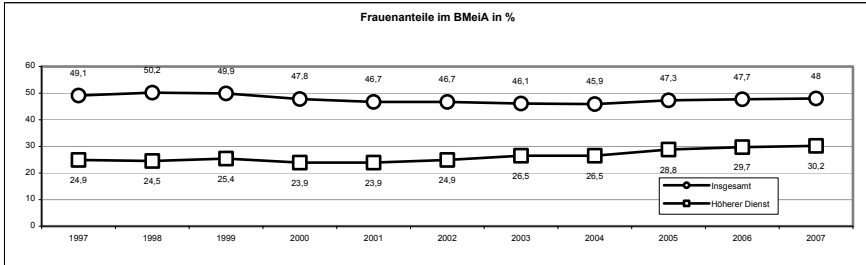
Personalstand des BMeiA 2007 nach Verwendung/Geschlechtern

Verwendung	Männer		Frauen		ins- ges.	Frauen- anteil in %
	Inland	Ausland	Inland	Ausland		
A1/v1, A/a (höherer Dienst)	130	154	47	76	407	30,2
A2/v2, B/b (gehobener Dienst)	57	89	42	55	243	39,9
A3/v3, C/c (Fachdienst)	57	79	115	176	427	68,2
A4/A5/v4, D/d, P2/P3/p2/p3, h2/h3 (qualifizierter mittlerer bzw. mittlerer Dienst)	22	31	32	58	143	62,9
A7/v5, E/e, p4/p5, h4/h5 (Hilfsdienst)	22	10	5	1	38	15,8
ADV	13	-	6	-	19	31,6
Sondervertrag	-	-	1	-	1	100,0
Gesamt	664		614		1.278	48,0

Der **Frauenanteil** für die gesamten Verwendungen von 48% überschritt den im Bundes-Gleichbehandlungsgesetz (BGBl Nr 100/1993 idgF) als Förderungsgebot angeführten Frauenanteil von 40% bei weitem. Im höheren

Der österreichische auswärtige Dienst

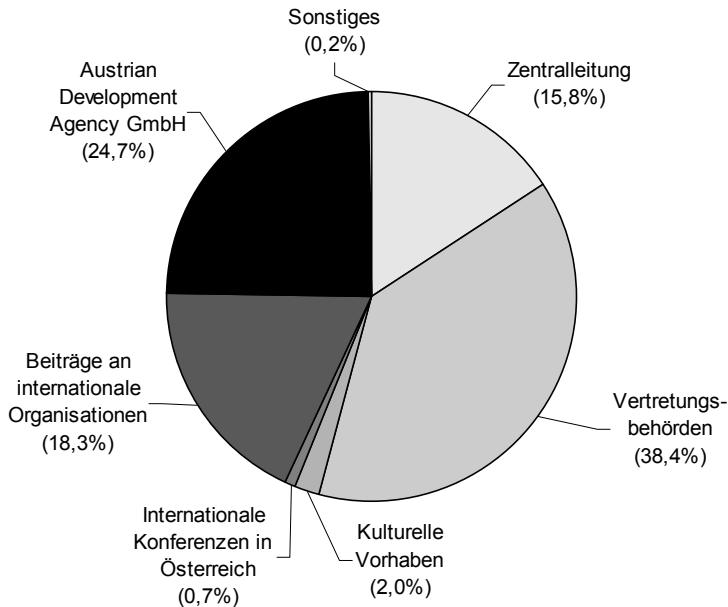
Dienst, jenem Bereich mit dem diesbezüglich größten Nachholbedarf, stieg der Frauenanteil in den letzten Jahren kontinuierlich: seit 2002 um mehr als 20%.



Im Jahr 2007 wurden nach Ablegung des gesetzlichen Auswahlverfahrens (**Examen Préalable**) vor einer unabhängigen Auswahlkommission insgesamt 55 Personen (28 Frauen und 27 Männer) aufgenommen. Nach Absolvierung der Grundausbildung und Einführung in die konsularischen Agen- den, die erstmals in intensivierter Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Inneres und dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten stattfand, wurde mit der personellen Verstärkung der so genannten Visa-Hot-Spots begonnen. Dieser Prozess wird im Jahr 2008 seine Fortsetzung finden. Die entsandten Bediensteten an den österreichischen Vertretungen werden im Ausland von rund 610 lokalen Bediensteten unterstützt. Weiters erhielten 39 Verwaltungspraktikan- tinnen der Verwendungsrufen v1 und v2 (26 Frauen, 13 Männer) Einblick in die vielfältigen Arbeitsbereiche des Bundesministeriums für euro- päische und internationale Angelegenheiten.

Das durchschnittliche **Pensionseintrittsalter der BeamtInnen** des Bundes- ministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten lag in den letzten Jahren mit Ausnahme des Jahres 1998 immer über der 60-Jahr- Grenze und befand sich somit über dem Bundesdurchschnitt (2007: 60,04 Jahre).

1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
62,1	59,9	62,5	61,6	61,5	61,5	60,5	61,4	64	63,8	63

*Das Budget des Außenministeriums auf einen Blick***III. Das Budget des Außenministeriums auf einen Blick**

Aus den aus dem Bundesvoranschlag 2007 bereitgestellten Mitteln verblieb dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten ein operatives Budget von 215,342 Millionen Euro. Österreichs gesetzliche Pflichtbeiträge zum Budget der VN und deren friedenserhaltenden Operationen betragen 40,225 Millionen Euro.

*Der österreichische auswärtige Dienst***Budget im Zeitraum 1997-2007**

Jahr*	Budget des BMeiA (in 1.000 Euro)	Beiträge an internationale Organisationen, internationale Konferenzen, EZA, Ost-Förderprogramme (in 1.000 Euro)	Operatives Budget des BMeiA (in 1.000 Euro)	Anteil des operat. BMeiA-Budgets am Bundesbudget in %
1997	292,837	113,747	179,090	0,26
1998	314,673	133,327	181,346	0,25
1999	297,232	113,901	183,331	0,33
2000	305,662	127,165	178,497	0,31
2001	303,409	122,652	180,757	0,31
2002	299,775	121,938	177,837	0,31
2003	307,000	112,298	194,702	0,32
2004	340,928	144,892	196,036	0,31
2005	380,000	175,799	204,201	0,32
2006	388,000	183,282	204,718	0,31
2007	388,109	172,767	215,342	0,31

IV. Weltweite Infrastruktur**1. Immobilieninfrastruktur**

Die Gruppe Facility Management des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten stellt die notwendige Immobilieninfrastruktur und Ausstattung zur Erfüllung der außenpolitischen Kernleistungen des Ministeriums zur Verfügung. Vom Minoritenplatz 8 aus werden rund 340 Objekte in 80 Ländern gemanagt, die als Botschaften, Konsulate, Kulturforen, Vertretungen bei zwischenstaatlichen Organisationen und für Wohnzwecke genutzt werden. Der Bedarf an Immobilien ergibt sich aus den außenpolitischen und konsularischen Notwendigkeiten. Die Auswahl der

* Der Anteil des operativen Budgets des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten in Prozent des Bundeshaushalts wurde von 1997-1998 ursprünglich auf der Basis des Gesamtbudgets angegeben. Ab 1999 wurde nur mehr der allgemeine Haushalt ohne Berücksichtigung des Ausgleichshaushalts herangezogen. Die Prozentanteile 1997-1998 wurden daher entsprechend angepasst.

Weltweite Infrastruktur

Objekte erfolgt nach den Kriterien der Funktionalität, der Sicherheit und der Wirtschaftlichkeit. Durch die Zusammenarbeit mit EU-Partnern können zunehmend Synergie-Effekte erzielt werden. Ein Team von SpezialistInnen betreut und evaluiert die Liegenschaften, plant An- und Verkäufe, Umbauten, Renovierungen und Nutzungsoptimierungen.

2. Informationstechnologie

Zu den wichtigsten IKT-Projekten des Jahres zählten das „Elektronische Informationsmanagementsystem des Außenministeriums“, die „Internet-Protokoll-Telefonie“ und die „Elektronische Basisinformation Außenpolitik“.

Mit dem Elektronischen Informationsmanagementsystem des Außenministeriums (**ELISA**) wurde die schrittweise Erneuerung der IKT-Infrastruktur an den Vertretungen durch den Austausch der Hardware, die Einführung der neuesten Software und die Einrichtung eines Informationsmanagementsystems (IMS) begonnen. IMS unterstützt die durchgehende elektronische Bearbeitung der Geschäftsfälle von deren Erfassung, Kategorisierung und Bearbeitung bis zur Ablage bzw. Archivierung. IMS wird den an den Vertretungen im Ausland noch vorherrschenden Papierakt ablösen und zur Optimierung der Verwaltungsabläufe beitragen.

Die Internet-Protokoll-Telefonie (**VoIP**) ermöglicht über ministeriumseigene WAN-Datenleitungen bzw. über Satellit (VSAT) den Anschluss der Vertretungen an das Telefonsystem der Zentrale. Dadurch können die Gespräche zwischen der Zentrale und den Vertretungen weltweit kostenfrei geführt werden. Dieses bereits prämierte Projekt ermöglicht ein großes Einsparungspotenzial durch die damit verbundene administrative Vereinfachung und durch den Wegfall von Telefoniekosten. Zu Jahresende war bereits die Hälfte der Vertretungen damit ausgestattet.

Mit der Einführung der Elektronischen Basisinformation Außenpolitik (**ELBA**) im April fiel der Startschuss für einen neuen Ansatz im Informationsmanagement des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten: die Öffnung des Zugangs zu für die Ressortspitze erstellte Informationen für einen erweiterten Kreis von berechtigten MitarbeiterInnen unabhängig von ihrer innerorganisatorischen Zugehörigkeit. Das Informationssystem ermöglicht den Berechtigten den jederzeitigen weltweiten Abruf von laufend aktualisierten Informationen und vereinfacht die Zusammenarbeit der an der Informationserstellung im In- und Ausland Beteiligten.

3. Informationsvermittlung – Wissensmanagement

Der Umfang der Außenpolitischen Bibliothek einschließlich der Bestände des ehemaligen Österreichischen Instituts für Ost- und Südosteuropa (OSI-

Der österreichische auswärtige Dienst

Bibliothek), umfasst rund 80.000 Bände. Die Zahl der externen BenutzerInnen der von Montag bis Freitag von 9-17 Uhr öffentlich zugänglichen Bibliothek sowie der Buchanforderungen über den internationalen Leihverkehr verdreifachte sich nicht zuletzt aufgrund des breiteren Literaturangebots. Im Frühjahr bzw. im Herbst wurden die Bibliotheken der Kulturforen London, New York und Agram dem Verbundkatalog der wissenschaftlichen Bibliotheken des deutschsprachigen Raums ALEPH angegliedert. Somit können nunmehr neben den Beständen der Bibliotheken in der Zentrale auch jene der Kulturforen Agram, Budapest, London, New York, Paris und Prag von der ganzen Welt aus über Internet recherchiert werden.

V. Vertretungsbehörden – Honorarkonsulate

Dienststellen des BMeiA	
Bilaterale Botschaften	80
Ständige Vertretungen bei Internationalen Organisationen	5
Generalkonsulate	14
Selbständige Kulturforen (von insgesamt 30 Kulturforen)	6
Sonstige Vertretungsbehörden	2
Gesamt	107

Nach der Eröffnung einer Botschaft in Astana (Kasachstan) ist Österreich erstmals auch im zentralasiatischen Raum mit einer Berufsvertretungsbehörde vertreten. Dennoch verfügt Österreich im Verhältnis zu vergleichbaren EU-Mitgliedstaaten nur über ein kleines Netz an Berufsvertretungen. Neben den unmittelbar dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten unterstehenden Dienststellen im Ausland kann Österreich in seiner internationalen Präsenz auch auf die ADA, das Unternehmen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit mit 17 Koordinationsbüros im Ausland, zurückgreifen. Dazu kommen die Österreich-Institute, welche seit 1997 an acht Orten außerhalb Österreichs Deutschkurse durchführen, sowie anderweitige Vertretungen wie die OECD-Vertretung in Paris, welche nicht dem Ressortbereich des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten angehören. Insgesamt ist Österreich dadurch in 89 Ländern der Welt mit entsandtem Personal präsent.

Die Arbeit der Bediensteten der österreichischen Berufsvertretungsbehörden wird weltweit durch 278 Honorarkonsulate unterstützt und ergänzt. HonorarkonsulInnen, Persönlichkeiten mit starkem Österreichbezug, sind ehrenamtlich für Österreich tätig und stellen aus eigenen Mitteln die erforderliche Infrastruktur für den Konsularbetrieb zur Verfügung. Durch ihren engagierten Einsatz verbreitern sie die konsularische Präsenz und tragen

Vertretungsbehörden – Honorarkonsulate

zur Förderung der wirtschaftlichen sowie der kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und dem jeweiligen Gaststaat bei.

Der österreichische auswärtige Dienst

VI. Organisationsplan des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten

STAATSSSEKRETÄR
Dr. Hans WINKLER
Kabinett:
 Mag. Gregor KÖSSLER

BUNDESMINISTERIN
Dr. Ursula PLASSNIK
Kabinett:
 Dr. Nikolaus MARSCHIK
Stabstelle 1:
 ...

<p>I. Zentrale Angelegenheiten Dr. Johannes KYRLE Stellvertreter: ...</p>	<p>II. Politische Sektion Dr. Thomas MAYR-HARTING Stellvertreter: Dr. Ralph SCHEIDE Sonderbeauftragter für Afrika: Dr. Georg LENNKH</p>	<p>III. Wirtschafts- u. Integrationspolitische Sektion Dr. Rudolf LENNKH Stellvertreter: ...</p>	<p>IV. Rechts- u. Konsularsektion Dr. Elisabeth TICHY- FISSLBERGER Stellvertreter: ...</p>
<p>I.1 Protokoll Mag. Melitta SCHUBERT I.1a Mag. Elisabeth SEVELDA-GREDLER I.1b Mag. Alexander EHRlich- ADAM I.1c Werner AMMINGER</p>	<p>II.1 Sicherheitspolitische Angelegenheiten, GASP, Grundsatzfragen Dr. Thomas HAJNOCZI II.1a Dr. Andreas RIECKEN II.1b Mag. Karl PRUMMER</p>	<p>III.1 EU-Grundsatzfragen Dr. Michael SCHWARZINGER III.1a Mag. Peter KROIS III.1b Mag. Gerhard EISL</p>	<p>IV.1 Rechtsschutz, Rechts- und Amtshilfe, allg. Rechtssang. ... IV.1a ...</p>
<p>Gruppe I.A Völkerrechtsbüro (Abt. I.2, I.4, I.7) Dr. Ferdinand TRAUTTMANSDORFF</p>	<p>II.2 Südtirol und Südeuropa Mag. Dr. Clemens KOJA</p>	<p>III.2 Europäischer Rat u. Rat allgemeine Angelegenheiten; ASTV II Dr. Elisabeth KEHRER III.2a Mag. Gerhard SALLER</p>	<p>IV.2 Reise- und Grenzverkehr; Asyl, Aufenthalts- u. Wanderungs-Wesen, Belange der Passstelle Mag. Andrea IKIC-BOHM IV.2a Michael HEINZ IV.2b ... Peter GRIEHSMAIER</p>
<p>I.2 Allgemeines Völkerrecht Dr. Helmut TICHY I.2a Martin KLEIN I.2b Dr. Thomas BAIER I.2c Dr. Thomas LOIDL</p>	<p>II.3 Ost- u. Südosteuropa, Südkaukasien, Zentralasien, Zentral-europäische Initiative (CEI) Dr. Franz J. KUGLITSCH II.3a Dr. Josef LITSCHAUER II.3b Mag. Thomas SCHNÖLL</p>	<p>III.3 Bi- u. multilaterale Außenwirtschaftsbeziehungen; gemeinsame Handelspolitik/Exportförderung; Investitionsschutz; int. Finanzinstitutionen ... III.3a Mag. Karin FICHTINGER-GROHE III.3b Dr. Marcus BERGMANN</p>	<p>IV.3 Auslandsösterreicher, Schutz-machtang., Vermögensang., Sozial- und gesundheitspolitische Ang., Staatsbürger-schaftsangelegenheiten Dr. Thomas BUCHSBAUM</p>
<p>I.3 Presse und Information Mag. Peter LAUNSKY I.3a MMag. Thomas SCHLESINGER I.3b Franz HUTEGGER</p>	<p>II.4 Naher und Mittlerer Osten, Afrika Dr. Ralph SCHEIDE II.4a ...</p>	<p>III.4 EU-Erweiterung, Außenwirtschaftsbeziehungen zu den europ. Drittstaaten u. zu Zentralasien Dr. Johannes EIGNER III.4a Dr. Johann SPITZER III.4b Dr. Elisabeth KORNFELD</p>	<p>IV.5 Bürgerservice Mag. Axel WECH IV.5a Mag. Christian HASENBICHLER Legalisierungsbüro Alois CSENCSITS</p>
<p>I.4 Europarecht Dr. Andreas KUMIN I.4a Dr. Ulla KRAUSS-NUSSBAUMER</p>	<p>II.5 Internationale Organisationen Dr. Helmut BÖCK II.5a Mag. Dr. Thomas MÜHLMANN</p>	<p>III.5 Koordination betr. ASTV I, Binnenmarkt, Gemeinschafts-politiken, Standards, Beschäftigungs- und Sozialfragen Dr. Karl MÜLLER III.5a ... III.5c Dr. Johann BRIEGER</p>	<p>IV.7 Integrationspolitische und Internationale Zusammenarbeit Inneres und Justiz Dr. Johann FRÖHLICH IV.7a Dr. Bettina KIRNBAUER IV.7b Dr. Walter ROCHEL</p>
<p>I.5 Organisation Internationaler Konferenzen und Ang. internat. Organisationen in Österreich Dr. Ernst-Peter BREZOVOSZKY</p>	<p>II.6 Mittel-, West- u. Nordeuropa Dr. Herbert KRAUSS II.6a Mag. MARTIN PAMMER</p>	<p>III.6 Verkehr und Energie, Umweltschutz, EURATOM Dr. Christian KREPELA III.6a Mag. Katharina WIESER III.6b ... III.6c Mag. Yvonne DESMEDT-TONCIC-SORINJ</p>	
<p>I.7 Menschenrechte, humanitäres Völkerrecht, Volksgruppenang. Mag. Engelbert THEUERMANN I.7a Dr. Georg HEINDL I.7b Mag. Elisabeth RIEDERER</p>	<p>II.7 Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit; Europarat Dr. Margit WÄSTFELT II.7a Mag. Christophe CESKA II.7b Dr. Klaus FAMIRA-PARCSETICH II.7c Dr. Harald KOTSCHY</p>	<p>I.7 EU-Haushalts-, Finanz- und Währungsfragen Mag. Renate KOBLER III.7a Dr. Harald STRANZL</p>	
<p>I.9 Sicherheitsangelegenheiten Dr. Daniel KRUMHOLZ</p>	<p>II.8 Rüstungskontrolle und Abrüstung, Non-Proliferation, multilaterale Atomenergiefragen, IAE0 Dr. Alexander MARSCHIK II.8a Mag. Andreas LAUNER II.8b Dr. Alexander BENEDICT II.8c Mag. Margit BRUCK-FRIEDRICH</p>		
	<p>II.9 Amerika, Karibik, OAS ... II.9a Dr. Andreas MELAN</p>		
	<p>II.10 Asien, Australien, Neuseeland, Ozeanien, ASEM Dr. Bernhard ZIMBURG II.10a Dr. Stefan PEHRINGER II.10b Dr. Bruno BILEK</p>		

Organisationsplan

Generalsekretär
 Dr. Johannes KYRLE
Büro des Generalsekretärs
 Dr. Harald GÜNTHER
Stabstelle 2 – Zukunftsfonds:
 ...

Generalinspektorat:
 Mag. Wolf Dietrich HEIM

V. Kulturpolitische Sektion
Dr. Emil BRIX
 Stellvertreterin:
 Dr. Claudia ROCHEL-LAURICH

VI. Administrative Sektion
Mag. Martin FALB
 Stellvertreter:
 Dr. Michael ZIMMERMANN

VII. Entwicklungszusammenarbeit
Dr. Irene FREUDENSCHEID-REICHL
 Stellvertreter:
 Mag. Anton MAIR

V.1 Koordination, Planung, Finanzierung und Evaluierung der Auslandskultur; kulturelle Öffentlichkeitsarbeit
 Mag. Stephan VAVRIK
 V.1a Andreas PAWLITSCHKEK
 V.1b Franz BISCHL

V.2 Durchführung kultureller und wissenschaftlicher Veranstaltungen im Ausland
 Dr. Claudia ROCHEL-LAURICH
 V.2a Dr. Barbara LEE-STORCK
 V.2b Mag. Stella AVALLONE
 V.2c Dr. Waltraud DENNHARDT-HERZOG
 V.2d Christine DOLLINGER

V.3 Wissenschaftlich-technische sowie universitäre Zusammenarbeit
 Dr. Florian HAUG
 V.3a Mag. Sabine KROISSEN-BRUNNER
 V.3b Mag. Ernst AICHINGER

V.4 Multilaterale Angelegenheiten der Auslandskultur; UNESCO
 Dr. Frieda LUGGAUER-GÖLLNER
 V.4a Mag. Sabine STAFFELMAYR

VI.1 Personal- u. Organisationsmanagement; Akkreditierung; Notifizierung
 Dr. Thomas WUNDERBALDINGER
 Standesevidenz
 Gustav SCHÜTTE
 VI.1a Gerda JOHAM
 VI.1b Silvia NEUREITER
 VI.1c Dr. Sigurd PACHER
 VI.1d Dr. Barbara PFEIFFER
 VI.1e Dr. Susanne KEPPLER-SCHLESINGER

VI.2 Auslandszulagen, Auslandskostensätze Sozialversicherungsrecht. Ang.
 Mag. Michael BRÜNNER
 VI.2a Helga KUBICEK
 VI.2c Franz RAZ

VI.3 Budgetangelegenheiten, Controlling
 Mag. Christoph JACKWERTH
 VI.3a Erich HAUSMANN
 VI.3b Robert ZEICHMANN
 VI.3c Angelina MIGSICH
 VI.3d ...

Gruppe VIA – Immobilienmanagement Unterbringung u. Ausstattung (Abt. VI.4 u. VI.5)
 Dr. Michael ZIMMERMANN

VI.4 Unterbringung und Ausstattung, rechtliche Angelegenheiten, Kurierdienst, Hausverwaltung, B-Bediensteltenschutzgesetz
 DD. Dr. Artur APELTAUER
 VI.4a DI Klaus PRIBAHNSNIK
 VI.4c Alfred RIEGELMAIER

VI.5 Bauangelegenheiten; Immobiliencontrolling; Beschaffungswesen
 Ing. Kurt MELICHAR
 VI.5a
 VI.5d Helmut BILONHA

VI.7 Informationstechnologie (IT)
 Mag. Gerhard MILLETICH
 VI.7a Ing. Edgar SATTLER

VI.8 Informationsvermittlung, Dokumentation, Wissensmanagement
 Dr. Gottfried LOIBL

VII.1 Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit
 Dr. Maria ROTHEISER-SCOTTI
 VII.1a Mag. Stefan WEIDINGER

VII.2 Evaluierung, Entwicklungspolitik u. Strategie
 Mag. Anton MAIR
 VII.2a Mag. Klaus STEINER

VII.3 Humanitäre Hilfe, Nahrungsmittelhilfe, NRO-Kofinanzierung, Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland, wirtschaftsnahe Entwicklung
 Mag. Gerhard WEINBERGER

VII.4 Allgemeine Angelegenheiten der Entwicklungs- u. Ostzusammenarbeit, Koordination in Österreich und Information
 Dr. Josef MÜLLNER
 VII.4a Mag. Ursula HEINRICH

VII.5 Planungs- u. Programmangelegenheiten der Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit
 Dipl.Ing. Hannes HAUSER
 VII.5a Dr. Mag. Manfred SCHNITZER
 VII.5b Mag. Lydia SAADAT
 VII.5c ...

Stand: 31. Dezember

*Der österreichische auswärtige Dienst***VII. Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen)
und deren LeiterInnen**

ÄGYPTEN Sudan, Eritrea	ÖB Kairo*	Dr. Thomas NADER
ALBANIEN	ÖB Tirana	Mag. Klaus DERKOWITSCH
ALGERIEN	ÖB Algier	Mag. Sylvia MEIER-KAJBIC
ARGENTINIEN Paraguay, Uruguay	ÖB Buenos Aires	Mag. Dr. Gudrun GRAF
ÄTHIOPIEN Dschibuti, Somalia	ÖB Addis Abeba	Dr. Rudolf AGSTNER
AUSTRALIEN Fidschi, Kiribati, Marshall- Inseln, Mikronesien, Nauru, Neuseeland, Papua- Neuguinea, Salomonen, Samoa, Tonga, Tuvalu, Vanuatu	ÖB Canberra	Dr. Hanns PORIAS
BELGIEN	ÖB Brüssel*	Dr. Franz CEDE (bis 29. November)
BOSNIEN und HERZEGO- WINA	ÖB Sarajewo	Dr. Werner ALMHOFER
BRASILIEN Suriname	ÖB Brasilia GK Rio de Janeiro	Mag. Werner BRANDSTETTER Mag. Reinhold STEINBERGER
BULGARIEN	ÖB Sofia	Dr. Klaus FABJAN
CHILE	ÖB Santiago de Chile	Dr. Wolfgang ANGERHOLZER
CHINA Demokratische Volksrepu- blik Korea, Mongolei	ÖB Peking* GK Hongkong GK Shanghai	Dr. Martin SAJDIK Dr. Maria MOYA-GÖTSCH Walter KALTEIS
DÄNEMARK Island	ÖB Kopenhagen	Dr. Erich BUTTENHAUSER (bis 27. November)
DEUTSCHLAND	ÖB Berlin* GK Hamburg GK München	Dr. Christian PROSL Leopold KÖLLNER Dr. Senta WESSELY- STEINER
ESTLAND	ÖB Tallinn	Dr. Angelika SAUPE- BERCHTOLD
FINNLAND	ÖB Helsinki	Dr. Lorenz GRAF
FRANKREICH Monaco	ÖB Paris* GK Strassburg	Dr. Hubert HEISS Mag. Elisabeth ELLISON- KRAMER
GRIECHENLAND	ÖB Athen	Dr. Michael LINHART

Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren LeiterInnen

GROSSBRITANNIEN und NORDIRLAND Kanalsinseln und Isle of Man	ÖB London KF London	Dr. Gabriele MATZNER-HOLZER Dr. Johannes WIMMER
HEILIGER STUHL San Marino, Souveräner Malteser Ritterorden	ÖB Heiliger Stuhl	Dr. Martin BOLLDORF
INDIEN Bangladesch, Bhutan, Male- diven, Nepal, Sri Lanka	ÖB New Delhi*	Dr. Ferdinand MAULTASCHL
INDONESIEN Singapur, Timor-Leste	ÖB Jakarta	Dr. Klaus WÖLFER
IRAN	ÖB Teheran*	Dr. Michael POSTL
IRLAND	ÖB Dublin	Dr. Walter HAGG
ISRAEL	ÖB Tel Aviv*	Mag. Michael RENDI
ITALIEN	ÖB Rom KF Rom GK Mailand*	Dr. Christian BERLAKOVITS Mag. Astrid HARZ Dr. Eva-Maria ZIEGLER
JAPAN	ÖB Tokio*	Dr. Jutta STEFAN-BASTL
JORDANIEN	ÖB Amman	Mag. Franz HÖRLBERGER
KANADA Jamaika	ÖB Ottawa*	Dr. Otto DITZ
KASACHSTAN Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan	ÖB Astana	Mag. Ursula FAHRINGER (seit 28. Jänner 2008)
KENIA Burundi, Komoren, Demo- kratische Republik Kongo, Ruanda, Seychellen, Tansa- nia, Uganda	ÖB Nairobi	Mag. Roland HAUSER
KOLUMBIEN Ecuador, Panama	ÖB Bogotá	Dr. Hans-Peter GLANZER
KOREA	ÖB Seoul	Mag. Wilhelm DONKO
KROATIEN	ÖB Agram*	Dr. Helga KONRAD
KUBA	ÖB Havanna	Dr. Johannes SKRIWAN
KUWAIT Bahrain, Katar	ÖB Kuwait	Dr. Georg STILLFRIED
LETTLAND	ÖB Riga	Mag. Hermine POPPELLER
LIBANON	ÖB Beirut	Dr. Georg MAUTNER- MARKHOF (bis 29. November)
LIBYEN	ÖB Tripolis	Mag. Dorothea AUER
LITAUEN	ÖB Wilna	Mag. Andrea WICKE
LUXEMBURG	ÖB Luxemburg	Dr. Christine STIX-HACKL
MALAYSIA Brunei	ÖB Kuala Lum- pur	Dr. Donatus KÖCK
MALTA	ÖB Valletta	Dr. Caroline GUDENUS

Der österreichische auswärtige Dienst

MAROKKO Mauretanien	ÖB Rabat	Dr. Georg MAUTNER- MARKHOF
MAZEDONIEN	ÖB Skopje	Dr. Alois KRAUT
MEXIKO Belize, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua	ÖB Mexiko*	Dr. Werner DRUML
MONTENEGRO	ÖB Podgorica	Mag. Florian RAUNIG
NIEDERLANDE	ÖB Den Haag	Dr. Erwin KUBESCH
NIGERIA Äquatorialguinea, Gabun, Kamerun, Kongo, Tschad, São Tomé und Príncipe, Zentralafrikanische Repu- blik, Benin, Togo, Ghana	ÖB Abuja	Mag. Dr. Christian FELLNER
NORWEGEN	ÖB Oslo	Dr. Anton KOZUSNIK
OMAN Jemen	ÖB Maskat	Dr. Andreas KARABACZEK
PAKISTAN Afghanistan	ÖB Islamabad	Dr. Michael STIGELBAUER
PERU Bolivien	ÖB Lima	Dr. Georg WOUTSAS
PHILIPPINEN Palau	ÖB Manila	Dr. Herbert JÄGER
POLEN	ÖB Warschau KF Warschau GK Krakau*	Mag. Dr. Alfred LÄNGLE Dr. Walter-Maria STOJAN Mag. Hermine POPPELLER (bis 29. September)
PORTUGAL	ÖB Lissabon	Dr. Ewald JÄGER
RUMANIEN Moldau	ÖB Bukarest*	Dr. Martin EICHTINGER
RUSSLAND Belarus	ÖB Moskau*	Dr. Martin VUKOVICH
SAUDI-ARABIEN	ÖB Riyadh	Dr. Friedrich STIFT
SCHWEDEN	ÖB Stockholm	Dr. Stephan TOTH
SCHWEIZ	ÖB Bern* GK Zürich	Dr. Hans-Peter MANZ DDr. Petra SCHNEEBAUER
SENEGAL Gambia, Guinea, Guinea- Bissau, Mali, Kap Verde, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Liberia, Sierra Leone, Niger	ÖB Dakar	Dr. Gerhard DOUJAK
SERBIEN	ÖB Belgrad*	Dr. Gerhard JANDL
SIMBABWE Angola, Malawi, Mosambik, Sambia	ÖB Harare	Dr. Gerhard ZIEGLER
SLOWAKEI	ÖB Pressburg*	Dr. Helmut WESSELY

Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren LeiterInnen

SLOWENIEN	ÖB Laibach*	Dr. Valentin INZKO
SPANIEN	ÖB Madrid*	Dr. Ulrike TILLY
SÜDAFRIKA Botsuana, Lesotho, Madagaskar, Mauritius, Namibia, Swasiland	ÖB Pretoria GK Kapstadt	Dr. Helmut FREUDENSCHUSS Ingrid KÖHN-DURSY
SYRIEN	ÖB Damaskus	Dr. Karl SCHRAMEK
THAILAND Kambodscha, Laos, Myanmar	ÖB Bangkok	Mag. Arno RIEDEL
TSCHECHISCHE REPUBLIK	ÖB Prag*	Dr. Margot KLESTIL- LÖFFLER
TUNESIEN	ÖB Tunis	Dr. Helmuth EHRlich (bis 28. Dezember)
TÜRKEI	ÖB Ankara GK Istanbul KF Istanbul	Dr. Heidemaria GÜRER Josef SAIGER Mag. Christian BRUNMAYR
UKRAINE	ÖB Kiew*	Dr. Josef Markus WUKETICH
UNGARN	ÖB Budapest KF Budapest	Dr. Ferdinand MAYRHOFER- GRÜNBÜHEL Dr. Elke ATZLER
VENEZUELA Antigua und Barbuda, Barbados, Dominica, Dominikanische Republik, Grenada, Guyana, Haiti, St. Vincent und die Grena- dinen, St. Lucia, St. Kitts und Nevis, Trinidad und Tobago	ÖB Caracas	Mag. Marianne FELDMANN
VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE	ÖB Abu Dhabi	Dr. Gerald KRIECHBAUM
VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA Bahamas	ÖB Washington* GK Chicago GK Los Angeles GK New York KF New York	Dr. Eva NOWOTNY DDr. Robert ZISCHG Mag. Martin WEISS Dr. Brigitta BLAHA Mag. Andreas STADLER
VIETNAM	ÖB Hanoi	Mag. Dr. Johannes PETERLIK
ZYPERN	ÖB Nicosia	Dr. Eva HAGER
Armenien, Aserbaidshan, Georgien	ÖB für Südkaucasien (mit Sitz in Wien)	Dr. Marius CALLIGARIS
Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan	ÖB für Zentral- asien (mit Sitz in Wien)	Mag. Ursula FAHRINGER (bis 27.01.2008)
Liechtenstein	ÖB Liechtenstein (mit Sitz in Wien)	Mag. Dr. Herbert KRAUSS

* Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum

Der österreichische auswärtige Dienst

Ständige Vertretung bei den VN in New York	Dr. Gerhard PFANZELTER
Ständige Vertretung beim Büro der VN und den Spezialorganisationen in Genf	Dr. Wolfgang PETRITSCH
Ständige Vertretung bei den VN, IAEO, UNIDO und CTBTO in Wien	Dr. Thomas STELZER
Ständige Vertretung bei der EU in Brüssel	Dr. Hans-Dietmar SCHWEISGUT
Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg	Dr. Wendelin ETTMAYER
Ständige Vertretung bei der OSZE in Wien	Dr. Margit WÄSTFELT
Ständige Vertretung bei der UNESCO in Paris	Dr. Hubert HEISS
Ständige Vertretung bei der OPCW in Den Haag	Dr. Erwin KUBESCH
Ständige Vertretung bei der WEU (Beobachterstatus) in Brüssel	Dr. Andreas WIEDENHOFF
Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel	Dr. Franz CEDE (bis 29. November)
Ständige Vertretung bei der Donaukommission in Budapest	Dr. Ferdinand MAYRHOFER-GRÜNBÜHEL
Ständige Vertretung bei der OMT in Madrid	Dr. Ulrike TILLY
Ständige Vertretung bei UNEP und HABITAT in Nairobi	Mag. Roland HAUSER
ÖB Chisinau (Moldau)	Koordinationsbüro der OEZA
ÖB Singapur (Singapur)	Büro des Handelsrates (WKÖ)
GK Guangzhou (China)	Zweighbüro des Handelsrates (WKÖ)
GK Sao Paulo (Brasilien)	Büro des Handelsrates (WKÖ)
Ständige Vertretung bei der WTO in Genf	untersteht dem BMWA
Ständiger Vertreter bei der FAO in Rom	untersteht dem BMLFUW
Ständige Vertretung bei der OECD in Paris	untersteht dem BKA

Stand: 31. Dezember

Anhang

I. Länderinformationen

Afghanistan (Afghanistan), Kabul

Staatsoberhaupt und Regierungschef Hamid Karzai	Außenminister Rangin Dadfar Spanta
--	---------------------------------------

ÖB: siehe Pakistan; **AHSt:** siehe Iran

Österreich beteiligte sich weiterhin an der ISAF. Zwei österreichische Offiziere waren beim Stab von ISAF und ein österreichischer Offizier war bei der Flugsicherung am Flughafen von Kabul eingesetzt.

Im Rahmen von UNODC unterstützte Österreich die Ausbildung der afghanischen Drogenpolizei, die Reintegration von zurückkehrenden Flüchtlingen, die Beseitigung von Minenfeldern, die Rehabilitation von Landminenopfern, die Verbesserung der Grenzkontrollen zwischen Afghanistan und dem Iran sowie Reformprojekte im Justizbereich.

Österreich förderte im Rahmen der internationalen Wiederaufbauhilfe für Afghanistan vor allem Projekte in den Schwerpunktbereichen Gesundheits- und Unterrichtswesen sowie Initiativen zur Stärkung der Frauenrechte.

Seit 2007 hat Österreich keine neuen Vorhaben mehr in Aussicht gestellt, sondern viel mehr vorhandene Programme abgesichert. Hiefür beliefen sich die bilateralen OEZA-Leistungen (Nettozahlungen) auf rund 44.000 Euro.

Die österreichischen Exporte betragen 10,940 Millionen Euro (-10,9%), die Importe 186.000 Euro (+26,2%).

Ägypten (Arabische Republik Ägypten), Kairo

Staatsoberhaupt Mohamed Hosni Mubarak	Regierungschef Ahmed Nazif Ahmad	Außenminister Ali Aboul Gheit
--	-------------------------------------	----------------------------------

Kairo – **ÖB, KF, AHSt, ÖAI;** Alexandria – **HGK**

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer in Begleitung von Bundesministerin Ursula Plassnik, Staatssekretär Christoph Matznetter, Staatssekretärin Christa Kranzl, Staatssekretärin Christine Marek, Bundesministerin a.D. Maria Rauch-Kallat, einer Wirtschaftsdelegation unter der Leitung des Vizepräsidenten der WKÖ Richard Schenz sowie einer Kultur- und Wissenschaftsdelegation, Treffen mit Präsident Hosni Mubarak, Ministerpräsident Ahmed Nazif, dem Vorsitzenden des Shoura Rats (zweite Kammer des ägyptischen Parlaments) Safwat El-Sherif und dem Generalsekretär der Arabischen Liga Amr Moussa, Unterzeichnung eines Soft-Loan-Abkommens, eines Memorandums über die Kooperation im Gesundheitsbereich und eines Memorandums über die Ausdehnung der Kooperation im Bereich der Eisenbahnen sowie des maritimen und städtischen Massenverkehrs (21.-23. Oktober).

Besuche in Österreich: Ministerin für Internationale Zusammenarbeit Fayza Aboul Naga als Vertreterin von Suzanne Mubarak, Teilnahme an der Konferenz „Women Leaders – Networking for Peace and Security in the Middle East“ (30. und 31. Mai); Minister für Tourismus Zoheir Garranah, Treffen mit Landeshauptmann Josef Pühringer (Schloss Traun, 15. und 16. Juni).

Anhang

Auf Einladung des ägyptischen Fremdenverkehrsamts und Egypt Air traten im April die GewinnerInnen des Bundesschulwettbewerbs „Österreich entdeckt Ägypten“, die Polytechnische Schule Aigen-Schlögl und eine Klasse der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik in Wien-Floridsdorf eine Reise nach Ägypten an.

Das KF Kairo verdoppelte die Zahl der Veranstaltungen und erhöhte die BesucherInnenfrequenz. Die Schwerpunkte der Tätigkeit lagen in der Förderung des Dialogs der Kulturen sowie in der Thematisierung von Gender unter besonderer Einbeziehung von Personen mit Behinderungen. Dabei war die Organisation von Projekten gemeinsam mit ägyptischen KünstlerInnen ein zentrales Anliegen.

Erstmals eröffnete eine österreichische Musikgruppe mit dem Namen „Fatima Spar & die Freedom Fries“ das internationale Musikfestival Kairo. Im Oktober stellte Christoph Palaschke als erster österreichischer Künstler gemeinsam mit dem ägyptischen Maler Adel Tharwat in der Bibliotheca Alexandrina seine Werke aus. Der österreichische Dokumentarfilm „Rumi-Poesie des Islam“ wurde im Juni beim Jugendfilmfestival in Fayoum und im Oktober in Kairo auf dem EU-Filmfestival „Caravan“ mit anschließender Diskussion mit dem Produzenten gezeigt. Im November wurden zwei Opern zum Dialog der Religionen, „Salomon“ von Hossam Mahmoud und „Sheherazade“ von Herbert Grassl, an der Kairoer Oper uraufgeführt. Zum Auftakt der neu eingeführten „Film-Montage“ wurde am KF im November „Im toten Winkel“ von André Heller über Traudl Junge, die persönliche Sekretärin Adolf Hitlers, gezeigt. Einen Höhepunkt bildete die permanente Installation eines übergroßen Wandbilds in zwei Teilen in der zentralen U-Bahn Station in der Stadtmitte Kairos, das von österreichischen und ägyptischen KünstlerInnen mit geistiger Beeinträchtigung zum Thema „Our City of Peace“ gemeinsam in Kairo angefertigt wurde.

Die vom KF Kairo betreute Webseite „Österreichisch arabische Informationsplattform“ enthält auch ein eigenes Magazin zu Themen aus Österreich und der Arabischen Welt.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 160.000 Euro erbracht.

Ägypten zählt zu den wichtigsten Handelspartnern Österreichs im Nahen Osten. Österreich bezieht aus Ägypten vornehmlich Bekleidung, Kunststoffwaren, Phosphate, Talk, Baumwolle sowie Obst und Gemüse. Österreich liefert nach Ägypten vor allem Produkte der Maschinenbauindustrie sowie bearbeitete Waren, im Besonderen Papier und Pappe, Arzneiwaren, Feuerfestmaterialien, Eisen- und Stahlprodukte sowie Ölfeldausrüstungen und sonstige Fertigwaren.

Die österreichischen Exporte betragen 194,931 Millionen Euro (+24,6%), die Importe 27,700 Millionen Euro (+8,9%).

Albanien

(Republik Albanien), Tirana

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Bamir Topi	Sali Berisha	Lulzim Basha
(seit 24. Juli)		(seit 30. April)

Tirana – **ÖB**, Verbindungsbeamtin des Bundesministeriums für Inneres, **AHSt** mit Sitz in Laibach, **Koordinationsbüro der OEZA**

Eine Verbindungsbeamtin des Bundesministeriums für Inneres mit dem Aufgabenschwerpunkt Intensivierung der bilateralen polizeilichen Zusammenarbeit zwischen Österreich und Albanien ist seit 1. Juli an der Botschaft tätig.

Besuche aus Österreich: Landeshauptmann Erwin Pröll, Treffen mit Ministerpräsident Sali Berisha, Unterzeichnung eines Grundsatzübereinkommens zur Errichtung von Wasserkraftwerken in Albanien (5. Jänner); Bundesministerin a.D. Elisabeth Gehrre, Treffen mit Ministerpräsident Sali Berisha, Tourismusminister Ylli Pango und Bildungsminister Genc Pollo (28. April bis

Länderinformationen

1. Mai); Präsident der WKÖ Christoph Leitl, Teilnahme an einer Wirtschaftsmission (6.-8. Mai); ADA-Geschäftsführer Michael Linhart, Treffen mit Bildungsminister Genc Pollo, dem Oberbürgermeister der Stadt Shkodra Lorenc Luka und dem Rektor der Universität Shkodra Mahir Hoti (Shkodra, 14.-16. Mai); Bundesminister Günther Platter, Treffen mit dem albanischen Innenminister Bujar Nishani und weiteren Vertretern der albanischen Exekutive, Unterzeichnung eines Abkommens über polizeiliche Zusammenarbeit (29. und 30. Juni); Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Erik Buxbaum, Treffen mit Innenminister Bujar Nishani und dem Generaldirektor für öffentliche Sicherheit Ahmet Prenci (12. und 13. Dezember).

Besuche in Österreich: Außenminister Besnik Mustafaj, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik (9. März); Ministerpräsident Sali Berisha, Teilnahme am sechsten Treffen der Regierungschefs Südosteuropas (Salzburg, 29. Juli); Verteidigungsminister Fatmir Mediu, Treffen mit Bundesminister Norbert Darabos (10. und 11. Oktober); Staatspräsident Bamir Topi, Besuch anlässlich des Neujahrskonzerts (31. Dezember).

Das österreichisch-albanische Doppelbesteuerungsabkommen, das österreichischen und albanischen Investoren künftig mehr Steuersicherheit bieten soll, wurde in Tirana am 14. Dezember unterzeichnet. Das Abkommen wird mit Beginn des Steuerjahrs 2009 in Kraft treten.

Österreichische ExpertInnen waren im Auftrag der EU und internationaler Organisationen am Aufbau moderner Strukturen im Zoll- und Polizeiwesen sowie im Justizbereich tätig. Unter Federführung des Bundesministeriums für Justiz und dem Center for Legal Competence (CLC) wurde das CARDS-Projekt „Europäische Unterstützungsmission für das albanische Justizsystem“ (EURALIUS) fortgeführt.

Das Landesprogramm der OEZA für das Schwerpunktland Albanien definiert die „Förderung der touristischen Entwicklung Albanien“ als zentrales Ziel. Dieses Programmziel soll mittels Maßnahmen in den beiden Teilbereichen „Wasser, Abwasser, Umwelt“ und „Berufsausbildung“ umgesetzt werden. Gefördert wurden auch Projekte im Energiesektor und Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels. Die Bereiche gute Regierungsführung und Gender (dieser Bereich wurde von einer vor Ort ansässigen österreichischen Expertin betreut) wurden als Querschnittsthemen definiert. Als Schwerpunktregion wurde Nordalbanien fixiert.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 2,91 Millionen Euro erbracht.

Die Bildungsbeauftragte des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur, die auch Agenden von „k-education Austria“ in Albanien wahrnimmt, setzte ihre Tätigkeit fort. Weiters arbeitete ein Pädagoge aus Österreich im Deutschunterricht an albanischen Mittel- und Fachschulen. Rechtzeitig zu Beginn des Schuljahrs 2007/2008 konnte die 2006 gegründete Österreichische Schule für Informationstechnologie in Shkodra feierlich eröffnet werden. Die endgültige Fertigstellung des derzeit in Bau befindlichen neuen Schulgebäudes wird im Frühjahr 2008 erfolgen. An der österreichischen Schule Shkodra waren neben mehreren albanischen Lehrkräften fünf österreichische Pädagogen beschäftigt.

Zwischen den Universitäten Graz und Klagenfurt sowie der Universität von Shkodra bestehen längerfristige Kooperationsabkommen. Am Germanistikinstitut in Shkodra unterrichteten österreichische LektorInnen, denen die an der Universität bestehende Österreich-Bibliothek eine große Hilfe darstellt. Ein weiteres Kooperations-Rahmenabkommen besteht auch mit der Universität Wien.

Österreichische KünstlerInnen wirkten neben einer Vielzahl kleinerer Kulturveranstaltungen beim „Tirana Jazzfestival“, beim „Durrës Festival“ und beim „Tiraner Herbst“ mit. Im Dezember fand erstmals in der Geschichte der Tiraner Oper eine Erstaufführung der Operette „Die Fledermaus“ von Johann Strauss unter der Regie des Österreicherers Paul Flieder statt.

Im Norden des Landes wurden Nachkommen von AltösterreicherInnen betreut, die während der langjährigen Hodscha-Diktatur besonders benachteiligt gewesen waren. Diesem Personenkreis wurden im Rahmen von in Shkodra bzw. in Tirana veranstalteten Weihnachtsfeiern Geldzuwendungen übergeben.

Anhang

Mehrere in Tirana abgehaltene bi- und multilaterale Veranstaltungen wurden von österreichischen Wirtschaftstreibenden zur Intensivierung der Handelskontakte genutzt.

Die österreichischen Exporte betragen 47,068 Millionen Euro (+43,7%), die Importe 3,988 Millionen Euro (-9,0%).

Algerien (Demokratische Volksrepublik Algerien), Algier

Staatsoberhaupt Abdelaziz Bouteflika	Regierungschef Abdelaziz Belkadem	Außenminister Mourad Medelci (seit 5. Juni)
---	--------------------------------------	---

Algier – ÖB, AHSt

Besuche aus Österreich: ParlamentarierInnendelegation unter der Leitung des Abgeordneten zum Nationalrat Andreas Schieder, Besuch der sahrauischen Flüchtlingslager bei Tindouf (15.-19. Mai).

Besuche in Österreich: Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Ramatane Lamamra, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (2. Mai); Vizeministerin für wissenschaftliche Forschung Souad Bendjaballah, Teilnahme an der Internationalen Frauenkonferenz (30. und 31. Mai); Delegation des algerischen Transportministeriums, Teilnahme an der fünften Tagung der österreichisch-algerischen Eisenbahnkooperationskommission (7.-9. November).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 10.000 Euro erbracht.

Österreich war beim Europäischen Kulturfestival durch das Stefan Kamilarov Quartett (26. Mai) vertreten, welches auch in Bou Saarda (24. Mai) auftrat. Der Geiger Michael Stüve gab ein Konzert in der österreichischen Residenz (28. März). Der Organist Mathias Giesen und die Mezzosopranistin Saska Kovaric konzertierten in der Basilika Notre Dame d'Afrique (22. November). Sonja Etzelsdorfer und Lo Hufnagl hielten Vorträge bei der Jahres-Deutschlehrrertragung des Goethe-Instituts (18. und 19. März). Zwei DaF-Assistentinnen unterrichteten im Wintersemester 2006/2007 bzw. im Wintersemester 2007/2008 an der Universität Oran österreichische Literatur und Landeskunde.

Die WKÖ und die AHSt Algier veranstalteten eine Gruppenausstellung im Rahmen der Messe „Foire Internationale d'Alger“ (FIA), bei der sieben österreichische Firmen ihre Produkte präsentierten (2.-7. Juni) und organisierten den Besuch einer Wirtschaftsmission mit elf österreichischen Firmen in Algier (17. und 18. November).

Die österreichischen Exporte betragen 188,888 Millionen Euro (+49,0%), die Importe 204,794 Millionen Euro (+70,9%).

Andorra (Fürstentum Andorra), Andorra la Vella

Staatsoberhaupt Kofürsten:	Regierungschef Albert Pintat Santolària	Außenministerin Meritxell Mateu Pi (seit 9. Mai)
-------------------------------	--	--

Nicolas Sarkozy
(seit 17. Mai französischer Staatspräsident)

Joan Enric Vives i Sicília
(Bischof von Seu d'Urgell)

Länderinformationen

ÖB, AHSt: siehe Spanien

Die österreichischen Exporte betragen 4,722 Millionen Euro (-6,5%), die Importe 466.000 Euro (+354,4%).

**Angola
(Republik Angola), Luanda**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
José Eduardo dos Santos	Fernando da Piedade Dias Dos Santos	João Bernardo de Miranda

ÖB: siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Luanda – **HK**

Die österreichischen Exporte betragen 13,194 Millionen Euro (+39,9%), die Importe 59.000 Euro (+156,7%).

**Antigua und Barbuda
(Antigua und Barbuda), St. John's**

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister
Königin Elizabeth II.	Winston Baldwin Spencer

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir James Beethoven Carlisle

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; St. John's – **HK**

Besuche in Österreich: Regierungschef und Außenminister Winston Baldwin Spencer, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik (27. September).

Die österreichischen Exporte betragen 472.000 Euro (-7,2%), die Importe 203.000 Euro (+362,9%).

**Äquatorialguinea
(Republik Äquatorialguinea), Malabo**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Teodoro Obiang Nguema Mbasogo	Ricardo Mangue Obama Nfubea	Pastor Micha Ondo Bile

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 1,624 Millionen Euro (+114,8%), die Importe 2.000 Euro (+100,0%).

**Argentinien
(Argentinische Republik), Buenos Aires**

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Cristina Fernández de Kirchner (seit 10. Dezember)	Jorge Taiana

Buenos Aires – **ÖB, AHSt;** Córdoba, Posadas, San Carlos de Bariloche – **HK**

Anhang

Besuche aus Österreich: Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Treffen mit Vizeaußenminister Roberto García Moritán und dem ehemaligen UNIDO-Generaldirektor Carlos Alfredo Magariños (25. April).

Besuche in Österreich: Senatorin Cristina Fernández de Kirchner, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (12. September).

Lesung „Die Hochzeit von Auschwitz“ von Erich Hackl im Rahmen einer Gedenkveranstaltung für österreichische Überlebende des Holocaust in Partnerschaft mit dem Dachverband der Israelitischen Gemeinschaften Argentiniens (März); Konzerte der Gitarristin Julia Malischnig in Buenos Aires und Salta (April); Konzerte des Grazer „MUMUTH-Quartetts“ beim Internationalen Musikfestival in Ushuaia und Buenos Aires (April); Theateraufführungen des Dramas „Tersites“ von Stefan Zweig in spanischer Sprache (Mai und Juni); Film „Spiele Leben“ als Beitrag zu den EU-Filmwochen in Argentinien (Mai); Foto-Ausstellung und Gedenkakt „Die Gerechten Österreichs – Helden des Holocaust“ in Partnerschaft mit der Raoul-Wallenberg-Stiftung (Juni bis September); Vortrag über Literaturwissenschaft von Univ.-Lektorin Teresa Lichem zu Dekonstruktion, Elfriede Jelinek und Luisa Valenzuela (September); Konzerte der Violinistin Edua Amarilla Zádory in Buenos Aires und Bariloche (September); Konzerte von Univ.-Prof. Ingomar Rainer (Cembalo) und Jocelyne Rainer (Violine) in Buenos Aires (Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 101,787 Millionen Euro (+10,9%), die Importe 153,424 Millionen Euro (+21,2%).

Armenien (Republik Armenien), Jerewan

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Robert Kotscharjan	Serzh Sarkisjan (seit 4. April)	Wartan Oskanjan

Wien – **ÖB**; Jerewan – **Informationszentrum**; **AHSt**: siehe Russland; **GK Moskau** teilweise zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche aus Österreich: Volksanwalt Peter Kostelka, Teilnahme an einer Konferenz europäischer Ombudspersonen (5. und 6. Oktober).

Besuche in Österreich: Außenminister Wartan Oskanjan, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik (16. und 17. April).

Am 16. April wurde ein Memorandum betreffend die Zusammenarbeit zwischen der Diplomatischen Akademie und dem armenischen Außenministerium unterzeichnet.

Eine Delegation des Bundesministeriums für Inneres und des Bundesasylamts unternahm eine Ermittlungsmission (Fact Finding Mission) in Armenien (24.-27. September).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 30.000 Euro erbracht.

An der Europäischen Akademie Jerewan ist ein österreichisches Informationszentrum eingerichtet, welches als Referenzstelle in kulturellen Fragen, einschließlich Stipendien, und als österreichische Präsenzbibliothek dient.

An der Französischen Universität Jerewan fanden Deutschkurse und Vorträge einer österreichischen DaF-Praktikantin über österreichische Landeskunde statt (Juli). Ebenfalls im Juli nahmen in Graz und Wien zwei Vertreterinnen aus Armenien an einem Spezialseminar für Germanistinnen aus dem Südkaukasus und Zentralasien teil.

Die österreichischen Theaterkünstler Chris Haring und Klaus Obermaier gastierten beim International Performing Arts Festival (Oktober).

Länderinformationen

Vom 7. bis 9. März fand in Wien die 3. Tagung des Gemischten Ausschusses für die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen statt. Im Rahmen dieser Tagung wurde in Zusammenarbeit mit der WKÖ ein Wirtschaftsforum organisiert.

Die österreichischen Exporte betragen 90,023 Millionen Euro (+139,9%), die Importe 6,827 Millionen Euro (+246,1%).

Aserbaidshchan (Republik Aserbaidshchan), Baku

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ilham Aliyev	Artur Rassi-Sade	Elmar Mammadyarov

Wien – **ÖB**; Baku – **Informationszentrum**; **AHSt**: siehe Russland; **GK Moskau** teilweise zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche aus Österreich: Generaldirektorin der Österreichischen Nationalbibliothek Johanna Rachinger, Treffen mit Kultur- und Tourismusminister Aboulfas Garayev und Nationalbibliotheksdirektor Kerim Tahirov (12.-14. März); Vizepräsidentin des Verfassungsgerichtshofes Brigitte Bierlein, Treffen mit dem aserbaidshchanischen Verfassungsgerichtshofpräsidenten Farhad Abdullayev (19.-21. April); Generalsekretär des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit Martin Eichtinger, Teilnahme an einem Energie-Kongress und wirtschaftliche Konsultationen (6.-9. Juni); Volksanwalt Peter Kostelka, Teilnahme an einem Kongress europäischer Ombudspersonen (18. und 19. Juni); Bundesminister Martin Bartenstein, Treffen mit Präsident Ilham Aliyev und mehreren Ministern (19. und 20. September).

Besuche in Österreich: Vizepremierminister Elchin Efendiyev, Gespräche im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, Enthüllung einer Gedenktafel an der aserbaidshchanischen Botschaft (23.-25. Oktober).

An der OSZE-Mission in Baku war bis Oktober eine Österreicherin tätig. Das Europahaus in Baku steht unter österreichischer Leitung.

Eine Delegation des Bundesministeriums für Inneres und des Bundesasylamts unternahm eine Ermittlungsmision (Fact Finding Mission) in Aserbaidshchan (24.-27. September).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 108.000 Euro erbracht.

Am 14. März wurde ein Memorandum über die Zusammenarbeit der österreichischen und der aserbaidshchanischen Nationalbibliothek, am 7. Mai ein solches über die Kooperation zwischen der Universität für Musik und Darstellende Kunst Wien und der Musikakademie Baku unterzeichnet.

Am Germanistikinstitut der Fremdsprachenuniversität Baku ist ein österreichisches Informationszentrum eingerichtet, welches als Referenzstelle in kulturellen Fragen, einschließlich Stipendien, und als österreichische Präsenzbibliothek dient.

Vorträge einer österreichischen DaF-Praktikantin über österreichische Literatur und Landeskunde fanden im März an der Sprachenuniversität Baku und im Mai an der Universität Sheki statt. Im Juli nahmen zwei Vertreterinnen aus Aserbaidshchan an einem Spezialseminar für GermanistInnen aus dem Südkaukasus und Zentralasien in Wien und Graz teil.

In Zusammenarbeit zwischen der WKÖ und dem aserbaidshchanischen Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung fand in Wien eine Präsentation des aserbaidshchanischen Industriepotenzials statt (13. März).

Die österreichischen Exporte betragen 41,356 Millionen Euro (+57,7%), die Importe 13,419 Millionen Euro (-81,3%).

*Anhang***Äthiopien****(Demokratische Bundesrepublik Äthiopien), Addis Abeba**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Girma Wolde Giorgis	Meles Zenawi	Seyoum Mesfin

Addis Abeba – **ÖB, ÖV; Koordinationsbüro der OEZA; Außenstelle der AHSt Kairo (AHSt: siehe Ägypten)**

Im Rahmen von UNMEE stellte Österreich zwei Militärbeobachter. Bis 2. Dezember war ein österreichischer Offizier als Rechtsberater der AMIS/Darfur Integrated Task Force (DITF) in Addis Abeba eingesetzt.

Äthiopien ist seit 1993 Schwerpunktland der OEZA. Die Höhe der bilateralen ODA-Leistungen (Nettozahlungen) betrug 4,02 Millionen Euro.

O.Univ.-Prof. Horst Seidler vom Institut für Anthropologie der Universität Wien, der auch Mitglied des „Ethiopian Millennium Festival National Council“ ist, setzte mit einem internationalen Team seine Grabungen bei Gedamyo (Somali-Region) fort und fand einen zweieinhalb Millionen Jahre alten vollständigen Schädel mit Stoßzähnen eines Wollmammuts (Mammuthus Subplanifons).

Der Film „Darwin’s Nightmare“ wurde beim „First Addis International Film Festival on Just and Sustainable Future“ in Anwesenheit des Regisseurs Hubert Sauper im Italienischen Kulturinstitut aufgeführt (11. Jänner).

Im Rahmen der neuen Reihe „Austrian Embassy Addis Abeba Occasional Papers“ erschienen fünf Bände, darunter „Von Kaisern und Konsuln“ (Band 1), „The Austrian-Ethiopian Millennium Reader“ (Band 3) und „Äthiopien in den politischen Berichten der österreichischen Diplomatie/Teil I – 1948-1974: Die Epoche von Kaiser Haile Selassie“ (Band 4). Die von der Österreichischen Nationalbibliothek herausgegebene Zeitschrift „Biblos“ veröffentlichte den Reiseliteraturbericht „Äthiopien in Schilderungen österreichischer Reisender des 20. Jahrhunderts – Ein Beitrag zum äthiopischen Millennium“.

Staatspräsident Girma Wolde Giorgis legte den Grundstein für das Beles Hydro Electric Power Project, dessen gesamte elektrische Ausrüstung von einer österreichischen Firma geliefert wird (20. Jänner).

Österreichische Unternehmen beteiligten sich an der Internationalen Messe der Handelskammer Addis Abeba (22.-26. Februar) und an der vierten Wirtschaftsmission der WKÖ nach Äthiopien (24.-26. September).

Die österreichischen Exporte betragen 14,459 Millionen Euro (+157,4%), die Importe 1,902 Millionen Euro (-39,9%).

Australien**(Australien/Commonwealth of Australia), Canberra**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Kevin Rudd (seit 3. Dezember)	Stephen Smith (seit 3. Dezember)

vertreten durch:

Generalgouverneur
Major General Michael Jeffery

Canberra – **ÖB**; Sydney – **HGK, AHSt, ÖW**; Melbourne – **HGK**; Brisbane – **HGK**; Adelaide, Cairns, Hobart, Perth – **HK**

Länderinformationen

Besuche aus Österreich: Landeshauptmann Herwig van Staa, Besuch der World Police and Fire Games (Adelaide, Sydney, 14.-18. März).

Im Februar fand eine Expertenbesprechung zum Abkommen über Soziale Sicherheit statt.

Im Mittelpunkt der kulturellen Aktivitäten standen Konzertreisen. Manon-Liu Winter nahm am NowNow Musikfestival in Sydney teil und gab Konzerte in Brisbane und Melbourne (Jänner). Weiters wurden Konzerte des Duos Dafeldecker-Brandlmayr in Adelaide, Melbourne, Sydney und Brisbane (Jänner) sowie des Duos Stump-Linshalm in Perth (April und Mai) unterstützt. Einen österreichischen Beitrag leistete das Minetti-Quartett mit dessen Teilnahme am 5. Internationalen Kammermusik Wettbewerb in Melbourne (Juli). Im Bereich Bildende Kunst stellte Bildhauer Andreas Buisman an der Contempora2 Ausstellung in Melbourne aus (Februar). Schriftsteller Josef Haslinger nahm am Sydney-Writers'-Festival teil (Mai).

Der österreichische Außenhandel mit Australien hat sich seit dem Jahr 2000 mehr als verdoppelt. Aufgrund der guten australischen Konjunktur wuchsen die österreichischen Exporte erneut deutlich. Der Wert der österreichischen Einfuhren aus Australien stieg sogar um über 25%. Gemessen am Exportvolumen erzielte Österreich im Handel mit Australien seinen weltweit höchsten Handelsbilanzüberschuss.

Die österreichischen Exporte betragen 664,075 Millionen Euro (+8,1%), die Importe 100,054 Millionen Euro (+20,3%).

Bahamas (Commonwealth of The Bahamas), Nassau

Staatsoberhaupt
Königin Elizabeth II.

Regierungschef
Hubert A. Ingraham
(seit 4. Mai)

Außenminister
Theodore Brent Symonette
(seit 4. Mai)

vertreten durch:
Generalgouverneur
Arthur Dion Hanna

ÖB: siehe Vereinigte Staaten; **AHSt:** siehe Vereinigte Staaten (AHSt New York); Nassau – **HK**

Besuche aus Österreich: Botschafter Thomas Stelzer, Teilnahme an einem CTBTO-Workshop, Treffen mit Außenminister Theodore Brent Symonette (1. Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 20,057 Millionen Euro (+463,9%), die Importe 1,236 Millionen Euro.

Bahrain (Königreich Bahrain), Manama

Staatsoberhaupt
König Sheikh Hamad Bin
Isa Bin Salman Al-Khalifa

Regierungschef
Sheikh Khalifa Bin
Salman Al-Khalifa

Außenminister
Sheikh Khalid Bin Ahmed
Al-Khalifa

ÖB: siehe Kuwait; **AHSt:** siehe Vereinigte Arabische Emirate

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Ursula Plassnik, Treffen mit Kronprinz Sheikh Salman Bin Hamad Al-Khalifa, Premierminister Sheikh Khalifa Bin Salman Al-Khalifa, Vizepremierminister Sheikh Abdulla Bin Khaled Al-Khalifa, Außenminister Sheikh Khalid Bin Ahmed Al-Khalifa und Sozialministerin Fatimah Mohammed Al-Bloushi (7. Mai).

Besuche in Österreich: Außenminister Sheikh Khalid Al-Khalifa, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik (19. September).

Anhang

Ein Luftverkehrsabkommen wurde am 7. Mai in Bahrain unterzeichnet. Gespräche über ein Doppelbesteuerungs- und Investitionsabkommen fanden in Wien am 19. September statt.

Die österreichischen Exporte betragen 31,902 Millionen Euro (+40,1%), die Importe 2,631 Millionen Euro (+127,5%).

Bangladesch (Volksrepublik Bangladesch), Dhaka

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister/Berater für auswärtige Angelegenheiten
Iajuddin Ahmed	Fakhruddin Ahmed (interim. seit 12. Jänner)	Iftexhar Ahmed Chowdhury (seit 18. Jänner)

ÖB, AHSt: siehe Indien; Dhaka – **HK**

Mehrere NRO und Privatpersonen führten in Zusammenarbeit mit NRO vor Ort Klein- und Mikroprojekte durch. Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützte Österreich die Fortbildung von zehn AkademikerInnen und Fachkräften an österreichischen Hochschulen in Form von Lehrgängen und Seminaren.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 74.000 Euro erbracht.

Bangladesch ist für österreichische Unternehmen vor allem als Beschaffungsmarkt im Textilbereich von Bedeutung. 90% der österreichischen Importe entfielen auf Bekleidungsartikel.

Die österreichischen Exporte betragen 11,302 Millionen Euro (-33,2%), die Importe 176,567 Millionen Euro (+0,6%).

Barbados (Barbados), St. James

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Königin Elizabeth II.	Owen Seymour Arthur	Billie Antoinette Miller

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Clifford Straughn Husbands

Caracas – **ÖB, AHSt;** Bridgetown – **HK**

Das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Österreich und Barbados trat im April in Kraft.

Die österreichischen Exporte betragen 1,607 Millionen Euro (-16,1%), die Importe 103.000 Euro (+57,7%).

Belarus (Republik Belarus), Minsk

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Alexander G. Lukaschenko	Sergej Sidorski	Sergej Martynow

ÖB, AHSt: siehe Russland

Österreich gewährte im Rahmen der OEZA humanitäre Hilfe für jene BewohnerInnen von Belarus, die aufgrund des AKW-Unglücks von Tschernobyl gesundheitliche Schäden erlitten bzw. in atomar verseuchten Gebieten leben. Das Bundesministerium für europäische und inter-

Länderinformationen

nationale Angelegenheiten unterstützte im Wege der ADA Projekte zum Ausbau des Haus- und Heimkrankenpflegediensts des belarussischen Roten Kreuzes sowie ein Sozialzentrum für Frauen.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 61.000 Euro erbracht.

Österreich unterhält an der Staatlichen Linguistischen Bibliothek in Minsk eine Österreich-Bibliothek. Österreichische AutorInnen reisten im März zu einem Festival deutschsprachiger Literatur nach Minsk. Erstmals fanden in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und dem lokalen Goethe-Institut Österreich-Tage mit Lesungen, Vorträgen, Seminaren und Filmvorführungen statt (September). Darüber hinaus mündeten Kooperationen mit dem Goethe-Institut und dem Center for International Studies in Minsk in weitere Projekte in den Bereichen Landeskunde und soziale Entwicklung.

Hauptexportgüter sind Maschinen und Anlagen, Pharmazeutika, chemische Erzeugnisse, Kunststoffe, Papier sowie Farbstoffe. Die wichtigsten Güter aus Belarus sind Eisen und Stahl, Bekleidung, Holz/Holzwaren sowie mineralische Brennstoffe.

Die österreichischen Exporte betragen 105,704 Millionen Euro (+32,5%), die Importe 52,150 Millionen Euro (+94,5%).

Belgien (Königreich Belgien), Brüssel

Staatsoberhaupt
König Albert II.

Regierungschef
Guy Verhofstadt

Außenminister
Karel De Gucht

Brüssel – **ÖB, KF, AHSt, ÖW**; Antwerpen, Eupen, Gent, Lüttich, Namur, Ostende – **HK**

Besuche aus Österreich: Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Treffen mit dem Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Jan Grauls (2. Juli); Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme am transatlantischen Abendessen (6. Dezember).

Besuche in Österreich: Präsidentin des Senates Anne-Marie Lizin, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (23. Februar).

Das Programm des KF Brüssel konzentrierte sich auf ein breites Angebot an kulturellen Veranstaltungen. Weltmusik aus Österreich war durch Nim Sofyan (Ternat, Leopoldsborg, 13. und 14. Jänner), Timna Brauer & Ensemble (Diksmuide, 11. Mai), Fatima Spar (Eupen, 24. Juni) und Hotel Palindrome vertreten (Gooik, 6. Juli). Das Eggner Trio (Mechelen, 29. April), das Alban Berg Quartett (Bozar, 3. Mai), der Organist Wolfgang Kogert (Stavelot, 27. Juli), das Duo de Salzburg (Stavelot, 9. August), das Haydn Quartett (Mechelen, 13. Oktober) sowie das Duo Giocosio (Mechelen, 14. Oktober) präsentierten Klassik auf Spitzenniveau und Lokai (Aalst, 5. Oktober) und Monika Stadler ihre innovativen Musikzugänge (Mechelen, 3. Juni).

Im Bereich der Bildenden Künste zeigte das Brüsseler „Archive d'Architecture Moderne“ die Verbindungen österreichischer und belgischer ArchitektInnen und KünstlerInnen der Art-Nouveau-Epoche auf (26. Juni bis 23. Dezember). Die Soundkünstlerin Christina Clar beteiligte sich im Rahmen eines „Artist-in-Residence-Aufenthalts“ im Brüsseler „bains::connective art laboratory“ von September bis Dezember am internationalen Projekt „Nomadic Structures“. Die Zeitschrift des Österreichischen Instituts für Photographie und Medienkunst „Eikon“ konnte ihr Magazin-konzept im Rahmen einer internationalen Showcase-Reihe am Antwerpener Fotomuseum präsentieren (25. Oktober).

Tanz und Theater aus Österreich wurden vorrangig in Ostbelgien präsentiert, so beim Tanz- und Industrie-Festival in Eupen (8. September) und beim Theaterfestival St. Vith (16. und 17. Oktober). Mit Unterstützung des KF zeigten belgische Veranstalter die österreichischen Filme „In

Anhang

drei Tagen bist du tot“ von Andreas Prochaska beim „Brussels International Festival of Fantastic Film“ (12. April) und „Exile Family Movie“ von Arash Riahi beim Festival „Regards Croisés“ in Brüssel (19. Mai) sowie Kurzfilme von Virgil Widrich und Peter Tscherkassky beim „Festival du Court Métrage de Bruxelles“ (5. Mai).

Lesungen wurden von Raoul Schrott im Internationalen Literaturhaus Brüssel (15. April), von Kathrin Röggla im Wien-Haus in Brüssel (9. Mai) sowie von Thomas Glavinic am Rande des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (7. Juni) gehalten. Als Mitglied des Netzwerkes „EUNIC“ in Brüssel beteiligte sich das KF mit der Vorarlberger Märchenerzählerin Katharina Ritter an einem Märchenmarathon in 13 Sprachen, welcher Kindern und Eltern die Bedeutung von Mehrsprachigkeit vor Augen führte (23. September). Es wurden Publikationen zu Themen der Religion von Ruth Steiner (Brüssel, 7. Februar) der Kunst von Kurt Ryslavý (Brüssel, 21. April) sowie der Diplomatengeschichte von Botschafter i.R. Friedrich Bauer in der Residenz des Botschafters (20. September) vorgestellt.

Einen Höhepunkt bildete die vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und dem KF kofinanzierte Beteiligung Österreichs am wichtigsten belgischen Festivalereignis, der „Europalia“, die der Vielfalt Europas gewidmet war. Das Wiener Künstlerkollektiv „Assocreation“ rollte hierzu seine Installation „Red Carpet“ vor dem Brüsseler Königspalast aus und lud zu Diskussionen über Sein und Schein (13. Oktober bis 9. Dezember), der international renommierte Choreograph Chris Haring begeisterte gemeinsam mit seiner Tanzkompanie „Liquid Loft“ das Publikum im Palais des Beaux-Arts mit einer Performance von „running sushi“ (18. und 19. Dezember), und das Wiener Architektenduo „gangart“ dokumentierte im Rahmen der Ausstellung „50 Jahre Supermarkt in Europa“ das Architekturbeispiel einer Tiroler Handelskette (20. Dezember 2007 bis 24. Februar 2008).

Der wissenschaftliche Austausch in den Bereichen Germanistik (Vorträge von Univ.-Prof. Rudolf Muhr an den Universitäten Antwerpen, Brüssel und Leuven vom 18. bis 20. April und von Univ.-Prof. Kurt Bartsch und Univ.-Prof. Dietmar Goltschnigg an der Universität Antwerpen am 16. April und am 16. und 17. Oktober), Bildende Kunst (Teilnahme des Direktors der Kunstthale Wien Gerald Matt an einem Symposium zu „Visual Arts and Politics“ im Flämischen Zentrum in Brüssel am 26. März) sowie der Interkulturelle Dialog in Bibliotheken (Teilnahme einer Vertreterin der Wiener Städtischen Hauptbücherei an einer diesbezüglichen Tagung in Mechelen am 5. und 6. Oktober) wurden gefördert.

Die österreichischen Exporte betragen 1.632,058 Millionen Euro (-2,1%), die Importe 1.913,948 Millionen Euro (+7,3%).

Belize (Belize), Belmopan

Staatsoberhaupt
Königin Elizabeth II.

Regierungschef
Saïd W. Musa

Außenminister
Lisa Shoman
(seit 4. Juni)

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Colville N. Young

ÖB, KF, AHSt: siehe Mexiko; Belize – HGK

Anläßlich des Außenminister-Treffens der EU-Rio-Gruppe in Santo Domingo am 19. April fand ein Treffen zwischen Staatssekretär Hans Winkler und Außenminister Harrison Courtenay statt.

Belize ist Teil der OEZA-Schwerpunktregion Zentralamerika. Seit Februar unterstützt Österreich gemeinsam mit Finnland innovative Energielösungen in Zentralamerika mit insgesamt 1,8 Millionen Euro für den Zeitraum 2007 bis 2009 im Rahmen der „Partnerschaft für Energie und Umwelt in Zentralamerika“ (EEP).

Länderinformationen

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 17.000 Euro erbracht.

Die Ausbildung von Fachkräften in Österreich wurde im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützt.

Die österreichischen Exporte betragen 3,333 Millionen Euro (+59,5%), die Importe 199.000 Euro (-56,7%).

Benin

(Republik Benin), Porto Novo; Regierungssitz: Cotonou

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Thomas Yayi Boni

Außenminister
Moussa Okanla
(seit 17. Juni)

ÖB, AHSt: siehe Nigeria: Cotonou – HK

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 6.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 3,243 Millionen Euro (+58,0%), die Importe 48.000 Euro (+21,9%).

Bhutan

(Königreich Bhutan), Thimphu

Staatsoberhaupt
König Jigme Khesar
Namgyel Wangchuck

Regierungschef
Lyonpo Kinzang Dorji
(interim. seit 3. August)

Außenminister
Lyonpo Khandu Wangchuk
(bis 3. August; seither Amt
unbesetzt)

ÖB, AHSt: siehe Indien; **Koordinationsbüro der OEZA** – Thimphu

Bhutan ist das einzige asiatische Schwerpunktland der OEZA. Als fünftgrößtes Geberland unterstützte Österreich Bhutan in den Bereichen Energie (Schwerpunkt Wasserkraft), Hochgebirgsökologie, Fremdenverkehr und Bewahrung des kulturellen Erbes.

Wie in den vergangenen Jahren stellte Österreich technische Assistenz bei der Betriebsführung des Wasserkraftwerks Basochhu zur Verfügung.

Durch die Beteiligung Österreichs am Vorhaben „Ländliche Elektrifizierung“ konnten knapp 900 Haushalte im Osten des Landes an das öffentliche Elektrizitätsnetz angeschlossen werden. Ein Vorhaben zur Verbesserung der Effizienz von Öfen für private Haushalte wurde gestartet. Weiters finanzierte die OEZA eine Evaluierung zu „Relevanz von Kultur und Kulturerbe in der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit“.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von 1,98 Millionen Euro erbracht.

Das in Zusammenarbeit mit dem Institut für Waldökologie der Universität für Bodenkultur Wien seit den 90er-Jahren durchgeführte Nadelwald-Forschungs- und Ausbildungsprogramm „Waldprojekt“ wurde fortgeführt (CORET II).

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützte Österreich die berufliche Fortbildung von vier bhutanischen Fachkräften und AkademikerInnen in Österreich sowie an regionalen Ausbildungsstätten.

Die österreichischen Exporte betragen 456.000 Euro (-38,4%), die Importe 20.000 Euro (+166,7%).

*Anhang***Bolivien****(Republik Bolivien), La Paz**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Evo Morales

Außenminister
David Choquehuanca

ÖB: siehe Peru; **AHSt:** siehe Chile; **HGK** – La Paz; **HK** – Santa Cruz

Als Beitrag zum Kampf gegen den illegalen Drogenhandel stellte das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten über UNODC 70.000 Euro für das nachhaltige Forstwirtschaftsprojekt von Cochabamba und den Yungas zur Verfügung.

Heftige Regenfälle im Februar führten im Tiefland Boliviens zu einer Flutkatastrophe. Österreich leistete mit Medikamenten, Hygieneartikeln und Moskitonetzen humanitäre Hilfe im Ausmaß von rund 113.000 Euro.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 76.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte nach Bolivien sind im Berichtszeitraum stark angestiegen und haben historische Höchstwerte erreicht.

Die österreichischen Exporte betragen 4,370 Millionen Euro (+124,6%), die Importe 6,713 Millionen Euro (+14,7%).

Bosnien und Herzegowina**(Bosnien und Herzegowina), Sarajewo**

Staatsoberhaupt
Staatspräsidium
mit rotierendem Vorsitz
Zeljko Komsic
(seit 6. Juli)
Haris Silajdžić
Nebojsa Radmanovic

Regierungschef

Nikola Spiric
(seit 9. Februar)

Außenminister

Sven Alkalaj
(seit 9. Februar)

Sarajewo – **ÖB** mit **Visaannahmestelle** in Banja Luka, **Koordinationsbüro der OEZA**, **AHSt**, Regionalbüro der Österreich-Kooperation

Besuche aus Österreich: Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch, Teilnahme an Konferenzen des Österreichisch-Französischen Zentrums für Annäherung in Europa (ÖFZ) (21. und 22. Februar, 11. und 12. Juni); Landeshauptmann Franz Voves, Besuch der 10th International Economic Fair Mostar (Banja Luka, Mostar, Sarajewo, 28. und 29. März); Abgeordneter zum Wiener Landtag Omar Al-Rawi, Besuch im Rahmen der Wien-Tage in Sarajewo (4.-6. April); Bürgermeister der Stadt Wien Michael Häupl, Besuch im Rahmen der Wien-Tage in Sarajewo (25. April); Steirischer Landesrat Johann Seitingner, Treffen mit dem Assistenzminister im föderalen Landwirtschaftsministerium Rasim Fazlic (29. und 30. April); Chef des Generalstabs General Roland Ertl, Truppenbesuch (12.-14. Juni); Leiter der Aussenwirtschaft der WKÖ Walter Koren, Treffen mit dem Bürgermeister der Stadt Banja Luka Dragoljub Davidović, dem Bürgermeister der Stadt Vitez Vlado Alilović sowie mit österreichischen InvestorInnen und deren lokalen GeschäftspartnerInnen (13.-15. Juni); Salzburger Landesrätin Doraja Eberle, Verteilung humanitärer Güter (Srebrenica, 10.-18. Juli und 24.-28. Oktober); Abgeordneter zum Europäischen Parlament Hannes Swoboda, Treffen mit dem Hohen Repräsentanten der EU Miroslav Lajčák, dem Regierungschef Nikola Spiric sowie ParlamentarierInnen (18. und 19. Juli); Bundesminister Günther Platter, Treffen mit dem bosnischen Sicherheitsminister Tarik Sadovic (24. August); Bundesminister Norbert Darabos, Truppenbesuch (Bratunac, Sarajewo, Tuzla, 19.-21. September); Zweite Präsidentin des Wiener Landtages Erika Stubenvoll, Übergabe humanitärer Spenden (4. Dezember).

Länderinformationen

Besuche in Österreich: Vizebürgermeister der Stadt Sarajewo Predrag Mitrovic, Teilnahme an der Veranstaltung „Eine Friedensbotschaft aus Sarajewo“ (Linz, 19. März); Außenminister Sven Alkalaj, offizieller Besuch sowie Teilnahme an der Konferenz „Islam in Europe“ (21.-23. März); Großmufti von Bosnien und Herzegowina Reis Mustafa Ceric, Teilnahme an der Konferenz „Islam in Europe“ (23. März); Justizminister Barisa Colak, Teilnahme am Europäischen Juristentag (3.-5. Mai); Generalsekretär des Ministeriums für Sicherheit Bakir Dautbasic, Teilnahme am Europäischen Juristentag (3.-5. Mai); Direktor der Foreign Investment Promotion Agency of Bosnia and Herzegovina Haris Pasic, Teilnahme am „2nd Emerging Europe Investment Summit“ (31. Mai); ParlamentarierInnendelegation, Teilnahme am 7. Globalen Forum der VN „Den Staat neu erfinden“ (25.-29. Juni); Vorsitzender des Staatspräsidiums Nebosja Radmanovic mit den Präsidiumsmitgliedern Zeljko Komsic und Haris Silajdzic, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer (28. Juni); stellvertretender Minister für Sicherheit Mijo Kresic, Teilnahme an der Konferenz der Signatarstaaten des Polizeikooperationsabkommens südosteuropäischer Länder (4. und 5. Juli); Großmufti von Bosnien und Herzegowina Reis Mustafa Ceric, Teilnahme an der Konferenz „Trilog Salzburg 2007“ (12. und 13. August); Umweltminister des Kantons Sarajewo Abid Jusic, Treffen mit dem Kärntner Landesrat Reinhart Rohr (Klagenfurt, 5. und 6. September); Vorsitzender des Staatspräsidiums Zeljko Komsic, Teilnahme an einer Veranstaltung in der Albertina (12.-14. September); Minister für Menschenrechte und Flüchtlinge Safet Halilovic, Treffen mit Bundesrat Gottfried Kneifl anlässlich des 30-Jahrjubiläums des Bosnischen Clubs Enns (Enns, 24. November); Verkehrsminister des Kantons Sarajewo Mihajlo Krmpotic und Umweltminister des Kantons Sarajevo Abid Jusic, Treffen mit Landeshauptmann Jörg Haider (Klagenfurt, 10. Dezember) sowie mit Bundesminister Johannes Hahn, Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle und dem Wiener Stadtrat Rudolf Schicker (11. Dezember).

Bosnien und Herzegowina ist Schwerpunktland der OEZA. Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 2,54 Millionen Euro erbracht. Die Schwerpunkte der Aktivitäten lagen in den Bereichen höhere Bildung, wirtschaftliche Entwicklung, Entminung sowie in der Bildung eines gesamtstaatlichen Bewusstseins.

Die Botschaft finanzierte zahlreiche Kulturprojekte in Sarajewo und in anderen Teilen des Landes.

Ein in Belgrad residierender Sozialattaché des Bundesministeriums für Soziales und Konsumentenschutz nahm mit Mitte des Jahres seine Tätigkeit in Bosnien und Herzegowina auf.

Neben einem Beauftragten für Bildungskooperation des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur waren drei Österreich-LektorInnen an den Universitäten Banja Luka, Sarajewo und Tuzla tätig; in Sarajewo und Tuzla bestehen zudem Österreich-Bibliotheken.

Österreich ist unter Berücksichtigung der Kredite österreichischer Banken weiterhin der mit Abstand größte ausländische Investor in Bosnien und Herzegowina.

Die österreichischen Exporte betragen 330,773 Millionen Euro (+33,0%), die Importe 203,829 Millionen Euro (+19,6%).

Botsuana (Republik Botsuana), Gaborone

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Festus Gontebanye Mogae

Außenminister
General Mompoti Merafhe

ÖB, AHSt: siehe Südafrika; Gaborone – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Ursula Plassnik, Treffen mit Außenminister Mompoti Merafhe am Rande des EU-Afrika-Gipfels (Lissabon, 8. und 9. Dezember).

Besuche in Österreich: Präsident Festus Mogae, Teilnahme am 7. Globalen Forum der VN „Den Staat neu erfinden“ (26.-29. Juni).

Anhang

Der bilaterale Handel wird hauptsächlich über Südafrika abgewickelt.

Die österreichischen Exporte betragen 518.000 Euro (-71,6%), die Importe 92.000 Euro (+431,2%).

Brasilien (Föderative Republik Brasilien), Brasília

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Luiz Inácio Lula da Silva

Außenminister
Celso Amorim

Brasília – **ÖB**; Rio de Janeiro – **ÖGK**; São Paulo – **ÖGK, AHS**; Belo Horizonte, Curitiba, Manaus, Porto Alegre, Recife, Salvador, Treze Tílias (Dreizehnlinden), Vitória – **HK**

Besuche aus Österreich: Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Treffen mit Außenminister Celso Amorim, dem Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Samuel Pinheiro Guimarães, dem Vize-Vorsitzenden der Außenpolitischen Kommission des Abgeordnetenhauses Marcondes Gadelha sowie dem Vizegouverneur von São Paulo Alberto Goldman (Brasília und São Paulo, 21.-24. April); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Treffen mit Präsident Luiz Inácio Lula da Silva am Rande der VN-GV (New York, 3. Oktober); Mitglied des Verfassungsgerichtshofs Univ.-Prof. Herbert Haller, Teilnahme an einem internationalen Seminar beim Obersten Bundesgerichtshof (15.-17. Oktober).

Besuche in Österreich: Ministerin für Tourismus Marta Suplicy, Treffen mit Bundesminister Martin Bartenstein sowie dem Präsidenten der WKÖ Christoph Leitl (23.-29. April); ehemaliger Präsident Brasiliens Fernando Henrique Cardoso, Teilnahme am 7. Globalen Forum der VN „Den Staat neu erfinden“, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer (26.-28. Juni).

Das Österreichische Honorarkonsulat in Recife wurde am 4. Oktober wieder eröffnet.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von 1,06 Millionen Euro erbracht.

Den Höhepunkt des Kulturjahres stellte die Ausstellung von 70 Brasilien-Aquarellen des österreichischen Landschaftsmalers Thomas Ender (1793-1875) dar. Diese vom brasilianischen Außenminister Celso Amorim angeregte Ausstellung wurde in Kooperation mit dem Kupferstichkabinett der Akademie der Bildenden Künste Wien sowie der Caixa Econômica in Brasília (Oktober bis Dezember) sowie anschließend in Rio de Janeiro gezeigt (Dezember 2007 bis Jänner 2008). Weitere Ausstellungen waren die Wanderausstellung „Clemens Holzmeister“, die in Belo Horizonte, Fortaleza und Porto Alegre zu sehen war (Februar bis Oktober), die Wanderausstellung „Bertha von Suttner“, welche in Fortaleza, Niteroi, Recife und Vitoria gezeigt wurde (August bis Oktober) sowie „Historisches Geld“ (in Zusammenarbeit mit den Botschaften der zentral-europäischen Nachbarländer in Brasília) (November 2007 bis Februar 2008). Weitere kulturelle Aktivitäten waren die Aufführung der Komposition „Nasca on Perspective“ von Klaus Dorninger in Rio de Janeiro und Salvador (März), die Vortragsreise von Professor Peter Stania im Rahmen des Kooperationsabkommens zwischen der Diplomatischen Akademie und dem Instituto Rio Branco (April) sowie die Teilnahme des österreichischen Kurzfilms „Drake“ von Christoph Rainer am Internationalen Filmfestival von São Paulo (August).

Die österreichischen Exporte betragen 501,914 Millionen Euro (+57,4%), die Importe 434,982 Millionen Euro (+15,4%).

*Länderinformationen***Brunei****(Brunei Darussalam), Bandar Seri Begawan**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Sultan Haji Hassanal Bolkiah
Mu'izzaddin Waddaulah

Außenminister
Prinz Haji Mohamed Bolkiah

ÖB, AHSt: siehe Malaysia; Seria – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Andrea Kdolsky, Audienz bei Sultan Haji Hassanal Bolkiah Mu'izzaddin Waddaulah, Treffen mit dem bruneiischen Gesundheitsminister Pehin Orang Kaya Indera Pahlawan Dato Seri Setia Haji Suyoi bin Haji Osman und Außen- und Handelsminister Prinz Haji Mohamad Bolkiah (14. und 15. November); Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch, Gespräche mit dem Generalsekretär des bruneiischen Außen- und Handelsministeriums Shofry Abdul Ghafor und hochrangigen Vertretern des Ministeriums (17. und 18. November).

Besuche in Österreich: Gesundheitsminister Pehin Orang Kaya Indera Pahlawan Dato Seri Setia Haji Suyoi bin Haji Osman, Treffen mit Vizekanzler Wilhelm Molterer und Bundesministerin Andrea Kdolsky (19.-24. Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 1,148 Millionen Euro (-68,1%), die Importe 44.000 Euro (-68,7%).

Bulgarien**Bulgarien (Republik), Sofia**

Staatsoberhaupt
Georgi Parvanov

Regierungschef
Sergei Stanishev

Außenminister
Ivailo Kalfin

Sofia – **ÖB, AHSt, ASO, Bildungsbeauftragte (Kulturkontakt)**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme an den Feierlichkeiten anlässlich des bulgarischen EU-Beitritts (Ruse und Sofia, 1. Jänner); Präsident der WKÖ Christoph Leitl, Teilnahme am „EU-Event der Wirtschaftskammer Österreich“ (12. Februar); Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Treffen mit Parlamentspräsident Georgi Pirinski (16.-18. Februar); Staatssekretär Hans Winkler, Teilnahme am Außenministertreffen der ZEI (17. und 18. Mai); Volksanwalt Peter Kostelka, Teilnahme am Seminar „Eunomia: Promotion of Ombudsman Institutions in Southeastern Europe“ (17. und 18. September); Bundesminister Günther Platter, Teilnahme am Innenministertreffen des „Forum Salzburg“ (Pleven, 21. September); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Treffen mit Ministerpräsident Sergei Stanishev im Rahmen eines Ratstreffens der Partei Europäischer Sozialisten (22. November); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Teilnahme am Treffen der Regierungschefs der ZEI (27. November); Vizekanzler Wilhelm Molterer, Treffen mit Ministerpräsident Sergei Stanishev und Finanzminister Plamen Oresharski (7. Dezember).

Besuche in Österreich: Innenminister Rumen Petkov, Teilnahme am Begräbnis von Bundesministerin Liese Prokop (9. Jänner); Vizepräsident Angel Marin, Treffen mit in Österreich lebenden BulgarInnen und Teilnahme an den Feierlichkeiten anlässlich des Todestags des bulgarischen Revolutionärs Hristo Botev (Gols, 1. und 2. Juni); Minister der Staatsadministration und der administrativen Reform Nikolai Vassilev, Teilnahme am Globalforum „Ausbildung und Verwaltung“ (26. und 27. Juni); Kulturminister Stefan Danailov, Treffen mit Bundesministerin Claudia Schmied (13. November); Vizeaußenminister Lyubomir Kyuchukov, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (17. Dezember).

Konzertante Veranstaltungen bildeten den Schwerpunkt der Kulturarbeit der Botschaft. Im April und Mai wurden bereits zum elften Mal die „Österreichischen Musikwochen in Bulgarien“ mit Konzerten in fünf Städten sowie einem Meisterkurs in Plovdiv abgehalten. Von März

Anhang

bis August zeigten die Bulgarin Andrea Konstantinova und die Österreicherin Dominika Szczot in vier Städten Bilder zum Thema „Tandem“. Im Bereich der Literatur waren die Österreich-Bibliotheken in Ruse, Sofia und Veliko Tarnovo sowie die drei Österreich-LektorInnen in Plovdiv, Sofia und Veliko Tarnovo bewährte Partner, mit denen Lesungen österreichischer SchriftstellerInnen, unter anderem mit dem Oberösterreichischer Franzobel, realisiert wurden. Die drei deutschsprachigen Botschaften unterhielten im Rahmen der Sofioter Buchmesse einen Gemeinschaftsstand zum Thema „Deutschsprachige Kinder- und Jugendliteratur“ (5.-9. Dezember). Am Internationalen Filmfestival Sofia (1.-11. März) und am Naturfilmfestival Gorna Banja (7.-9. Mai) beteiligte sich die Botschaft mit je einer österreichischen Produktion und konnte bei letzterem Festival für einen ORF-Dokumentarfilm den „Storchnest-Preis“ entgegennehmen. Am 29. September erfolgte die Erstaufführung des Jelinek-Stücks „Der Tod und das Mädchen“ im Jugendtheater „Nikolai Binev“. Am 14. Dezember fand in Veliko Tarnovo ein Symposium zum Thema „Geschichte und Mythos als Alibi: Nationen und Nationalismen auf dem Balkan“ statt, an dem Univ.-Prof. Karl Kaser und Univ.-Prof. Harald Heppner von der Universität Graz teilnahmen.

Die österreichischen Exporte betragen 723,769 Millionen Euro (+29,9%), die Importe 267,442 Millionen Euro (-4,1%).

Burkina Faso (Republik Burkina Faso), Ouagadougou

Staatsoberhaupt
Blaise Compaoré

Regierungschef
Tertius Zongo
(seit 4. Juni)

Außenminister
Djibrill Ypènè Bassolé
(seit 11. Juni)

ÖB: siehe Senegal; **AHS:** siehe Marokko; Ouagadougou – **Koordinationsbüro der OEZA**

Besuche aus Österreich: Sektionsleiter Thomas Mayr-Harting und Sonderbeauftragter des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten für Afrika Botschafter Georg Lennkh, Treffen mit Außenminister Djibrill Ypènè Bassolé (19. und 20. Juli); Bundesministerin Ursula Plassnik, Treffen mit Präsident Blaise Compaoré, Teilnahme an der Konferenz „Frieden und Sicherheit in Westafrika – Welche Rolle für die gemeinsame EU-Afrika-Strategie?“ (11.-13. November).

Besuche in Österreich: Premierminister Tertius Zongo, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme an der UNIDO-Generalkonferenz (2.-5. Dezember).

Im Vorfeld des EU-Afrika-Gipfels veranstaltete Österreich gemeinsam mit Burkina Faso Anfang November in Ouagadougou ein regionales Ministertreffen mit ECOWAS zum Thema „Frieden und Sicherheit in Westafrika – Welche Rolle für die gemeinsame EU-Afrika-Strategie?“. Unter dem gemeinsamen Vorsitz von Bundesministerin Ursula Plassnik und Außenminister Djibrill Bassolé wurde die Stärkung der Zusammenarbeit in den Bereichen Frieden und menschliche Sicherheit erörtert.

Burkina Faso ist Schwerpunktland der OEZA. Die bilaterale EZA wurde gemäß der im Kooperationsabkommen bis 2007 festgelegten Prioritäten (Ländliche Entwicklung, Technisches Unterrichtswesen und Berufsausbildung, Aufbau von Kleinunternehmen) fortgesetzt.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von 3,03 Millionen Euro erbracht.

Für die Durchführung eines Studien- bzw. Forschungsvorhabens an der Universität für Bodenkultur Wien wurde einem Stipendiaten aus Burkina Faso ein Stipendium ab dem Wintersemester 2007/2008 zuerkannt.

Die österreichischen Exporte betragen 550.000 Euro (-10,3%), die Importe 488.000 Euro (-58,5%).

*Länderinformationen***Burundi
(Republik Burundi), Bujumbura**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Pierre Nkurunziza

Außenministerin
Antoinette Batumubwira

ÖB: siehe Kenia; **AHSt:** siehe Südafrika

Besuche aus Österreich: Sonderbeauftragter des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten für Afrika Botschafter Georg Lennkh, Treffen mit Außenministerin Antoinette Batumubwira und der Generalsekretärin der Internationalen Konferenz der Großen-Seen-Region Liberata Mulamula (12.-15. Mai); Bundesministerin Ursula Plassnik, Treffen mit Außenministerin Antoinette Batumubwira am Rande des EU-Afrika-Gipfels (Lissabon, 7.-9. Dezember).

Besuche in Österreich: Außenministerin Antoinette Batumubwira, Teilnahme an der Konferenz „Women Leaders – Networking for Peace and Security in the Middle East“ (30. und 31. Mai), Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik (1. Juni); Permanent Secretary des burundischen Außenministeriums Jean Rigi, Teilnahme an der Wiener Konferenz zum Verbot von Streumunition (5.-7. Dezember).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 508.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 152.000 Euro (-13,2%), die Importe 308.000 Euro (-28,2%).

**Chile
(Republik Chile), Santiago de Chile**

Staatsoberhaupt und Regierungschefin
Michelle Bachelet

Außenminister
Alejandro Foxley

Santiago de Chile – **ÖB, AHSt**; Arica, Valdivia, Valparaíso – **HK**

Besuche aus Österreich: Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Treffen mit Staatssekretär Alberto van Klaveren (26. und 27. April).

Besuche in Österreich: Oberkommandierender des chilenischen Heeres General Oscar Izurieta, Treffen mit dem Chef des Generalstabs General Roland Ertl (1. und 2. Juli).

Österreich war am internationalen Sommerfestival in Frutillar durch das Klavierduo Waltraud Wulz und Antoinette Van Zabner vertreten (Februar). Der Jazzsaxofonist Karlheinz Miklin gab gemeinsam mit chilenischen MusikerInnen Konzerte in Santiago und Talca (September), der Bassbariton Rupert Bergmann gab Liederabende in Santiago (Oktober). Einzelausstellungen waren den Malern Fritz Rupprechter und Kurt Herdan gewidmet (Santiago, Dezember). Zeitgleich zu einer Ausstellung chilenischer FotografInnen in Wien mit dem Titel „No Dumping“ zeigten sechs junge österreichische FotokünstlerInnen ihre Arbeiten in Valparaíso unter dem Motto „Dialog“ (Oktober und November). Das EU-Filmfestival in Santiago zeigte den österreichischen Film „Spiele leben“ von Antonin Svoboda (Mai und Juni).

Österreichische Marktpräsenz und technologisches Know-how im Tunnelbau wurden bei einem Seminar der chilenischen Kammer für Bauwirtschaft, an dem Firmen und Vortragende aus Österreich teilnahmen, bekräftigt (Santiago, 25. Oktober). Die AHSt richtete auf Fachmessen in Santiago de Chile wie „Infraestructura Expoconstrucción 2007“ (9.-12. Mai), „ambientAL 2007“ (17.-20. Oktober) und dem „Salon Internacional de Turismo“ (23.-25. November) Informationsstände der einschlägigen Branchen ein. Bei der Vergabe von neuen Casinolizenzen erhielten zwei Konsortien mit österreichischer Beteiligung jeweils einen Zuschlag; beide Projekte befinden sich in Bau.

Anhang

Das Handelsvolumen konnte weiter kräftig gesteigert werden.

Die österreichischen Exporte betragen 104,907 Millionen Euro (+29,5%), die Importe 170,534 Millionen Euro (+11,0%).

China (Volksrepublik China), Peking

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Hu Jintao	Wen Jiabao	Yang Jiechi (seit 27. April)

Sonderverwaltungsregion Hongkong Sonderverwaltungsregion Macao

Regierungschef (Chief Executive)	Regierungschef (Chief Executive)
Tsang Yam-Kuen Donald	Ho Edmund

Peking – **ÖB, KF, AHSt, ÖW**; Shanghai – **GK, AHSt**; Hongkong – **GK, AHSt, Wien-Büro**;
Chongqing, Guangzhou, Shenyang, Xian – **AWO-Marketingbüro**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Martin Bartenstein, Treffen mit dem Oberbürgermeister von Shanghai Han Zheng, Eröffnung neuer Betriebsstätten österreichischer Firmen (24.-28. März); Vizepräsidentin des Bundesrates Anna Elisabeth Haselbach mit einer Delegation des Bundesrates, Treffen mit dem Präsidenten der Politischen Konsultativkonferenz Jia Qinglin sowie dessen Stellvertreter Xu Kuangdi, der stellvertretenden Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses He Luli, dem stellvertretenden Leiter der Internationalen Abteilung im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas Vizeminister Zhang Zhijun sowie dem Präsidenten der Freundschaftsgesellschaft Minister Chen Haosu (30. März bis 6. April); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und Bürgermeister der Stadt Salzburg Heinz Schaden, Bewerbung der Stadt Salzburg für die Olympischen Winterspiele 2014, Treffen mit Sportminister Liu Peng, dem beigeordneten Minister der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas Ma Wenpu und dem Vizebürgermeister der Stadt Peking Zhao Fengtong (23.-27. April); Bundesministerin Andrea Kdolsky, Teilnahme an einem internationalen Arztekongress (12. und 13. Mai); Staatssekretär Christoph Matznetter, Teilnahme an einer Tagung der Afrikanischen Entwicklungsbank in Shanghai (16. und 17. Mai), Besuch in Hongkong (23.-26. Oktober); Präsident des Bundesrates Wolfgang Ertlitz mit einer ParlamentarierInnendelegation, Treffen mit dem Vorsitzenden der Freundschaftsgesellschaft Minister Chen Haosu, dem Präsidenten der Politischen Konsultativkonferenz Jia Qinglin sowie dessen Stellvertreter Xu Kuangdi, dem Sekretär der Kommunistischen Partei Chinas in der Provinz Guizhou Shi Zongyuan und dem Sekretär der Kommunistischen Partei Chinas in der Provinz Jiangsu Li Yuanchao (15.-28. August); Bundesminister Josef Pröll, Treffen mit Landwirtschaftsminister Sun Zhengcai, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission Minister Xie Zhenhua und dem Generaldirektor der Staatlichen Umweltschutzagentur Minister Zhou Shengxian (13.-16. November).

Besuche in Österreich: Staatsrat Hua Jianmin, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Bundesminister Martin Bartenstein (27.-30. Jänner); Vizebildungsminister Yuan Guiren, Teilnahme an einem Runden Tisch im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (16.-18. Juni); stellvertretender Vorsitzender der Politischen Konsultativkonferenz Xu Kuangdi, Treffen mit dem Präsidenten des Bundesrates Wolfgang Ertlitz (26. Juni bis 13. Juli); Vizeminister für Arbeit und Soziales Liu Yongfu, Treffen mit dem Gruppenleiter und stellvertretenden Sektionschef im Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz Reinhard Sommer (1.-3. Juli); Vizelandwirtschaftsminister Niu Dun, Treffen mit dem Generalsekretär im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und

Länderinformationen

Wasserwirtschaft Reinhard Mang (18.-22. Juli); Direktor der Staatlichen Allgemeinen Verwaltung für Sport Minister Liu Peng, Treffen mit Staatssekretär Reinhold Lopatka (22.-24. September).

Im Oktober fanden in Shanghai die Special Olympics statt, bei denen Österreich mit 180 Athletinnen und BetreuerInnen das viertgrößte Kontingent stellte.

Im Rahmen des chinesisch-österreichischen Konsultationsmechanismus bei Energieeffizienz und Umwelttechnologie wurden Pilotprojekte für Biodiesel, Umweltsanierungen und energie-sparendes Bauen konkretisiert sowie für die wissenschaftliche Zusammenarbeit ein chinesisch-österreichisches Zentrum für Umweltschutz und erneuerbare Energien an der North-West University in Yangling nahe Xi'an durch das Universitätsnetzwerk Eurasia-Pacific Uninet gegründet (15. Mai). Das Projekt des Chinesisch-Österreichischen Technologieparks (CATP) in Wien konnte durch den Bevollmächtigten der Stadt Wien für Technologie- und Wirtschaftskooperationen mit der Volksrepublik China Vizebürgermeister a.D. Sepp Rieder vorangetrieben werden.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 227.000 Euro erbracht.

Zur Förderung der positiven Entwicklung im Tourismussektor wurden Reisebüro-Workshops der Österreich-Werbung unter anderem in Guangzhou, Hongkong, Peking und Shanghai abgehalten (November) sowie Initiativen im Rahmen der EU zur Schaffung einer gemeinsamen Visaannahmestelle der Schengen-Staaten in Peking gesetzt.

Das Universitätsnetzwerk Eurasia-Pacific Uninet, welches mit über 40 chinesischen Mitgliedsinstitutionen das größte einzelstaatliche Netzwerk eines europäischen Mitgliedsstaates für die Bildungszusammenarbeit mit China darstellt, nahm die zentrale Rolle in der Bildungszusammenarbeit ein. Höhepunkt war die Plenarsitzung der Netzwerksmitgliedsinstitutionen im Oktober in Shanghai. Derzeit bestehen gemeinsame Forschungsinstitute für Krebsforschung an der Peking Universität, für traditionelle chinesische Medizin an der China Academy of Chinese Medical Sciences in Peking, für Tunnelbau an der Tongji Universität in Shanghai, das bereits erwähnte Zentrum für Umweltschutz und erneuerbare Energien in Yanglin sowie das Österreichzentrum mit einer Österreich-Bibliothek an der Fudan Universität in Shanghai.

Die Wiener Staatsoper gastierte mit einer konzertanten Fassung von „Figaros Hochzeit“ unter der Leitung von Musikdirektor Seiji Ozawa im September im Oriental Art Center Shanghai. Der Haydnchor der Wiener Sängerknaben konzertierte im Herbst in mehreren südchinesischen Metropolen. Beim „Percussion Hong Kong Drum Festival“ präsentierten sich die Musikformationen „die reihe“, das „Arcus Ensemble“ und die „Via Nova Percussion Group“ mit zeitgenössischer Musik sowie österreichischer Jazznachwuchs und österreichische DJs (Dezember). Im Rahmen der „ISCM-ACL World Music Days 2007“ in Hongkong (November und Dezember) fanden neben Auftritten des Alban Berg Quartetts die Uraufführung des Werks „Taiphon“ des österreichischen Komponisten Alexander Wagendristel statt.

Im Bereich der Bildenden Künste spannte sich der Bogen der Aktivitäten von Ausstellungen bis hin zu Malprojekten, Designausstellungen und Multimediapräsentationen, darunter die Teilnahme der Ars Electronica am „eARTS Festival“ in Shanghai (November). In Österreich wurde im Herbst die bislang umfassendste Schau moderner chinesischer Gegenwartskunst unter dem Titel „China-Facing Reality“ im MUMOK in Wien eröffnet. Diese Ausstellung wird 2008 auch in Peking gezeigt werden.

Architektur, Neue Medien und Konzepte urbaner kultureller Zwischennutzungen waren einige der Themen, die von österreichischen WissenschaftlerInnen und Lehrenden in Vorträgen und Symposien in China präsentiert wurden. Im Bereich Film war Österreich in Hongkong beim 14. EU-Filmfestival mit dem Film „We Feed the World“ von Erwin Wagenhofer (9. Oktober bis 28. November) und in Peking mit einer Reihe zum Thema Migration mit Beiträgen von Houchang Allahyari, Andreas Gruber und Goran Rebić (29. November bis 9. Dezember) vertreten.

Die österreichischen Exporte in das Zollgebiet der Volksrepublik China betragen 1.638,614 Millionen Euro (+33,0%), die Importe 4.585,740 Millionen Euro (+21,4%). Die österreichischen

Anhang

Exporte in das Zollgebiet der Sonderverwaltungsregion Hongkong betragen 470,519 Millionen Euro (+4,7%), die Importe 152,849 Millionen Euro (-14,2%). Die österreichischen Exporte in das Zollgebiet der Sonderverwaltungsregion Macao betragen 10,292 Millionen Euro (+0,9%), die Importe 12,763 Millionen Euro (-16,8%).

Taiwan (China)

Aufgrund der Ein-China-Politik unterhält Österreich keine diplomatischen Beziehungen zur Republik China. Taiwan wird von Österreich nicht als selbständiger Staat anerkannt. In Taipeh besteht ein Österreichisches Tourismusbüro.

Die österreichischen Exporte nach Taiwan betragen 266,449 Millionen Euro (-20,1%), die Importe 566,419 Millionen Euro (+2,1%).

Costa Rica (Republik Costa Rica), San José

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Oscar Arias Sánchez

Außenminister
Bruno Stagno Ugarte

ÖB, AHSt: siehe Mexiko; San José – **HGK; Koordinationsbüro der OEZA:** siehe Nicaragua

Besuche in Österreich: Außenminister Bruno Stagno Ugarte, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik (16. Mai; Alpbach, 26. August; 18. September anlässlich der CTBT-Konferenz).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 25.000 Euro erbracht.

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft wurde die akademische Ausbildung von Fachkräften in Österreich unterstützt.

Unter finanzieller Beteiligung des KF Mexiko wurde das Mozart-Requiem durch die Tanzkompanie der Universidad de Costa Rica choreographisch umgesetzt (19. und 20. September).

Die österreichischen Exporte betragen 9,615 Millionen Euro (+22,8%), die Importe 39,475 Millionen Euro (-3,2%).

Côte d'Ivoire (Republik Côte d'Ivoire), Yamoussoukro; Regierungssitz: Abidjan

Staatsoberhaupt
Laurent Gbagbo

Regierungschef
Guillaume Soro
(seit 29. März)

Außenminister
Youssouf Bakayoko

ÖB: siehe Senegal; Abidjan – **HK; AHSt:** siehe Marokko

Besuche aus Österreich: Sektionsleiter Thomas Mayr-Harting und Sonderbeauftragter des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten für Afrika Botschafter Georg Lennkh, Treffen mit dem Kabinettschef des Außenministers Léon Kacou Adom (17. und 18. Juli).

Besuche in Österreich: Industrieministerin Marie Tehuoa Amah, Teilnahme an der UNIDO-Generalkonferenz (2.-5. Dezember); Präsident Laurent Gbagbo, Treffen mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer am Rande des EU-Afrika-Gipfels (Lissabon, 8. und 9. Dezember).

Am 25. Oktober wurde das österreichische Honorarkonsulat in Abidjan offiziell eröffnet.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 33.000 Euro erbracht.

Länderinformationen

Die österreichischen Exporte betragen 6,639 Millionen Euro (+31,3%), die Importe 17,006 Millionen Euro (+46,3%).

Dänemark (Königreich Dänemark), Kopenhagen

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Margrethe II.	Anders Fogh Rasmussen	Per Stig Møller

Kopenhagen – **ÖB, AHSt, ÖW**; Åbenrå, Århus, Odense – **HK**

Besuche aus Österreich: Delegation von Tiroler Bürgermeistern aus dem Bezirk Schwaz, Jahresreise (8.-10. Juni); Delegation des steiermärkischen Landtags, Präsentation des Wirtschaftsstandorts Steiermark und des Clusters „human.technology.styria.“ (27. und 28. Juni); Wirtschaftsdelegation unter der Leitung des Präsidenten der WKÖ Christoph Leitl, Informationsreise über das dänische „Flexicurity“-System (10.-12. September); Delegation der Niederösterreichischen Landwirtschaftskammer, Besichtigung dänischer landwirtschaftlicher Betriebe (25.-28. Oktober).

Musikalisch war Österreich einerseits durch ein Jazzkonzert des Klaus-Paier-Trios (Kopenhagen, Juni) und andererseits durch ein vorweihnachtliches Konzert des Kammertrios Linz-Wien (Kopenhagen, November) präsent. Im Bereich Architektur und Design unterstützte die Botschaft eine Vorstellung der Ideenplattform „shapeshifters“ (Kopenhagen, März). Weiters wurde die „International Computer Music Conference '07“, eine Veranstaltung im Bereich der elektronischen Medien (Kopenhagen, August), sowie die Eröffnung des Århus Festivals gefördert (August). Im Bereich Theater unterstützte die Botschaft Aufführungen von Gerhild Steinbuch (Kopenhagen, Jänner). Im Dänischen Institut für Internationale Studien organisierte die Botschaft einen Vortrag über die Beziehungen der EU zur Russischen Föderation (Kopenhagen, Februar). Im ehemaligen erzbischöflichen Palais in Roskilde wurde von der Botschaft im Rahmen des Schubertjahres 2007 die Ausstellung „Franz Schubert“ mit Zeichnungen der österreichischen Künstlerin Martha Griebler eröffnet (August).

Die österreichischen Exporte betragen 789,957 Millionen Euro (+8,9%), die Importe 508,575 Millionen Euro (+0,7%).

Deutschland (Bundesrepublik Deutschland), Berlin

Staatsoberhaupt	Regierungschefin	Außenminister
Horst Köhler	Angela Merkel	Frank-Walter Steinmeier

Berlin – **ÖB, KF, AHSt, ÖW**; Hamburg – **GK**; München – **GK, AHSt**; Bremen – **HK**; Dresden – **HK, Außenstelle der AHSt Berlin**; Frankfurt a.M. – **AHSt**; Hannover – **HK**; Kiel – **HK**; Lübeck – **HK**; Nürnberg – **HK**; Rostock – **HK**; Saarbrücken – **HK**; Stuttgart – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Maria Berger und Bundesminister Günther Platter, Teilnahme am informellen Treffen der EU-Justiz- und InnenministerInnen (Dresden, 14.-16. Jänner); Bundesminister Martin Bartenstein und Bundesminister Erwin Buchinger, Teilnahme am informellen Treffen der EU-MinisterInnen für Beschäftigung und Soziales (18.-20. Jänner); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Gespräche mit den Staatssekretären des Auswärtigen Amtes Georg Boomgaarden und Reinhard Silberberg (19. Jänner); Bundesminister Josef Pröll, Besuch der Grünen Woche (19. und 20. Jänner); Vizekanzler Wilhelm Molterer, Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundestagspräsident Norbert Lammert, dem Bundesminister der Finanzen Peer Steinbrück, dem Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Michael Glos und dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder (25. und 26. Jänner); Bundesminister Johannes Hahn, Treffen mit der Bundesmi-

Anhang

nisterin für Bildung und Forschung Annette Schavan (26. Jänner); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Vizekanzler Franz Müntefering und dem Bundesminister der Finanzen Peer Steinbrück (7. Februar); Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme an der Konferenz zur Sicherheitspolitik (München, 9. und 10. Februar); Zweiter Nationalratspräsident Michael Spindelegger, Teilnahme an der Konferenz der Gemeinschafts- und Europaausschüsse der Parlamente der Europäischen Union (COSAC), des Europäischen Parlaments und der Parlamente der Beitrittskandidaten (12. Februar); Bundesministerin Doris Bures, Teilnahme am informellen Treffen der EU-Kultur- und MedienministerInnen (12. und 13. Februar); Bundesminister Werner Faymann, Gespräch mit dem Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Wolfgang Tiefensee (14. Februar); Abgeordneter zum Nationalrat Caspar Einem und Mitglied des Bundesrates Hans Ager, Teilnahme an der Konferenz der Vorsitzenden der Auswärtigen Ausschüsse der Parlamente der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, des Europäischen Parlaments und der Parlamente der Beitrittskandidaten (26. und 27. Februar); Bundesministerin Claudia Schmied, Teilnahme am informellen Treffen der EU-BildungsministerInnen (Heidelberg, 1. und 2. März); Bundesminister Norbert Darabos, Teilnahme am informellen Treffen der EU-VerteidigungsministerInnen (Wiesbaden, 1. und 2. März); Bundesminister Martin Bartenstein, Besuch der Internationalen Tourismusbörse (7. März); Staatssekretär Hans Winkler, Teilnahme am informellen Treffen der EU-EntwicklungsministerInnen (Bonn/Petersberg, 12. und 13. März); Staatssekretär Hans Winkler, Teilnahme am EU-ASEAN-Gipfel (Nürnberg, 14. und 15. März); Bundesminister Werner Faymann, Besuch der CeBIT und Teilnahme am informellen Treffen der EU-TelekommunikationsministerInnen (Hannover, 15. März); Bundesminister Günther Platter, Treffen mit dem Bayerischen Innenminister Günther Beckstein (München, 21. und 22. März); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Treffen mit Oberbürgermeister Christian Ude (München, 23. und 24. März); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Teilnahme am Europäischen Rat zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge (24. und 25. März); Vizekanzler Wilhelm Molterer und Mitglied des Europäischen Parlaments Othmar Karas, Teilnahme am Treffen der Europäischen Volkspartei anlässlich des Europäischen Rats zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge (24. März); Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme am informellen Treffen der EU-AußenministerInnen (Bremen, 30. und 31. März); Landeshauptmann Josef Pühringer, Überreichung des Bayerischen Verdienstordens durch den Bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (München, 13. April); Staatssekretär Christoph Matznetter und Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank Klaus Liebscher, Teilnahme am informellen Treffen der EU-FinanzministerInnen (ECOFIN) (20. und 21. April); Abgeordneter zum Nationalrat Peter Fichtenbauer, Teilnahme an der Konferenz der Vorsitzenden der Verteidigungsausschüsse der Parlamente der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, des Europäischen Parlaments und der Parlamente der Beitrittskandidaten (22. und 23. April); Sonderbeauftragter der Stadt Wien Senator Walter Nettig und Präsidentin der Wirtschaftskammer Wien Brigitte Jank, Teilnahme an einer Standortpräsentation der Stadt Wien (22.-25. April); Bundesminister Martin Bartenstein, Teilnahme an der Podiumsdiskussion der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema „Der Transatlantische Markt: Wie viel Integration ist nötig?“ (23. April); Bundesminister Martin Bartenstein und Bundesminister Johannes Hahn, Teilnahme am informellen EU-Ministertreffen zum Thema Wettbewerbsfähigkeit (Würzburg, 26.-28. April); Bundeskanzler a.D. Klubobmann Wolfgang Schüssel, Verleihung der Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg durch den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günther Oettinger (Stuttgart, 28. April); Abgeordneter zum Nationalrat Günter Stummvoll, Teilnahme an der Konferenz der Vorsitzenden der Finanzausschüsse der Parlamente der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, des Europäischen Parlaments und der Parlamente der Beitrittskandidaten (30. April); Abgeordneter zum Nationalrat Rudolf Parnigoni und Mitglied des Bundesrates Franz Eduard Kühnel, Teilnahme an der Konferenz der Vorsitzenden der innenpolitischen Ausschüsse der Parlamente der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, des Europäischen Parlaments und der Parlamente der Beitrittskandidaten (6. und 7. Mai); Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme am WDR-Europaforum, Podiumsdiskussion zum Thema „Europas globale Verantwortung – Friedensmacht oder Konfliktpartei?“ (9. Mai); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Teilnahme am WDR-Europaforum, Podiumsdiskussion zum Thema „Europas Globalisierung – wohin wird sich die

Länderinformationen

EU orientieren?“ (9. Mai) sowie Grußwort und Diskussion mit AutorInnen anlässlich der Österreichischen Literaturtage und Verleihung der „Goldenen Feder“ an Anna Netrebko (Hamburg, 10. und 11. Mai); Präsident der WKÖ Christoph Leitl und Generalsekretär des Wirtschaftsverbundes Karlheinz Kopf, Teilnahme an der Generalversammlung der Union der Klein- und Mittelunternehmen (SME UNION) (10. Mai); Zweiter Nationalratspräsident Michael Spindelegger, Abgeordnete zum Nationalrat Reinhard Eugen Bösch, Caspar Einem, Ulrike Lunacek und Veit Schalle sowie die Mitglieder des Bundesrates Hans Ager und Albrecht Konecny, Teilnahme am COSAC-Treffen (14. und 15. Mai); Bundesministerin Andrea Kdolsky, Teilnahme am informellen Treffen der EU-Gleichstellungs- und FamilienministerInnen (Bad Pyrmont, 15. und 16. Mai); Bundeskanzler a.D. Klubobmann Wolfgang Schüssel, Verleihung des Bayerischen Verdienstordens durch den Bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (München, 18. Mai); Abgeordnete zum Nationalrat Fritz Grillitsch und Wolfgang Pirkhuber, Mitglieder des Bundesrates Günther Kaltenbacher und Martin Preineder, Teilnahme an der Konferenz der Vorsitzenden und Stellvertreter der Agrarausschüsse in den EU-Mitgliedstaaten (20. und 21. Mai); Bundesminister Josef Pröll, Teilnahme am informellen Treffen der EU-AgrarministerInnen (Mainz, 20.-22. Mai); Bundesminister Martin Bartenstein, Verleihung des Großen Silbernen Ehrenzeichens mit dem Stern für Verdienste um die Republik Österreich an Elisabeth Schaeffler (Herzogenaurach, 21. Mai); Sonderbeauftragter des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten für Afrika Botschafter Georg Lennkh, Teilnahme am Africa Partnership Forum (APF) (22. und 23. Mai); Staatssekretärin Heidrun Silhavy, Teilnahme am informellen EU-Ministertreffen zum Thema Stadtentwicklung und territorialer Zusammenhalt (Leipzig, 24. und 25. Mai); Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme am EU-ASEM-Gipfel (Hamburg, 27. und 28. Mai); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, dem lettischen Ministerpräsidenten Aigars Kalvītis und dem estnischen Ministerpräsidenten Andrus Ansip (28. Mai); Bundesminister Josef Pröll, Teilnahme am informellen Treffen der EU-UmweltministerInnen (Essen, 1.-3. Juni); Staatssekretärin Christa Kranzl, Treffen mit dem Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Jörg Hennerkes (4. Juni); Abgeordnete zum Nationalrat Michaela Szburny und Martin Graf, Mitglied des Bundesrates Josef Saller, Teilnahme an der Konferenz der Vorsitzenden der Bildungs- und Forschungsausschüsse der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der Parlamente der EU-Beitrittskandidaten (10. und 11. Juni); Bundesminister Erwin Buchinger, Teilnahme an der Europäischen Konferenz zur Integration von Menschen mit Behinderungen (11. und 12. Juni); Abgeordnete zum Nationalrat Terezija Stoisits, Teilnahme an der Konferenz der Vorsitzenden der Parlaments-Ausschüsse für Menschenrechte in der EU (14. und 15. Juni); Präsident des Salzburger Landtages Johann Holztrattner, Teilnahme an der Gedenkveranstaltung „Vor 275 Jahren Aufnahme der Salzburger in Preußen“, Gespräch mit Bundestagspräsident Norbert Lamert (15. und 16. Juni); Oberösterreichischer Wirtschaftslandesrat Viktor Sigl und Vizepräsidentin der Wirtschaftskammer Oberösterreich Ulrike Rabmer-Koller, Teilnahme an einer Standortpräsentation des Landes Oberösterreich (21. Juni); Bundesministerin Doris Bures, Teilnahme an der Konferenz der für den öffentlichen Dienst und die öffentliche Verwaltung zuständigen MinisterInnen der EU (21. und 22. Juni); Bundesminister Martin Bartenstein, Teilnahme am 29. Treffen der WirtschaftsministerInnen Österreichs, Deutschlands und der Schweiz (Heiligen-damm, 6. und 7. Juli); Landeshauptmann Herwig van Staa, Teilnahme am Sommerempfang der Handelsdelegation (München, 10. Juli); Staatssekretärin Christa Kranzl, Treffen mit dem Bayerischen Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie Erwin Huber (München, 12. Juli); Landeshauptmann Josef Pühringer, Treffen mit dem Bayerischen Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie Erwin Huber und dem Bayerischen Finanzminister Kurt Falthäuser, Verleihung des Bayerischen Verdienstordens durch Ministerpräsident Edmund Stoiber (München, 30. und 31. Juli); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Teilnahme an den Feierlichkeiten anlässlich „100 Jahre IUSY“ (International Union of Socialist Youth) (25. und 26. August); Landeshauptmann Josef Pühringer, Treffen mit Ministerpräsident Günther Oettinger (Stuttgart, 4. September); Bundesministerin Andrea Kdolsky, Treffen mit der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Ursula von der Leyen und der Bundesministerin für Gesundheit Ulla Schmidt (17. September); Bundeskanzler a.D. Klubobmann Wolfgang Schüssel, Teilnahme am CSU-Parteitag (München, 28. September);

Anhang

Vizekanzler Wilhelm Molterer, Teilnahme am CSU-Parteitag (München, 28. und 29. September); Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme am Workshop „Nukleare Brennstoffversorgung – eine Gefahr für die Nichtverbreitung?“ (8. Oktober); stellvertretender Landeshauptmann von Niederösterreich Ernest Gabmann, Präsentation des Wirtschaftsstandortes Niederösterreich (Hamburg, 24. und 25. Oktober); Landeshauptmann Jörg Haider, Präsentation über Kärnten (Stuttgart, 25. Oktober); Bundeskanzler a.D. Klubobmann Wolfgang Schüssel, 5. Petersberger Europa-Rede im Rahmen einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung (Bonn, 20. November); Bundesministerin Andrea Kdolsky, Teilnahme an der Konferenz „Essstörungen und Schlankheits- bzw. Schönheitsideal“ (13. Dezember).

Besuche in Österreich: Bundesminister des Innern Wolfgang Schäuble, Bayerischer stellvertretender Ministerpräsident und Staatsminister des Innern Günther Beckstein, Landtagspräsident von Baden-Württemberg Peter Straub, Teilnahme an der Trauerfeier aus Anlass des Ablebens von Bundesministerin Liese Prokop (St. Pölten, 9. Jänner); Mitglieder des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform des Landtags von Nordrhein-Westfalen, Erfahrungsaustausch mit TeilnehmerInnen am Österreich-Konvent (16.-18. Jänner); Bundesminister des Auswärtigen Frank-Walter Steinmeier, Teilnahme am Ständigen Rat der OSZE (18. Jänner); Mitglied des Deutschen Bundestages Ruprecht Polenz, Teilnahme an der Konferenz des Instituts für die Wissenschaften vom Menschen (19. und 20. Jänner); Bundesminister der Verteidigung Franz Josef Jung, Teilnahme am Ball des Österreichischen Heeres (19. und 20. Jänner); Bundesminister des Auswärtigen a.D. Joschka Fischer, Vortrag (23. und 24. Jänner); Ministerpräsident des Saarlandes Peter Müller, Vortrag (Fuschl, 25. und 26. Jänner); Bundesjustizministerin Brigitte Zypries, Teilnahme an der Eröffnung der Europäischen Grundrechteagentur (1. März); Präsident des Bundeskriminalamtes Jörg Ziercke, Teilnahme an einer Festveranstaltung der Mitteleuropäischen Polizeiakademie (MEPA), Gespräche im Bundeskriminalamt und im Bundesministerium für Inneres (12. und 13. März); Mitglied des Bundestages Ruprecht Polenz, Teilnahme an der Konferenz der Vorsitzenden der auswärtigen Ausschüsse (27. und 28. März); Bundesminister des Auswärtigen a.D. Joschka Fischer, Vortrag (28. März); Ministerpräsident von Brandenburg Matthias Platzeck, politische Gespräche in Wien und Niederösterreich (Wien, St. Pölten, 10.-12. April); Delegation des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landtages von Nordrhein-Westfalen, Gespräche mit VertreterInnen sozialpolitischer Einrichtungen (25.-27. April); Präsident des Bundesgerichtshofs Günter Hirsch, Justizministerin des Landes Sachsen-Anhalt Angela Kolb, EU-Staatsminister des Landes Sachsen-Anhalt Rainer Robra, Teilnahme am 4. Europäischen Juristentag (2.-5. Mai); Bundesjustizministerin Brigitte Zypries, Teilnahme am 4. Europäischen Juristentag (3. Mai); Bundespräsident a.D. Richard von Weizsäcker, Teilnahme am 25. Jahrestreffen des IAC (InterAction Council) (20.-22. Mai); Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt, Teilnahme am 25. Jahrestreffen des IAC (20.-23. Mai); Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern Harald Ringstorff, Treffen mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Mitgliedern der Präsidialkonferenz des Bundesrates und dem burgenländischen Landtagspräsidenten Walter Prior (Wien, Eisenstadt, 22.-24. Mai); Kultusminister von Sachsen-Anhalt Jan-Hendrik Olbertz, Rede anlässlich einer Ausstellungseröffnung in der Albertina (31. Mai bis 2. Juni); Mitglied des Deutschen Bundestages und Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD Uwe Küster, Gespräche im Bundeskanzleramt und im Bundesministerium für Justiz (4.-6. Juni); Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Michael Glos, Teilnahme am 4. Ministertreffen im Rahmen des Energiedialogs EU-OPEC (21. Juni); Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland Charlotte Knobloch, Treffen mit Vizekanzler Wilhelm Molterer, Tagungseröffnung im Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien (27. und 28. Juni); Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, Teilnahme an der Veranstaltung „Schaffung politischer Rahmenbedingungen für einen neuen Klimaschutz“ (Pertisau, 1. Juli); Ministerpräsident des Freistaates Sachsen Georg Milbradt und Präsident des Sächsischen Landtages Erich Ilgen, Gespräche im Nationalrat im Rahmen einer Fraktionsreise der CDU-Fraktion des Sächsischen Landtags sowie Treffen mit Bundeskanzler a.D. Klubobmann Wolfgang Schüssel und Landeshauptmann Erwin Pröll (Baden, Melk, St. Pölten, Wien, 8.-12. Juli); stellvertretender Bayerischer Ministerpräsident und Staatsminister des Innern Günther Beckstein, Treffen mit dem stellvertretenden Landeshauptmann von Oberösterreich Franz Hiesel (St. Pantaleon, 8. Juli); Bundesminister für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung Wolfgang Tiefensee,

Länderinformationen

politische Gespräche, Unterzeichnung des bilateralen Abkommens „Freilassing – Salzburg“ mit Bundesminister Werner Faymann (10. Juli); Mitglied des Deutschen Bundestages Gunther Krichbaum, Treffen mit Bundeskanzler a.D. Klubobmann Wolfgang Schüssel, der Vorsitzenden der EU-Grundrechteagentur Beate Winkler sowie Gespräche bei der OSZE (10. und 11. Juli); Mitglied des Deutschen Bundestages Hermann Scheer, Gespräche im Umweltministerium zum Projekt IRENA (Indicator Reporting on the integration of Environmental concerns into Agricultural policy) (12. und 13. Juli); Mitglied des Deutschen Bundestages Georg Brunnhuber, Vorbereitung des Besuchs einer Deutsch-Österreichischen Parlamentariergruppe (25.-29. Juli); Bundeskanzlerin Angela Merkel, Treffen mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer am Rande der Salzburger Festspiele (Salzburg, 19. August); Präsident des Bundeskriminalamts Jörg Ziercke, Gespräche im Bundesministerium für Inneres (20. August); Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder, Teilnahme an einer Energiekonferenz (Salzburg, 11. und 12. September); Staatsminister im Auswärtigen Amt Gernot Erler, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler, Vortrag vor Mitgliedern des Instituts für den Donauraum (24. und 25. September); Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder, Gespräche bei den VN (24. und 25. September); Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Thomas Goppel, Gespräche im Wissenschaftsministerium (30. September); Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung Andreas Storm, Vorstellung der High-Tech-Strategie für Deutschland (2. und 3. Oktober); Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder, politische Gespräche, Teilnahme am Abendessen anlässlich des 70. Geburtstags von Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky (4. und 5. Oktober); Delegation der Deutsch-Österreichischen Parlamentariergruppe, Treffen mit Bundesminister Martin Bartenstein, Bundesminister Josef Pröll, Bundeskanzler a.D. Klubobmann Wolfgang Schüssel und VertreterInnen des Nationalrats (14.-16. Oktober); ehemaliger Bayerischer Ministerpräsident Edmund Stoiber, Verleihung des Großen Goldenen Ehrenzeichens des Landes Oberösterreich (Linz, 16. Oktober); Präsident des Bundeskriminalamts Jörg Ziercke, Teilnahme an der Tagung „Terrorismus, Herausforderung für Staat und Privat“ des Kuratoriums „Sicheres Österreich“ (Leogang, 17. Oktober); Ministerpräsident von Niedersachsen Christian Wulff, Politische Gespräche (Salzburg, 22. Oktober); ehemaliger Bayerischer Ministerpräsident Edmund Stoiber, Verleihung des „Großen Tiroler Adler Ordens“ (Innsbruck, 25. Oktober); Bayerischer Ministerpräsident Günther Beckstein, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und Mitgliedern der Bundesregierung (5. November); Bundesminister des Auswärtigen a.D. Joschka Fischer, Teilnahme an der Veranstaltung „Markets and Solidarity“ des Instituts für die Wissenschaft vom Menschen im Museum für Angewandte Kunst (10. November); Ministerpräsident des Freistaats Thüringen Dieter Althaus, Teilnahme an der Jahresversammlung der Deutschen Handelskammer, Treffen mit Bundesminister Martin Bartenstein, Bundesminister Johannes Hahn, Bundesministerin Andrea Kdolsky, Bundesministerin Ursula Plassnik und VertreterInnen des Bundesrates (20.-22. November); Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Reinhard Silberberg, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (29. November); Bayerischer Staatsminister des Innern Joachim Herrmann, Antrittsbesuch bei Bundesminister Günther Platter (30. November); Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales Kajo Wasserhövel, Treffen mit Bundesminister Erwin Buchinger, Staatssekretärin Heidrun Silhavy sowie mit VertreterInnen sozialpolitischer Institutionen (11.-13. Dezember).

Am 6. November unterzeichnete der österreichische Botschafter in Berlin Christian Prosl mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Georg Boomgaarden das österreichisch-deutsche Streitkräfteaufenthaltsabkommen. Dieses regelt den vorübergehenden Aufenthalt von Angehörigen des Österreichischen Bundesheeres und von Angehörigen der Deutschen Bundeswehr auf dem Gebiet des jeweils anderen Staats. Die Ratifizierung ist noch ausständig.

Das KF Berlin sieht es als eine seiner Hauptaufgaben, durch die Schaffung von Präsentations- und Auftrittsmöglichkeiten die kreative und intellektuelle Strahlkraft Berlins für österreichische KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen nutzbar zu machen. Diesem Ziel diene zuletzt die in Angriff genommene Vernetzung von in Deutschland lebenden österreichischen KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen. Im Rahmen des regelmäßigen Veranstaltungsbetriebs wurden an der Botschaft Veranstaltungen verschiedenster Genres (Konzerte, Lesungen, Vorträge,

Anhang

philosophische Salons) geboten, die vom Bemühen gekennzeichnet waren, das breite Publikum auf noch unbekannte Begabungen und Talente aufmerksam zu machen. Der Kooperation mit Partnerinstitutionen und Festivals (etwa Berliner Festspiele und Kunstfest Weimar) wurde besonderes Augenmerk geschenkt. Österreichisches Literaturschaffen war unter anderem bei Literaturtagen in Hamburg (Mai) und Weiden in der Oberpfalz (Mai), bei der Leipziger Buchmesse (März) mit Schwerpunkten zu Arthur Schnitzler und Stefan Zweig sowie bei Lesungen aus Neuerscheinungen von Arno Geiger, Dimitré Dinev, Christoph Ransmayr oder Erich Hackl vertreten. Mit Projekten für Jugendliche mit Behinderungen versuchte das KF, seinen bisherigen Aktivitäten einen neuen Akzent hinzuzufügen. Die alle zwei Monate erscheinende Publikation des KF „Kosmos Österreich“ mit einer Auflage von 4.000 Stück widmete sich unter anderem den Themen „An die Grenze kommen“, „Überschreiten“, „Unsichtbare Bande: Eros“ und „Denk' mal was Neues“.

Die österreichischen Exporte betragen 34.446,478 Millionen Euro (+9,4%), die Importe 47.498,027 Millionen Euro (+9,8%).

Dominica (Commonwealth Dominica), Roseau

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister
Nicholas Joseph	Roosevelt Skerrit
Orville Liverpool	(Außenminister seit 22. Oktober)

ÖB, AHSt: siehe Venezuela

Besuche in Österreich: Minister im Kabinett des Premierministers Rayburn Blackmore, Teilnahme am 7. Globalen Forum der VN „Den Staat neu erfinden“, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (26.-29. Juni).

Die österreichischen Exporte betragen 55.000 Euro (-96,4%), die Importe 6,210 Millionen Euro.

Dominikanische Republik (Dominikanische Republik), Santo Domingo

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Leonel Antonio Fernandez Reyna	Carlos Morales Troncoso

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Santo Domingo – HGK

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit Außenminister Carlos Morales Troncoso (19.-21. April).

Die österreichischen Exporte betragen 13,101 Millionen Euro (+58,9%), die Importe 13,708 Millionen Euro (+0,3%).

Dschibuti (Republik Dschibuti), Dschibuti

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ismael Omar Guelleh	Dilaita Mohamed Dilaita	Mahamoud Ali Youssouf

ÖB: siehe Äthiopien; Dschibuti – HK; **AHSt:** siehe Ägypten

Die österreichischen Exporte betragen 712.000 Euro (-48,1%), die Importe 35.000 Euro.

*Länderinformationen***Ecuador
(Republik Ecuador), Quito**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Rafael Correa Delgado
(seit 15. Jänner)

Außenministerin
María Isabel
Salvador Crespo
(seit 7. Dezember)

ÖB: siehe Kolumbien; Quito – **HGK;** Guayaquil – **HK; AHSt** – siehe Chile

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 24.000 Euro erbracht.

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützte Österreich die Fortbildung eines Akademikers an einer österreichischen Hochschule. Zwölf AuslandsdienerInnen waren in Sozial- und Entwicklungsprojekten im Einsatz.

Drei österreichische WahlbeobachterInnen nahmen an der EU-Beobachtungsmission zu den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung teil.

Der Violinist Stefan Kamarov gab mit dem in Ecuador lebenden österreichischen Cellisten Gerhard Gareis sowie einem ecuadorianischen Pianisten Kammerkonzerte in Quito (Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 18,430 Millionen Euro (+61,3%), die Importe 36,905 Millionen Euro (-16,0%).

**El Salvador
(Republik El Salvador), San Salvador**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Eliás Antonio Saca Gonzalez

Außenminister
Francisco Esteban
Láinez Rivas

ÖB: siehe Mexiko; **AHSt:** siehe Mexiko; San Salvador – **HGK; Koordinationsbüro der OEZA:** siehe Nicaragua

Besuche in Österreich: Außenminister Francisco Esteban Láinez Riva, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik und Staatssekretär Hans Winkler anlässlich der Eröffnung der salvadorianischen Botschaft in Wien (10. Mai).

Die Aktivitäten der OEZA im Partnerland El Salvador wurden in das regionale Kooperationsprogramm Zentralamerika integriert. Schwerpunkte der bilateralen Kooperation waren die Sektoren Ländliche Entwicklung, Förderung von Mikro-, Klein- und Mittelbetrieben sowie der soziale Sektor. Seit Februar unterstützt Österreich gemeinsam mit Finnland innovative Energielösungen in Zentralamerika mit insgesamt 1,8 Millionen Euro für den Zeitraum 2007 bis 2009 im Rahmen der „Partnerschaft für Energie und Umwelt in Zentralamerika“ (EEP).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 627.000 Euro erbracht.

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft wurde die akademische Ausbildung von Fachkräften in Österreich unterstützt.

Die österreichischen Exporte betragen 4,003 Millionen Euro (+0,1%), die Importe 3,380 Millionen Euro (+45,0%).

*Anhang***Eritrea****(Staat Eritrea), Asmara**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Isaias Afewerki

Außenminister
Osman Saleh Mohammed
(seit 18. April)

ÖB: siehe Ägypten; **AHSt:** siehe Ägypten

Der bilaterale Außenhandel ist gering und besteht hauptsächlich aus Einmallieferungen.

Die österreichischen Exporte betragen 114.000 Euro (+60,5%), die Importe 50.000 Euro (-96,6%).

Estland**(Republik Estland), Tallinn**

Staatsoberhaupt
Toomas Hendrik Ilves

Regierungschef
Andrus Ansip

Außenminister
Urmas Paet

Tallinn – **ÖB, HK; AHSt:** siehe Finnland

Besuche aus Österreich: Chef des Generalstabs General Roland Ertl, Treffen mit Generalleutnant Ants Laaneots (20. März); Bundespräsident Heinz Fischer, Treffen mit Präsident Toomas Hendrik Ilves (11. und 12. April).

Besuche in Österreich: Parlamentspräsidentin Ene Ergma, Teilnahme am Europaforum Wachau (Stift Göttweig, 1.-3. Juni), Teilnahme an einer internationalen Wissenschaftskonferenz an der Donau-Universität Krems (24. und 25. Juli), Treffen der Parlamentspräsidentinnen der EU-Mitgliedstaaten (Salzburg, 24.-26. August); Bürgermeister von Tallinn Edgar Savisaar, Treffen mit dem Bürgermeister der Stadt Wien Michael Häupl (11. September).

Veranstaltet in Partnerschaft mit der spanischen Botschaft konzertierte das Ensemble Accentus Austria mit den fünf österreichischen Musikern Olga Pitarch, Michael Posch, Wolfgang Reithofer, Reinhild Waldek und Prof. Thomas Wimmer mit Barockmusik im Rahmen des XIII. Internationalen Festivals der Alten Musik in der Domkirche Haapsalu (7. Juli). Der österreichische Gitarrist Andreas Maria Gernek, die Sopranistin und Tänzerin Rachel Lynn Bowman sowie die spanische Sängerin Carmen Fernandez traten im Kunstmuseum KUMU in Tallinn (7. August) sowie beim XII. Internationalen Kammermusikfestival Kuressaare auf der Insel Saaremaa (11. August) auf. Auch diese Veranstaltungen fanden in Partnerschaft mit der spanischen Botschaft statt. Der österreichische Künstler Tim Novotny nahm am Internationalen Musik- und Videokunstoffestival der visuellen Klänge „Plektrum“ in Tallinn teil (12.-16. September). Beim Internationalen Musikfestival „Hea Uus Heli“ (Guter Neuer Klang) war das österreichische Electro Underground Duo „Microthol“ der Künstler Constantin Zeileissen und Philipp Haffner mit Aufführungen in der Estnischen Kunstakademie in Tallinn (13. Oktober) und im Athena Zentrum in Tartu (13. Oktober) vertreten. In der Estnischen Kunstakademie in Tallinn wurden Soundinstallationen von Franz Pomassl und Anna Ceeh sowie die neue CD von Franz Pomassl präsentiert (17. November). Der österreichische Blues-Sänger Christian Precht gab Konzerte in Tallinn und Tartu (22.-24. November). Das Konzert „Wiener Caféhaus“ aus der Konzertreihe „Diplomatische Noten“ wurde im Weißen Saal des Schwarzhäupterhauses Tallinn unter Teilnahme des österreichischen Dirigenten und Stehgeigers Roland Bentz gegeben (5. und 6. Dezember). Die Mitglieder des Brucknerorchesters Linz Dozent Werner Karlinger und Gernot Fresacher traten beim Konzert „Österreichische Meister“ für Harfe und Klarinette mit zwei zeitgenössischen Werken, Eigenkompositionen und einem Stück des Jahresregenten Ignaz Joseph Pleyel im Barockschloss Kadriorg in Tallinn auf (18. Dezember). Bei einer gemeinsamen Veranstaltung der Botschaft Tallinn mit der portugiesischen Ratspräsidentschaft konzertierte die Sopranistin Anna La Fontaine und die Konzertpianistin Katrin Lehismets mit Werken von

Länderinformationen

Maria Bach, Peter Cornelius, Max Reger, Franz Schubert und anderen im Saal der Akademie der Wissenschaften in Tallinn (19. Dezember).

Im Rahmen der internationalen Kunstausstellung „SexMarket“ zeigte die österreichische Künstlerin Karin Hannak in der Kunsthalle Tallinn das Projekt „Europäische Landschaften II“ (16.-26. Februar). In der Stadtgalerie Pärnu wurde eine Ausstellung mit 28 Fotoreproduktionen von Prof. Erich Lessing über die „Ungarische Revolution 1956“ gezeigt (22. März bis 16. April). Dessen Fotoausstellung „Europäische Städte“ war nach der Eröffnung im Beisein des Künstlers in der Estnischen Nationalbibliothek in Tallinn (11.-24. April), in der Stadtgalerie Rakvere (12. Mai bis 2. Juni), im Historischen Museum der Universität Tartu (6. Juni bis 13. August), im Kulturzentrum Haapsalu (15. August bis 14. September), im Ausstellungssaal der J. Köler-Stiftung in Viljandi (17.-28. September) sowie im Kulturzentrum Kuressaare (1.-10. Oktober) zu sehen. Bei dieser Ausstellung fungierte die Vertretung der Europäischen Kommission in Estland als Partnerin. Der Stadtbibliothek Viljandi wurde eine Bücherspende des Magistrats der Stadt Wien überreicht (27. November). Zusätzlich gastierte die Wanderausstellung „Mozarts Spuren in Wien“ (27. November bis 22. Dezember).

Die Tanzaufführungen „Frans Polestra, his dramaturge and Bach“ unter Mitwirkung von Frans Polestra und Robert Steij (21. August) sowie „Look, Look“ mit Anne Juren und Krööt Juurak waren beim 8. Internationalen Modernertanzfestival im Saal der Kanuti Gilde in Tallinn zu sehen (30. August).

Beim Internationalen 11. Black Nights' Filmfestival war Österreich mit den Filmen "Die Fälscher" des Regisseurs Stefan Ruzowitzky und mit "Immer nie am Meer" von Antonin Svoboda im Hauptfilmprogramm in verschiedenen Kinos in Kärdla, Pärnu, Tallinn, Tartu und Viljandi vertreten (15. November bis 19. Dezember). Der Film „Workingman's Death“ von Michael Glawogger wurde im Kinohaus Tallinn vorgeführt (13. Dezember).

Eine Präsentation der Übersetzung des Hauptwerks „Die Traumdeutung“ von Sigmund Freud samt Kurzvorträgen der Übersetzerin Prof. Anne Lill von der Universität Tartu sowie von Endel Talvik vom Estnischen Psychoanalytikerverband fand in Tallinn statt (30. März). Der an der Universität Helsinki lehrende österreichische Dozent Georg Gimpl hielt an der Universität Tallinn Blockseminare zu Franz Kafka und Robert Musil für MagisterstudentInnen (30. März, 24. und 27. April). Im Rahmen der Vorlesungsreihe „Corporate Social Responsibility“ (gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen) wurden von der österreichischen Kommunikationslektorin und Expertin für soziale Verantwortung in Unternehmen Anja Prexl von der Universität Salzburg an der Baltischen Film- und Medienschule der Universität Tallinn Gastvorlesungen gehalten (20. und 21. April). Ein Sammelband mit Beiträgen zum Internationalen Ingeborg Bachmann-Symposium, erschienen in der Reihe „Humaniora: Germanistica: 2. Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar“ wurde am Germanistikinstitut der Universität Tartu präsentiert (25. Juni). Dozentin Leonie Hodkevitch von der Universität Wien war als Gastlektorin an der Estnischen Musik- und Theaterakademie Tallinn tätig (9.-11. September). Zum Thema „International Finance“ hielt die österreichische Lektorin Bianca Gusenbauer an der Estonian Business School in Tallinn Gastvorlesungen (26. und 28. September). Im Rahmen des pädagogischen Austauschprogramms Österreich-Estland, organisiert in Partnerschaft mit dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, waren die vier österreichischen Gymnasiallehrerinnen Martina Haunschmidt, Elisabeth Streibel, Sabine Wallinger und Edith Zeitlinger an den Gymnasien in Elva, Käina, Põltsamaa, Põlva, Sindi, Tartu, Toila und Võru tätig (18. September bis 1. Oktober). Der österreichische Kunstexperte Gerald Raunig war bei der Internationalen Graphikerkonferenz in Tallinn vertreten (17.-21. Oktober). Bei der Buchpräsentation der estnischen Ausgabe von „Juristen als Schriftsteller. Porträts dichtender Rechtsgelehrter“ der österreichischen Autorin Barbara Sternthal hielt die österreichische Übersetzerin und Gerichtsdolmetscherin Krista Wasner eine Lesung im Österreich-Lesesaal der Estnischen Nationalbibliothek in Tallinn (22. Oktober). Eine Präsentation der Übersetzung des Buchs „Die andere Seite“ von Alfred Kubin ins Estnische durch den langjährigen Präsidenten des Estnischen Autorenverbands Mati Sirkel samt Lesung der Schauspielerin des Estnischen Dramatheaters Kersti Kreismann fand in Tallinn statt (2. November). In Partnerschaft mit dem Bundesministe-

Anhang

rium für Unterricht, Kunst und Kultur wurde durch die österreichische Germanistin Helga Längauer-Hohengassner ein Österreichischer Fortbildungstag mit Vorträgen und Workshops für estnische DeutschlehrerInnen in Pölva abgehalten (16. November).

Die österreichischen Exporte betragen 133,498 Millionen Euro (+36,3%), die Importe 31,294 Millionen Euro (+3,6%).

Fidschi (Republik Fidschi-Inseln), Suva

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ratu Josefa Iloilovatu	Josaia Voreqe	Ratu Epeli Nailatikau
Uluivuda	Bainimarama (seit 5. Jänner)	(seit 8. Jänner)

ÖB, AHSt: siehe Australien

Besuche aus Österreich: Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch, Treffen mit der Ministerin für Arbeit und Industrie Bernadette Rouns-Ganilau und mit dem Generalsekretär des Pazifischen Forums Greg Urwin (21. und 22. Mai); Prof. Ingfried Schütz-Müller, Treffen im Außenministerium mit Permanent Secretary Ross Ligari (15.-23. September).

Die österreichischen Exporte betragen 37.000 Euro (-93,5%), die Importe 257.000 Euro (-6,2%).

Finnland (Republik Finnland), Helsinki

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Tarja Halonen	Matti Vanhanen	Ilkka Kanerva
		(seit 19. April)

Helsinki – **ÖB, HGK, AHSt;** Kajaani, Mikkeli, Oulu, Tampere, Turku, Vaasa – **HK**

Besuche aus Österreich: Besuch einer Studiengruppe von UnterrichtsexpertInnen zum Thema Pisastudie unter der Leitung von Sektionschef im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur Wolfgang Stelzmüller, Gespräche im finnischen Zentralamt für Unterrichtswesen, Besuche der gymnasialen Oberstufe Sotungin lukio, der Gemeinschaftsschule und der kommunalen Schulbehörde der Stadt Vantaa sowie des Lehrerbildungsinstituts der Universität Helsinki (16.-19. Oktober).

Besuche in Österreich: Staatssekretärin im Außenamt Teija Tiilikainen, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (29. Oktober).

Österreichische Kulturschaffende waren in den Bereichen Musik, Literatur, Film sowie moderne Medien präsent. Eine Lesung von Markus Hering aus dem finnischen Nationalepos „Kalevala“ (27. und 28. Februar), ein Ariens- und Liederabend der finnischen Sopranistin Anna-Kristiina Kaappola gemeinsam mit Benno Schollum (19. September) sowie im Bereich Film und Performance eine Retrospektive von Peter Kubelka im Rahmen des Avanto Festivals (16.-18. November) sorgten für Beachtung. Weiters fand ein Symposium des Instituts „Wiener Kreis“ zu Fragen der wissenschaftlichen Weltauffassung statt (2.-5. September).

Die österreichischen Exporte betragen 565,727 Millionen Euro (+2,0%), die Importe 753,226 Millionen Euro (-5,2%).

*Länderinformationen***Frankreich
(Französische Republik), Paris**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Nicolas Sarkozy (seit 17. Mai)	François Fillon (seit 17. Mai)	Bernard Kouchner (seit 17. Mai)

Paris – **ÖB, KF, AHSt, ÖW**; Strassburg – **GK, AHSt, ÖW**; Marseille – **HGK**; Ajaccio, Bordeaux, Lille, Lyon, Nizza, Papeete, Toulouse – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme an der internationalen Geberkonferenz für den Libanon (25. Jänner); Abgeordnete zum Nationalrat Peter Fichtenbauer und Stefan Prähauser und Mitglieder des Bundesrates Franz Eduard Kühnel und Stefan Schenach, Teilnahme an einer Tagung von WEU-ParlamentarierInnen (4.-6. Juni); Chef des Generalstabs General Roland Ertl, Teilnahme an den Feierlichkeiten anlässlich des französischen Nationalfeiertags (13. und 14. Juli); Präsident der WKÖ Christoph Leitl, Teilnahme am Eurochambres-Kongress, Treffen mit französischen WirtschaftsvertreterInnen (25. und 26. Oktober); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Treffen mit Staatspräsident Nicolas Sarkozy, Premierminister François Fillon, dem Präsidenten des Senats Christian Poncelet und dem Präsidenten der Nationalversammlung Bernard Accoyer (14. und 15. November); Bundesminister Erwin Buchinger, Treffen mit dem Minister für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten Xavier Bertrand (19. November); Abgeordnete zum Nationalrat Walter Murauer, Peter Pilz und Stefan Prähauser, Teilnahme an einer Tagung von WEU-ParlamentarierInnen (3.-5. Dezember); Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme an der internationalen Palästina-Geberkonferenz (17. Dezember).

Besuche in Österreich: Staatssekretär für Transport Dominique Bussereau, Treffen mit Bundesminister Werner Faymann (27. Juli); Staatssekretär für Europafragen Jean-Pierre Jouyet, Treffen mit Bundesminister Martin Bartenstein, Bundesministerin Ursula Plassnik und Staatssekretär Hans Winkler (7. Dezember).

Die beiden der Erinnerung und Entdeckung der sogenannten „entarteten Musik“ der NS-Zeit gewidmeten Veranstaltungsschienen wurden durch eine Reihe von Konzerten und Kolloquien fortgesetzt. Eine in Paris, die gemeinsam mit dem französischen Musikwissenschaftler Amaury du Closel betrieben wurde, sowie eine in Südfrankreich, die in Kooperation mit der Opéra de Marseille und dem Musikveranstalter Michel Pastore („Festival musique interdite“) konzipiert wurde. Die österreichisch-iranische Violinvirtuosin Martha Khadem-Missagh gab auf Einladung des KF ein Konzert im Grand salon du Musée de l'armée (Invalidendom), in dessen Rahmen auch die Uraufführung einer Violinsonate des zeitgenössischen österreichischen Komponisten Werner Pirchner stattfand (Mai). Als österreichischen Beitrag zur „Fête de la musique“, die in Frankreich jährlich am 21. Juni mit einer großen Anzahl musikalischer Veranstaltungen begangen wird, konnte das KF die Aufführung von Liedinterpretationen der österreichischen Sopranistin Elisabeth Linhart nach Gedichten von Ingeborg Bachmann im Grand Palais platzieren. Aus Anlass des 250. Geburtstags des in Ruppertstahl/Niederösterreich geborenen Komponisten und Klaviererzeugers Ignaz Joseph Pleyel, dessen Namen der berühmteste Konzertsaal der Stadt Paris trägt und dessen Klaviermanufaktur noch heute besteht, veranstaltete das KF ein vom ARTIS-Quartett Wien gestaltetes Festkonzert im Grand Salon des Musée de l'armée im Invalidendom (November). Als Vertreter der innovativen österreichischen Musikszene traten das Ensemble „Oulipo“ unter Wolfgang Hattinger durch Konzerte in der Bibliothèque Nationale de France (November) sowie das „1. Wiener Gemüseorchester“ beim „Festival Transmusical“ in Rennes (Dezember) auf. In Zusammenarbeit mit dem belgischen Kulturinstitut organisierte das KF ein Konzert der Sopranistin Elisabeth Linhart zum Thema „Pierrot Lunaire“ mit Liedern von Arnold Schönberg und anderen österreichischen Exilkomponisten (Dezember).

Das Musée d'art moderne der Stadt Lyon zeigte im Juni eine Retrospektive des Werks von Erwin Wurm. Die Ausstellung der Albertina „Biedermeier – Die Erfindung der Einfachheit“ wurde in leicht modifizierter Form von Oktober 2007 bis Mitte Jänner 2008 im Louvre gezeigt. Im Rah-

Anhang

men einer Kooperation mit dem Kunsthistorischen Museum Wien war in der Herbst/Wintersaison 2007/08 im Musée du Luxembourg die Ausstellung „Arcimboldo“ zu sehen. In der Orangerie des Musée du Luxembourg wurde diese Ausstellung durch eine Werkschau von Ernst Eisenmayer, einem österreichischen bildenden Künstler, der einen Großteil seines Werks dem Thema Vegetation widmet, kontrapunktisch ergänzt (September). Das Musée d'art moderne de la ville de Paris (Palais de Tokyo) brachte in der Herbst/Wintersaison 2007/08 mit einer Großausstellung des Werks von Alfred Kubin das Pariser Publikum erstmalig mit diesem österreichischen Künstler der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Kontakt. Ebenfalls im Palais de Tokyo wurde mit der Ausstellung „The third mind“ ein Einblick in das Werk von Bruno Gironcoli vermittelt (ab September). Ein Beispiel österreichischer Land Art konnte durch die Landschaftsintervention des Künstlerpaares PRINZGAU/podgorschek im Hafen von Dieppe vermittelt werden (September). Das unter der Leitung des ehemaligen Direktors des MUMOK Wien Loránd Hegyi stehende Musée d'art moderne in St. Etienne präsentierte im Dezember eine umfassende Ausstellung des graphischen Werks von Günther Brus.

Für die Präsenz österreichischen Theaterschaffens auf französischen Bühnen sorgten zahlreiche Aufführungen von Übersetzungsversionen. Eine Veranstaltung des Théâtre du Mouffetard aus der Reihe „Nobelpreisträger der Literatur“ war Elfriede Jelinek gewidmet (Jänner). Franz Kafkas „Strafkolonie“ („La colonie pénitentiaire“) wurde vom „Théâtre pop'lart“ in Paris gezeigt (Jänner bis April). Im Théâtre Gérard Philippe in Paris wurde Thomas Bernhards „L'ignorant et le fou“ (April) sowie in St. Mandé „La force de l'habitude“ aufgeführt (April). Eine französische Version des „Jedermann“ konnte erstmals seit Jahrzehnten im Chateau St. Marcel des Félines gezeigt werden (August). Peter Turrinis „Rozznjog“ („La chasse aux rats“) wurde von der Compagnie des étoiles filantes in der Herbstsaison in Paris zur Aufführung gebracht.

Dem zeitgenössischen Tanz waren Gastspiele von Philipp Gehmacher im Centre National de la Danse in Paris (Wintersaison 2006/07) und von Saskia Hölbling im Centre National de Montreuil (Mai) gewidmet.

Zeitgenössisches österreichisches Filmschaffen wurde mehrfach in Festivals und Einzelaufführungen präsentiert. Das Filmfestival „Ciné-réel“ im Centre Pompidou (März) fand ebenso wie das „best of short films Festival“ in Marseille (September) mit österreichischen Beiträgen statt. Das Filmfestival von La Rochelle brachte eine Retrospektive von Ulrich Seidl (Juni und Juli), die Stadt Tourcoing eine ebensolche von Peter Kubelka (Juni). Die Aufführungen von Axel-Corti-Filmen in Lille und von filmischen Arbeiten Ruth Beckermanns im Rahmen des FICEP-Festivals (Le forum des instituts culturels étrangers à Paris) (September) rundeten das Bild der österreichischen Filmpräsenz in Frankreich ab. Der Film „Die Fälscher“ von Stefan Ruzowitzky wurde durch finanzielle Mitwirkung des KF im Oktober in Paris in französischer Version („Les Faussaires“) gezeigt.

Mehrere wissenschaftliche Symposien, die vom KF gemeinsam mit lokalen Veranstaltern initiiert bzw. organisiert wurden, beschäftigten sich mit Themen aus der österreichischen Literatur. Anlässlich des 85. Geburtstags von Ilse Aichinger wurde gemeinsam mit der Universität Rouen das Symposium „Devoir de défiance“ veranstaltet (Mai). Im selben Monat wurde ein Symposium zum Thema „Le shoa et le rire“ gemeinsam mit dem Heinrich-Heine Haus Paris organisiert. Von österreichischer Seite nahmen die Autoren Doron Rabinovici und Robert Schindel sowie der Germanist Wendelin Schmidt-Dengler teil. Im Dezember fand in Kooperation mit der Universität Paris und dem Heine-Haus ein Trakl-Symposium statt.

An der jüdischen Kulturwoche, die jährlich in Paris stattfindet, nahm das KF mit der Ausstellung „Jüdisches Leben in Wien“ des österreichischen Fotografen Harry Weber, mit der Präsentation des Projekts „Servitengasse“, einer Erinnerungsarbeit einer Gruppe junger Wiener HistorikerInnen über die ehemaligen jüdischen BewohnerInnen der gleichnamigen Straße in Wien sowie mit Vorträgen von Univ.-Prof. Otto Pfersmann über Sigmund Freud und die Wiener Kultur um 1900 teil (Juni).

Frankreich ist nach Deutschland, Italien, der Schweiz und den USA der fünfgrößte Importeur österreichischer Produkte und Dienstleistungen. Mehr als 70% dieser Importe beliefen sich auf

Länderinformationen

Investitionsgüter wie Maschinen, gefolgt von bearbeiteten Waren, Papier und Pappe, Eisen und Stahl, ferner Kraftfahrzeuge sowie chemische Produkte. Als Exporteur nach Österreich nimmt Frankreich die fünfte Stelle hinter Deutschland, Italien, der Schweiz und den USA ein. Die wichtigsten Importgüter aus Frankreich waren Kraftfahrzeuge, Maschinen, Halbfertigwaren, Lebensmittel sowie Konsumgüter. Von den etwa 200 österreichischen Betriebsniederlassungen in Frankreich sind 45 Produktionsstätten, weit über 100 Vertriebsniederlassungen und etliche andere Dienstleistungsbetriebe. Die Investitionen beliefen sich auf mehr als 800 Millionen Euro.

Die österreichischen Exporte betragen 4.134,963 Millionen Euro (+4,9%), die Importe 3.674,129 Millionen Euro (+2,1%).

Gabun (Gabunische Republik), Libreville

Staatsoberhaupt El Hadj Omar Bongo Ondimba	Regierungschef Jean Eyeghé Ndong	Außenminister Jean Ping
--	-------------------------------------	----------------------------

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 29,179 Millionen Euro (+134,5%), die Importe 727.000 Euro (+398,4%).

Gambia (Republik Gambia), Banjul

Staatsoberhaupt und Regierungschef Yahya A.J.J. Jammeh	Außenminister Crispin Grey-Johnson (seit 14. September)
---	---

ÖB: siehe Senegal; Banjul – **HK; AHSt:** siehe Marokko

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 17.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 764.000 Euro (+58,0%), die Importe 15.000 Euro (+36,7%).

Georgien (Georgien), Tbilisi

Staatsoberhaupt Michail Saakaschwili	Regierungschef Wladimir Gurgenzidze (seit 16. November)	Außenminister Gela Beschuaschwili
---	---	--------------------------------------

Wien – **ÖB;** Tbilisi – **HK, Österreich-Bibliothek; AHSt:** siehe Russland; **GK Moskau** teilweise zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche in Österreich: Außenminister Gela Beschuaschwili, Teilnahme am Ständigen Rat der OSZE (13.-15. Juni); Parlamentspräsidentin Nino Burdschanadse, Teilnahme am 7. Globalen Forum der VN „Den Staat neu erfinden“, Treffen mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (25.-29. Juni); Bürgermeister von Tbilisi Giorgi Ugulawa, Treffen mit der Bürgermeisterin der Stadt Innsbruck Hilde Zach, Besuch der Innsbrucker Festwochen (Innsbruck, 13. August); Ministerpräsident Zurab Nogaideli, Teilnahme am Ständigen Rat der OSZE und an einem Wirtschaftsforum (29. und 30. Oktober).

Anhang

Österreich entsandte sechs Personen an die OSZE-Mission in Georgien. Von Oktober bis Dezember fand ein von Österreich finanziertes OSZE-Trainingsprogramm betreffend Rettungskapazitäten im Hochgebirge statt. Österreich beteiligte sich weiterhin mit zwei Personen an UNOMIG. Der Leiter des UNHCR-Büros in Georgien ist Österreicher.

Eine Delegation des Bundesministeriums für Inneres und des Bundesasylamts unternahm eine Ermittlungsmission (Fact Finding Mission) in Georgien (24.-27. September).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 119.000 Euro erbracht.

An der Chavchavadse Staatsuniversität Tbilisi befindet sich die einzige Österreich-Bibliothek Südkaukasiens, die seit ihrer Eröffnung im Jahr 2000 eine rege Tätigkeit entfaltet und nunmehr auch das Österreichische Sprachdiplom abnimmt. Die Österreich-Bibliothek ist die umfassendste ausländische Bibliothek in Georgien.

Österreich nahm im Rahmen eines EU-Gemeinschaftsprojekts an der internationalen Buchmesse in Tbilisi teil (14.-17. Juni). Im Juni fanden zwei Lesungen des Autors Günther Stingl statt. Der Schriftsteller Richard Schubert hielt am 10. Oktober eine Lesung. An der Österreich-Bibliothek wurde durch eine DaF-Praktikantin ein Sommerkurs zum Thema „Österreichische Landeskunde und österreichische Literatur“ abgehalten (Juli). Zwei Teilnehmerinnen aus Georgien nahmen an einem Spezialsseminar für GermanistInnen aus dem Südkaukasus und aus Zentralasien in Wien und Graz teil (Juli). Am georgischen Kulturprojekt im öffentlichen Raum „One Stop“ war Österreich durch die Künstlerin Ingeborg Strobl und die Gruppe „gangart“ (Simonetta Ferfoglja und Heinrich Pichler) vertreten (Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 41,201 Millionen Euro (+65,5%), die Importe 4,368 Millionen Euro (+72,7%).

Ghana (Republik Ghana), Accra

Staatsoberhaupt und Regierungschef
John Agyekum Kufuor

Außenminister
Akwasi Osei-Adjei
(seit 18. Juli)

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 10.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 11,258 Millionen Euro (+31,0%), die Importe 2,773 Millionen Euro (-43,6%).

Grenada (Grenada), Saint George's

Staatsoberhaupt
Königin Elizabeth II.

Regierungschef
Keith Claudius Mitchell

Außenminister
Elvin Nimrod

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Daniel C. Williams

ÖB, AHSt: siehe Venezuela

Besuche in Österreich: Außenminister Elvin Nimrod, Teilnahme am 7. Globalen Forum der VN „Den Staat neu erfinden“, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (26.-29. Juni).

Länderinformationen

Die österreichischen Exporte betragen 260.000 Euro (+52,2%), die Importe 635.000 Euro (+42,6%).

Griechenland (Hellenische Republik), Athen

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Karolos Papoulias	Kostas Karamanlis	Dora Bakoyannis

Athen – **ÖB, HK, AHSt, ÖAI**; Heraklion, Hermoupolis/Syros, Korfu, Patras – **HK**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler und Wiener Stadtrat Rudolf Schicker, Teilnahme am Wien-Ball (10. und 11. Februar); Zweiter Nationalratspräsident Michael Spindelegger und Sektionsleiter Emil Brix, Teilnahme am „International Symposium on Austrian-Greek Encounters over the Centuries – History, Diplomacy, Politics, Arts, Economics“ (16. und 17. März); Bundespräsident Heinz Fischer in Begleitung von Bundesministerin Maria Berger, Staatsbesuch (12.-15. Mai); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Treffen der EU-GeneralsekretärInnen (Lesvos, 8. und 9. Juni).

Botschafter Herbert Kröll und der griechische Vizeminister für Wirtschaft und Finanzen Antonis Bezas unterzeichneten ein neues „Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen“ (18. Juli). Dieses Abkommen bedarf noch der Ratifizierung durch beide Staaten.

Bei der Bekämpfung ausgedehnter Waldbrände auf der Insel Evia unterstützte Österreich die griechischen Behörden mit 26 Soldaten, drei Feuerwehrlenten, einer Herkules-Transportmaschine, drei Flächenflugzeugen und zwei Hubschraubern (August).

Bei einer Vielzahl musikalischer Veranstaltungen gastierten österreichische Ensembles und InterpretInnen: Heinrich Schiff (Athener Konzerthaus „Megaro Moussikis“, 25. Mai), die Wiener Sängerknaben und das Wiener Kammerorchester (Athen, 24. Juni), Mnozil Brass (Korfu, 4. Juli), Genia Kühmeier und Markus Werba (Athen, 19. Juli), die Original Wiener Strauss Capelle (Porto Rafti, 21. Juli), das Ensemble Wien (Tinos, 21. Juli), das Egner Trio (Altkorinth, 30. Juli), das Austrian Brass Consort (Sikyon, 30. Juli), Accentus Austria (Rhodos, 26. September), das Grazer Kammerorchester (Rhodos, 2. Oktober), das Duo Strossnig/Karvay (Nafpaktos, 5. Oktober), das Trio Tritonous (Thessaloniki, 30. Oktober), das Wiener Mozart Orchester (Athen, 15. November) und Alfred Brendel (Athen, 30. November).

Jazz aus Österreich boten die Gruppe „Kelomat“ beim Athener Jazzfestival (31. Mai) und das „Herwig Gradischnig Quartett-Playing Deep“ (22.-24. November).

Im Rahmen der Ausstellung „An Excavation Chronicle of the Foreign Archeological Schools in Greece – The Leaves of the Book of Earth Reveal ...“ des Athener Museums für Kykladische Kunst zeigte das ÖAI seine Arbeiten (15. Februar bis 31. März). Bei der Eröffnung wurde das Institut vom griechischen Kulturminister für seine Verdienste um die Archäologie in Griechenland ausgezeichnet. Im Athener Konzerthaus „Megaro Moussikis“ fand die vorwiegend aus Werken der Stiftung Leopold zusammengesetzte Ausstellung „Klimt, Schiele, Kokoschka und ihre Zeit“ statt (23. Oktober 2007 bis 6. Jänner 2008). Zeitgenössisches künstlerisches Schaffen aus Österreich wurde in der Skulpturenausstellung „Anna Chromy – Mythos revisited“ vor dem Nationalen Archäologischen Museum (28. März bis 17. Juni), in Ausstellungen von Erich Spindler (Chania, 14.-30. Mai) und Helmut Kand (23. Oktober bis 3. November), in der aus dem Architekturzentrum Wien übernommenen Ausstellung „Home Stories: An Inside Look at Single-Family Houses in Austria“ (22. November bis 2. Dezember) sowie in Beiträgen österreichischer KünstlerInnen zu den Ausstellungen „Bioforms“ (1.-30. Juni), „Trauma Queen“ (7. September bis 20. Oktober) und „Cheapart“ (3.-23. Dezember) präsentiert.

Moderner Tanz aus Österreich wurde beim Internationalen Festival Volos von „Liquid Loft – Chris Haring“ mit dem Stück „Kind of Heroes“ gezeigt (21. und 22. Dezember).

Anhang

Die Universum-Produktion „Nature Tech – The Magic of Motion“ des ORF erhielt beim „Science Film Festival“ (Athen, 17.-22. April) zwei Auszeichnungen. Beim „Panorama ökologischer Filme“ (Athen, 14. April bis 2. Mai) wurden österreichische Filme von Nikolaus Geyrhalter und Erwin Wagenhofer vorgestellt. Die „Diagonale Graz“ präsentierte sich beim internationalen Filmfestival „Plattform Video“ (Athen, 7.-12. Dezember), in dessen Rahmen auch Filme von Emanuel Danesch, Markus Krottendorfer, Roland Seidl und Patricia Tschen zu sehen waren.

Gemeinsam mit der Athener Akademie, einer der Österreichischen Akademie der Wissenschaften vergleichbaren Institution, veranstaltete die Botschaft das internationale Symposium „Austrian-Greek Encounters over the Centuries – History, Diplomacy, Politics, Arts, Economics“ (Athen, 16. und 17. März). Die Beiträge zu diesem Symposium wurden publiziert. Anlässlich des 120. Geburtstags von Georg Trakl veranstaltete der Fachbereich Germanistik der Universität Athen in Zusammenarbeit mit der Botschaft ein Symposium, das sich mit der literaturhistorischen Bedeutung, der Rezeption sowie der griechischen Übersetzung der Werke dieses Lyrikers auseinandersetzte (24. November).

In Zusammenarbeit mit der AHSt organisierte die WKÖ für potenzielle österreichische Investoren im Bereich Fotovoltaik und Windenergie eine Reise nach Athen zur Marktsondierung (14. und 15. Mai). Eine Musikveranstaltung mit Alfons Haider und dem „Vienna Performing Arts Studio“ zur Vorstellung Österreichs als Austragungsland der UEFA EURO 2008 wurde zur Präsentation österreichischer Produkte und Unternehmen genutzt (29. Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 708,151 Millionen Euro (+22,8%), die Importe 168,402 Millionen Euro (+29,0%).

Großbritannien

(Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland), London

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	The Rt.Hon. Gordon Brown (seit 27. Juni)	The Rt. Hon. David Miliband (seit 27. Juni)

London – **ÖB, KF, AHSt, ÖW**; Birmingham, Cayman Islands, Edinburgh – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Johannes Hahn, Teilnahme an der 5. Bologna Ministerkonferenz, Wiedereröffnung des KF London (16.-18. Mai); Bundesminister Johannes Hahn, Besuch der Universitäten Manchester und Warwick (5.-7. September); Bürgermeister der Stadt Wien Michael Häupl, Studienreise des Wiener Wissenschafts- und Technologiefonds, Besuche in London und Cambridge (17.-19. September); Bundesminister Erwin Buchinger und Staatssekretär Christoph Matznetter, Treffen mit ihren britischen Amtskollegen Peter Hain, Jane Kennedy und James Plaskitt, Arbeitsgespräche mit VertreterInnen der zuständigen Fachministerien, des Citizens Advice Bureau sowie der Gewerkschaften, Besuch eines „Jobcentre Plus“ (12. und 13. Dezember).

Im Rahmen des Aktionsprogramms „Action 21“, welches der Intensivierung der bilateralen Beziehungen auf allen Ressortebenen dient, wurde der Beamtenaustausch fortgesetzt. Ein Referent aus dem Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts arbeitete von September bis Dezember in der Better Regulation Executive London.

Nach seiner Generalsanierung wurde das KF im Beisein von Bundesminister Johannes Hahn und Sektionsleiter Emil Brix offiziell wiedereröffnet (17. Mai). Das renovierte Gebäude zeichnet sich durch innovative architektonische und designerische Lösungen sowie durch eine verbesserte Funktionalität aus. In Zusammenarbeit mit Partnern aus ganz Großbritannien unterstützte und koordinierte das KF eine Vielzahl von Filmprogrammen, Symposien, Konzerten, Lesungen, Vorträgen, Diskussionen und Buchpräsentationen. Jahresschwerpunkt war die zeitgenössische österreichische Literatur mit Besuchen und Lesungen von Franzobel (Jänner), Evelyn Schlag (Februar), Peter Waterhouse (Februar) Eva Menasse (März), Alfred Kolleritsch (April), Marlen

Länderinformationen

Schachinger (Juni), Lilian Faschinger (Oktober), Sissi Tax (Oktober) und Norbert Silberbauer (Dezember) sowie einer szenischen Lesung in Englisch von Werner Schwabs Stück „Volksvernichtung“ unter der Leitung des britischen Regisseurs Wally Sutcliffe (Februar). Das bislang dritte vom KF veranstaltete bilaterale Programm „Soundings“ für neue Musik stand unter dem Motto „Exploring the Voice“. 18 junge KomponistInnen und MusikerInnen aus Österreich und Großbritannien nahmen daran teil, unter ihnen Bernhard Gander, Gerald Resch, Marcel Reuter, Johanna von der Deken und Joanna Wozny (Österreich), Ed Bennett, Geoff Hannan, Bryn Harrison, Loré Lixenberg und Dobrinka Tabakova (Großbritannien), das Ossian Ensemble unter Darren Bloom (Großbritannien) sowie Krassimir Sterev (Klangforum Wien). Den Vorsitz führte die britische Musikkritikerin Annette Morreau (April). Im neu geschaffenen Galerieraum des KF wurden im Rahmen der „Visual Arts Platform“ Installationen von Markus Wilfling (Februar bis April), des Künstlerkollektivs mahony (Mai bis Juli), von Fabian Seiz (September und Oktober) sowie Nikola Hansalik (November und Dezember) präsentiert. Weitere Ausstellungen des KF waren dem Schaffen von Hartmut Urban (April bis Juni), Michael Schwarz (Juli und August) sowie Jakob Lind (Oktober und November) gewidmet. Mit der hauseigenen Reihe „Cine Club“ wurde auch das Filmprogramm des KF erweitert, wobei der zeitgenössische österreichische Dokumentarfilm mit Vorführungen von Streifen der Regisseure Georg Steinböck (September), Nikolaus Geyrhaltner (Oktober), Erwin Wagenhofer (Oktober) sowie Udo Maurer (November) einen Schwerpunkt bildete. Einen Höhepunkt des Programms bildete die Präsentation einer Auswahl des filmischen und photographischen Werks von Wolf Suschitzky zum 95. Geburtstag des 1912 in Wien geborenen und seit 1936 in der Emigration in London lebenden Kameramanns und Photographen (Jänner).

In Ergänzung zu sechs österreichischen Gruppenausstellungen bei Fachmessen kam es erstmals zu einer österreichischen Beteiligung auf der führenden Fachmesse für erneuerbare Energie „All Energy“ (Mai). Aussichtsreiche Sektoren für den Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sind die Umwelttechnologie, moderne Bautechnologien sowie der Bereich der Büromöbel. Eine wichtige Säule der Wirtschaftsbeziehungen stellte der Tourismus dar. Großbritannien steht an dritter Stelle der Incoming-Märkte. Im Berichtszeitraum besuchten etwa 849.000 BritInnen Österreich, was eine Steigerung zum Vorjahr von 5,8% bedeutet. Die Direktinvestitionen spiegeln die enge wirtschaftliche Verflechtung wider. Rund 230 österreichische Tochter- und Konzerngesellschaften sind in Großbritannien tätig und beschäftigen mehr als 11.000 MitarbeiterInnen. Großbritannien ist mit einem Anteil von rund 8% am ausländischen Kapitalbestand der viertgrößte Auslandsinvestor in Österreich.

Unter den österreichischen Exportmärkten nimmt Großbritannien den sechsten Rang ein. Von diesem hohen Niveau ausgehend befanden sich die österreichischen Exporte nach Großbritannien weiterhin auf einem stabilen Wachstumspfad (2005: +2,1%; 2006: +2,0%; 2007: +3,3%) und überstiegen die Importe bei weitem. Für 2007 beträgt das Handelsbilanzaktivum 1,7 Milliarden Euro.

Die österreichischen Exporte betragen 4.050,220 Millionen Euro (+3,3%), die Importe 2.330,537 Millionen Euro (+13,8%).

Guatemala (Republik Guatemala), Guatemala-Stadt

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Oscar Berger Perdómo

Außenminister
Gert Rosenthal
Koenigsberger

ÖB, AHSt: siehe Mexiko; Guatemala-Stadt – **HGK; Koordinationsbüro der OEZA:** siehe Nicaragua

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Alfred Gusenbauer in Begleitung von Staatssekretär Reinhold Lopatka, Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und dem Bürgermeister der Stadt Salzburg Heinz Schaden, Teilnahme an der IOC-Konferenz aus Anlass der Bewerbung Salzburgs um die

Anhang

Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2014, Treffen von Bundeskanzler Alfred Gusenbauer mit Präsident Oscar Berger Perdomo, Vizepräsident Eduardo Stein und Außenminister Gert Rosenthal Koenigsberger, Treffen von Staatssekretär Reinhold Lopatka mit Kultur- und Sportminister Federico Enrique Matheu Recinos, Treffen des Bürgermeisters der Stadt Salzburg Heinz Schaden mit dem Bürgermeister von Guatemala Stadt Álvaro Arzú Irigoyen (3.-5. Juli).

Am 12. Juni wurde in Guatemala-Stadt ein Österreichisches Honorar-Generalkonsulat errichtet.

Die Aktivitäten der OEZA im Partnerland Guatemala wurden in das regionale Kooperationsprogramm Zentralamerika integriert. Inhaltlich konzentrierte sich die OEZA auf die Sektoren ländliche Entwicklung, Förderung von Mikro-, Klein- und Mittelbetrieben sowie auf den sozialen Sektor. Zu den Schwerpunkten im sozialen Bereich zählten die Förderung von Maya-Institutionen und des traditionellen Rechtssystems, die zweisprachige, interkulturelle Ausbildung sowie die spezifische Förderung indigener Frauen. Weiters wurden Maßnahmen im Bereich der Versorgung mit sauberem Trinkwasser gefördert. Geographisch konzentrierte sich die OEZA weiterhin auf das westliche Hochland. Ziel der OEZA war es, einen Beitrag zur Armutsbekämpfung zu leisten und die indigene Bevölkerung und deren Organisationen zu stärken. Kooperationspartner der OEZA waren vor allem Organisationen der Zivilgesellschaft und Gemeindeverwaltungen. Seit Februar unterstützt Österreich gemeinsam mit Finnland innovative Energielösungen in Zentralamerika mit insgesamt 1,8 Millionen Euro für den Zeitraum 2007 bis 2009 im Rahmen der „Partnerschaft für Energie und Umwelt in Zentralamerika“ (EEP). In Guatemala werden über 20 Energie-Projekte (Grundlagenstudien und Pilotprojekte) im Ausmaß von über 1 Million Euro durch die EEP gefördert.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 1,71 Millionen Euro erbracht.

Im Dezember erhielt die OEZA den Orden der Stadt Quetzaltenango für die erfolgreiche Kooperation zur Verbesserung der städtischen Trinkwasserversorgung.

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft wurde die akademische Ausbildung von Fachkräften in Österreich unterstützt.

Die österreichischen Exporte betragen 11,805 Millionen Euro (-9,4%), die Importe 3,724 Millionen Euro (-3,9%).

Guinea

(Republik Guinea), Conakry

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Lansana Conté	Lansana Kouyaté (seit 26. Februar)	Abdoul Kabèlè Camara (seit 28. März)

ÖB: siehe Senegal; Conakry – **HK; AHSt:** siehe Marokko

Besuche aus Österreich: Sektionsleiter Thomas Mayr-Harting und Sonderbeauftragter des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten für Afrika Botschafter Georg Lennkh, Treffen mit Außenminister Abdoul Kabèlè Camara (16. und 17. Juli); Bundesministerin Ursula Plassnik, Treffen mit Außenminister Abdoul Kabèlè Camara am Rande der Konferenz „Frieden und Sicherheit in Westafrika – Welche Rolle für die Gemeinsame EU-Afrika-Strategie?“ (Ouagadougou, 12. November).

Besuche in Österreich: Premierminister Lansana Kouyaté, Teilnahme an der UNIDO-Generalkonferenz (2.-5. Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 9,741 Millionen Euro (-29,4%), die Importe 1,277 Millionen Euro (-4,9%).

*Länderinformationen***Guinea-Bissau****(Republik Guinea-Bissau), Bissau**

Staatsoberhaupt João Bernardo Viera	Regierungschef Martinho Dafa Kabi (seit 17. April)	Außenministerin Maria da Conceição Nobre Cabral (seit 17. April)
--	--	---

ÖB: siehe Senegal; **AHSt:** siehe Marokko

Die österreichischen Exporte betragen 50.000 Euro (+960,7%).

Guyana**(Kooperative Republik Guyana), Georgetown**

Staatsoberhaupt Bharrat Jagdeo	Regierungschef Samuel Archibald A. Hinds	Außenminister Samuel Rudolph Insanally
-----------------------------------	--	---

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Georgetown – **HK**

In Georgetown wurde ein Honorarkonsulat eröffnet (6. Dezember). Die Botschaft Caracas wurde bei CARICOM mitakkreditiert (November).

Die österreichischen Exporte betragen 509.000 Euro (+733,0%), die Importe 109.000 Euro (-80,2%).

Haiti**(Republik Haiti), Port-au-Prince**

Staatsoberhaupt René Préval	Regierungschef Jacques-Edouard Alexis	Außenminister Jean Rénald Clérisme
--------------------------------	--	---------------------------------------

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Port-au-Prince – **HGK**

Besuche in Österreich: Generaldirektor des Außenministeriums Jaques Nixon Myrtill, Treffen mit Sektionsleiter Thomas Mayr-Harting (19. September).

Die österreichischen Exporte betragen 1,292 Millionen Euro (+19,6%), die Importe 58.000 Euro (-60,6%).

Heiliger Stuhl**(Staat der Vatikanstadt), Vatikan**

Staatsoberhaupt Papst Benedikt XVI.	Regierungschef Kardinal-Staatssekretär Tarcisio Bertone	Sekretär für die Beziehungen mit den Staaten Erzbischof Dominique Mamberti
--	---	---

Rom – ÖB Heiliger Stuhl

Besuche aus Österreich: Zweiter Nationalratspräsident Michael Spindelegger, Treffen mit Papst Benedikt XVI. im Rahmen einer Generalaudienz (10.-13. Juni).

Besuche in Österreich: Papst Benedikt XVI., Apostolischer Besuch, Pilgerfahrt nach Mariazell zur 850-Jahr-Feier und nach Heiligenkreuz, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und Mitgliedern der Österreichischen Bundesregierung; Kardinal-Staatssekretär Tarcisio Bertone,

Anhang

Gespräche mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Vizekanzler Wilhelm Molterer (7.-9. September).

Von der Botschaft wurden zahlreiche Pilgergruppen aus Österreich betreut.

Die österreichischen Exporte betragen 836.000 Euro (+55,8%), die Importe 44.000 Euro (+50,5%).

Honduras (Republik Honduras), Tegucigalpa

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Manuel Zelaya Rosales

Außenminister
Milton Danilo Jiménez Puerto

ÖB: siehe Mexiko; **AHSt:** siehe Mexiko; San Pedro Sula, Tegucigalpa – **HK**

In der OEZA-Schwerpunktregion Zentralamerika ist Honduras eines der Partnerländer. Seit Februar unterstützt Österreich gemeinsam mit Finnland innovative Energielösungen in Zentralamerika mit insgesamt 1,8 Millionen Euro für den Zeitraum 2007 bis 2009 im Rahmen der „Partnerschaft für Energie und Umwelt in Zentralamerika“ (EEP).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 5.000 Euro erbracht.

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft wurde die akademische Ausbildung einer Fachkraft in Österreich unterstützt.

Die österreichischen Exporte betragen 2,941 Millionen Euro (+0,1%), die Importe 4,374 Millionen Euro (-2,9%).

Indien (Republik Indien), New Delhi

Staatsoberhaupt
Pratibha Devisingh Patil
(seit 25. Juli)

Regierungschef
Manmohan Singh

Außenminister
Pranab Mukherjee

New Delhi – **ÖB, KF, AHSt, ÖW**; Mumbai – **HGK**; Chennai, Goa, Kalkutta – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Ursula Plassnik, Eröffnung des KF, Treffen mit Premierminister Manmohan Singh, Außenminister Pranab Mukherjee, Wissenschaftsminister Kapil Sibal und Sozialministerin Meira Kumar (15.-18. März); Vizepräsidentin des Bundesrates Anna Elisabeth Haselbach und Staatssekretärin Heidrun Silhavy, Teilnahme an der IV. Internationalen Föderalismuskonferenz (3.-7. November); Bundesminister Johannes Hahn, Treffen mit Wissenschaftsminister Kapil Sibal, Unterzeichnung eines Wissenschaftsabkommens (Bangalore, New Delhi, 28. November bis 2. Dezember); Bundesminister Martin Bartenstein, Leitung einer Wirtschaftsmission, Treffen mit Wirtschaftsminister Kamal Nath, Energieminister Sushilkumar Shinde, Minister für erneuerbare Energie Vilas Baburao Muttemwar, Eisenbahnminister Lalu Prasad sowie Arbeitsminister Oscar Fernandes (Chennai, Mumbai, New Delhi, 10.-13. Dezember).

Das KF in New Delhi wurde am 16. März durch Bundesministerin Ursula Plassnik feierlich eröffnet.

Wissenschaftsminister Kapil Sibal und Bundesminister Johannes Hahn unterzeichneten ein Abkommen zwischen der Republik Indien und der Republik Österreich über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit (New Delhi, 29. November).

Länderinformationen

Österreichische Zivildienstler waren im Rahmen von Sozial- und Entwicklungsprojekten in Indien im Einsatz. Mehrere NRO, kirchliche Organisationen und Privatpersonen konnten vor allem in Südindien in Zusammenarbeit mit örtlichen NRO Klein- und Mikroprojekte realisieren, die zum Teil auch von der ADA unterstützt wurden.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 148.000 Euro erbracht.

Österreich unterstützte im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft die Aus- und Weiterbildung von neun indischen Fachkräften und AkademikerInnen in Österreich.

Musikalische Höhepunkte waren Klavierkonzerte und Workshops von Marialena Fernandes und Ranko Markovic (Bangalore, Mumbai, Pune, 4.-16. Februar), Konzerte und musikalische Workshops von Joji Hattori gemeinsam mit dem Bombay Chamber Orchestra (Mumbai, 11.-25. März), Kammermusikkonzerte der „Cremser Selection“ (Kolkata, New Delhi, 24. Oktober bis 4. November), Workshops mit MusikerInnen der Johann Sebastian Bach Musikschule Wien für indische Kinder und LehrerInnen (Kalingong/Bengalen, 9.-14. November), Konzertauftritte des Concilium Musicum (Mumbai, New Delhi, Puni, 26. November bis 2. Dezember) sowie ein Konzert des Concilium Musicum mit Christoph Angerer (Viola), Reinhold Brunner (Klarinette), Gunter Schagerl (Violoncello) und Gerlinde Sonnleitner (Cello) gemeinsam mit den zwei spanischen Pianistinnen Maria José Barandiaran und Maria José de Bustos anlässlich der 50-Jahrfeier der EU im Sri Sathya Sai Auditorium in New Delhi (29. November).

Der auf Initiative des künstlerischen Leiters der Wiener Sängerknaben Gerald Wirth 2006 in Zusammenarbeit mit dem Ravi Shankar Institute for Music and Performing Arts und dem Indian Council for Cultural Relations ins Leben gerufene österreichisch-indische Kinderchor gab erstmals eine Aufführung in Wien (Juli).

Am EU-Filmfestival (27. April bis 4. Mai) war Österreich mit den Streifen „A Working Man's Death“ von Michael Glawogger und „Summer with the Ghosts“ von Bernd Neuberger vertreten. Bei der Österreichischen Filmwoche in Chennai (29. Oktober bis 2. November) wurden die Filme „Das Schloss“ von Michael Haneke, „Am anderen Ende der Brücke“ von Hu Mei, „Calling Hedy Lamarr“ von Georg Misch sowie „We Feed the World“ von Erwin Wagenhofer gezeigt. Beim Internationalen Filmfestival in Kolkata (10.-17. November) kam der Film „Dernière“ von Katherine Batliner zur Aufführung. Österreichische Beiträge zur Österreichisch-Ungarischen Filmwoche waren: „Am anderen Ende der Brücke“ von Hu Mei, „Calling Hedy Lamarr“ von Georg Misch, „We Feed the World“ von Erwin Wagenhofer sowie die Uraufführung des Dokumentarfilms „Tara“ von Wolfgang Rebernik (New Delhi, 24.-30. November).

Ein interkultureller Workshop mit dem Titel „Metropolis 2057“ über Architektur und Film mit Sonja Stummerer und Martin Habelsreiter fand in Chennai statt (26. Februar bis 9. März).

Ausstellungen der Architektinnen Barbara Imhof und Waltraud Hoheneder (Hyderabad, Kolkata, 20.-29. September) sowie die Werkschau „Dynamic“ der bildenden Künstlerin Ronny Goerner (Jaipur, New Delhi, 13.-22. November), weiters Lesereisen von Barbara Frischmuth (Baroda, New Delhi, 19. Februar bis 4. März) und Dorothea Nürnberg (Kolkata, Luchnow, Mumbai, New Delhi, 7.-20. Oktober) sowie Vortragsreisen von Roland Fischer zum Thema „Österreichische Landeskunde“ (Baroda, New Delhi, 27. Februar bis 4. März) und Rostam Neuwirth zum Thema „WTO und Europarecht“ (Kolkata, New Delhi, 11.-20. September) sorgten für österreichische Präsenz in Indien. Die Tage der Deutschen Sprache mit Veranstaltungen in Bangalore, Kolkata und New Delhi, die in Kooperation mit Deutschland, der Schweiz und Liechtenstein gestaltet wurden, standen unter dem Motto „Berufsorientierung Deutsch“ (19.-25. November).

Mittels einer Katalogausstellung an der IndustrialExpo2007 in Ludhiana nahm Österreich erstmals an einer Messe im Punjab teil (23.-25. Februar). Im Rahmen der in Zusammenarbeit mit der WKÖ lancierten Internationalisierungsinitiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit wurde Indien als Zukunftsdestination für österreichische Direktinvestitionen und Exporte speziell in den Bereichen Automobilzulieferindustrie und Infrastruktur präsentiert. An Seminaren in Graz, Linz und Wien, an denen die Investitions- und Geschäftsmöglichkeiten in

Anhang

Indien erörtert wurden, nahmen 130 österreichische Unternehmen teil (Juni). Aus Anlass des Indienbesuchs von Bundesminister Martin Bartenstein wurde eine Wirtschaftsmission organisiert. Eine dreizehnköpfige Delegation mit VertreterInnen österreichischer Firmen nahm Termine mit Unternehmen und Behörden in Chennai, Mumbai und New Delhi wahr. Zudem wurde anlässlich der Wirtschaftsmission das Marketingbüro Chennai offiziell eröffnet, welches aus Mitteln der Internationalisierungsoffensive finanziert wurde (Dezember). Bei der Lebensmittel-Fachmesse „IFE India 2007“ war Österreich mit einem eigenen Pavillon vertreten, in dem neun österreichische Aussteller ihre Produkte präsentierten. Es war dies die erste große Messebeteiligung der WKÖ im Bereich Nahrungsmittel und Getränke in Indien (Dezember).

Es bestehen mittlerweile mehr als 70 Niederlassungen österreichischer Unternehmen bzw. Joint Ventures mit indischen Partnern. Rund 100 österreichische Unternehmen schlossen technische Kooperationsabkommen mit indischen Firmen ab. Darüber hinaus waren mehr als 600 österreichische Firmen im bilateralen Handel mit Indien tätig.

Das Rekord-Handelsvolumen des Jahres 2006 von 682,85 Millionen Euro konnte erneut überboten werden. Der Anteil von Maschinenbauerzeugnissen und Fahrzeugen an den österreichischen Exporten betrug 60%. Besonders gute Wachstumschancen bestehen in den Bereichen Infrastruktur, Energie, Transport, KFZ-Zulieferindustrie, Umwelttechnik, Elektronik, Automatisierung, Mess- und Regeltechnik sowie Medizintechnik.

Die österreichischen Exporte betragen 527,542 Millionen Euro (+41,7%), die Importe 338,654 Millionen Euro (+9,1%).

Indonesien (Republik Indonesien), Jakarta

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Susilo Bambang Yudhoyono

Außenminister
Hassan Wirajuda

Jakarta – **ÖB, AHSt**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Andrea Kdolsky, Eröffnung des durch Spenden aus der Aktion „Nachbar in Not“ neu gebauten Meuraxa Spitals in der vom Tsunami 2004 verwüsteten Stadt Banda Aceh (11. November); Bundesminister Josef Pröll, Teilnahme an der Vertragsstaatenkonferenz der VN-Klimaschutzkonvention, Eröffnung einer mit österreichischen Spezialturbinen betriebene Biogasanlage zur Müllentsorgung und -verwertung (Bali, 12.-14. Dezember).

Besuche in Österreich: Minister für Energie und Bodenschätze Purnomo Yusgiantoro, Treffen mit Bundesminister Martin Bartenstein, Besuch der Montanuniversität Leoben (16. März), Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens mit der Montanuniversität Leoben (10. September); Kommission des indonesischen Parlaments für Außenpolitik und Verteidigung, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler und dem Obmann des Landesverteidigungsausschusses des Nationalrates Peter Fichtenbauer (1.-3. November).

Im Rahmen eines EU-Programms war eine Österreicherin als Beraterin des aus den ersten Wahlen (Dezember 2006) nach Beendigung des Bürgerkriegs siegreich hervorgegangenen neuen Gouverneurs von Aceh Irwandi Jusuf tätig.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 152.000 Euro erbracht.

Österreich unterstützte über wissenschaftlich-universitäre Partnerschaften wie ASEA-Uninet oder Nord-Süd-Dialog bzw. durch Vor-Ort-Stipendien die Fortbildung von indonesischen StudentInnen und AkademikerInnen in Österreich sowie an indonesischen Universitäten. Insgesamt wurden 18 Stipendien vergeben.

Im Jänner gastierte der Jazz-Gitarrist Wolfgang Muthspiel in Jakarta. Im Juli wurde das Schattenschauspiel „Oidipus Tyrannos“ des Komponisten Werner Schulze als Crossover zwischen der

Länderinformationen

Tradition Javas und Europas in Yogyakarta aufgeführt. Zwischen dem Siwilima Museum in Ambon/Molukken und dem Museum für Völkerkunde Wien wurde ein wissenschaftliches Kooperationsprojekt unterstützt. Im Bereich Musikausbildung wurden Kontakte mit der „Universitas Indonesia“ in Jakarta im Hinblick auf die Ausarbeitung eines Musiklehrbuchs geknüpft. Im Herbst nahm Österreich mit den Filmen „Am anderen Ende der Brücke“ von Hu Mei und „Mozart Minutes“ am EU-Filmfestival in Jakarta teil.

Indonesien ist einer der wichtigsten Absatzmärkte für österreichische Waren in Südostasien. Die österreichischen Exporte verzeichneten in den letzten Jahren beachtliche Zuwachsraten. Die wichtigsten Ausführungsprodukte sind elektrische Ausrüstungsgegenstände, Maschinen, organische Chemikalien, Papier und Pappe.

Die österreichischen Exporte betragen 192,259 Millionen Euro (+60,6%), die Importe 162,570 Millionen Euro (-2,8%).

Irak

(Republik Irak), Bagdad

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Jalal Talabani	Nuri al-Maliki	Hoshyar Zebari

ÖB: siehe Jordanien; Erbil – **AHSt** (eingeschränkter Betrieb)

Die AHSt wurde nach Erbil verlegt.

Besuche aus Österreich: Generaldirektor für öffentliche Gesundheit Hubert Hrabcik, Reisen in den Irak anlässlich einer humanitären Hilfslieferung nach Dohuk Ende August und der Einrichtung eines Herzzentrums in Erbil im Dezember.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 70.000 Euro erbracht.

Die WKÖ nahm mit einem Gruppenstand an der 3. Erbil International Trade Fair, der größten Handelsmesse im Nordirak seit 1991, teil (29. Oktober bis 2. November).

Die österreichischen Exporte betragen 39,376 Millionen Euro (+38,5%), die Importe 360,807 Millionen Euro (+718,4%).

Iran

(Islamische Republik Iran), Teheran

Revolutionsführer und Geistlicher Führer	Staats- und Regierungschef	Außenminister
Ayatollah Seyyed Ali Khamenei	Mahmoud Ahmadinejad	Manouchehr Mottaki

Teheran – **ÖB, KF, AHSt**

Besuche aus Österreich: Delegation der österreichisch-iranischen Gesellschaft unter der Leitung von Bundesminister a.D. Werner Fasslabend, Treffen mit dem ehemaligen Präsidenten Mohammad Khatami sowie dem Vizepräsidenten und Vorsitzenden der Organisation für Kulturerbe und Tourismus Esfandiar Rahim-Mashai (10.-12. September); Bundesministerin Ursula Plassnik, Treffen mit Außenminister Manouchehr Mottaki am Rande der VN-GV (New York, 28. September).

Besuche in Österreich: Wirtschafts- und Finanzminister Davoud Danesh Jafari, Treffen mit Bundesminister Martin Bartenstein und dem Präsidenten der WKÖ Christoph Leitl (12. Juni); Delegation der parlamentarischen iranisch-österreichischen Freundschaftsgruppe unter der Leitung von Mohammad Bagher Bahrami, Treffen mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer,

Anhang

dem zweiten Nationalratspräsidenten Michael Spindelegger, dem Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Nationalrates Andreas Schieder sowie Mitgliedern der parlamentarischen iranisch-österreichischen Freundschaftsgruppe unter dem Vorsitz des Abgeordneten zum Nationalrat Helmut Kukacka (11. Dezember).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 135.000 Euro erbracht.

Das KF Teheran ist das einzige voll funktionierende westliche Kulturinstitut im Iran. Mehr als 2.000 KursteilnehmerInnen in etwa 125 Kursen mit zwölf Niveaustufen in mehr als 10.000 Unterrichtseinheiten nahmen das Angebot zur Sprachausbildung am KF in Anspruch, welche durch eine eigene Bibliothek sowie Mediathek ergänzt wird. Im Rahmen des Österreichischen Sprachdiploms wurden mehr als 300 internationale Sprachprüfungen abgenommen. Das Angebot des KF fand in Lehrerfortbildungsveranstaltungen, unter anderem für iranische DeutschlehrerInnen, in der Vermittlung von Know-how an andere Sprachinstitute sowie in über 70 kulturellen und wissenschaftlichen Veranstaltungen eine Abrundung. Besonderes Augenmerk wurde dem Dialog der Kulturen gewidmet.

Neben einer Ausstellung, welche die 500-jährige Geschichte der Beziehungen zwischen dem Iran und Österreich dokumentierte (April) konnte das KF erstmals ein klassisches Konzert auf der iranischen Insel Kish organisieren (25. Dezember). Eine einwöchige Konzertserie an Anlass des 70. Geburtstags des iranisch-österreichischen Komponisten und Dirigenten Loris Tjeknavorian stellte einen musikalischen Höhepunkt dar (Dezember). Besonders erfolgreich entwickelte sich ein längerfristiges Projekt des KF, iranische SängerInnen in klassischer Musik auszubilden.

Die österreichischen Exporte betragen 314,592 Millionen Euro (-7,2%), die Importe 221,571 Millionen Euro (+57,0%).

Irland (Irland), Dublin

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Mary McAleese	Bertie Ahern	Dermot Ahern

Dublin – ÖB, AHSt

Besuche aus Österreich: Bundesminister Josef Pröll, Teilnahme am Informellen Treffen der UmweltministerInnen aus Deutschland, Irland, Island, Norwegen und Österreich (25. und 26. März); Studienreise des niederösterreichischen Wirtschaftsbundes, Treffen mit dem Präsidenten der Dublin Chamber of Commerce (3.-6. Mai); Studienreise einer Delegation des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Treffen mit BeamtenInnen im Landwirtschaftsministerium sowie mit VertreterInnen der Irish Farmers Association (17.-23. September).

Besuche in Österreich: Minister of the Environment, Heritage and Local Government John Gormley, Teilnahme am Informellen Treffen der UmweltministerInnen aus Deutschland, Irland, Italien, Lettland, Norwegen und Österreich (30. September und 1. Oktober); Minister of State at the Department of Agriculture, Fisheries and Food Trevor Sargent, Teilnahme am European Green Party Council Meeting in Wien und Besuch von Biobauernhöfen im Burgenland (12.-14. Oktober); Senatorin Deirdre de Burca, Teilnahme am European Green Party Council Meeting (12.-14. Oktober).

Die kulturellen Aktivitäten mit Österreichbezug umfassten ein breites Spektrum an Lesungen, Konzerten, Filmpräsentationen und Ausstellungsbeteiligungen unter Mitwirkung von KünstlerInnen wie Arash, Stefan Arnold, Zdenka Becker, Franzobel, Martin Koller, Ludwig Laher, Karin Leitner, Hamid Sadr, Anika Vavic und Gernot Wieland sowie dem Festival String Sextet, das sich aus den Wiener Philharmonikern Hubert Kroisamer, Michael Strasser und Eckart Schwarz-Schulz sowie drei irischen Musikern zusammensetzt.

Länderinformationen

Im Bereich der wissenschaftlichen Zusammenarbeit fand neben diversen Seminaren und Vorträgen die von der Österreichischen Nationalbank unterstützte jährliche „Schrödinger Lecture Series“ an den Universitäten in Cork, Dublin und Limerick mit Jörg Schmiedmayer vom Atominstitut Österreichischer Universitäten statt.

Im Rahmen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen wurden die sich bietenden Auftragsmöglichkeiten beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und im Wohnungs- bzw. Hausbausektor genutzt, wo exzellente Zuliefermöglichkeiten bestehen. Zunehmend eröffnen sich Subauftragsmöglichkeiten bei kommerziellen Bauten bzw. im Tourismussektor.

Die österreichischen Exporte betragen 317,131 Millionen Euro (-6,9%), die Importe 533,244 Millionen Euro (-1,6%).

Island (Republik Island), Reykjavik

Staatsoberhaupt Ólafur Ragnar Grímsson	Regierungschef Geir H. Haarde	Außenministerin Ingibjörg Sólrún Gísladóttir (seit 23. Mai)
---	----------------------------------	---

ÖB: siehe Dänemark; **AHSt:** siehe Norwegen; Reykjavik – **HGK**

Kulturell war Österreich im Rahmen der Nordlandtournee der Interessengemeinschaft niederösterreichischer Komponisten und des Österreichischen Komponistenbundes präsent (Juni und Juli).

Die österreichischen Exporte betragen 37,091 Millionen Euro (-26,5%), die Importe 6,504 Millionen Euro (+110,5%).

Israel (Staat Israel), Jerusalem (West)

Staatsoberhaupt Shimon Peres (seit 15. Juli)	Regierungschef Ehud Olmert	Außenministerin Tzipi Livni
--	-------------------------------	--------------------------------

Tel Aviv – **ÖB, KF, HK, AHSt, ÖW;** Jerusalem, Haifa, Eilat – **HK**

Besuche aus Österreich: Landeshauptmann Erwin Pröll, Besuch des Weizmann-Instituts in Rehovot, Besuch von Bethlehem (20.-22. März); Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Treffen mit der Präsidentin der Knesset Dalia Itzik, Vizepremierministerin und Außenministerin Tzipi Livni, Verteidigungsminister Ehud Barak, Sozialminister Isaac Herzog, Abgeordneten der Knesset, Mitgliedern der österreichisch-israelischen parlamentarischen Freundschaftsgesellschaft sowie VertreterInnen der Organisationen österreichischer Überlebender des Holocaust (10.-14. Juli); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Treffen mit Staatspräsident Shimon Peres, der Präsidentin der Knesset Dalia Itzik, Ministerpräsident Ehud Olmert, Vizepremierministerin und Außenministerin Tzipi Livni, dem stellvertretenden Premierminister und Minister für strategische Angelegenheiten Avigdor Liberman, Verteidigungsminister Ehud Barak sowie dem Knesset-Abgeordneten Benjamin Netanjahu, Entgegennahme eines Ehrendoktorats des Interdisciplinary Center in Herzeliya (2.-4. September); Christoph Kardinal Schönborn und eine Delegation der Österreichischen Bischofskonferenz, Abhaltung der ordentlichen Herbstvollversammlung der Österreichischen Bischofskonferenz in Israel (4.-10. November); Landeshauptmann Josef Pühringer, Treffen mit Wissenschaftsminister Ghaleb Majadle, Teilnahme an der ORF-Aktion „Friedenslicht“ (25.-27. November).

Anhang

Besuche in Österreich: Vizepremierministerin und Außenministerin Tzipi Livni, Teilnahme an der internationalen Konferenz „Women Leaders – Networking for Peace and Security in the Middle East“ (30. und 31. Mai).

In Jerusalem fanden erfolgreiche Verhandlungen über ein revidiertes Memorandum of Understanding zwischen Israel und Österreich über die Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Erziehung für die Jahre 2007-2010 statt (6. November).

Die Musikerinnen Sigrid Trummer und Reza Najfar traten im Club der Österreicher in Tel Aviv und Haifa sowie im Österreichischen Hospiz Jerusalem auf (29. und 30. Jänner). Anlässlich des 210. Geburtstags von Franz Schubert fand im Einav-Center in Tel Aviv eine Schubertiade statt, die von der israelischen Schubert-Gesellschaft initiiert wurde (31. Jänner). Der israelische Alei Gefen Chor gab im Club der Österreicher in Tel Aviv sowie im Österreichischen Hospiz Jerusalem ein liturgisches Konzert mit den Schwerpunkten Bach, Dvorak, Schubert und Puccini (10. und 24. Februar). Das Wiener Jazzquartett Michaela Rabitsch – Robert Pawlik trat beim Jazzfestival im Givatayim Theater auf (Tel Aviv, 22. und 24. März). In Erinnerung an die Kompositionen des gebürtigen Pressburgers Arie Ben Erez Abrahamson (1904-1992) wurde im Felicija Blumenthal Music Center Tel Aviv ein Konzert aufgeführt (25. März). Das österreichisch-kubanische Salsa-Ensemble Sanmera nahm am internationalen Frühlingfestival in Rishon LeZion teil und gab auch Aufführungen in Carmiel, Petach Tikwa und Jerusalem (26.-31. März). Bei einem Konzert des Raanana Symphonette Orchestra in Raanana wurde an die Wiener Geigerin Alma Rosé, einer Nichte Gustav Mahlers, erinnert, die im KZ Auschwitz das „Mädchenorchester“ geleitet hatte und dort 1944 ermordet wurde (15. April). Die Werke der Gewinner des Mozartpreis-Kompositionswettbewerbs Gideon Lewenson und Gilad Rabinovitch kamen im Felicija Blumenthal Center in Tel Aviv zur Uraufführung (31. Mai). Der Chor „Collegium Vocale Leoben“ präsentierte ein umfassendes Programm in Tel Aviv und Jerusalem (2.-7. Juni). Im Österreichischen Hospiz in Jerusalem und im Kammermusikzentrum Tel Aviv fanden Konzerte des Komponisten René Clemencic mit Renaissancemusik statt (11.-14. Juni). An prominenter Stelle zu nennen sind das Kammermusikfestival und die Meisterkurse „Sounding Jerusalem“, die in Jericho, Jerusalem, Ramallah und Zababdeh stattfanden. Israeliische, palästinensische und österreichische KünstlerInnen nahmen gemeinsam an Meisterklassen teil und traten im Rahmen des klassischen Kammermusikfestivals auf (15. Juni bis 5. Juli). Das Arcus Ensemble Vienna sowie Künstler wie Christian Altenburger, Paul Gulda oder Erich Oskar Huetter gaben 25 Konzerte an wechselnden Orten (23. Juni bis 7. Juli). Alexander Kaimbacher und Anna Sushon konzertierten mit klassischer Musik in Tel Aviv und Ramat Chen (22. und 23. Oktober). Ein Gig mit dem Produzenten „Stereotyp“ alias Stefan Mörth fand im populären Barzilai Club in Tel Aviv statt (2. November). Das Flamenco Judaico unter der Leitung von Timna Brauer präsentierte sephardische und arabisch-andalusische Lieder in Or Akiva und Petach Tikwa (27.-30. Oktober). Das Angelika Hagen Trio gastierte in Haifa, Jerusalem und Tel Aviv (27. und 28. November).

Im Rahmen eines einwöchigen Schüleraustauschs mit der Stadt Macabim Reut hatten sechs SchülerInnen aus Pinkafeld die Möglichkeit, an der Eröffnung einer Ausstellung der „Architektur Raum Burgenland“ in der ZeZeZe-Galerie im Tel Aviver Hafen teilzunehmen (1. Februar bis 15. März). Hans Bernhard, Michael Blum und Oliver Ressler nahmen an Workshops und Vorträgen im Rahmen der Ausstellung „Free Radicals“ am Israeli Center for Digital Art in Holon teil (10.-13. April). Eine Ausstellung der Malerin Soshana war im Givatayim Theater zu sehen (Tel Aviv, 20. Dezember 2007 bis 14. Jänner 2008).

In Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Hospiz in der Jerusalemer Altstadt und den Clubs der Österreicher in Tel Aviv und Jerusalem wurden neben den erwähnten Konzerten und Ausstellungen Lesungen der Herausgeberin und Chefredakteurin der „Illustrierten Neuen Welt“ Joanna Nittenberg (9. Jänner), der Rabbinerin Eveline Goodman-Thau (20. Februar), des Schriftstellers Elazar Benyoetz (2. März), der Schauspielerin Dagmar Schwarz (unter anderem auch in der Österreich-Bibliothek an der Hebräischen Universität Jerusalem, 11.-17. Juni), der Schriftstellerin Claudia Erdheim (21. August und 25. Dezember) sowie eine Buchpräsentation

Länderinformationen

von Dieter Hecht über Österreichisch-Israelische Vereine und Initiativen seit 1945 (30. Dezember) organisiert.

Bei der Internationalen Buchmesse Jerusalem (18.-23. Februar) waren 39 österreichische Verlage vertreten. Der Schriftsteller Josef Haslinger nahm an einem Literarischen Kaffee teil.

Dietmar Goltschnigg, Professor für neuere deutsche Sprache und Literatur an der Universität Graz, hielt an den Universitäten Beersheba, Jerusalem und Tel Aviv sowie in der Österreich-Bibliothek an der Hebräischen Universität Jerusalem Vorlesungen zur Büchner-Preis-Rede Paul Celans bzw. zu vertonten Gedichten von Heinrich Heine und Heine-Karikaturen (8.-15. März). Der österreichische Symbolforscher Peter Diem hielt Vorträge am Campus des christlichen Mar Elias Educational Institute und im Club der Österreicher in Tel Aviv (19.-26. Juni). Der ehemalige Sektionsleiter für wissenschaftliche Forschung und internationale Angelegenheiten im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Raoul Kneucker referierte an der Hebräischen Universität in Jerusalem über die Europäische Forschungs- und Technologiepolitik (18.-27. November).

Vor emigrierten ÖsterreicherInnen fanden Aufführungen des Romans Hiob von Joseph Roth mit dem Grazer Schauspieler und Regisseur Johannes Pump und Barbara M. Simoner statt (Haifa, Tel Aviv, Jerusalem, 15.-20. März). Das Ensemble „Cie. Willi Dorner“ gastierte am Theater- und Tanztheaterfestival „Fring Europa“ im Tmuna-Theater in Tel Aviv (18. und 19. April). Im Rahmen eines Österreich-Schwerpunkts des Israel-Festivals traten die Editta Braun Dance Company und Liquid Loft – Chris Haring im Rebecca Crown Auditorium Jerusalem sowie im Susan Dellal Center in Tel Aviv auf (26.-29. Mai). Die Regisseurin und Schriftstellerin Beverly Blankenship und der künstlerische Leiter der „Rote Nasen Clowndoctors“ Giora Seeliger hielten am Sommerfestival des Stage Centers, welches SchauspielerInnen, RegisseurInnen, MusikerInnen und SängerInnen unter der Leitung internationaler Gäste die Möglichkeit zur professionellen Weiterbildung außerhalb der etablierten Institutionen bietet, Workshops ab (28. Juli bis 7. August). Die Theatermacherin Eva Brenner nahm im Rahmen der Veranstaltung „International Exposure“ an Präsentationen von israelischen Theaterproduktionen für internationale TheaterdirektorInnen und Festivalveranstalter teil (Tel Aviv, 2.-5. Dezember).

Die Filmaufnahmen des Regisseurs Michael Pfeifenberger der Episode „Verschwinden sollst Du mit Liebe“ nach Else Lasker-Schüler, die ein Teil des Films „Jerusalem Poems“ des israelischen Regisseurs Micha Shagrir sind, wurden vom KF unterstützt und im Rahmen des internationalen Filmfestivals „Cinema Jerusalem“ aufgeführt (8. Juli). Das Rites-Institut unter der Leitung von Friedemann Derschmidt und Karin Schneider trat mit einer Präsentation des Films „Meisterschaft“ (3. Juli) sowie mit Vorträgen von Prof. Elisabeth Samsonov zum Thema „Elektra – ein griechischer Star in Wien um 1900“ im Klub der Österreicher in Tel Aviv vor das israelische Publikum (3. und 17. Juli). In der ORF-Sendung „Heimat fremde Heimat“ wurde ein Beitrag über „Österreicherinnen in Israel“ ausgestrahlt (16. September). Die im Rahmen des Israel-Aufenthalts gedrehten Szenen wurden als Dokumentarfilme beim Jüdischen Filmfestival in Wien gezeigt (22.-25. November). Die Dokumentation „Hafners Paradies“ kam im Rahmen des Jewish Film Festivals in Jerusalem in Anwesenheit des Regisseurs Günther Schwaiger zur Aufführung (5. Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 207,827 Millionen Euro (+37,4%), die Importe 122,969 Millionen Euro (+26,3%).

Italien

(Italienische Republik), Rom

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Giorgio Napolitano	Romano Prodi	Massimo D'Alema

Rom – **ÖB, KF, ÖHI, AHSt/Zweibüro, ÖW**; Mailand – **GK, KF, AHSt, ÖW**; Bari, Bologna, Florenz, Genua, Neapel, Palermo, Triest, Turin, Venedig, Verona – **HK**; Padua – **AHSt**

Anhang

Besuche aus Österreich: Bundesminister Johannes Hahn, Treffen mit dem Südtiroler Landeshauptmann Luis Durnwalder (Bozen, 5. Februar); Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Treffen der ParlamentspräsidentInnen anlässlich „50 Jahre Römische Verträge“ (22. und 23. März); Landeshauptleute Gabi Burgstaller, Jörg Haider, Josef Pühringer, Herwig van Staa und Franz Voves, Teilnahme an der Tagung des Ausschusses der Regionen anlässlich „50 Jahre Römische Verträge“ (23. März); Bundesminister Erwin Buchinger, Teilnahme an einer Europakonferenz zu Gesundheits- und Sozialthemen (11.-13. April); Staatssekretärin Heidrun Silhavy, Teilnahme am „Regional European Forum on Reinventing Government“ (21. Mai); Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Bundesministerin Claudia Schmied, Teilnahme an der Eröffnung des Österreich-Pavillons bei der Biennale Venedig (7.-10. Juni); Zweiter Nationalratspräsident Michael Spindelegger mit 20 Abgeordneten zum Nationalrat und Mitgliedern des Bundesrates, Treffen mit ParlamentarierInnen und GewerkschafterInnen (10.-13. Juni); Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Teilnahme am Venice Forum (Venedig, 21. und 22. Juni); Bundesminister Günther Platter, Treffen mit Innenminister Giuliano Amato (22. und 23. Juni); Bundesministerin Claudia Schmied, Treffen mit dem Südtiroler Landeshauptmann Luis Durnwalder und der Südtiroler Kulturlandesrätin Sabina Kasslatter Mur (Meran, 5. September); Bundespräsident Heinz Fischer, Treffen mit dem Südtiroler Landeshauptmann Luis Durnwalder (Bozen, 23. September); Bundesminister Erwin Buchinger, Treffen mit Sozialminister Paolo Ferrero, Besuch diverser Freiwilligeneinrichtungen (2. und 3. Oktober); Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Teilnahme an einer Versammlung der SVP-Frauen (Bozen, 13. Oktober); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Treffen mit Staatspräsident Giorgio Napolitano, Premierminister Romano Prodi, Vizepremierminister und Außenminister Massimo D'Alema, Kammerpräsident Fausto Bertinotti, Senatspräsident Franco Marini und dem Bürgermeister der Stadt Rom Walter Veltroni (24. und 25. Oktober); Landeshauptmann Erwin Pröll, Teilnahme an der Europäischen Regionalkonferenz (Udine, 9. November); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Teilnahme an der SVP-Landesversammlung (Meran, 17. November); Bundesministerin Maria Berger, Teilnahme an der „OECD High Level Conference on the Tenth Anniversary of the OECD Anti-Bribery Convention“ (20. und 21. November); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Teilnahme am Treffen der Generalsekretärinnen der europäischen Außenministerien (23. und 24. November); Bundespräsident Heinz Fischer, Teilnahme an der Wiedereröffnung der Mailänder Scala (Mailand, 7. Dezember); Bundesministerin Andrea Kdolsky, Teilnahme an der EU-Ministerkonferenz „Gesundheit in allen Politikbereichen: Erfolge und Herausforderungen“ (17. und 18. Dezember).

Besuche in Österreich: Südtiroler Soziallandesrat Richard Theiner, Treffen mit Bundesminister Erwin Buchinger (31. Jänner); Südtiroler Landeshauptmann Luis Durnwalder und SVP-Obmann Elmar Pichler Rolle, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Bundesministerin Ursula Plassnik und Bundeskanzler a.D. Klubobmann Wolfgang Schüssel (13. März); Südtiroler Kulturlandesrätin Sabina Kasslatter Mur, Treffen mit Bundesministerin Claudia Schmied (6. Juni); Südtiroler Landeshauptmann Luis Durnwalder, Treffen mit Landeshauptmann Erwin Pröll (St. Pölten, 20. und 21. Juni); Südtiroler Landeshauptmann Luis Durnwalder, Teilnahme an der Konferenz der Regierungschefs der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (ARGE ALP) (Bregenz, 22. Juni), Teilnahme am Begräbnis von Bundespräsident a.D. Kurt Waldheim (23. Juni); Staatspräsident Giorgio Napolitano, Staatsbesuch, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (26.-28. Juni); Infrastrukturminister Antonio di Pietro, Treffen mit Bundesminister Werner Faymann (10. Juli); Südtiroler Landeshauptmann Luis Durnwalder, SVP-Obmann Elmar Pichler Rolle, SVP-LandesparteiSekretär Alexander Mittermair und Südtiroler Abgeordnete, Teilnahme an der Südtirol-Runde in Wien (17. Oktober).

Am 7. Dezember unterzeichneten die Innenminister Giuliano Amato und Günther Platter eine Vereinbarung über Sicherheitsangelegenheiten aus Anlass der UEFA EURO 2008.

Für das KF Rom stand nach dem Jahr der Jubiläen 2006 (Mozart, Freud, 125 Jahre Bestehen des Instituts) das Jahr 2007 im Zeichen des Mottos „Begegnung und Aneignung“. Dies bedeutete für alle Sektoren eine intensivierte Einbeziehung italienischer KünstlerInnen aus Drittstaaten in österreichische kulturelle Zusammenhänge einerseits und österreichischer KünstlerInnen in

Länderinformationen

italienisch-europäische andererseits. Im Bereich der bildenden Kunst waren dies: die das ganze Areal des Kulturinstituts einbeziehende Sommerausstellung „Sogni di mezza estate – Sommerträume“, gestaltet von vier italienischen und den zwei österreichischen KünstlerInnen Rainer Ganahl und Heidrun Sandbichler, die erste Ausstellung über österreichisches Grafikdesign in Rom im Rahmen der Römischen Designwochen (8.-25. Oktober) sowie ein „Action Painting“ des Bühnenbildners und Malers Gabriele Amadori auf einer großen, im Garten des Hauses aufgespannten Leinwand als Auftaktveranstaltung für das akademische Jahr 2007/2008. Im Musikbereich sind hervorzuheben: ein gemeinsam mit dem benachbarten japanischen Kulturinstitut veranstaltetes Konzert mit dem Titel „Il mio linguaggio è compreso in tutto il mondo“ – Tre Paesi in concerto“ („Meine Sprache versteht man durch die ganze Welt – Konzert dreier Länder“), das dem Einfluss der „Zweiten Wiener Schule“, insbesondere Arnold Schönbergs, auf die italienische und japanische zeitgenössische Musik galt, wobei die eben fertig gestellten Dissertation all dieser Strömungen der römische Komponist Luca Lombardi in den Mittelpunkt des Programms gestellt wurde (14. Juni). Weitere Höhepunkte auf diesem Weg der „Begegnung und Aneignung“ stellten der Auftritt der World Music – Band „Hotel Palindrone“ (1. März), ein Flötenduo-Konzert des italienisch-österreichischen Künstlerpaares Francesca Canali – Norbert Trawöger zum Thema „Donau“ (8. Juni), ein Konzert von Amadori und den italienischen Musikern Stefano Battaglia (Klavier) und Michele Rabbia (Percussion), die sich von Alban Bergs Sonate für Klavier, op.1 inspirieren ließen (25. September), ein Klavierkonzert des Mailänder Pianisten Luca Trabucco zum Motto „Wien und Umgebung“ (13. November) sowie ein Konzert der römischen Pianistin Cecilia Pascale zu Ehren Kurt Schwertsiks dar, wobei Person und Werk des anwesenden österreichischen Komponisten auch anhand der eben fertig gestellten Dissertation von Frau Pascale vorgestellt wurden (3. Oktober). Im Literaturprogramm nahm die in Anwesenheit der Witwe des Autors durchgeführte Präsentation der italienischen Übersetzung des Buches „Der siebente Brunnen“ von Fred Wander anlässlich des Gedenktags der Befreiung des KZ Auschwitz (26. Jänner) einen Sonderrang ein. Peter Paul Wiplinger und Herbert Rosendorfer lasen am 26. April und am 6. Juni Lyrik und Prosa, begleitet von der Lektüre einer ins Italienische übersetzten Version ihrer Werke durch die StudentInnen des Übersetzungs- und Dolmetschlehrgangs der Universität „San Pio Quinto“.

Eine Mitwirkung besonderer Art stellte die Teilnahme am kulturellen Rahmenprogramm der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge dar. Österreich beteiligte sich sowohl am „Europäischen Weg“ entlang der Kaiserforen als auch an der repräsentativen Ausstellung im Quirinal, zu der Österreich Egon Schieles Meisterwerk „Liegende Frau“ (1917) zur Verfügung stellte. Am 27. Oktober wurde der Germanist und „österreichische Wissenschaftler des Jahres 2007“ Wendelin Schmidt-Dengler gemeinsam mit Roberto Benigni, Umberto Eco, Claudio Magris und John McCourt für seine Verdienste, insbesondere um das Werk Robert Musils, bei einem Festakt auf dem Kapitol mit dem erstmalig verliehenen „Premio Cattedrale Letterarie Europee“ ausgezeichnet.

Akzente außerhalb der Hauptstadt setzte ein dreitägiges Symposium der Universitäten „L'Orientale“, Neapel und Salerno über das Österreich der 30er-Jahre, welches in Neapel vom 6. bis 8. Juni in Zusammenarbeit mit österreichischen Institutionen wie dem Karl Renner Institut oder der Universität Wien Gelehrte aus ganz Europa versammelte. Beachtung fand auch ein von Lektorinnen der Universitäten Pisa und Florenz in diesen Städten aus Anlass des österreichischen Nationalfeiertags am 26. Oktober organisierter „Österreichtag“ mit literarisch-musikalischem Rahmenprogramm.

Das KF Mailand hat seit 1. Jänner 2006 den Vorsitz der Vereinigung Europäischer Kulturinstitute in Mailand (AICEM) inne. AICEM setzt sich aus dem British Council, dem Centre Culturel Français, dem Cervantes Institut, dem Goethe-Institut, dem Schweizerischen Institut sowie dem KF Mailand zusammen. Im Rahmen dieser Kooperation unterstützte das KF Mailand einen Konzertabend zum zehnjährigen Bestehen von AICEM, an dem Klaus Paier als österreichischer Vertreter teilnahm (21. Juni) und förderte die Teilnahme österreichischer KünstlerInnen an den Veranstaltungsreihen „Europäische Dichter des 20. Jahrhunderts“ (25. Jänner bis 4. Juni) und „Junges Europa in der Musik“ (19. Februar bis 7. Mai) sowie am Festival INVIDEO für Experimentalfilm und Videokunst (7.-14. November), am Filmfestival „Filmmaker“ (20. November bis

Anhang

2. Dezember) und an einem erstmals veranstalteten Kurs für junge europäische Kuratoren zeitgenössischer Kunst (27. September bis 6. Oktober).

Das KF Mailand beteiligte sich ferner an Ausstellungen wie „Orient all inclusive – Eine Reise ins Morgenland auf den Spuren der k.u.k. Monarchie“ in der Staatsbibliothek Triest (24. Jänner bis 28. Februar) sowie „Rainer Maria Rilke: Der Poet und seine Engel“, die im Schloss Duino bei Triest mehr als 20.000 BesucherInnen anlockte (22. Juli bis 21. Oktober). An mehreren Orten in Norditalien wurde die Ausstellung „Stifter x 3“ des Landes Oberösterreich mit Werken von Alfred, Wolfgang und Georg Stifter sowie die Ausstellung des EU-Kunst-Netzwerkes „Gemeinsames – Unterschiedlich“ mit Werken, die im Rahmen mehrerer Symposien in Oslip/Burgenland entstanden waren, präsentiert. Im Rahmen der Grazer Tage fanden im Oktober eine Reihe von Konzerten, Lesungen und Ausstellungen in der Grazer Schwesterstadt Triest statt.

Im Bereich der Musik unterstützte bzw. organisierte das KF Mailand das Konzert der „Mozartband“ beim Mittelfest in Cividale del Friuli (21. Juli), Auftritte des Wiener Bohèmequartetts mit einer „Hommage an den Wiener Walzer“ (Padua, 24. September, 15. Oktober, 3. Dezember; Bologna, 25. September, 17. Oktober, 4. Dezember; Mailand, 26. September, 18. Oktober, 28. November), ein Konzert und ein Symposium zum 50. Todestag von Erich Wolfgang Korngold in Bologna (19. Oktober, 24.-30. Oktober), Konzertauftritte des Franz-Pillinger-Ensembles in der Kirche Sant'Antonio in Mailand mit dem Programm „Der Klang der Seele“ (1. Dezember) sowie die Teilnahme von Isabel Ettenauer beim Festival UOVO in Mailand (26. Mai) und von Wolfgang Puschnig beim Jazzfestival Cormons (28. Oktober).

Im Bereich der Literatur wurden die italienische Übersetzung von Elfriede Gerstls „Spielräume“ in Padua präsentiert (16. März) sowie ein literarischer Nachmittag mit Texten von Zdenka Becker und Mila Haugova (Mailand, 12. April) und ein Symposium über die „Osterweiterung der deutschsprachigen Literatur“ an der Universität Genua organisiert (24. und 25. Oktober).

Italien ist traditionell mit 8-9% der Gesamtexporte der zweitwichtigste Exportmarkt Österreichs. Der Schwerpunkt des Handels liegt mit rund 80-90% der Lieferungen im Norden, wo sich auch der Großteil der etwa 200 von österreichischen Unternehmen in Italien unterhaltenen Niederlassungen und Zweigstellen befindet. Die Lieferungen verteilen sich über fast alle Sektoren, wobei Holzwaren, Eisen und Stahl, Fahrzeuge, Nahrungsmittel, Maschinen und Anlagen, elektrotechnische Geräte sowie Kunststoffe führen.

Die österreichischen Exporte betragen 10.231,176 Millionen Euro (+10,8%), die Importe 7.887,894 Millionen Euro (+9,8%).

Jamaika (Jamaika), Kingston

Staatsoberhaupt
Königin Elizabeth II.

Regierungschef
Orette Bruce Golding
(seit 11. September)

Außenminister
Kenneth Baugh
(seit 14. September)

vertreten durch:
Generalgouverneur
Kenneth Hall

ÖB: siehe Kanada; **AHSt:** siehe Venezuela; Kingston/Montego Bay – **HGK**

Österreich beteiligte sich im Mai mit dem Dokumentarfilm „Calling Hedy Lamarr“ von Georg Misch am EU-Filmfestival in Jamaika.

Die österreichischen Exporte betragen 9,508 Millionen Euro (-25,7%), die Importe 996.000 Euro (+32,3%).

*Länderinformationen***Japan
(Japan), Tokio**

Staatsoberhaupt
Kaiser Akihito

Regierungschef
Yasuo Fukuda
(seit 26. September)

Außenminister
Masahiko Koumura
(seit 26. September)

Tokio – **ÖB, KF, AHSt, ÖW, Wien-Büro**; Osaka – **HGK**; Hiroshima, Nagoya, Sapporo – **HK**

Besuche aus Österreich: Staatssekretärin Christine Marek, Teilnahme an den Festveranstaltungen anlässlich der Berufsweltmeisterschaften in Shizuoka/Numazu, Treffen mit Gesundheitsminister Yoichi Masuzoe, Staatssekretärin für Gleichbehandlung und Soziales Yoko Kamikawa, Staatssekretärin für Infrastruktur und Verkehr Midori Matsushima, Staatssekretär für Wirtschaft, Handel und Industrie Kenji Ogiwara, Treffen mit EntscheidungsträgerInnen aus Politik und Wirtschaft (18.-21. November).

Besuche in Österreich: Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Masakazu Sekiguchi, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (30. April); Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Hitoshi Kimura, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (19. September).

Ausgehend von einer Übereinkunft aus dem Jahr 2006 zwischen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Premierminister Junichiro Koizumi wird 2009 das 140-Jahr-Jubiläum der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit einem Österreich-Japan-Jahr gefeiert werden. Die Vorbereitungen dafür wurden mit der Ernennung der nationalen Koordinatoren auf beiden Seiten fortgesetzt. Im Rahmen dieses Jubiläumjahres sollen öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen die japanisch-österreichischen Beziehungen hervorheben und Kooperationen, insbesondere in den Bereichen Kultur, Tourismus, Wirtschaft und Wissenschaft, Synergien für Österreich erzielen.

Die musikalische Präsenz Österreichs in Japan wurde durch rund 400 Veranstaltungen untermauert. Höhepunkte bildeten die bereits traditionelle Tournee der Wiener Sängerknaben (27. April bis 17. Juni) sowie zahlreiche Konzerte und Gastauftritte erstrangiger MusikerInnen und Ensembles im klassischen Bereich. Das Musical „Elisabeth“ wurde sowohl in einer von den Vereinigten Bühnen Wiens übernommenen (28. März bis 20. Mai) als auch in einer ausschließlich weiblich besetzten Takarazuka-Inszenierung (4. Mai bis 18. Juni) zur Aufführung gebracht. Daneben fand auch zeitgenössische Musik Interesse, wie etwa ein DJ-Konzert von Stani Vana (21. Juli).

Eine Präsentation von jungem Design aus Österreich fand anlässlich der Tokyo Designers Week im Rahmen der „Blickfang Tokio“ statt (31. Oktober bis 4. November). Das KF Tokio präsentierte in acht Einzelausstellungen junge KünstlerInnen aus Österreich, darunter eine Medienkunst-Installation von Georg Russegger und Tina van Duyne (14.-23. November). Beachtung fand ferner eine Ausstellung des KF über Landschaftsarchitektur von Maria Auböck und János Kárász (2.-14. Dezember).

Das bereits 16. Seminar zur Österreichischen Gegenwartsliteratur hatte Karl-Markus Gauß zur Gast. Diese Veranstaltung bot zugleich Gelegenheit zur Diskussion mit zahlreichen der 20 österreichischen LektorInnen an japanischen Universitäten (9.-11. November).

Auf technisch-naturwissenschaftlichem Gebiet fand ein kontinuierlicher Austausch zwischen WissenschaftlerInnen beider Länder statt. An der University of Tokyo wurde in Partnerschaft mit der Technischen Universität Wien eine Ausstellung zu den Themen Klimawandel, Katastrophenprävention und Gebäudesicherheit präsentiert (November).

Im Rahmen der 30 bestehenden Städte- und Gemeindepartnerschaften erfolgte ein intensiver Besuchs- und Austausch unter Einbeziehung zahlreicher Jugendlicher.

Die österreichischen Exporte betragen 1.127,413 Millionen Euro (+2,5%), die Importe 1.872,813 Millionen Euro (-3,0%).

*Anhang***Jemen
(Republik Jemen), Sana'a**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ali Abdullah Saleh	Abdul Qader Bajammal	Abu Bakr Abdullah Al-Qirbi

ÖB: siehe Oman; Sana'a – **HK; AHSt:** siehe Saudi-Arabien

Besuche aus Österreich: Präsident des Rechnungshofs und Generalsekretär der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) Josef Moser, Teilnahme an der 9. Generalversammlung der Asian Organization of Supreme Audit Institutions (ASOSAI) (28.-31. Mai); Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit Außenminister Abu Bakr Abdullah Al-Qirbi am Rande der VN-GV (New York, 1. Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 19,937 Millionen Euro (+55,3%), die Importe 388.000 Euro (-67,2%).

**Jordanien
(Haschemitisches Königreich Jordanien), Amman**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Abdullah II. bin Al-Hussein	Nader Dahabi (seit 25. November)	Salaheddin Al-Bashir (seit 25. November)

Amman – **ÖB**

Besuche aus Österreich: Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Erik Buxbaum mit Delegation, Arbeitsbesuch (15.-19. Jänner).

Besuche in Österreich: Direktor für öffentliche Sicherheit Lieutenant General Mohammad Majid Al Eitan mit Delegation, Arbeitsbesuch (11. und 12. Februar).

Das Jordan International Police Training Center (JIPTC) wurde zur Ausbildung der irakischen Polizei von drei österreichischen Polizeitrainern des Bundesministeriums für Inneres unterstützt (Juni 2006 bis September 2007).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 7.000 Euro erbracht.

Beim 19. EU-Filmfestival vom 15. bis 30. November wurde der österreichische Film „CHALTURA Leila & Lena“ vorgeführt.

Die Außenwirtschaftsorganisation der WKÖ nahm mit sechs Firmen an der Wiederaufbaumesse „Rebuild Iraq 2007“ in Amman teil (7.-10. Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 49,236 Millionen Euro (+36,8%), die Importe 3,026 Millionen Euro (+21,3%).

**Kambodscha
(Königreich Kambodscha), Phnom Penh**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Norodom Sihamoni	Hun Sen	Hor Namhong

ÖB, AHSt: siehe Thailand

Besuche in Österreich: Teilnahme einer kambodschanischen Beamtendelegation an der Wiener Konferenz zum Verbot von Streumunition (5.-7. Dezember).

Länderinformationen

Die österreichischen Exporte betragen 1,856 Millionen Euro (+280,2%), die Importe 31,043 Millionen Euro (+8,9%).

Kamerun (Republik Kamerun), Yaunde

Staatsoberhaupt Paul Biya	Regierungschef Ephraim Inoni	Außenminister Henry Eyebe Ayissi (seit 7. September)
------------------------------	---------------------------------	--

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 85.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 4,026 Millionen Euro (+155,0%), die Importe 6,952 Millionen Euro (+10,0%).

Kanada (Kanada), Ottawa

Staatsoberhaupt Königin Elizabeth II.	Regierungschef Stephen Harper	Außenminister Maxime Bernier (seit 14. August)
--	----------------------------------	--

vertreten durch:
Generalgouverneurin
Michaëlle Jean

Ottawa – **ÖB, KF**; Toronto – **HGK, AHSt, ÖW**; Montréal – **HGK, AHSt**; Halifax, Vancouver – **HGK**; Calgary, Regina, Winnipeg – **HK**

Besuche aus Österreich: Delegation der burgenländischen Landesregierung, Treffen mit dem Minister für öffentliche Sicherheit der Provinz Ontario Monte Quinter (Toronto, 22. und 23. April); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Besuch im Rahmen der U-20-Fußball-Weltmeisterschaft (Toronto, 20.-22. Juli); Staatssekretärin Christa Kranzl, Teilnahme an der ICAO-Generalversammlung in Montreal (15.-20. September); Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus und des Allgemeinen Entschädigungsfonds Hannah Lessing, Treffen mit dem Staatssekretär für Multikulturalismus Jason Kenney (Montreal, Ottawa, Toronto, 31. Oktober bis 7. November); Präsident des Bundesrates Wolfgang Erlitz mit einer Delegation des Bundesrates, Treffen mit Senatspräsident Noel Kinsella, Unterhauspräsident Peter Milliken, Immigrationsministerin Diane Finley, dem Bürgermeister von Toronto David Miller, Immigrationsminister von Ontario Michael Chan sowie der Parlamentarischen Staatssekretärin für Erziehung der Provinz Ontario Liz Sandals (Montreal, Ottawa, Toronto, 25.-30. November).

Besuche in Österreich: Vorsitzender des „Canadian Council on Learning“ Paul Cappon, Teilnahme an Diskussionsrunden, unter anderem in der WKÖ (12.-20. Februar); kanadische ParlamentarierInnendelegation, Teilnahme an der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (22. und 23. Februar); Generalstabschef Rick Hillier, Treffen mit dem Chef des Generalstabs General Roland Ertl (6.-8. Mai); Senatspräsident Noel Kinsella, Treffen mit dem Präsidenten des Bundesrates Wolfgang Erlitz (2. und 3. Juli).

Im Musikbereich, in dem Österreich vor allem durch seine klassische Musik bekannt und präsent ist, wurde besonderes Augenmerk auf die Förderung österreichischer NachwuchskünstlerInnen wie der Geigerin Johanna Pichlmair gelegt, die neben Auftritten in Ottawa eine Meisterklasse bei Pinchas Zukerman absolvierte (Juni und Juli). Als österreichischer Beitrag zu den

Anhang

400-Jahr-Feiern der Stadt Quebec wurden im Juli Photographien des Österreicherers Eugen Kedl über Quebec gezeigt. Ende Oktober fand in Ottawa ein Seminar zum Thema „Jüdische Emigration aus Österreich“ statt. Im Rahmen mehrerer internationaler und EU-Filmfestivals, etwa in Montreal, Ottawa, Toronto und Vancouver, konnten aktuelle österreichische Filme präsentiert werden.

Am Forum Alpbach nahm Eric Newell, Rektor der Universität von Alberta und Vorstandsvorsitzender eines der größten Unternehmen in der kanadischen Ölsandindustrie teil (25. August). Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen dem Wiener Institut für Experimentalphysik unter Vorstand o.Univ.-Prof. Anton Zeilinger und dem „Institute for Quantum Computing“ der Universität Waterloo besteht ein Doktorandenaustausch.

Die Jugendaustauschprogramme, wie das Student Work Abroad Program, Joint Study Programs oder das Young Workers Exchange Program, trugen wesentlich zur Förderung der Jugend-Mobilität zwischen Kanada und Österreich bei.

Drei Österreicher versahen ihren Gedenkdienst im Holocaust-Museum sowie bei der Kleinmann-Stiftung in Montreal.

Kanada ist weiterhin der viertgrößte Exportmarkt Österreichs in Übersee. Mehr als zwei Drittel aller österreichischen Exporte nach Kanada entfielen auf die Bereiche Maschinenbau und Fahrzeuge. Im Dienstleistungsbereich profitierte Österreich von einem Milliardenauftrag zum Bau eines Kraftwerkstunnels unter dem Niagara-Fluss sowie vom Betrieb des Flughafen-Shuttles in Toronto.

Österreichische Unternehmen unterhalten rund 90 Niederlassungen in Kanada, davon etwa 30 Produktionsstätten. Umgekehrt sind knapp 40 kanadische Tochterunternehmen in Österreich tätig.

Die österreichischen Exporte betragen 884,427 Millionen Euro (-0,9%), die Importe 465,438 Millionen Euro (+24,3%).

Kap Verde (Republik Kap Verde), Praia

Staatsoberhaupt
Pedro Verona Pires

Regierungschef
José Maria Pereira
das Neves

Außenminister
Victor Manuel Borges

ÖB: siehe Senegal; AHSt: Portugal; Praia – Koordinationsbüro der OEZA

Besuche in Österreich: Außenminister Victor Manuel Borges, Teilnahme am VN-Seminar zur ECOSOC-Reform (19.-21. April); Umwelt- und Landwirtschaftsministerin Madalena Brito Neves, Teilnahme am Inter-sessionellen Treffen zum Kioto Protokoll, Treffen mit Bundesminister Josef Pröll (25.-28. August).

Kap Verde ist Schwerpunktland der OEZA. Auf der Basis des Länderprogramms für 2006-2008 lagen die Schwerpunkte der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in den Bereichen Dezentralisierung und Regionalentwicklung sowie Integriertes Ressourcenmanagement, besonders im Bereich Wasserressourcen. Die Arbeit in der Gruppe für Budgethilfe konnte erfolgreich fortgeführt werden. Mit den zur Verfügung gestellten Mitteln wurden Maßnahmen zur Umsetzung des nationalen Umweltplans gefördert.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von 1,81 Millionen Euro erbracht.

In den Bereichen Erziehung, Medizin und Tourismus wurden StudentInnen bzw. Fachleuten aus Kap Verde für die Durchführung von Studien- bzw. Forschungsvorhaben vier Stipendien für das Studienjahr 2007/08 zuerkannt.

Die österreichischen Exporte betragen 245.000 Euro (+56,9%), die Importe 212.000 Euro.

*Länderinformationen***Kasachstan
(Republik Kasachstan), Astana**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Nursultan Nasarbajew	Karim Masimow (seit 10. Jänner)	Marat Tazhin (seit 10. Jänner)

Astana – **ÖB**; Almaty – **HK**, **Österreich-Bibliothek**; **AHSt**: siehe Russland; **GK Moskau** teilweise zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche aus Österreich: Bundesminister Martin Bartenstein in Begleitung einer österreichischen Wirtschaftsdelegation, Teilnahme an den Feierlichkeiten anlässlich der Aufnahme der direkten Flugverbindung von Wien nach Astana, Treffen mit dem Minister für Energie und Mineralressourcen Sauat Mynbajew, dem Minister für Industrie und Handel Galym Orazbakow, dem Minister für Wirtschaft und Budgetplanung Bachyt Sultanow sowie den Vorsitzenden einer kasachischen Staatsholding Kanat Bozhumbajew und einer nationalen Erdgasgesellschaft Izakbaj Karabalin (17.-19. September).

Besuche in Österreich: Präsident Nursultan Nasarbajew, Privatbesuch (Wien, Salzburg, 14.-30. Jänner); stellvertretende Vorsitzende der Kasachischen Republikanischen Partei OTAN Dariga Nasarbajewa, Teilnahme an der Konferenz über die Förderung der Demokratie in den postkommunistischen Ländern (19. und 20. Jänner); Senatsvorsitzender der Republik Kasachstan Kasyym-Zhomart Tokajew, Teilnahme an der 6. Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Treffen mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (21.-23. Februar); Außenminister Marat Tazhin, Teilnahme am Ständigen Rat der OSZE, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik (30. April); Ministerin für Justiz Zagipa Balijewa, Besuch bei der OSZE, Vortrag über die Verfassungs- und Justizreformen in Kasachstan (25. Mai); Minister für Kultur und Information Jermukhamet Jertysbajew, Teilnahme am Ständigen Rat der OSZE, Treffen mit Bundesministerin Claudia Schmied (25. und 26. Juli); Staatssekretär Kanat Saudabajew, Teilnahme am Ständigen Rat der OSZE, Arbeitsgespräch mit dem Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Nationalrates Caspar Einem (20.-25. September).

Am 15. Oktober nahm die in Kirgisistan, Tadschikistan und Turkmenistan mitakkreditierte Botschaft in Astana ihren Betrieb auf.

Ein Österreicher ist bei der Vertretung der Europäischen Kommission in Almaty tätig.

Anlässlich der Parlamentswahlen am 18. August befanden sich zehn österreichische Kurzzeitbeobachter und zwei Parlamentarier im Rahmen der OSZE/ODIHR-Wahlbeobachtungsmission in Kasachstan.

Aus Mitteln der OEZA wurde ein auf zwei Jahre konzipiertes Projekt zur Ausbildung unterprivilegierter Jugendlicher in Kasachstan mit 50.000 Euro unterstützt. Eine Vertreterin aus Kasachstan nahm an der vom Friedenszentrum Stadtschlaining organisierten „Summer Academy on OSCE“ teil (Stadtschlaining, 24. Juni bis 6. Juli).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 49.000 Euro erbracht.

Das unter österreichischer Beteiligung durchgeführte EU-Programm BOMCA wurde fortgesetzt.

Einen der gesellschaftlichen Höhepunkte stellte der erste Wien-Ball in Kasachstan dar (Almaty, 14. April).

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Österreich-Bibliothek in Almaty wurde eine österreichische Kulturwoche mit Lesungen der österreichischen Autorin Kathrin Röggla gemeinsam mit dem Schauspieler Leopold von Verschuer (Almaty, 24. Oktober), einer Ausstellung von Werken des österreichischen Fotokünstlers Anton Klocker (Almaty, 26. Oktober bis 3. November) und Vorträgen von Botschafter a.D. Alfred Missong an der Österreich-Bibliothek und an der Fakultät für internationale Beziehungen der Kasachischen Staatlichen Ablai Khan Universität abgehalten (Almaty, 1. und 2. November).

Anhang

Der künstlerische Leiter des Chors und Orchesters der Universität Wien Vijay Upadhyaya führte Sondierungsgespräche über die Einrichtung einer Meisterklasse am Kasachischen Nationalen Konservatorium (Almaty, 16.-19. Februar). Eine Vertreterin aus Kasachstan nahm an der 39. Weltkonferenz des Internationalen Rates für traditionelle Musik teil (4.-11. Juli).

Der österreichische Künstler Dieter Josef war bei dem von der Stiftung ARTilek Eurasia organisierten „Druckgraphik-Dialog und Networking Symposium“ und der anschließenden Ausstellung vertreten (Almaty, 3.-14. September).

Im Juli absolvierten 24 kasachische Jungdiplomatinnen einen dreiwöchigen Spezialkurs an der Diplomatischen Akademie Wien. Eine DaF-Praktikantin hielt Deutschkurse an der Kasachischen Staatlichen Ablai Khan Universität für Internationale Beziehungen und Weltsprachen (Almaty, 12. Februar bis 12. August) sowie einen Sommerkurs für DeutschlehrerInnen (Almaty, 4.-15. Juni). Zwei Vertreterinnen aus Kasachstan besuchten das Spezialseminar für DeutschlehrerInnen und GermanistInnen aus Südkasien und Zentralasien zum Thema „Städtebilder“ (Wien, Graz, 9.-19. Juli).

Die WKÖ organisierte österreichische Wirtschaftsmissionen nach Almaty und Astana (24.-26. März) sowie nach Astana (17.-19. September).

Die österreichischen Exporte betragen 210,796 Millionen Euro (+34,3%), die Importe 791,964 Millionen Euro (+20,8%).

Katar

(Staat Katar), Doha

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Emir Sheikh Hamad Bin Khalifa Al-Thani	Sheikh Abdullah Bin Khalifa Al-Thani	Sheikh Hamad Bin Jassim Bin Jabr Al-Thani

ÖB: siehe Kuwait; **AHSt:** siehe Vereinigte Arabische Emirate

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Ursula Plassnik, Treffen mit Staatsoberhaupt Emir Sheikh Hamad Bin Khalifa Al-Thani und dem Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Ahmed bin Abdullah Al Mahmoud (6. Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 75,242 Millionen Euro (+32,7%), die Importe 682.000 Euro (-4,2%).

Kenia

(Republik Kenia), Nairobi

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Mwai Kibaki	Raphael Tuju

Nairobi – **ÖB;** Mombasa – **HK;** **AHSt:** siehe Südafrika

Besuche aus Österreich: Delegation der Kärntner Landesregierung unter der Leitung von Landesrat Josef Martinz, Eröffnung einer durch die Kärntner Caritas finanzierten Volksschule in einem Slum von Nairobi (20. August).

Besuche in Österreich: Erziehungsminister George Saitoti, Ehrengast beim African Medical and Research Foundation (AMREF)-Marathon (Salzburg, 13. Mai); Minister für Lokalregierung Musikari Kombo, Teilnahme am 7. Globalen Forum der VN „Den Staat neu erfinden“ (26.-29. Juni).

Der Erlös des Salzburger AMREF-Marathons wurde für ein Projekt dieser afrikanischen medizinischen Organisation mit Sitz in Nairobi zur Verfügung gestellt.

Länderinformationen

Kenia ist Partnerland der OEZA und wird als solches vom EZA-Büro in Kampala betreut. Schwerpunktssektoren waren die Wasserversorgung, wobei das Hauptaugenmerk auf die ländlichen Gebiete gelegt wurde, sowie die Demokratieförderung mit der Unterstützung eines nationalen Programms zur staatsbürgerlichen Aufklärung.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von 2,12 Millionen Euro erbracht.

Das jährliche EU-Filmfestival mit dem österreichischen Beitrag „All the Queen's Men“ von Stefan Ruzowitzky fand im Mai in Nairobi statt. Dieses Festival wurde nach 2006 zum zweiten Mal auch auf Mombasa erstreckt. Vom 19. bis 23. Oktober hielt sich ein ORF-Filmteam in Nairobi auf, um eine Dokumentation über die Human Rights-City im Korongocho-Slum zu drehen. Im November gastierte der österreichische Violinist Gerald Loderer gemeinsam mit der Pianistin Jana Kmitova in Nairobi. Neben einem Kammermusikabend mit Werken von Wolfgang Amadeus Mozart, Franz Schubert und Fritz Kreisler wurden Workshops mit den MusikerInnen des Orchesters der Nairobi Music Society abgehalten.

Im September bereiste eine Delegation österreichischer Wirtschaftstreibender Kenia.

Die österreichischen Exporte betragen 12,294 Millionen Euro (-30,7%), die Importe 10,413 Millionen Euro (+85,8%).

Kirgisistan (Kirgisische Republik), Bischkek

Staatsoberhaupt
Kurmanbek Bakijew

Regierungschef
Igor Tschudinow
(seit 24. Dezember)

Außenminister
Ednan Karabajew
(seit 8. Februar)

ÖB: siehe Kasachstan; **AHSt:** siehe Russland; **GK Moskau** teilweise zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche in Österreich: Außenministerin a.D. und Vorsitzende der Partei ASABA Roza Otunbajewa, Teilnahme an der Konferenz über die Förderung der Demokratie in den postkommunistischen Ländern (19. und 20. Jänner); Justizminister Marat Kajypow, Teilnahme an einer OSZE-Veranstaltung über die Verbesserung der strafrechtlichen Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Terrorismus, Treffen mit Bundesministerin Maria Berger (22.-24. Mai).

Zwischen September 2005 und Oktober 2007 war eine Österreicherin stellvertretende Leiterin des OSZE-Zentrums in Bischkek. Seit März ist ein Österreicher als Berater für Menschenrechtsfragen bei der Vertretung der VN in Bischkek tätig.

Anlässlich der Parlamentswahlen am 16. Dezember befanden sich fünf österreichische Kurzzeit- und ein Langzeitbeobachter im Rahmen der OSZE/BDIMR-Wahlbeobachtungsmission in Kirgisistan.

Die Gouverneure von Batken und Osch nahmen an einem Seminar für lokale Selbstverwaltung teil (13.-16. Juni). In der Folge besuchten zwei Vertreter der Stadt Wien Batken und Osch, um konkrete Kooperationsmöglichkeiten im Bereich der Entwicklung der lokalen Infrastruktur zu erörtern (1.-8. August). Im Rahmen einer vom Know-how-Transfer-Center des Österreichischen Städtebundes unterstützten Erstellung eines Entwicklungsplans für diese beiden Regionen hielt eine österreichische Expertengruppe ein Seminar ab (Batken, Osch, 10.-19 November).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 68.000 Euro erbracht.

Im Hinblick auf die finanziellen Unterstützungsleistungen für diverse Projekte ist Kirgisistan für Österreich das Schwerpunktländ in Zentralasien. Wie bereits in der Vergangenheit gewährte das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten auch in diesem Jahr der OSZE-Akademie in Bischkek eine finanzielle Unterstützung von 38.950 Euro. Außerdem

Anhang

wurde der Aufbau eines theaterpädagogischen Zentrums an einem Berufsslyzeum in Bischkek mit 39.000 Euro unterstützt. Weitergeführt bzw. lanciert wurden Projekte zum Ausbau der multikulturellen und multilingualen Bildung (53.000 Euro), zur Stärkung der Selbstverwaltungsgemeinden, zur Förderung von Klein- und Mittelbetrieben (73.000 Euro) sowie zur Verbesserung der Lage der Frauen und Jugendlichen in den Gebieten Issyk-Kul und Naryn (75.870 Euro).

VertreterInnen aus Kirgisistan nahmen an den Studienprogrammen und Kursen der vom Friedenszentrum Stadtschlaining organisierten „Summer Academy on OSCE“ (Stadtschlaining, 24. Juni bis 6 Juli) sowie am „International Civilian Peace-keeping and Peace-building Training Program“ (Ausbildungsprogramm für internationale zivile Friedenserhaltung und Friedensbildung) (Stadtschlaining, 21. Jänner bis 2. Februar und 21. Oktober bis 16. November) teil. An der OSZE-Akademie in Bischkek wurde mit einer Unterstützung des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten in der Höhe von 22.062 Euro ein Seminar über Medien und Demokratie abgehalten (3.-7. Dezember).

Das unter österreichischer Beteiligung durchgeführte EU-Programm BOMCA, dessen lokales Büro sich in Bischkek befindet, wurde fortgesetzt. Das 6. Treffen der Zentralasiatischen Grenzsicherheitsinitiative (CABS) fand unter der Leitung von Vertretern des Bundesministeriums für Inneres statt (Bischkek, 27.- 29. September).

Die österreichische Autorin Kathrin Röggla las an der Arabajew-Universität gemeinsam mit dem Schauspieler Leopold von Verschuer aus ihrem Roman „Wir schlafen nicht“ (Bischkek, 22. Oktober). Der österreichische Violinist Gernot Winischhofer hielt am Kirgisischen Nationalen Konservatorium eine Meisterklasse ab und gab ein Konzert (Bischkek, 26. Oktober bis 1. November). Den Höhepunkt der österreichischen kulturellen Aktivitäten in Zentralasien stellte das Konzert des Jazz-Trios „Kelomat“ im Nationaltheater dar (Bischkek, 7. November). Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten unterstützte die Übersetzung von ausgewählten Werken Jura Soyfers in das Kirgisische durch einen Studienaufenthalt der Übersetzerin in Österreich (6.-22. November).

Im Rahmen des Europatags hatte Österreich die Gelegenheit, sich mit einem eigenen Stand zu präsentieren (Bischkek, 8. November). Bei den Europäischen Filmwochen war Österreich mit dem Film Nordrand vertreten (Bischkek, 9.-16. November).

Eine DaF-Praktikantin hielt einen Sommerkurs für DeutschlehrerInnen und GermanistInnen an der Kirgisischen Staatlichen Universität für Architektur, Kunst und Design (Bischkek, 6.-15. Juni). Zwei KirgisInnen nahmen am Spezialkurs für DeutschlehrerInnen und GermanistInnen aus Südkaukasien und Zentralasien zum Thema „Städtebilder“ teil (Graz, Wien, 9.-19. Juli).

Botschafter a.D. Alfred Missong hielt einen zweiwöchigen Vorlesungsblock an der Diplomatischen Akademie des Außenministeriums der Kirgisischen Republik zum Thema moderne Diplomatie sowie Vorträge über Diplomatie und österreichische Geschichte an der OSZE-Akademie, der Arabajew Universität und der Slawischen Universität (Bischkek, 15.-27. Oktober). Die Obfrau des Vereins „Dialog Central“ Lizzy Mayrl nahm als Beraterin an den Vorbereitungen der für 2008 geplanten Tage des Dokumentarfilms mit dem Schwerpunktthema „Die Situation der Frauen in Zentralasien“ teil (Bischkek, 15. Oktober bis 30. November).

Eine von WKÖ organisierte Wirtschaftsmission nach Zentralasien führte unter anderem auch nach Kirgisistan (Bischkek, 27. und 28. März).

Die österreichischen Exporte betragen 3,065 Millionen Euro (+29,6%), die Importe 197.000 Euro (+22,4%).

Kiribati (Republik Kiribati), Tarawa

Staatsoberhaupt, Regierungschef und Außenminister
Anoto Tong

Länderinformationen

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 15.000 Euro (+100,0%), die Importe 8.000 Euro (+271,6%).

Kolumbien (Republik Kolumbien), Bogotá

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Álvaro Uribe Vélez

Außenminister
Fernando Araújo Perdomo
(seit 28. Februar)

Bogotá – **ÖB**; Barranquilla, Cali, Cartagena, Medellín, San Andrés – **HK**; **AHSt:** siehe Venezuela

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 256.000 Euro erbracht.

Aus Mitteln der Bildungskoooperation wurden Stipendien für postgraduale Studien in Österreich finanziert. Zwei Auslandsdiener waren in einem Sozial- und Entwicklungsprojekt in der Nähe von Cartagena im Einsatz. Aus dem freiwilligen Beitrag Österreichs für UNODC wurde ein Projekt im Bereich der alternativen Entwicklung mit 50.000 Euro unterstützt. Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützte Österreich die Fortbildung von neun AkademikerInnen und Fachkräften an österreichischen Hochschulen.

Der Schriftsteller und Übersetzer Erich Hackl absolvierte eine Lese- und Vortragsreise nach Barranquilla, Bogotá, Cartagena und Medellín (März). Univ.-Prof. Gerhard Drekonja referierte im Rahmen der Europawoche der Universidad del Norte in Barranquilla (März). Stücke von Klaus Händl (Mai) und Elfriede Jelinek (November) wurden in Form szenischer Lesungen in einem Theater in Bogotá präsentiert. Der Dramatiker Klaus Händl hielt sich aus diesem Anlaß in Bogotá auf. Der Spielfilm „SpieleLeben“ wurde im Rahmen des EU-Filmfestivals in Bogotá und drei weiteren Städten gezeigt (März). Im Rahmen ihrer Lateinamerikatournee traten die Wiener Sängerknaben in Bogotá, Manizales und Pereira auf (August). Die Jazzmusiker Rudi Berger und Gerry Weil konzertierten mit drei weiteren Musikern im Rahmen von Jazzfestivals in Barranquilla, Bogotá, Cali, Manizales und Medellín (September). Das klassische Kammermusikensemble Trio Impossible war in Bogotá und Medellín zu Gast (Oktober). Der Violinist Stefan Kamilarov gab mit zwei weiteren Musikern ein Kammermusikkonzert in Bogotá (Dezember). Meisterklassen und Workshops zu moderner Komposition wurden von Prof. Christian Minkowitsch und Stefan Höll vom Konservatorium Wien (Bogota, Neiva, September) sowie vom Komponisten Rainer Bischof (Medellín, Dezember) abgehalten.

Die Ausstellung „W.A. Mozart“ von Eleonor und Ernst Friedrich war in Bogotá (Februar) und Medellín (Oktober) zu sehen. Inge Morath zeigte den Fotozyklus „Donau“ in Barranquilla (März) und Bogotá (Juni). Fotografien von Gottfried Helnwein waren Teil einer internationalen Fotoausstellung in Bogotá (Oktober).

Von Ende März bis Ende August war im Oberösterreichischen Landesmuseum unter dem Titel „Gold aus Kolumbien“ eine Ausstellung mit Artefakten aus dem Goldmuseum in Bogotá zu sehen.

Im Rahmen der universitären Kooperationen zwischen der Jesuitenuniversität Cali und der Universität Linz, der Nationaluniversität Bogotá und der Technischen Universität Wien sowie der Universität Externado Bogotá und der Fachhochschule Joanneum fanden Studentenaustauschprogramme statt. Zudem absolvierten österreichische Studenten Praktika am internationalen Agrarforschungsinstitut CIAT in Cali.

Österreichische Firmen waren bei der Umwelttechnologiemesse in Cartagena vertreten (März).

Anhang

Die österreichischen Exporte betragen 78,171 Millionen Euro (+14,6%), die Importe 22,293 Millionen Euro (-2,4%).

Komoren (Union der Komoren), Moroni

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Ahmed Abdallah Sambu

Außenminister
Ahmed Ben Said Jaffar

ÖB: siehe Kenia – **HK;** **AHSt:** siehe Südafrika

Besuche aus Österreich: Sonderbeauftragter des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten für Afrika Botschafter Georg Lennkh, Unterzeichnung eines Memorandums über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen (8. Mai).

Besuche in Österreich: Europadirektor des komorischen Außenministeriums Ahmed Abdallah, Teilnahme an einem ADA-Seminar für afrikanische DiplomatenInnen an der Diplomatischen Akademie (7.-27. Oktober).

Die Importe nach Österreich betragen 50.000 Euro (-58,2%).

Kongo (Republik Kongo), Brazzaville

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Denis Sassou-Nguesso

Außenminister
Basile Ikouebe
(seit 3. März)

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Besuche aus Österreich: Sektionsleiter Thomas Mayr-Harting und Sonderbeauftragter des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten für Afrika Botschafter Georg Lennkh, Treffen mit Generalsekretär im Außenministerium Daniel Owassa (23. Oktober).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 11.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 9,191 Millionen Euro (-6,4%), die Importe 178.000 Euro (-66,7%).

Demokratische Republik Kongo (Demokratische Republik Kongo), Kinshasa

Staatsoberhaupt
Joseph Kabila

Regierungschef
Antoine Gizenga

Außenminister
Antipas Mbusa Nyamwise
(seit 5. Februar)

ÖB: siehe Kenia; Kinshasa – **HK;** **AHSt:** siehe Nigeria

Besuche aus Österreich: Sektionsleiter Thomas Mayr-Harting und Sonderbeauftragter des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten für Afrika Botschafter Georg Lennkh, Treffen mit Vizeaußenminister Alain Lubamba, dem Parlamentspräsidenten Vital Kamerhe und dem Präsidenten des Senats Léon Kengo wa Dondo (20.-23. Oktober); Bundesministerin Ursula Plassnik, Treffen mit Außenminister Antipas Mbusa Nyamwise am Rande des EU-Afrika-Gipfels (Lissabon, 7.-9. Dezember).

Der interimistische Leiter der Political Affairs Division von MONUC ist ein Österreicher.

Länderinformationen

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 123.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 2,858 Millionen Euro (+39,5%), die Importe 357.000 Euro (+45,7%).

Demokratische Volksrepublik Korea (Demokratische Volksrepublik Korea), Pjöngjang

Staatsoberhaupt (informell)	Regierungschef	Außenminister
Kim Jong Il	Kim Jong Il	Pak Ui Chun
(in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Nationalen Verteidigungskommission)	(seit 11. April)	(seit 18. Mai)

ÖB, KF und AHSt: siehe China

Es wurden Verhandlungen bezüglich einer Ausstellung über koreanischen Sozio-Realismus, die von der Korean Fine Art Gallery gemeinsam mit dem Museum für Angewandte Kunst (MAK) in Wien abgehalten werden soll, geführt.

Die Wirtschaftsbeziehungen bewegten sich auf sehr niedrigem Niveau.

Die österreichischen Exporte betragen 1,484 Millionen Euro (-22,8%), die Importe 625.000 Euro (-36,6%).

Korea (Republik Korea), Seoul

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Roh Moo-hyun	Han Duck-soo	Song Min-soon
	(seit 3. April)	

Seoul – **ÖB, AHSt;** Busan – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer in Begleitung von Bundesminister Johannes Hahn, Bundesminister Josef Pröll, Bundesministerin Claudia Schmied, Staatssekretärin Christa Kranzl, Staatssekretärin Christine Marek, Staatssekretär Hans Winkler, Abgeordnete zum Nationalrat Gernot Darmann, Wolfgang Grossruck, Gerald Hauser, Erwin Niederwieser und Terezija Stoisits, Niederösterreichischer Landesrat Josef Plank, Klubobmann im Oberösterreichischen Landtag Michael Strugl, Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften Peter Schuster, Präsident der Österreichischen Rektorenkonferenz Christoph Badelt, Präsident der WKÖ Christoph Leitl sowie einer Wirtschafts-, einer Wissenschafts- und einer Kulturdelegation, Staatsbesuch, Treffen mit Präsident Roh Moo-hyun sowie dem Sprecher der koreanischen Nationalversammlung Lim Chae-jung, Besuch eines Zentrums für Forschung und Entwicklung in Suwon, Besuch der Grenze zu Nordkorea bei Pamunjeom sowie der Stadt Daejeon (31. März bis 4. April); Abgeordneter zum Nationalrat und Vorsitzender der österreichisch-südkoreanischen parlamentarischen Freundschaftsgruppe Werner Amon, Teilnahme am 4th General Meeting of the International Parliamentarians' Coalition for the North Korean Refugees' Human Rights (IPCNKR) (28.-30. August); Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Treffen mit Ministerpräsident Han Duck-soo, Besuch in Busan (19.-22. Dezember).

Besuche in Österreich: Außenminister Song Min-soon, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik am Rande des ASEM-AußenministerInnen Treffens (Hamburg, 29. Mai); Minister für Regierungsverwaltung und innere Angelegenheiten Park Myung-jae an der Spitze einer koreanischen Delegation, Teilnahme am 7. Globalen Forum der VN „Den Staat neu erfinden“ (26.-29. Juni); stellvertretender Ministerpräsident und Sondergesandter zur Unterstützung der Bewer-

Anhang

bung der koreanischen Stadt Yeosu für die Austragung der EXPO 2012 Kim Woo-sik, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (18. und 19. September).

Im Rahmen des Staatsbesuchs von Bundespräsident Heinz Fischer vom 31. März bis 4. April wurde eine gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit im Bereich Wissenschaft und Forschung auf Ministerebene sowie über die Fortsetzung der Kooperation des National Science Museums Daejeon mit dem Naturhistorischen Museum in Wien auf Expertenebene unterzeichnet. Univ.-Prof. Brigitte Winklehner unterzeichnete am 23. Juli in Seoul Netzwerk-Deklarationen über eine Eurasia-Pacific Uninet Mitgliedschaft mit den drei führenden Universitäten in Korea, der Seoul National University, der Korea University und der Yonsei University. Vom 30. November bis 5. Dezember fanden in Wien koreanisch-österreichische Expertenbesprechungen zum Abschluss eines Abkommens über soziale Sicherheit und einer diesbezüglichen Durchführungsvereinbarung statt.

Die Großausstellung mit dem Titel „Wolfgang Amadeus Mozart Exhibition“ wurde vom 21. Juni bis 15. September im Sejong Center in Seoul gezeigt. Die Ausstellung war in weitgehend gleicher Form im Mozartjahr 2006 in Salzburg unter dem Titel „Viva Mozart“ zu sehen gewesen. Viele der gezeigten Ausstellungsstücke hatten Österreich zum ersten Mal verlassen. Seitens der koreanischen Veranstalter wurde eine Besucherzahl von insgesamt knapp 100.000 Personen genannt. Bei der Eröffnung der Ausstellung war der Direktor des Salzburger Museums Carolino Augusteum Erich Marx anwesend. Vom 25. Juni bis 30. September wurde im National Museum of Contemporary Arts (Deoksugung) eine Gemäldeausstellung des Kunsthistorischen Museums Wien mit dem Titel „Great Habsburg Collectors“ gezeigt. Bei der Eröffnung der Ausstellung war der Generaldirektor des Kunsthistorischen Museums Wilfried Seipel anwesend.

Die Wiener Sängerknaben gaben im Rahmen ihrer Tournee vom 7. bis 16. Jänner insgesamt sieben Konzerte in den Städten Ansan, Busan, Jeonju, Seosan, Seoul (zwei Konzerte) und Suwon. Die koreanische Haydn-Gesellschaft veranstaltete in Kooperation mit dem Seoul Academy Ensemble zwei traditionelle Konzerte: ein Frühjahrskonzert am 15. März und ein Herbstkonzert am 21. September. Der österreichische Dirigent Gerhard Lessky dirigierte zwischen 15. Mai und 3. Juni fünf Orchesterkonzerte in mehreren koreanischen Städten mit der Staatlichen Philharmonie Bacau. Dieses aus 36 MusikerInnen zusammengesetzte rumänische Orchester brachte unter anderem Werke von Wolfgang Amadeus Mozart, Robert Schumann, Sergej Prokofiev und Peter Illjitsch Tschaikowsky zur Aufführung. Die seit über zwei Jahrzehnten bestehende Schubert-Gesellschaft in der Republik Korea mit ihren etwa 80 Mitgliedern, vor allem SängerInnen, von denen viele in Wien studiert hatten, veranstaltete traditionell ein Frühjahrs- und ein Herbstkonzert (29. Mai und 22. November). Es waren dies bereits die 43. und 44. Konzerte seit Bestehen der Gesellschaft. Darüber hinaus wurde ein Schubert-Gesangswettbewerb veranstaltet (28. und 29. April). Das nunmehr 12. Internationale Kunstfestival der „Nine Dragon Heads Foundation“ fand in der Zeit vom 11. bis 14. Juni in der Stadt Cheongju südlich von Seoul statt. Dem Festival folgte das 12th International Environment Symposium vom 16. bis 25. Juni. Das Motto der diesjährigen Veranstaltung lautete „Come Ashore“. Teilnehmer aus Österreich war der Tiroler Künstler Alois Schild, der auch Mitglied des Organisationskomitees des Nine Dragon Heads Festivals ist. Von 7. September bis 7. Oktober fand in Seoul das „Sound-Symposium SFX 2007“ statt. Es handelte sich um eine klangbezogene Veranstaltung, zu welcher neben dem Symposium zusätzlich noch Workshops an der Yonsei Universität Seoul, zwei umfangreiche Ausstellungen, sowie verschiedene andere ad-hoc Aktivitäten stattfanden. Konzipiert vom kanadischen Medienkünstler Baruch Gottlieb nahmen auch die österreichischen KünstlerInnen Sabine Groschup und Werner Reiterer an diesem Projekt teil. Der Österreicher Georg Weckwerth war federführend bei der Organisation und Zusammenstellung des künstlerischen Programms beteiligt. Ein kulturelles Großereignis war die Asien-Tournee der Wiener Staatsoper, die unter der Leitung von Direktor Ioan Holender und Dirigent Seiji Ozawa mit 125 Personen in Korea gastierte. Am 19. und 20. September wurde im Seoul Art Center „Le Nozze di Figaro“ von Wolfgang Amadeus Mozart gegeben.

Länderinformationen

Vom 8. bis 31. März wurde die „Rozznjog“ von Peter Turrini im Cecil Theater in Seoul gegeben. Das Stück wurde in der Übersetzung und Inszenierung von Su-taek Yim von der Theatergruppe Rodem aufgeführt. Es gab 39 Vorstellungen. Das österreichische Ensemble Theater Tanto absolvierte vom 31. Juli bis 1. August ein Gastspiel anlässlich des Pohang Bada Festivals. Das Marionettentheater Schönbrunn präsentierte sich mit dem von Gerhard Tötschinger verfassten Stück „Johann Strauss und die Sage vom Donauweibchen“ in einer koreanischen Version anlässlich des Opernfestivals in Daegu mit Vorstellungen am 7. und 8. September. Vom 14. November bis 2. Dezember wurde in Seoul die Produktion „The Trojan Women – An Asian Story“ aufgeführt. Die Idee dazu ging auf eine Teilnahme des künstlerischen Geschäftsführers des Schauspielhauses Wien Airan Berg am Seoul Performing Arts Festival im Oktober 2005 zurück und ist dem Thema Frauen im Krieg gewidmet, aufbauend auf der Aufarbeitung der Geschichte der koreanischen „Trostfrauen“ („comfort women“) im Zweiten Weltkrieg. Aida Kric vom Schauspielhaus Wien hatte sich nachfolgend mit großem persönlichem Engagement dieses Themas angenommen. Das Stück war im Frühjahr im Schauspielhaus Wien uraufgeführt und dort mehrere Wochen in koreanischer Originalbesetzung gespielt worden. Anschließend kam die Produktion in den USA zur Aufführung. In Seoul wurde diese multinationale Produktion des Schauspielhauses Wien im renommierten Seoul Art Center gespielt.

Die außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und der Republik Korea entwickelten sich weiterhin dynamisch.

Die österreichischen Exporte betragen 606,433 Millionen Euro (+9,4%), die Importe 696,714 Millionen Euro (-8,3%).

Kroatien (Republik Kroatien), Agram

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Stjepan Mesić	Ivo Sanader	Kolinda Grabar-Kitarović

Agram – **ÖB, KF, AHSt**; Rijeka – **HK**; Split – **HK**; Pula – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Johannes Hahn, Teilnahme an einem CEEPUS-Treffen (16. März); Bundesministerin Maria Berger, Treffen mit Justizministerin Ana Lovrin (22. und 23. April); Bundesminister Martin Bartenstein, Teilnahme am SEECF-Gipfel (10. und 11. Mai); Bundesminister Günther Platter, Treffen mit Innenminister Ivica Kirin (27. und 28. Juni); Staatssekretär Christoph Matznetter, Treffen mit Finanzminister Ivan Šuker, Abschluß eines österreichischen Twinning-Projekts zu Verbrauchssteuern (11. September); Vizekanzler Wilhelm Molterer, Treffen mit Premierminister Ivo Sanader und Finanzminister Ivan Šuker (25. Oktober).

Besuche in Österreich: Innenminister Ivica Kirin, Teilnahme am Begräbnis von Bundesministerin Liese Prokop (St. Pölten, 9. Jänner); Staatspräsident Stjepan Mesić, Arbeitsbesuch bei Bundespräsident Heinz Fischer (7. und 8. Mai); Staatssekretär Hidajet Bišćević, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (25. Mai); Premierminister Ivo Sanader, Treffen mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (30. Mai); Innenminister Ivica Kirin, Teilnahme am Salzburg Forum (Innsbruck, 11. und 12. Mai); Kulturminister Božo Biškupić, Teilnahme am Pflingstdialog „Europa – Träume und Traumata“ (Schloss Seggau, 24.-26. Mai); Justizministerin Ana Lovrin, Teilnahme an einem informellen Justizministertreffen (Salzburg, 17. und 18. August); Innenminister Ivica Kirin, Treffen mit Bundesminister Günther Platter (14. November).

Das Honorarkonsulat in Dubrovnik wurde vorübergehend geschlossen.

Das am 22. November 2005 paraphierte bilaterale Abkommen, welches die Entschädigung österreichischer Staatsbürger auf Basis des kroatischen Entschädigungsgesetzes vom 11. Oktober 1996 ermöglichen sollte, wurde auch im Jahr 2007 nicht unterzeichnet. Auch kam es zu keiner allgemeinen gesetzlichen Regelung hinsichtlich der Entschädigungsansprüche von Ausländerinnen.

Anhang

Am 14. November wurde in Wien ein „Vertrag über die polizeiliche Zusammenarbeit“ unterzeichnet.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 699.000 Euro erbracht.

Das KF Zagreb veranstaltete bzw. unterstützte landesweit 150 Veranstaltungen in den Bereichen Kultur, Bildung und Wissenschaft. Besondere mediale Resonanz erfuhren ein Konzert von Joe Zawinul gemeinsam mit etwa 20 SolistInnen aus vier europäischen Ländern (25. Juni), Lesungen von Norbert Gstrein (Lovran und Zagreb, 5. und 9. Oktober) und Josef Haslinger (Zadar, Osijek und Zagreb, 20. und 30. November) sowie die Eröffnung des „Libertas Filmfestivals“ in Dubrovnik (29. Juni bis 4. Juli) mit dem Film „Die Fälscher“ von Stefan Ruzowitzky.

In Kroatien sind derzeit vier österreichische Lektoren in Osijek, Rijeka, Zadar und Zagreb sowie eine Bildungsbeauftragte tätig. Es bestehen 14 kroatisch-österreichische Gesellschaften.

Österreich ist der größte Auslandsinvestor in Kroatien.

Die österreichischen Exporte betragen 1.479,245 Millionen Euro (+12,0%), die Importe 625,709 Millionen Euro (-1,2%).

Kuba (Republik Kuba), Havanna

Staatsoberhaupt
Fidel Castro Ruz

Regierungschef
Fidel Castro Ruz

Außenminister
Felipe Pérez Roque

Havanna - **ÖB, AHSt:** siehe Mexiko

Besuche in Österreich: Vizeaußenminister Eumelio Caballero Rodríguez, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler, Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle sowie Sektionsleiter Thomas Mayr-Harting (23. und 24. Mai); Vizeminister im Ministerium für ausländische Investitionen und wirtschaftliche Zusammenarbeit Ricardo Guerrero Blanco, Treffen mit dem oberösterreichischen Landesrat Josef Stockinger, dem Sektionschef im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit Josef Mayer sowie dem Vertreter der Wirtschaftskammer Steiermark Wilfried Leitgeb (Linz, Graz, Wien, 12.-19. Mai), Teilnahme an der 12. Tagung der gemischten österreichisch-kubanischen Wirtschaftskommission (23. und 24. Mai).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 4.000 Euro erbracht.

Im Kulturbereich wurde ein Buch von Mechthild Podzeit-Lütjen übersetzt und ein Mozartdenkmal des österreichischen Bildhauers Anton Thuswaldner in der Altstadt von Havanna enthüllt (17. November). Es gastierten die Leonfeldner Kantorei mit Konzerten in Havanna, Santa Clara und Trinidad (28. März bis 10. April), Christina Jones & Peter Schrammel in Santiago de Cuba (5. Juli) sowie das Vienna Art Orchester in Havanna (14. und 15. November).

Sieben österreichische StudentInnen studierten an kubanischen Universitäten. Eine Austauschlektorin ist seit September an der Deutschabteilung des Fremdspracheninstituts der Universität Havanna tätig.

An der Internationalen Messe von Havanna (FIHAV) war Österreich durch die AHSt Mexiko mit einer Katalogausstellung, an der acht Firmen beteiligt waren, vertreten (5.-10. November).

Die österreichischen Exporte betragen 7,700 Millionen Euro (+82,6%), die Importe 2,630 Millionen Euro (+10,2%).

*Länderinformationen***Kuwait****(Staat Kuwait), Kuwait**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Emir Sheikh Sabah	Sheikh Nasser	Sheikh Mohammed
Al-Ahmed Al-Jaber	Al-Mohammed Al-Ahmed	Al-Sabah Al-Salem
Al-Sabah	Al-Sabah	Al-Sabah

Kuwait – **ÖB, AHSt:** siehe Vereinigte Arabische Emirate

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Ursula Plassnik, Treffen mit dem Staatsoberhaupt Emir Sheikh Sabah Al-Ahmed Al-Jaber Al-Sabah, dem Premierminister Sheikh Nasser Al-Mohammed Al-Ahmed Al-Sabah, dem Parlamentspräsidenten Jassem Mohamad Al Khorafi, dem Außenminister Sheikh Mohammed Al-Sabah Al-Salem Al-Sabah sowie dem Innen- und Verteidigungsminister Sheikh Jaber Al Mubarak Al Hamad Al Sabah (5. Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 99,309 Millionen Euro (+16,5%), die Importe 533.000 Euro (+82,0%).

Laos**(Demokratische Volksrepublik Laos), Vientiane**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Choummaly Sayasone	Bouasone Bouphavanh	Thongloun Sisoulith

ÖB, AHSt: siehe Thailand

Besuche aus Österreich: Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch, Teilnahme an der Frankophonie-Ministerkonferenz, Treffen mit Außenminister Thongloun Sisoulith, Landwirtschaftsminister Sitaheng Rasphon und dem Leiter des Präsidentenkabinetts Soubanh Sritthirath (20.-22. November).

Besuche in Österreich: Teilnahme einer laotischen Beamtendelegation an der Wiener Konferenz zum Verbot von Streumunition (5.-7. Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 388.000 Euro, die Importe 3,910 Millionen Euro (+4,1%).

Lesotho**(Königreich Lesotho), Maseru**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Letsie III.	Bethuel Pakalitha Mosisili	Kenneth Tsekoa (seit 2. März)

ÖB, AHSt: siehe Südafrika

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit Außenminister Kenneth Tsekoa (11. April).

Besuche in Österreich: Außenminister Monyane Moleleki, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (15. Jänner); Ressourcenminister Monyane Moleleki, Teilnahme an der 4. Sitzung der VN-Klimaarbeitsgruppe, Projektbesuch in Kaprun (25.-29. August), Rede beim 7. GFSE (20. und 21. November).

Eine Vertreterin der Botschaft Pretoria war als EU-Beobachterin der Parlamentswahlen am 17. Februar tätig.

In Reaktion auf einen Aufruf nach anhaltender Dürre leistete Österreich an das WFP 100.000 Euro an Nahrungsmittelhilfe.

Anhang

Eine Mitarbeiterin des Außenministeriums nahm vom 7. bis 27. Oktober am Executive Training Programme for Diplomats and Officials from African Countries der Diplomatischen Akademie teil.

Die bestehende aktive Zusammenarbeit mit dem Morija Festival wurde in einem kleinen Botschaftsprojekt zur Förderung lokaler und klassischer Musiktraditionen vertieft. Im November traten sowohl der österreichische Künstler Dhafer Youssef als auch die Cellistin Susan Salm in Konzerten in Maseru und Ramabanta auf.

Die österreichischen Exporte betragen 51.000 Euro (+210,2%).

Lettland (Republik Lettland), Riga

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Valdis Zatlers	Ivars Godmanis	Maris Riekstins
(seit 9. Juli)	(seit 20. Dezember)	(seit 8. November)

Riga – **ÖB, HK, Außenstelle der AHSt Helsinki (AHSt: siehe Finnland)**

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, Treffen von acht Staatspräsidenten (10. und 11. April); Bundesminister Josef Pröll, Treffen mit Umweltminister Raimonds Vejonis (29. und 30. August).

Besuche in Österreich: Außenminister Artis Pabriks, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik (12. März); Minister für regionale Entwicklung und Kommunalverwaltung Aigars Stokenbergs, Treffen mit oberösterreichischen UnternehmerInnen (23. Mai).

Das Barockensemble „L'Arpeggiata“ konzertierte im Rahmen des Bach-Kammermusikfestivals Riga (28. Februar). Unter dem Motto „Österreich-Tage in Lettland“ wurde eine Fortbildungsveranstaltung für lettische DeutschlehrerInnen organisiert (Riga, 2. und 3. März). Im Rahmen des „Festivals der Wiener Klassik“ kam „Die Schöpfung“ von Joseph Haydn zur Aufführung (Riga, 10. und 11. März). Ein Konzert des „Altenberg Trios“ fand in Sigulda und Riga statt (5. und 6. Mai). Am Symposium „Technology Myths“, bei dem die Rolle der neuen Medien, Probleme ihrer Interpretation sowie die Entwicklung von Mythen in der globalisierten modernen Gesellschaft erörtert wurden, nahm der Medienkünstler Rainer Prohaska teil (Aizpute, 1.-10. Juni). An der internationalen zeitgenössischen Kunstausstellung „Showroom 6“ präsentierten sich Gerald Grestenberger, Markus Hausleitner, Jakob Lena Knebl, Peter Kozek, Andrea Maria Kren, Bruce La Mongo und Michaela Mück mit dem Kunstprojekt „Auto“ (Riga, 17.-24. August). An der Fotoaktion „One Day in Latvia“, bei der 50 international anerkannte Fotografinnen einen Tag in Lettland dokumentierten, beteiligte sich Leonhard Föger (Riga, 31. August). Am „Internationalen Symposium der Dokumentarfilme Europas“ in Riga war Michael Pilz vertreten (8.-13. September). Bei der von der Botschaft Riga veranstalteten Ausstellung „Aquaplaning“ waren Portfolios und Mappen der österreichischen Fotografinnen Armin Bardel, Heidi Czipin, Christine Elsinger, Michael Michlmayr, Christian Möser, Lydia Neudeck, Ernest Pointner, Wolfgang Schriever, Lotte Seyerl, Christine Simons, und Wolfgang Stangl zu sehen. Begleitende Workshops gaben Gelegenheit zu Diskussionen mit lettischen Fotografinnen (Riga, 3.-31. Oktober). Der „Salzburger Saitenklang“ gab Konzerte in Madona und Riga (11.-14. Oktober). Der Saxophonist Karlheinz Miklin war mit Jazzmeisterklassen und einer Jamsession in Riga zu Gast (12.-14. Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 178,469 Millionen Euro (+11,7%), die Importe 31,003 Millionen Euro (+39,7%).

*Länderinformationen***Libanon
(Libanesische Republik), Beirut**

Staatsoberhaupt
Emile Lahoud
(bis 23. November;
seither unbesetzt)

Regierungschef
Fouad Siniora

Außenminister
Fawzi Salloukh
(reichte am 11. November
2006 den Rücktritt ein, der
von Ministerpräsident Siniora
nicht akzeptiert wurde;
seitdem nur fallweise
Ausübung der Funktion)

Beirut – **ÖB**; **AHSt**: siehe Syrien; Saida – **HK**

Seit 2005 betreibt die EZA ein gemeinsames Vorhaben im Bereich des Grundschulzugangs für Flüchtlings- und Migrantenkinder mit Caritas Österreich. Diese Organisation finanziert im Libanon mehrere humanitäre Projekte.

Österreich unterstützte über UNRWA den Wiederaufbau des Palästinenserlagers Nahr el-Bared, welches durch die mehrmonatigen Kämpfe zwischen der libanesischen Armee und islamistischen Widerstandskämpfern der Bewegung Fatah al Islam völlig zerstört worden war, mit einem Beitrag von 200.000 Euro.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 315.000 Euro erbracht.

Das Neujahrskonzert des libanesischen Symphonieorchesters unter der Leitung des österreichischen Dirigenten Robert Lehrbaumer fand unter dem Ehrenschutz von Premierminister Fouad Siniora sowie zahlreichen Regierungsmitgliedern, Abgeordneten und Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft statt. Die Aufführung wurde vom libanesischen Fernsehsender LBC aufgezeichnet und am Vorabend des libanesischen Nationalfeiertags (22. November) übertragen. Ministerpräsident Fouad Siniora ersuchte um Wiederholung im nächsten Jahr. Unter dem Ehrenschutz von Ministerpräsident Siniora veranstaltete die Botschaft am 28. September ein Konzert des libanesischen Symphonieorchesters mit Robert Lehrbaumer. Auf dem Programm standen neben Werken von Wolfgang Amadeus Mozart und Franz Schubert auch solche des zeitgenössischen libanesischen Komponisten Walid Gholmieh.

Im Februar wurde in der West Hall der Amerikanischen Universität Beirut die Wanderausstellung „Bertha von Suttner“ gezeigt. Für die Organisation konnten unter anderem die „Women’s International League for Peace and Freedom“ und die „Arab Women Solidarity Association Lebanon“ als Kooperationspartner gewonnen werden.

Österreich war beim EU-Filmfestival mit dem Film „Das Schloss“ von Michael Haneke vertreten (November).

Anlässlich des Besuchs von Altbundespräsident Kurt Waldheim im Libanon im Jahr 2002 wurde durch die staatliche „Université Libanaise“ erstmals ein „Kurt-Waldheim-Preis“ verliehen. Über Ersuchen der Universität wurde heuer eine neuerliche Preisverleihung nach demselben Verfahren wiederholt. Die libanesisch-österreichische Freundschaftsgesellschaft übernahm die Kosten des Preises in Form einer einwöchigen Reise nach Salzburg und Wien einschließlich eines Besuchs der Diplomatischen Akademie und des Vienna International Centre. Als beste Arbeit wurde die Studie von Roger Karam zum Thema „Facteurs identitaires et culturels dans les relations internationales“ von der Jury ausgewählt.

Die österreichischen Exporte betragen 37,418 Millionen Euro (+16,5%), die Importe 1,776 Millionen Euro (-27,9%).

*Anhang***Liberia
(Republik Liberia), Monrovia**

Staatsoberhaupt und Regierungschefin
Ellen Johnson-Sirleaf

Außenministerin
Olubanke King-Akerele
(seit 15. Oktober)

ÖB: siehe Senegal; **AHSt:** siehe Nigeria

Besuche in Österreich: Außenministerin Olubanke King-Akerele, Teilnahme an der UNIDO-Generalkonferenz (2.-5. Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 2,333 Millionen Euro (+87,6%), die Importe 2.000 Euro (-88,9%).

**Libyen
(Große Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija), Tripolis**

Staatsoberhaupt
Oberst Muammar
Al Gaddafi

Regierungschef
Al-Baghdadi
Ali al-Mahmudi
(seit 6. März)

Außenminister
Abderrahman Mohamed
Chalgham

Tripolis – **ÖB, AHSt**

Vom 3. bis 6. September fand in Wien eine erste Verhandlungsrunde mit ExpertInnen des Bundesministeriums für Finanzen über den Entwurf eines Doppelbesteuerungsabkommens statt.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von 100.000 Euro erbracht.

Vom 11. bis 15. März war eine Wirtschaftsmission der WKÖ in Libyen zu Gast. Österreich war auf der Internationalen Messe in Tripolis mit einem eigenen Pavillon und acht Firmen vertreten (2.-12. April).

Die österreichischen Exporte betragen 71,579 Millionen Euro (+19,7%), die Importe 704,962 Millionen Euro (+51,0%).

**Liechtenstein
(Fürstentum Liechtenstein), Vaduz**

Staatsoberhaupt
Fürst Hans-Adam II.

Regierungschef
Otmar Hasler

Außenministerin
Rita Kieber-Beck

(Führung der Regierungsgeschäfte seit 15. August 2004 durch Erbprinz Alois)

Wien – **ÖB; AHSt:** siehe Schweiz; Schaan – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, Teilnahme am quadrilateralen Treffen der deutschsprachigen Staatsoberhäupter (29. Oktober); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Treffen mit Regierungschef Otmar Hasler, dem stellvertretenden Regierungschef Klaus Tschütscher, Regierungsrätin Rita Kieber-Beck und dem Präsidium des liechtensteinischen Landtages (17. Mai); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Treffen mit dem stellvertretenden Regierungschef Klaus Tschütscher (13. Juli); Bundesminister Werner Faymann, Teilnahme am trilateralen Verkehrsministertreffen (13. September); Bundesministerin Andrea Kdolsky, Treffen mit Regierungsrat Martin Meyer (18. und 19. Oktober).

Länderinformationen

Besuche in Österreich: stellvertretender Regierungschef Klaus Tschütscher, Treffen mit Bundesministerin Maria Berger (16. Februar); Regierungsrat Martin Meyer, Treffen mit Bundesminister Werner Faymann, Bundesministerin Andrea Kdolsky und Bundesminister Günther Platter (29. April); Regierungsrat Hugo Quaderer, Teilnahme am quadrilateralen Umweltministertreffen, Treffen mit Bundesministerin Claudia Schmied (25. und 26. Juni); Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, Treffen mit Bundesministerin Claudia Schmied (29. August); Amtsleiter des Auswärtigen Amtes Roland Marxer, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (29. August); Regierungschef Otmar Hasler, Treffen mit Vizekanzler Wilhelm Molterer anlässlich der Eröffnung der Ausstellung von Dauerleihgaben der Sammlung Batliner in der Albertina (12. September); Regierungsrat Martin Meyer, Treffen mit Bundesminister Günther Platter (12. und 13. November); Regierung des Fürstentums Liechtenstein, Arbeitstreffen mit der Landesregierung von Vorarlberg (Schrums, 13. November); stellvertretender Regierungschef Klaus Tschütscher, Teilnahme am ABCB-Symposium (30. November).

Die Zusammenarbeit zwischen Liechtenstein und Österreich hat sich insbesondere im Bereich der Inneren Sicherheit weiter vertieft. Dies ist auf die Vorbereitungen zum UEFA EURO 2008 sowie auf die geplante Schengen-Assoziierung Liechtensteins zurückzuführen.

Es wurden drei Abkommen unterzeichnet, welche die Zusammenarbeit von Liechtenstein und Österreich in Fragen der Entwicklungshilfe, des grenzüberschreitenden Eisenbahnwesens sowie der sicherheitsrelevanten Kooperation aus Anlass der UEFA EURO 2008 zum Gegenstand haben.

Die österreichischen Exporte betragen 478,424 Millionen Euro (+4,1%), die Importe 507,803 Millionen Euro (+267,2%).

Litauen

(Republik Litauen), Wilna

Staatsoberhaupt
Valdas Adamkus

Regierungschef
Gediminas Kirkilas

Außenminister
Petras Vaitiekūnas

Wilna – **ÖB**; **AHSt**: siehe Finnland; **ÖW**: siehe Schweden

Besuche aus Österreich: Chef des Generalstabs General Roland Ertl, Treffen mit dem Oberbefehlshaber der litauischen Streitkräfte Generalmajor Valdas Tutkus (19. und 20. März); Landeshauptfrau Gabi Burgstaller, Treffen mit Premierminister Gediminas Kirkilas und Kulturminister Jonas Jucas (16.-19. September).

Besuche in Österreich: Präsident Valdas Adamkus, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer (8. März); Staatssekretär Algimantas Rimkunas, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (29. März); Premierminister Gediminas Kirkilas, Treffen mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (23. April).

Am 10. Februar fand in Wilna ein Wien Ball statt. Der österreichische Musiker Christian Fenez war Teilnehmer am internationalen Festival der modernen Musik „Jauna Muzika“ (Wilna, 24. April). Die Gruppe „The KDR Society“ konzertierte beim Festival „Kaunas Jazz“ (28. April). In Klaipeda war ein „Österreichisches Konzert“ des Duos Gernot Fresacher (Bassklarinette) und Werner Karlinger (Harfe) zu hören (5. Mai). StudentInnen des Instituts für Volksmusikforschung der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien nahmen am Volksmusikfestival „Kankles“ teil, welches unter anderem in Birzai, Palanga, Plunge, Trakai und Wilna veranstaltet wurde (21.-29. Mai). Das Blasensemble „SoundInnBrass“ war beim 4. internationalen Musikfestival „Wir grüßen Trakai“ vertreten (Trakai, 22.-28. Juli). Der Organist Gottfried Holzer-Graf konzertierte beim St. Christophorus Festival in Moletai und Wilna (20.-22. Juli), des Weiteren das Ensemble „UNICORN“ beim Festival „Bancetto musicale“ in Wilna (29. September). Die Jazzmusiker Sainkho Namtchylak, Wolfgang Puschnig und Paul Urbanek waren Teilnehmer beim internationalen Festival „Vilnius Jazz“ (14. Oktober).

Das Theaterstück „Bambiland“ von Elfriede Jelinek kam in Wilna zur Aufführung (21. April).

Anhang

Der österreichische Künstler Rudolf Krieger war beim internationalen Festival der Sandskulpturen in Klaipeda vertreten (22.-28. Juli).

Für Geschichts- und DeutschlehrerInnen wurde ein Seminar zur „Geschichte Österreichs“ angeboten (Wilna, 25. April). Weiters fand in Wilna der Workshop „Ernst Jandl Projekte in der Schule“ (22.-24. Mai), ein Germanistentag an der Universität (18. Oktober) sowie der Vortrag „Österreichische Literatur aus Bukowina und Galizien“ (24. Oktober) statt. Mit ihren jungen LeserInnen veranstaltete die Österreich-Bibliothek das Projekt „Weihnachten in Österreich“ (Dezember). Ebendort wurde auch eine Lesung österreichischer Literatur abgehalten (14. Dezember).

Die WKÖ organisierte im März und im Oktober Wirtschaftsmissionen nach Litauen.

Die österreichischen Exporte betragen 166,755 Millionen Euro (+12,5%), die Importe 56,664 Millionen Euro (+29,8%).

Luxemburg (Großherzogtum Luxemburg), Luxemburg

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Großherzog Henri	Jean-Claude Juncker	Jean Asselborn

Luxemburg – **ÖB; AHSt, ÖW:** siehe Belgien

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler a.D. Klubobmann Wolfgang Schüssel, Treffen mit Großherzog Henri, Premierminister Jean-Claude Juncker, Außenminister Jean Asselborn und Justizminister Luc Frieden, Teilnahme an der Neujahrstagung der Fédération des Industriels Luxembourgeois (FEDIL) (18. Jänner); Vizekanzler Wilhelm Molterer, Treffen mit Premierminister Jean-Claude Juncker (29. Jänner); Landeshauptmann Josef Pühringer, Treffen mit Verantwortlichen der Europäischen Kulturhauptstadt 2007 Luxemburg und der Großregion Saar-Lor-Lux (8. und 9. Juni); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Treffen mit Großherzog Henri, Premierminister Jean-Claude Juncker und Außenminister Jean Asselborn (11. Oktober).

Besuche in Österreich: Generalsekretär im Außenministerium Georges Santer, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (12. März); Außenminister Jean Asselborn, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Bundesministerin Ursula Plassnik (27. März).

Die Botschaft organisierte neben einer Reihe von Konzerten, Veranstaltungen und Vorträgen eine Ausstellung von Werken der österreichischen Fotogalerie im Museum der Moderne Salzburg zum Thema Migration als österreichischer Beitrag zur Europäischen Kulturhauptstadt 2007 Luxemburg und der Großregion Saar-Lor-Lux (November und Dezember). Die Wiener Staatsoper gastierte mit zwei Aufführungen von Don Giovanni und einem Orchesterkonzert in der Luxemburger Philharmonie (November).

Die österreichischen Exporte betragen 167,327 Millionen Euro (+0,1%), die Importe 206,384 Millionen Euro (-1,1%).

Madagaskar (Republik Madagaskar), Antananarivo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Marc Ravalomanana	Jaques Sylla	Marcel Ranjeva

ÖB, AHSt: siehe Südafrika; Antananarivo – **HK**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit Außenminister Marcel Ranjeva (10. April).

Länderinformationen

Ein Mitarbeiter des Außenministeriums nahm vom 7. bis 27. Oktober am Executive Training Programme for Diplomats and Officials from African Countries der Diplomatischen Akademie teil.

In Reaktion auf den Notstandsaufwurf nach Wirbelstürmen leistete Österreich 432.400 US-Dollar an Nothilfe.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 6.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 1,632 Millionen Euro (+102,5%), die Importe 3,882 Millionen Euro (+13,6%).

Malawi (Republik Malawi), Lilongwe

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Bingu wa Mutharika

Außenministerin
Joyce Banda

ÖB: siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Blantyre – **HK**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 44.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 112.000 Euro (-77,0%), die Importe 2,772 Millionen Euro (+24,4%).

Malaysia (Malaysia), Kuala Lumpur

Staatsoberhaupt
Yang di-Pertuan Agong XIII
Tuanku Mizan Zainal
Abidin ibni Al-Marhum
Sultan Mahmud Al-Muktafi
Billah Shah

Regierungschef
Dato' Seri Abdullah bin
Haji Ahmad Badawi

Außenminister
Datuk Seri Syed Hamid
bin Syed Jaafar Albar

Kuala Lumpur – **ÖB, AHSt;** Penang – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Andrea Kdolsky, Treffen mit dem malaysischen Gesundheitsminister Chua Soi Lek und dem stellvertretenden Chief Minister und Gesundheitsminister von Sarawak Tan Sri George Chan (Kuala Lumpur, Sarawak, 10.-14. November).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 5.000 Euro erbracht.

Der Pianist Ratko Delorko gab Konzerte im Rahmen einer Ausstellung von Werken des malaysischen Malers Latiff Mohidin in der Petronas Gallerie und hielt Meisterkurse ab (9.-18. März).

Am 29. Juni wurde im Kuala Lumpur Convention Centre für mehr als 600 Gäste ein Wien Ball veranstaltet.

Österreich beteiligte sich mit dem Film „Die Gottesanbeterin“ am EU-Filmfestival in Kuala Lumpur und Penang (Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 268,002 Millionen Euro (+13,5%), die Importe 335,903 Millionen Euro (-10,9%).

*Anhang***Malediven
(Republik Malediven), Malé**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Maumoon Abdul Gayoom

Außenminister
Abdulla Shahid
(seit 23. August)

ÖB, AHSt: siehe Indien; Malé – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch, Treffen mit Außenminister Abdulla Shahid und dem Sektionsleiter im Außenministerium Ali Naseer Mahamed (15. und 16. November).

Österreich unterstützt die Malediven durch die Vergabe von Stipendien, insbesondere für den Lehrgang „Hotel- und Tourismusmanagement“ auf Schloss Klessheim (Salzburg).

Österreich ist eine der wichtigsten Herkunftsdestinationen von TouristInnen. Eine Reihe österreichischer StaatsbürgerInnen arbeitet in fremdenverkehrsnahen Sektoren.

Die österreichischen Exporte betragen 2,526 Millionen Euro (+65,6%), die Importe 218.000 Euro (+992,6%).

**Mali
(Republik Mali), Bamako**

Staatsoberhaupt
Amadou Toumani Touré

Regierungschef
Modibo Sidibé
(seit 28. September)

Außenminister
Moctar Ouane

ÖB: siehe Senegal; Bamako – **HK; AHSt:** siehe Marokko

Besuche aus Österreich: Sektionsleiter Thomas Mayr-Harting und Sonderbeauftragter des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten für Afrika Botschafter Georg Lennkh, Treffen mit dem Generalsekretär im Außenministerium Moussa Diakite (18. und 19. Juli).

Im Rahmen der „Rencontres de la Photographie de Bamako“ hielt Ingrid Hölzl von der Akademie der bildenden Künste Wien am Kunst- und Multimediakonservatorium von Bamako eine Vortragsreihe (November).

Die österreichischen Exporte betragen 11,301 Millionen Euro (+30,5%), die Importe 195.000 Euro (-87,2%).

**Malta
(Republik Malta), Valletta**

Staatsoberhaupt
Edward Fenech Adami

Regierungschef
Lawrence Gonzi

Außenminister
Michael Frendo

Valletta – **ÖB, HGK; AHSt:** AHSt Mailand

Besuche aus Österreich: Mitglied des Europäischen Parlaments Othmar Karas mit weiteren VertreterInnen der Europäischen Volkspartei, Teilnahme an Studententagen (4.-6. Juli); Abgeordnete zum Nationalrat Ulrike Lunacek, Treffen mit dem Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments Julian Vassallo (20.-26. Juli); Chef des Generalstabs General Roland Ertl, Treffen mit Brigadier Carmel Vassallo (8.-10. November).

Länderinformationen

Besuche in Österreich: Parlamentsabgeordnete Evarist Bartolo und Leo Brincat, Treffen mit Staatssekretär Christoph Matznetter und dem Abgeordneten zum Nationalrat Andreas Schieder (20.-23. Juni); Wettbewerbsminister Censu Galea (Schwechat, Burgenland, 1.-5. August).

Die Absichtserklärung zwischen Malta und Österreich über die Unterbringung der maltesischen Visa-Abteilung an der Botschaft Moskau wurde von Permanent Secretary Botschafterin Cecilia Attard-Pirota und Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle am 30. Oktober in Wien unterzeichnet.

Österreich führt mehrere von der EU finanzierte Twinning-Projekte mit Malta durch. Diese erfassen die Bereiche Schengen-Vorbereitung (Sichtvermerke), Marktforschung und Konsumentenschutz sowie Abfallentsorgung. Anlässlich der Euro-Einführung in Malta fand ein Twinning-Light-Projekt zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und dem Malta National Euro Changeover Committee statt. In diesem Rahmen wurden mehrere Vorträge, Seminare und Diskussionsrunden unter der Mitwirkung österreichischer Delegierter veranstaltet.

Ein Konzert unter der Mitwirkung maltesischer und österreichischer KünstlerInnen wurde im Manoel Theatre in Valletta mit Werken von Bach, Dvorak und Schumann veranstaltet (31. Jänner). Das Salzburger Duo „nota bene“ veranstaltete gemeinsam mit der maltesischen Violinistin Sarah Spiteri einen Konzertabend zu „Meet the Mozart Family“. Die beiden jungen Künstler gaben anschließend Meisterklassen für Klavier und Violine an der Johann-Strauß-Musikschule in Valletta (15. Mai). Beim Victoria International Arts Festival auf der Insel Gozo spielte das oberösterreichische „Brevis Quartett“ in der St. George's Basilica Werke von Bruch, Mozart und Villa-Lobos (19. Juli).

Auf der Insel Gozo präsentierte die österreichische Künstlerin Hermine Sammut gemeinsam mit einer englischen Künstlerin Gemälde, Keramiken, Skulpturen und Schmuck (13.-18. Oktober). Architekt Peter Lorenz präsentierte bei den „Architecture Nights 2007“ seine jüngsten Werke mit dem Schwerpunkt „Einkaufszentren und Stadterneuerung“ (20. Oktober). In der Zitadelle von Victoria auf Gozo war eine Ausstellung mit Installationen, Gemälden und Skulpturen maltesischer und österreichischer KünstlerInnen zu sehen (27. Oktober bis 30. November).

Das von der EU geförderte Projekt „Uniting through Culture“ der Forum Theater Gruppe Australia zeigte ein Theaterstück mit Publikumsbeteiligung zum Thema „Alltagsszene mit kulturellen Missverständnissen“ (24. März).

Österreich nahm mit dem Film „Die Gottesanbeterin“ am 9. Europäischen Film Festival in Malta teil (März). Während der Internationalen Woche an der Universität Malta wurde der österreichische Beitrag nochmals vor allem einem studentischen Publikum gezeigt (9. März).

Im „St. James Cavalier – Centre for Creativity“ in Valletta fand neben einem Vortrag eine Lesung englischer Übersetzungen von Ludwig Laher mit anschließender öffentlicher Diskussion statt (16. März).

Die österreichischen Exporte betragen 46,900 Millionen Euro (-78,2%), die Importe 21,322 Millionen Euro (+92,6%).

Souveräner Malteser Ritterorden

Staatsoberhaupt
Frà Andrew Bertie

Regierungschef und Außenminister
Jean-Pierre Mazery

ÖB: siehe Heiliger Stuhl

Besuche in Österreich: Großkanzler Jean-Pierre Mazery mit einer Delegation, Besuch anlässlich der 50-Jahr-Feier des Malteser Hospitaldiensts Austria, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und dem ungarischen Staatspräsidenten László Sólyom (15. und 16. Juni); Großkanzler Jean-Pierre Mazery mit einer Delegation, Teilnahme an einer Konferenz des Malteser Ritteror-

Anhang

dens über die Strategie seiner Tätigkeiten im zentral- und osteuropäischen Raum (30. November und 1. Dezember).

**Marokko
(Königreich Marokko), Rabat**

Staatsoberhaupt
König Mohammed VI.

Regierungschef
Abbas El Fassi
(seit 15. Oktober)

Außenminister
Taieb Fassi Fihri
(seit 15. Oktober)

Rabat – ÖB; Casablanca – AHSt

Besuche aus Österreich: Leiter des Interpol-Büros in Wien Wolfgang Gerstl, Teilnahme an der 76. Interpol Generalversammlung (Marrakesch, 4.-8. November).

Besuche in Österreich: Ministerdelegierte für Auslandsmarokkaner Nezha Chekrouni, Teilnahme an der Konferenz „Women Leaders – Networking for Peace and Security in the Middle East“ (30. und 31. Mai); Berater von König Mohammed VI André Azoulay, Teilnahme am „Trilogue Salzburg – Paths and Pitfalls of Interreligious Understanding“ (12. und 13. August).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 6.000 Euro erbracht.

Der marokkanische Rundfunk widmete im Jänner österreichischer Musik eine einstündige Sendung und brachte im September ein Interview des österreichischen Botschafters zu Musik in Österreich. Das Trio „Kelomat“ war beim EU-Jazz-Festival „Jazz au Chellah“ in Rabat vertreten (Mai). Das Duo „nota bene“ konzertierte im August beim Festival von Assilah. In der Residenz fanden mehrere Konzerte mit Beteiligung von marokkanischen und ausländischen KünstlerInnen statt. Eines davon wurde in einem öffentlichen Saal in Rabat wiederholt.

Im Jänner fand im Österreich-Informationszentrum eine szenische Lesung von Helga und Helmut Wiesner mit Werken von Peter Handke und Ernst Jandl statt. Der österreichische Maler Michael Blank stellte im April seine Werke in der Galerie „Le Cube“ des Österreich-Informationszentrums aus. Die Galerie konnte durch weitere Ausstellungen marokkanischer und internationaler Künstler ihren Ruf als Avantgarde-Zentrum festigen. Der österreichische Film „We Feed the World“ von Erwin Wagenhofer wurde im Dezember im Österreich-Informationszentrum gezeigt.

Im Rahmen von „Österreich-Tagen“ fanden im März Fortbildungsseminare für DeutschlehrerInnen in Casablanca, Fes und Rabat statt. Im April wurde unter österreichischer Führung ein „Erich-Fromm-Symposium“ in Fes abgehalten. Ein Professor der Veterinärmedizinischen Universität Wien leitete im November ein Seminar über Anästhesiemethoden an der Veterinärmedizinischen Hochschule Rabat.

Die österreichischen Exporte betragen 68,362 Millionen Euro (-12,6%), die Importe 64,318 Millionen Euro (+9,0%).

**Marshall Inseln
(Republik Marshallinseln), Majuro**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Kessai Hesa Note

Außenminister
Gerald M. Zackios

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 1,967 Millionen Euro (+100,0%).

*Länderinformationen***Mauretanien****(Islamische Republik Mauretanien), Nouakchott**

Staatsoberhaupt Sidi Ould Cheikh Abdallahi (seit 25. März)	Regierungschef Zeine Ould Zeidane (seit 20. April)	Außenminister Mohamed Saleck Ould Mohamed Lemine (seit 24. April)
--	--	--

ÖB, AHSt: siehe Marokko; Nouakchott – **HK**

Im Februar wurde das Honorarkonsulat Nouakchott eröffnet. Fünf ÖsterreicherInnen nahmen an der europäischen Wahlbeobachtung für die Präsidentschaftswahl am 11. und 25. März teil.

Die österreichischen Exporte betragen 3,612 Millionen Euro (+66,8%), die Importe 7.000 Euro (-83,6%).

Mauritius**(Republik Mauritius), Port Louis**

Staatsoberhaupt Sir Anerood Jugnauth	Regierungschef Navinchandra Ramgoolam	Außenminister Madan Murlidhar Dulloo
---	---	---

ÖB, AHSt: siehe Südafrika; Port Louis – **HK**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit Außenminister Madan Murlidhar Dulloo (9. April).

Österreich nahm im April mit dem Film „Die Gottesanbeterin“ am EU-Filmfestival teil.

Ein Mitarbeiter des Außenministeriums nahm vom 7. bis 27. Oktober am Executive Training Programme for Diplomats and Officials from African Countries der Diplomatischen Akademie teil.

Die österreichischen Exporte betragen 5,061 Millionen Euro (+12,8%), die Importe 8,179 Millionen Euro (+22,0%).

Mazedonien**(Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien), Skopje**

Staatsoberhaupt Branko Crvenkovski	Regierungschef Nikola Gruevski	Außenminister Antonio Milošoski
---------------------------------------	-----------------------------------	------------------------------------

Skopje – ÖB, HGK, Koordinationsbüro der OEZA, Bildungsbeauftragte, Lektorin für deutsche Sprache und österreichische Literatur, Polizeiattaché, Außenstelle der AHSt Belgrad (AHSt: siehe Serbien)

Besuche aus Österreich: Chef des Generalstabs General Roland Ertl, Treffen mit dem mazedonischen Amtskollegen Miroslav Stojanovski (25. und 26. April); Vertreterinnen des Bundesministeriums für Soziales und Konsumentenschutz Edeltraud Glettler und Ulrike Renner, Treffen mit dem Minister für Arbeit und Soziales Ljubčo Meškov, Vorstellung des für Mazedonien zuständigen österreichischen Sozialattachés Gero Stuller (6. Juni); Bundesminister Günther Platter, Treffen mit der mazedonischen Innenministerin Gordana Jankuloska (Ohrid, 30. Juni); ADA-Geschäftsführer Michael Linhart, Vorbereitung des Projekts „Wasserver- und Wasserentsorgung in der Gemeinde Krivogastani“ (4. Juli); Bundespräsident Heinz Fischer in Begleitung von Bundesminister Norbert Darabos, Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle sowie einer österreichischen Wirtschaftsdelegation, Treffen mit Präsident Branko Crvenkovski, Premierminister Nikola Gruevski, Parteivorsitzenden der DUI Ali Ahmeti, Parteivorsitz-

Anhang

zenden der DPA Menduh Thaci (Skopje, Ohrid, 12. und 13. Juli); Bundesminister Johannes Hahn, Treffen mit dem mazedonischen Minister für Erziehung und Wissenschaft Sulejman Rushiti, Unterzeichnung eines Abkommens über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit (23. Juli).

Besuche in Österreich: Kulturminister Arifhikmet Dzemaili, Treffen mit Sektionsleiter Emil Brix (31. Mai); Bürgermeister der Stadt Ohrid Aleksandar Petreski und Direktor des Ohrider Sommer Festivals Toni Simonovski, Präsentation des „Ohrid Summerfestival 2007“ an der Diplomatischen Akademie (30. April); Vizepremierminister Zoran Stavrevski, Treffen mit Vizekanzler Wilhelm Molterer, Bundesminister Martin Bartenstein und Generalsekretär der Industriellenvereinigung Markus Beyrer, Teilnahme an einer Informationsveranstaltung der Industriellenvereinigung (26. September); Delegation des mazedonischen Parlaments unter der Leitung der Vorsitzenden des Gleichbehandlungsausschusses Liljana Popovska, Treffen mit der Obfrau des Gleichbehandlungsausschusses und Abgeordneten zum Nationalrat Gabriele Heinisch-Hosek sowie den Abgeordneten zum Nationalrat Maria Rauch-Kallat und Brigid Weinzinger (29. November).

Am 10. September wurde in Skopje ein Abkommen zwischen Mazedonien und Österreich zur Vermeidung der Doppelbesteuerung unterzeichnet und am 21. Dezember die Ratifizierungsurkunden ausgetauscht. Das Abkommen wird am 20. Jänner 2008 in Kraft treten.

Mazedonien ist Schwerpunktland der OEZA. Der inhaltliche Schwerpunkt der OEZA in Mazedonien liegt in den Bereichen Wasser, erneuerbare Energien, der Förderung von Beschäftigung sowie Bildung. Im Berichtszeitraum befanden sich 13 Projekte in Umsetzung.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von 3,85 Millionen Euro erbracht.

Am 19. März organisierte die Botschaft eine Lesung des österreichischen Schriftstellers Alexander Peer. Anlässlich der Ohrider Sommerfestspiele gab das Ensemble „Concilium Musicum“ am 17. August in der Kirche Sveta Sofija in Ohrid ein Konzert. Im Juli und Dezember fand in Ohrid bzw. Skopje der Workshop und die Ausstellung „Balkan Spirit“ statt. In Zusammenarbeit mit der Kunstgalerie „Press to Exit“ wurde im November ein einmonatiger Künstleraustausch mit dem österreichischen Künstler Valentin Ruhry organisiert. Ebenfalls im November wurden mehrere österreichische Filme auf DVD für die Präsentation einer deutschsprachigen Filmreihe im Kunsthaus Bitola zur Verfügung gestellt. Am 15. Dezember kam im Opernhaus von Skopje die Oper „Der Zwerg“ von Alexander Zemlinsky unter der Regie von Paul Weigold zur Aufführung.

Die österreichischen Exporte betragen 81,216 Millionen Euro (+20,9%), die Importe 24,855 Millionen Euro (+13,1%).

Mexiko (Vereinigte Mexikanische Staaten), Mexiko-Stadt

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Felipe Calderón Hinojosa

Außenministerin
Patricia Espinosa Cantellano

Mexiko-Stadt – **ÖB, KF, AHSt**; Cancún, Guadalajara, Mérida, Monterrey, Tijuana – **HK**

Besuche aus Österreich: 45-köpfige RichterInnendelegation unter der Leitung der Vizepräsidentin des Obersten Gerichtshofs Birgit Langer, Treffen mit leitenden VertreterInnen des mexikanischen Justizapparats (24.-31. Oktober).

Besuche in Österreich: Außenministerin Patricia Espinosa Cantellano, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Bundesministerin Ursula Plassnik (31. Jänner bis 5. Februar).

Länderinformationen

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 8.500 Euro erbracht.

Im April wurde zwischen Mexiko und Österreich das im Kulturabkommen vorgesehene Arbeitsprogramm für die nächsten drei Jahre mit der Zielsetzung vereinbart, den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch zwischen beiden Ländern, unter anderem durch gemeinsame Schwerpunkte zum Jubiläum der mexikanischen Unabhängigkeit und Revolution, weiter zu vertiefen.

Das Mozart-Jahr 2006 fand mit der Verleihung der Mozart-Medaille an wichtige Persönlichkeiten des mexikanischen Kulturlebens im Palacio de Bellas Artes seinen Abschluss (27. März). Zu den weiteren Höhepunkten im Musikbereich zählten der Auftritt der Wiener Akademie unter Martin Haselböck in Mexiko-Stadt (März), die Teilnahme des „Trio Exklusiv“ beim Eurojazz-Festival (März), die Beteiligung der österreichischen Elektro-Pop-Band „Silicone Pumpgun“ beim Festival Cervantino in Guanajuato (Oktober) und die Konzerte des jungen Bläser-Quintetts „Penta Musica“ in Guadalajara und Morelia (November).

Die Literaturreihe „Austria entre Líneas“ wurde fortgesetzt, wobei Thomas Bernhard, Elfriede Jelinek und Georg Trakl in mehreren Veranstaltungen gewürdigt wurden. Mit einer hölzernen Welle erregte der steirische Künstler Eduard Tauss Aufsehen im Museum El Eco (April), während die Gruppe „Übermorgen“ beim wichtigsten Multi-Medien-Festival Mexikos vertreten war (13.-19. Oktober) und der Medienkünstler Christian Kliem eine multidimensionale Versuchsanordnung in Morelia installierte (18.-20. Oktober). Im Rahmen des Thomas-Bernhard-Schwerpunkts des KF wurden der Monolog „Einfach kompliziert“ und das Theaterstück „Am Ziel“ von mexikanischen Regisseuren inszeniert (Juli, Dezember).

Mit der Unterstützung eines Workshops der Choreographin Mariela Greil konnte zum ersten Mal seit Jahren wieder eine österreichische Tanzveranstaltung in Mexiko realisiert werden (29. September bis 29. Oktober).

Nikolaus Geyrhalter wurde für seinen Film „Unser täglich Brot“ beim Festival des Zeitgenössischen Films in Mexiko Stadt als bester Dokumentarfilmregisseur ausgezeichnet (4. März). Beim größten Kurzfilmfestival der Welt in Guanajuato (22.-28. Oktober) war Österreich mit einem Beitrag von Alexander Horvath vertreten. Bei der EU-Filmwoche war ein Werk der jungen österreichischen Regisseurin Anja Salomonowitz zu sehen (29. und 30. Oktober).

Die Philosophen Peter Engelmann und Peter Kampits widmeten sich in Vorträgen in Mexiko-Stadt Jaques Derrida bzw. Ludwig Wittgenstein (1. März bzw. 24. und 27. April). Mit Kooperationsabkommen zwischen der Universität Wien und der größten staatlichen mexikanischen Universität UNAM bzw. der Universität Toluca eröffneten sich interessante Perspektiven für den künftigen universitären Austausch.

Die österreichischen Exporte betragen 382,930 Millionen Euro (+37,5%), die Importe 185,756 Millionen Euro (+8,3%).

Mikronesien (Föderierte Staaten von Mikronesien), Palikir

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Emanuel Mori
(seit 11. Mai)

Außenminister
Lorin S. Robert
(seit 17. Juli)

ÖB, AHS: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 25.000 Euro (+536,5%), die Importe 43.000 Euro (+100,0%).

*Anhang***Moldau****(Republik Moldau), Chişinău**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Vladimir Voronin	Vasile Tarlev	Andrei Stratan

Chişinău – ÖB, AHSSt mit Sitz in Bukarest, Koordinationsbüro der OEZA

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Ursula Plassnik, Eröffnung der Gemeinsamen Annahmestelle für Schengen-Visa (25. April); Bundesminister Günther Platter, Treffen mit Innenminister Gheorghe Papuc (19. und 20. Juli).

Besuche in Österreich: Ministerpräsident Vasile Tarlev, Teilnahme am Treffen für Stabilität in Südosteuropa im 21. Jahrhundert (Salzburg, 28. Juli); Parlamentspräsident Marian Lupu, Teilnahme am Europäischen Forum (Alpbach, 26.-29. August); Vizeaußenminister Valeriu Ostalep, Arbeitsgespräche im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (24. April, 13. Juli).

Mit 10. September wurde die Errichtung einer Österreichischen Botschaft in Chişinău mit einem residenten Geschäftsträger ad interim notifiziert, wobei der österreichische Botschafter in Bukarest weiterhin auch in der Republik Moldau akkreditiert bleibt.

Am 20. Juli wurde ein Memorandum of Understanding über die bilaterale Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Inneres und dem Ministerium für Innere Angelegenheiten der Republik Moldau in Chişinău unterzeichnet. Im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten fanden am 30. November erstmals Konsularkonsultationen auf hoher Beamtenebene statt.

Eine Delegation der OEZA führte am 13. und 14. November in Chişinău erstmals mit VertreterInnen des OEZA-Schwerpunktländs Moldau bilaterale Konsultationen zu den Sektoren Wasser/Abwasser und Berufsbildung.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von 1,59 Millionen Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 43,970 Millionen Euro (+73,8%), die Importe 27,819 Millionen Euro (+49,3%).

Monaco**(Fürstentum Monaco), Monaco-Ville**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Fürst Albert II. Grimaldi	Jean-Paul Proust	Jean Pastorelli (seit 1. Juni)

Monte Carlo – HGK

Seit Juli ist der österreichische Botschafter in Paris im Fürstentum Monaco mitakkreditiert.

Mongolei**(Mongolei), Ulan Bator**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Nambar Enkhbayar	Sanj Bayar (seit 22. November)	Sanjaasuren Oyun (seit 5. Dezember)

Ulan Bator – HK; ÖB, KF, AHSSt: siehe China

Länderinformationen

Besuche in Österreich: Premierminister Miyegombo Enkhbold in Begleitung von Fachministern, Treffen mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (1.-4. Oktober).

Mit der 3. Tagung der Österreichisch-Mongolischen Gemischten Kommission für die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen vom 5. bis 9. Juli wurden wichtige Impulse für die Beziehungen Österreichs zur Mongolei gesetzt und ein Luftverkehrsabkommen finalisiert, welches anlässlich des Besuchs von Premierminister Miyegombo Enkhbold in Österreich im Oktober unterzeichnet wurde. Schwerpunkte für die künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit sind die Bereiche Geologie, Bergbau sowie Schwer- und Leichtindustrie.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 64.000 Euro erbracht.

Im Juli wurde in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Wien und der Mongolian University of Science and Technology eine Konferenz mit dem Titel „The Current Situation of Ger District in Ulaanbaatar“ veranstaltet.

Die wissenschaftliche und universitäre Kooperation mit nunmehr insgesamt vier mongolischen Universitäten im Rahmen des Universitätsnetzwerks Eurasia-Pacific-Uninet wurde fortgeführt; ebenso die Vergabe von Fördermitteln und Stipendien an mongolische AkademikerInnen und WissenschaftlerInnen zur Durchführung ihrer Studien- und Forschungsprojekte in Österreich.

Seit der EU-Troika-Mission unter österreichischer Leitung sowie seit der Eröffnung eines Informationsbüros der Europäischen Kommission in Ulan Bator ist die Präsenz der EU in der Mongolei sichtbarer geworden. Es wurde ein Plan zur strategischen Zusammenarbeit und ein Plan über Entwicklungszusammenarbeit für den Zeitraum 2007 bis 2010 verabschiedet.

Die österreichisch-mongolischen Wirtschaftsbeziehungen entwickelten sich weiter positiv, jedoch auf niedrigem Niveau. Dementsprechend ist das Handelsvolumen nach wie vor gering.

Die österreichischen Exporte betragen 5,504 Millionen Euro (+39,7%), die Importe 563.000 Euro (+66,0%).

Montenegro

(Republik Montenegro), Podgorica

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Filip Vujanović	Željko Šturanović	Milan Roćen

Podgorica – **ÖB, AHSt** mit Sitz in Belgrad, **Marketingbüro der WKÖ, Koordinationsbüro der OEZA, Bildungsbeauftragter**; Budva – **HK**

Besuche aus Österreich: Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Treffen mit Präsident Filip Vujanović, Parlamentspräsident Ranko Krivokapić, Premierminister Željko Šturanović und Außenminister Milan Roćen (27. April); Bundesminister Günther Platter, Treffen mit Innenminister Jusuf Kalamperović (Budva, 28. Juni); Chef des Generalstabs General Roland Ertl, Treffen mit Generalstabschef Generalleutnant Jovan Lakčević (17. und 18. September); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Eröffnung der Gemeinsamen Annahmestelle für Schengen-Visa (5. Oktober).

Besuche in Österreich: Innenminister Jusuf Kalamperović und Justizminister Miraš Radović, Teilnahme an den Begrüßungsfeierlichkeiten für Bundesministerin Liese Prokop (St Pölten, 9. Jänner); Generalstabschef Generalleutnant Jovan Lakčević, Treffen mit dem Chef des Generalstabs General Roland Ertl (7. März); Außenminister Milan Roćen, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Bundesministerin Ursula Plassnik (2. und 3. Juli); Premierminister Željko Šturanović, Treffen mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Teilnahme am sechsten Treffen der Regierungschefs Südosteuropas (Salzburg, 28. Juli); Vizepremierministerin Gordana Djurović, Teilnahme am Europäischen Forum (Alpbach, 26.

Anhang

August); Premierminister Željko Šturanović, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (3. und 4. Dezember).

Am 5. Oktober wurde in Podgorica von EU-Kommissar Franco Frattini und Außenminister Milan Ročen die unter slowenischer Leitung stehende Gemeinsame Annahmestelle für Schengen-Visa eröffnet. Österreich war mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle an der Eröffnung und ist am Betrieb der Gemeinsamen Annahmestelle maßgeblich beteiligt.

Aufgrund seiner Verdienste bei der Vertretung der Anliegen der Republik Österreich wurde der seit 1999 in Budva tätige Honorarkonsul Milan Mrvaljević zum Honorargeneralkonsul ad personam ernannt.

Am 2. Juli wurden anlässlich des offiziellen Besuchs von Außenminister Milan Ročen in Wien ein Abkommen über Entwicklungszusammenarbeit sowie ein Memorandum über den Bau einer Seilbahn von Kotor auf den Berg Lovćen unterzeichnet.

Am 17. September wurde von den Generalstabschefs beider Länder in Podgorica ein Memorandum betreffend die militärische Zusammenarbeit unterzeichnet. Dieses sieht unter anderem die Ausbildung von Angehörigen der montenegrinischen Streitkräfte im Alpinbereich vor.

Im Nationalrat wurde im Juni eine Gruppe der Freunde Montenegros gegründet.

Der PVÖ hielt im April sein Frühjahrestreffen in Montenegro ab, an dem mehr als 8.000 österreichische PensionistInnen teilnahmen.

Montenegro ist ein Schwerpunktland der OEZA. Schwerpunkte des Länderprogramms der bilateralen Zusammenarbeit sind die Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung, vor allem durch Regionalentwicklung und Verbesserung der touristischen Potenziale des Landes, höhere Bildung und Berufsbildung, Unterstützung beim Aufbau rechtsstaatlicher Institutionen sowie Ökoeffizienz. Kernprojekt der von der ADA finanzierten Maßnahmen ist das Projekt der Regional- und Tourismusentwicklung Bjelasica & Komovi im Norden des Landes. Weitergeführt wurde die intensive Zusammenarbeit mit der Universität Montenegro sowie die Förderung von Berufsschulen mit dem Schwerpunkt Wirtschaft und Fremdenverkehr. Im Abwasserprojekt Kotor konnte Anfang November der Spatenstich für die Bauarbeiten erfolgen. Fortgeführt wurde zudem die umfangreiche Planungsphase des Baus eines Niedrigenergiehauses, das in Zukunft die im Lande vertretenen Agenturen der VN beherbergen soll. Im Dezember wurde die von der ADA finanzierte und von der OSZE Mission Montenegro durchgeführte Kooperation mit dem montenegrinischen Parlament erfolgreich lanciert.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von 1,85 Millionen Euro erbracht.

Der Bildungsbeauftragte des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur, der auch Agenden von „Kulturkontakt Austria“ in Montenegro wahrnimmt, setzte seine Tätigkeit, darunter vor allem die Durchführung der Projekte der Ostzusammenarbeit, fort. Weiterhin ist eine Lektorin für Germanistik an der sprachwissenschaftlichen Fakultät der Universität Montenegro in Nikšić tätig.

Im Oktober wurde im Petrovićpalais in Podgorica eine vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten geförderte gemeinsame Ausstellung von Werken von StudentInnen der Universität für angewandte Kunst Wien und der Fakultät für bildende Kunst Cetinje gezeigt.

Die österreichischen Exporte betragen 48,081 Millionen Euro (+9,1%), die Importe 1,190 Millionen Euro (-40,7%).

*Länderinformationen***Mosambik
(Republik Mosambik), Maputo**

Staatsoberhaupt	Regierungschefin	Außenministerin
Armando Guebuza	Luisa Dias Diogo	Alcinda Abreu

ÖB: siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Maputo – **HK, Koordinationsbüro der OEZA;** Beira – **Liaisonsbüro der OEZA**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit Außenministerin Alcinda Abreu, Besichtigung von OEZA-Projekten in Beira und Dondo (12. und 13. April); Abgeordnete zum Nationalrat Petra Bayr, Reinhard Eugen Bösch, Sigisbert Dolinschek, Franz Glaser und Gabriela Moser, Treffen mit ParlamentskollegInnen, Besichtigung von OEZA-Projekten in der Provinz Sofala (20.-28. Oktober).

Das EU-Filmfestival im Mai wurde mit einem österreichischen Beitrag unterstützt.

Mosambik ist Schwerpunktland der OEZA.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von 2,47 Millionen Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 3,436 Millionen Euro (+111,8%), die Importe 8,498 Millionen Euro (-34,9%).

**Myanmar
(Union Myanmar), Naypyidaw**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Than Shwe	Thein Sein (seit 24. Oktober)	Nyan Win

ÖB, AHSt: siehe Thailand

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützte Österreich die Fortbildung eines Akademikers an einer österreichischen Hochschule.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 22.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 6,189 Millionen Euro (+15,0%), die Importe 10,343 Millionen Euro (-0,8%).

**Namibia
(Republik Namibia), Windhoek**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Hifikepunye Pohamba	Nahas Angula	Marco Hausiku

ÖB, AHSt: siehe Südafrika; Windhoek – **HGK**

Besuche in Österreich: stellvertretende Premierministerin Libertina Amathila, Teilnahme am 7. Globalen Forum der VN „Den Staat neu erfinden“ (26.-29. Juni); Permanent Secretary des Außenministeriums Veiccoh Nghiwete, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (19. September).

Ein Mitarbeiter des Außenministeriums nahm vom 7. bis 27. Oktober am Executive Training Programme for Diplomats and Officials from African Countries der Diplomatischen Akademie teil.

Anhang

Das Jeunesse Orchester trat im August unter Beteiligung von fünf jungen österreichischen KünstlerInnen in Windhoek auf. Eva Itzlinger verstärkte im Dezember die Musikwoche Swakopmund mit der Leitung des Jugendorchesters.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 77.000 Euro erbracht.

Der bilaterale Handel wird hauptsächlich über Südafrika abgewickelt.

Die österreichischen Exporte betragen 6,561 Millionen Euro (+84,4%), die Importe 27,086 Millionen Euro (+181,0%).

Nauru (Republik Nauru), Yaren District

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Marcus Stephen
(seit 19. Dezember)

Außenminister
Kieren Keke
(seit 19. Dezember)

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 3.000 Euro (+14,8%), die Importe 1.000 Euro (-99,7%).

Nepal (Nepal), Kathmandu

Staatsoberhaupt
Girija Prasad Koirala
(interim. seit 15. April)

Regierungschef
Girija Prasad Koirala
(interim. seit 15. April)

Außenministerin
Sahana Pradhan
(interim. seit 15. April)

ÖB, AHSt: siehe Indien; Kathmandu – **HK** (Wiedereröffnung am 1. Mai)

Die OEZA führte als Kooperationspartner mit der NRO „ÖKO-Himal“ zahlreiche Vorhaben zur Armutsbekämpfung und zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Subsistenzbauern in Nepal durch. Auf regionaler Ebene arbeitete die OEZA mit dem in Kathmandu ansässigen International Centre for Integrated Mountain Development (ICIMOD) zusammen. Mehrere österreichische NRO, kirchliche Organisationen und Privatpersonen lancierten Klein- und Mikroprojekte. Die OEZA finanzierte weiters eine Evaluierung zu „Relevanz von Kultur und Kulturerbe in der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit“.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von 1,94 Millionen Euro erbracht.

Nach dem erfolgreichen Abschluss der Adaptierung des Königspalasts in Patan und der Umwandlung in ein Museum bildete die Restaurierung der historischen Gartenanlage Keshar Mahal Garden of Dreams (Garten der sechs Jahreszeiten) in Kathmandu den Schwerpunkt der kulturellen Zusammenarbeit mit Nepal. Das Projekt konnte erfolgreich abgeschlossen werden.

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützte Österreich die Fortbildung von 17 AkademikerInnen und Fachkräften an österreichischen Hochschulen.

Die österreichischen Exporte betragen 886.000 Euro (-13,1%), die Importe 1,724 Millionen Euro (-4,1%).

*Länderinformationen***Neuseeland
(Neuseeland), Wellington**

Staatsoberhaupt Königin Elizabeth II.	Regierungschef Helen Clark	Außenminister Winston Peters
--	-------------------------------	---------------------------------

vertreten durch:
Generalgouverneur
Anand Satyanand

ÖB, AHSt, ÖW: siehe Australien; Wellington – **HGK;** Auckland – **HK**

An kulturellen Aktivitäten fanden Konzerte der Pianistin Manon-Liu Winter (Auckland, Wellington, 31. Jänner bis 8. Februar), sowie des Duos Dafeldecker-Brandlmayr (Auckland, 26. und 27. Jänner) und des Duos Stump-Linshalm (Auckland, Christchurch, Wellington, 6. Mai bis 4. Juni) Beachtung.

Die gute konjunkturelle Entwicklung Neuseelands führte zu einem deutlichen Wachstum der österreichischen Ausfuhren vor allem bei Maschinenbauerzeugnissen, Fahrzeugen, Möbelbeschlägen sowie Papier und Pappe.

Die österreichischen Exporte betragen 90,809 Millionen Euro (+5,0%), die Importe 44,680 Millionen Euro (+8,1%).

Cook Inseln

Selbstverwaltetes Gebiet in freier Verbindung zu Neuseeland.

Niue

Selbstverwaltetes Gebiet in freier Verbindung zu Neuseeland.

**Nicaragua
(Republik Nicaragua), Managua**

Staatsoberhaupt und Regierungschef Daniel Ortega Saavedra (seit 10. Jänner)	Außenminister Samuel Santos López (seit 10. Jänner)
---	---

ÖB, AHSt: siehe Mexiko; Managua – **Koordinationsbüro der OEZA**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit Vizeaußenminister Manuel Coronel Kautz am Rande des AußenministerInnentreffens der EU-Rio-Gruppe (Santo Domingo, 19. April).

Am 15. Mai fanden bilaterale Konsultationen in Managua statt, deren Ergebnisse wichtige Impulse für die Erarbeitung eines neuen Kooperationsprogramms mit Nicaragua darstellten.

Nicaragua ist das einzige Schwerpunktland der OEZA in Lateinamerika. Inhaltlich konzentrieren sich die Tätigkeiten der OEZA auf die Bereiche ländliche Entwicklung, Förderung von Mikro-, Klein- und Mittelbetrieben sowie auf den sozialen Sektor (Gesundheit und Bildung). Zu den im Berichtszeitraum begonnenen neuen Vorhaben zählten die Unterstützung des Projekts einer lokalen NRO zur Gewaltprävention bei Jugendlichen sowie die Unterstützung der Universität der autonomen Regionen der nicaraguanischen Karibikküste (URACCAN) bei der Ausbildung lokaler Fachkräfte für die autonome Nordatlantikregion, einer der ärmsten Regionen des Landes.

Anhang

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft wurde die akademische Ausbildung von Fachkräften in Österreich unterstützt.

Die Entwicklungshilfekoooperation mit der Schwerpunktregion Zentralamerika wurde wesentlich gestärkt. Die OEZA ist der Partnerschaft für Energie und Umwelt mit Zentralamerika beigetreten. Diese Partnerschaft wird nunmehr von Finnland und der OEZA gemeinsam finanziert. Lokale Partnerorganisation ist das Generalsekretariat von SICA. Die Energiepartnerschaft finanziert konkrete Vorhaben in allen Ländern Zentralamerikas. Weiters wurde ein Vorhaben zum Kapazitätenaufbau durch eLearning in besonders benachteiligten Gebieten Zentralamerikas begonnen. Seit Februar unterstützt Österreich gemeinsam mit Finnland innovative Energielösungen in Zentralamerika mit insgesamt 1,8 Millionen Euro für den Zeitraum 2007 bis 2009 im Rahmen der „Partnerschaft für Energie und Umwelt in Zentralamerika“ (EEP).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von 5,92 Millionen Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 981.000 Euro (-20,4%), die Importe 1,673 Millionen Euro (-31,2%).

Niederlande (Königreich der Niederlande), Amsterdam

Staatsoberhaupt Königin Beatrix	Regierungschef Jan Peter Balkenende	Außenminister Maxime Verhagen (seit 22. Februar)
------------------------------------	--	--

Den Haag – **ÖB, AHSt**; Amsterdam – **HGK, ÖW**; Rotterdam – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Claudia Schmied, Treffen mit Kulturminister Ronald Plasterk (Den Haag, 12. Juli); Staatssekretärin Christa Kranzl, Treffen mit Staatssekretärin Tineke Huizinga-Heringa (Den Haag, 3. September).

Besuche in Österreich: Landwirtschaftsminister Cees Veerman, Treffen mit Bundesminister Josef Pröll (12. Februar); Europaminister Frans Timmermans, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (7. Mai); Außenminister Maxime Verhagen, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik (4. und 5. Juni).

Das Mozartjahr wurde am 27. Jänner mit einer Vorstellung des „Impresario“ durch das Puppentheater Amsterdam feierlich abgeschlossen. In der Amsterdamer „Sugar Factory“ wurde im Mai der niederländisch-österreichische Discjockey-Austausch „Vienna Weekender“ / „Die Holländer kommen“ gestartet, der im Juli und August im Wiener Planetarium fortgesetzt wurde.

Im Filmmuseum Amsterdam und im Filmhaus Den Haag fand eine große Romy Schneider-Retrospektive mit zahlreichen Filmen und Ausstellungen statt. Ebenfalls im Filmmuseum Amsterdam wurde im April die Biennale abgehalten, bei der in Anwesenheit des Direktors des Filmmuseums Wien Alexander Horwath der Film „Der Mandarin“ mit Livemusik gezeigt wurde.

Lilian Faschinger war von September bis November „Writer-in-Residence“ in Amsterdam und hielt auch zwei Lesungen an den Goethe-Instituten Amsterdam und Rotterdam. Thomas Glavinic präsentierte im Rahmen zweier Lesungen in Amsterdam und Den Haag die niederländische Übersetzung seines Buchs „Die Arbeit der Nacht“.

Die österreichischen Exporte betragen 2.029,705 Millionen Euro (+9,0%), die Importe 3.401,536 Millionen Euro (+11,6%).

*Länderinformationen***Niger
(Republik Niger), Niamey**

Staatsoberhaupt Mamadou Tandja	Regierungschef Seyni Oumarou (seit 3. Juni)	Außenministerin Aichatou Mindaoudou
-----------------------------------	---	--

ÖB: siehe Senegal; Niamey – **HK; AHSt:** siehe Marokko

Die österreichischen Exporte betragen 707.000 Euro (+57,6%), die Importe 5.000 Euro (-29,6%).

**Nigeria
(Bundesrepublik Nigeria), Abuja**

Staatsoberhaupt und Regierungschef Al-Haji Umaru Musa Yar'Adua (seit 29. Mai)	Außenminister Chief Ojo Maduekwe (seit 26. Juli)
---	--

Abuja – **ÖB;** Lagos – **AHSt**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 32.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 162,597 Millionen Euro (+74,0%), die Importe 118,804 Millionen Euro (-77,0%).

**Norwegen
(Königreich Norwegen), Oslo**

Staatsoberhaupt König Harald V.	Regierungschef Jens Stoltenberg	Außenminister Jonas Gahr Støre
------------------------------------	------------------------------------	-----------------------------------

Oslo – **ÖB, HGK, AHSt;** Ålesund, Bergen, Kristiansand, Stavanger, Tromsø, Trondheim – **HK; ÖW:** siehe Kopenhagen

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, Staatsbesuch, Treffen mit König Harald V. (17.-19. April); Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme am Staatsbesuch, Treffen mit Außenminister Jonas Gahr Støre (17. April); Bundesminister Martin Bartenstein, Teilnahme am Staatsbesuch, Treffen mit dem Minister für Arbeit und Gleichstellung Bjarne Hakon Hanssen sowie dem Minister für Öl und Energie Roger Enoksen (18. April); Staatssekretär Hans Winkler, Teilnahme am Dinner der NATO-Partner (27. April).

Besuche in Österreich: Staatssekretärin im Außenministerium Liv Monica Stubholt, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (16. Mai); Staatssekretärin im Außenministerium Elisabeth Walaas, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (14. November).

Ein junges mitteleuropäisches Trio, bestehend aus dem Violinisten Dalibor Karvay aus der Slowakei, dem Violoncellisten Milan Karanovic aus Serbien sowie dem Pianisten Stefan Stroissnig aus Österreich, konzertierte im Rahmen des Empfangs von Bundespräsident Heinz Fischer zu Ehren des norwegischen Königspaares am 18. April sowie im Osloer Konzerthaus am 19. April. Auf Einladung der Trondheimer Komponistengruppe trat die Wiener Sopranistin Elisabeth Linhart im Rahmen von Kirchenkonzerten mit Werken der zeitgenössischen österreichischen Komponisten Maximilian Kreuz und Kurt Anton Hueber auf (Oslo, 19. Mai, Trondheim, 20. Mai). Im Rahmen der „Nordlandtournee“ des „Österreichischen Komponistenbunds“, der „Interessengemeinschaft Niederösterreichische Komponisten“ und der nordischen Komponistenorganisationen wurden am 5. Juli in der Domkirche in Bergen und am 4. Oktober in der

Anhang

Sokdal Kirche in Hauge i Dalane Werke der österreichischen Komponisten Volkmar Ellmauthaler und Wolfgang Nening aufgeführt.

Am 18. April eröffnete Bundespräsident Heinz Fischer anlässlich seines Staatsbesuchs im Munch-Museum Oslo im Beisein von König Harald V. und Königin Sonja eine Ausstellung von Werken Egon Schieles in Norwegen (18. April). Die Osloer Galerie „TAFKAG“ zeigte in Zusammenarbeit mit „Atelier & Gallery AREA 53“ aus Wien unter dem Titel „Five vom Öster-land“ Werke des Malers und Graphikers Philipp Haselwanter, Videoinstallationen von Franz Wassermann, figurale Plastik der Bildhauerin Karin Sulimma, Malereien von Christian Zillner sowie Lichtinstallationen von Mounty R.P. Zentara (4. Mai bis 6. Juni).

Die französisch-österreichische Gruppe „Superamas“ gastierte mit dem letzten Teil ihrer Trilogie „BIG III – (happy/end)“ im „Internationalen Theater“ in Bergen und im „Black Box Theater“ in Oslo (22.-28. September).

An der internationalen Konferenz für ProgrammiererInnen und KünstlerInnen in Bergen nahmen aus Wien Christian Guetzer, Richard Spindler, Margarete Jahrmann und Gordana Savicic sowie Emanuel Andel teil (15.-18. November). Prof. Franz Pomassl vom Atelierhaus der Akademie der bildenden Künste Wien und Videokünstlerin Anna Ceeh präsentierten anlässlich von „Curating Degree Zero“ – einem internationalen Kuratorensymposium – in Bergen gemeinsam mit Stefan und Peter Mitterer ihr Editierungsereignis „Skeleton“ (28. September).

Die österreichischen Beiträge beim EURODOK-Filmfestival waren „Working Man's Death“ von Michael Glawogger und „Life in Loops“ von Timo Novotny und Michael Glawogger (14.-18. März). Ulrich Seidls Film „Import Export“, wurde anlässlich des Internationalen Filmfestivals in Bergen am 21. und am 24. Oktober präsentiert.

Im Rahmen des „Literarischen Salons“ der Botschaft las am 26. September Anna Mitgutsch aus „Zwei Leben und ein Tag“. Am 31. Oktober lasen die beiden Kärntner Krimi-Autorinnen Sigrid Glanzer und Henriette Steinauer.

Die österreichischen Exporte betragen 564,032 Millionen Euro (+39,2%), die Importe 537,861 Millionen Euro (-4,5%).

Oman

(Sultanat Oman), Maskat

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
S.M. Sultan Qaboos bin Said Al Said	S.H. Sayyid Fahd bin Mahmoud bin Mohamed Al Said	S.E. Yusuf bin Alawi bin Abdullah

Maskat – **ÖB; AHSt:** siehe Vereinigte Arabische Emirate

Besuche aus Österreich: Stellvertretender Landeshauptmann von Salzburg Othmar Raus, Treffen mit Sportminister Ali bin Masoud bin Ali Al Sunaidy (23. Jänner); Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit dem stellvertretenden Außenminister Sayyid Badr Al Busaidi am Rande der VN-GV (New York, 3. Oktober); Vizepräsident der WKÖ Richard Schenz mit einer Wirtschaftsdelegation, Treffen mit Erdölminister Mohammed Al Rumhy, Unterstaatssekretär im Ministerium für Handel und Industrie Abdulmalik al Hinai und Unterstaatssekretär im Ministerium für Nationale Wirtschaft Ahmed Al Dheeb (10. und 11. November).

Besuche in Österreich: Gesundheitsminister Ali Mohammed Moosa, Treffen mit Bundesministerin Andrea Kdolsky (12. und 13. April).

Sini Coreth nahm vom 23. bis 30. Jänner an einer Gemeinschaftsausstellung in der Bait Muzna Galerie teil. Vom 2. bis 7. April wurde in der omanischen Gesellschaft für schöne Künste die Gemeinschaftsausstellung „Oman Austria together“ abgehalten. Ona B., Sini Coreth und Linda Waber stellten gemeinsam mit sechs omanischen Künstlern aus.

Länderinformationen

Die österreichischen Exporte betragen 74,829 Millionen Euro (+55,2%), die Importe 391.000 Euro (+38,2%).

Pakistan (Islamische Republik Pakistan), Islamabad

Staatsoberhaupt Pervez Musharraf	Regierungschef Mohammedmian Soomro (seit 15. November)	Außenminister Inam-ul-Haque (seit 15. November)
-------------------------------------	--	---

Islamabad – **ÖB**; Karachi, Lahore – **HK**; Karachi – **Korrespondenzbüro der WKÖ (Marketing Office)**; **AHSt**: siehe Vereinigte Arabische Emirate

Besuche aus Österreich: Delegation des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung unter der Leitung von Univ.-Prof. Hartmut Kahlert von der Technischen Universität Graz, Treffen mit Hochschulminister Atta-ur-Rahman und hochrangigen Funktionären des Hochschulministeriums (21.-23. Februar); Bundesministerin Ursula Plassnik, Treffen mit Außenminister Mian Khurshid Mehmoos Kasuri, Fremdenverkehrsminister Nilofar Bakhtiar, Ministerin für Frauen- und Jugendangelegenheiten Sumeira Malik und Hochschulminister Atta-ur-Rahman (Islamabad, Lahore, 14. und 15. März); Bundesminister Johannes Hahn, Treffen mit Präsident Pervez Musharraf, Hochschulminister Atta-ur-Rahman und dem Gouverneur des Punjab Khalid Maqbool, Besichtigung des Geländes für die projektierte Pakistanisch-Österreichische Technische Universität (PAU) in Lahore (Islamabad, Lahore, 8. und 9. Dezember).

Besuche in Österreich: Ministerin für Frauen- und Jugendangelegenheiten Sumeira Malik, Teilnahme an der Konferenz „Women Leaders – Networking for Peace and Security in the Middle East“ (30. und 31. Mai); Hochschulminister Atta-ur-Rahman, Treffen mit Bundesminister Johannes Hahn sowie VertreterInnen österreichischer Universitäten (6.-8. August, 7. und 8. Oktober); Senatorin und Fremdenverkehrsministerin a.D. Nilofar Bakhtiar, Teilnahme am Europäischen Forum Alpbach „Emerging Markets – Emerging Partners“ (Alpbach, 20.-22. August).

Ein Doppelbesteuerungsabkommen trat am 1. Juni in Kraft. Am 8. Dezember unterzeichneten Hochschulminister Atta-ur-Rahman und Bundesminister Johannes Hahn in Islamabad eine Absichtserklärung (Letter of Intent) über die gemeinsame Errichtung einer Technischen Universität in Lahore. Gleichzeitig wurde ein Abkommen über diesen Gegenstand sowie ein technisches Übereinkommen zwischen dem pakistanischen Hochschulministerium und den österreichischen Trägerorganisationen parapiert.

Pakistan ist ein Partnerland der OEZA. Österreich legte besonderes Augenmerk auf die Absicherung des bisherigen Engagements, insbesondere im Hotel- und Tourismusbereich: Österreich beteiligte sich während der ersten beiden Betriebsjahre an der Finanzierung des Unterrichts an der mit österreichischer Unterstützung im Fremdenverkehrsgebiet von Swat im Nordwesten Pakistans errichteten und im September 2006 eröffneten Hotel- und Tourismusschule. Ein diesbezügliches Abkommen wurde am 14. März vom Generalsekretär im pakistanischen Fremdenverkehrsministerium Shahid Rafi und dem österreichischen Botschafter in Pakistan abgeschlossen. Aufgrund der Unruhen in Swat musste die Schule im Oktober ihre Tätigkeit vorübergehend einstellen. Der Präsident der Caritas Österreich Franz Küberl traf bei seinem Besuch in Pakistan vom 14. bis 20. April den Apostolischen Nuntius Adolfo Yllana und den Diözesanbischof von Rawalpindi/Islamabad Anthony Lobo und besichtigte verschiedene Kooperationsprojekte.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 478.000 Euro erbracht.

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützte Österreich die Fortbildung eines Akademikers an einer österreichischen Hochschule.

Anhang

Die Musiktheatergruppe „Teatro Buffo“, das Tanztheater „Editta Braun Company“ und das „Martin Lubenov Orchester“ beteiligten sich am „Performing Arts Festival“ in Lahore vom 22. November bis 2. Dezember. Die Teilnahme wurde von Österreich finanziell unterstützt.

Zwischen Pakistan und Österreich besteht seit mehreren Jahren eine intensive Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem Gebiet, in deren Rahmen derzeit etwa 200 AbsolventInnen pakistanischer technischer und naturwissenschaftlicher Studienrichtungen in Österreich ihr Doktoratsstudium absolvieren. Bisheriger Höhepunkt dieser Kooperation ist das Projekt einer gemeinsamen Technischen Universität in Lahore, die die Bezeichnung „Pakistan-Austrian University“ (PAU) tragen wird und 2008 ihren Betrieb aufnehmen soll. Die erwähnten Besuche der Hochschulminister dienten vor allem der Finalisierung dieses Projekts.

In wirtschaftlicher Hinsicht verdienen Aktivitäten im Energiebereich wie die Erdgasexploration und -förderung durch ein von einem österreichischen Unternehmen geführtes internationales Konsortium Erwähnung.

Die österreichischen Exporte betragen 95,584 Millionen Euro (-20,8%), die Importe 62,881 Millionen Euro (+1,6%).

Palästinensische Gebiete (Palästinensische Behörde für das Westjordanland und den Gazastreifen)

Vorsitzender der Palästinensischen Behörde	Regierungschef	Außenminister
Mahmoud Abbas	Salam Fayyad (seit 14. Juni)	Riyad al-Malki (seit 15. November)

Ramallah – Österreichisches Vertretungsbüro bei der Palästinensischen Behörde

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Treffen mit Präsident Mahmoud Abbas, Premierminister Salam Fayyad und PLO-Chefunterhändler Saeb Erekat (4. September); Österreichische Bischofskonferenz, Besuch in Bethlehem (9. November); ADA-Geschäftsführer Michael Linhart, Besichtigung von Projekten der OEZA sowie Treffen mit Projektpartnern (22.-27. Mai).

Besuche in Österreich: Außenminister Ziad Abu Amr, Treffen mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Bundesministerin Ursula Plassnik (4. April); Ministerin für Tourismus und Altertümer Khoulood Daibes, Treffen mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Bundesministerin Ursula Plassnik und Bundesministerin Claudia Schmied.

Österreich stellte auf der Palästina-Geberkonferenz in Paris (17. Dezember) 5 Millionen Euro für das Jahr 2008 in Aussicht (siehe auch Kapitel A.IV.7.1.).

Die derzeitigen Rahmenbedingungen erschweren die Fortführung laufender und den Beginn neuer Kooperationen. Die österreichische Zusammenarbeit konzentrierte sich vor allem auf die Bereiche Wasser/Umwelt, Soziales/Gesundheit, gute Regierungsführung/Demokratie und humanitäre Hilfe.

Im Rahmen der OEZA wurden für den Schwerpunkt Palästinensische Gebiete bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von 1,83 Millionen Euro erbracht.

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützte Österreich die Fortbildung von sieben AkademikerInnen und Fachkräften an österreichischen Hochschulen.

Die österreichischen Exporte betragen 706.000 Euro (-5,2%), die Importe 318.000 Euro (+85,5%).

*Länderinformationen***Palau
(Republik Palau), Koror**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Tommy Remengesau Jr.

Außenminister
Temmy L. Shmull

ÖB: siehe Philippinen; **AHSt:** siehe Australien

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Treffen mit Vizepräsident Camsek Chin am Rande der VN-GV (New York, 27. September).

**Panama
(Republik Panama), Ciudad de Panama**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Martín Torrijos Espino

Außenminister
Samuel Lewis Navarro

ÖB: siehe Kolumbien; Ciudad de Panama – **HGK;** **AHSt:** siehe Mexiko

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit Vizepräsident und Außenminister Samuel Lewis Navarro am Rande des Ministertreffens der EU-Rio-Gruppe (Santo Domingo, 19. April).

Das klassische Kammermusikensemble „Trio Impossible“ konzertierte in Ciudad de Panama (Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 20,196 Millionen Euro (+89,2%), die Importe 10,366 Millionen Euro (-10,8%).

**Papua-Neuguinea
(Unabhängiger Staat Papua-Neuguinea), Port Moresby**

Staatsoberhaupt
Königin Elizabeth II.

Regierungschef
Sir Michael Somare

Außenminister
Sam Abal
(seit 29. August)

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Paulias Matane

ÖB, AHSt: siehe Australien; Port Moresby – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch, Treffen mit dem Generalsekretär des Außenministeriums Gabriel K. Pepson (18. Mai); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Treffen mit Premierminister Michael Somare am Rande der VN-GV (New York, 27. September).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 567.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 4,492 Millionen Euro, die Importe 508.000 Euro (-54,0%).

**Paraguay
(Republik Paraguay), Asunción**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Nicanor Duarte Frutos

Außenminister
Rubén Darío Ramírez
Lezcano

Anhang

ÖB, AHSt: siehe Argentinien; Asunción – HGK

Besuche aus Österreich: Delegation des Nationalrates unter der Leitung des Abgeordneten zum Nationalrat Martin Graf, Treffen mit VertreterInnen des Senats, der Universitäten sowie des Nationalen Rats für Wissenschaften (17.-24. November).

Die österreichischen Exporte betragen 4,652 Millionen Euro (+38,2%), die Importe 635.000 Euro (-5,4%).

Peru (Republik Peru), Lima

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Alan García	Jorge Del Castillo	José Antonio García Belaúnde

Lima – ÖB, AHSt: siehe Chile; Arequipa (vorübergehend geschlossen), Cusco, Iquitos vorübergehend geschlossen), Trujillo – HK

Das im März 2005 unterzeichnete Memorandum über die Umsetzung von Projekten unter dem „Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung“ trat am 28. Dezember in Kraft.

Im Kampf gegen die Herstellung von Kokain stellte das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten über UNODC 90.750 US-Dollar zur Förderung von Alternativanbauprogrammen am Unterlauf des Huallaga-Flusses zur Verfügung. Die Maßnahmen dieses 1997 begonnenen Programms führten zur mittlerweile vollständigen Zurückdrängung des Kokaanbaus zugunsten der Kultivierung von Palmöl, Kakao und Kaffee.

In Reaktion auf das rund 1.000 Todesopfer fordernde Erdbeben vom 15. August, bei dem die in der Küstenregion gelegenen Städte Pisco und Ica sowie Chincha und Cañete weitgehend zerstört wurden und auch die Botschaft in Lima leichte Schäden davontrug, half Österreich mit Zelten und Decken sowie mit Nahrungsmitteln im Wert von 100.000 Euro. Eine österreichische Unternehmensgruppe spendete eine Wasseraufbereitungsanlage und Küchen für die Aktion „Volksküche“ im Gesamtwert von 50.000 US-Dollar. Die EU stellte für Nothilfe und Krisenvorsorge 9,3 Millionen Euro zur Verfügung.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 145.000 Euro erbracht.

Eine Delegation aus Pozuzo besuchte im März aus Anlass der Auswanderung ihrer Tiroler Vorfahren vor genau 150 Jahren Tirol. Am 150. Jahrestag der Ankunft dieser gemeinsam mit Rheinländern gebildeten Siedlergruppe in Peru wurde in einem Festakt in der Municipalidad La Punta am 21. Juli ein Denkmal enthüllt und zugleich eine Städtepartnerschaft von Pozuzo mit La Punta begründet. Eine Delegation von Pozuzo wurde von Staatspräsident Alan García im Ministerrat empfangen. Bei diesem Anlass wurde an den den Siedlern versprochenen Infrastrukturausbau erinnert.

Im Rahmen einer Lateinamerika-Tournee gab der Mozartchor der Wiener Sängerknaben ein Konzert in Lima (25. August). Zu Ehren der Gründung der Sociedad Filarmónica vor 100 Jahren traten der peruanisch-österreichische Tenor Juan Diego Flores (2. Juni) sowie der österreichische Pianist Paul Badura-Skoda (19. Juni) mit Konzerten in Lima auf. Ersterer wurde von Staatspräsident Alan García am 4. Juni mit dem höchsten peruanischen Orden „El Sol del Perú“ im höchsten Rang „Gran Cruz“ ausgezeichnet. Ein Oktett, bestehend aus TeilnehmerInnen der Perfektionsklasse des früheren Oboisten des Mozarteum Orchesters Salzburg Wolfgang Schlachter, konzertierte in Lima bei den Feierlichkeiten für Pozuzo (21. Juli) sowie im September am Nationalen Musikkonservatorium. Der Wiener Universitätschor war mit Auftritten in Lima (11. September), Cuzco (14. September) und Arequipa (20. September) zu Gast. Dessen Leiter Vijay Upadhyaya hielt im September einen Musikworkshop am Nationalen Musikkonservatorium Lima.

Länderinformationen

Die wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit des Instituts für Anthropologie der Universität Wien mit dem Forschungszentrum Mallqui setzte sich in einer Ausstellung über die Chachapoyas, der „Wolkenmenschen Perus“, mit wichtigen Stücken des Museums von Leymebamba fort (Nationalmuseum, 11.-28. Jänner). Im Kulturinstitut „Inca Garcilaso“ des peruanischen Außenministeriums fand unter der Patronanz der tschechischen Botschaft eine Ausstellung über das Wirken des aus Böhmen stammenden Geografen und Naturforschers Samuel Fritz statt (März und April). Eine Gruppe junger Maler der wichtigsten Kunstateliers in Lima zeigte im April und Mai ihre Interpretation zum Thema „Immer Mozart“. Gemeinsam mit der deutschen Botschaft wurde im Nordamerikanischen Kulturinstitut eine Ausstellung über „180 Jahre Geschichte der deutschsprachigen Einwanderung nach Peru“ gezeigt (13. November bis 23. Dezember).

Das 19. Festival zum europäischen Film (24. Oktober bis 11. November) schloss neben Aufführungen in Lima auch solche in Cajamarca ein. Österreich war mit den Beiträgen „Spiele Leben“ und „Café Elektrik“ vertreten.

Prof. Hans Hollein hielt im nach seinen Plänen errichteten Interbank-Gebäude in Lima einen Vortrag über Architektur. In Würdigung seines Schaffens wurde ihm von der Municipalidad La Victoria in Lima die Ehrenbürgerschaft verliehen (7. März).

Vertreter des Konfuzius-Instituts der Universität Wien und des Instituts für Risikoforschung der Universität für Bodenkultur Wien absolvierten mit VertreterInnen des chinesischen Kulturministeriums sowie dortiger Universitäten eine Forschungsreise zur Evaluierung einer Zusammenarbeit mit der Katholischen Universität von Lima (2.-13. Jänner). Die Gründung erster Konfuzius-Institute in Peru als Voraussetzung für diese Kooperation erfolgte im Dezember.

Im Rahmen der universitären Zusammenarbeit findet ein regelmäßiger Austausch von StudentInnen und WissenschaftlerInnen zwischen der Universität für Bodenkultur Wien und der Universidad Nacional Agraria La Molina in Lima, der Wirtschaftsuniversität Wien und der Pazifikuniversität in Lima, der Fachhochschule St. Pölten und der Universität San Ignacio de Loyola in Lima, der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck und der Pazifikuniversität in Lima sowie der Johannes-Kepler-Universität Linz und der Katholischen Universität in Lima, der Universität San Martin de Porres in Lima, der Universität Ricardo Palma in Lima, der Universität in Piura und der Universität Privada del Norte in Trujillo statt.

Die österreichischen Exporte nach Peru erreichten einen historischen Höchstwert.

Die österreichischen Exporte betragen 38,910 Millionen Euro (+40,9%), die Importe 16,618 Millionen Euro (+0,8%).

Philippinen (Republik der Philippinen), Manila

Staatsoberhaupt und Regierungschefin
Gloria Macapagal Arroyo

Außenminister
Alberto G. Romulo

Manila – **ÖB, HGK, AHS**; Cebu – **HGK**

Besuche in Österreich: Senior Undersecretary im Ministerium für Handel und Industrie Thomas Aquino, Treffen mit Sektionschef im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit Josef Mayer (5. Juni); Tourismusminister Joseph Durano, Treffen mit Landeshauptmann Herwig van Staa zur Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding über die Zusammenarbeit im Tourismusbereich (Innsbruck, 10. November).

Der philippinische Umweltminister Joselito Atienza und Bundesminister Josef Pröll unterzeichneten am 13. Dezember am Rande des Weltklimagipfels in Bali ein Memorandum of Understanding über Projekte im Rahmen des „Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung“ des Kioto-Protokolls.

Anhang

In der Bambusorgelkirche von Las Pinas fanden unter Mitwirkung des österreichischen Organisten Johann Trummer von der Musikuniversität Graz Konzerte statt (März). Österreich war am EU-Filmfestival in Cebu, Davao und Manila mit dem Film „Sommer mit den Burggespensern“ von Bernd Neuburger und Nadja Seelich vertreten (Oktober).

Im Rahmen der wissenschaftlich-universitären Partnerschaft ASEA-Uninet nahmen 20 österreichische StudentInnen an dem von der Universität Innsbruck organisierten „Asian Studies Program“ an der University of the Philippines in Manila und der University San Carlos in Cebu teil (Februar).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 223.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 72,253 Millionen Euro (+2,4%), die Importe 132,379 Millionen Euro (+17,9%).

Polen (Republik Polen), Warschau

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Lech Kaczyński	Donald Tusk (seit 16. November)	Radosław Sikorski (seit 16. November)

Warschau – **ÖB, KF, AHSt, ÖW, ÖI**; Krakau – **GK, KF, ÖI, Marketingbüro der WKÖ**; Wrocław (Breslau) – **HK, ÖI**, Gdańsk (Danzig), Łódź – **HK**

Besuche aus Österreich: Vizebürgermeisterin der Stadt Wien Grete Laska, Treffen mit der Vizebürgermeisterin der Stadt Krakau Elżbieta Lecznarowicz, Teilnahme an der Schlussveranstaltung des kleinpölnischen Deutsch-Sprachwettbewerbs (16. und 17. März); Bürgermeister der Stadt Wien Michael Häupl, Teilnahme an der 750-Jahr-Feier der Stadt Krakau (4. Juni); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Treffen mit Premierminister Jaroslaw Kaczyński, Vortrag an der Warschauer Universität zum Thema „Die Zukunft der europäischen Linken“ (11. und 12. Juni); Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des Nationalrates Caspar Einem, Treffen mit dem Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des Sejm Pawel Zalewski sowie Mitgliedern des außenpolitischen Ausschusses des Senats, Gastredner bei einem Round Table zur Energieaußenpolitik der EU (3. Juli).

Besuche in Österreich: Unterstaatssekretär im polnischen Ministerium für Kultur und nationales Erbe und Regierungsbeauftragter für die Expo 2012 Krzysztof Oledzki, Werbung für die Kandidatur Wroclaws (Breslau) für die Expo 2012 im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und in der WKÖ (16. Februar); Unterstaatssekretär im Außenministerium Krzysztof Szczerski, Teilnahme am Treffen der AußenministerInnen der Regionalen Partnerschaft (22. Februar); Unterstaatssekretär im Außenministerium Krzysztof Szczerski, Vortrag zur polnischen Europapolitik (13. März); Staatssekretär im Umweltministerium Krzysztof Zaręba, Arbeitsgespräch im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (19. März), Besuch des Zentrums für erneuerbare Energie (Güssing, 19.-22. März); Marschall von Niederschlesien Andrzej Los, Marschall der Wojewodschaft Vorkarpaten Zygmunt Cholewinski, Marschall der Wojewodschaft Łódz Włodzimierz Fisiak, Vizemarschall der Wojewodschaft Opole (Oppeln) Józef Kotys und Vizemarschall von Schlesien Slawomir Kowalski, Treffen mit Landeshauptmann Franz Voves, Teilnahme am Businessforum Polen (Graz, 20. März); Unterstaatssekretär im Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik Kazimierz Kuberski, Teilnahme an einer Migrationskonferenz (Salzburg, 14. und 15. Mai); stellvertretender Oberbürgermeister von Wrocław Wojciech Adamski, Vorstellung der Kandidatur Wroclaws für die Expo 2012 (21. Mai); stellvertretender Minister für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung Henryk Kowalczyk, Arbeitsgespräche im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (29. und 30. Mai); Unterstaatssekretär im Gesundheitsministerium Marek Grabowski, Teilnahme an

Länderinformationen

einer WHO-Konferenz (13.-15. Juni); Unterstaatssekretär im Innenministerium Wieslaw Tarka, Teilnahme am Treffen der InnenministerInnen der Salzburg Gruppe (Innsbruck, 12. und 13. Juli).

Das KF Warschau konnte mit dem Jahresthema „Das Unbehagen in der Kultur“ seinen Ruf als besonders aktive ausländische Kulturinstitution in Warschau festigen. Das Anliegen, seinen Standort in der Prozna 8 als Teil des ehemaligen jüdischen Ghettos und der jüdischen Gegenwartskultur sichtbar zu machen, wurde mit einer Fülle von Veranstaltungen mit jüdischen Organisationen, wie „Midrasz“, „Shalom“ und „Beit Warszawa“, unterstrichen. Die Lesung des österreichischstämmigen israelischen Autors Elazar Benyoetz im Oktober setzte diesbezüglich einen besonderen Akzent.

Das „Junge Musikforum“ des KF Warschau konnte mit Themenkonzerten zu Gottfried von Einem und Arnold Schönberg (17. Jänner), Ivan Eröd (23. März), Wolfram Wagner (25. September) oder Erich Wolfgang Korngold (29. November) verstärkte Aufmerksamkeit auf sich lenken. Im Rahmen des 50. Internationalen Festivals für zeitgenössische Musik „Wirschauser Herbst“, bei dem das „Wiener Klangforum“ auftrat, wurden in vier Konzerten Werke der österreichischen Komponisten Friedrich Cerha, Beat Furrer, Georg Friedrich Haas sowie Wolfram Wagner zur Aufführung gebracht (22.-29. September). Zeitgenössisches österreichisches Musikschaffen wurde mit einer Fülle von Konzerten, unter anderem mit dem Philip Nykrin Trio (23. und 24. November), präsentiert.

Besondere Beachtung fand das österreichische Theaterschaffen. Die polnischsprachige Premiere des Stücks „Amatorki“ („Die Liebhaberinnen“) von Elfriede Jelinek in Poznan (Posen) verdient in diesem Zusammenhang besondere Erwähnung (13. Jänner). Verstärkt wurde die Jelinek-Rezeption durch ein zweitägiges Symposium (Bydgoszcz [Bromberg], 20. und 21. Oktober), welches sich unter Beteiligung des Jelinek-Forschungszentrums Wien dem Theaterschaffen der österreichischen Literaturnobelpreisträgerin des Jahres 2004 widmete sowie durch ein Gastspiel des Hamburger Thalia-Theaters mit dem Stück „Ulrike Maria Stuart“ in Bydgoszcz (21. Oktober). Aufgrund dieser Initiativen wird im Jänner 2008 die Premiere des Jelinek-Stücks „Über Tiere“ in Bydgoszcz aufgeführt werden. Die internationale Konferenz „Felix Austria – Dekonstruktion eines Mythos“, die sich dem österreichischen Theaterschaffen des 20. und 21. Jahrhunderts widmete, erfuhr durch die Übersetzung der Stücke „Insektarium“ und „Die versunkene Kathedrale“ des Autors Gert Jonke ins Polnische einen zusätzlichen Akzent (Łódź, 15.-17. November). Stücke von Thomas Bernhard (Warschau), Elfriede Jelinek (Poznan), Robert Musil (Warschau), Werner Schwab (Stettin) und Peter Turrini (Warschau) wurden gespielt. Insgesamt wurde die österreichische Gegenwartsliteratur mit namhaften VertreterInnen wie Olga Flor, Martin Pollack, Christoph Ransmayer, Gerhard Ruiss oder Monika Wogrolly in ihrer gesamten Bandbreite präsentiert. Das KF Warschau widmete insbesondere der Gegenwartsliteratur von Frauen besonderen Augenmerk.

Durch die Einladung an polnische Galerien außerhalb Warschaus, ihre Werke in der Österreich-Galerie des KF Warschau auszustellen, konnte die Bekanntheit dieser Institution gesteigert werden. Die „artist in residence“ – Kooperation mit dem Land Salzburg wurde um eine Zusammenarbeit mit der Stadt Wien erweitert.

Die seit 2005 vom KF Warschau herausgegebene Zeitschrift für Kunst, Kultur und Gegenwart „SECESJA“ trat in eine Kooperation mit den deutschsprachigen Ländern Deutschland, Österreich und die Schweiz ein und ist auch im polnischen freien Handel erhältlich. Besonders die Nummern 6 mit dem Titel „Re-Interpretation der Geschichte“, 7 mit dem Thema „Sex“ und 8 mit dem Motto „Mammon“ stießen auf großes Publikumsinteresse. Die Nummer 9, die dem Thema „Sicherheit“ gewidmet war, erschien im Dezember in der Reihe „Die neuen Werte“.

Die Pflege der kulturellen Zusammenarbeit wurde durch Projekte mit KollegInnen aus Deutschland, Estland, Litauen, Russland, der Ukraine, Ungarn sowie Weißrussland fortgesetzt. Am 22. November nahm der EUNIC-Cluster Warschau unter seinem Vorsitzenden Tony O'Bryan vom British Council seine Arbeit auf.

Anhang

Mit den vier Lektoren in Lodz, Poznan, Torun (Thorn) und Warschau und den beiden Österreich-Bibliotheken in Poznan und Warschau bestehen regelmäßige Kontakte und gemeinsame Projekte.

Im November wurde gemeinsam mit dem Erasmus-Lehrstuhl der Universität Warschau eine Paneldiskussionsserie zum Thema „Der Gottesstaat“ begonnen, welche sich der Wechselwirkung von Religion und Staatlichkeit im Rahmen der europäischen Einigungsdebatte widmet. Die Veranstaltungen „Europa und der Islam“ (7. November) sowie „Das gelobte Land – Judentum zwischen Israel und Europa“ (28. November) lösten Nachfolgedebatten in der polnischen Öffentlichkeit aus. Die Serie wird 2008 mit Diskussionen fortgesetzt werden.

Das KF Krakau leitete mit einem Konzert und einer Performance im Februar das Franz-Schubert-Gedenkjahr ein. In Zusammenarbeit mit der Regionalen Wirtschaftskammer Bielsko-Biala (Bielitz-Biala) fand am 7. März unter dem Titel „Musik und Wein“ ein Schubert-Konzert eines österreichischen Ensembles und die Präsentation eines österreichischen Weinguts statt. Gemeinsam mit einer österreichischen Klaviermanufaktur wurde am 20. März in der Krakauer Philharmonie ein Klavierkonzert der Gebrüder Eduard und Johannes Kutrowatz veranstaltet.

In den Tagen vom 8.-11. Dezember fand in Krakau eine große Präsentation der modernen Dramaturgie der deutschsprachigen Länder statt. Am 8. und 9. Dezember wurden dem Publikum das Schaffen sowie Videopräsentationen der aufgeführten Theaterstücke von Händl Klaus vorgestellt und die polnischen Ausgaben seiner Dramen präsentiert. Partner des GK Krakau bei diesem Projekt waren der Lehrstuhl für Theaterwissenschaft der Jagiellonen-Universität Krakau, die Krakauer Theaterhochschule, ein Verlag, das Kulturmagazin Dialog, das Nürnbergerhaus Krakau sowie das Goethe Institut Krakau.

Gemeinsam mit dem Kulturzentrum „Rotunda“ aus Krakau wurde eine Michael-Hancke-Retrospektive in Kattowitz und Krakau veranstaltet, die vor allem beim studentischen Publikum auf reges Interesse stieß. In der Galerie des GK Krakau fanden zahlreiche Ausstellungen österreichischer KünstlerInnen statt. Junge österreichische MusikerInnen traten in zahlreichen Festivals in Jelenia Gora (Hirschberg), Krakau, Tarnow (Tarnau) und anderen Städten auf.

In Zusammenarbeit mit den Österreich-Bibliotheken in Breslau, Oppeln und Przemysl fanden Lesungen der österreichischen AutorInnen Radek Knapp, Lisa Mayer, Martin Pollack sowie Robert Schindel statt. Mit Unterstützung des KF Krakau veranstaltete die Österreich-Bibliothek Oppeln im Frühjahr ein umfangreiches Kulturprogramm zu den Österreich-Tagen.

Beim alljährlich stattfindenden „March of Remembrance and Hope“ in Auschwitz war am 16. April zum ersten Mal eine Gruppe von 260 österreichischen SchülerInnen beteiligt. Das KF Krakau war in der Vorbereitung der Reise unterstützend tätig. Zur 750-Jahr-Feier der Stadt Krakau organisierte das KF Krakau unter Mithilfe von Sponsoren unter dem Titel „Krakau trifft Krakau“ eine Reise einer 20-köpfigen Schülergruppe in die steirischen Orte, die das Wort „Krakau“ im Namen führen. Die Schüler trafen sich auch mit Schülern aus Murau, absolvierten ein Besuchsprogramm und verfassten über die Begegnung der zwei „Krakaus“ einen Bericht, der im Rathaus in Krakau präsentiert wurde. Das kleinpolnische Fernsehen begleitete die Schüler auf ihrer Reise in die Steiermark. Der halbstündige Bericht wurde mehrfach ausgestrahlt.

Im Rahmen der gemeinsam mit dem KF Krakau, dem Kulturzentrum Mangha sowie dem Goethe-Institut Krakau organisierten Veranstaltungsreihe „Was ist Architektur“ referierten ArchitektInnen sowie ProfessorInnen der Kunsthochschule Wien bei drei Veranstaltungen über die Zukunft der Architektur (Krakau, 26. März, 18. Mai und 26. November). Prof. Roger Riewe und Florian Riegler aus Graz stellten am 26. November ihr Siegerprojekt für den Neubau des Schlesischen Museums in Kattowitz vor. Darüber hinaus wurden weitere Architekturentwürfe des Grazers Studios Riegler/Riewe bei dem Vortrag in Krakau präsentiert.

Als Beitrag zur europäischen Energie- und Klimadiskussion veranstaltete das GK Krakau gemeinsam mit dem Niederschlesischen Marschallamt, dem Wojewodtschaftsumweltschutz- und Wasserwirtschaftsfonds Breslau und der Landwirtschaftskammer Niederschlesien eine Konfe-

Länderinformationen

renz zum Thema „Die Landwirtschaft als Energieproduzent“, bei der zahlreiche ExpertInnen aus Polen und Österreich referierten (4. und 5. Juni).

Die österreichischen Exporte betragen 3.012,768 Millionen Euro (+25,9%), die Importe 1.820,159 Millionen Euro (+12,6%).

Portugal (Portugiesische Republik), Lissabon

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Aníbal António Cavaco Silva	José Sócrates Carvalho Pinto de Sousa	Luis Filipe Marques Amado

Lissabon – **ÖB, AHSt**; Albufeira, Funchal, Porto – **HK**

Besuche aus Österreich: Mitglied des Bundesrates Elisabeth Kerschbaum, Teilnahme an der 9. parlamentarischen Konferenz über Informations- und Kommunikationstechnologien (19. und 20. März); Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit dem Staatssekretär für EU-Angelegenheiten Manuel Lobo Antunes und dem Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten und Entwicklungszusammenarbeit João Gomes Cravinho (22. und 23. März); Bundesminister Erwin Buchinger und Staatssekretärin Christine Marek, Teilnahme am informellen Treffen der EU-MinisterInnen für Beschäftigung, Soziales und Gesundheit (Guimarães, 5.-7. Juli); Zweiter Nationalratspräsident Michael Spindelegger, Teilnahme am Treffen der COSAC-Vorsitzenden (9.-11. Juli); Bundesminister Johannes Hahn und Staatssekretärin Christine Marek, Teilnahme am informellen Treffen der EU-MinisterInnen für Wettbewerbsfähigkeit (19.-21. Juli); Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme am informellen Treffen der EU-AußenministerInnen („Gymnich-Treffen“) (Viana do Castelo, 7. und 8. September); Mitglied des Bundesrates Franz Eduard Kühnel, Teilnahme am Treffen der Vorsitzenden der parlamentarischen Ausschüsse Justiz und interne Angelegenheiten (9.-11. September); Bundesminister Erwin Buchinger und Staatssekretärin Christine Marek, Teilnahme an der Konferenz „Flexicurity Key Challenges“ (13. und 14. September); Vizekanzler Wilhelm Molterer und Nationalbankpräsident Klaus Liebscher, Teilnahme am informellen Treffen der EU-Wirtschafts- und FinanzministerInnen (Porto, 14. und 15. September); Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Treffen mit Staatspräsident Aníbal Cavaco Silva und Parlamentspräsident Jaime Gama (17. und 18. September); Staatssekretärin Heidrun Silhavy, Teilnahme an der Konferenz „E-Government“ (19.-21. September); Staatssekretär Hans Winkler, Teilnahme am informellen Treffen der EU-MinisterInnen für Entwicklungszusammenarbeit (Funchal, 21. und 22. September); Bundesministerin Claudia Schmied, Teilnahme an der Ministerkonferenz „Cultural Forum for Europe“ (26.-28. September); Bundesminister Norbert Darabos, Teilnahme am informellen Treffen der EU-VerteidigungsministerInnen (Evora, 28. und 29. September); Staatssekretär Christoph Matznetter, Treffen mit dem Staatssekretär für Steuerangelegenheiten João Amaral Tomaz (1. Oktober); Bundesministerin Maria Berger und Bundesminister Günther Platter, Teilnahme am informellen Treffen der EU-Justiz- und InnenministerInnen (1. und 2. Oktober); Abgeordneter zum Nationalrat Peter Fichtenbauer, Teilnahme am Treffen der Vorsitzenden der parlamentarischen Verteidigungsausschüsse (1. und 2. Oktober); Abgeordneter zum Nationalrat Caspar Einem, Teilnahme am Treffen der Vorsitzenden der außenpolitischen parlamentarischen Ausschüsse (8. und 9. Oktober); Zweiter Nationalratspräsident Michael Spindelegger, Teilnahme am COSAC-Treffen (Estoril, 15. und 16. Oktober); Vizekanzler Wilhelm Molterer, Teilnahme am Treffen der Europäischen Volkspartei (18. Oktober); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme am informellen Treffen des Europäischen Rates (18. und 19. Oktober); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Teilnahme am informellen Treffen der EU-SportministerInnen und bilaterale Gespräche mit dem Unterstaatssekretär für Inneres Fernando Rocha Andrade (25.-27. Oktober); Staatssekretär Hans Winkler, Teilnahme am informellen Treffen der Euromed-AußenministerInnen (5. und 6. November); Abgeordneter zum Nationalrat Günter Stummvoll, Teilnahme am Treffen der Vorsitzenden der parlamentarischen Finanzausschüsse (5. und 6. November); Staatssekretärin Heidrun Silhavy, Teilnahme am informellen

Anhang

Treffen der EU-MinisterInnen für territoriale Kohäsion und regionale Entwicklung (Azoren, 23.-25. November); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme am EU-Afrika-Gipfel (7.-9. Dezember); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Bundesministerin Ursula Plassnik, Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon (13. Dezember).

Besuche in Österreich: Premierminister José Sócrates, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Teilnahme am Europa-Forum Wachau (3. und 4. Juni); Außenminister Luis Filipe Amado, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik (12. Juli); Staatssekretär für Justiz José Conde Rodrigues, Treffen mit Bundesministerin Maria Berger, Besuch der Salzburger Festspiele (Salzburg, 17.-19. August).

Im Rahmen des Kulturprogramms der Botschaft Lissabon wurde die Fotoausstellung „Die Heimat ist um die Ecke“ im Fotomuseum in Braga gezeigt (März und April). Die Konzerte des Philipp Nykrin Jazz-Trios in Funchal, Lagos und Seixal fanden reges Publikumsinteresse (November).

Der Roman „Holzfällen“ von Thomas Bernhard erschien in portugiesischer Sprache. Das „Teatro Aberto“ in Lissabon spielte während zweier Monate das Stück „(Wilde) Mann mit traurigen Augen“ von Händl Klaus (Mai, Juni).

Das Filmfestival „IndieLisboa“ wählte den österreichischen Beitrag „Life in Loops: a Megacities Remix“ von Timo Novotny als Eröffnungsfilm aus (April). Am Kurzfilmfestival in Vila do Conde waren Arbeiten von Martin Arnold, Barbara Doser, Karin Hammer, Kurt Hofstetter, Björn Kämmerer, Manuel Knapp, Lia sowie Billy Roisz vertreten (Juli). Der im Rahmen des Dokumentarfilmfestivals „Doclisboa“ gezeigte Film „Unsere Afrikareise“ von Peter Kubelka stieß auf reges Publikumsinteresse (Oktober).

Die Plattform „Kultur Mitteleuropa“ präsentierte anlässlich der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft im Rahmen der Ausstellung „Caminhos Excêntricos“ Arbeiten der österreichischen Künstler Julie Hayward, Judith Huemer und Clemens Stecher sowie im Museum Stiftung Berardo Werke 13 weiterer KünstlerInnen aus den Ländern der Plattform (8. November 2007 bis 20. Jänner 2008).

Die österreichischen Exporte betragen 474,689 Millionen Euro (+10,3%), die Importe 388,085 Millionen Euro (-3,7%).

Ruanda (Republik Ruanda), Kigali

Staatsoberhaupt
Paul Kagame

Regierungschef
Bernard Makuza

Außenminister
Charles Murigande

ÖB: siehe Kenia; **AHSt:** siehe Südafrika

Ruanda ist Partnerland der OEZA und wird als solches vom EZA-Büro in Kampala betreut. Schwerpunktsektoren sind die Wasserversorgung sowie die Justizreform. In diesem Zusammenhang wurden insbesondere ein von der Regierung eingerichteter Fonds zur ländlichen Wasserversorgung sowie die zur juristischen Aufarbeitung des Genozids eingerichtete lokale Gacaca-Gerichtsbarkeit unterstützt.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 939.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 301.000 Euro (-72,0%), die Importe 6,089 Millionen Euro (+52,0%).

*Länderinformationen***Rumänien
(Rumänien), Bukarest**

Staatsoberhaupt Traian Băsescu	Regierungschef Călin Popescu-Tăriceanu	Außenminister Adrian Cioroianu (seit 5. April)
-----------------------------------	---	--

Bukarest – ÖB, KF, AHSt, ÖBTZ, Verbindungsbeamter des Bundesministeriums für Inneres; Temeswar – HK

Besuche aus Österreich: ParlamentarierInnendelegation unter der Leitung des Abgeordneten zum Nationalrat Kurt Eder, Gespräche im Rumänischen Parlament sowie in den Ministerien für Verkehr, Finanzen und Wirtschaft (26. und 27. Februar); Landeshauptmann Josef Pühringer, Treffen mit Finanz- und Wirtschaftsminister Varujan Vosganian und Infrastrukturminister Laszlo Borbely (14. und 15. März); Landeshauptmann Erwin Pröll mit einer Wirtschaftsdelegation, Eröffnung eines Büros des Landesunternehmens „eco-plus“ (Temeswar, 15. März); Bundesministerin Claudia Schmied, Treffen mit dem Bürgermeister von Sibiu/Hermannstadt Klaus Johannis (Sibiu, 27.-29. April); Präsidentin der Wirtschaftskammer Wien Brigitte Jank und Mitglied des Gemeinderates der Stadt Wien Elisabeth Vitouch mit einer Wirtschaftsdelegation (25. und 26. September); Vizepräsidentin des Bundesrates Anna Elisabeth Haselbach, Treffen mit Senatspräsident Nicolae Vacaroiu (11. und 12. Oktober); Steirischer Landesrat Christian Buchmann, Treffen mit dem Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Viorel Palasca (24. und 25. Oktober); Bundesminister Johannes Hahn, Treffen mit Unterrichts- und Wissenschaftsminister Cristian Adomniței (Bukarest, Sibiu, 14. und 15. Dezember); Vizekanzler Wilhelm Molterer, Treffen mit Premierminister Călin Popescu-Tăriceanu und Wirtschaftsminister Varujan Vosganian (17. Dezember).

Besuche in Österreich: Verkehrs- und Tourismusminister Radu Berceanu, Treffen mit Bundesminister Martin Bartenstein (12. März); Wirtschaftsminister Varujan Vosganian, Treffen mit Bundesminister Martin Bartenstein (20. März); Senatspräsident Nicolae Vacaroiu, Treffen mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (19.-22. März).

Der Sozialattaché der Botschaft Bukarest betreut ein langfristiges Armutsbekämpfungs-Projekt in Stejarisu (Probstdorf) im Kreis Sibiu (Hermannstadt). Im Rahmen dieses Projekts wurden historische Gebäude saniert, in denen Sozial- und Gemeinschaftseinrichtungen untergebracht sind. Junge, vormals arbeitslose Roma konnten im Zuge dieser Sanierung zu ElektrikerInnen, InstallateurInnen, MaurerInnen, LandschaftspflegerInnen sowie Zimmerern ausgebildet werden. Weiters wurden innerhalb dreier Monate die Dorfschule und der Kindergarten komplett saniert und ausgestattet. Daneben wurden im Kreis Sibiu weitere Projekte unterstützt. In Sibiu konnte im September das erste Frauenhaus eröffnet werden.

Um weitere Sozialprojekte eigenständig umsetzen zu können, wurde die Stiftung AU–RO (Austria pro Romania) gegründet. Diese Stiftung ist unter Aufsicht der Botschaft Bukarest tätig.

Der seit 2003 bestehende Aktionsplan betreffend die Zusammenarbeit zwischen den Innenministerien Rumäniens und Österreichs wurde nach dem EU-Beitritt Rumäniens durch ein Memorandum of Understanding ersetzt, das die weitere bilaterale Kooperation in den wichtigsten Bereichen, wie Kriminalitäts- und Korruptionsbekämpfung, Migration und Asylwesen, Grenzsicherung und die Vorbereitung Rumäniens auf den Schengen-Beitritt, regelt. Im Rahmen des Projekts mit dem Titel „Polizeiliche Zusammenarbeit zur Bekämpfung von Menschenhandel, Schlepperei und illegaler Migration“, das vom österreichischen Bundeskriminalamt gemeinsam mit der ADA durchgeführt wird, wurden mehrere Seminare von österreichischen ExpertInnen für rumänische PolizistInnen abgehalten.

Der operative kriminalpolizeiliche Informationsaustausch wurde vor allem mit Hilfe der polizeilichen Verbindungsbeamten weiter intensiviert. Zudem wurden zusätzliche rumänische Polizeibeamte in Österreich zur Unterstützung herangezogen. Unabhängig davon wurden von der Grenzschutzagentur FRONTEX zwei österreichische Polizeibeamte als Unterstützung an

Anhang

zwei rumänisch-moldauischen Grenzübergängen zur Verfügung gestellt. Die seit Februar 2004 fast durchgehend bestehende Entsendung eines österreichischen Polizeibeamten im internationalen grenzpolizeilichen Kontaktbüro Oradea wurde bis Ende Juni 2008 verlängert.

Österreich organisierte in der europäischen Kulturhauptstadt Sibiu eines der größten Programme aller EU-Mitgliedstaaten.

Mit einem Investitionsvolumen von mehr als 12 Milliarden Euro und einer Präsenz von mehr als 4.600 Unternehmen ist Österreich der bei weitem größte ausländische Investor in Rumänien.

Die österreichischen Exporte betragen 2.120,923 Millionen Euro (+17,6%), die Importe 673,871 Millionen Euro (-10,3%).

Russische Föderation (Russische Föderation), Moskau

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Wladimir Putin	Wiktor Subkow (seit 12. September)	Sergej Lawrow

Moskau – **ÖB, KF, AHSt, ÖW**; St. Petersburg – **HGK**; Jekaterinburg – **HK**

Besuche aus Österreich: Landeshauptmann Jörg Haider, Teilnahme an einer Veranstaltung der Kärnten-Tourismus-Werbung (26. und 27. Februar); Bundespräsident Heinz Fischer, Teilnahme am Begräbnis des ehemaligen Präsidenten Boris Jelzin (25. April); Bürgermeister der Stadt Wien Michael Häupl, Eröffnung des Wien Balls (8. Juni); Bundesminister Josef Pröll, Eröffnung eines Seminars über Umwelttechnologien (Sankt Petersburg, 17. und 18. Juni); Bundesminister Martin Bartenstein, Teilnahme am 6. Internationalen Wirtschaftsforum (Sotschi, 20. September); Landeshauptmann Herwig Van Staa, Festrede zum Nationalfeiertagsempfang an der Botschaft (26.-28. Oktober); Präsident des Verfassungsgerichtshofs Karl Korinek, Treffen mit dem Präsidenten des Verfassungsgerichts der Russischen Föderation Walerij Sorkin (5.-7. November).

Besuche in Österreich: Präsident Wladimir Putin in Begleitung von Außenminister Sergej Lawrow, Wissenschaftsminister Andrej Fursenko, des Gouverneurs des Gebiets Krasnodar Aleksandr Tkatschow, des Gouverneurs des Gebiets Kaluga Anatolij Artamonow, des Gouverneurs des Gebiets Swerdlowsk Eduard Rossel sowie des Präsidenten der Republik Baschkortostan Murtasa Rachimow, Staatsbesuch, Treffen unter anderem mit Bundespräsident Heinz Fischer, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Bundesministerin Ursula Plassnik (23. und 24. Mai).

Am 6. Dezember wurde durch Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle das neue Gebäude der Konsularabteilung der Botschaft Moskau eröffnet. Mit mehr Personal und besserer Infrastruktur soll der dynamischen Entwicklung des Reiseverkehrs russischer StaatsbürgerInnen nach Österreich Rechnung getragen werden.

Die ADA unterstützte das Evangelische Hilfswerk in Österreich beim Aufbau einer NRO für Behindertenarbeit und den Aufbau der Fähigkeiten der Frauen in Grosny/Tschetschenien sowie die Organisation Jugend Eine Welt bei der Verbesserung der Erziehungs- und Bildungsmaßnahmen an einer Sonderschule für Kinder mit Hörbehinderungen in Jakutsk.

Auf kulturellem Gebiet konnten mit organisatorischer und finanzieller Beteiligung des KF Moskau mehr als 70 Kulturprojekte in den Bereichen Musik, Bildende Kunst, Film, Theater, Tanz, Literatur und Wissenschaft in Jekaterinburg, Nischnij Nowgorod, Moskau, Sankt Petersburg und anderen Städten durchgeführt werden. Besondere Beachtung fand das Gastspiel der Wiener Philharmoniker mit zwei Konzerten am 22. und am 23. Februar in Moskau, das von russischen Medien als wichtigstes Ereignis des Jahres im Bereich der klassischen Musik bezeichnet wurde. Am 20. Dezember wurde in Jekaterinburg die nunmehr vierte Österreich-Bibliothek in Russland neben jenen in Nischnij Nowgorod, Moskau und Sankt Petersburg eröffnet.

Länderinformationen

Das akkumulierte Investitionsvolumen österreichischer Unternehmen in Russland erreichte etwa 2 Milliarden Euro. Zurzeit werden größere Investitionsprojekte in der Ziegel- und Spanplattenerzeugung, der Forstwirtschaft sowie der Fenster- und Metallproduktion realisiert.

Russland war für die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft nach Deutschland, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich und der Schweiz das fünftwichtigste Herkunftsland.

Die österreichischen Exporte setzten sich anteilmäßig zu rund 40% aus Maschinen und Anlagen, zu 26% aus chemischen Produkten und zu je 15% aus bearbeiteten Waren und Fertigwaren zusammen. Wichtige Einzelpositionen der Exportstruktur waren weiters pharmazeutische Präparate, Papier und Pappe, Eisen, Stahl und Stahlwaren, Lebensmittelzubereitungen und Gewürze, Fleisch, Parfümeriewaren, Messgeräte, Sport- und Spielgeräte, Möbel sowie Bekleidung und Schuhe.

Unter den aus Russland importierten Waren dominierten Erdöl und Erdgas mit 84%. Wichtige Positionen waren ferner bearbeitete Waren mit 10%.

Die österreichischen Exporte betragen 2.584,577 Millionen Euro (+14,7%), die Importe 1.831,704 Millionen Euro (-23,6%).

Salomonen (Salomonen), Honiara

Staatsoberhaupt
Königin Elizabeth II.

Regierungschef
David Derek Sikua
(seit 20. Dezember)

Außenminister
William Haomae
(seit 20. Dezember)

vertreten durch:
Generalgouverneur
Nathaniel Waena

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 73.000 Euro, die Importe 3.000 Euro (-85,4%).

Sambia (Republik Sambia), Lusaka

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Levi Mwanawasa

Außenminister
Kabinga Pande
(seit 22. August)

ÖB: siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Lusaka – **HK**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 53.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 5,918 Millionen Euro (+86,2%), die Importe 1,174 Millionen Euro (-63,6%).

Samoa (Unabhängiger Staat Samoa), Apia

Staatsoberhaupt
Tuiatua Tupua
Tamasese Efi
(seit 15. Juni)

Regierungschef und Außenminister
Tuila'epa Sailele Malielegaoi

Anhang

ÖB, AHSt: siehe Australien

Besuche aus Österreich: Prof. Ingfried Schütz-Müller, Treffen mit Ministerpräsident und Außenminister Tuila'epa Sailele Malielegaoi (9.-12. September).

Die österreichischen Exporte betragen 6.000 Euro (-97,5%), die Importe 27.000 Euro.

San Marino

(Republik San Marino), San Marino

Staatsoberhaupt		Regierungschef und
Zwei Kapitänregenten mit 6-monatiger Amtszeit		Außenminister
Mirco Tomassoni	Alberto Selva	Fiorenzo Stolfi
(seit 1. Oktober)	(seit 1. Oktober)	(seit 27. November)

ÖB: siehe Heiliger Stuhl; **AHSt:** siehe Italien (Padua); San Marino – **HK**

Besuche aus Österreich: Sektionschef im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit Josef Mayer mit einer Wirtschaftsdelegation, Treffen mit Regierungschef und Außenminister Fiorenzo Stolfi (17. Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 8,867 Millionen Euro (-5,6%), die Importe 6,767 Millionen Euro (+431,7%).

São Tomé und Príncipe

(Demokratische Republik São Tomé und Príncipe), São Tomé

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Fradique de Menezes	Tomé Soares da Vera Cruz	Carlos Gustavo dos Anjos

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 43.000 Euro (-70,0%), die Importe 464.000 Euro (+97,0%).

Saudi-Arabien

(Königreich Saudi-Arabien), Riyadh

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
König Abdullah Bin Abdul Aziz Al Saud	Prinz Saud Al Faisal

Riyadh – **ÖB, AHSt**

Besuche aus Österreich: Delegation der Österreichischen Rektorenkonferenz unter der Leitung des Rektors der Technischen Universität Graz Univ.-Prof. Hans Sünkel, Treffen mit dem stellvertretenden Minister für höhere Erziehung Abdullah Al Mojil, Besuch der wichtigsten Universitäten in Damman, Jeddah und Riyadh (18.-23. Februar); Wirtschaftsmission unter der Leitung des Leiters des Nahostreferats der WKÖ Bruno Freytag (16.-21. März); Vorsitzender des Beirats der Sicherheitsakademie des Bundesministeriums für Inneres Christoph Ulmer, Gespräche an der „Naif Arab University for Security Sciences“, Treffen mit Vertretern des Innenministeriums (4. April); Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme am Außenministertreffen EU-GKR, Treffen mit Außenminister Prinz Saud Al Faisal (7. und 8. Mai); Direktor bei der Austrian Business Agency (ABA) Mathias Bruck, Treffen mit dem stellvertretenden Wirtschafts- und Planungsminister Ahmed Al Hakami, dem stellvertretenden Generalsekretär der Handelskammer Mohammed Al Uwaid und Vertretern der Saudi Arabian General Investment Authority (SAGIA) (11.-14. Mai); Generalsekretärin der österreichischen NRO „Women without Bor-

Länderinformationen

ders“ Edit Schläffer, Präsentation der vorläufigen Ergebnisse einer im Jahre 2006/2007 an saudischen Universitäten durchgeführten Umfrage über Chancen und Perspektiven junger saudischer Absolventen im Saudischen Arbeitsministerium (26. November).

Besuche in Österreich: Delegation des saudischen Erziehungsministeriums unter der Leitung des stellvertretenden Erziehungsministers Prinz Khaled bin Abdullah Al Saud, Gespräche im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und Besuch österreichischer Schulen (17.-19. Jänner); Generalsekretär des GKR Abdul Rahman Al Attyiah, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundesministerin Ursula Plassnik und dem Generaldirektor der IAEO Mohamed El Baradei (18.-21. Februar); Delegation des saudischen Erziehungsministeriums unter der Leitung des stellvertretenden Ministers Abdullah Al-Fouzan, Gespräche im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und Besuch Wiener Schulen (9.-20. April); Generalsekretär der in Riyadh ansässigen „World Assembly of Muslim Youth“ Saleh Wohaibi sowie Professoren der Imam Muhammad Universität, Teilnahme am Seminar „Muslimische Jugendliche und Frauen im Westen – Grund für Besorgnis oder Quelle der Hoffnung“ (Salzburg, 15.-17. April); Beamtendelegation des saudischen Innenministeriums, Gespräche im Bundesministerium für Inneres, Besuch der Feuerwehrscheule Tulln sowie einer Firma für Feuerwehertechnik (20.-22. November).

In der ersten Jännerhälfte drehte der österreichische Filmproduzent Georg Misch einen Dokumentarfilm über den Auslandsösterreicher Muhammad Asad (1900-1992), der von 1927 bis 1932 als Berater von König Abdulaziz in Saudi-Arabien gelebt hatte.

Ausgehend von einer österreichischen Initiative fand in den Monaten Mai und Juni in Riyadh ein EU-Filmfestival statt. Österreich führte dabei Andrea Maria Dusls Film „Blue Moon“ aus dem Jahr 2002 mit Josef Hader vor. Im Oktober gab das „Helmar Hill Quintett“ zwei Konzerte. Die Gruppe spielte Highlights aus der Swing-Ära der 30er- und 40er-Jahre, Latin-Jazz Klassiker sowie Eigenkompositionen und Arrangements des Saxophonisten Herbert Grubmair. Im Dezember spielte das „Trio Impossible“. Es wurden Stücke von Robert Schumann, Wolfgang Amadeus Mozart, Richard Strauss, Balduin Sulzer, Franz Liszt und Johann Strauß dargeboten.

Im Dezember fasste die Kulturkommission der Stadt Wien den Beschluss, dem Platz vor dem Haupteingang der UNO-City den Namen „Muhammad-Asad-Platz“ zu geben. Die Benennung soll im Rahmen eines Festakts im Frühjahr 2008 vonstatten gehen.

An den Fachmessen „Saudi Print Pack Plas Packaging“ (12.-15. Februar) und „Saudi Build“ (28. Oktober bis 1. November) nahmen sieben bzw. fünf österreichische Firmen als Aussteller teil.

Die österreichischen Exporte betragen 431,767 Millionen Euro (-2,8%), die Importe 224,145 Millionen Euro (-26,1%).

Schweden

(Königreich Schweden), Stockholm

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Carl XVI. Gustaf	Fredrik Reinfeldt	Carl Bildt

Stockholm – **ÖB, HGK, AHSt, ÖW**; Göteborg – **HGK**; Luleå – **HK**; Malmö – **HK**

Besuche aus Österreich: Oberösterreichischer Landesrat für Energie Rudolf Anschöber mit einer Journalistendelegation, Treffen mit VertreterInnen des Industrie- und Außenministeriums (6.-9. Mai); Staatssekretär im Bundeskanzleramt Reinhold Lopatka, Treffen mit Kulturministerin Lena Adelsohn Liljeroth und Migrationsminister Tobias Billström (8.-10. Juni); Zweite Präsidentin des Wiener Landtages Erika Stubenvoll mit einer Delegation des Wiener SPÖ-Landtagsklubs, Treffen mit der ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Präsidiums des Stockholmer Stadtrates Kersti Py Börjeson (12. und 13. Juni); Vereinigung der Krankenhausdirektoren Oberösterreichs, Studienreise nach Göteborg und Stockholm (28. August bis 2. September); Vizekanzler

Anhang

Wilhelm Molterer, Treffen mit Premierminister Fredrik Reinfeldt, Außenminister Carl Bildt und Finanzminister Anders Borg (8. und 9. November).

Besuche in Österreich: Premierminister Fredrik Reinfeldt, Treffen mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Vizekanzler Wilhelm Molterer und Bundesministerin Ursula Plassnik (22. Jänner); Vorsitzende des Landeszentralverbands der schwedischen Gewerkschaften Wanja Lundby-Wedin mit einer Delegation, Teilnahme am 16. Bundeskongreß des ÖGB (22.-24. Jänner); Außenminister Carl Bildt, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik (7. Februar); ParlamentarierInnendelegation im Rahmen der schwedisch-österreichischen Freundschaftsgesellschaft des Reichstags, Treffen mit der schwedisch-österreichischen parlamentarischen Freundschaftsgruppe (2.-4. Mai); Generalsekretär des schwedischen Außenministeriums Frank Belfrage, Treffen mit dem Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (2. und 3. Mai); König Carl XVI. Gustaf und Königin Silvia, Staatsbesuch (Wien, Burgenland, 20.-22. November).

Das Kulturjahr im Berichtszeitraum wurde mit einem Fokus auf den österreichischen Film eingeleitet. Österreichische Filmbeiträge und Regisseure (Harald Friedl und Andreas Horvath) waren beim 30. Jubiläum des Göteborger Filmfestivals vertreten (Jänner, Februar). Im Rahmen eines Frauen Film Festivals, das die Botschaft in Zusammenarbeit mit dem Schwedischen Filminstitut Ende Februar bis Ende März organisierte, wurden weitere zehn Filme von insgesamt sieben österreichischen Regisseurinnen vorgeführt. Barbara Albert eröffnete das Festival mit der Vorführung ihres Films „Fallen“. Als Kooperationsprojekt mit der Deutschen Schule Stockholm und dem Zentrum für Österreichstudien wurden von der Botschaft im Zusammenhang mit dem Europäischen Tag der Sprachen (26. September) drei Vorführungen des österreichischen Films „Volver la Vista“ organisiert.

Die Wanderausstellung „Art from Within – Art Brut in Austria“, die auf Initiative der Botschaft vom 9. September bis 6. Oktober am Gelände des Museums für Psychische Gesundheit in Säter gezeigt wurde, präsentierte Kunst begabter Menschen mit Behinderungen und deren Förderung in Österreich.

Wie in den vergangenen Jahren war Österreich bei der Internationalen Buchmesse „Bok & Bibliotek“ in Göteborg, der größten ihrer Art in Nordeuropa, vertreten (27.-30. September). Um die Stellung der deutschsprachigen Literatur in Schweden zu fördern, organisierte die Botschaft zusammen mit der Schweizerischen Botschaft, der Deutschen Botschaft, dem Goethe Institut Schweden und dem Zentrum für Österreichstudien im Rahmen der Buchmesse das gemeinsame Programm „Drei Länder, eine Sprache – deutschsprachige Literatur im Fokus“, an dem unter anderem der österreichische Autor Händl Klaus im Rahmen einer Podiumsdiskussion teilnahm. Auf Anregung der Botschaft war in diesem Zusammenhang im September die Anthologie „Österreich erzählt – Wechselbäder“ mit Beiträgen österreichischer AutorInnen in schwedischer Sprache erschienen.

Im Bereich der Wissenschaft und des Designs wurden zahlreiche Projekte lanciert. Die Kooperation mit der finnischen Botschaft aus Anlass der EU-Ratspräsidentschaft des Jahres 2006 wurde durch die Veranstaltung eines Kreativitätsseminars am 22. Februar fortgesetzt. Österreich war dabei durch Prof. Andreas Resch von der Wirtschaftsuniversität Wien vertreten. In Kooperation mit der Botschaft organisierte das Jüdische Museum Stockholms eine Ausstellung über den aus Österreich stammenden Architekten und Designer Josef Frank. Diese Ausstellung wurde am 28. März eröffnet. Am 30. Mai organisierte die Botschaft eine Vortrags- und Musikveranstaltung in der Storkyrkan in der Stockholmer Altstadt, bei der der Archivdirektor der Gesellschaft der Musikfreunde Prof. Otto Biba einen Vortrag über die neuesten Erkenntnisse der Mozartforschung hielt. Die musikwissenschaftlichen Erkenntnisse, die sich aus der Auswertung der im Vorjahr durch Bengt Gustaf Jonshult an die Gesellschaft der Musikfreunde vermachten schwedischen Mozartsammlung ergeben hatten, wurden auch in einem Artikel Otto Bibas in der Novemerausgabe der Zeitschrift „Musikfreunde“ festgehalten.

Eine ausgedehnte Zusammenarbeit wurde mit der Deutschen Schule Stockholm begonnen. Ergebnisse dieser Kooperation waren eine Radiosendung des Botschafters mit SchülerInnen der elften Klasse zum Thema „Migration in den Norden“ sowie die Veranstaltung „Generationen im

Länderinformationen

Spiegel – eine literarische Spurensuche mit musikalischen Elementen im Café Europa“ am Europatag (9. Mai), an der ebenfalls SchülerInnen und LehrerInnen der Deutschen Schule Stockholm mitwirkten. Am Nationalfeiertag (26. Oktober) organisierte die Botschaft eine Vorführung des Films „Hinterholz 8“ an der Deutschen Schule. Ferner finanziert Österreich über das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur zwei Professuren an der Deutschen Schule Stockholm, mit der ebenfalls eine gute Zusammenarbeit besteht. Zum vierten Mal wurde das Studienprogramm „Ein Jahr in Österreich“ für schwedische SchülerInnen der zehnten und elften Klasse durchgeführt, bei dem schwedische MittelschülerInnen für ein Jahr lang eine Schule in Österreich besuchen.

Die österreichischen Exporte betragen 1.283,891 Millionen Euro (+18,6%), die Importe 1.495,993 Millionen Euro (+19,6%).

Schweiz (Schweizerische Eidgenossenschaft), Bern

Staatsoberhaupt und Regierungschefin
Der Bundesrat (siebenköpfiges Kollegialorgan),

Außenministerin
Micheline Calmy-Rey

vertreten nach außen durch seinen jährlich neu gewählte(n) Vorsitzende(n) mit dem Titel „Bundespräsident(in)“
Micheline Calmy-Rey

Bern – **ÖB, KF**; Zürich – **GK, AHSt, ÖW**; Genf – **HGK, ÖV**; Basel – **HGK**; Chur, Lausanne, Lugano, Luzern, St. Gallen – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Bundesminister Werner Faymann, Treffen mit Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Sozialminister und Bildungsminister Pascal Couchepin, Umwelt-, Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsminister Moritz Leuenberger und Finanzminister Hans-Rudolf-Merz (12. Februar); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Treffen mit Sportminister Samuel Schmid und dem Direktor des Bundesamts für Sport Matthias Remund (1. Mai); Vizekanzler Wilhelm Molterer, Treffen mit Finanzminister Hans-Rudolf Merz (10. Mai); Bundesminister Günther Platter, Treffen mit Justiz- und Polizeiminister Christoph Blocher (4. Juni); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Treffen mit Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey und Sportminister Samuel Schmid (7. Juni); Bundesminister Johannes Hahn, Besuch bei CERN (Genf, 11. Juni); Bundesminister Werner Faymann, Besuch anlässlich der Eröffnung des Lötschbergtunnels (Bern/Brig, 14 und 15. Juni); Landeshauptmann Joseph Pühringer, Präsentation des Landes Oberösterreich (Zürich, 2.-4. September); Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Treffen mit Nationalratspräsidentin Christine Egerszegi-Obriest (Bern, Aarau, 10 und 11. September); Bundesministerin Ursula Plassnik, Vortrag an der Universität Zürich (3. Oktober); Bundesministerin Claudia Schmied, Informationsreise (Winterthur, 31. Oktober und 1. November); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Treffen mit Staatssekretär Michael Ambühl (14. November); Parlamentarische Gruppe Österreich-Schweiz mit ihrem Obmann Jürgen Weiss, Treffen mit der Delegation für die Beziehung zum österreichischen Parlament unter der Leitung von Nationalrätin Brigitta Gadiet, Treffen mit Staatssekretär Michael Ambühl, Staatssekretär Jean-Daniel Gerber und Verkehrsdirektor Max Friedli (26. und 27. November); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Bundesminister Günther Platter und Staatssekretär Reinhold Lopatka, Treffen mit Sportminister Samuel Schmid aus Anlaß der Auslosung der vier Vorrunden-Gruppen zur UEFA EURO 2008 (Luzern, 2. Dezember); Bundesminister Günther Platter, Teilnahme an der 2. Anrainer- Transit- und Teilnehmerstaatenkonferenz für die UEFA EURO 2008 (Zürich, 13. Dezember).

Besuche in Österreich: Justiz- und Polizeiminister Christoph Blocher, Teilnahme an den Begrüßungsfeierlichkeiten für Bundesministerin Liese Prokop (St. Pölten, 9. Jänner); Wirtschaftsministerin Doris Leuthard, Treffen mit Vizekanzler Wilhelm Molterer, Bundesminister Martin Bartenstein, Bundesministerin Andrea Kdolsky, Bundesministerin Ursula Plassnik und Bun-

Anhang

desminister Josef Pröll (26. und 27. Februar); Verteidigungs- und Sportminister Samuel Schmid, Treffen mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Bundesminister Norbert Darabos und Bundesminister Günther Platter (Innsbruck, 23. März); Staatssekretär für Forschung Charles Kleiber, Treffen mit Bundesminister Johannes Hahn (30. März); Staatssekretär Michael Ambühl, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (29. Mai); Staatssekretär Michael Ambühl, Teilnahme am Forum Alpbach (3. und 4. Juni); Umweltminister Moritz Leuenberger, Besuch anlässlich des Vierertreffens der Umweltminister Deutschlands, Liechtensteins, Österreichs und der Schweiz (25. Juni); Verkehrsminister Moritz Leuenberger, Treffen zur Vorbereitung der UEFA EURO 2008 (Bregenz, 18. Juli).

Im Rahmen der Vorbereitung der UEFA EURO 2008 fanden am 1. Februar, am 2. Mai, am 25. und 26. Juni, am 31. August, am 13. Oktober sowie am 20. November Ländertreffen statt.

Ein Protokoll zum Doppelbesteuerungsabkommen trat am 2. Februar in Kraft. Die Verhandlungen über das Luftrauminformationsabkommen wurden am 21. Juni abgeschlossen. Im Rahmen des österreichisch-schweizerischen Nuklearinformationsabkommens fand am 16. November das 7. bilaterale Nuklearexpertentreffen statt. Ein Abkommen über den gegenseitigen Datenaustausch in Asylangelegenheiten trat am 1. Dezember in Kraft.

In den Bereichen Kunst und Kultur ist eine steigende österreichische Präsenz zu verzeichnen. Namhafte Ensembles wie die Wiener Philharmoniker, die Wiener Symphoniker oder der Concentus Musicus Wien gemeinsam mit dem Arnold Schoenberg Chor und Solisten wie Rudolf Buchbinder, Joe Zawinul und Wolfgang Muthspiel waren Gäste in Konzerthäusern und bei den Festspielen in Zürich (15. Juni bis 8. Juli) und Luzern (7. September). Beachtung fanden auch zeitgenössische Komponisten wie Hans Rott oder Rudolf Haas sowie NachwuchskünstlerInnen wie die erst zwölfjährige Wiener Geigensolistin Lili Holetschek. Letztere trat gemeinsam mit dem Neuen Orchester Basel im Rahmen der „Musikalischen Nachbarschaftspflege“ (27. und 28. Jänner) auf.

Im Bereich der bildenden Kunst verdienen insbesondere eine Großausstellung über Fritz Wotruba in Zug (5. Mai bis 19. August), eine Paul Flora-Ausstellung in Zürich (1. Juli bis 31. August) sowie die Gruppenausstellung von KünstlerInnen mit Behinderungen „bild.Balance“ mit Werken von Iris Kopera und Gerhard Kobrc in Zürich (6. Juli bis 19. August) Erwähnung.

Österreichische AutorInnen waren bei diversen Literaturtagen, wie zum Beispiel in Basel (12. und 13. Jänner), Solothurn (19. Mai), Leukerbad (29. Juni bis 1. Juli) oder Bern (24. November) vertreten. AutorInnen wie Franz-Josef Czernin, Robert Menasse, Anna Mitgutsch, Raoul Schrott oder Marlene Streeruwitz traten in Literatur- und Theaterhäusern sowie an Universitäten, auch in der französischsprachigen Schweiz, auf.

Eine Reihe von Veranstaltungen konnte durch die logistische und finanzielle Unterstützung des KF Bern ermöglicht werden, wobei besonderes Augenmerk auf die verstärkte Förderung von Nischenbereichen abseits der kommerziellen (Hoch)Kultur mit weniger bekannten Phänomenen oder KünstlerInnen gelegt wurde.

Die österreichischen Exporte betragen 4.522,640 Millionen Euro (+2,9%), die Importe 4.236,875 Millionen Euro (+21,2%).

Senegal (Republik Senegal), Dakar

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Abdoulaye Wade	Cheikh Hadjibou Soumaré	Cheikh Tidiane Gadio
	(seit 19. Juni)	

Dakar – **ÖB, Koordinationsbüro der OEZA; AHSt:** siehe Marokko

Länderinformationen

Senegal ist ein Partnerland der OEZA. Auf der Basis des gemeinsam festgelegten Kooperationsprogramms wurde im Rahmen einer von der Botschaft Dakar und der ADA am 26. und 27. März durchgeführten Mission das Sektorprogramm mit dem Schwerpunkt Ländliche Entwicklung in Kolda, einer Region im Süden des Senegals, formell lanciert. Im Sinne einer angestrebten neuen Qualität der Beziehungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit fanden in Dakar am 15. November erstmals bilaterale Konsultationen zur Durchführung des Kooperationsprogramms statt.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) von 2,1 Millionen Euro erbracht.

Anlässlich des EU-Filmtags wurde am 9. Mai in Dakar der Film „Welcome home“ von Andreas Gruber gezeigt. Der junge österreichische Pianist Martin Reiter absolvierte am 27. Mai einen Solo-Klavierauftritt beim Jazzfestival von Saint-Louis. Auf Einladung der Universität Dakar veranstaltete Ingrid Gell im Dezember für die StudentInnen des Germanistikinstituts eine Seminarreihe zum Thema „Moderne österreichische Literatur im Spiegel der Zeitgeschichte“.

Die österreichischen Exporte betragen 7,987 Millionen Euro (+46,2%), die Importe 641.000 Euro (+33,5%).

Serbien (Republik Serbien), Belgrad

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Boris Tadić	Vojislav Koštunica	Vuk Jeremić (seit 15. Mai)

Belgrad – **ÖB, KF, AHSt, Verteidigungsattaché, Polizeattaché, Koordinationsbüro der OEZA, Beauftragte für Bildungskooperation, Sozialattaché** (seit Juli); Pristina – **Außenstelle der ÖB, Außenstelle der AHSt, Koordinationsbüro der OEZA**; Agram – **Landwirtschaftsattaché**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Ursula Plassnik, Unterzeichnung eines Vertrags über ein ADA-Projekt in der Vojvodina (Belgrad, Novi Sad, 17. Jänner); Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme an der Eröffnung der Ministerkonferenz des Donaukooperationsprozesses (18. April); Bundesminister Josef Pröll, Teilnahme an einer Lebensmittelpäsentation im Rahmen der österreichischen Exportinitiative (24. und 25. Mai); Bundesminister Günther Platter, Treffen mit Innenminister Dragan Jočić (29. Juni); Bundesminister Norbert Darabos, Treffen mit Verteidigungsminister Dragan Šutanovac (17. und 18. Juli); stellvertretender Landeshauptmann von Salzburg Wilfried Haslauer, Leitung einer Wirtschaftsdelegation des Landes Salzburg (24.-27. Oktober); Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Großruck, Teilnahme an der internationalen Fachtagung zum Thema „Sicherheit und Stabilität in Südosteuropa“ (4.-6. November).

Besuche in Österreich: Präsident Boris Tadić, Premierminister Vojislav Koštunica und Außenminister Vuk Drašković, Teilnahme an den Kosovo-Statusgespräche mit dem Team des United Nations Office of the Special Envoy for Kosovo (UNOSEK) unter der Leitung des VN-Sondergesandten Martti Ahtisaari (10. März); Außenminister Vuk Jeremić, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme an einer OSZE-Tagung (4. und 5. Juli); Außenminister Vuk Jeremić, Teilnahme an einer OSZE-Tagung (19. und 20. Juli); Landwirtschaftsminister Slobodan Milosavljević, Besuch der Rieder Messe, Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding (4.-6. September); Infrastrukturminister Velimir Ilić, Gespräche über ein Autobahnprojekt mit österreichischen Firmen (24. September); Gesundheitsminister Tomica Milosavljević, Teilnahme am „Europäischen Gesundheitsforum Gastein 2007“ (Bad Hofgastein, 4. und 5. Oktober); Präsident Boris Tadić, Teilnahme an der 50-Jahr-Feier einer österreichischen Rechtsanwaltskanzlei (16. Oktober); Außenminister Vuk Jeremić und Minister für Kosovo und Metohija Slobodan Samardžić, Teilnahme an den Kosovo-Statusgesprächen (22. und 23. Oktober); Präsident Boris Tadić, Premierminister Vojislav Koštunica, Außenminister Vuk Jeremić

Anhang

und Minister für Kosovo und Metohija Slobodan Samardžić, Teilnahme an den Kosovo-Statusgesprächen (5. und 6. November); Außenminister Vuk Jeremić und Minister für Kosovo und Metohija Slobodan Samardžić, Teilnahme an den Kosovo-Statusgesprächen (20. November); Präsident Boris Tadić, Premierminister Vojislav Koštunica, Außenminister Vuk Jeremić und Minister für Kosovo und Metohija Slobodan Samardžić, Teilnahme an den Kosovo-Statusgesprächen mit der Kosovo-Troika (Baden, 25.-26. November); Generalstabchef Zdravko Ponoš, Teilnahme an der Truppenübung „Invitex Pacemaker 07“ (Allentsteig, 3.-5. Dezember).

Am 17. Jänner wurde in Novi Sad zwischen der ADA und der Vojvodina ein Vertrag über ein Regionalentwicklungsprogramm im Wert von 5 Millionen Euro unterzeichnet, das unter anderem Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose und KMU-Manager, die Schaffung europäischer Qualitätsstandards im Bereich von KMU und landwirtschaftlichen Betrieben sowie die Gründung neuer Betriebe vorsieht.

Nach einer Lebensmittelpräsentation im Mai in Belgrad durch Bundesminister Josef Pröll im Rahmen der österreichischen Exportinitiative unterzeichneten die Landwirtschaftsminister von Serbien und Österreich im September beim Besuch der Rieder Messe ein Memorandum of Understanding über eine verstärkte Zusammenarbeit in Agrar- und Forstfragen, insbesondere in Bezug auf die Verwendung erneuerbarer Energien und die Heranführung Serbiens an EU-Standards.

An der Truppenübung „Invitex Pacemaker 2007“, die vom 19. November bis 7. Dezember in Österreich stattfand, nahmen neben österreichischen, deutschen, belgischen, französischen und slowenischen Soldaten auch sechs Angehörige des serbischen Militärs teil.

Serbien ist ein Schwerpunktland der OEZA.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von 4,71 Millionen Euro erbracht.

Im Rahmen des Projekts „Travelling to Europe“ wurde 300 Studierenden durch die Ausstellung von Gratis-Visa und durch teilweise von den Österreichischen Bundesbahnen zur Verfügung gestellte Interrail-Tickets die Reise in EU-Staaten ermöglicht.

Seit der Gründung des KF Belgrad im Dezember 2001 steht die Arbeit mit jungen Menschen im Mittelpunkt der zahlreichen kulturellen und wissenschaftlichen Veranstaltungen. 80% der serbischen StudentInnen waren niemals im Ausland.

Das KF führt auch gemeinsame Projekte mit den anderen in Serbien vertretenen Kulturinstitutionen von EU-Staaten im Rahmen der Initiative EUNIC durch und gründete zu diesem Zweck am 31. Jänner den EUNIC-Cluster Belgrad. Das erste gemeinsame Großprojekt war die EUNIC-Teilnahme an der Belgrader Buchmesse im Oktober.

Österreich ist einer der führenden ausländischen Investoren in Serbien.

Die österreichischen Exporte betragen 535,804 Millionen Euro (+18,5%), die Importe 229,595 Millionen Euro (+53,1%).

Kosovo

Auf Grundlage eines von UNMIK im Mai 2001 verabschiedeten Verfassungsrahmens (A Constitutional Framework for Provisional Self-Government in Kosovo) bestehen seit Juni 2002 provisorische Selbstverwaltungsstrukturen (PISG). Die seit November 2005 zunächst unter der Leitung des VN-Sondergesandten Martti Ahtisaari und ab August von einer Troika, bestehend aus der EU, Russland sowie den USA, geführten Verhandlungen über den künftigen Status des Kosovos führten bis Ende des Jahres noch zu keiner Lösung.

Die österreichische Präsenz im Kosovo im militärischen, zivilen und humanitären Bereich wurde fortgesetzt. Österreich ist im Rahmen der KFOR mit rund 600 SoldatInnen vertreten.

Länderinformationen

Präsident (PISG)
Fatmir Sejdiu

Regierungschef (PISG)
Agim Ceku

Besuche aus Österreich: Bundesminister Norbert Darabos, Truppenbesuch, Treffen mit dem KFOR-Kommandanten Roland Kather und dem Sonderbeauftragten des VN-GS Joachim Rücker (22. Juni); Bundesminister Günther Platter, Treffen mit Innenminister Blerim Kuci (30. Juni); Chef des Generalstabs General Roland Ertl, Truppenbesuch (8.-11. Juli); Bundesminister Johannes Hahn, Implementierung eines universitären Qualitätssicherungssystems als Projekt zwischen dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und der ADA (23. und 24. Juli); ParlamentarierInnendelegation unter der Leitung des Abgeordneten zum Nationalrat Peter Fichtenbauer, Treffen mit dem Sonderbeauftragten des VN-GS Joachim Rücker und COMKFOR Generalleutnant Xavier Bout de Marnhac, Besuch des österreichischen KFOR-Kontingents (22. und 23. Oktober); Bundesminister Norbert Darabos, Truppenbesuch, Treffen mit dem KFOR-Kommandanten Xavier Bout de Marnhac (21. Dezember).

Besuche in Österreich: Präsident Fatmir Sejdiu, Premierminister Agim Ceku und Parlamentspräsident Kole Berisha, Teilnahme an den Kosovo-Statusgesprächen mit der Kosovo-Troika (30. August); Bildungsminister Agim Veliu, Treffen mit Bundesminister Johannes Hahn (17. und 18. Oktober); Präsident Fatmir Sejdiu, Premierminister Agim Ceku und Parlamentspräsident Kole Berisha, Teilnahme an den Kosovo-Statusgesprächen (22. und 23. Oktober); Präsident Fatmir Sejdiu, Premierminister Agim Ceku und Parlamentspräsident Kole Berisha, Teilnahme an den Kosovo-Statusgesprächen (5. und 6. November); Energieminister Ethem Ceku, Teilnahme am Vienna Economic Forum (5. und 6. November); Präsident Fatmir Sejdiu, Premierminister Agim Ceku und Parlamentspräsident Kole Berisha, Teilnahme an den Kosovo-Statusgesprächen (20. November); Handelsminister Bujar Dugolli, Landwirtschaftsminister Tome Hajdaraj und Bildungsminister Agim Veliu, Treffen mit Landeshauptmann Josef Pühringer (Ottensheim, 23. November); Handelsminister Bujar Dugolli, Landwirtschaftsminister Tome Hajdaraj und Bildungsminister Agim Veliu, Treffen mit dem Obmann des Außenpolitischen Ausschusses und Abgeordneten zum Nationalrat Andreas Schieder sowie den Abgeordneten zum Nationalrat Wolfgang Grobbruck, Karlheinz Klement und Veit Schalle (27. November); Präsident Fatmir Sejdiu, Premierminister Agim Ceku und Parlamentspräsident Kole Berisha, Teilnahme an den Kosovo-Statusgesprächen mit der Kosovo-Troika (Baden, 25.-27. November).

Seychellen (Republik Seychellen), Victoria

Staatsoberhaupt und Regierungschef
James Alix Michel

Außenminister
Patrick Pillay

ÖB: siehe Kenia; Victoria – **HK** (vorübergehend geschlossen); **AHSt:** siehe Südafrika

Das Honorarkonsulat Victoria wurde aufgrund des Rücktritts des Titulärs im April vorübergehend geschlossen. Das Verfahren zur Bestellung eines neuen Honorarkonsuls mit Amtsbereich Seychellen wurde eingeleitet.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 19.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 737.000 Euro (-11,6%), die Importe 6,209 Millionen Euro (+32,2%).

*Anhang***Sierra Leone
(Republik Sierra Leone), Freetown**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Ernest Bai Koroma
(seit 17. September)

Außenministerin
Zainab Hawa Bangura
(seit 8. Oktober)

ÖB: siehe Senegal; Freetown – **HK; AHSt:** siehe Nigeria

Besuche in Österreich: Präsident Ernest Bai Koroma, Teilnahme an der UNIDO-Generalkonferenz, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer (2.-5. Dezember).

Beobachter aus Österreich nahmen im August und September an der EU-Wahlbeobachtungsmision für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Sierra Leone teil.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 18.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 385.000 Euro (+23,0%), die Importe 98.000 Euro (+39,2%).

**Simbabwe
(Republik Simbabwe), Harare**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Robert Gabriel Mugabe

Außenminister
Simbarashe Mumbengegwi

Harare – **ÖB; AHSt:** siehe Südafrika

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von 1,12 Millionen Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 705.000 Euro (-44,9%), die Importe 7,632 Millionen Euro (+222,9%).

**Singapur
(Republik Singapur), Singapur**

Staatsoberhaupt
Sellapan Ramanathan

Regierungschef
Lee Hsien Loong

Außenminister
George Yong-Boon Yeo

Singapur – **ÖB** (Büro des Handelsrates; Botschafter residiert in Jakarta), **AHSt**

Besuche aus Österreich: Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch, Treffen mit Außenminister George Yeo und Senior Minister Goh Chok Tong betreffend der Zusammenarbeit in den VN (16. Mai); Staatssekretärin Christa Kranzl, Teilnahme am EU-ASEAN-Jubiläumsgipfel anlässlich des 30-jährigen Bestehens förmlicher Beziehungen zwischen der EU und der ASEAN (22. November).

Erstmals gastierte die Wiener Staatsoper mit „Le Nozze di Figaro“ in Singapur (26. September). Die Wiener Sängerknaben gaben am 5. November ein Konzert. Im Singapore Science Centre fand eine Präsentation der Linzer Ars Electronica unter dem Motto „DAT – Digital Art & Technology“ statt (November).

Singapur ist der bedeutendste Exportmarkt Österreichs in Südost-Asien und als größter Containerhafen der Welt für die rund 60 niedergelassenen österreichischen Firmen eine wichtige Drehscheibe. Österreich exportierte hauptsächlich Glaswaren, Halbfertigfabrikate, Spezialmaschinen und -fahrzeuge, Maschinenkomponenten, Metallwaren, optische Geräte, Messgeräte sowie chemische Erzeugnisse. Österreichische Firmen sind an Projekten wie Tunnelbau, Was-

Länderinformationen

seraufbereitung, Mülldeponierung, Ausbau von U-Bahnlinien, Errichtung von Straßentunnels und Kanalisationen, Biomüllverarbeitung sowie Flughafenkommunikation beteiligt. Ein verstärktes Engagement ist im Umwelt- und Transportbereich zu verzeichnen.

Die österreichischen Exporte betragen 318,481 Millionen Euro (+12,3%), die Importe 153,616 Millionen Euro (+19,5%).

Slowakei (Slowakische Republik), Pressburg

Staatsoberhaupt Ivan Gašparovič	Regierungschef Robert Fico	Außenminister Ján Kubiš
------------------------------------	-------------------------------	----------------------------

Pressburg – ÖB, KF, AHSt, ÖW, ÖI

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Staatsbesuch, Treffen mit Staatspräsident Ivan Gašparovič, Premierminister Robert Fico und Parlamentspräsident Pavol Paška (18. Februar); Bundesminister Günther Platter, Treffen mit Innenminister Robert Kaliňák (17. Mai); Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Vizepräsidentin des Bundesrates Anna Elisabeth Haselbach, Teilnahme an einer Konferenz der EU-ParlamentspräsidentInnen (26. Mai); Generalprokurator Werner Pürstl, Treffen mit Generalprokurator Dobroslav Trnka (27. und 28. Juni); Bundesministerin Maria Berger, Treffen mit Vizepremierminister und Justizminister Stefan Harabin (2. Juli); Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme am Außenministertreffen der Regionalen Partnerschaft (3. Juli); Bundesminister Norbert Darabos, Treffen mit Verteidigungsminister František Kašický (31. August); Bundesminister Günther Platter, Treffen mit Innenminister Robert Kaliňák (8. Oktober); Bundesminister Erwin Buchinger, Treffen mit Sozialministerin Viera Tomanová (12. Oktober); Bundesminister Erwin Buchinger, Treffen mit Sozialministerin Viera Tomanová (21. Dezember).

Besuche in Österreich: Außenminister Ján Kubiš, Besuch des Wiener Opernballs (15. Februar); Polizeipräsident Jan Packa, Teilnahme am Treffen der Polizeichefs der Staaten des „Forum Salzburg“ (22. Februar); Innenminister Robert Kaliňák, Treffen mit Bundesminister Günther Platter (12. März); Außenminister Ján Kubiš, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik, Besuch der Diplomatischen Akademie (26. März); Premierminister Robert Fico, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (8. Mai); Innenminister Robert Kaliňák, Teilnahme am Treffen der InnenministerInnen der Staaten des „Forum Salzburg“ (Innsbruck, 12. und 13. Juli); Vizepremierminister und Minister für Erziehung Jan Mikolaj, Besuch der Salzburger Festspiele (24.-26. August); Generalstabschef Lubomir Bulik, Treffen mit dem Chef des Generalstabs General Roland Ertl (Götzendorf und Königswarte, 10. Oktober); Staatssekretärin im Außenministerium Olga Algayerova, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (30. Oktober); Premierminister Robert Fico, Innenminister Robert Kaliňák, Minister für Verkehr, Post und Telekommunikation Lubomír Vážny sowie zahlreiche Kreis- und LokalpolitikerInnen, Treffen mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Bundesminister Werner Faymann, Landeshauptmann Erwin Pröll und Landeshauptmann Hans Niessl anlässlich der Eröffnung der Autobahn A6 (Kittsee, 19. November); Premierminister Robert Fico, Treffen mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer anlässlich der Schengen-Erweiterung am Grenzübergang Berg-Petržalka (20. Dezember).

Innenminister Robert Kaliňák und Bundesminister Günther Platter unterzeichneten ein Memorandum of Understanding über die Verstärkung der bilateralen Zusammenarbeit vor, während und nach dem Wegfall der Grenzkontrollen an der gemeinsamen Staatsgrenze sowie ein Memorandum of Understanding für die Zusammenarbeit in Sicherheitsangelegenheiten im Zusammenhang mit der UEFA EURO 2008.

Besondere Aufmerksamkeit in der slowakischen Öffentlichkeit fanden die Verkehrsfreigabe der nach zweijähriger Bauzeit fertig gestellten Nordost-Autobahn A6 (Spange A4-Kittsee) am 20. November sowie die Aufhebung der Grenzkontrollen im Rahmen der Erweiterung der Schen-

Anhang

gen-Zone an den Grenzübertrittsstellen Berg-Petržalka (Engerau) und Kittsee-Jarovce (Kroatisch-Jarndorf) am 21. Dezember.

Das KF setzte die Themenschwerpunkte Europäische Identität(en), Sprache-Schreiben-Übersetzen, das Gedenken an Ignaz Joseph Pleyel und Arthur Schnitzler sowie die Fortsetzung der Reihe „Österreich Innovativ“ als internationale Darstellung kreativer Leistungen österreichischer WissenschaftlerInnen. Insgesamt konnten 109 Projekte mit rund 180 Veranstaltungen realisiert werden. Eine Reihe grenzüberschreitender Initiativen, etwa im Rahmen des niederösterreichischen Viertelfestivals, wurde unterstützt.

Aus Anlass des 250. Geburtstags des Komponisten, Verlegers und Instrumentenbauers Ignaz Joseph Pleyel und auf Initiative des Niederösterreich Fonds in Zusammenarbeit mit dem Land Niederösterreich und der Internationalen Ignaz Joseph Pleyel Gesellschaft stellten junge internationale PreisträgerInnen der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien beim Festkonzert „Ein Meister im Schatten der Genies“ im KF ihr Können unter Beweis (Mai). Auf seiner „Linz Europa Tournee 2007-2009“ erforscht und präsentiert Hubert von Goisern die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Musik des Donauraums. Zu diesem Zweck ankerte er mit seinem „Konzertschiff“ im August in Pressburg. Timna Brauer gastierte mit dem Elias Meiri Ensemble mit „Songs from Jerusalem“ im „Klub hinter dem Spiegel“ in Pressburg (September). Weitere musikalische Höhepunkte stellten das Jubiläumskonzert „20 Jahre Wiener Jeunesse Orchester“ (Oktober) und das Konzert der Wiener Symphoniker in der Philharmonie in Pressburg unter der Leitung von Fabio Luisi dar (Dezember). Weiters unterstützte das KF im Rahmen des Musikprogramms „The New Austrian Sound of Music“ Auftritte des Philipp Nykrin Trios in Pressburg und Trencin (Trentschin).

Die Ausstellung „Österreichische Impressionen“, eine Wander-Fotoausstellung der Österreichischen Nationalbibliothek mit Fotografien zum Thema „Österreich und seine wissenschaftlichen, kulturellen und gesellschaftspolitischen Leistungen im Kontext Europas“ fand im Jänner statt. Es folgte die Ausstellung „Brückenschlag: die Czernowitzer Austria“. Der 2003 im Zuge von Kanalbauarbeiten wiederentdeckte Torso der Statue der „Austria von Czernowitz“ diente als Ausgangsbasis für eine vom Wiener Institut für kulturreisistente Güter initiierte internationale künstlerische und wissenschaftliche Auseinandersetzung über politische Symbole und neue Identitäten in Europa. Als Fortsetzung des europäischen Wissenschafts- und Kunstprojektes „Sanctus Ioannes Nepomucenna Medioeuropaensis“ wurde im Februar in Zusammenarbeit mit dem Museum der Stadt Pressburg, dem Büro für kulturelle Auslandsbeziehungen des Landes Oberösterreich, dem Tschechischen Zentrum, dem Polnischen Institut sowie dem Ungarischen Kulturzentrum die Großausstellung „Johannes von Nepomuk – Der Heilige Mitteleuropas“ mit Arbeiten von 40 am Projekt beteiligten KünstlerInnen wie den ÖsterreicherInnen Paul Horn, Anka Luger, Edda Seidl-Reiter oder Wolfgang Stifter realisiert. Anfang Mai wurde in den Räumlichkeiten des Slowakischen Kulturministeriums in Pressburg die Ausstellung „Arthur Schnitzler – Affairen und Affekte“ in Anwesenheit des slowakischen Kulturministers Marek Madarič, der auch den Ehrenschutz übernommen hatte, sowie im Beisein des Direktors des Österreichischen Theatermuseums Thomas Trabitsch und der Kuratorinnen Evelyn Polt-Heinzl und Gisela Steinlechner eröffnet. Diese Ausstellung des Österreichischen Theatermuseums, die in Kooperation mit der Arthur-Schnitzler-Gesellschaft entstanden war, stand unter dem Anspruch, die Erzählwelten Schnitzlers durchlässig zu machen und intime Einblicke in die Kultur und Mentalitätsgeschichte der Epoche zu eröffnen. Bei der Eröffnung zitierten die Schauspieler des Slowakischen Nationaltheaters Dusan Jamrich und Tana Pauhofová. Zur musikalischen Ein Stimmung wurden Werke von Fritz Kreisler und Oscar Straus aufgeführt. Am Festival „Design Days 2007“ in Pressburg beteiligte sich das KF mit der Ausstellung „Joseph Binder Award“, in der die jungen PreisträgerInnen dieses internationalen Wettbewerbs im Bereich des Grafik-Designs mit ihren Arbeiten vertreten waren (Oktober). Den „Monat der Fotografie 2007“ gestaltete der ungarisch-österreichische Fotokünstler Gyula Fodor mit der Ausstellung „Noospher“ mit (November).

Länderinformationen

Das KF unterstützte eine umfassende Retrospektive von Filmen des Regisseurs Ulrich Seidl, dem beim Internationalen Filmfestival Pressburg im Dezember bei der Premiere seines Filmes „Import Export“ ein Preis für sein bisheriges Wirken überreicht wurde.

Gemeinsam mit österreichischen LektorInnen wurden Lesereisen an die Österreich-Bibliotheken und an die slowakischen Universitäten in Nitra (Neutra), Trnava (Tyrnau), Kosice (Kaschau), Presov (Preschau) und Pressburg unter anderem mit Thomas Mauz und Thomas Schaffner organisiert. Am KF fanden zahlreiche Lesungen und Buchpräsentationen, unter anderem mit Zdenka Becker, Robert Schindel und Richard Wall, statt. Theatervorstellungen, unter anderem mit Zdenka Becker in Zvolen (Altsohl), Volker Schmidt beim Mitteleuropäischen Theaterfestival in Nitra (September) und Vorträge zum Thema Architektur im Rahmen der Vortragsreihe „Wien, eine Großstadt im 19.-21. Jahrhundert“ rundeten das Programm ab. Ein besonderes Augenmerk wurde den Österreich-Bibliotheken und der Zusammenarbeit mit dem ÖI in Pressburg sowie der Zusammenarbeit auf universitärem Bereich, unter anderem mit einer Vortragsreihe an der Comenius Universität Pressburg mit Herta Nagl-Docekal, gewidmet.

Das KF, das Slowakische Ministerium für Gesundheitswesen und die Österreichische Bioethikkommission baten im März bekannte slowakische und österreichische WissenschaftlerInnen wie die Universitätsprofessoren Johannes Huber, Gerhard Luf oder Günther Pöltner zum 2. Österreichisch-Slowakischen Bioethik-Symposium mit dem Thema „Menschliche Natürlichkeit als Prüfstein der Ethik“ in Fortsetzung der Reihe „Österreich Innovativ“ nach Pressburg.

Für Österreich gewinnt die Slowakei als dynamisch wachsende Volkswirtschaft mit einem Wirtschaftswachstum von rund 9% im Jahr 2007 zunehmende Wichtigkeit als Exportmarkt und noch größere Bedeutung als verlässlicher Partner bei der Expansion österreichischer Firmen in andere Auslandsmärkte. Im Ranking lag die Slowakei bei den österreichischen Exporten an 14. und bei den Importen an 11. Stelle. Österreich blieb drittgrößter Investor. Vor allem die Vielzahl von Kooperationen österreichischer Klein- und Mittelbetriebe mit slowakischen Partnern trägt zur hohen wirtschaftlichen Verflechtung beider Staaten bei.

Die österreichischen Exporte betragen 2.056,003 Millionen Euro (+16,3%), die Importe 2.326,184 Millionen Euro (+30,1%).

Slowenien (Republik Slowenien), Laibach

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Danilo Türk	Janez Janša	Dimitrij Rupel
(seit 22. Dezember)		

Laibach – ÖB, KF, AHSt, ÖW, ÖI, ASO, Polizeiattaché; Marburg – HK; Agram – Attaché für Agrar und Umweltangelegenheiten

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme an einer Feier zur Euro-Einführung (15. Jänner); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten a.D. Albert Rohan, Treffen mit Außenminister Dimitrij Rupel und Staatssekretär Andrej Ster (16. Jänner); Bundesminister Günther Platter, Treffen mit Innenminister Dragutin Mate (Brdo pri Kranju, 12. Februar); Sektionsleiter Emil Brix, Unterzeichnung eines Österreichisch-Slowenischen Kulturabkommens für den Zeitraum 2008-2012 (15. und 16. Mai); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Treffen mit Staatspräsident Janez Drnovšek, Premierminister Janez Janša, Parlamentspräsident France Cukjati und dem Parteichef der Sozialdemokraten Borut Pahor (17. und 18. Mai); Vizekanzler Wilhelm Molterer, Treffen mit Premierminister Janez Janša und Finanzminister Andrej Bajuk (25. Mai); Bundesminister Werner Faymann, Treffen mit Verkehrsminister Janez Bozic (4. Juni); Bundesministerin Ursula Plassnik, Besuch der traditionellen „Kirschenernte“ mit Außenminister Dimitrij Rupel (Dobrovo, Goriska Brda, 9. Juni); Erhard Busek, Teilnahme an der Konferenz „Regional Security Cooperation in SEE (South Eastern Europe): From Stability Pact to Regional Cooperation Council“ (Brdo pri Kranju, 20. Juni); Bundesministerin Maria Berger,

Anhang

Teilnahme am Symposium der pannonischen Juristen (Moravske Toplice, 21.-23. Juni); Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Erik Buxbaum, Teilnahme an der Feier zum Tag der slowenischen Polizei, Empfang des goldenen Ordens für die Zusammenarbeit bei der Ausbreitung der Sicherheitskultur (Brdo pri Kranju, 26. und 27. Juni); Bundesminister Günther Platter, Treffen mit Innenminister Dragutin Mate (Brdo pri Kranju, 30. Juni); Bundeskanzler a.D. Klubobmann Wolfgang Schüssel, Treffen mit Premierminister Janez Janša und dem ehemaligen slowakischen Premierminister Mikulas Dzurinda (Bled, Bohinj, 21. und 22. August); Chef des Generalstabs General Roland Ertl, Treffen mit Verteidigungsminister Karl Erjavec und dem Chef des Generalstabs der slowenischen Streitkräfte Generalleutnant Albin Gutman (11.-13. September); Abgeordnete zum Nationalrat Wolfgang Großbrück, Anton Heinzl und Karl Öllinger, Teilnahme an der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (Portorož, 29. September bis 2. Oktober); Bürgermeister der Stadt Wien Michael Häupl, Treffen mit dem Bürgermeister der Stadt Laibach Zoran Jankovic (9. Oktober); Bundesminister Günther Platter, Treffen mit Innenminister Dragutin Mate, Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding über die bilaterale Zusammenarbeit im Rahmen der Aufhebung der Grenzkontrollen, gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit während der UEFA EURO 2008 (Grenzübergang Sentilj-Spielfeld, 5. November); Bundespräsident Heinz Fischer, Treffen mit dem ehemaligen slowenischen Präsidenten Milan Kucan und dem neu gewählten Staatspräsidenten Danilo Türk (Murska Sobota, 23. November); Obmann des Landesverteidigungsausschusses des Nationalrates Peter Fichtenbauer mit einer parlamentarischen Delegation, Treffen mit slowenischen AmtskollegInnen (25.-27. November); Bundesminister Martin Bartenstein, Treffen mit Innenminister Dragutin Mate (Grenzübergang Sentilj-Spielfeld, 20. Dezember); Bundesministerin Ursula Plassnik, Treffen mit Außenminister Dimitrij Rupel (Grenzübergang Karawanken, 21. Dezember).

Besuche in Österreich: Premierminister Janez Janša, Besuch des Wiener Opernballs, Treffen mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (15. Februar); Außenminister Dimitrij Rupel, Teilnahme am Treffen der AußenministerInnen der Regionalen Partnerschaft (22. Februar); Innenminister Dragutin Mate, Treffen mit Bundesminister Günther Platter, Teilnahme an der Eröffnung des 15. Kurses der Mitteleuropäischen Polizeiakademie (12. März); Staatspräsident Janez Drnovšek, Präsentation seines Buches „Vom Wesen der Welt“ (Klagenfurt, 17. März); Umweltminister Janez Podobnik, Treffen mit dem Generaldirektor der IAEO Mohamed El Baradei (19. März); Innenminister Dragutin Mate, Teilnahme an einem informellen Treffen zum Thema „Sicherheit bei Sportveranstaltungen“ (22. März); Staatssekretär Janez Lenarcic, Teilnahme an einer Debatte in der Diplomatischen Akademie anlässlich des 50. Jubiläums der Unterzeichnung der Römischen Verträge, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (30. März); Schulminister Milan Zver, Teilnahme am Zweiten Treffen der Bildungsminister der Slowakei, Sloweniens, Tschechiens, Österreichs und Ungarns (12. April); Justizminister Lovro Sturm, Teilnahme am Vierten Europäischen Juristentag, Treffen mit Bundesministerin Maria Berger (3.-5. Mai); Staatspräsident Janez Drnovšek, Teilnahme an der Eröffnung der 15. Kärntner Kulturwoche (Klagenfurt, Millstatt, 20. Mai); Staatspräsident Janez Drnovšek, Gast der Fernsehsendung „Vera Exklusiv“ (Klagenfurt, 28. Mai); Parlamentsvorsitzender France Cukjati, Treffen der Parlamentsvorsitzenden der EUREGIO Friaul-Julisch-Venetien, Istrien, Kärnten, Primorsko-Goranska, Slowenien und Steiermark (Klagenfurt, 4. Juli); Innenminister Dragutin Mate, Teilnahme am Treffen der InnenministerInnen der Staaten des „Forum Salzburg“ (Innsbruck, 12. und 13. Juli); Justizminister Lovro Sturm, Treffen mit Bundesministerin Maria Berger im Rahmen eines informellen Treffens der JustizministerInnen Deutschlands, Kroatiens, Österreichs, Polens, Sloweniens und Ungarns (Salzburg, 17. und 18. August); Minister für Hochschulwesen, Wissenschaft und Technologie Jure Zupan, Teilnahme am Technologie Forum Alpbach, Treffen mit Bundesminister Johannes Hahn (Alpbach, 23.-25. August); Außenminister Dimitrij Rupel, Teilnahme an der Botschafterkonferenz, Pressekonferenz mit Bundesministerin Ursula Plassnik zur slowenischen EU-Ratspräsidentschaft (3. September); Staatssekretär im Umweltministerium Mitja Bricelj, Teilnahme an der Sitzung der ständigen slowenisch-österreichischen Kommission für den Fluss Mur (Admont, 10. September); Parlamentsvorsitzender France Cukjati, Treffen mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (Tainach, 21. September); Entwicklungsminister Ziga Turk, Treffen mit dem österreichischen Nationalkoordinator für die Lissabon-Strategie Bundesminister Martin Bartenstein (12. Oktober); Verteidigungsminister Karl Erjavec, Treffen mit Bundesminister Norbert

Länderinformationen

Darabos (16. und 17. November); Entwicklungsminister Ziga Turk, Ansprache beim „Austria and South Eastern Europe Leaders' Roundtable“ (4. Dezember); Staatssekretär im Umweltministerium Mitja Brichelj, Teilnahme am Treffen der ICPDR (4. Dezember).

Am 5. Oktober wurde an der slowenischen Botschaft in Podgorica (Montenegro) eine Gemeinsame Annahmestelle für Schengen-Visa Österreichs, Polens, Sloweniens und Ungarns eröffnet. Am 21. Dezember übernahm Slowenien in Podgorica die Schengen-Vollvertretung für Österreich.

Das Arbeitsprogramm über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, der Bildung und der Wissenschaft zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Slowenien für den Zeitraum 2008-2012 wurde am 16. Mai unterzeichnet. Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien über die wechselseitige Vertretung beider Staaten durch deren Vertretungsbehörden hinsichtlich der Erteilung von Visa für den Flughafentransit (Visum A), zur Durchreise (Visum B) und zum kurzfristigen Aufenthalt (Visum C), welches am 23. November unterzeichnet wurde, trat am 1. Dezember in Kraft. Das Memorandum of Understanding zur Verstärkung der bilateralen polizeilichen Zusammenarbeit sowie eine gemeinsame Erklärung zur engeren Kooperation für die Dauer der UEFA EURO 2008 wurden am 5. November unterzeichnet. Am 8. November kam es zur Unterzeichnung eines Abkommens über die Gründung eines Zentrums für die polizeiliche Kooperation in Dolga vas zwischen Österreich, Slowenien und Ungarn.

Österreich ist an dem in Laibach angesiedelten Internationalen Treuhandfonds für Entminung und Unterstützung von Minenopfern (International Trust Fund for Demining and Mine Victims Assistance) sowie am Regionalzentrum für kriegstraumatisierte Kinder (Regional Center for Psychosocial Wellbeing of Children) „Together“ beteiligt.

Das KF Laibach unterstützte mehr als 90 Kultur- und Wissenschaftsprojekte sowohl in finanzieller als auch in organisatorischer oder logistischer Hinsicht. Den Höhepunkt bildeten die erstmals im Rahmen der „Wochen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit“ organisierten Veranstaltungen, wie Diskussionsrunden, Konzerte, Ausstellungen oder Theateraufführungen (November). Schwerpunkt der Initiative war die kulturelle Zusammenarbeit der Nachbarländer Slowenien und Österreich, die in Anerkennung und Würdigung der kulturellen Vielfalt einen gemeinsamen Beitrag zur Stärkung der Kooperation im gemeinsamen Europa, gerade im Hinblick auf die bevorstehende EU-Präsidentschaft Sloweniens im ersten Halbjahr 2008, leisten wollten. Vor allem die konstruktive Rolle von Volksgruppenangehörigen bei grenzüberschreitenden Projekten ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben.

Unter den zahlreichen Konzerten verdienen insbesondere jene von Gottlieb Wallisch (15. Jänner), Stefan Vlado (Marburg, 17. Jänner) und Angelika Kirchschlager (Marburg, 27. September) Beachtung. Das weit über die Kärntner Grenzen hinaus bekannte Oktett „Suha“ feierte in der Laibacher Nationalgalerie sein 25-jähriges Bestehen mit einem Gala-Konzert (11. Mai). Weitere Akzente wurden im Sommer durch die Teilnahme von Klaus Paier am Festival von Bled (28. Juni), durch ein Konzert von Joe Zawinul in Marburg beim Festival Lent (22. Juni bis 6. Juli) sowie durch das Internationale Musikforum Trenta, welches Meisterkurse für Violine, Viola und Violoncello mit Mitgliedern der Wiener Philharmoniker für hochbegabte junge MusikerInnen vor allem aus Süd-Osteuropa anbietet (19.-28. Juli), gesetzt. Des 50. Todestags von Erich Wolfgang Korngold wurde in einem Konzert des „Ensembles Kontrapunkte Wien“ im Rahmen des Tartini-Festivals gedacht (Piran, 2. September). Zeitgenössische Musik präsentierte das „Pierrot Lunaire Ensemble Wien“ in der Laibacher Philharmonie (26. Oktober).

Im Bereich der bildenden Kunst sind vor allem die Ausstellungen „Ferrogramme“ von Christoph Feichtinger zu erwähnen (15. März bis 29. April), ebenso die Anton-Manabe-Ausstellung in der Synagoge in Marburg (21. Juni bis 6. Juli), die Teilnahme von Günter Brus an der Graphischen Biennale Laibach (September, Oktober), die Valie-Export-Ausstellung „Homometer II“ im Rahmen des Festivals „City of women“ (Laibach, 3.-13. Oktober) und die Fotoausstellung „Kratzungen“ von Marko Lipus im Kultur- und Kongresszentrum „Cankarjev Dom“ in Laibach (13. November bis 16. Dezember). Zahlreich besucht wurde auch die Ausstellung „Things I have

Anhang

learned in my life so far“ (Dinge, die ich in meinem Leben bislang gelernt habe) von Stefan Sagmeister in einer Laibacher Galerie (29. November 2007 bis 18. Jänner 2008).

Zum 150. Todestag von Joseph Ressel (9. Oktober) unterstützte das KF eine Ausstellung im Slowenischen Technischen Museum.

In der Tanzszene wurden unter anderem das Tanzfestival „Nagib“ (Marburg, 7. September) und das internationale Tanzprojekt von Matej Kejzar (Laibach, 14. Dezember) unterstützt.

Zahlreiche Vorträge an den Universitäten in Marburg und Laibach, eine Lesereise des Kärntner Schriftstellers Josef Winkler (Februar) sowie Lesungen im Rahmen der Reihe „Literatur lebt – junge Autoren aus Österreich“ (April, Mai) bereicherten die Kooperationen auf dem Gebiet der Literatur.

Die im Jahr 2006 zu verzeichnende Steigerung im bilateralen Warenaustausch mit Wachstumsraten von rund 13% (Exporte) und rund 20% (Importe) war aufgrund des schon bestehenden hohen Handelsniveaus eine positive Überraschung. Im Jahr 2007 setzte sich diese positive Entwicklung fort.

Die österreichischen Exporte betragen 2.377,558 Millionen Euro (+26,9%), die Importe 1.115,902 Millionen Euro (+9,4%).

Somalia Republik Somalia), Mogadischu

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Abdullahi Yussuf Ahmed	Nur Hassan Hussein (seit 22. November)	Mohamed Ali Hamud (seit 2. Dezember)

ÖB: siehe Äthiopien; **AHSt:** siehe Ägypten

Die österreichischen Exporte betragen 17.000 Euro (-94,4%), die Importe 62.000 Euro (-70,0%).

Spanien (Königreich Spanien), Madrid

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Juan Carlos I.	José Luis Rodríguez Zapatero	Miguel Ángel Moratinos Cuyaubé

Madrid – **ÖB, KF, AHSt, ÖW, ÖHI**; Barcelona – **HGK, AHSt** (zuständig auch für Andorra), **ÖW**; Bilbao, Málaga, Las Palmas de Gran Canaria, Palma de Mallorca, La Orotava (Teneriffa), Sevilla, Valencia – **HK**

Besuche aus Österreich: Chef des Generalstabs General Roland Ertl, Treffen mit dem spanischen Generalstabschef Felix Sanz Roldán (20.-22. Februar); Bundesministerin Andrea Kdolsky, Teilnahme am World Health Care Congress (Barcelona, 26. und 27. März); Bundesminister Erwin Buchinger, Teilnahme an der VN-Konferenz über das Altern (León, 7.-9. Oktober); Staatssekretär Hans Winkler, Teilnahme an der OSZE-Konferenz gegen Intoleranz und Diskriminierung von MuslimInnen (Córdoba, 9.-11. Oktober); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Teilnahme an der Welt dopingkonferenz (14.-16. Oktober); Landeshauptmann Josef Pühringer, Treffen mit dem Präsidenten der Autonomen Region Katalonien José Montilla Aguilera in Barcelona, Treffen mit Infrastrukturministerin Magdalena Alvarez Arza, der Präsidentin der Autonomen Region Madrid Esperanza Aguirre Gil de Biedma sowie dem Madrider Bürgermeister Alberto Ruiz Gallardón in Madrid (23.-25. Oktober); Staatssekretär Hans Winkler, Teilnahme am 15. OSZE-Ministerrat (28. und 29. November).

Länderinformationen

Besuche in Österreich: Außenminister Miguel Ángel Moratinos Cuyaubé, Eröffnung des spanischen OSZE-Vorsitzes (11. Jänner); König Juan Carlos I., Eröffnung des neuen OSZE Gebäudes (20. und 21. November).

Am 5. Februar wurde das österreichische Honorarkonsulat auf Teneriffa in der Stadt La Orotava wiedereröffnet, nachdem es an seinem früheren Standort Santa Cruz de Tenerife im Jahr 2005 geschlossen worden war.

Im Februar wurde vom KF ein umfangreicher Elfriede Jelinek-Schwerpunkt veranstaltet, in dessen Rahmen drei Theaterstücke der österreichischen Nobelpreisträgerin zur Aufführung kamen, darunter die Burgtheaterproduktion „Jackie“ unter der Regie von Daniela Kranz mit Petra Morzé in der Hauptrolle. Begleitet wurden die Veranstaltungen von einem viertägigen Symposium, bei dem Literaturkritiker, Übersetzer und Regisseure zu Wort kamen. Im Herbst wurde auf Initiative des KF das Werk „Junk Space“ von Kathrin Röggla in Barcelona und Madrid aufgeführt. Im Oktober veranstaltete das KF ein dreitägiges Festival neuer Musik aus Österreich mit dem Titel „SonoAus 07“, bei dem Fennesz, Bernhard Gál, das Klarinetten-Duo Petra Stump und Heinz-Peter Linshalm, das Radio String Quartet, das Klaus Paier-Trio sowie Gustav und Isabel Ettenauer auftraten.

Die österreichischen Exporte betragen 3.279,843 Millionen Euro (+13,2%), die Importe 1.703,958 Millionen Euro (+10,0%).

Sri Lanka

(Demokratische Sozialistische Republik Sri Lanka), Colombo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Mahinda Rajapakse	Ratnasiri Wickremanayake	Rohitha Bogollagama (seit 28. Jänner)

ÖB, AHSt: siehe Indien; Colombo – HK

Besuche aus Österreich: Beamtendelegation des Bundesministeriums für Finanzen, 2. Verhandlungsrunde des bilateralen Doppelbesteuerungsabkommens (10.-14. September).

Besuche in Österreich: Staatssekretär im Außenministerium Palitha Kohona, Gespräche im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten mit dem stellvertretenden Sektionsleiter der Sektion VII Anton Mair (18. Juni).

Ein bilaterales Investitionsschutz- und Doppelbesteuerungsabkommen stand in Verhandlung.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 266.000 Euro erbracht.

Österreich unterstützt den Friedensprozess in Sri Lanka durch Konfliktmanagementseminare, die vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten finanziert und vom Institut für Integrative Konfliktbearbeitung und Friedensentwicklung durchgeführt werden. Diese Seminare finden abwechselnd in Sri Lanka und Österreich statt.

Die NRO „One World Foundation“ betreibt seit 1983 unter der Leitung von Kathrin Messner und Joseph Ortner ein Öko-Tourismusprojekt samt kleiner Dorfschule und medizinischer Basisversorgung in Ahungelle. Das Projekt wird von der OEZA und privaten Sponsoren unterstützt.

Die Theravada Gruppe der Österreichischen Buddhistischen Religionsgemeinschaft initiierte die Errichtung eines Tempels bei Kotikawatte, der auch eine Schule betreibt und Waisenkinder unterstützt. Das Projekt wird durch private Geldgeber finanziert.

Die österreichische Zivilbevölkerung hat im Gefolge der Seebebenkatastrophe vom 26. Dezember 2004 mit großer humanitärer Solidarität reagiert. Über 54 Millionen Euro an privaten Spenden wurden im Rahmen der Aktion „Nachbar in Not“ und anderer Initiativen gesammelt, die humanitären und Wiederaufbauprojekten in den vom Tsunami betroffenen Ländern zugute

Anhang

kommen sollen. Die Bundesregierung und die Gebietskörperschaften haben ein mit 49 Millionen Euro dotiertes umfassendes Wiederaufbauprogramm für die Gesamtregion konzipiert, von denen 28 Millionen Euro für Sri Lanka vorgesehen waren. Die Umsetzung des Programms in Sri Lanka wird durch den Bürgerkrieg erschwert, der den Wiederaufbau in einigen Teilen des Landes zum Stillstand brachte.

StudienbewerberInnen aus Sri Lanka erhalten gelegentlich Stipendien aus den Programmen „Nord-Süd-Dialog“, aus Mitteln der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit sowie aus dem „Eine-Welt-Stipendienprogramm“, welches vom ÖAD, von den Afro-Asiatischen Instituten und von der Österreichischen Orientgesellschaft gefördert wird, um an der Hotelfachschule Schloss Klessheim Tourismusmanagement zu erlernen oder ökologische Forschungen an Binnengewässern am Institut für Limnologie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften zu betreiben.

In Sri Lanka sind rund 30 österreichische Firmen vertreten. Österreichische Firmen setzten mehrere durch Soft Loan-Kredite finanzierte Projekte im Infrastrukturbereich um. Es besteht großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit Österreich auf dem Energie-, Umwelt- und Tourismussektor und am Abschluss eines bilateralen Kooperationsabkommens zur Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen.

Die österreichischen Exporte betragen 19,096 Millionen Euro (-9,9%), die Importe 31,850 Millionen Euro (+23,2%).

St. Kitts und Nevis (St. Kitts und Nevis), Basseterre

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Denzil Llewellyn Douglas	Timothy Sylvester Harris

vertreten durch:

Generalgouverneur
Sir Cuthbert Montraville Sebastian

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Basseterre – **HK**

Besuche in Österreich: Botschafter Errol Maynard, Teilnahme an der Wiener Konferenz zum Verbot von Streumunition (5.-7. Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 365.000 Euro (+216,4%).

St. Lucia (St. Lucia), Castries

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister
Königin Elizabeth II.	Stephenson King (seit 9. September)

Vertreten durch:

Generalgouverneurin
Calliopa Pearlette Louisy

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Castries – **HK**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 17.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 1,248 Millionen Euro (+183,7%).

*Länderinformationen***St. Vincent und die Grenadinen
(St. Vincent und die Grenadinen), Kingstown**

Staatsoberhaupt Königin Elizabeth II.	Regierungschef Ralph E. Gonsalves	Außenminister Louis Hilton Straker
--	--------------------------------------	---------------------------------------

Vertreten durch:
Generalgouverneur
Frederick Nathaniel Ballantyne

ÖB, AHSt: siehe Venezuela

Besuche in Österreich: Minister für Telekommunikation, Wissenschaft und Industrie Jerrol C. Thompson, Teilnahme am 7. Globalen Forum der VN „Den Staat neu erfinden“, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (26.-29. Juni).

Die österreichischen Exporte betragen 327.000 Euro (+356,0%).

**Südafrika
(Republik Südafrika), Pretoria**

Staatsoberhaupt und Regierungschef Thabo Mbeki	Außenministerin Nkosazana Dlamini-Zuma
---	---

Pretoria – **ÖB**; Kapstadt – **GK**; Johannesburg – **HGK, AHSt**; Durban – **HK**; Port Elizabeth – **HK**

Besuche aus Österreich: Vizebürgermeisterin der Stadt Wien Renate Brauner, Eröffnung des Wien Balls in Johannesburg, Besuch von Hilfsprojekten der Stadt Wien (8.-13. Mai); Präsident der WKÖ Christoph Leitl, Treffen mit Transportminister Jeff Radebe, Infrastrukturminister Alec Erwin, dem stellvertretenden Minister für öffentliche Aufträge Ntopile Kganyago sowie hohen Beamten und Wirtschaftstreibenden (5.-7. November).

Besuche in Österreich: Ministerin für den Öffentlichen Dienst Geraldine Fraser-Moleketi, Teilnahme am 7. Globalen Forum der VN „Den Staat neu erfinden“ (26.-29. Juni); Vizehandelsminister Rob Davies, Teilnahme am WKÖ-Länderforum Südafrika (3. September); Premier der Provinz Eastern Cape Nosimo Balindlela, Besuch anlässlich der Verlängerung der Partnerschaft mit dem Land Niederösterreich (20.-24. Oktober).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von 1,06 Millionen Euro erbracht.

Die Botschaft Pretoria unterstützte die weiterführende Ausbildung benachteiligter SängerInnen im Rahmen der Arbeit von Opera Africa und die Erarbeitung eines Projektvorschlags zum Training für SubsistenzlandwirtInnen in Bronkhorstspuit/Phumula. Das GK Kapstadt subventionierte die Herausgabe der Dokumentensammlung „Truth and Reconciliation in South Africa – The Fundamental Documents“, die im September vom Institute for Justice and Reconciliation der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Das Werk soll zum besseren Verständnis der Arbeit der Wahrheitskommission zur Untersuchung von politisch motivierten Verbrechen beitragen, die während der Zeit der Apartheid begangen wurden, indem es der breiten Öffentlichkeit eine Übersicht aller Dokumente, die zu diesem Versöhnungs- und Amnestieprozess geführt haben, zugänglich macht.

Der Bariton Benno Schollum nahm Anfang Februar beim Musikfestival in Darling teil und hielt Workshops mit Solisten und Schulchören in Kapstadt. Im März präsentierte der Elektronik-Musiker und Komponist Bernhard Loibner neue österreichische Musik im Rahmen des Musik-, Video- und Film-Festivals ICEBOX in Kapstadt. Der in Südafrika geborene Tenor und österreichische Kammersänger Johann Botha gab unter Mitwirkung des Kapstädter Opernensembles, der Philharmonie und Mitgliedern des Kapstädter Opernstudios Anfang Juli ein Galakonzert

Anhang

zugunsten lokaler KünstlerInnen. Gemeinsam mit der in Wien lebenden Pianistin Brenda Rein hielt er anschließend Meisterklassen für junge SängerInnen und Studierende des Kapstädter Opernstudios. Im Rahmen der Tournee des Jeunesse Orchesters kamen fünf junge österreichische KünstlerInnen im Juli und August nach Südafrika. Die klassische Gitarristin Julia Malischinig wurde im September anlässlich des 10-jährigen Jubiläums des Aardklop-Festivals nach Potchefstroom eingeladen, wo sie zwei Solo-Konzerte gab. Am College of Music der Universität Kapstadt hielt sie eine Meisterklasse für GitarrestudentInnen und gab ein Konzert im Lethabong Tango Studio. Susan Salm, eine der wichtigsten Interpretinnen zeitgenössischer österreichischer Cellomusik, gab mehrere Konzerte mit zeitgenössischem Programm in Pretoria und hielt eine Meisterklasse mit dem Johannesburg Philharmonic Orchestra in Mafikeng (November, Dezember). Ein wichtiger Teil ihres Aufenthalts war der Bekanntmachung klassischer Musik unter den benachteiligten Kindern in Soweto und den Townships in Pretoria gewidmet.

Die Kooperation für Musikausbildung mit der University of the Free State in Bloemfontein, die so genannten Neubergklassen, wurde im April weitergeführt und auf bisher benachteiligte Kinder ausgeweitet.

An der Universität Pretoria wurde die Wanderausstellung „Mozart in Wien“ gezeigt (Oktober bis Dezember).

Der Maler Frieder Danielis arbeitete im November und Dezember als „Artist in Residence“ mit InnenstadtkünstlerInnen im Kulturzentrum Drill Hall in Johannesburg. Am Beginn seines Aufenthalts stand ein Vortrag über Kunst und Vergangenheitsbewältigung an der Wits School of Arts, am Ende eine Vernissage mit Verkaufsausstellung der während des Projekts produzierten Werke.

Im August arbeitete die Pink Zebra Theatergruppe aus Wien in einem Workshop mit dem State Theatre Pretoria an einer afrikanischen Version des Brecht'schen Dramas „Mutter Courage“.

Im Rahmen des EU-Filmfestivals wurde von August bis September als österreichischer Beitrag der Spielfilm „She, Me & Her“ in Durban, Johannesburg, Kapstadt und Pretoria gezeigt.

Zum Internationalen Frauentag im März las Elfriede Hammerl im Goethe Institut Johannesburg. Die Krimiautorin Edith Kneifl nahm für Österreich an der 23. Gemanistenverbandstagung an der Wits University in Johannesburg teil und las aus ihren Werken.

Die Energieexpertin Karin Kneissl hielt im Februar im Institute for Security Studies in Pretoria einen Vortrag über Energie und Sicherheit in Afrika. In Kapstadt folgten zwei weitere Vorträge im Presseclub und an der Universität Kapstadt über die geopolitischen Zusammenhänge zwischen Energiesicherheit und Wirtschaftswachstum sowie die Evaluierung alternativer Energiequellen.

Die österreichischen Exporte betragen 607,248 Millionen Euro (+9,5%), die Importe 338,075 Millionen Euro (-2,9%).

Sudan (Republik Sudan), Khartoum

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Omar Hassan Ahmed el-Bashir

Außenminister
Lam Akol

ÖB, AHSt: siehe Ägypten; Khartoum – HK

Besuche aus Österreich: Wirtschaftsmission der WKÖ (März).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 424.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 52,646 Millionen Euro (-41,6%), die Importe 535.000 Euro (+9,9%).

*Länderinformationen***Suriname****(Republik Suriname), Paramaribo**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Rinaldo Ronald Venetiaan	Rinaldo Ronald Venetiaan	Lygia Louise Irene Kraag-Keteldijk

ÖB, AHSt: siehe Brasilien; Paramaribo – **HK**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit Außenministerin Lygia Kraag-Keteldijk am Rande der VN-GV (New York, 3. Oktober).

Besuche in Österreich: Expertendelegation, Teilnahme an der Wiener Konferenz zum Verbot von Streumunition (5.-7. Dezember).

2007 übernahm die Botschaft Brasilia die Zuständigkeit für Suriname. Die Überreichung des Beglaubigungsschreibens an den Staatspräsidenten von Suriname durch Boschafter Werner Brandstetter erfolgte im Juni.

Einer surinamischen Touristikstudentin wurde ein österreichisches Stipendium an der Hotelfachschule Schloss Klessheim zuerkannt.

Die österreichischen Exporte betragen 4,464 Millionen Euro (+467,8%), die Importe 2,450 Millionen Euro.

Swasiland**(Königreich Swasiland), Mbabane**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Mswati III.	Absalom Themba Dlamini	Mabili Dlamini

ÖB, AHSt: siehe Südafrika

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit Außenminister Mabili Dlamini (12. April).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 17.000 Euro erbracht.

Eine Mitarbeiterin des swasiländischen Außenministeriums besucht seit Oktober die Diplomatische Akademie. Eine weitere Mitarbeiterin nahm vom 7.-27. Oktober am „Executive Training Programme for Diplomats and Officials from African Countries“ der Diplomatischen Akademie teil.

Der bilaterale Handel wird hauptsächlich über Südafrika abgewickelt.

Die österreichischen Exporte betragen 121.000 Euro (+394,2%), die Importe 30.000 Euro (+5,2%).

Syrien**(Syrisch Arabische Republik), Damaskus**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Bashar al Assad	Mohammad Naji Otri	Walid al-Muallem

Damaskus – **ÖB, AHSt;** Aleppo – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Norbert Darabos, Truppenbesuch bei UNDOF/AUSBATT am Golan anlässlich der Ernennung von Generalmajor Wolfgang Jilke zum neuen UNDOF-Kommandanten, Treffen mit Verteidigungsminister Hassan Turkmani (21.-24. Februar);

Anhang

Univ.-Prof. Helmut Konrad, Treffen mit Minister für höhere Bildung Gyath Barakat (24.-28. Februar); Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Nationalrates Caspar Einem, Treffen mit Präsident Bashar al Assad, Außenminister Walid al-Muallem, Vizepräsident Farouk al Sharaa sowie dem Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses im syrischen Parlament Suleyman Haddad (20.-23. Juni); Chef des Generalstabs General Roland Ertl, Truppenbesuch am Golan, Treffen mit dem syrischen Generalstabschef General Ali Mohamed Habib (3.-5. November); Univ.-Prof. Helmut Konrad, TEMPUS-Projekt, Treffen mit Minister für höhere Bildung Gyath Barakat (3.-5. Dezember); Delegation des Bundesministeriums für Finanzen unter Delegationsleiter Heinz Jirousek, Verhandlungen über ein Doppelbesteuerungsabkommen (3.-7. Dezember); Bundespräsident Heinz Fischer und Bundesminister Norbert Darabos, Weihnachts-Truppenbesuch am Golan, Treffen mit Präsident Bashar al Assad, Vizepräsident Farouk al Sharaa, Informationsminister Muhsen Bilal, Außenminister Walid al-Muallem und Verteidigungsminister Hassan Turkmani (16. und 17. Dezember).

Die Verhandlungen zu einem Doppelbesteuerungsabkommen konnten am 5. Dezember abgeschlossen und der Abkommenstext paraphiert werden.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 4.000 Euro erbracht.

Gemeinsam mit dem Land Steiermark und der Neuen Galerie am Landesmuseum Joanneum wurde eine Ausstellung zweier syrischer und zweier steirischer Künstler in Damaskus vorbereitet und in Graz gezeigt (8. März bis 15. April). Die Photoausstellung „Der andere Blick – Syrer sehen Österreich – Österreicher sehen Syrer“ von Heinz Czibulka und Issa Touma wurde in Aleppo gezeigt (29. Juni bis 10. Juli). Sophia Goscinski nahm am Women`s Art Festival in Aleppo teil (1.-12. November). An der Musikhochschule Damaskus wurde eine Meisterklasse zu zeitgenössischer Komposition von Stefan Höll und David Müllner abgehalten (23.-30. November).

Die österreichischen Exporte betragen 43,380 Millionen Euro (+23,4%), die Importe 247,165 Millionen Euro (+11,1%).

Tadschikistan (Republik Tadschikistan), Duschanbe

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Emomali Rachmonow	Akil Akilow	Khamrokhon Zarifi

ÖB: siehe Kasachstan; **AHS:** siehe Russland; **GK Moskau** teilweise zuständig für Konsularangelegenheiten

Die OEZA unterstützt ein auf zwanzig Monate ausgerichtetes Projekt zur Vorbeugung gegen Naturkatastrophen mit 16.700 Euro sowie ein vom 1. Februar 2007 bis 30. April 2009 laufendes Projekt zur Stärkung des Sozialsektors mit 12.500 Euro. Beide Projekte werden vom Hilfswerk Austria durchgeführt.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 20.000 Euro erbracht.

Ein Vertreter des Bundesministeriums für Landesverteidigung nahm an dem von der OSZE geförderten Projekt zur Zerstörung und Sicherung überschüssiger Klein- und Leichtwaffen (SALW) teil (18.-26. April). Eine Vertreterin aus Tadschikistan nahm am 7. Globalen Forum der VN „Den Staat neu erfinden“ teil (Wien, 26.-29. Juni).

Das unter österreichischer Beteiligung durchgeführte EU-Programm BOMCA wurde fortgesetzt.

Eine DaF-Praktikantin hielt einen Sommerkurs für DeutschlehrerInnen und GermanistInnen an der Tadschikischen Staatlichen Pädagogischen S. Ajni Universität ab (18.-29. Juni). Zwei Vertre-

Länderinformationen

terInnen aus Tadschikistan nahmen am Spezialkurs für DeutschlehrerInnen und GermanistInnen für Südkasien und Zentralasien zum Thema „Städtebilder“ teil (Wien, Graz, 9.-19. Juli).

Im Rahmen einer Reise nach Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan hielt Botschafter a.D. Alfred Missong vor jungen DiplomatInnen des tadschikischen Außenministeriums, am Germanistikinstitut der Tadschikischen Staatlichen Pädagogischen S. Ajni Universität sowie am Institut für Kommunikation und Innovation Vorträge zu den Themen „Probleme für Diplomaten in einer globalisierten Welt“, „Österreich und die EU“ und „Österreich gestern und heute“ (29. und 30. Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 2,365 Millionen Euro (+60,8%), die Importe 6,767 Millionen Euro (-31,7%).

Tansania (Vereinigte Republik Tansania), Dodoma

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Jakaya Mrisho Kikwete	Edward Ngoyai Lowassa	Bernard Kamilius Membe (seit 12. Jänner)

ÖB: siehe Kenia; **AHSt:** siehe Südafrika; Dar es Salaam – **HGK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Ursula Plassnik, Treffen mit Außenminister Bernard Kamilius Membe am Rande des EU-Afrika-Gipfels (Lissabon, 7.-9. Dezember).

Besuche in Österreich: Premierminister Edward Ngoyai Lowassa, Teilnahme an der UNIDO-Generalkonferenz (3.-7. Dezember).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 691.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Musiker Adi Nimmervoll und Werner Puntigam nahmen mit ihrer Formation „Mo' Some Big Noise“, welcher auch Künstler aus Mosambik angehören, vom 9.-14. Februar am Sauti za Busara Festival in Sansibar teil.

Eine Delegation österreichischer Wirtschaftstreibender besuchte Ende September Tansania.

Die österreichischen Exporte betragen 5,497 Millionen Euro (-36,0%), die Importe 3,569 Millionen Euro (+203,5%).

Thailand (Königreich Thailand), Bangkok

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Bhumibol Adulyadej	Surayud Chulanont	Nitya Pibulsonggram

Bangkok – **ÖB, AHSt;** Chiang Mai, Pattaya, Phuket – **HK**

Besuche aus Österreich: österreichische Beamtendelegation, Teilnahme an der WHO-Konferenz zum Rahmenabkommen über Tabakkontrolle (30. Juni bis 6. Juli); Richter am Verwaltungsgerichtshof Robert Schick, Teilnahme am 9th Congress of the International Association of Supreme Administrative Jurisdictions (IASAJ) (22.-24. November).

Besuche in Österreich: Prinzessin Chulabhorn Walailak, Besuch anlässlich der Verleihung des Ehrenrings der Universität Graz (4. September); thailändische Beamtendelegation, Teilnahme an der Wiener Konferenz zum Verbot von Streumunition (5.-7. Dezember).

Eine österreichische SportlerInnendelegation nahm an der 24. Sommeruniversiade vom 8. bis 18. August in Bangkok teil.

Anhang

Am 8. und 9. Juni fand im Musikauditorium der Mahidol Universität Bangkok ein Klavierkonzert von Christopher Espenschied mit dem Thailand Symphonic Orchestra statt. Univ.-Prof. Franz Lukasovsky von der Universität für Musik und Darstellende Kunst Wien hielt in Bangkok und Chiang Mai Meisterkurse im Fach Gesang ab (30. Oktober bis 5. November). Karin Regina Florey gab am 3. und am 19. Dezember in Bangkok Violinkonzerte.

Der österreichische Film war beim EU-Filmfestival in Bangkok und Chiang Mai (8.-18. November) durch den Beitrag „Fräulein Phyllis“ sowie beim 3. Internationalen Wissenschaftsfilmfestival in Bangkok (21.-26. November) durch den Beitrag „Nature Tech“ vertreten.

Der Rektor der Anton Bruckner Universität Linz Univ.-Prof. Anton Voigt hielt im Rahmen des 6. Asia Pacific Symposium on Music Education Research in Bangkok einen Vortrag (25.-27. Juli). Der Direktor des Europäischen Trainings- und Forschungszentrums für Menschenrechte und Demokratie (ETC) Univ.-Prof. Wolfgang Benedek beteiligte sich mit Vorträgen am Workshop „Teaching Human Rights Education“ in Bangkok (12. und 13. September).

Der Austausch von WissenschaftlerInnen und StipendiatInnen, basierend vor allem auf den Nord-Süd-Dialogstipendien sowie den Technologiestipendien Südost-Asien im Rahmen der wissenschaftlich-universitären Partnerschaft ASEA-Uninet, wurde fortgesetzt. Im Rahmen von ASEA-Uninet nahmen im Juli 20 StudentInnen verschiedener österreichischer Universitäten an dem von der Universität Innsbruck organisierten „Asian Studies Program“ an der Chulalongkorn University in Bangkok und der Chiang Mai University teil.

An der Chulalongkorn-Universität in Bangkok besteht seit 1990 das Austrian-Thai Centre for Computer-Assisted Chemical Education and Research (ATC). Das Asian Institute of Technology (AIT) in Bangkok wird durch Österreich seit 1990 durch die Finanzierung von Stipendien für Studierende aus Bhutan unterstützt.

Die österreichischen Exporte betragen 186,141 Millionen Euro (+21,6%), die Importe 377,647 Millionen Euro (+14,8%).

Timor-Leste (Demokratische Republik Timor-Leste), Dili

Staatsoberhaupt
José Ramos-Horta
(seit 23. Mai)

Regierungschef
Kay Rala Xanana
Gusmão
(seit 9. August)

Außenminister
Zacarias Albano da Costa
(seit 9. August)

ÖB, AHST: siehe Indonesien

Organisiert von einem österreichischen IOM-Offizier konnten in Dili and Baucau im Zusammenwirken der Botschaft Jakarta mit portugiesischen und australischen Stellen sowie lokalen Sponsoren im September drei Konzerte der in Timor-Leste geborenen Wahlwienerin Sandra Pires veranstaltet werden.

Mit den Regierungsstellen in Dili wurden Pläne für einen auf österreichischem Know-how basierenden Musikunterricht erarbeitet.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 37.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 10.000 Euro.

*Länderinformationen***Togo
(Republik Togo), Lomé**

Staatsoberhaupt
Faure Essozimna
Gnassingbé

Regierungschef
Komlan Mally
(seit 13. Dezember)

Außenminister
Leopold Messan Gnininvi
(seit 13. Dezember)

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 19.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 1,952 Millionen Euro (-49,7%), die Importe 125.000 Euro (-40,1%).

**Tonga
(Königreich Tonga), Nuku'alofa**

Staatsoberhaupt
König George Tupou V

Regierungschef
Feleti (Fred) Sevele

Außenminister
Sonatane
Tu'akinamolahi
Taumoepeau-Tupou

ÖB, AHSt: siehe Australien

Besuche aus Österreich: Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch, Treffen mit Ministerpräsident Feleti Sevele, dem Minister für Tourismus Fineasi Funaki und dem Secretary for Foreign Affairs Va'inga Tone (23.-25. Mai).

**Trinidad und Tobago
(Republik Trinidad und Tobago), Port of Spain**

Staatsoberhaupt
George Maxwell Richards

Regierungschef
Patrick Manning

Außenministerin
Paula Gopee-Scoon
(seit 8. November)

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Port of Spain – HK

Trinidad und Tobago ist für Österreich der wichtigste Wirtschaftspartner in der Karibik.

Die österreichischen Exporte betragen 11,159 Millionen Euro (+62,6%), die Importe 336.000 Euro (-28,5%).

**Tschad
(Republik Tschad), N'djamena**

Staatsoberhaupt
Idriss Déby Itno

Regierungschef
Nouradine Kassire
Coumakoye
(seit 26. Februar)

Außenminister
Ahmat Allam-Mi

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Besuche aus Österreich: Bundesminister Norbert Darabos, Durchführung einer Erkundungsmision hinsichtlich einer österreichischen Beteiligung an EUFOR Tchad/RCA, Treffen mit Premierminister Nouradine Kassire Coumakoye (3.-5. Oktober).

Anhang

Die österreichischen Exporte betragen 1,790 Millionen Euro (-61,7%), die Importe 48.000 Euro (+400,2%).

Tschechien (Tschechische Republik), Prag

Staatsoberhaupt Václav Klaus	Regierungschef Mirek Topolánek (seit 9. Jänner)	Außenminister Karel Schwarzenberg (seit 9. Jänner)
---------------------------------	---	--

Prag – **ÖB, AHSt, KF, ÖW**; Brünn – **HK, ASO, ÖI**; Budweis – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Treffen mit Präsident Václav Klaus, Ministerpräsident Mirek Topolánek, Senatspräsident Přemysl Sobotka, dem Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses Miloslav Vlček und dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei ČSSD Jiří Paroubek (27. Februar); Landeshauptmann Josef Pühringer, Teilnahme an der 8. Landeshauptleutekonferenz (Budweis, 11. April); Vizepräsidentin des Bundesrates Anna Elisabeth Haselbach, Teilnahme am 8. Treffen der ParlamentspräsidentInnen der Regionalen Partnerschaft (17. und 18. April); Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Nationalrates Caspar Einem, Treffen mit dem Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des tschechischen Abgeordnetenhauses Jan Hamáček, Höflichkeitsbesuch bei Außenminister Karel Schwarzenberg (5. Mai); Bundesminister Günther Platter, Treffen mit Innenminister Ivan Langer (18. Mai); Bundesministerin Ursula Plassnik, Eröffnung des Symposiums zum Jahr 1968 gemeinsam mit Außenminister Karel Schwarzenberg (Znojmo/Znaim, 14. Juni); Landeshauptmann Erwin Pröll, Unterzeichnung eines gemeinsamen Arbeitsprogramms mit den Kreishauptmännern von Südböhmen, Südmähren und Vysočina (Mikulov/Nikolsburg, 18. Juni); Landeshauptmann Josef Pühringer, Treffen mit Vizeministerpräsident und Umweltminister Martin Bursík, Außenminister Karel Schwarzenberg und Bildungsministerin Dana Kuchtová (19. Juni); Abgeordnete zum Nationalrat und Mitglieder des Bundesrates, Teilnahme am 1. Treffen der Interparlamentarischen Kommission zu Temelín (11. Juli); Landeshauptmann-Stellvertreterin Heidemarie Onodi, Besuch einer Grenzstation und eines ecoplus-Büros (25. Juli); Delegation des Ständigen Unterausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union des österreichischen Nationalrates, Treffen mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Europäische Angelegenheiten des tschechischen Abgeordnetenhauses Ondřej Liška sowie mit Ausschussmitgliedern, mit Senatspräsident Přemysl Sobotka, mit dem Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses Miloslav Vlček, mit Mitgliedern des außenpolitischen Ausschusses des Abgeordnetenhauses sowie mit Vizeaußenminister Tomáš Pojar (20. und 21. September); Bundesminister Günther Platter, Teilnahme am bilateralen Innenministertreffen mit dem tschechischen Innenminister Ivan Langer (Mikulov/ Nikolsburg, Drasenhofen, 6. November); Staatssekretär Hans Winkler, Teilnahme an den Tschechisch-Österreichischen Gesprächen gemeinsam mit dem Vorsitzenden des tschechischen Legislativrates und Minister ohne Portefeuille Cyril Svoboda (Znojmo/Znaim, 23. November).

Besuche in Österreich: Außenminister Karel Schwarzenberg, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Bundesministerin Ursula Plassnik (26. März); Ministerpräsident Mirek Topolánek, Treffen mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Teilnahme am Europäisch-Russischen Wirtschaftsforum (23. April); Innenminister Ivan Langer, Teilnahme am Treffen der InnenministerInnen der Staaten des „Forum Salzburg“ (Innsbruck, 12. und 13. Juli); Präsident Václav Klaus, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer (22. und 23. August); Mitglieder des tschechischen Abgeordnetenhauses und des Senats, Teilnahme am 2. Treffen der Interparlamentarischen Kommission zu Temelín (17. und 18. September); Delegation des Verfassungs- und Rechtsausschusses des tschechischen Abgeordnetenhauses, Treffen mit Mitgliedern des Verfassungsausschusses des Nationalrates (6. November).

Am 22. März trat das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll in Kraft. Am

Länderinformationen

14. Juli trat die geänderte und ergänzte Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechischen Republik über die Errichtung von festgelegten Stellen auf touristischen Wegen in Kraft. Am 6. November wurde die Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechischen Republik über die Errichtung eines gemeinsamen Zentrums Drasenhofen – Mikulov unterzeichnet. Am 20. Dezember wurde das Protokoll zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Tschechischen Republik zur Änderung des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit der nuklearen Sicherheit und dem Strahlenschutz unterzeichnet.

Am 18. Juni fand das zweite Treffen von BürgermeisterInnen österreichischer und tschechischer Partnerstädte und Gemeinden im Rahmen der zweiten bilateralen Bürgermeisterkonferenz in Groß Siegharts statt, die sowohl Gemeinde- als auch WirtschaftsvertreterInnen zu einem Erfahrungsaustausch zusammenbrachte.

Das österreichisch-mährische Zentrum in Znaim, eine Initiative der Botschaft gemeinsam mit dem tschechischen Senat und dem Bürgermeister von Znaim, präsentierte sich der Öffentlichkeit mit der internationalen Konferenz „Das Jahr 1968 im europäischen Kontext“, bei der Bundesministerin Ursula Plassnik und der tschechische Außenminister Karel Schwarzenberg die Eröffnungsreferate hielten.

Das KF setzte neben der laufenden Tätigkeit mit Ausstellungen, Konzerten und Literaturveranstaltungen in der Hauptstadt und im ganze Land zwei besondere regionale Schwerpunkte: „Österreich-Tage“ in Slaný mit Konzerten, Ausstellungen und Schulveranstaltungen, und den „Tschechisch-österreichischen Kulturherbst“ in Olmütz aus Anlass des 15-jährigen Bestehens der dortigen Österreich-Bibliothek. Das Kulturprogramm umfasste insgesamt fünf Ausstellungen (Sammlung Otto Mauer im neuen Erzdiozesanmuseum Olmütz, Linde Waber, Wanderausstellung Otto Wagner, österreichische Literatur in tschechischen Übersetzungen im Rahmen der Buchmesse Flora sowie die Dokumentation 15 Jahre Österreich-Bibliothek), zwei Konzerte (Ottensamer und Mährische Philharmonie, Netnakisum und Hradistan), zwei Theatergastspiele in tschechischer Sprache (Felix Mitterers „In der Löwengrube“ im Stadttheater Brünn sowie Thomas Bernhards „Alte Meister“ im Theater Komodie in Prag), zwei Abende mit insgesamt sechs österreichischen Filmen, zu denen der Regisseur Michael Glawogger persönlich anreiste, eine Autorenlesung Bodo Hells, eine „Lange Nacht der kurzen Texte“ und drei wissenschaftliche Vorträge von Univ.-Prof. Dieter Binder, Graz (Erzählung der Landschaft), Annemarie Fenzl, Wien (Kirche und Kunst) und Prof. Josef Strelka (Robert Musil).

Der Boom österreichischer AutorInnen auf tschechischen Bühnen hält an, wobei neben „Klassikern“ von Thomas Bernhard, Elfriede Jelinek oder Werner Schwab auch Werke wie Hugo von Hofmannsthals „Der Unbestechliche“ (Nationaltheater Brünn), Peter Turrinis „Mein Nestroy“ (für Frühjahr 2008 am Nationaltheater Brünn geplant) und Felix Mitterers „In der Löwengrube“ (Stadttheater Brünn) oder auch „Eine gute Partie“ des Nachwuchsautors Stefan Vögel (Theater ABC in Prag) zur Aufführung gelangen. Das KF leistet nicht nur Unterstützung in Form von Produktions- und Werbekostenzuschüssen, sondern hält auch eine Datenbank österreichischer Theaterliteratur in Tschechien aktuell (Übersetzungen, Erstaufführungen, Aufführungen), die über die Homepage des tschechischen Theaterinstituts zugänglich ist.

Im Rahmen der Prager Buchmesse im Mai, bei der die deutschsprachige Literatur schwerpunktmäßig präsentiert wurde, organisierte das KF gemeinsam mit dem Goethe-Institut und der Schweizer Botschaft unter dem Titel „Das Buch“ zwei Tage mit Autorenlesungen und -gesprächen. Gäste aus Österreich waren Barbara Frischmuth, Christian Ide Hinze, Paulus Hochgatterer, Gert Jonke, Orhan Kipcak, Rosemarie Pojarkov und Michael Stavaric.

In Zusammenarbeit mit der Philosophischen Fakultät der Karls-Universität Prag veranstaltete das KF im Oktober unter dem Titel „Landschaft ohne Eigenschaften“ eine internationale Konferenz von LiteraturwissenschaftlerInnen zum Thema Literatur und Mitteleuropa. Ehrengast war

Anhang

Peter Demetz, dem bei dieser Gelegenheit anlässlich seines 85. Geburtstags Auszeichnungen der Karls-Universität sowie der Stadt Prag verliehen wurden.

Der österreichisch-tschechische Warenhandel wächst seit 1993 ohne Unterbrechung. Im Berichtszeitraum hat sich die Dynamik im gegenseitigen Warenaustausch zugunsten Österreichs noch weiter verstärkt: Zum ersten Mal seit 2003 hat Österreich wieder mehr Waren nach Tschechien geliefert als bezogen. Das Interesse österreichischer Firmen an einem Standort in Tschechien bleibt weiterhin ungebrochen. Österreich behauptet mit einem Anteil von rund 11,5% seine Position als nach Deutschland und den Niederlanden drittgrößter Investor in Tschechien. Neben Investitionen im Finanz- und Immobilienbereich sowie in Industrie und Gewerbe gewinnt nun ein anderer Grund für ein Engagement in Tschechien immer mehr an Bedeutung: Firmen nutzen das Potenzial, das Tschechien durch die gute Konjunktur und die steigende Kaufkraft als Absatzmarkt bietet und siedeln auch ihre Vertriebs- und Serviceniederlassungen hier an.

Die österreichischen Exporte betragen 4.088,193 Millionen Euro (+20,8%), die Importe 3.638,394 Millionen Euro (+8,5%).

Tunesien (Tunesische Republik), Tunis

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Zine El Abidine Ben Ali	Mohamed Ghannouchi	Abdelwaheb Abdallah

Tunis – ÖB

Besuche aus Österreich: Bundesministerin a.D. Maria Rauch-Kallat, Vortrag zu Frauenfragen am Kongress der tunesischen Regierungspartei Rassemblement Constitutionnel Démocratique (RCD) (2. und 3. November).

Die Gespräche zur Identifizierung von Projekten, die im Rahmen des 2006 von Bundesministerin Ursula Plassnik unterzeichneten bilateralen Abkommens über finanzielle Zusammenarbeit realisiert werden können, wurden fortgesetzt. Zur Intensivierung der wirtschaftlichen Kooperation wurden von tunesischer Seite detaillierte Vorschläge erstellt, die im Rahmen der nächsten Tagung der wirtschaftlichen Ad-hoc-Kommission im Jahr 2008 behandelt werden.

Seit November ist Bundesministerin a.D. Maria Rauch-Kallat Präsidentin der Österreichisch-Tunesischen Freundschaftsgesellschaft.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 5.000 Euro erbracht.

Die Band „Fatima Spar & die Freedom Fries“ gab Konzerte in Bizerte, Jendouba, Kairouan und Tunis (2.-10. März). Einen kulturellen Höhepunkt stellte das Konzert des Wiener Opernballorchesters unter Mitwirkung österreichischer Gesangssolisten und einer Ballettgruppe der Wiener Volksooper im römischen Amphitheater in El Jem dar (7. Juli). Dieses jährlich vor etwa 3.000 ZuseherInnen stattfindende Konzert ist in Tunesien inzwischen zu einer Institution geworden, da es die dortigen Sommerfestspiele eröffnet und im nationalen Fernsehen übertragen wird. Die Gruppe „Nilgiri Express“ nahm mit selten gespielten Instrumenten am Jazz-Festival in Tabarka (6.-14. Juli) und die Gruppe „Nim Sofyan“ am Festival „Découvertes“ (21.-25. August) teil. Im Rahmen des Festivals „Musiqa“ konzertierte das Harri Stojka Trio im Palais Erlanger in Sidi Bou Said (27. September). Der Wiener Universitätschor gab beim Festival „Octobre Musical“ im „Acropolium“ in Karthago ein Konzert (17. Oktober).

Ausstellungen von Werken von Corinne Hochwarter (27. Oktober bis 18. November) und Sybille Pfeiffer (7. Dezember 2007 bis 16. Jänner 2008) sowie ein Vortrag des Missionschefs zum Dialog der Zivilisationen an der Universität Tunis (1. November) ergänzten das kulturelle Programm.

Länderinformationen

Die Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen zeigte sich in der sehr positiven Entwicklung des Außenhandels.

Die österreichischen Exporte betragen 77,506 Millionen Euro (+52,1%), die Importe 106,902 Millionen Euro (+8,1%).

Türkei (Republik Türkei), Ankara

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Abdullah Gül	Recep Tayyip Erdogan	Ali Babacan
(seit 28. August)		(seit 28. August)

Ankara – **ÖB, AHSt**; Istanbul – **GK, AHSt, KF, ÖI**; Antalya, Bodrum, Bursa, Izmir, Mersin – **HK**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Teilnahme am Gipfel der Organisation der Schwarzmeerwirtschaftskooperation (Istanbul, 25. Juni); Vizepräsident der WKÖ Richard Schenz, Teilnahme am World Chamber Congress (Istanbul, 3.-7. Juli); Generaldirektorin der Österreichischen Nationalbibliothek Johanna Rachinger, Ausarbeitung eines Arbeitsabkommens mit der türkischen Nationalbibliothek (29. und 30. Oktober); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Treffen mit dem Generalsekretär im türkischen Außenministerium Ertugrul Apakan (8. und 9. November); EU-Kommissar a.D. Franz Fischler, Teilnahme am Seminar „Opportunities and Challenges for the Turkish Agriculture on the Way to European Union“ im Rahmen eines EU Twinning Projekts unter österreichischer Führung, Vorträge an mehreren Universitäten in Ankara (3.-6. Dezember).

Besuche in Österreich: Ökumenischer Patriarch von Konstantinopel Bartholomaios I., Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Vizekanzler Wilhelm Molterer, Bundesministerin Ursula Plassnik und Christoph Kardinal Schönborn, Verleihung des Kardinal-König-Preises (12.-16. März); Generalsekretär im türkischen Außenministerium Ertugrul Apakan, Treffen mit dem Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (21. Mai).

Am 27. Dezember wurde ein österreichisches Honorarkonsulat in Izmir eröffnet.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 90.000 Euro erbracht.

Die Wiederaufnahme kultureller Aktivitäten an der Botschaft Ankara trug zur Intensivierung der Kulturpräsenz bei. Der interkulturelle Dialog wurde vertieft.

An den 210. Geburtstag von Franz Schubert wurde unter anderem mit dem Liederzyklus „Die schöne Müllerin“ mit Bariton Peter Schöne und Axel Bauni am Klavier erinnert (Istanbul, 5. und 6. Dezember, Ankara, 8. Dezember). In einer Reihe von Veranstaltungen wurden neben österreichischen auch türkisch-österreichische KünstlerInnen präsentiert. Das Konzert des Mozarteum Orchesters Salzburg mit den Geschwistern Ferhan & Ferzan Önder am Klavier in der Istanbul Irenenkirche sei als Beispiel genannt (11. Juni). Anlässlich des Europatags (9. Mai) sowie des Rumi-Jahres wurde in der Istanbul Irenenkirche ein Konzert der Vienna Classical Players unter der Leitung von Martin Kerschbaumer mit einer Tanzperformance von Ziya Azazi gegeben. Österreich war bei den wichtigsten Musikfestivals vertreten, beispielsweise bei den Internationalen Jazztagen in Izmir (7.-12. März) durch die Gruppe „Falb Fiction“ und beim Popfestival der Hacettepe Universität in Ankara (10. Mai) durch die Gruppe „Valina“. Der November war mit insgesamt zehn Konzerten von Türev Berki, Mzia Simonischwili, Konstantin Weitz sowie den Wiener Art Schrammeln in Ankara im Besonderen der österreichischen Musik gewidmet.

Wiener Festkultur wurde bei den beiden „Wien Bällen“ im Februar in Ankara und im November in Istanbul präsentiert.

Anhang

Anknüpfend an das Freudjahr 2006 wurde im Jänner die Dokumentationsausstellung „Contemporary Art Collection“ des Sigmund Freud Museums Wien im Yapi Kredi Kulturzentrum Istanbul gezeigt. Die vom AbsolventInnenverein der österreichischen Schule in Istanbul organisierte Ausstellung „Zeitreise in die Österreichisch-Türkische Vergangenheit“ wurde im Dolma Bahce Palast in Istanbul und in der Galerie des türkischen Außenministeriums in Ankara gezeigt (8. November 2006 bis 26. Jänner 2007). Die Ausstellung von Kurt Welthers „Bilder in Bildern“ war sowohl in Ankara (1.-13. Mai) als auch in Istanbul (6.-30. Juni) zu sehen, die Fotoausstellung „Mein Vater und ich“ von Mehmet Emir außerdem noch in Diyarbakir (10.-26. Juni).

Bei den Ägäis-Kunsttagen in Izmir nahmen Lore Heuermann, Manfred Makra, Eva Möseneder und Anna Stangl mit Werkpräsentationen und Workshopgestaltungen teil (5.-9. Dezember). Ein Artist-in-Residence-Projekt gemeinsam mit der Gazi und der Hacettepe Universität in Ankara (2.-14. April) bzw. Mersin (14.-28. April) stellte druckgrafische Techniken in den Vordergrund.

Im Rahmen des Besuchs der Generaldirektorin der Österreichischen Nationalbibliothek Johanna Rachinger wurde die türkische Publikation: „Smail Balic: Katalog der türkischen Handschriften der Österreichischen Nationalbibliothek“ vorgestellt (Oktober). Die Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen im Germanistikbereich wurde fortgesetzt, wobei Lesungen von Barbara Frischmuth, Christoph Nechvatal und Marianne Gruber sowie die „Österreichtage“ an der Ankara Universität hervorzuheben sind (5.-7. November). Ein besonderer Aspekt der österreichischen Kultur wurde im Rahmen der „Wiener Kaffeehaustage“ in der Österreichischen Residenz in Ankara präsentiert, wo neben kulinarischen auch musikalische und literarische Spezialitäten serviert wurden (6. und 7. November). Die in Ankara ins Leben gerufene Serie „Türkische KünstlerInnen in Österreich“ legt ihren Schwerpunkt auf die Präsentation bikulturellen Schaffens aus unterschiedlichsten Bereichen. Vorgestellt wurden beispielsweise Keramikunst von Canan Dagdelen oder Frauenportraits von Muteber Aydin-Wurm. Weiters präsentierten sich das Duo Kamerhan Turan (Klavier) und Ezgi Saydam (Mezzosopran) sowie die Opernsängerinnen Didem und Sinem Balik.

Die österreichischen Exporte betragen 943,438 Millionen Euro (+11,7%), die Importe 861,687 Millionen Euro (+7,8%).

Turkmenistan (Turkmenistan), Aschgabat

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Gurbanguly Berdymuchammedow
(seit 12. Februar)

Außenminister
Raschid Meredow

ÖB: siehe Kasachstan; **AHSt:** siehe Russland; **GK Moskau** teilweise zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche aus Österreich: Bundesminister Martin Bartenstein in Begleitung einer Wirtschaftsdelegation, Treffen mit Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow, dem Minister für Energiewirtschaft und Industrie Gurbannur Annabelijew, dem Minister für Erdöl- und Erdgasindustrie und Mineralressourcen Bajmurat Chodzhmuchammedow, dem Minister für Wirtschaft und Finanzen Chodzhmurat Geldimuradow und dem Minister für Handel und Konsumgenossenschaften Gurbangeldi Melekejew (18. und 19. September).

Eine Vertreterin aus Turkmenistan nahm am „International Civilian Peace-keeping and Peacebuilding Training Programme“ (Ausbildungsprogramm für internationale zivile Friedenserhaltung und Friedensbildung) teil (Stadtschlaining, 20. Mai bis 1. Juni).

Ein Vertreter des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten nahm an der internationalen Konferenz über „Präventive Diplomatie und internationale Kooperation“ sowie an der Eröffnung des Büros der VN für regionale Konfliktverhütung teil (10. und 11. Dezember).

Länderinformationen

Das unter österreichischer Beteiligung durchgeführte EU-Programm BOMCA wurde fortgesetzt. Die WKÖ organisierte eine österreichische Wirtschaftsmission nach Turkmenistan (18. und 19. September).

Die österreichischen Exporte betragen 32,954 Millionen Euro (+418,5%), die Importe 28,258 Millionen Euro.

Tuvalu (Tuvalu), Funafuti

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister
Königin Elizabeth II.	Apisai Ielemia

vertreten durch:
Generalgouverneur
Filoimea Telito

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 15.000 Euro (-65,9%), die Importe 3.000 Euro (+100,0%).

Uganda (Republik Uganda), Kampala

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Yoweri Kaguta Museveni	Apollo Nsibambi	Sam Kutesa

ÖB: siehe Kenia; Kampala – **HK, Koordinationsbüro der OEZA; AHSt:** siehe Südafrika

Besuche aus Österreich: Sonderbeauftragter des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten für Afrika Botschafter Georg Lennkh, Gespräche zum Friedensprozess mit dem Minister of State for International Affairs Oryem Henry Okello und dem deutschen Botschafter Alexander Müller als Vertreter des EU-Vorsitzlandes (11. und 12. Mai); Delegation der Kärntner Landesregierung unter der Leitung von Landesrat Josef Martinz, Besichtigung der von Kärnten unterstützten Entwicklungsprojekte (21. und 22. August); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Treffen mit Präsident Yoweri Kaguta Museveni am Rande des EU-Afrika-Gipfels (Lissabon, 7.-9. Dezember).

Vom 7. bis 9. August wurde mit österreichischer Unterstützung in Entebbe eine von der ugandischen Regierung in Zusammenarbeit mit UNDP veranstaltete Arbeitstagung zum Thema „Mine Victim Assistance“ abgehalten. Die Konferenz zielte unter anderem darauf ab, in Uganda Ziele und Pläne zur Hilfestellung für Opfer von Landminen zu definieren. Der Vorsitzende des Standing Committee on Victim Assistance im Rahmen der Ottawa-Konvention Markus Reiterer nahm an dieser Konferenz teil.

Uganda ist Schwerpunktland der OEZA. Das Koordinationsbüro für Entwicklungszusammenarbeit in Kampala koordiniert die Programme und Projekte für die Länder Burundi, Kenia, Ruanda, Tansania und Uganda und führt den entwicklungspolitischen Dialog mit den nationalen Partnern und den anderen Geberländern. Die OEZA orientiert sich am ugandischen Programm zur Armutsbekämpfung und fügt sich im Rahmen der „Uganda Joint Assistance Strategy“ in ein koordiniertes Vorgehen von nationalen Partnern (Staat und Zivilgesellschaft) und anderen Gebern ein. Die österreichischen Schwerpunktssektoren sind Wasserversorgung und Siedlungshygiene, Justizreform und Dezentralisierung sowie die Entwicklung des Privatsektors. Ein Sonderprogramm geht auf die Konfliktsituation und die humanitäre Krise im Norden des Landes ein. Dabei werden insbesondere die Friedensgespräche zwischen der Regierung und der Lord's Resistance Army unterstützt. Außerdem werden Maßnahmen in den Bereichen berufliche Fortbildung, wie Stipendien für Kurse in Uganda und in Österreich, sowie im Kultursektor

Anhang

gefördert. Programme österreichischer NRO wie HORIZONT3000 und CARE ergänzen die bilaterale Zusammenarbeit.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von 8,13 Millionen Euro erbracht.

Anlässlich des Europatags fand in Kampala vom 27. April bis 9. Mai ein EU-Filmfestival statt, an dem Österreich mit dem Film „Welcome Home“ von Andreas Gruber vertreten war. Der österreichische Schriftsteller Max Bläulich gab anlässlich seines Uganda-Besuchs Anfang Juli eine Lesung im Ndere-Zentrum in Kampala. Ein Filmteam besuchte vom 3. bis 8. Dezember Uganda zu Dreharbeiten für eine Dokumentation zum „Afrikanischen Jahrzehnt“.

Vom 6. bis 9. Dezember fand aus Anlass der Beendigung der letzten Bauphase des von Österreich im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit finanzierten Ndere Cultural Centre in Kampala eine Eröffnungsfeier statt. Der österreichische Komponist und Musiker Lukas Ligeti reiste aus diesem Anlass nach Kampala, um eine Woche mit MusikerInnen des Ndere Centres zu arbeiten und das Ergebnis bei dieser Veranstaltung zu präsentieren. Weiters fanden eine Tanzproduktion und ein Workshop unter der Leitung der ugandischen Choreographin Chandiru Mawa statt, an denen die österreichischen Tänzerinnen Katrin Blantar und Juliet Prohaska teilnahmen.

Eine Delegation österreichischer Wirtschaftstreibender besuchte Anfang Juli Uganda.

Die österreichischen Exporte betragen 5,877 Millionen Euro (+76,9%), die Importe 735.000 Euro (-29,7%).

Ukraine (Ukraine), Kiew

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Viktor Juschtschenko	Julija Tymoschenko (seit 18. Dezember)	Wolodymyr Ohrysko (seit 18. Dezember)

Kiew – ÖB, AHSt, KF, ÖW; Lemberg – HK, Marketingbüro der WKÖ, Kooperationsbüro für Wissenschaft, Bildung und Kultur; Charkiw – HK; Donezk – HK, Marketingbüro der WKÖ; Odessa – Bildungsbeauftragte

Besuche aus Österreich: Mitglieder des Bundesrates Albrecht Konecny und Wolfgang Schimböck sowie Abgeordnete zum Nationalrat Wolfgang Großruck, Gerhard Kurzmann und Karl Öllinger, Teilnahme an der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (5.-9. Juli); Bundesminister Erwin Buchinger, Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding (12. und 13. Juli); Delegation des Vorarlberger Landtags unter der Leitung des Vorsitzenden des EU-Ausschusses Hans Köhler, Treffen mit dem Leiter des EU-Ausschusses der Rada sowie VertreterInnen der Region Kiew und eines Energieunternehmens (15. Mai und 10. und 11. September).

Besuche in Österreich: Außenminister Arsenij Jazenjuk, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik, Rede vor dem Ständigen Rat der OSZE (26. April); Chef des Generalstabs General Sergej Kyrtschenko, Treffen mit dem Obmann des Landesverteidigungsausschusses Peter Fichtenbauer sowie ranghohen Militärangehörigen (3.-5. September); Vizeaußenminister Wolodymyr Ohrysko, Treffen mit dem Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (26. November).

Die Gemischte Kommission für bilaterale Handels- und Wirtschaftsbeziehungen trat unter der Leitung des Generaldirektors für Außenwirtschaftsbeziehungen im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit Johann Sachs und der stellvertretenden ukrainischen Wirtschaftsministerin Natalija Boitsun in Wien zu ihrer achten Tagung zusammen (14. Dezember).

Länderinformationen

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 95.000 Euro erbracht. Unterstützt wurden lokale NRO, darunter ein Kinderkrankenhaus in Charkiw und Projekte mit Straßenkindern in Czernowitz und Kiew.

Das KF Kiew organisierte kulturelle und wissenschaftliche Veranstaltungen und Projekte und wirkte darüber hinaus an einer Vielzahl von Kooperationen unterstützend mit. Neben dem KF in Kiew gibt es in der Ukraine das Österreichisch-Ukrainische Kooperationsbüro für Wissenschaft, Bildung und Kultur in Lemberg, vier Österreich-Bibliotheken in Czernowitz, Charkiw, Kiew und Lemberg sowie ein Österreich-Zentrum in Drohobytch. Darüber hinaus hat das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur eine Bildungsbeauftragte nach Odessa entsandt. Weiters sind drei Lektorinnen in Czernowitz, Kiew und Lemberg sowie eine Auslandslehrerin in Lemberg tätig.

Vom KF Kiew unterstützte Veranstaltungen waren die Aufführung der 8. Symphonie von Gustav Mahler in der Nationaloper in Kiew am 29. Mai, die Lesereise des österreichischen Autors Erwin Einzinger nach Czernowitz, Lemberg, Kiew und Odessa (Mai), die Europatage in Kiew und Jalta am 2. bzw. 30. Juni, das Jazzfestival Odessa unter Teilnahme des Philipp Nykrin Trios mit seinem Musikprogramm „The NewAustrian Sound of Music“ (September), das Poesiefestival Lemberg (September) sowie die Konferenz „Erinnerungsorte und Kulturräume“ in Lemberg am 28. und 29. September.

Laut ukrainischer Statistik ist Österreich der viertgrößte ausländische Investor des Landes.

Die österreichischen Exporte betragen 739,569 Millionen Euro (+13,1%), die Importe 516,378 Millionen Euro (+23,1%).

Ungarn (Republik Ungarn), Budapest

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
László Sólyom	Ferenc Gyurcsány	Kinga Göncz

Budapest – **ÖB, AHSt, KF, ÖI, ÖW**; Fünfkirchen (Pécs), Nyiregyháza, Steinamanger (Szombathely), Stuhlweißenburg (Székesfehérvár), Szeged, Veszprém – **HK**

Besuche aus Österreich: Generaldirektor für öffentliche Gesundheit Hubert Hrabcik, Arbeitsgespräche im ungarischen Gesundheitsministerium (22. Jänner); Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Treffen mit Parlamentspräsidentin Katalin Szili (26. Jänner); Bundesminister Werner Faymann, Besuch des Budapester Opernballs, Treffen mit Wirtschafts- und Verkehrsminister János Kóka (10. Februar); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Treffen mit Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány, Teilnahme am Parteikongress der Sozialistischen Partei (MSZP) (25. Februar); Staatssekretärin Christine Marek und Staatssekretärin Heidrun Silhavy, Teilnahme an der bilateralen Konferenz „Berufliche Qualifizierung auf dem Prüfstand“ (Szombathely, 9.-11. Mai); Bundesminister Norbert Darabos, Treffen mit Verteidigungsminister Imre Szekeres (22. Mai); Bundesministerin Claudia Schmied, Treffen mit Bildungs- und Kulturminister István Hiller (4. und 5. Juli); Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky und Bundesministerin a.D. Maria Rauch-Kallat, Teilnahme an der Konferenz „Der erste Stein aus der Berliner Mauer“ (9. September); Bundesminister Martin Bartenstein, Teilnahme an einer Konferenz über das Projekt „Nabucco-Pipeline“ (14. September); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Treffen mit Staatssekretärin Martá Feksz-Horváth (20. September); Landeshauptmann Josef Pühringer, Treffen mit Finanzminister János Veres (25. und 26. September); Bundesministerin a.D. Maria Rauch-Kallat, Teilnahme an der UNIDO-Konferenz „Technology Foresight Summit 2007“ (27.-29. September); Bundesminister Erwin Buchinger, Treffen mit Sozialministerin Mónika Lamperth (4. Oktober); Bundesministerin Ursula Plassnik, Treffen mit Staatspräsident László Solyó, Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány und Außenministerin Kinga Göncz (11. Oktober); Bundesminister Günther Platter, Unterzeichnung mehrerer Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Beitritt Ungarns zum Schengen-Raum (Nickelsdorf/Hegyeshalom, 11.

Anhang

Oktober); Landeshauptmann Erwin Pröll, Treffen mit Außenministerin Kinga Göncz (30. Oktober); Bundespräsident Heinz Fischer, Teilnahme am Heads of State Panel beim 3. World Science Forum (8. November); Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie Familienausschuss des Nationalrates, Treffen mit ungarischen ParlamentarierInnen (13. November).

Besuche in Österreich: Minister für Justiz und Polizeiwesen József Petrétai, Teilnahme an den Begräbnisfeierlichkeiten für Bundesministerin Liese Prokop (St. Pölten, 9. Jänner); Staatssekretär im Finanzministerium Álmos Kovács, Teilnahme an der „Euromoney“-Konferenz (23. Jänner); Minister für Justiz und Polizeiwesen József Petrétai, Besuch des Wiener Juristenballs (17. Februar); Außenministerin Kinga Göncz, Teilnahme am Mittagessen der AußenministerInnen der Regionalen Partnerschaft mit VN-GS Ban Ki-moon (22. Februar); Staatssekretär im Ministerium für Bildung und Kultur Gergely Arato, Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding betreffend die regionale Kooperation im Bildungsbereich (12. April); Ausschuss für Jugend, Soziales und Familie des ungarischen Parlaments, Treffen mit KollegInnen des Nationalrates (18. April); Staatssekretär im Ministerium für Justiz und Polizeiwesen Ferenc Kondorosí, Teilnahme am 4. Europäischen Juristentag (3.-5. Mai); Landwirtschaftsminister József Gráf und Umweltminister Gábor Fodor, Treffen mit Bundesminister Josef Pröll, Einsetzung einer Task-Force zur Bekämpfung der Verschmutzung des Raab-Flusses (16. Mai); Außenministerin Kinga Göncz, Ordensverleihung an österreichische Persönlichkeiten, darunter den Chef des Generalstabs General Roland Ertl sowie Vizekanzler und Bundesminister a.D. Alois Mock (22. Mai); Außenministerin Kinga Göncz, Teilnahme an der Internationalen Konferenz „Women Leaders – Networking for Peace and Security in the Middle East (31. Mai); Außenministerin Kinga Göncz, Teilnahme am Europa-Forum Wachau (Stift Göttweig, 2. und 3. Juni); Umweltausschuss des ungarischen Parlaments unter der Leitung seines Vorsitzenden Kálmán Katona, Treffen mit KollegInnen des Nationalrates (13. Juni); Parlamentspräsidentin Katalin Szili, Treffen mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Erörterung des Projekts „Kulturhauptstädte Europas – Linz-Pécs“ (14. Juni); Staatspräsident László Sólyom, Teilnahme an der Festveranstaltung „50 Jahre Malteser Hilfsdienst“ (16. Juni); Ausschuss für Europäische Angelegenheiten des ungarischen Parlaments unter der Leitung seines Vorsitzenden Mátyás Eörsi, Treffen mit KollegInnen des Nationalrates (20. Juni); Minister für Justiz und Polizeiwesen Albert Takács, Teilnahme am Treffen der InnenministerInnen der Staaten des „Forum Salzburg“ (Innsbruck, 12. und 13. Juli); Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány, Treffen mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (13. Juli); Minister für Justiz und Polizeiwesen Albert Takács, Besuch der Salzburger Festspiele (Salzburg, 18. August); Parlamentspräsidentin Katalin Szili, Teilnahme am EU-Parlamentspräsidentinnen-treffen (Salzburg, 24. und 25. August); Bildungs- und Kulturminister István Hiller, Besuch der Salzburger Festspiele (Salzburg, 25. August); Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Transport Géza Egyed, Teilnahme am Internationalen Donausymposium (Ybbs, 13. und 14. September); Außenministerin Kinga Göncz, Teilnahme an der IAEO-Generalkonferenz und der Festveranstaltung anlässlich des 50-jährigen Bestehens der IAEO (17. September); Gesundheitsausschuss des ungarischen Parlaments unter der Leitung seines Vorsitzenden Mihály Kökény, Treffen mit KollegInnen des Nationalrates (27. September); Ausschuss für Kultur und Presse des ungarischen Parlaments unter der Leitung seines Vorsitzenden Ivan Pető, Treffen mit KollegInnen des Nationalrates (28. September); Bildungs- und Kulturminister István Hiller, Treffen mit Bundesministerin Claudia Schmied (1. und 2. Oktober); Parlamentspräsidentin Katalin Szili, Treffen mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer im Rahmen der Europaratskampagne „Kampf gegen Gewalt an Frauen“ (Eisenstadt, 16. Oktober); Ministerin für Arbeit und Soziales Mónika Lamperth, Treffen mit Bundesminister Martin Bartenstein (5. November); Finanzminister János Veres, Treffen mit Vizekanzler Wilhelm Molterer (15. November); Oberbürgermeister der Stadt Budapest Gábor Demszky, Treffen mit dem Bürgermeister der Stadt Wien Michael Häupl (15. November); Verteidigungsminister Imre Szekeres, Teilnahme an der Wiener Konferenz zum Verbot von Streumunition (5.-7. Dezember).

Einen Höhepunkt der bilateralen Besuchskontakte stellte die gemeinsame österreichisch-ungarische Regierungssitzung dar, die am 29. November unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány in Budapest stattfand. An diesem

Länderinformationen

zweiten gemeinsamen Ministerrat – der erste war am 20. Dezember 2005 in Wien abgehalten worden – nahmen insgesamt 25 ungarische bzw. österreichische Regierungsmitglieder teil.

Institutionalisiert sind zwischenzeitlich auch die Zusammenkünfte des Regionalen Koordinationsforums für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, dessen drittes Treffen am 9. November in Steinamanger/Szombathely stattfand. Ko-vorsitzende des Koordinationsforums sind der Staatssekretär im ungarischen Ministerium für Selbstverwaltung und Regionale Entwicklung Peter Szaló sowie der Sektionschef im Bundeskanzleramt Harald Dossi.

Der mit 21. Dezember erfolgte Beitritt Ungarns zum Schengen-Raum und der damit verbundene Wegfall der Grenzkontrollen wurden mit mehreren grenzüberschreitenden Festlichkeiten begangen. Hervorgehoben sei die mitternächtliche Veranstaltung (vom 20. auf den 21. Dezember) am Grenzübergang Nickelsdorf/Hegyeshalom, an der Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány, Außenministerin Kinga Göncz, der Minister für Justiz und Polizeiwesen Albert Takács sowie Bundeskanzler Alfred Gusenbauer teilnahmen.

Mit 30. Juni wurde das Honorarkonsulat Raab (Győr) bis zur Bestellung eines neuen Honorarkonsuls vorübergehend geschlossen.

Mit 1. Mai trat das „Abkommen über die wechselseitige Vertretung beider Staaten durch ihre Vertretungsbehörden im Verfahren zur Erteilung von Visa“ in Kraft. Am 26. Juni konnten Bundesminister Josef Pröll und der ungarische Umweltminister Gábor Fodor nach intensiven Arbeiten der von ihnen eingesetzten Task Force ein konkretes Aktionsprogramm unterzeichnen, das die signifikante Anhebung der Wassergüte des Raab-Lafnitz Systems und insbesondere die nachhaltige Vermeidung der Schaumbildung auf der Raab zum Ziel hat. Am 20. September wurde von Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle und Staatssekretärin im ungarischen Außenministerium Martá Feksz-Horváth das Ressortabkommen über die „Vertretung der Republik Österreich bei der Bearbeitung von Visa durch die Botschaft der Republik Ungarn in Chişinău“ unterzeichnet. Am 11. Oktober unterzeichneten Bundesminister Günther Platter und der ungarische Minister für Justiz und Polizeiwesen Albert Takács neben einem „Memorandum of Understanding über die Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit in der Zeit vor und nach der Aufhebung der Grenzkontrollen an der gemeinsamen Staatsgrenze“ folgende bilaterale Übereinkommen, die alle mit 1. November in Kraft traten: Abkommen zur Änderung und Ergänzung des Abkommens über den Grenzübergang auf grenzüberschreitenden touristischen Wegen an der gemeinsamen Staatsgrenze; Vereinbarung zur Änderung und Ergänzung der Vereinbarung über die Errichtung von Grenzabfertigungsstellen und über die Zusammenarbeit bei der Kontrolle des Grenzverkehrs; Vereinbarung über die Zusammenarbeit in der gemeinsamen Kontaktdienststelle in Nickelsdorf-Hegyeshalom.

Der „EUNIC-Cluster Hungary“, ein Netzwerk von in Ungarn vertretenen Kulturinstituten der EU-Mitgliedstaaten, wurde mit der feierlichen Unterzeichnung seiner Satzung am 2. Oktober ins Leben gerufen, an der neben VertreterInnen der zwölf Cluster-Mitglieder Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Großbritannien, Italien, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien und Slowakei der Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten im ungarischen Außenministerium Gábor Iván sowie der Vertreter der Europäischen Kommission in Budapest Gábor György teilnahmen. Frankreich trat dem Cluster am 11. Dezember als 13. Mitglied bei.

Im Rahmen des Frühlingstivals wurde am 26. März Johann Sebastian Bachs Matthäuspassion, dirigiert von Martin Haselböck, im Palast der Künste in Budapest aufgeführt. Österreichische KünstlerInnen waren sowohl beim „Ultrasound Festival“ (Budapest, März) durch „Pure“, „Dieb13“, „Tina Frank“ und „Patrick Pulsinger“, als auch beim „Sziget Festival“ (Budapest, August) durch „3 Feet Smaller“ vertreten. Am 27. Mai sowie am 20. und 26. August wurden die Orchester messen von Johann Georg Lickl im Dom von Fünfkirchen/Pécs aufgeführt. Der in Korneuburg geborene Komponist war Domkapellmeister in Pécs, wo er auch den Großteil seiner kirchlichen Werke komponierte. Der gegenwärtige Pécs'er Domkapellmeister Szabolcs Szamosi hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Werke vor dem Vergessen zu bewahren. Die bewährte Zusammenarbeit des KF mit dem Kulturschiff A38, auf dem im Berichtszeitraum neun Konzerte und Musikveranstaltungen dargeboten wurden, wurde fortgesetzt.

Anhang

Die Lyrikreihe „Dichterpaare“, bei der ein ungarischer Dichter jeweils einen deutschsprachigen „Seelenverwandten“ anspricht, wurde in Zusammenarbeit mit dem Collegium Hungaricum in Wien und einem Verlag verwirklicht. Am 6. März las Zsófia Balla mit Alfred Kolleritsch, am 8. Mai folgten Magda Székely und Christine Koschel, und am 18. September eröffnete Anna T. Szabó mit Helwig Brunner die Herbstsaison, die am 11. Dezember von Zoltán Halasi und Lisa Mayer beschlossen wurde. Die Gedichte wurden jeweils zweisprachig verlegt und von einem Hörbuch begleitet.

Mit der Unterstützung des KF wurde Hugo von Hofmannsthals Klassiker „Jedermann“ vom Deutschsprachigen Theater Budapest in unregelmäßigen Abständen während des ganzen Jahres im Budapester Burgtheater sowie im Puppentheater aufgeführt.

Die Zusammenarbeit und der Austausch des KF mit den vier Österreich-Bibliotheken in Debrecen, Pécs, Szeged und Szombathely wurden weiter intensiviert.

Die im März eröffnete Ausstellung des Deutschen und Österreichischen Kabarettarchivs mit dem Titel „Kabarett zwischen Berlin, Wien und Budapest. Die frühen Jahre 1900-1914“ dokumentierte die Entwicklung und Verbreitung der Kleinkunst in Mitteleuropa und stellte einen Höhepunkt der österreichischen Kulturarbeit dar. Anhand von Schautafeln und Exponaten wurden Theatergründungen, Ensembles und Kabarettstars dargestellt. Eröffnet wurde die Ausstellung mit einem Programm des Kabarettisten Lukas Resetarits.

Der Lehrstuhl für Mitteleuropastudien an der Andrassy Gyula Deutschsprachigen Universität in Budapest wird vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung mit einem jährlichen Betrag von 250.000 Euro unterstützt. Zusätzlich betreut Österreich, das bei der Universitätsgründung im Jahre 2002 die gesamte Softwareausstattung zur Verfügung gestellt hatte, die laufenden Softwareadaptierungen des verwendeten Bibliotheksprogramms ALEPH, finanziert einen Bibliothekar und leistete bislang Bücherspenden bzw. Buchankäufe in der Höhe von 100.000 Euro. Wesentliche Bedeutung für die weitere positive Entwicklung der Universität hatte die Genehmigung der so genannten „Doktorschule“. Dieses interdisziplinäre Bildungsangebot bietet als höchste Bildungsstufe PhD-Studienmöglichkeiten in den drei Teilprogrammen, Politikwissenschaft (Internationale Beziehungen), Geschichte (neuere Geschichte Mitteleuropas) sowie Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften (Internationales und EU-Recht), und entspricht einer herkömmlichen Universitätsausbildung mit Vorlesungen und Seminaren, welche in drei Jahren absolviert werden kann. Am 15. November wurde András Masát, der bis 31. Dezember auch das ungarische Kulturinstitut in Berlin geleitet hatte, zum neuen Rektor gewählt.

Nach Jahren der Stagnation auf hohem Niveau stiegen sowohl die österreichischen Exporte nach Ungarn als auch die Importe wieder deutlich an. Österreich war hinter Deutschland, Russland und Italien der viertgrößte Exporteur, hinter Deutschland der zweitgrößte Importeur ungarischer Waren. Darüber hinaus war Österreich hinter Deutschland und den Niederlanden der drittgrößte ausländische Investor in Ungarn.

Die österreichischen Exporte betragen 4.004,611 Millionen Euro (+14,2%), die Importe 2.812,298 Millionen Euro (+8,7%).

Uruguay (Republik Uruguay), Montevideo

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Tabaré Ramón Vázquez Rosas

Außenminister
Reinaldo Gargano

ÖB, AHSt: siehe Argentinien; Montevideo – HGK

Die österreichischen Exporte betragen 18,968 Millionen Euro (-67,7%), die Importe 3,091 Millionen Euro (+36,9%).

*Länderinformationen***Usbekistan****(Republik Usbekistan), Taschkent**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Islam Karimov	Shavkat Mirziyajev	Wladimir Norow

Wien – **ÖB; AHSt:** siehe Russland; **GK Moskau** zuständig für Konsularangelegenheiten

Die von Usbekistan zugelassene eingeschränkte OSZE/BDIMR-Wahlbeobachtungsmission anlässlich der Präsidentschaftswahlen vom 23. Dezember stand unter der Leitung von Botschafter a.D. Walter Siegl. Der Wahlbeobachtungsmission gehörte auch eine österreichische Kurzzeitbeobachterin an.

Die vom 1. August 2006 bis 31. Juli 2009 geplante und von der OEZA mit 200.000 Euro unterstützte Entwicklungspartnerschaft zur Förderung des biologischen Anbaus von Obst und Nüssen in der Provinz Samarkand wurde fortgesetzt. Im September wurde ein von der OEZA mit 72.000 Euro kofinanziertes und bis März 2010 laufendes Projekt zur Verbesserung der Lebensqualität für HIV-betroffene Familien lanciert.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 78.000 Euro erbracht.

Das unter österreichischer Beteiligung durchgeführte EU-Programm BOMCA wurde fortgesetzt.

In Wien wurde am 15. Mai unter usbekischer Teilnahme eine Konferenz zum Thema „Ökonomische und ökologische Entwicklung der Aralsee-Region“ abgehalten.

Bei dem von UNODC organisierten Seminar zum Thema „Criminal Programme Design and Assessments“ war Usbekistan durch einen Teilnehmer vertreten (Wien, 19.-23. März). Zwei Vertreter Usbekistans nahmen an dem vom Büro der VN für die friedliche Nutzung des Weltalls (OOSA) gemeinsam mit Österreich und der Europäischen Weltraumagentur ESA veranstalteten Weltraumsymposium mit dem Titel „Space Tools and Solutions for Monitoring the Atmosphere in Support of Sustainable Development“ (Weltrauminstrumente und Lösungen zur Überwachung der Atmosphäre zwecks Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung) teil (Graz, 11.-14. September). Ein österreichischer Experte für Wassermanagement war bei einer Follow-up Konferenz zum Thema „Die wichtigsten Herausforderungen für die Umweltsicherheit und nachhaltige Entwicklung in der Region Zentralasien: Landdegradation und Bodenverschmutzung“ in Taschkent vertreten (30. und 31. Oktober).

Der österreichische Kulturverein „Seidenstraße – Gulay & The Ensemble Aras“ nahm mit Unterstützung des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten am internationalen Musikfestival „Sharq Taronalari“ teil (Samarkand, 25.-31. August). Außerdem finanzierte das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten die Herausgabe des Lehrbuchs „Österreichische Literatur seit 1980“ in Usbekistan. Die österreichische Autorin Kathrin Röggla las gemeinsam mit dem Schauspieler Leopold von Verschuer aus ihrem Roman „Wir schlafen nicht“ an der Universität für Weltsprachen (Taschkent, 26. Oktober) und an der Universität Samarkand (29. Oktober). Lizzy Mayrl, die Obfrau der Vereins „Dialog Central“, nahm an einem im Rahmen der Biennale Taschkent stattfindenden Symposium mit FilmemacherInnen aus Kirgisistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan sowie an den Vorbereitungen zu den für 2008 geplanten Filmtagen über Dokumentarfilme mit dem Schwerpunkt „Die Situation der Frauen in Zentralasien“ teil (Taschkent, 2.-15. Oktober).

Eine DaF-Praktikantin hielt Deutschkurse an der Universität für Weltsprachen (Taschkent, 22. Februar bis 22. August).

Eine von der WKÖ organisierte Wirtschaftsmission besuchte Usbekistan (Taschkent, 29.-31. März).

Die österreichischen Exporte betragen 49,304 Millionen Euro (+53,6%), die Importe 3,781 Millionen Euro (-33,4%).

*Anhang***Vanuatu
(Republik Vanuatu), Port Vila**

Staatsoberhaupt Kalkot Matas Kelekele	Regierungschef Ham Lini	Außenminister George Wells (seit 29. Juli)
--	----------------------------	--

ÖB, AHSt: siehe Australien

Besuche aus Österreich: Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch, Treffen mit Präsident Kalkot Matas Kelekele, dem stellvertretenden Premier- und Außenminister Sato Kilman und dem Handels-, Tourismus- und Industrieminister James Bule (27.-29. Mai).

Die Importe nach Österreich betragen 23.000 Euro (+44,8%).

**Venezuela
(Bolivarische Republik Venezuela), Caracas**

Staatsoberhaupt und Regierungschef Hugo Rafael Chávez Frías	Außenminister Nicolás Maduro Moros
--	---------------------------------------

Caracas – **ÖB, AHSt**

Besuche aus Österreich: Staatssekretärin Christa Kranzl mit einer Wirtschaftsdelegation, Treffen mit dem Minister für Infrastruktur José David Cabello Rondón, dem Minister für Basisindustrie und Bergbau José Salamat Khan Fernández, der Ministerin für Leichtindustrie und Handel Maria Cristina Iglesias, dem Vizeminister für Planung und Entwicklung Luís Marcano, dem Vizeminister für Forschung und Innovation Gladys del Carmen Maggi Villaroel und dem Vizeminister für Basisindustrie und Bergbau Gustavo Hernández (9.-15. Oktober).

Besuche in Österreich: Wirtschaftsminister Pedro Morejón und Vize-Außenminister Rodrigo Chaves, Treffen mit Botschafter Rudolf Lennkh (10.-12. März); Vizeaußenminister Bernard Mommer, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (7. Mai); Direktor für Zivilschutz Antonio Rivero, Besuch im Bundesministerium für Inneres, Treffen mit dem Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Erik Buxbaum (24.-28. Oktober).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 12.000 Euro erbracht.

Einen Höhepunkt der kulturellen Präsenz Österreichs bildete die Konzerttournee der Wiener Sängerknaben mit drei Konzerten in Caracas, Maracaibo und Valencia (August). Auf der Grundlage des im November 2006 abgeschlossenen Abkommens zwischen dem Konservatorium Wien und der venezolanischen Jugendorchesterbewegung FESNOJIV hielten sich im Lauf des Jahres mehrmals ProfessorInnen des Konservatoriums in Caracas auf, die als SolistInnen und gemeinsam mit venezolanischen KünstlerInnen öffentliche Konzerte und Hauskonzerte in der Residenz der Botschaft gaben. Junge venezolanische OrchestermusikerInnen nahmen am Philharmoniker-Summercamp teil. Das Ensemble Wiener Saloniker/Trio Impossibile gastierte mit drei Konzerten in Caracas, und seine Mitglieder hielten Meisterklassen für die venezolanische Orchesterstiftung FESNOJIV. Anlässlich des österreichischen Nationalfeiertags fand am 26. Oktober in Anwesenheit des Diplomatischen Corps im Complejo Cultural Teresa Carreño in Caracas ein von der österreichischen und der ungarischen Vertretung gemeinsam organisiertes Konzert statt. Unter der Leitung des ungarischen Dirigenten Gregory Vajda spielte das Symphonische Orchester des Nationalen Systems der venezolanischen Kinder- und Jugendorchester Werke von Haydn, Liszt und Mozart. Die österreichische Pianistin und Universitätsdozentin an der Musikuniversität Wien Mariaelena Fernandes führte Mozart-Interpretationen und eine eigene Komposition zu Ehren des ungarischen Nationalfeiertags am 23. Oktober auf. Am 27. Oktober präsentierten Mariaelena Fernandes und der künstlerisch-pädagogische Leiter des Musikkonservatoriums Wien Ranko Markovic im Rahmen einer Festveranstaltung für AuslandsösterreicherInnen

Länderinformationen

Werke der Wiener Klassik. Der Chor des Nationalen Systems der venezolanischen Kinder- und Jugendorchester interpretierte anschließend ein Programm mit klassischem venezolanischem Chorgesang. Den Abschluss bildete eine musikalische Begegnung zwischen jungen venezolanischen MusikerInnen und den beiden österreichischen Pianisten, die gemeinsam Werke der österreichischen Kammermusik präsentierten.

Österreich nahm mit dem Film „Spiele Leben“ auch in diesem Jahr am Filmfestival Euroscopio teil (Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 83,074 Millionen Euro (+11,8%), die Importe 70,618 Millionen Euro.

Vereinigte Arabische Emirate (Vereinigte Arabische Emirate), Abu Dhabi

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Sheikh Khalifa bin Zayed Al Nahyan	Sheikh Mohammad bin Rashid Al Maktoum	Sheikh Abdullah bin Zayed Al Nahyan

Abu Dhabi – ÖB, AHS; Dubai – ÖW, AWO-Marketingagentur

Besuche aus Österreich: Delegation des Bundesministeriums für Landesverteidigung unter der Leitung von Generalleutnant Edmund Entacher, Teilnahme an der internationalen Verteidigungsmesse IDEX (18.-22. Februar); Bundesministerin Ursula Plassnik, Treffen mit Außenminister Sheikh Abdullah bin Zayed Al Nahyan, dem Minister für Höhere Bildung Sheikh Nahyan bin Mubarak Al Nahyan, dem Innenminister Sheikh Saif bin Zayed Al Nahyan und dem Wirtschaftsminister Naser Ahmed Al Suwaidi (2.-4. Mai); Bundesminister Josef Pröll, Treffen mit Umweltminister Mohammad Saeed Al Kindi (17.-19. November); Amtsführender Stadtrat für Stadtentwicklung und Verkehr der Stadt Wien Rudolf Schicker, Abgeordneter zum Wiener Landtag Omar Al-Rawi und Präsidentin der Wirtschaftskammer Wien Brigitte Jank mit einer Wiener Wirtschafts- und Kulturdelegation, Treffen mit dem Emir und dem Kronprinzen von Sharjah Sheikh Sultan bin Mohammed Al Qasimi, den Bürgermeistern von Abu Dhabi Gomaa Mubarak Al Junaibi, Dubai Hussain Nasser Lootah und Sharjah Salah Taher Al Haj sowie dem Präsidenten des Städtebundes der Vereinigten Arabischen Emirate Jassim Bin Darwesh (24.-28. November).

Besuche in Österreich: Herrscher von Sharjah Sheikh Sultan Al Qasimi, Eröffnung der „Sharjah-Kulturwochen“ im Palais Palfy im Beisein von Bundesministerin Ursula Plassnik (6. September).

Im Rahmen des Besuchs von Bundesminister Josef Pröll vom 17.-19. November wurde das Memorandum of Understanding „Cooperation in the Field of Environmental Protection“ unterzeichnet sowie ein Runder Tisch zum Thema „Umweltschutz und Bio-Zertifizierung“ abgehalten. Weiters wurden die Veranstaltung „Austria Showcase – The Taste of Nature“ eröffnet, Projekte im Rahmen der „Exportinitiative Umwelttechnologie“ besichtigt sowie eine Kamelfarm im Emirat Dubai besucht.

Bei ihrem Besuch vom 2.-4. Mai konferierte Bundesministerin Ursula Plassnik mit dem Präsidenten der „Abu Dhabi Tourism Authority“ Sheikh Sultan bin Tahnoun sowie hochrangigen Wirtschaftsvertretern. Weiters fanden Treffen mit VertreterInnen des „Austrian Business Council“ und den österreichischen TeilnehmerInnen an der Fremdenverkehrsmesse „Arab Travel Market“ in Dubai statt.

Unter der Leitung von Andrea Leitner vom Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien fand vom 10.-14. Juni in den Emiraten Abu Dhabi, Dubai und Sharjah eine „Fact Finding Mission“ der Stadt Wien statt.

Im Rahmen des Besuchs der Wiener Wirtschafts- und Kulturdelegation vom 24.-28. November wurden Ausstellungen zu den Themen „UNESCO-Weltkulturerbe-Wien“, und „Zeitgenössi-

Anhang

scher Islam in Österreich“ sowie die Fotoausstellung von Georg Riha „Dubai in the 70ies, Vienna Today“ eröffnet, zwei Seminare über das „UNESCO-Weltkulturerbe-Wien und über den „Islam in Österreich“ abgehalten, Städtedialoge in Abu Dhabi und Dubai geführt sowie Konzerte der Wiener Symphoniker in Abu Dhabi und Dubai gegeben.

Die Vorsitzende der Organisation „Frauen ohne Grenzen“ Edit Schläffer nahm am 7. und 8. März am „Business Women and Leaders Forum“ teil. Der Präsident der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste Felix Unger führte im Ministerium für Höhere Bildung Arbeitsgespräche (21.-23. März).

In der Kultursektion des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten fand am 17. September ein Runder Tisch mit dem Generaldirektor des Projekts „Saadiyat Island“ Lee Tabler und Vertretern der „Tourism Development and Investment Company“ Abu Dhabi statt. „Saadiyat Island“ ist eine künstlich durch Aufschüttung erweiterte Insel vor Abu Dhabi, auf der unter anderem ein internationales Kunst- und Kulturzentrum errichtet werden soll.

Mit Hilfe der Botschaft Abu Dhabi wurden die „First Abu Dhabi Classic Rallye“ (8.-13. Jänner) organisiert, in Zusammenarbeit mit dem „Abu Dhabi Concert Committee“ das „Al Ain Classical Music Festival“ (1.-3. März), das dem 50-Jahr-Jubiläum der EU gewidmet war, ausgerichtet, eine Adolf-Loos-Ausstellung (20. März bis 14. April) an der „American University of Sharjah, School of Architecture and Design“ sowie eine Ausstellung von Teppichen von Monika Fioreschy im Sharjah Cultural Palace (21. März bis 21. April) lanciert, Konzerte der Trachtenkapelle „Ceska“ in Abu Dhabi und Dubai (26.-31. Mai) veranstaltet, die Teilnahme von Genoveva Kriechbaum mit „Monument in the Making“ am „Islamic Art Festival“ in Sharjah (26. September bis 26. Oktober) ermöglicht sowie das Filmschaffen von Georg Riha an der „Cultural Foundation Abu Dhabi“ (29. und 30. Oktober) präsentiert.

Eine Wirtschaftsmission unter der Leitung des Vizepräsidenten der WKÖ Richard Schenz besuchte vom 8. bis 14. Juni die Vereinigten Arabischen Emirate. Bei zehn österreichischen Messebeteiligungen waren 170 österreichische Firmen mit Gruppenständen vertreten. Die Zahl der in den Vereinigten Arabischen Emiraten tätigen österreichischen Unternehmen steigt ständig. Dieser Umstand wird durch die Präsenz von 150 österreichischen Firmen mit eigener Niederlassung untermauert. Beim österreichischen Handelsbilanzüberschuß nehmen die Vereinigten Arabischen Emirate nach wie vor eine Spitzenposition im Arabischen Raum ein.

Die österreichischen Exporte betragen 501,651 Millionen Euro (+24,3%), die Importe 37,576 Millionen Euro (-29,2%).

Vereinigte Staaten von Amerika (Vereinigte Staaten von Amerika), Washington, D.C.

Staatsoberhaupt und Regierungschef
George Walker Bush

Außenministerin
Condoleezza Rice

Washington, D.C. – **ÖB, KF, AHSt**; Chicago – **GK, AHSt**; Denver – **HGK**; Los Angeles – **GK, AHSt, ÖW**; New York – **ÖV, GK, KF, AHSt, ÖW, Nationalbank, ABA**; Anchorage, Atlanta, Boston, Charlotte, Columbus, Denver, Detroit, Honolulu, Houston, Kansas City, Las Vegas, Miami, New Orleans, Orlando, Pittsburgh, Portland, Richmond, Saint Louis, Salt Lake City, San Francisco, San Juan, Scottsdale, Seattle, St. Paul, St. Thomas – **HK**

Besuche aus Österreich: Zweite Präsidentin des Wiener Landtages Erika Stubenvoll, Treffen mit VertreterInnen der Stadt New York (26.-29. Jänner); Vorsitzender des Volksgruppenbeirats der Roma Rudolf Sarközi, Teilnahme an einer Holocaustgedenkenveranstaltung der VN (New York, 27.-31. Jänner); Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa Erhard Busek, Gespräche im Kongress und im Außenministerium (5.-7. Februar); Vizekanzler Wilhelm Molterer, Teilnahme an der Weltbanktagung (12.-17. April); Bundesminister Josef Pröll, Teilnahme an der 15. Sitzung der CND (7.-11. Mai); Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich

Länderinformationen

für Opfer des Nationalsozialismus und des Allgemeinen Entschädigungsfonds Hannah Lessing, Gespräche zu laufenden Restitutions- und Entschädigungsprogrammen. Vortrag beim American Jewish Committee (29. Mai bis 2. Juni); Bundesministerin Andrea Kdolsky, Gespräche mit amerikanischen GesundheitsexpertInnen in New York und Washington, Vortrag an der Woodrow Wilson School der Princeton University (19.-25. September); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Teilnahme an der 62. VN-GV, Treffen mit VN-GS Ban Ki-moon, Außenministerin Condoleezza Rice, Senatorin Hillary Clinton und dem früheren Präsidenten Bill Clinton, Vorträge an der Harvard University und im World Affairs Council in Philadelphia (21.-28. September); Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme an der 62. VN-GV, Treffen mit AuslandsösterreicherInnen (New York, 24.-29. September); Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit VertreterInnen des American Jewish Committee und der Organisation B'nai B'rith (New York, 3. Oktober); Generalsekretär Johannes Kyrle, Gespräche mit Sicherheits- und TerrorismusexpertInnen in Washington (12.-20. Oktober); Vizekanzler Wilhelm Molterer, Teilnahme an der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, Treffen mit dem früheren US-Notenbankchef Alan Greenspan, dem Vorsitzenden des Council of Economic Advisors Edward Lazear sowie dem Vize-Finanzminister Robert Kimitt (19.-21. Oktober); Geschäftsführer des Österreichischen Integrationsfonds Alexander Janda, Gespräche mit Migrationsexperten (22. und 23. Oktober); Bundesminister Günther Platter, Treffen mit Heimatschutzminister Michael Chertoff und CIA-Direktor Michael Hayden, Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding über den Einsatz von Air Marshals, Treffen mit dem Polizeipräsidenten der Stadt New York, Raymond Kelly (23.-25. Oktober); Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme an der Nahost-Friedenskonferenz in Annapolis (26. und 27. November).

Besuche in Österreich: Außenministerin Condoleezza Rice, Teilnahme an der Konferenz „Women Leaders – Networking for Peace and Security in the Middle East“ (24. Mai); Under Secretary of State for Public Diplomacy Karen Hughes, Teilnahme an einer Diskussionsveranstaltung des Women Empowerment Network (13. Juni); Richter des Supreme Court Anthony M. Kennedy, Lehrveranstaltungen an der Universität Salzburg (Juli); Autoren Jeffrey Eugenides und Richard Ford, Teilnahme an der Reihe „Dichter zu Gast“ in Schloss Leopoldskron (Salzburg, 7. August); ehemalige Richterin des Supreme Court Sandra Day O'Connor, Vortrag an der Juridischen Fakultät der Universität Wien (31. August); Under Secretary of State for Political Affairs Nicholas Burns, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (31. Oktober); Senator aus Pennsylvania Arlen Specter, Treffen mit Sektionsleiter Thomas Mayr-Harting und Gruppenleiter Ferdinand Trauttmansdorff (30. Dezember 2007 bis 2. Jänner 2008).

Für die österreichisch-amerikanischen Beziehungen stand das Jahr 2007 im Zeichen des 60-jährigen Marshallplan-Jubiläums. Im Rahmen eines feierlichen Festakts im Wiener Belvedere gedachten österreichische und amerikanische VertreterInnen der großzügigen Wirtschaftshilfe durch die Vereinigten Staaten für den Wiederaufbau Europas und insbesondere Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen des „European Recovery Program“ (ERP), das vom damaligen US-Außenminister George C. Marshall initiiert worden war. Anlässlich der Feierlichkeiten wurde von Bundesminister Martin Bartenstein und der US-Botschafterin Susan McCaw ein Memorandum of Understanding über die beabsichtigte Förderung von österreichisch-amerikanischen Studentenaustauschprogrammen aus Mitteln des ERP-Fonds unterzeichnet. Im Rahmen dieses Programms sollen über die beim ERP-Fonds angesiedelte Austrian Marshall Plan Foundation in den nächsten zehn Jahren bis zu 1.000 Stipendien für amerikanische und österreichische SchülerInnen, Lehrlinge und StudentInnen vergeben werden.

Ebenfalls in Würdigung des Beitrags des damaligen US-Außenministers George C. Marshall wurde ein heuer erstmals verwirklichtes österreichisch-amerikanisches Besucherprogramm, in dessen Rahmen amerikanische ExpertInnen nach Österreich zu einem Erfahrungsaustausch eingeladen werden, nach ihm benannt. Das erste George C. Marshall-Besucherprogramm war dem Thema „Umwelttechnologie“ gewidmet. Das Programm soll in der zweiten Jahreshälfte 2008 mit dem Schwerpunktthema „Automotive Technik“ fortgesetzt und zu einer regelmäßigen Veranstaltung werden.

Anhang

Informationen von und über Österreich bringt die alle zwei Monate erscheinende Publikation „Austrian Information“, welche seit 60 Jahren vom Presse- und Informationsdienst herausgegeben wird. Die Auflage liegt derzeit bei 11.000 Exemplaren. Neben rezenten Informationen aus Politik, Wirtschaft und Kultur wird über die österreichisch-amerikanischen Beziehungen und über den Werdegang von ÖsterreicherInnen, die in den Vereinigten Staaten in Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft erfolgreich tätig sind, berichtet. Mit dem englischsprachigen online-Newsletter „Jewish News from Austria“ erhalten interessierte Personen und Organisationen regelmäßig Informationen über die Aktivitäten der jüdischen Gemeinden in Österreich, über Holocaust-Gedenkveranstaltungen, zeitgeschichtliche Symposien und Publikationen sowie über aktuelle Fragen der Restitution. Der Newsletter enthält eine Auswahl von in österreichischen Medien erschienenen Artikeln und Meldungen in englischer Übersetzung.

Der Auf- und Ausbau positiver und zukunftsorientierter Beziehungen zu den verschiedensten Teilen der jüdischen Gemeinschaft war weiterhin einer der Arbeitsschwerpunkte der österreichischen Dienststellen in den USA. Vor allem die Kontakte zu Organisationen wie World Jewish Congress, American Jewish Committee, Conference of Presidents of Major Jewish American Organizations, Anti-Defamation League und B'nai B'rith sowie zur jüdischen Zivilgesellschaft und religiösen Organisationen wurden gepflegt. Angesichts der Dichte der vertretenen Organisationen betrifft dies insbesondere das GK New York. Aber auch die Botschaft Washington oder das GK Los Angeles, wo sich der Hauptsitz des Simon Wiesenthal Centers befindet, sind in dieser Aufgabe engagiert.

Die soziale und rechtliche Betreuung der aus Österreich stammenden Flüchtlinge, die in Folge der Ereignisse des Jahres 1938 in die Vereinigten Staaten emigrieren mussten, ist und bleibt eine wichtige Aufgabe aller Vertretungsbehörden. Durch die Größe des zu betreuenden Personenkreises betrifft dies insbesondere das GK New York und das GK Los Angeles, in wachsendem Ausmaß, vor allem aufgrund der Migration betroffener Personen in die Südstaaten, aber auch die Botschaft Washington.

Österreichische Gedenkdienere arbeiteten in Houston (Holocaust Museum), Los Angeles (Simon Wiesenthal Center und Museum of the Holocaust), New York (Leo Baeck Institut), Washington, D.C. (Holocaust Memorial Museum) und West Bloomfield (Holocaust Memorial Center).

In den großen Kulturinstitutionen der Vereinigten Staaten sind Kunst bzw. KünstlerInnen aus Österreich ständig präsent, wobei das hauptsächliche Interesse der Interpretation klassischer Musik sowie der bildenden Kunst gilt. Des Weiteren sind die KF in New York und Washington, D.C. mit ihren eigenen Veranstaltungsräumlichkeiten Zentren für eine kontinuierliche Präsentation österreichischer Kultur, insbesondere moderner und zeitgenössischer Ausrichtung.

Das KF Washington setzte seine erfolgreiche und auch medial vielbeachtete Kammermusikserie mit dem Schwerpunkt „Musik des 20. und 21. Jahrhunderts“ fort. So wurden unter anderem die Walden Chamber Players, die Sopranistin Elisabeth Flechl, die Pianistinnen Margarete Babinsky, Ingrid Marsoner, Antoinette Van Zabner und Waltraud Wulz, das Minetti Quartett, die Violin-Duos Karin und Doris Adam, Tibor Kovacs und Lambert Orkis, Alexander Gheorghiu und Florian Müller, Christian David und David Gompper sowie das Korngold Projekt von Daniel Schlossberg (Klavier) und Ryan de Ryke (Bariton) anlässlich des 50. Todestags des Komponisten Erich Wolfgang Korngold im Mai präsentiert. Höhepunkt des Musikprogramms war ein Liederfestival mit insgesamt elf Konzerten (April bis Juni), unter anderem mit den SängerInnen Hermine Haselböck, Mathias Hausmann, Wolfgang Holzmaier, Elisabeth Linhart, Elisabeth von Magnus, Anna Maria Pammer und den PianistInnen Thomas Bagwell, Elena Larina, Volker Nemmer, Russell Ryan und Markus Vorzellner. Auf dem Ausstellungssektor präsentierte das KF Washington Gemälde von Wolf Werdigert, Tapisserien und Arbeiten auf Papier von Franka Lechner sowie Aquarelle von Gottfried Salzmann. Neben zahlreichen Film-Vorführungen an der Botschaft nahm das KF am Festival „New Films from Germany, Switzerland and Austria“ mit dem Film „Crash Test Dummies“ (Jänner), am Environmental Film Festival mit der Dokumentation „We Feed the World“ (März), am EU Short Film Festival aus Anlass des Europatags mit dem Streifen „Die Mozart Minute“ (Mai) und am EU Film Showcase mit „Import-Export“ (November) teil. Das KF beteiligte sich am EU-Projekt „European Poetry in Motion“. Dabei waren

Länderinformationen

jeweils fünf Gedichte aus den 27 EU-Mitgliedstaaten (aus Österreich von Ingeborg Bachmann, Erich Fried, Ernst Jandl, Friederike Mayröcker und Rainer Maria Rilke) einen Monat lang im öffentlichen Transportsystem von Washington, DC und Umgebung angebracht und auf der Website www.europepoetryinmotion.eu abrufbar. Unter den zahlreichen Kooperationen mit amerikanischen Veranstaltungspartnern ist insbesondere die Konzertserie der Vocal Arts Society hervorhebenswert. Im Rahmen dieser Serie wurden im Atrium der Botschaft Christian Gerhauer und Gerold Hober, Measha Bruggersman und Roger Vignoles sowie Marius Kwiecien und Howard Watkins präsentiert. Insgesamt betreute das KF mehr als 70 Veranstaltungen in und außerhalb der Botschaft, davon rund 40 mit alleiniger organisatorischer und inhaltlicher Verantwortung. Rund 16.000 Personen besuchten die Veranstaltungen. Medien wie die Washington Post berichteten regelmäßig.

Das Austrian Cultural Forum (ACF) in Midtown Manhattan hat sich seit seiner Eröffnung 2002 zu einem angesehenen Kulturzentrum an der Schnittstelle zwischen Österreich und den Vereinigten Staaten entwickelt. Es feierte im April mit einem umfangreichen Programm sein fünfjähriges Bestandsjubiläum. Das ACF wird als Symbol und Fokus moderner und zeitgenössischer österreichischer Kunst und Wissenschaft geschätzt und findet mit seinen Programmen Anerkennung bei Medien und Publikum. Das Ausstellungsprogramm des ACF verbindet Architektur mit dem qualitativen Anspruch einer Kunsthalle. In Gruppenausstellungen werden die vielfältigen Beziehungen zwischen Individuum, Gesellschaft, Wirtschaft, Umwelt, Lifestyle und Medien im digitalen Zeitalter analysiert, einschließlich des Potenzials kultureller Traditionen für zeitgenössische Kreativität. Zugleich fungiert das ACF immer wieder als Plattform und „Schaufenster“ für renommierte österreichische Kunstinstitutionen, die sich in seinen Räumlichkeiten präsentieren. Die thematisch definierten Konzertserien „Mostly Operetta“ (Jänner), die dem Komponisten Hugo Wolf gewidmete „Wolfiade“ (März und April) sowie „Mostly Modern“ (September und Oktober) bestimmten das Klassische-/Neue-Musik-Angebot im Auditorium des ACF, während das von der österreichischen elektronischen Musik-Szene bestimmte Festival „Moving Patterns“ (April) heuer schon zum fünften Mal stattfand. Einblick in die österreichische Jazz-Szene gab es im Rahmen des einwöchigen Festivals „Mostly Jazz“ (Juni). Zeitgenössische österreichische Fotografie und österreichische Konzeptkunst sowie zwei wichtige Architekturausstellungen bildeten den Schwerpunkt im Ausstellungsprogramm des ACF. Während die Ausstellung „COOP HIMMELB(L)AU: Vertical City – The New Premises of the European Central Bank“ (November 2006 bis Februar 2007) das Schlaglicht auf ein symbolträchtiges Prestigeprojekt des Architektenbüros warf, zeigte die vom Architekturzentrum Wien kuratierte Ausstellung „The Austrian Winery Boom“ (September 2007 bis Jänner 2008) die Breitenwirkung der immer spektakulärere Erfolge feiernden österreichischen Weinarchitektur. Im Bereich der bildenden Kunst zeigte die Generali Foundation mit „For a Special Place“ Teile ihrer wichtigen Sammlungsbestände der österreichischen Konzeptkunst (Februar bis Mai), während die Ausstellung „21 Positions“ (Mai bis August) eine Bestandsaufnahme der zeitgenössischen österreichischen Fotografie zu Beginn des 21. Jahrhunderts bot. Das zeitgenössische Filmschaffen wurde in einer Serie neuer österreichischer Spielfilme im Auditorium des ACF sowie im Rahmen eines einmonatigen Filmfestivals (Juni) mit Dokumentar-, Spiel-, Kurz- und Trickfilmen präsentiert. Das Museum of Modern Art (MoMA) veranstaltete gemeinsam mit dem ACF und der Boston University eine umfassende Retrospektive von Michael Haneke, bei der der österreichische Regisseur auch selbst anwesend war (Oktober). Autorenlesungen gab es mit Daniel Kehlmann, Anna Mitgutsch, Frederic Morton und Marlene Streeruwitz. Im Rahmen des ACF-Literaturfestivals „The Long Tail of Literature“ (April) wurden unter anderem Probleme und Chancen für fremdsprachige Literatur auf dem US-amerikanischen Markt thematisiert. Bundeskanzler Alfred Gusenbauer diskutierte im Rahmen der neuen ACF-Serie „Kultur und Politik“ anlässlich seines Besuchs der VN-GV in einer vielbeachteten Diskussionsrunde im ACF gemeinsam mit dem britisch-indischen Erfolgsautor Salman Rushdie und der bekannten amerikanischen Journalistin Katie Marton über das Verhältnis von kultureller Vielfalt und politischer Vernunft (September).

Auf Initiative der GK der Niederlande, Österreichs, der Schweiz und Tschechiens wurde im November in enger Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut, dem Instituto Italiano di Cultura,

Anhang

dem Chicago Cultural Center und dem Umbrella Music Festival das europäische Jazzfestival „Euro Jazz Meets Chicago“ gegründet, das sehr positiv aufgenommen wurde. Österreich war mit Wolfgang Seligo vertreten. Ebenfalls großen Zuspruchs erfreute sich die erste englische Aufführung des Stücks „Ritter, Dene, Voss“ von Thomas Bernhard im Trapdoor Theatre Chicago, präsentiert vom kanadischen Theaterensemble „One Little Goat“ (Dezember). Das 10. EU-Filmfestival in Chicago (März), bei dem 55 Filme aus 24 EU-Mitgliedstaaten gezeigt wurden, konnte mehr als 6.500 Besucher anziehen. Österreich war mit vier Filmen vertreten: „Grbavica: The Land of My Dreams“ von Jasmila Zbanic, „Fallen“ von Barbara Albert, „Klimt“ von Raul Ruiz und „Zorros Bar Mizwa“ von Ruth Beckermann. Die Filme „Grbavica: The Land of My Dreams“ und „Fallen“ wurden als Teil des 14. „Women With Vision“-Film Festivals im Walker Art Center in Minneapolis präsentiert (März). Im Rahmen der „International Summer Screenings“ in Chicago wurde im August der österreichische Film „Gefangene“ von Iain Dilthey gezeigt. Beim International Film-Festival Chicago im Oktober war Österreich mit den Filmen „Heile Welt“ von Jakob M. Erwa und „Freddie Mercury: Lover of Life, Singer of Songs“ von Rudi Dolezal vertreten.

Nicht zuletzt dank Gouverneur Arnold Schwarzenegger, der nach seiner Wiederwahl am 5. Jänner in Sacramento in sein Amt eingeführt wurde, besteht in Kalifornien und den westlichen Vereinigten Staaten verstärktes Interesse an Österreich. Die Los Angeles Opera lancierte im Berichtsjahr die Serie „Recovered Voices“, im Zuge derer mehrere (überwiegend österreichische) Komponisten, die vom NS-Regime verfolgt worden waren, zu neuen Ehren kamen. Mit Georg Friedrich Haas und Arnold Schönberg standen im Februar in Los Angeles zwei prominente Österreicher im Mittelpunkt des Konzerts des Argento Ensemble „Expressionism in Motion“. Das Los Angeles County Museum of Art ermöglichte im September ein Konzert der österreichischen Pianistin Margarethe Babinsky mit Werken des österreichischen Exilkomponisten Egon Wellesz, welches auch im Radio übertragen wurde. Der österreichische Dirigent und Komponist des Dachau-Lieds Herbert Zipper wurde aus Anlass seines zehnten Todestags mit einer reich bebilderten biographischen Ausstellung in der Crossroads School in Santa Monica geehrt (April). Zahlreiche Originalmanuskripte und -dokumente ermöglichten neue Einblicke in das Leben des großen Musikpädagogen, nach dem auch die große Konzerthalle der Colburn School in Los Angeles benannt ist. Anlässlich des 50. Todestags des österreichischen Exilkomponisten Erich Wolfgang Korngold fand die Ausstellung „Operas without Singing – The Film Music of Erich Wolfgang Korngold“ im Herbst an der University of Southern California statt. Aus diesem Anlass absolvierte das Haydn Trio Eisenstadt eine Kurztournee in Südkalifornien. Werke von Korngold und Krenek bildeten auch den Schwerpunkt der Austrian Night zur Eröffnung des Beverly Hills International Music Festival 2007 (August). Ein Recital des Baritons Mathias Hausmann (Pacific Palisades, 22. Mai) und ein Kammerkonzert des Pianisten Daniel Schlosberg (Los Angeles, 16. Dezember) erforschten weitere Aspekte von Korngolds vielfältigem Schaffen. 2007 war ein außerordentliches Jahr für die österreichische Bildende Kunst in den westlichen Vereinigten Staaten. Zu den kulturellen Highlights gehörten die folgenden Ausstellungen: Georg Eisler „Paintings and Book Illustrations“ im Athenaeum (La Jolla, Februar und März); Erwin Redl in der ACE Gallery (Beverly Hills, April bis Juli); Arnulf Rainer „Hyper-Graphics/Überschriftungen“ im MAK Center (Los Angeles, Mai bis August); Hans Schabus im SITE/Contemporary Art Space (Santa Fe, September); Mathias Poledna „Crystal Palace“ im Hammer Museum (Los Angeles, September und Oktober) und Marko Lulic im Portland Institute of Contemporary Art (Portland, September bis Dezember). Die Avantgarde der elektronischen Medien, verkörpert durch das DJ Duo Makossa & Megablatt (Los Angeles, 7. Oktober), das Projekt „zur form“ von Florian Grond und Thomas Kienzl in San Diego (August) sowie das Elektronikünstlerinnen-duo Michaela Grill und Andrea Lelasi (Los Angeles, 6. Dezember und Marfa, 14. und 15. Dezember), war ebenfalls vertreten. Das österreichische Filmschaffen wurde in den westlichen Vereinigten Staaten mit Interesse verfolgt, wie die zahlreichen Festivalteilnahmen belegen: Österreichs Oscarbeitrag 2007 „Spiele Leben“ beim Palm Springs International Film Festival 2007 (Jänner), „Zen&Zero“ und „Memento-A Boulder Life Line“ beim Wild & Scenic Environmental Film Festival, Nevada City (Jänner), „Lapislazuli“ und „Mozart Minute“ beim Berlin and Beyond Film Festival (San Francisco, Jänner), „Slumming“ und „Fallen“ beim San Francisco International Film Festival (April und Mai) sowie Österreichs offiziell-

Länderinformationen

ler Oskarbeitrag 2008 „Die Fälscher“ beim Telluride Film Festival 2007 (August und September) und beim AFIFEST 2007 (November) in Los Angeles. In Zusammenarbeit mit dem UCLA Film and Television Archive wurde die von Peter Sellars anlässlich des Mozart-Jahrs kuratierte Filmserie „New Crowned Hope“ im Juni erstmals in Nordamerika anlässlich des Los Angeles International Film Festival gezeigt. Im Bereich des Dokumentarfilms wurden erstmals vier abendfüllende Filme im Rahmen der jährlichen Serie „Made in Austria“ (Los Angeles, 25. September bis 16. Oktober) gezeigt. Der vierstündige Film „Elsewhere“ von Nikolaus Geyrhalter wurde von der Los Angeles Film Critics Association und der American Cinematheque für eine Sondervorführung im Oktober ausgewählt.

Prof. Paul Lendvai absolvierte im November in Südkalifornien eine Vortragstournee zur Zeitgeschichte Österreichs und der Nachbarländer. Eine Vorlesungstournee anlässlich des Erscheinens des Buchs „A Concise History of Austria“ führte den Autor Steven Beller an Universitäten in Berkeley, Los Angeles, Palo Alto (Stanford) und Santa Barbara.

Österreichische Vortragende wirkten unter anderem bei den Jahrestagungen der American Association of Teachers of German (AATG) (San Antonio, 5. Februar) und der German Studies Association (GSA) (San Diego, 4.-7. Oktober) mit.

Die österreichischen Studienzentren (University of Minnesota, University of New Orleans, Stanford University), das Schumpeter-Programm (Harvard University) sowie die Modern Austrian Literature and Culture Association (MALCA) setzten ihre Aktivitäten fort.

Im Oktober fand in Santa Monica – zum zweiten Mal an der Westküste – der Austrian Science Talk der Organisation „Brainpower Austria“ unter dem Vorsitz von Ingolf Schädler vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie und unter reger Beteiligung österreichischer ExpertInnen und WissenschaftlerInnen statt.

Arbeitsschwerpunkte des Office of Science & Technology (OST) waren weiterhin die Betreuung und der Ausbau des OST Scientist Network in Nordamerika, die Beratung und Information über die nordamerikanische Wissenschafts- und Technologiepolitik mittels des Online-Magazins „bridges“ und die Unterstützung bei der Anbahnung wissenschaftlicher Kooperationen zwischen österreichischen und nordamerikanischen Institutionen. Das vom OST aufgebaute interdisziplinäre Netzwerk von österreichischen WissenschaftlerInnen in den Vereinigten Staaten und Kanada umfasst mittlerweile etwa 1.250 Personen. Dieser Personenkreis wird laufend über aktuelle Entwicklungen im Bereich Forschung und Entwicklung sowie über Ausschreibungen oder Veranstaltungen informiert. Das OST organisierte zahlreiche Treffen mit österreichischen ForscherInnen in den Vereinigten Staaten und Kanada. Es fanden unter anderem Treffen von österreichischen WissenschaftlerInnen mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer in Boston und Bundesministerin Andrea Kdolsky in Washington, D.C statt. Im Oktober fanden zum vierten Mal die vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie in Zusammenarbeit mit dem OST organisierten Austrian Science Talks in Los Angeles und New York statt. Mehr als 130 TeilnehmerInnen, davon überwiegend in den Vereinigten Staaten forschende ÖsterreicherInnen, nutzten die Gelegenheit, mit VertreterInnen aus Politik, Industrie und Wissenschaft zum Thema „Exzellente Forschung – das Prinzip Elite“ zu diskutieren. Das von OST vierteljährlich in englischer Sprache publizierte Online-Magazin „bridges“ informiert mittlerweile über 5.000 AbonnentInnen regelmäßig über aktuelle Entwicklungen der Wissenschaftspolitik in Österreich, der EU und Nordamerika. Das Magazin und die OST-Website haben sich zur prominentesten Informationsquelle für österreichische Wissenschaft und Wissenschaftspolitik im englischsprachigen Raum entwickelt. Erfreulich ist, dass der im Jahr 2006 geschaffene „bridges Podcast“ von der US-amerikanischen National Science Foundation (NSF), einer der wichtigsten und renommiertesten Einrichtungen für Forschungsförderung und -promotion in den Vereinigten Staaten, ausgewählt wurde, Teil des neuen NSF „National Science Radio Network“ zu werden, dessen Start für 2008 geplant ist. Bekannte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Wissenschaftspolitik, die für „bridges“ als GastautorInnen und InterviewpartnerInnen gewonnen werden konnten, waren beispielsweise der Nobelpreisträger Eric Kandel, Roger Pielke Jr. (Director, Center for Science and Technology Research), Olaf Kübler (Chairman of the Scientific Board of I.S.T. Austria), William Bonvillian (Director of MIT Washington DC Office, former

Anhang

legislative director and chief counsel to U.S. Senator Joseph Liebermann), Joseph Romm (Senior Fellow at the Center for American Progress, former assistant secretary of energy efficiency and renewable energy at the Department of Energy) und Sherwood Boehlert (former Chairman of the US House Science Committee).

Die Zuwächse bei den österreichischen Direktinvestitionen konnten die Außenhandelserfolge noch übertreffen. Trotz schwachem US-Dollar verzeichneten Österreichs Lieferungen in die Vereinigten Staaten eine „schwarze Null“ und konnten trotz mäßiger Industriekonjunktur und starkem Euro das gewonnene Terrain halten. Der schwache Dollar-Kurs machte Investitionen zusätzlich attraktiv. Die Wirtschaftsbeziehungen Österreichs, insbesondere mit dem Mittleren Westen der Vereinigten Staaten, intensivierten sich ebenfalls. Als industrielles Herzland der Vereinigten Staaten ist der Mittlere Westen ein bedeutender Abnehmer österreichischer Maschinen, Spezialbleche und anderer hochwertiger Produkte aus dem Metallbearbeitungssektor. Großinvestoren auf beiden Seiten des Atlantiks bewirkten einen regen Warenverkehr bei Kfz-Zulieferungen wie Motoren. Im Kfz-, Maschinenbau-, Stahl- und Baubereich verfolgen derzeit einige österreichische Unternehmen Investitionsprojekte oder versuchen, den niedrigen Dollarkurs zu einem günstigen Markteinstieg zu nutzen. Aktuell sind 170 österreichische Firmen mit Niederlassungen im Mittleren Westen der Vereinigten Staaten tätig. In den Vereinigten Staaten werden keine Importstatistiken für die einzelnen Bundesstaaten geführt, wodurch die österreichischen Exporte in einzelne Bundesstaaten nicht eindeutig belegbar sind. Aufgrund der Wirtschaftskraft Kaliforniens und der Größe des kalifornischen Marktes ist jedoch davon auszugehen, dass rund ein Viertel der österreichischen Exporte nach Kalifornien gehen.

Die österreichischen Exporte betragen 5.775,858 Millionen Euro (-5,6%), die Importe 3.742,914 Millionen Euro (+8,1%).

Vietnam

(Sozialistische Republik Vietnam), Hanoi

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Nguyen Minh Triet	Nguyen Tan Dung	Pham Gia Khiem

Hanoi – **ÖB, Büro des Handelsrates; AHSt:** siehe Thailand

Besuche aus Österreich: Sektionsleiterin Irene Freudenschuss-Reichl, Teilnahme an der Konferenz „Managing for Results“ (4.-7. Februar); Bundesminister Johannes Hahn, Treffen mit Wissenschaftsminister Nguyen Thien Nhan (3.-5. April); Delegation des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie unter der Leitung von Friedrich Pichler von der Stabstelle „Technologietransfer und Sicherheitsforschung“, Teilnahme an der 6. Tagung der Arbeitsgruppe „Eisenbahnkooperation“ (6.-10. Juni); Delegation des Bundesministeriums für Finanzen unter der Leitung von Ministerialrat Heinz Jirousek, Teilnahme an der 2. Verhandlungsrunde zum Doppelbesteuerungsabkommen (18.-22. Juni); Delegationsbesuch der Stadt Wien beim Volkskomitee der Stadt Hanoi unter der Leitung von Senator Walter Nettig, Gespräche über das Projekt „New Urban Development North Of Red River Area“ (24. und 25. September); Fachgruppe „Gastronomie“ der Wirtschaftskammer Niederösterreich unter der Leitung von Kommerzialrat Rudolf Rumpler, Delegationsreise (31. Oktober bis 14. November).

Besuche in Österreich: Delegation der Nationalversammlung unter der Leitung der Vorsitzenden des Komitees für Kultur, Erziehung, Jugend und Kinder Tran Thi Tam Dan, Gespräche mit der Parlamentsdirektion (6.-11. März); Delegation des Ministeriums für Fischereifragen (4.-10. August); Delegation unter der Leitung von Vizeaußenminister Ngyuen Van Tho (17.-19. September); Delegation des Justizministeriums unter der Leitung von Nguyen Quoc Cuong, Gespräche zum Thema „Personenstands- und Staatsangehörigkeitsrecht“ im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (31. Oktober bis 4. November).

Vom 18. bis 22. Juni fand in Hanoi die zweite Verhandlungsrunde zum Doppelbesteuerungsabkommen statt, die erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Das Bundesministerium für Wis-

Länderinformationen

senschaft und Forschung verhandelte mit dem vietnamesischen Wissenschaftsministerium ein Gleichwertigkeitsabkommen zur Anerkennung akademischer Grade. Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie konnte ein technologierelevantes Gesundheitskooperationsabkommen ausarbeiten.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 117.000 Euro erbracht.

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützte Österreich die berufliche Fortbildung von Fachkräften und AkademikerInnen aus Vietnam in Österreich wie auch die Weiterbildung an regionalen Ausbildungsstätten. Es wurden insgesamt acht Stipendien im Rahmen des Programms „Nord-Süd-Dialog“ bzw. „ASEA-Uninet“, sieben Stipendium des ÖAD, ein Stipendium für „DaF-LehrerInnenfortbildung“ sowie ein weiteres Stipendium vergeben. Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und der ÖAD arbeiteten mit dem vietnamesischen Wissenschaftsministerium ein Doktoratsstipendienprogramm aus.

Im musikalischen Bereich wurde die Zusammenarbeit zwischen dem österreichischen Dirigenten Wolfgang Gröhs und dem Hanoi Philharmonic Orchestra fortgesetzt. Zur Unterstützung der Musikgattung „Oper“ wurden im Jänner gemeinsam mit dem Konservatorium Hanoi Klassen zur stimmlichen Weiterbildung der dort tätigen Opersänger abgehalten. Im September fanden Folgevorstellungen zur letztjährigen Aufführung der „Zauberflöte“ statt. Im Zuge der vom 25. Oktober bis 2. November abgehaltenen Meisterklassen fand ein von ASEA-Uninet finanzierter und von Franz Lukasovsky von der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien betreuter Liederabend statt. Lieder von Wolfgang Amadeus Mozart und Franz Schubert wurden von Denise Beck in Begleitung von Istvan Bonyhadi vorgetragen. Insgesamt konnten im Zusammenhang mit der Kooperation mit ASEA-Uninet vier Vortragende aus Österreich Meisterklassen am Konservatorium abhalten. Im Rahmen des European Music Festival vom 22. November bis 3. Dezember trat die österreichische Elektronikmusikerin „Sweet Suzie“ (Susanne Rogenhofer) gemeinsam mit ihrem musikalischen Partner „Manni Montana“ (Manfred Schmezcza) in Hanoi auf.

Auf dem literarischen Sektor konnte die Nationaluniversität von einer von Erich Kirchler mit Hilfe von Sponsoren aufgebrauchten Bücherspende profitieren.

Die Zusammenarbeit mit der University for Foreign Studies, an der ein „Österreichraum“ für Vorträge und Diskussionen zur Verfügung steht, wurde fortgesetzt. Von 23. Juli bis 10. August fand im Rahmen der ASEA-Uninet-Kooperation bereits zum vierten Mal die von der Wirtschaftsuniversität Wien in Kooperation mit der Hanoi University of Technology und der National Economics University geführte Internationale Sommeruniversität Vietnam unter der Leitung von Wolfgang Obenaus statt, an der neben 19 österreichischen StudentInnen von der Wirtschaftsuniversität Wien 17 Studierende der ASEA-Uninet-Partnerhochschule in Vietnam teilnahmen. Auch der Lehrkörper setzte sich aus Vortragenden sowohl aus Österreich als auch aus Vietnam zusammen. Wie in den letzten Jahren veranstaltete die Universität Innsbruck im September ein Asian Studies Program im Rahmen der ASEA-Uninet-Kooperation unter der Leitung von Erich Thöni und Christian Traweger. An diesem Programm nahmen 15 österreichische StudentInnen teil. Vom 3. Oktober bis 4. November fanden Gastvorlesungen von Dietmar Haltrich und Clemens Peterbauer von der Universität für Bodenkultur Wien an der Hanoi University of Technology statt. Der Vorstand des Instituts für Wirtschaftspsychologie der Universität Wien Erich Kirchler hielt vom 10. bis 18. Dezember Gastvorlesungen zum Thema „Kaufentscheidungen und Steuerakzeptanz“ an der Royal Melbourne Institute of Technology (RMIT) Universität in Hanoi, der Wirtschaftsfakultät der Universität Hue und der Wirtschaftsfakultät der Nationaluniversität in Ho Chi Minh Stadt. Seine Vorlesungen fanden vor jeweils vollbesetztem Auditorium statt. Daran anschließend konnten wichtige Kontakte für Forschungsarbeiten zu vietnamesischen WissenschaftlerInnen geknüpft werden.

Die österreichischen Exporte betragen 68,236 Millionen Euro (+23,0%), die Importe 224,179 Millionen Euro (+18,0%).

*Anhang***Zentralafrikanische Republik
(Zentralafrikanische Republik), Bangui**

Staatsoberhaupt
Francois Bozize
Yangouvonda

Regierungschef
Elie Dote

Außenminister
Come Zoumara

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 675.000 Euro (+848,5%), die Importe 379.000 Euro (+312,9%).

**Zypern
(Republik Zypern), Nikosia**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Tassos Papadopoulos

Außenministerin
Erato Kozakou-Marcoullis
(seit 16. Juli)

Nikosia – **ÖB, HGK; AHSt:** siehe Griechenland

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer in Begleitung von Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle und des Vizepräsidenten der WKÖ Richard Schenz, Staatsbesuch, Treffen mit Staatspräsident Tassos Papadopoulos, dem Präsidenten des Repräsentantenhauses Demetris Christofias, der Bürgermeisterin von Nikosia Eleni Mavrou, dem griechisch-orthodoxen Erzbischof von Zypern Chrysostomides II., dem Sonderbeauftragten des VN-GS und Missionschef von UNFICYP Michael Möller sowie UNFICYP-Force Commander Rafael José Barni, Delegationsgespräche im Beisein von zyprischen FachministerInnen (10.-12. Mai); Beamtendelegation der Stadt Wien unter der Leitung des Planungschefs der Stadt Wien Kurt Puchinger, Treffen mit den Teams der griechisch-zyprischen und türkisch-zyprischen Volksgruppe für den bi-kommunalen Nikosia Masterplan zur Altstadterhaltung und -erneuerung (13. und 14. September).

Besuche in Österreich: Unterstaatssekretär im zyprischen Außenministerium Alexandros Zenon, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler und Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (7. Februar); Unterstaatssekretär im zyprischen Außenministerium Alexandros Zenon, Teilnahme an einem OSZE-Forum, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (26. September); Außenministerin Erato Kozakou-Marcoullis, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik, Vortrag an der Diplomatischen Akademie (16. Oktober).

Außenministerin Erato Kozakou-Marcoullis unterzeichnete anlässlich ihres Arbeitsbesuchs ein Memorandum of Understanding mit der Diplomatischen Akademie zur Ausbildung von zyprischen JungdiplomatenInnen.

In Fortsetzung der Zusammenarbeit unter dem Memorandum of Understanding aus dem Jahr 2005 zwischen dem Bundesminister für Inneres und den zyprischen Innen- und Justizministern fanden in Graz und Wien bilaterale ExpertInnentreffen statt, in denen die fortgesetzte Zusammenarbeit beider Seiten in den Bereichen „EU-Regelwerk“ und „Zivil- und Katastrophenschutz“ vereinbart wurde (26.-28. September).

Die Dichterin Kirstin Breitenfellner vertrat Österreich am Internationalen Poesietag in Nikosia (21. März). Im Rahmen des 10. Europäischen Tanzfestivals Limassol traten die visuellen Künstler „Matsune & Subal“ für Österreich am Rialto-Theater auf (25. Mai). Beim Sommerfestival des altgriechischen Dramas trat das Freie Theater Bozen unter der Leitung von Reinhard Auer mit „Elektra“ in Paphos und Nikosia auf. Die Stadt Wien präsentierte mit Unterstützung der Botschaft und der Stadt Nikosia im September die Ausstellung „Wien-Architektur – Stadterneuerung – Stadterhaltung. Der Stand der Dinge IV“ im Kulturzentrum Famagusta-Gate und veranstaltete ein Expertenseminar zu Fragen zeitgenössischer Stadtentwicklung. Daran anknüpfend

Länderinformationen

gastierte das Phoen-Saxophon-Quartett unter der Leitung von Viola Falb in Limassol und Nikosia. Elektronisch begleitet von Peter Hartwig und Robert Resac präsentierte Jacqueline Schwarz in Nikosia aus Anlass des 210. Geburtstags von Franz Schubert Lieder aus seiner „Winterreise“ (30. Oktober). Das Altenberg Trio Wien trat mit Unterstützung der Botschaft am Pasidy-Theater in Nikosia mit Werken von Joseph Haydn und einer zeitgenössischen Komposition des zyprischen Musikers Ayis Ioannides auf (8. November). Im Dezember filmte ein ORF-Team eine Dokumentation mit dem Titel „Aphrodites geplünderte Insel“ zum Thema griechische Kulturschätze im Nordteil Zyperns.

Die österreichischen Exporte betragen 62,608 Millionen Euro (+23,1%), die Importe 11,493 Millionen Euro (+34,6%).

Anhang

II. Österreich und die Staatenwelt**Stand: 31. Dezember**

Österreich unterhält zu 193 Staaten diplomatische Beziehungen (D) und mit der PLO sonstige Beziehungen (S).

	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botsch.	Botsch. in Wien	OEZA KOBÜ	AHSt
Afghanistan	19.11.1946	D		■		
Ägypten	24.10.1945	D	●	■		□
Albanien	14.12.1955	D	●	■	✓	
Algerien	08.10.1962	D	●	■		□
Andorra	28.07.1993	D		■		
Angola	01.12.1976	D		■		
Antigua und Barbuda	11.11.1981	D				
Äquatorialguinea	12.11.1968	D				
Argentinien	24.10.1945	D	●	■		□
Armenien	02.03.1992	D	● ¹⁾	■		
Aserbajdschan	02.03.1992	D	● ¹⁾	■		
Äthiopien	13.11.1945	D	●	■	✓	
Australien	01.11.1945	D	●	■		□
Bahamas	18.09.1973	D				
Bahrain	21.09.1971	D				
Bangladesch	17.09.1974	D				
Barbados	09.12.1966	D				
Belarus	24.10.1945	D		■		
Belgien	27.12.1945	D	●	■		□
Belize	25.09.1981	D		■		
Benin	20.09.1960	D				
Bhutan	21.09.1971	D			✓	
Bolivien	14.11.1945	D		■		
Bosnien und Herzegowina	22.05.1992	D	●	■	✓	□
Botsuana	17.10.1966	D				
Brasilien	24.10.1945	D	●	■		□
Brunei	21.09.1984	D				
Bulgarien	14.12.1955	D	●	■		□
Burkina Faso	20.09.1960	D		■	✓	
Burundi	18.09.1962	D				
Chile	24.10.1945	D	●	■		□
China	24.10.1945	D	●	■		□
Costa Rica	02.11.1945	D		■		
Côte d'Ivoire	20.09.1960	D		■		
Dänemark	24.10.1945	D	●	■		□
Deutschland	18.09.1973	D	●	■		□
Dominica	18.12.1978	D				
Dominikanische Republik	24.10.1945	D		■		
Dschibuti	20.09.1977	D				
Ecuador	21.12.1945	D		■		
El Salvador	24.10.1945	D		■		

Österreich und die Staatenwelt

	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botsch.	Botsch. in Wien	OEZA KOBÜ	AHSt
Eritrea	28.05.1993	D				
Estland	17.09.1991	D	●	■		
Fidschi	13.10.1970	D				
Finnland	14.12.1955	D	●	■		□
Frankreich	24.10.1945	D	●	■		□
Gabun	20.09.1960	D				
Gambia	21.09.1965	D				
Georgien	31.07.1992	D	● ¹⁾	■		
Ghana	08.03.1957	D				
Grenada	17.09.1974	D				
Griechenland	25.10.1945	D	●	■		□
Großbritannien und Nordirland, Vereinigtes Königreich	24.10.1945	D	●	■		□
Guatemala	21.11.1945	D		■		
Guinea	12.12.1958	D				
Guinea-Bissau	17.09.1974	D				
Guyana	20.09.1966	D				
Haiti	24.10.1945	D				
Heiliger Stuhl	-	D	●	■		
Honduras	17.12.1945	D				
Indien	30.10.1945	D	●	■		□
Indonesien	28.09.1950	D	●	■		□
Irak	21.12.1945	D		■		□
Iran	24.10.1945	D	●	■		□
Irland	14.12.1955	D	●	■		□
Island	19.11.1946	D		■		
Israel	11.05.1949	D	●	■		□
Italien	14.12.1955	D	●	■		□
Jamaika	18.09.1962	D				
Japan	18.12.1956	D	●	■		□
Jemen	30.09.1947	D		■		
Jordanien	14.12.1955	D	●	■		
Kambodscha	14.12.1955	D				
Kamerun	20.09.1960	D				
Kanada	09.11.1945	D	●	■		□
Kap Verde	16.09.1975	D		■	✓	
Kasachstan	02.03.1992	D	●	■		
Katar	21.09.1971	D				
Kenia	16.12.1963	D	●	■		
Kirgisistan	02.03.1992	D	● ¹⁾	■		
Kiribati	14.09.1999	D				
Kolumbien	05.11.1945	D	●	■		
Komoren	12.11.1975	D				
Kongo, Dem. Republik	20.09.1960	D				
Kongo, Republik	20.09.1960	D				
Korea, Dem. Volksrep.	17.09.1991	D		■		
Korea, Republik	17.09.1991	D	●	■		□
Kroatien	22.05.1992	D	●	■		□
Kuba	24.10.1945	D	●	■		

Anhang

	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botsch.	Botsch. in Wien	OEZA KOBÜ	AHSt
Kuwait	14.05.1963	D	●	■		
Laos	14.12.1955	D				
Lesotho	17.10.1966	D				
Lettland	17.09.1991	D	●	■		□*
Libanon	24.10.1945	D	●	■		
Liberia	02.11.1945	D				
Libysch-Arabische Dschamahirija	14.12.1955	D	●	■		□
Liechtenstein	18.09.1990	D	● ¹⁾	■		
Litauen	17.09.1991	D	●	■		
Luxemburg	24.10.1945	D	●	■		
Madagaskar	20.09.1960	D				
Malawi	01.12.1964	D				
Malaysia	17.09.1957	D	●	■		□
Malediven	21.09.1965	D				
Mali	28.09.1960	D				
Malta	01.12.1964	D	●	■		
Malteser Ritterorden (Souveräner)	-	D	●	■		
Marokko	12.11.1956	D	●	■		□
Marshall-Inseln	17.09.1991	D				
Mauretanien	27.10.1961	D				
Mauritius	24.04.1968	D				
Mazedonien, Ehem. Jug. Rep.	08.04.1993	D	●	■	✓	□*
Mexiko	07.11.1945	D	●	■		□
Mikronesien	17.09.1991	D				
Moldau	02.03.1992	D	● ⁵⁾	■	✓	
Monaco	28.05.1993	D				
Mongolei	27.10.1961	D		■		
Montenegro	28.06.2006	D	●	■	✓	
Mosambik	16.09.1975	D			✓	
Myanmar	19.04.1948	D				
Namibia	23.04.1990	D		■		
Nauru	14.09.1999	D				
Nepal	14.12.1955	D				
Neuseeland	24.10.1945	D				
Nicaragua	24.10.1945	D		■	✓	
Niederlande	10.12.1945	D	●	■		□
Niger	20.09.1960	D				
Nigeria	07.10.1960	D	●	■		□
Norwegen	27.11.1945	D	●	■		□
Oman	07.10.1971	D	●	■		
Pakistan	30.09.1947	D	●	■		
Palau	15.12.1994	D				
Panama	13.11.1945	D		■		
Papua-Neuguinea	10.10.1975	D				
Paraguay	24.10.1945	D		■		
Peru	31.10.1945	D	●	■		
Philippinen	24.10.1945	D	●	■		□

Österreich und die Staatenwelt

	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botsch.	Botsch. in Wien	OEZA KOBÜ	AHSt
Polen	24.10.1945	D	●	■		□
Portugal	14.12.1955	D	●	■		□
Ruanda	18.09.1962	D				
Rumänien	14.12.1955	D	●	■		□
Russische Föderation	24.10.1945 ³⁾	D	●	■		□
Salomonen	19.09.1978	D				
Sambia	01.12.1964	D				
Samoa	15.12.1976	D				
San Marino	02.03.1992	D		■ ⁴⁾		
St. Kitts und Nevis	23.09.1983	D				
St. Lucia	18.09.1979	D				
St. Vincent und die Grenadinen	16.09.1980	D				
São Tomé und Príncipe	16.09.1975	D				
Saudi-Arabien	24.10.1945	D	●	■		□
Schweden	19.11.1946	D	●	■		□
Schweiz	10.09.2002	D	●	■		□
Senegal	28.09.1960	D	●		✓	
Serbien	01.11.2000	D	●	■	✓	□
Seychellen	21.09.1976	D				
Sierra Leone	27.09.1961	D				
Simbabwe	25.08.1980	D	●	■		
Singapur	21.09.1965	D	● ²⁾			□
Slowakei	19.01.1993	D	●	■		□
Slowenien	22.05.1992	D	●	■		□
Somalia	20.09.1960	D				
Spanien	14.12.1955	D	●	■		□
Sri Lanka	14.12.1955	D		■		
Südafrika	07.11.1945	D	●	■		□
Sudan	12.11.1956	D		■		
Suriname	04.12.1975	D				
Swasiland	24.09.1968	D				
Syrien	24.10.1945	D	●	■		□
Tadschikistan	02.03.1992	D	● ¹⁾	■		
Tansania	14.12.1961	D				
Timor-Leste	27.09.2002	D				
Thailand	16.12.1946	D	●	■		□
Togo	20.09.1960	D				
Tonga	14.09.1999	D				
Trinidad und Tobago	18.09.1962	D				
Tschad	20.09.1960	D				
Tschechische Republik	19.01.1993	D	●	■		□
Tunesien	12.11.1956	D	●	■		
Türkei	24.10.1945	D	●	■		□
Turkmenistan	02.03.1992	D	● ¹⁾	■		
Tuvalu	05.09.2000	D				
Uganda	25.10.1962	D			✓	
Ukraine	24.10.1945	D	●	■		□
Ungarn	14.12.1955	D	●	■		□
Uruguay	18.12.1945	D		■		

Anhang

	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botsch.	Botsch. in Wien	OEZA KOBÜ	AHSt
Usbekistan	02.03.1992	D	● ¹⁾	■		
Vanuatu	15.09.1981	D				
Venezuela	15.11.1945	D	●	■		□
Vereinigte Arabische Emirate	09.12.1971	D	●	■		□
Vereinigte Staaten von Amerika	24.10.1945	D	●	■		□
Vietnam	20.09.1977	D	●	■		
Zentralafrikanische Republik	20.09.1960	D				
Zypern	20.09.1960	D	●	■		
PLO	-	S	● ⁶⁾	■ ⁷⁾	√ ⁶⁾	

¹⁾ mit Sitz in Wien

²⁾ Büro des Handelsrates

³⁾ VN-Mitgliedschaftsfortführung der früheren UdSSR

⁴⁾ Botschafter mit Sitz in San Marino

⁵⁾ Koordinationsbüro der OEZA

⁶⁾ Österreichisches Vertretungsbüro gegenüber der Palästinensischen Behörde in Ramallah

⁷⁾ Palästinensische Vertretung bei der Österreichischen Bundesregierung und den internationalen Organisationen

□* Zweigbüros:

Riga der AHSt Helsinki

Skopje der AHSt Belgrad

III. Diplomatisches und konsularisches Korps in Österreich

1. In Österreich akkreditierte ausländische Vertretungsbehörden

	Diplo- matische Missionen	Berufs- konsularische Vertretungen	Ständige Vertretungen, Beobachtermissionen und Verbindungsbüros bei den VN-Organisati- onen in Wien	Ständige Vertretungen bzw. Delegationen bei der OSZE
Sitz in Österreich	122 ¹⁾	8 ²⁾	128 ³⁾	54 ³⁾
Sitz im Ausland	48	–	42	1
Gesamt	170	8	170	55

¹⁾ 116 Staaten sowie sechs „andere in Wien bestehende Vertretungen“.

²⁾ Daneben bestehen 231 Honorarämter.

³⁾ Ständige Vertretung Österreichs bei der OSZE nicht mitgerechnet.

Mit Stand 31. Dezember waren 164 Staaten in Österreich vertreten, 116 davon hatten den Sitz ihrer Vertretungsbehörde in Wien, 48 im Ausland.

In Wien befinden sich auch 128 Ständige Vertretungen, Beobachtermissionen und Verbindungsbüros bei den VN-Organisationen und 55 Vertretungen bzw. Delegationen bei der OSZE. Viele von diesen sind mit den bilateralen Botschaften der betreffenden Staaten identisch.

2. Konsularische Vertretungen in Österreich – ohne Berücksichtigung von Konsularabteilungen von Botschaften

Bundesland	Berufskonsulate	Honorarämter
Burgenland	–	3
Kärnten	1	17
Niederösterreich	–	9
Oberösterreich	–	24
Salzburg	3	43
Steiermark	1	26
Tirol	1	35
Vorarlberg	1	14
Wien	1	60
Gesamt	8	231

Anhang

IV. Wien als Sitz internationaler Organisationen**1. Budget und Ausgaben der internationalen Organisationen 2007**

Organisation	Budget insgesamt in Mio. Euro	Budget für Österreich in Millionen Euro			
		gesamt	Löhne und Gehälter	Anteil der Löhne und Gehälter an den in Österreich getätigten Ausgaben (in %)	Ausgaben der Organisationen in Österreich ohne Löhne und Gehälter
CTBTO	81,7	36,7	16,3	44,4	20,4
EnC	1,2	1,1	0,5	45,5	0,6
EPO	1.140,3	28,6	13,0	45,5	15,6
GRA	14,5	14,5	4,1	28,3	10,4
IAEO	268,0	222,0	148,0	66,7	74,0
ICMPD	1,7	1,7	0,9	52,9	0,8
ICPDR	0,9	0,9	0,5	55,6	0,4
IIASA	13,1	12,7	10,6	83,5	2,1
IIP	0,3	0,3	0,2	66,7	0,1
IOM	364,3	2,1	1,2	57,1	0,9
IPI ¹⁾	-	-	-	-	-
JVI	3,7	3,7	0,9	24,3	2,8
OFID	26,1	22,0	17,0	77,3	5,0
OPEC	22,0	19,8	18,6	93,9	1,2
OSZE	168,2	35,2	23,8	67,6	11,4
UNIDO	169,2	78,7	56,4	71,7	22,3
UNOV/UNODC	171,6	144,8	72,6	50,1	72,2
VIDC	2,0	1,7	0,7	41,2	1,0
WA	1,6	1,6	1,3	81,3	0,3
Gesamt	2.450,4	628,1	386,6	61,5	241,5

¹⁾ IPI meldete für 2007 keine Daten.

Quellen: Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Magistrat der Stadt Wien

*Wien als Sitz internationaler Organisationen***2. Anzahl der Beschäftigten am 31. Dezember 2007**

Organisation	Beschäftigte			Gehobene Fachkräfte		Bürokräfte und Sonstige	
	insgesamt	Auslän- derInnen	Inlän- derInnen	Auslän- derInnen	Inlän- derInnen	Auslän- derInnen	Inlän- derInnen
CTBTO	253	203	50	151	7	52	43
EnC	16	11	5	7	4	4	1
EPO	126	78	48	36	7	42	41
GRA	39	28	11	28	11	–	–
IAEO	2.325	1.750	575	1.103	46	647	529
ICMPD	51	29	22	28	16	1	6
ICPDR	12	8	4	4	2	4	2
IIASA	233	163	70	131	37	32	33
IIP	5	3	2	–	1	3	1
IOM	26	10	16	8	15	2	1
IPI	–	–	–	–	–	–	–
JVI	20	13	7	7	4	6	3
OFID	144	76	68	60	10	16	58
OPEC	137	75	62	32	–	43	62
OSZE	333	261	72	151	9	110	63
UNIDO	651	463	188	240	11	223	177
UNOV/ UNODC	887	670	217	300	17	370	200
VIDC	22	2	20	1	18	1	2
WA	13	10	3	8	–	2	3
Gesamt	5.293	3.853	1.440	2.295	215	1.558	1.225
davon männlich	2.935	2.304	631	1.666	132	638	499
weiblich	2.358	1.549	809	629	83	920	726

Quellen: Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Magistrat der Stadt Wien

*Anhang***3. Anzahl der Konferenztage und TeilnehmerInnen 2007**

Organisation	Konferenztage	TeilnehmerInnen	
		gesamt	darunter aus Österreich
CTBTO	165	3.417	2.778
EnC	80	880	88
EPO	185	2.294	1.511
GRA	23	728	268
IAEO	2.764	13.129	119
ICMPD	10	110	22
ICPDR	28	420	84
IIASA	142	1.555 ²⁾	–
IIP	10	600	400
IOM	9	600	305
IPI	–	–	–
JVI	425	1.400 ²⁾	–
OFID	15	180 ²⁾	–
OPEC	32	936 ²⁾	–
OSZE	1.082 ¹⁾	15.400	4.400
UNIDO	120 ¹⁾	3.968	2.163
UNOV	804	25.680	15.148
VIDC	10	440	342
WA	62	2.224 ²⁾	–
Gesamt	5.966	73.961	27.628

¹⁾ Schätzung aufgrund verfügbarer Daten

²⁾ Einschließlich ÖsterreicherInnen

V. Diplomatische Akademie Wien

Die 1754 unter Kaiserin Maria Theresia als Orientalische Akademie gegründete Diplomatische Akademie Wien (DA) ist die älteste Diplomatenschule Europas und seit damals der Ausbildung diplomatischer Fachkräfte verpflichtet. Sie wurde 1996 aus der Bundesverwaltung organisatorisch und finanziell ausgegliedert.

Anfang Oktober schlossen 36 TeilnehmerInnen, darunter 21 ÖsterreicherInnen, den **43. Diplomalengang** erfolgreich ab. In den **44. Diplomalengang** wurden 36 KandidatInnen aufgenommen, davon 20 mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Der **10. Master of Advanced International Studies (M.A.I.S.)-Lehrgang** wurde von 35 TeilnehmerInnen abgeschlossen. Die Graduierungsfeier fand im Juli in der Universität Wien statt, welche den M.A.I.S.-Lehrgang gemeinsam mit der DA durchführt. Für den **11. M.A.I.S.-Lehrgang** qualifizierten sich 36 KandidatInnen. Das **7. Special Programme in International Studies (SPIS)** wurde von 40 TeilnehmerInnen abgeschlossen. Mit dem Studienjahr 2007/2008 wurde die Bezeichnung „SPIS“ für das erste Jahr des M.A.I.S.-Programms aufgegeben. Der M.A.I.S.-Lehrgang wird als zweijähriger Lehrgang geführt. In den **12. M.A.I.S.-Lehrgang** wurden 54 KandidatInnen aufgenommen. Mit dem **neuen Lehrgang „Master of Environmental Technology and International Affairs“ (ETIA)** wurde ein innovatives Programm begonnen, an dem zehn StudentInnen teilnehmen. Der Lehrgang wird gemeinsam mit der Technischen Universität Wien durchgeführt. Seit der Wiedererrichtung der DA im Jahr 1964 absolvierten 1.419 AkademikerInnen, darunter 840 AusländerInnen aus 104 Staaten, erfolgreich die regulären Lehrgänge.

Zur **Aus- und Weiterbildung** jüngerer DiplomatInnen und anderer Beamten aus Südosteuropa fand ein weiterer Spezialkurs statt. Die Spezialkurse der Akademie wurden bisher von insgesamt 659 TeilnehmerInnen aus 32 Staaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas sowie aus dem südlichen Kaukasus und Zentralasien absolviert. Im Rahmen des sonstigen Angebots zur **berufsbegleitenden Fortbildung** wurden unter anderem Spezialkurse für afrikanische, kasachische, kosovarische und montenegrinische Beamten, Seminare für das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten und ein „Train the Trainers“-Seminar für TeilnehmerInnen aus Mitgliedstaaten der ZEI durchgeführt. Am **Sommerkurs für deutsche Sprache und österreichische Landeskunde** nahmen 59 TeilnehmerInnen aus 24 Staaten teil.

Im Rahmen der **Konferenzaktivitäten** der Akademie fanden mehr als 80 öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen statt, darunter Konferenzen über „Islam in Europa“, „ASEAN, a Partner for Europe“, die IPA-Konferenz „Empowering Africa“ und ein Runder Tisch mit Politikerinnen aus Serbien und dem Kosovo. Neben vielen anderen prominenten Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland hielten Bundesministerin Ursula Plassnik, Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik Benita Ferrero-Waldner und der slowakische Außenminister Jan Kubiš Vorträge an der DA.

Das **35. Treffen des International Forum on Diplomatic Training** (Treffen von DirektorInnen Diplomatischer Akademien und ähnlicher Ausbildungsstätten) fand über Einladung des Instituto Superior de Relações Internacionais in Maputo (Mosambik) im September statt und wurde von 43 TeilnehmerInnen aus 36 Ländern besucht.

Neben dem **Jahrbuch der Diplomatischen Akademie Wien**, das eine vollständige Übersicht über die Aktivitäten der DA bietet, wurden in der Publikationsreihe der Diplomatischen Akademie (**Favorita Papers**) Bände über „Islam in Europa“, „Does Central Europe Still Exist? History, Economy, Identity“ und „Mit vereinten Kräften? Der Machtanspruch der Literatur“ publiziert.

*Anhang***VI. Österreich in internationalen Organisationen**

Diese Tabelle enthält Informationen über Österreichs Mitgliedschaft, Teilnahme und Beobachter- bzw. Gaststatus in wichtigen internationalen Organisationen sowie internationalen Foren, Fonds und Programmen im VN-, europäischen und außereuropäischen Bereich einschließlich internationaler Finanzinstitutionen.

Stand: 31. Dezember

1. Mitgliedschaften**A. Mitgliedschaften im Rahmen des VN-Systems:
55,352 Millionen Euro*****A.1. Vereinte Nationen**

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2007 in Mio. Euro
VN	VN-SR:	0,887%	16,545
New York, Genf, Wien, Nairobi	1973/741991/92		
Ban Ki-moon	ECOSOC:		
(Republik Korea) seit 2007	1963/651976/78		
	1982/841991/93		
	2000/02		
Gesamt			16,545

A.2. Organe und Programme der Vereinten Nationen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2007 in Mio. Euro
OCHA			0,110
Genf und New York			
Sir John Holmes (GB) seit Jänner 2007			
UNAIDS		freiwill. Beitr.	0,100
Genf			
Exekutivdirektor Peter Piot (Belgien) seit 1994			

* In diesem Betrag sind Beiträge an die internationalen Gerichtshöfe des VN-Systems (siehe im Anhang Kapitel VI.1.D.) in der Höhe von 2,077 Millionen Euro sowie an friedenserhaltende Operationen der VN (siehe im Anhang Kapitel VI.2.A.) in der Höhe von 39,597 Millionen Euro nicht enthalten.

Österreich in internationalen Organisationen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2007 in Mio. Euro
UNCDF	1968-1970	frei w. Beitr.	0,451
New York	1972-1974		
Exekutivsekretär Richard Weingarten (USA) seit 2005	1997-1999		
UNCTAD		frei w. Beitr.	0,062
Genf			
Panitchpakdi Supachai (Thailand) seit 2005			
UNDP	1968-1970	frei w. Beitr.	9,000
New York	1972-1974		
Kemal Dervis (Türkei) seit 2005	1997-1999		
UNEP	1973-1974	frei w. Beitr.	0,400
Nairobi	1978-1980		
Achim Steiner (Deutschland) seit 2006	1984-1986		
	1990-1993		
	1997-1999		
	2006-2009		
Förderung Umwelt			
Basler Übereinkommen		1,110%	0,032
CBD		1,109%	0,075
CBD – Protokoll über biologische Sicherheit		1,371%	0,018
CITES		0,861%	0,032
CMS		2,070%	0,041
IUCN World Conservation Union		frei w. Beitr.	0,036
Montreal Protokoll, Multilateraler Fonds		1,075%	1,157
Rotterdam Übereinkommen		1,168%	0,018
Ramsar Übereinkommen		0,859%	0,021
SAICM		frei w. Beitr.	0,120
Stockholm Übereinkommen		1,413%	0,030
UNCCD		0,831%	0,059
UNFCCC, Kernbudget		0,838%	0,102
UNFCCC, Kioto-Protokoll		1,163%	0,078
Wiener Übereinkommen und Montreal- Protokoll (Sekretariat)		0,854%	0,031

Anhang

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2007 in Mio. Euro
UNFPA	1968–1970	frei w. Beitr.	1,348
New York	1972–1974		
Exekutivdirektorin Thoraya Ahmed Obaid (Saudi Arabien) seit 2001	1997-1999		
UN-Habitat	2000-2004	frei w. Beitr.	0,068
Nairobi			
Exekutivdirektorin Anna Tibaijuka (Tansania) seit 2000			
UNHCR	seit 1959	frei w. Beitr.	1,040
Genf			
António Guterres (Portugal) seit 2005			
UNICEF	1981-1984	frei w. Beitr.	2,987
New York	2004-2006		
Ann Veneman (USA) seit 2005			
UNIDO	seit 1985	1,34625%	0,924
Wien		frei w. Beitrag	1,500
Kandeh Yumkella (Sierra Leone) seit 2005			
UNIFEM	1968-1970	frei w. Beitr.	0,900
New York	1972-1974		
Exekutivdirektorin Noeleen Heyzer (Singapur) seit 1994	1997-1999		
UNODC			
Wien			
Antonio Maria Costa (Italien) seit 2001			
UNDCP-Fonds		frei w. Beitr.	0,550
CPCJ-Fonds		frei w. Beitr.	0,070
UNRWA		frei w. Beitr.	0,909
Gaza			
Karen Koning AbuZayd (USA) seit 2005			
UN Sonderprogramm für benachteiligte Entwicklungsländer		frei w. Beitr.	0,222

Österreich in internationalen Organisationen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2007 in Mio. Euro
UNV Bonn Ad de Raad (Niederlande) seit 2003		freiw. Beitr.	0,180
Gesamt			22,671

A.3. Sonderorganisationen der Vereinten Nationen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2007 in Mio. Euro
FAO Rom Jacques Diouf (Senegal) seit 1994	1961-1964 1983-1986 1999-2001	0,876%	2,738
ICAO Montreal Taieb Chérif (Algerien) 2003-2009		0,710%	0,327
ILO Genf Juan Somavía (Chile) seit 1999	1975-1978 1984-1987 1996-1999	0,860%	1,965
IMO London Efthimios Mitropoulos (Griechenland) 2004-2007		0,100%	0,032
ITU Genf Hamadoun Touré (Mali) 2006-2010		0,274%	0,200
UNESCO Paris Koichiro Matsuura (Japan) seit 1999	1972-1976 1995-1999	0,891%	2,138
Welterbefonds		Pflichtbeitrag 1% des UNESCO- Beitrags	0,019

Anhang

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2007 in Mio. Euro
IIEP, Paris		freiw. Beitrag	0,065
ICOMOS		0,5% des UNESCO- Beitrags	0,012
UPU Bern Edouard Dayan (Frankreich) seit 2005	1964-1974	0,520%	0,120
WHO Genf Margaret Chan (China) seit 2006	1970-72 1989-91	0,859%	2,777
WIPO Genf Kamil E. Idris (Sudan) seit 1997		1,980%	0,206
WMO Genf Michel Jarraud (Frankreich) seit 2004		0,850%	0,332
UNWTO Madrid Francesco Frangialli (Frankreich) seit 1997	1987-1991	1,610%	0,202
Gesamt			11,133

*Österreich in internationalen Organisationen***A.4. Assoziierte Organisationen, Fonds und Institutionen**

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2007 in Mio. Euro
CERF Verwaltet vom Leiter von OCHA Sir John Holmes		freiw. Beitr.	0,300
CTBTO-PrepCom Wien Tibor Tóth (Ungarn) seit 2005		0,871%	0,822
Freiwilliger Fonds der VN für Opfer von Folterungen Verwaltet von OHCHR		freiw. Beitr.	0,065
IAEO Wien Mohamed El Baradei (Ägypten) seit 1997	1977-1979 1983-1985 1990-1992 1999-2001 2006-2008	1,015%	2,731
ISA Kingston Satya Nandan (Fidschi) seit 1996		1,210%	0,051*
OPCW Den Haag Rogelio Pfirter (Argentinien) seit 2002	2008-2010	0,783%	0,514
Freiwilliger Fonds der VN für beratende Dienste auf dem Gebiet der Menschenrechte; Verwaltet von OHCHR		freiw. Beitr.	0,520
Gesamt			5,003

* Ressorts: Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

*Anhang***B. Sonstige globale Institutionen und Entitäten: 9,732 Mio. Euro****B.1. Intergouvernementale Institutionen und Entitäten**

Organisation	Anteil am	Beitrag	
Sitz	Gesamtbudget der	2007	Ressort
Leiter	Organisation	in Mio. Euro	
Haager Konferenz für internationales Privatrecht	0,89%	0,026	BMJ BMeiA
Den Haag Hans van Loon (Niederlande) seit 1996			
ICMPD	4,46%	0,076	BMI
Wien Gottfried Zürcher (Schweiz) seit 2005			
IEA	1%	0,220	BKA
Paris Nobuo Tanaka (Japan) 2007-2011			
IOM	admin. Budget	0,213	BMI
Genf	0,939%		
Brunson McKinley (USA) 1998-2008	freiw. Beiträge	0,276	BMI
ITSO		keine Beiträge	BMVIT
(Regierungsorganisation zu INTELSAT Ltd.), Washington Ahmed Toumi (Marokko) 2005-2009			
IWC	1,535%	0,032	BMLFUW
Cambridge (Großbritannien) Nicola Grandy (Großbritannien) seit 2000			
NAM	Gaststatus		BMeiA
Vorsitz Kuba seit 2006	(seit 1970)		
OECD	1,15%	3,120	BKA
Paris; Angel Gurria (Mexiko) 2006-2011			
OPEC	freiw. Beitrag	0,539	BMeiA
Wien; Abdalla Salem El-Badri (Libyen) seit 2007			

Österreich in internationalen Organisationen

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2007 in Mio. Euro	Ressort
UNIDROIT Rom; Bernardino Libonati (Italien) seit 1995	1,179%	0,026	BMJ, BMeiA
Wassenaar Arrangement Wien Sune Danielsson (Schweden) seit 2002	0,92%	0,013	BMeiA
WTO Genf Pascal Lamy (Frankreich) 2005-2009	1,4%	1,650	BMWA
Gesamt		6,191	

B.2. Netzwerke, Internationale NGOs sowie Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2007 in Mio. Euro	Ressort
ADEA Paris Dzingai Mutumbuka (Simbabwe)	freiw. Beitr.	0,039	BMeiA
ASEF (Asia-Europe Foundation) Singapur Wonil CHO (Südkorea) seit 2004	freiw. Beitr.	0,700	BMeiA
IIASA Laxenburg Leen Hordijk (Niederlande) seit 2002	4,5%	0,600	BMWF
IKRK Genf Jakob Kellenberger (Schweiz) seit 1999	freiw. Beitr.	0,650	BMeiA
JPO	freiw. Beitr.	1,552	BMeiA
Gesamt		3,541	

*Anhang***C. Europa**

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2007 in Mio. Euro	Ressort
Aarhus Übereinkommen Genf Jeremy Wates (Großbritannien) seit 2002	freiw. Beitr.	0,010	BMLFUW
CERN Genf Robert Aymar (Frankreich) 2004-2008	2,18%	14,000	BMWF
Donaukommission Budapest Danail Nedialkov (Bulgarien) 1999-2007	9,09%	0,170	BMeiA
EAPC Brüssel Jaap de Hoop Scheffer (Niederlande) seit 1999	Mitglied (1997)	keine Beiträge	BMeiA
ECSEE Wien Slavtcho Neykov (Bulgarien) seit 2006	3,67%	0,075	BMWA
Europarat Strassburg Terry Davis (Großbritannien) seit 2004	1,84%	4,350	BMeiA
ESA Paris Jean-Jaques Dordain (Frankreich)	1,075%	33,600	BMVIT
EU Brüssel Präsidentschaft Deutschland (Jänner–Juni) Portugal (Juli–Dezember) EG EAG	2,22%	2.188,000	BMF

Österreich in internationalen Organisationen

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2007 in Mio. Euro	Ressort
EUMETSAT Darmstadt Lars Prahm (Dänemark) seit 2004	2,2%	3,600	BMVIT
EUREKA Brüssel Luuk Borg (Niederlande) seit 2007	1,55%	0,052	BMWA, WKÖ
EUROPOL Den Haag Max Peter Ratzel (Deutschland) seit 2005	2,22%	1,186	BMI
EUTELSAT (Regierungsorganisation zu EUTELSAT S.A.), Paris Christian Roisse (Frankreich) 2005-2009		keine Beiträge	BMVIT
IKSD Wien Philip Weller (Großbritannien) seit 2003	9,717%	0,097	BMLFUW
IKSR Koblenz Ben van de Wetering (Niederlande) seit 2007	freiw. Beitr.	0,006	BMLFUW
Karpatenkonvention Wien Harald Egerer (Österreich), interim.	freiw. Beitr.	0,104	BMLFUW
LRTAP Übereinkommen Genf Kaj Barlund (Finnland)	2,0682%	0,034	BMLFUW
NATO/PfP Brüssel Jaap de Hoop Scheffer (Niederlande) seit 1999	Teilnehmer (seit 1995)	keine Beiträge	BMeiA, BMLV, BMI

Anhang

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2007 in Mio. Euro	Ressort
OSZE Wien Vorsitz 2007: Spanien Leiter: Marc Perrin de Brichambaut (Frankreich)	2,51% für Sekretariat und Institutionen bzw. 2,16% bei Feldmissionen	4,647*	BMeiA
OSZE/BDIMR Warschau Christian Strohal (Österreich) seit 2003	2,51%	0,200	BMeiA
WEU Brüssel Javier Solana (Spanien) seit 1999	Beobachter	keine Beiträge	BMeiA, BMLV
ZKR Strassburg Jean-Marie Wöhring (Frankreich) 1998-2010	Beobachter	keine Beiträge	BMVIT
Gesamt		2.250,131	

D. Internationale Gerichtshöfe und Ständiger Schiedshof

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget	Beitrag 2007 in Mio. Euro	Ressort
ICTR Arusha Erik Møse (Norwegen) seit 2003	0,887%	0,896	BMeiA, BMJ
ICTY Den Haag Fausto Pocar (Italien) seit 2005	0,887%	1,078	BMeiA, BMJ
IStGH Den Haag Philippe Kirsch (Kanada) seit 2003	1,321%	1,225	BMeiA, BMJ

* + Gehälter für ÖsterreicherInnen bei OSZE-Missionen 0,437
+ freiwillige Projektfinanzierungen 0,768
+ Entsendungen von WahlbeobachterInnen 0,100

Österreich in internationalen Organisationen

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamt- budget	Beitrag 2007 in Mio. Euro	Ressort
ITLOS Hamburg Rüdiger Wolfrum (Deutschland) 2005-2008	1,208%	0,103	BMeiA, BMWA
Ständiger Schiedshof Den Haag Tjaco van den Hout (Niederlande) 2004-2009	0,647%	0,005	BMeiA
Gesamt		3,307	

E. Internationale Finanzinstitutionen

Organisation Sitz Leiter	österr. VertreterInnen in den Institutionen	Anteil am Gesamtkapital der Institutionen***	Kapitalanteil 2007 in Mio. Euro***	Ressort
ADB Manila Haruhiko Kuroda (Japan) seit 2004	2001-2004 2008-2016	0,341%	123,042	BMF
AfDB Tunis Donald Kaberuka (Ruanda) seit 2005	2005-2008 2009-2013 2014-2017	0,445%	103,902	BMF
AfDF Tunis Donald Kaberuka (Ruanda) seit 2005	2008-2010 2013-2014	1,385%	226,375	BMF
CFC Amsterdam Ali Mchumo (Tansania) seit 2004	ständig (non-resident)	1,342%	1,379	BMF
CGIAR** Washington D.C. Katherine Sierra (USA) seit 2006		0,395%	20,650	BMF
EBRD London Jean Lemiere (Frankreich) seit 2000	ständig	2,280%	456,000	BMF
EDF Brüssel		2,650%	705,960	BMF

Anhang

Organisation Sitz Leiter	österr. Vertreter- innen in den Institutionen	Anteil am Gesamtkapital der Institutio- nen***	Kapitalanteil 2007 in Mio. Euro***	Ressort
EIB Philippe Maystadt (Belgien) seit 2000	ständig	2,241%	3.666,970	BMF
GEF Washington D.C. Monique Barbut (Frankreich) seit 2006	ständig	1,402%	77,678	BMF
IBRD* Washington D.C. Robert B. Zoellick (USA) seit 2007	ständig	0,703%	906,596	BMF
IDA* Robert B. Zoellick (USA) seit 2007	ständig	0,862%	986,828	BMF
IDB Washington D.C. Alberto Moreno (Kolumbien) seit 2005	2003-2010	0,159%	109,088	BMF
IFAD* Rom Lennart Båge (Schweden) seit 2001	2003-2005	0,891%	29,080	BMF
IFC* Washington D.C. Robert B. Zoellick (USA) seit 2007	ständig	0,835%	13,410	BMF
IIC Washington D.C. Alberto Moreno (Kolumbien) seit 2005	2004-2006	0,490%	2,344	BMF
IMF* Washington D.C. Dominique Strass-Kahn (Frankreich) seit 2007	ständig	0,864%	2.009,848	OeNB
MIGA** Washington D.C. Robert B. Zoellick (USA) seit 2007		0,784%	10,040	BMF
Gesamt			9.449,190	

* Sonderorganisationen der Vereinten Nationen

** Mit der Weltbank-Gruppe assoziierte Organisationen

*** Daten zum Stichtag der jeweils letztbeschlossenen Bilanz

*Österreich in internationalen Organisationen***2. Friedenserhaltende Missionen****A. Finanzielle Beitragsleistungen**

Mission	Anteil am Gesamtbudget	Beitrag 2007 in Mio. Euro
MINURSO	0,887%	0,347
MINUSTAH	0,887%	4,752
MONUC	0,887%	6,592
ONUB	0,887%	0,127
UNDOF	0,887%	0,232
UNFICYP	0,887%	0,152
UNIFIL	0,887%	7,469
UNMEE	0,887%	0,574
UNMIK	0,887%	1,953
UNMIL	0,887%	5,029
UNMIS	0,887%	6,980
UNMIT	0,887%	1,854
UNOCI	0,887%	3,288
UNOMIG	0,887%	0,248
Gesamt		39,597

*Anhang***B. Entsendung von Personal**

Seit 1960 war Österreich an mehr als 50 Missionen der VN, OSZE und EU beteiligt. Die Rekrutierung von TeilnehmerInnen erfolgte durch das Bundesministerium für Landesverteidigung (Truppenkontingente und MilitärbeobachterInnen), das Bundesministerium für Inneres (zivile PolizeibeobachterInnen), das Bundesministerium für Finanzen (SanktionenmonitorInnen), das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (zivile BeobachterInnen und WahlbeobachterInnen) sowie die zuständigen Fachressorts (ExpertInnen). Die folgende Aufstellung enthält im Jahr 2007 effektive Entsendungen:

Mission	Einsatz	Höchchststärke
JIPTC	seit 2003	3 PolizistInnen
EUFOR-Althea	seit 2004	280 SoldatInnen
EU Unterstützungsaktion von AMIS	seit 2005	1 RechtsexpertIn
EUSEC RD Congo	seit 2007	2 SoldatInnen
EUMM	seit 1995	6 Monitore und Stabsmitglieder
EUPM	seit 2003	5 PolizistInnen
AUSTAFF/ISAF	Seit 2004	4 Stabsangehörige
KFOR	seit 1999	570 SoldatInnen
EUPOL COPPS	seit 2006	2 PolizistInnen 1 ExpertIn BMJ
OSZE	OSZE-Feldoperationen	27 ExpertInnen
	Wahlbeobachtungen (Serbien, Albanien, Armenien, Kroatien, Kasachstan, Ukraine, Kirgistan, Usbekistan)	45 KurzzeitbeobachterInnen 4 LangzeitbeobachterInnen
RACVIAC	seit 1999	2 Stabsoffiziere
ICTY	seit 1998	1 PolizistIn
MINURSO seit 1991	seit 1991	2 MilitärbeobachterInnen
UNDOF seit 1974 (AUSBATT-Golanhöhen)	seit 1974	Infanteriebataillon mit 380 SoldatInnen
UNFICYP seit 1964	seit 1972	5 Stabsangehörige

Österreich in internationalen Organisationen

Mission	Einsatz	Höchststärke
UNMEE seit 2000	seit 2000	2 MilitärbeobachterInnen
UNMIK seit 1999	seit 1999	22 PolizistInnen
UNMIN seit 2007	seit 2007	2 MilitärbeobachterInnen
UNOMIG seit 1993	seit 1994	2 MilitärbeobachterInnen
UNOWA seit 2002	seit 2006	1 stellvertretende/r MilitärbeobachterIn
UNTSO seit 1948	seit 1967	7 MilitärbeobachterInnen

*Anhang***VII. Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien****1. Hauptausschuss des Nationalrates (27 Mitglieder)**

Stand: 31. Dezember

Obfrau: Prammer Barbara, Mag.
 ObfraustellvertreterIn: Spindelegger Michael, Dr.
 Glawischnig-Piesczek Eva, Dr.
 SchriftführerIn: Murauer Walter
 Hlavac Elisabeth, Dr.
 Rosenkranz Barbara

Mitglieder

SPÖ: (10) Cap Josef, Dr.
 Csörgits Renate
 Fazekas Hannes
 Grossmann Elisabeth, Mag.
 Hagenhofer Marianne
 Heinzl Anton
 Hlavac Elisabeth, Dr.
 Niederwieser Erwin, DDr.
 Prammer Barbara, Mag.
 Schieder Andreas, Mag.

ÖVP: (10) Donabauer Karl
 Grillitsch Fritz
 Großruck Wolfgang
 Ikrath Peter Michael, Mag.
 Morak Franz
 Murauer Walter
 Neugebauer Fritz
 Schittenhelm Dorothea
 Schüssel Wolfgang, Dr.
 Spindelegger Michael, Dr.

GRÜNE : (3) Glawischnig-Piesczek Eva, Dr.
 Lunacek Ulrike, Mag.
 Van der Bellen Alexander, Dr.

FPÖ: (3) Fichtenbauer Peter, Dr.
 Rosenkranz Barbara
 Strache Heinz-Christian

BZÖ: (1) Westenthaler Peter, Ing.

*Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien***2. Außenpolitischer Ausschuss des Nationalrates (27 Mitglieder)**

Stand: 31. Dezember

Obmann: Schieder Andreas, Mag.
 ObmannstellvertreterIn: Großruck Wolfgang
 Lunacek Ulrike, Mag.
 Bösch Reinhard Eugen, Dr.
 Cap Josef, Dr.
 SchriftführerIn: Donabauer Karl
 Pilz Peter, Dr.
 Muttonen Christine, Mag.

	Mitglieder	Ersatzmitglieder
SPÖ: (10)	Bayr Petra Cap Josef, Dr. Gartlehner Kurt, Ing. Grossmann Elisabeth, Mag. Hagenhofer Marianne Heinzl Anton Muttonen Christine, Mag. Parnigoni Rudolf Schieder Andreas, Mag. Wurm Gisela, Mag.	Bauer Hannes, Dipl.-Kfm. Dr. Broukal Josef Ehmann Michael Hlavac Elisabeth, Dr. Hursky Christian Kräuter Günther, Dr. Kuntzl Andrea, Mag. Marizzi Peter Oberhauser Sabine, Dr. Rinner Sylvia
ÖVP: (10)	Amon Werner, MBA Donabauer Karl Fuhrmann Silvia Glaser Franz Großruck Wolfgang Hakl Karin, Mag. Murauer Walter Rädler Johann Rauch-Kallat Maria Schüssel Wolfgang, Dr.	Eßl Franz Franz Anna Kapeller Norbert, Ing. Kößl Günter Maier Ferdinand, Dr. Mitterlehner Reinhold, Dr. Morak Franz Schultes Hermann, Ing. Steibl Ridi Tamandl Gabriele
GRÜNE: (3)	Lunacek Ulrike, Mag. Pilz Peter, Dr. Van der Bellen Alexander, Dr.	Lichtenecker Ruperta, Dr. Öllinger Karl Weinzinger Brigid, Mag.
FPÖ: (3)	Bösch Reinhard Eugen, Dr. Fichtenbauer Peter, Dr. Kurzmann Gerhard, Dr.	Hauser Gerald, Mag. Neubauer Werner Vilimsky Harald
BZÖ: (1)	Scheibner Herbert	Bucher Josef

*Anhang***3. Ständiger Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union (17 Mitglieder)**

Stand: 31. Dezember

Obmann: Spindelegger Michael, Dr.
 ObmannstellvertreterIn: Grossmann Elisabeth, Mag.
 Donabauer Karl
 Hagenhofer Marianne
 SchriftführerIn: Hlavac Elisabeth, Dr.
 Stummvoll Günter, Dipl.-Kfm. Dr.
 Schieder Andreas, Mag.

Mitglieder**Ersatzmitglieder**

SPÖ: (6)	Grossmann Elisabeth, Mag. Haberzettl Wilhelm Hagenhofer Marianne Hlavac Elisabeth, Dr. Schieder Andreas, Mag.	Maier Johann, Mag. Niederwieser Erwin, DDr. Lohfeyer Rosa, Mag. Kirchgatterer Franz Ehmann Michael Wittmann Peter, Dr.
ÖVP: (6)	Donabauer Karl Schittenhelm Dorothea Karl Beatrix, Mag. Dr. Schüssel Wolfgang, Dr. Spindelegger Michael, Dr. Stummvoll Günter, Dipl.-Kfm. Dr.	Fuhrmann Silvia Grillitsch Fritz Großruck Wolfgang Hakl Karin, Mag. Kapeller Norbert, Ing. Mitterlehner Reinhold, Dr.
GRÜNE: (2)	Lunacek Ulrike, Mag. Pirkhuber Wolfgang, Dipl.-Ing. Dr.	Sburny Michaela Schatz Birgit, Mag.
FPÖ: (2)	Kurzmann Gerhard, Dr. Bösch Reinhard Eugen, Dr.	Fichtenbauer Peter, Dr. Vilimsky Harald
BZÖ: (1)	Scheibner Herbert	Dolinschek Sigisbert

*Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien***4. Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates
(14 Mitglieder)**

Stand: 31. Dezember

Vorsitzender: Ager Hans
 Vorsitzender-StellvertreterIn: Konecny Albrecht
 Roth-Halvax Sissy
 Schriftführer: Todt Reinhard
 Bader Karl

	Mitglieder	Ersatzmitglieder
SPÖ: (7)	Beer Wolfgang Boden Karl Gumplmaier Erich, Dr. Haselbach Anna Elisabeth Konecny Albrecht Todt Reinhard Wiesenegg Helmut	Einwallner Reinhold, Ing. Gruber Manfred Hladny Waltraut Kalina Josef Mosbacher Maria Reisenberger Harald Schimböck Wolfgang
ÖVP: (6)	Ager Hans Bader Karl Himmer Harald, Mag. Kritzinger Helmut Kühnel Franz Eduard, Dr. Roth-Halvax Sissy	Baier Bernhard, Mag. Fröhlich Christine Perhab Franz Schnider Andreas, Dr. Schöls Alfred Spiegelfeld-Schneeberg Georg, Dr.
GRÜNE: (1)	Schennach Stefan	Konrad Eva

5. EU-Ausschuss des Bundesrates (14 Mitglieder)

Stand: 31. Dezember

Vorsitzender: Kneifel Gottfried (O)
 Vorsitzender-Stellvertreter: Konecny Albrecht (W)
 Weiss Jürgen (Vbg)
 Schriftführer: Preiner Erwin (B)
 Winterauer Reinhard (O)

	Mitglieder	Ersatzmitglieder
SPÖ: (7)	Gumplmaier Erich, Dr. (O) Kaltenbacher Günther (St) Konecny Albrecht (W) Neuwirth Susanne, Mag. (S) Preiner Erwin (B)	Blatnik Ana (K) Gruber Manfred (S) Hladny Waltraut (St) Mosbacher Maria (St) Reisenberger Harald (W)

Anhang

	Todt Reinhard (W)	Seitner Renate (N)
	Winterauer Reinhard (O)	Stadler Werner (O)
ÖVP: (6)	Ager Hans (T)	Jany Reinhard (B)
	Kneifel Gottfried (O)	Köberl Günther (St)
	Kühnel Franz Eduard, Dr. (W)	Mayer Edgar (V)
	Perhab Franz (St)	Roth-Halvax Sissy (N)
	Weiss Jürgen (V)	Schnider Andreas, Dr. (St)
	Zwazl Sonja (N)	Tiefnig Ferdinand (O)
GRÜNE: (1)	Konrad Eva (T)	Schennach Stefan (W)

6. Österreichische Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates (6 Mitglieder)

Stand: 31. Dezember

Ordentliche Mitglieder:

Wurm Gisela, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ), Delegationsleiterin
Donabauer Karl	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Himmer Harald, Mag.	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Konecny Albrecht, Prof.	Mitglied des Bundesrates (SPÖ)
Muttonen Christine, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Neugebauer Fritz	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)

Ersatzmitglieder:

Ager Hans	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Hakl Karin, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (ÖVP)
Kurzmann Gerhard, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Mitterer Peter	Mitglied des Bundesrates (BZÖ)
Sburny Michaela	Abgeordnete zum Nationalrat (GRÜNE)
Schieder Andreas, Mag.	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)

*Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien***7. Österreichische Delegation zur Parlamentarischen
Versammlung der OSZE (6 Mitglieder)**

Stand: 31. Dezember

Prammer Barbara, Mag.	Präsidentin des Nationalrates (SPÖ), Delegationsleiterin
Konecny Albrecht K., Prof.	Bundesrat (SPÖ)
Großruck Wolfgang, Bgm.	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Karl Öllinger	Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)
Kurzmann Gerhard, Dr.	Abgeordnete zum Nationalrat (FPÖ)
Dolinschek Sigisbert	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)

**8. Österreichische Mitglieder des Europäischen Parlaments
(18 Mitglieder)**

Stand: 31. Dezember

Karas Othmar, Mag.	Europäische Volkspartei; Delegationsleiter, Stv. Vorsitzender und Schatzmeister der Fraktion der Europäischen Volkspartei
Pirker, Hubert, Dr.	Europäische Volkspartei; Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zu der Koreanischen Halbinsel
Rack Reinhard, Univ.-Prof. Dr.	Europäische Volkspartei
Rübig Paul, Dr.	Europäische Volkspartei
Schierhuber Agnes	Europäische Volkspartei
Seeber Richard, Dr.	Europäische Volkspartei
Swoboda Hannes, Dr.	Sozialdemokratische Fraktion; Delegationsleiter, Stv. Vorsitzender der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPE Fraktion, Stv. Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südosteuropas
Bulfon, Wolfgang	Sozialdemokratische Fraktion

Anhang

Bösch Herbert, Mag.	Sozialdemokratische Fraktion; Stv. Vorsitzender des Haushaltskontroll- ausschusses
Ettl Harald, Ing.	Sozialdemokratische Fraktion
Leichtfried Jörg, Mag.	Sozialdemokratische Fraktion
Prets Christa	Sozialdemokratische Fraktion; Stv. Vorsitzende der Delegation für die Beziehungen zum Iran
Scheele Karin, Mag.	Sozialdemokratische Fraktion
Lichtenberger Evelin, Dr.	Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz
Voggenhuber Johannes	Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz; Stv. Vorsitzender des Konstituti- onellen Ausschusses
Resetarits Karin	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa; Stv. Vorsitzende der Delegation für die Beziehungen zu Japan
Martin Hans-Peter, Dr.	Fraktionslos
Mölzer Andreas	Fraktionslos

9. Nationaler Sicherheitsrat

Stand: 31. Dezember

Stimmberechtigte Mitglieder:

Gusenbauer Alfred, Dr.	Bundeskanzler
Molterer Wilhelm, Mag.	Vizekanzler
Plassnik Ursula, Dr.	Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten
Darabos Norbert, Mag.	Bundesminister für Landesverteidigung
Platter Günther	Bundesminister für Inneres
Berger Maria, Dr.	Bundesministerin für Justiz
Prammer Barbara, Mag.	Nationalratspräsidentin (SPÖ)
Prähauser Stefan	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Cap Josef, Dr.	Klubobmann (SPÖ)
Spindelegger Michael, Dr.	Zweiter Nationalratspräsident (ÖVP)
Schüssel Wolfgang Dr.	Klubobmann (ÖVP)

Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien

Murauer Walter	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Van der Bellen Alexander, Dr.	Klubobmann (GRÜNE)
Pilz Peter, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)
Strache Heinz-Christian	Klubobmann (FPÖ)
Fichtenbauer Peter, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Scheibner Herbert	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Dolinschek Sigisbert	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)

Mitglieder mit beratender Stimme:

Voves Franz, Mag.	Landeshauptmann der Steiermark Vertreter der Landeshauptleutekonferenz
Pollitzer René, Botschafter Dr.	Kabinettsdirektor, Präsidentschaftskanzlei
Kyrle Johannes, Botschafter Dr.	Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten
Ertl Roland, General	Generalstabschef
Buxbaum Erik, Dr.	Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit
Wrabetz Bernhard, Botschafter Mag.	Bundeskanzleramt
Birklbauer Lorenz, Mag.	Büro Vizekanzler
Mayr-Harting Thomas, Botschafter Dr.	Politischer Direktor, Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Pucher Johann, Generalmajor Mag.	Leiter der Direktion für Sicherheitspolitik, Bundesministerium für Landesverteidigung

Ersatzmitglieder:

Stadlbauer Bettina	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Schieder Andreas, Mag.	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Konecny Albrecht, Prof.	Mitglied des Bundesrates (SPÖ)
Stummvoll Günther, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Bieringer Ludwig	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Donabauer Karl	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Lunaczek Ulrike, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (GRÜNE)
Weinzinger Brigid, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (GRÜNE)
Bösch Reinhard Eugen, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)

Anhang

Vilimsky Harald

Darmann Gernot, Mag.

Bucher Josef

Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)

Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)

Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)

Österreich in Zahlen 1950 bis 2007

Österreich in Zahlen 1950 bis 2007

Gegenstand, Einheit	1950	1970	1990	2000	2006	2007
Bevölkerungsstand, in 1.000	6.935	7.467	7.729	8.110	8.266 ⁹⁾	8.299 ¹²⁾
darunter Ausländer, in 1.000	323 ²⁾	183	456	758	814 ⁹⁾	826 ¹²⁾
darunter männlich	421 ⁹⁾	425 ¹²⁾
weiblich	393 ⁹⁾	401 ¹²⁾
Lebenserwartung, in Jahren, männlich	61,9	66,5	72,3	75,4	77,1	77,3
weiblich	67,0	73,4	78,9	81,2	82,7	82,9
Unselbständig Beschäftigte, in 1.000 ¹⁰⁾	1.941	2.387	2.929	3.133	3.278	3.341
Wochenarbeitszeit, effektiv, Unselbständige ¹¹⁾	.	40,8	36,7	35,5	33,1	33,0
Arbeitslosenquote ³⁾	6,0	2,4	5,4	5,8	6,8	6,2
Bruttoinlandsprodukt, lfd. Preise, in Mrd.S ¹⁸⁾	51,9	375,9	1.813,5	207,0	257,9	272,8
Wirtschaftswachstum, in %	12,4	7,1	4,6	3,5	3,3	3,4
Offizielle Währungsreserven, in Mrd.S ³⁾	.	47	138	18,9	10,6	10,8
Verbraucherpreisindex, Ø 1966 = 100	47,9	115,0	298,6	375,4	421,2	430,4
Tariflohnindex, Ø 1966 = 100	32,4	131,1	507,6	716,9	826,1	846,1
Index der Industrieproduktion, Ø 1981 = 100 ⁶⁾	19,2	68,3	133,4	.	.	.
Produktion je Beschäftigten, Ø 1981 = 100 ⁶⁾	25,7	66,4	153,3	.	.	.
Produktionsindex, Ø 1995 = 100; 2000=100	.	.	.	132,6	126,6	135,1 ⁷⁾
Beschäftigtenindex, Ø 1995 = 100; 2000=100	.	.	.	96,8	97,2	99,6 ⁷⁾
Energetischer Endverbrauch, in Petajoule	.	617	833	949,7	1.093	.
Brotgetreide, durchschnittlicher Ertrag pro ha, 100 kg	16,5	28,5	48,4	43,2	47,8	46,7

Quelle: Statistik Österreich, Oesterreichische Nationalbank, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Hauptverband der Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich.

. = Keine Daten vorhanden. –¹⁾ Prognose bzw. Schätzung. –²⁾ Volkszählung 1951. –³⁾ AMS-Vorgemerkte Arbeitslose in Prozent des Arbeitskräfteangebotes der Unselbständigen (unselbständig Erwerbstätige + vorgemerkte Arbeitslose). –⁴⁾ Ab 1990 entsprechend dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG, 2. Auflage); davor SNA 1968; ab 1995 gemäß ESVG 95. –⁵⁾ Seit 1997 neues Konzept gemäß IWF. –⁶⁾ Bruch in der Zeitreihe seit 1995 neue Indizes im Sachgüterbereich. –⁷⁾ Häuser- und Wohnungszählung 1971, 1981 bzw. 1991, Mikrozensus. –⁸⁾ ab 2000 in Mrd. Euro. –⁹⁾ Stand 1.1.2006. –¹⁰⁾ lt. Hauptverband der Sozialversicherungsträger. –¹¹⁾ in Haupttätigkeit, Mikrozensus Jahresdurchschnitte. –¹²⁾ Stand 1.1.2007

Anhang

Wirtschafts- und Sozialstatistik – internationaler Vergleich

Länder	Brutto- inlands- produkt (BIP) je Einwohner 2006 in EUR ¹⁾	Wirtschafts- Wachstum ²⁾		Anteil des Leistungsbilanz- saldos am BIP ³⁾		Einfuhr ⁴⁾		Ausfuhr ⁴⁾		Exportanteile ⁵⁾ am BIP	
		2006 ³⁾	2007 ³⁾	2006	2007 ³⁾	2005	2006	2005	2006	2005	2006
		in %		in Mrd. US-\$		in %					
Belgien	29.100	3,2	2,3	2,7	2,6	318,7	351,9	335,8	366,9	86,6	87,7
Bulgarien	8.400	6,1	6,1	.	.	18,2	23,3	11,7	15,1	60,2	64,5
Dänemark	30.000	3,2	2,3	2,4	1,2	74,2	85,1	83,6	91,7	49,2	51,8
Deutschland	27.100	2,7	2,5	4,9	6,0	780,4	919,1	977,9	1125,8	40,9	45,1
Estland	15.900	11,4	8,7	.	.	10,1	11,9	7,7	8,8	79,0	79,4
Finnland	27.700	5,5	3,1	5,1	6,0	58,5	69,4	65,2	77,3	41,8	45,2
Frankreich	26.300	2,2	2,4	-1,3	-1,3	485,4	538,3	444,2	489,8	26,1	26,8
Griechenland	20.800	4,3	3,7	-11,1	-11,9	49,8	59,1	15,5	20,2	21,7	21,9
Irland	34.100	6,0	5,0	-4,2	-4,0	69,2	83,7	109,6	104,9	81,8	80,0
Italien	24.400	1,9	1,9	-2,6	-2,0	384,8	440,8	372,9	416,1	26,0	27,8
Lettland	12.800	11,9	9,6	.	.	8,6	11,4	5,1	5,9	47,8	44,9
Litauen	13.500	7,5	7,3	.	.	15,5	19,4	11,8	14,1	58,1	59,7
Luxemburg	63.000	6,2	5,0	10,3	11,0	17,6	19,4	12,7	14,2	156,1	166,1
Malta	17.100	3,3	3,0	.	.	3,8	4,7	2,4	2,7	77,7	87,6
Niederlande	30.900	2,8	2,8	8,6	6,9	310,6	357,9	349,8	399,6	69,8	73,2
Norwegen**	47.207	2,9	3,4	16,4	15,4	54,8	63,4	101,9	120,5	44,6	46,5
Österreich	30.200	3,1	2,9	2,4	3,2	120,1	134,3	117,9	134,1	53,4	56,1
Polen	12.500	5,8	6,1	.	.	100,8	127,3	89,2	110,9	37,1	40,3
Portugal	17.100	1,3	1,8	-9,4	-8,1	53,4	65,6	32,2	42,9	28,5	31,2
Rumänien	8.800	7,7	6,7	.	.	40,5	51,1	27,7	32,3	33,2	32,3
Schweden	28.500	4,4	3,8	7,1	7,0	111,2	126,6	130,2	147,2	48,7	51,4
Schweiz**	35.650	3,2	2,7	15,1	15,8	119,8	132,0	126,1	141,7	48,8	52,5
Slowakei	14.600	8,3	8,5	.	.	36,2	47,4	32,0	41,9	76,3	84,4
Slowenien	20.500	5,2	4,3	.	.	19,6	23,0	17,9	21,0	63,0	67,4
Spanien	24.000	3,9	3,7	-8,6	-9,8	287,6	326,0	191,0	213,3	25,7	26,0

Wirtschafts- und Sozialstatistik – internationaler Vergleich

Länder	Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner 2006 in EUR ¹⁾	Wirtschaftswachstum ²⁾		Anteil des Leistungsbilanzsaldos am BIP ³⁾		Einfuhr ⁴⁾		Ausfuhr ⁴⁾		Exportanteile ⁵⁾ am BIP	
		in %		in %		in Mrd. US-\$		in Mrd. US-\$		in %	
		2006 ⁶⁾	2007 ⁶⁾	2006	2007 ⁶⁾	2005	2006	2005	2006	2005	2006
Tschech. Rep.	18.700	6,0	4,9	.	.	76,3	93,5	78,0	95,2	72,2	75,8
Ungarn	15.600	3,9	2,4	.	.	65,8	77,2	62,2	74,2	66,3	77,8
Vereinigtes Königreich	28.800	2,8	2,8	-3,1	-2,9	483,0	547,5	371,4	428,4	26,5	28,4
Zypern	21.700	3,8	3,8	.	.	6,3	7,0	1,3	1,2	48,3	48,2
EU 25	24.500	37,3	39,7
EU27	.	3,0	2,9	37,4	39,7
Japan**	30.773	2,2	1,9	3,9	4,7	514,9	579,9	594,9	649,9	14,3	.
Vereinigte Staaten**	47.789	2,9	2,2	-6,2	-5,6	0	0	907,0	0	10,5	11,1
OECD insgesamt	.	.	.	-1,8	-1,4

1) Zu laufenden Preisen und KKP; Q: Eurostat – 2) Veränderung des realen BIP zum Vorjahr; Q: OECD Economic Outlook, Eurostat – 3) Q: OECD, WIFO. – 4) Generalhandel (Waren- inkl. Lagerverkehr) für Dänemark, Finnland, Irland, Norwegen, Schweden, Vereinigtes Königreich, Japan und USA; sonst Spezialhandel (Waren- exkl. Lagerverkehr). Hochrechnung aus Monatsdurchschnittswerten lt. OECD. – 5) Waren und Dienstleistungen zu laufenden Preisen nach ESVG 1995. Q: Eurostat, New Chronos; Schweiz und OECD gesamt, Q: Main Economic Indicators. – 6) Prognose. –) Vorläufig

Anhang

Länder	Arbeitslosenquote ¹⁾			Jugend- arbeits- losen quote ²⁾	Anteil Langzeit- arbeitsloser an allen Arbeits- losen ³⁾	Steigerung des Verbraucherpreises gegenüber Vorjahr ⁴⁾				Anteil der Umwelt- schutzausgaben am BIP 2007 ⁵⁾ (öffentlicher und privater Sektor ⁶⁾)		
	1995	2006	2007			1995	2006	2007	2007	2007	insgesamt	dar. öffentl. Sektor
	in %											
Belgien	9,7	8,2	7,5	18,8	50,4	1,4	1,8	1,9	1,8	1,1	0,7	
Bulgarien			6,9	15,1	58,8				8,4	7,6		
Dänemark	6,8	3,9	3,8	7,9	16,2	2,1	1,9	1,7	1,7	1,8	1,4	
Deutschland	8,0	8,4	8,6	11,9	56,6	1,7	1,6	2,3	2,3	1,6	1,3	
Estland		5,9	4,7	10,0	49,5		4,4	6,6	6,7			
Finnland	15,4	7,8	6,9	16,5	22,9	0,8	1,5	2,5	1,6	1,0	0,5	
Frankreich	11,1	9,4	7,9	18,7	40,2	1,8	1,6	1,5	1,6	1,3	0,6	
Griechenland	9,0	8,9	8,3	22,9	50,0	9,0	3,2	2,9	3,0		0,5	
Inland	12,3	4,4	4,6	9,1	30,0	2,6	3,9	4,9	2,9	0,6	0,4	
Italien	11,2	6,8	6,1	20,3	47,4	5,3	2,1	1,8	2,0	1,4	0,8	
Lettland		6,8	6,0	10,7	26,4		6,5	10,1	10,1			
Litauen		5,6	4,3	8,2	32,0		3,8	5,7	5,8			
Luxemburg	2,9	4,7	4,1	15,2	28,7	1,9	2,7	2,3	2,7		0,6	
Malta		7,4	6,5	13,3	41,0		3,1		0,7			
Niederlande	6,6	3,9	3,2	5,9	39,4	1,9	1,1	1,7	1,6	2,1	1,1	
Norwegen	5,4	3,5	2,5	7,4		2,4	2,3	0,7		1,5	0,6	
Österreich	3,9	4,8	4,4	8,7	26,8	2,3	1,4	2,1	2,2	2,0	1,1	
Polen		13,8	9,6	21,7	51,3		1,0	2,5	2,6	1,5	0,8	
Portugal	7,3	7,7	8,0	16,6	47,1	4,2	3,1	2,4	2,4	0,6	0,4	
Rumänien			6,4	20,1	50,0			4,8	4,9			
Schweden	8,8	7,0	6,2	19,3	13,8	2,4	1,4	2,2	1,7	1,1	0,3	
Schweiz	3,5	4,0	3,6	7,1	39,0	1,8	1,1	0,8		1,1	0,7	
Slowakei		13,4	11,1	20,3	74,2		4,5	2,8	1,9	0,8	0,1	
Slowenien		6,0	4,8	10,1	45,7		2,5	2,6	3,8			
Spanien	18,4	8,6	8,3	18,2	20,4	4,6	3,5	2,8	2,8	0,8	0,6	

Wirtschafts- und Sozialstatistik – internationaler Vergleich

Länder	Arbeitslosenquote ¹⁾		Jugend-arbeitslosen quote ²⁾	Anteil Langzeit-arbeitsloser an allen Arbeitslosen ³⁾	Steigerung des Verbraucherpreises gegentüber Vorjahr ⁴⁾			Anteil der Umwelt-schutzausgaben am BIP 2007 öffentlicher und privater Sektor ⁵⁾			
	1995	2006			2007	1995	2006	2007	in %	dar. öffentl. Sektor	
	in %										
Tschech. Rep.	.	7,1	5,3	10,7	52,2	.	2,5	2,8	3,0	0,6	0,3
Ungarn	.	7,5	7,4	18,0	46,8	.	3,9	8,0	7,9	1,5	0,6
Vereinigtes Königreich	8,5	5,3	5,2	14,4	23,9	2,7	2,3	2,3	2,3	0,6	0,4
Zypern	.	4,7	3,9	10,2	18,6	.	2,5	2,4	2,2	.	.
EU 25											
EVPI/EU 27											
Japan	3,1	4,1	3,9	7,7	42,8	-0,1	0,3	0,0	2,3	1,4	0,4
Vereinigte Staaten	5,6	4,6	4,6	10,5 ⁷⁾	.	2,8	3,3	2,8	.	.	.
OECD insgesamt	42,3

¹⁾ Arbeitslose lt. LFS in Prozent der Erwerbspersonen (ohne Militär); USA, Japan in Prozent aller Erwerbspersonen. Q: Eurostat, New Cronos, OECD, Main Economic Indicators, Japan u. USA: nach generellen Grundsätzen der ILO - Konzepte durch OECD für NICHT-EU-Länder adaptiert. – ²⁾ Q.: Eurostat. – ³⁾ Anteil der Arbeitslosen mit Dauer 12 Monate oder länger an allen Arbeitslosen, Q.: Eurostat. – ⁴⁾ Q.: OECD; Nationale Indizes 1995-2006 Q.: Stat. Ämter, Statistik Österreich, vorläufige Werte; HVPI 2006 Q.: Eurostat, Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ⁵⁾ Q.: OECD-Pollution Abatement and Control Expenditure in OECD Countries (2007). – ⁶⁾ 2002. – ⁷⁾ 2. Quartal 2006. – vorläufig. –

Anhang

Länder	Effektive Arbeitszeit ¹⁾		Erwerbstätigen quote ²⁾				Lebenserwartung in Jahren ³⁾				Säuglingssterblichkeit ⁴⁾		Lebendgeborene auf 1.000 Einwohner				Sterbefälle	
	Std./Woche	2007	2007		1995		2006		1995	2006	1995	2006	1995	2006	1995	2006	1995	2006
			m.	w.	m.	w.	m.	w.										
			m.	w.	m.	w.	m.	w.										
Belgien	38,2	66,9	45,0	68,7	55,3	73,5	80,4	76,6	82,3	5,9	3,7 ⁵⁾	11,4	11,2 ⁶⁾	10,5	9,9	14,8	14,1 ¹¹⁾	14,8
Bulgarien	41,7	79,9	66,7	81,0	73,2	72,7	77,9	76,1	80,7	5,1	3,8	13,3	12,0	12,1	10,1	10,1	10,1	10,1
Dänemark	41,1	73,7	55,3	74,7	64,0	73,3	79,9	77,2	82,4	5,3	3,8	9,4	8,2	10,8	9,9	9,9	9,9	9,9
Deutschland	40,7	.	.	73,2	65,9	61,5	74,3	67,4	78,6	14,9	4,4	9,1	11,1	14,1	12,9	12,9	12,9	12,9
Estland	38,4	66,9	35,4	70,7	46,6	75,1	81,6	77,9 ⁸⁾	83,8 ⁸⁾	6,2	3,9 ⁹⁾	9,2	9,5	9,7	9,7	9,7	9,7	9,7
Finnland	38,0	64,2	59,0	72,1	68,5	72,8	80,4	75,9	83,1	3,9	2,8	12,3	11,2	9,6	9,1	9,1	9,1	9,1
Frankreich	37,7	67,2	52,1	69,3	60,0	.	77,3	84,4	.	3,8	12,6	13,0	9,2	8,5	8,5	8,5	8,5	8,5
Griechenland	39,9	72,5	38,1	74,9	47,9	75,0	80,1	77,2	81,9	8,1	3,7	9,7	10,0	9,6	9,5	9,5	9,5	9,5
Irland	39,1	67,1	41,6	77,4	60,6	72,8	78,3	77,3	82,1	6,4	3,7	13,5	14,7 ⁷⁾	9,0	6,6	6,6	6,6	6,6
Italien	38,4	66,9	35,4	70,7	46,6	75,1	81,6	77,9 ⁸⁾	83,8 ⁸⁾	6,2	3,9 ⁹⁾	9,2	9,5	9,7	9,7	9,7	9,7	9,7
Lettland	40,6	.	.	72,5	64,4	.	65,4	76,3	83,4	18,8	7,6	8,6	9,7	15,5	14,2	14,2	14,2	14,2
Litauen	40,2	.	.	67,9	62,2	63,3	75,1	65,3	77,0	12,5	6,8	11,1	9,2	12,2	13,2	13,2	13,2	13,2
Luxemburg	39,7	74,4	42,6	71,9	55,0	73,0	80,6	76,8	81,9	5,5	2,5	13,2	11,7 ⁷⁾	9,3	7,9	7,9	7,9	7,9
Malta	40,5	.	.	74,2	36,9	74,8	79,6	77,0	81,9	8,9	3,6	12,5	9,6	7,3	7,8	7,8	7,8	7,8
Niederlande	40,0	75,3	53,8	82,2	69,6	74,6	80,5	77,7	82,0	5,5	4,4	12,3	11,3	8,8	8,3	8,3	8,3	8,3
Norwegen	38,9	.	.	79,5	74,0	74,8	80,9	78,2	82,9	4,0	3,2	13,8	12,6	10,4	8,9	8,9	8,9	8,9
Österreich	41,1	78,5	59,0	78,4	64,4	73,4	80,1	77,2	82,8	5,4	3,6	11,0	9,4	10,1	9,0	9,0	9,0	9,0
Polen	40,4	.	.	63,6	50,6	67,7	76,4	70,9	79,7	13,6	6,0	11,2	9,8	10,0	9,7	9,7	9,7	9,7
Portugal	38,8	73,5	54,4	73,8	61,9	71,7	79,0	75,5	82,3	7,5	3,3	10,8	10,0	10,5	10,2	10,2	10,2	10,2
Rumänien	41,7	.	.	64,8	52,8	65,5	73,5	69,2	76,2	21,2	13,9	10,7 ¹¹⁾	10,2	11,4 ¹¹⁾	11,9	11,9	11,9	11,9
Schweden	39,2	73,1	68,8	76,5	71,6	76,2	81,7	78,8	83,1	4,1	2,8	11,7	11,7	10,6	10,0	10,0	10,0	10,0
Schweiz	43,0 ¹⁰⁾	.	.	85,6	71,6	75,4	81,9	79,2	84,2	5,0	4,4	11,7	9,8	9,0	8,2	8,2	8,2	8,2
Slowakei	39,9	.	.	68,4	53,0	68,4	76,5	70,4	78,4	11,0	6,6	11,5	10,0	9,8	9,9	9,9	9,9	9,9
Slowenien	40,8	.	.	72,7	62,6	70,8	78,5	74,5	82,0	5,5	3,4	9,5	9,4	9,5	9,4	9,4	9,4	9,4
Spanien	39,0	62,5	31,7	76,2	54,7	74,4	81,8	77,7	84,4	5,5	3,8	9,3	10,8	8,8	8,9	8,9	8,9	8,9

Wirtschafts- und Sozialstatistik – internationaler Vergleich

Länder	Effektive Arbeitszeit ¹⁾		Erwerbstätigen quote ²⁾				Lebenserwartung in Jahren ³⁾				Säuglingssterblichkeit ⁴⁾		Lebendgeborene auf 1.000 Einwohner				Sterbefälle				
	2007		2007		1995		2006		1995		2006		1995		2006		1995		2006		
	Std./Woche		m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	1995	2006	1995	2006	1995	2006	1995	2006	1995	2006	
Tschech. Rep.	41,2	.	74,8	57,3	69,7	76,8	73,5	79,9	7,7	3,3	9,3	10,3	11,4	10,2	13,5	13,5	13,5	13,5	13,5	13,5	
Ungarn	40,5	.	64,0	50,9	65,4	74,8	69,2	77,8	10,7	5,7	11,0	9,9	14,2	13,5	13,5	13,5	13,5	13,5	13,5	13,5	
Vereinigtes Königreich	41,4	.	75,1	61,7	77,3	65,5	74,0	79,3	6,2	5,1 ¹⁾	12,5	12,4	11,0	9,7	9,7	9,7	9,7	9,7	9,7	9,7	
Zypern	39,1	.	80,0	62,4	.	.	78,8	82,4	9,7	3,1	
EU 25	39,8	.	73,0	58,6	.	.	75,7 ⁵⁾	81,9 ⁵⁾	6,7	4,8 ⁵⁾	
EU 27	39,9	.	72,5	58,3	.	.	74,6 ⁵⁾	80,9 ⁵⁾	.	5,3 ⁵⁾	
Japan	.	.	81,9	56,4	81,0	58,8 ⁶⁾	76,4	82,9	78,5 ⁶⁾	85,5 ⁶⁾	4,3	2,8 ⁶⁾	10,0 ⁶⁾	8,8 ⁶⁾	6,7 ⁶⁾	8,2 ⁶⁾	8,2 ⁶⁾	8,2 ⁶⁾	8,2 ⁶⁾	8,2 ⁶⁾	
Vereinigte Staaten	.	.	79,5	65,8	78,0	66,0	72,5	78,9	75,2 ⁷⁾	80,4 ⁷⁾	9,2 ⁵⁾	6,8 ⁶⁾	16,7 ⁷⁾	14,0 ⁶⁾	8,6 ⁵⁾	8,2 ⁶⁾	8,6 ⁵⁾	8,6 ⁵⁾	8,6 ⁵⁾	8,6 ⁵⁾	
OECD insgesamt

¹⁾ Q: Eurostat, New Cronos, LFS 4. Quartal, Arbeitnehmer; die üblicherweise in Vollzeit arbeiten. Nur Personen die in der Referenzwoche mind. 1Stunde gearbeitet haben. – ²⁾ Anteil der Erwerbstätigkeiten an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15–64 Jahren, Q: Eurostat, New Cronos, Labour-Force-Survey. – ³⁾ Im 1. Lebensjahr Gestorbene auf 1.000 Lebendgeborene. – ⁴⁾ 4. Quartal 2006. – ⁵⁾ 1990. – ⁶⁾ 2004. – ⁷⁾ 2002. – ⁸⁾ 2006. – ⁹⁾ 2006. – ¹⁰⁾ Lebenserwartung bei der Geburt. – ¹¹⁾ 2000. –) vorläufig

Anhang

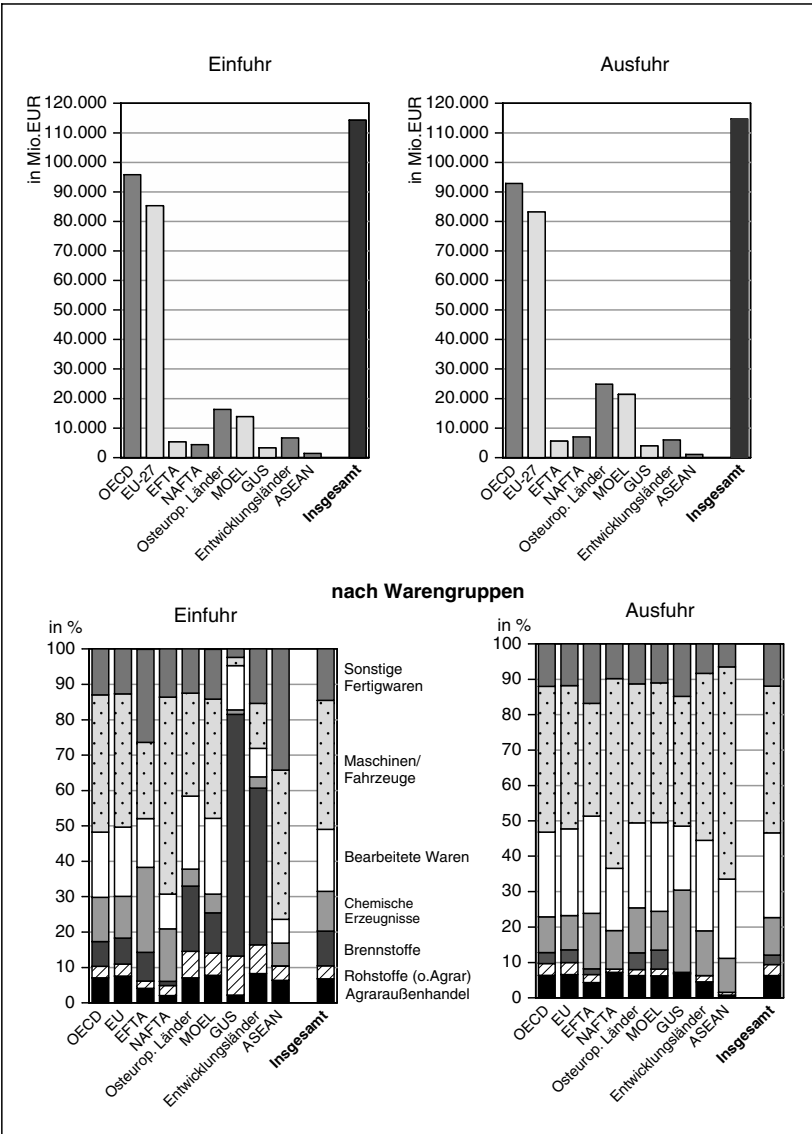
Länder	Studenten im Tertiärbereich ¹⁾		Anteil öffentlicher Bildungsausgaben am BIP ²⁾		Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP ³⁾		Anteil der Bruttoinlandsausgaben für F & E am BIP ⁴⁾		Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP ⁵⁾		Anteil der Budgets der Außenministerien am Gesamtbudget 2007 ⁶⁾ (in %)	
	1995	2006	1995	2005	1995	2005	1995	2005	1995	2004	2004	insges.
	auf 100.000 Einw. in %											
Belgien	3.481	3.752	4,7	6,0	8,2	10,3	1,72	1,82 ¹⁾	1,6	1,2	1,2	1,82
Bulgarien	.	3.154	3,4	4,5	2,1 ¹⁰⁾	2,4	0,64	0,61
Dänemark	3.255	4.217	7,7	8,3	8,1	9,1	1,82	2,45 ¹⁾	1,7	1,5	2,89	0,40
Deutschland	2.644	2.777	4,6	4,5	10,1	10,7	2,19	2,56	1,7	1,4	0,93	0,66
Estland	.	5.078	5,9	5,0 ^{b)}	1,0	1,8	1,25	0,60
Finnland	4.021	5.879	6,9	6,3	7,5	7,5	2,26	3,48	1,5	1,4	2,50	0,40
Frankreich	3.589	3.494	6,0	5,7	9,9	11,1	2,29	2,13 ¹⁾	3,1	2,6	1,67	0,75
Griechenland	2.838	5.870	2,9	4,0	7,5	10,1	0,49	0,49 ¹⁾	4,3	3,9	0,50	0,44
Inland	3.374	4.420	5,1	4,8	6,7	7,5	1,28	1,26	1,0	0,6	1,80	0,35
Italien	3.129	3.454	4,9	4,4	7,3	8,9	1,00	1,10 ^{b)}	1,8	2,0	0,33	0,18
Lettland	.	5.715	6,2	5,1	1,0	1,7	1,28	1,23
Litauen	.	5.843	5,1	5,0	0,5	1,4	1,25	1,16
Luxemburg	.	574	4,3	3,8	5,6	7,9	.	1,56 ¹⁾	0,8	0,8	3,26	0,48
Malta	.	2.203	.	3,0	1,0	0,7	1,39	1,29
Niederlande	3.261	3.549	5,1	5,2	8,3	.	1,99	1,78 ^{b)}	1,9	1,5	7,45	0,52
Norwegen	3.978	4.627	7,4	7,0	7,9	9,1	1,70	1,52	2,4	1,9	2,07	0,13
Österreich	2.910	3.062	6,0	5,4	9,7	10,3	1,54	2,42	0,9	0,9	0,56	0,31
Polen	.	5.623	5,1	5,5	5,5	6,2	0,65	0,57	2,1	1,9	0,38	0,36
Portugal	3.002	3.475	5,4	5,4	7,8	10,2	0,57	0,80 ¹⁾	2,6	2,1	0,70	0,48
Rumänien	.	3.864	.	3,5	.	.	.	0,41	3,0 ¹¹⁾	2,0	7,40	7,00
Schweden	2.789	4.671	7,2	7,0	8,1	9,1	3,35	3,89 ^{b)}	1,9	1,6	0,52	0,37
Schweiz	2.111	2.748	.	5,7	9,7	11,6	2,59 ^{b)}	2,93 ^{b)}	1,4	1,0	3,85	0,82
Slowakei	.	3.673	5,0	3,9	.	7,1	0,51	0,51	3,3	1,7	1,02	0,92
Slowenien	.	5.730	.	5,8	.	.	1,22 ¹⁾	1,22 ^{b)}	1,8	1,5	0,90	0,67
Spanien	3.896	4.089	4,7	4,2	7,4	8,3	0,79	1,12 ¹¹⁾	1,5	1,1	1,19	0,24

Wirtschafts- und Sozialstatistik – internationaler Vergleich

Länder	Studenten im Tertiärbereich ¹⁾		Anteil öffentlicher Bildungsausgaben am BIP ²⁾		Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP ³⁾		Anteil der Bruttoinlandsausgaben für F & E am BIP ⁴⁾		Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP ⁵⁾		Anteil der Budgets der Außenministerien am Gesamtbudget 2007 ⁶⁾ (in %)	
	1995	2006	1995	2005	1995	2005	1995	2005	1995	2004	insges.	operativ
	auf 100.000 Einw.											
	in %											
Tschech. Rep.	.	3.291	.	4,4 ^{b)}	7,0	7,2	1,42	1,42	1,8	1,9	0,63	0,46
Ungarn	.	4.354	5,4	5,5	7,3	.	0,94	0,94	1,6	1,5	0,58	0,48
Vereinigtes Königreich	3.100	3.868	5,0	5,5	7,0	8,3	1,95	1,78	3,0	2,7	0,31	0,22
Zypern	.	2.686	4,6	6,9	2,3	1,5	1,06	0,76
EU 25	.	3.818	.	5,1	.	.	1,70	1,77 ^{c)}
EU 27	.	3.810	.	5,1	.	.	1,66 ^{c)}	1,74 ^{c)}
Japan	3.120	3.203	3,2	3,5	6,9	.	2,69	3,33	0,9	1,0	0,81	0,58
Vereinigte Staaten	5.456	5.860	4,6	4,9	13,3	15,3	2,51	2,62 ^{d)}	3,8	4,0	0,89	0,23
OECD insgesamt	7,7	9,0	2,08	2,25 ^{e)}

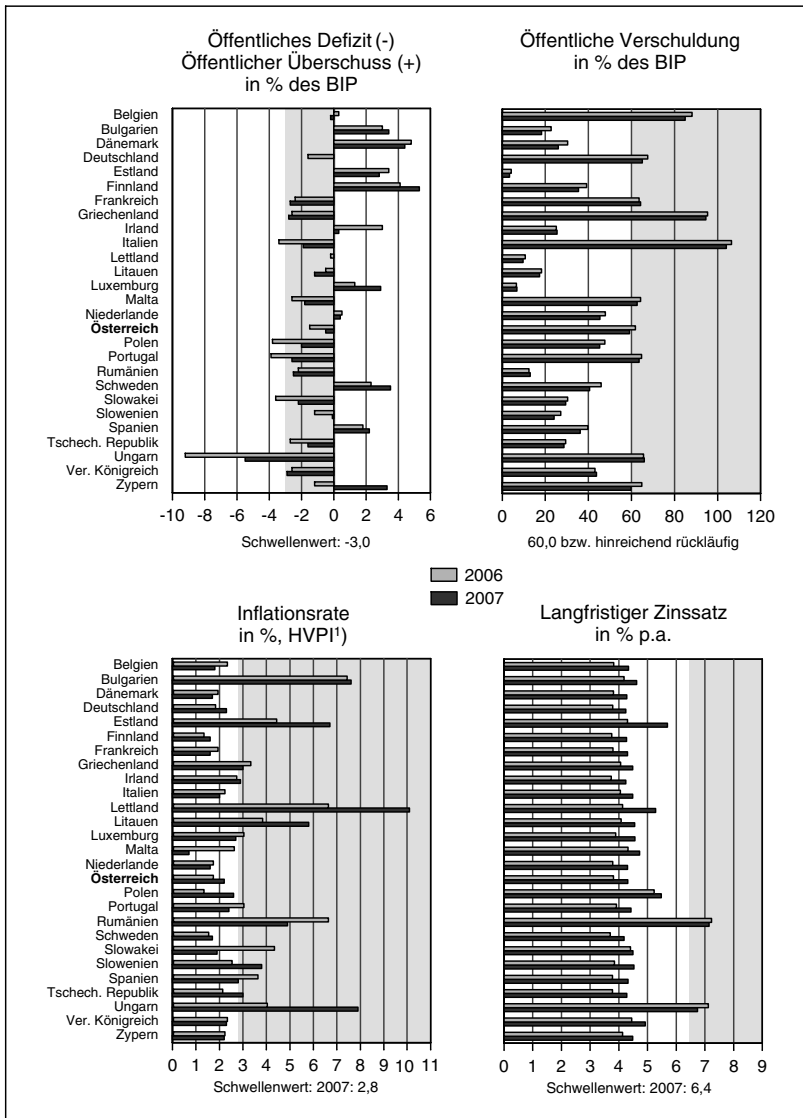
¹⁾ Q: Eurostat – ²⁾ Q: Eurostat. – ³⁾ Q: OECD, MSTI 2006, USA ohne Investitionsausgaben, z.T. OECD bzw. nationale Schätzungen. – ⁴⁾ Q: SIPRI 2006. – ⁵⁾ Q: BMeiA. – ⁶⁾ 1992. – ⁷⁾ 1997. – ⁸⁾ 2004. – ⁹⁾ 2004. – ¹⁰⁾ Bruch der Zeitreihe. – ¹¹⁾ vorläufig. – ¹²⁾ Schätzung.

Außenhandel 2007 mit der EU und wichtigen Ländergruppen



Quelle und Grafik: STATISTIK AUSTRIA.

Konvergenzkriterien gemäß "Maastrichter Vertrag" 2006 und 2007



Quelle: Öffentliches Defizit, öffentliche Verschuldung - EUROSTAT-Pressenotiz vom 18. April 2008;
Inflationsrate - EUROSTAT; langfristiger Zinssatz - OeNB. (-) Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Phase II.

Sachindex

- Abchasien 42, 81, 88
 Abrüstung
 – Antipersonenminen 78, 160, 163, 177
 – Ausfuhrkontrolle 164
 – Außenhandelsgesetz 164
 – ballistische Raketen 162
 – BTWK 162
 – Chemiewaffenkonvention 133, 162
 – CTBT 161, 252
 – FMCT 161
 – Genfer Abrüstungskonferenz 161
 – Haager Verhaltenskodex 162
 – MTCR 165
 – Multilaterale Exportkontrollregime 165
 – NPT 157, 160
 – NSG 165
 – OPCW 162, 230, 395
 – Ottawa-Konvention 133, 163, 361
 – Ottawa-Prozess 163, 177
 – PAROS 161
 – PTS 161
 – Streumunition 132, 133, 160, 163, 164, 182, 249, 284, 297, 348, 351, 353, 364
 – Waffenhandelsvertrag 165
 – Wassenaar 165, 166, 397
 – Zanger-Komitee 165
 Aceh 73, 274
 ADA *Siehe* OEZA
 ADEA 119, 397
 Afghanistan 24, 27, 29, 52, 54, 56, 71, 77, 78, 82, 142, 150, 167, 181, 184–186, 228, 231, 380
 Afrikanische Union 24, 26, 29, 63, 65–69, 124, 132, 145–147, 150, 167, 172, 179
 Ägypten 30, 31, 200, 201, 212, 231, 232, 238, 258, 260, 346, 350, 380, 395
 Aid for Trade 125, 190
 AKP 76, 125
 Al Kaida 24
 Albanien 7–9, 37, 77, 80, 83, 85, 87, 102, 115, 123, 126, 162–164, 178, 199, 204, 232, 233, 380, 404
 ALEPH 222, 366
 Algerien 23, 30, 234, 380, 393
 Alpbach 94, 252, 286, 310, 311, 319, 336, 344
 Alpenkonvention 95–97
 AMIS 26, 68, 146, 150, 238, 404
 AMISOM 69, 147
 Andengemeinschaft 59–62
 Angola 69, 228, 235, 380
 Anna-Lindh-Stiftung 212
 Antigua und Barbuda 132, 229, 235, 380
 Antisemitismus 83
 AÖWB 106, 108
 Äquatorialguinea 228, 235, 380
 Arabische Liga 47, 50
 ARF 74
 Argentinien 57, 58, 61, 106, 153, 235, 236, 322, 366, 380, 395
 Armenien 30, 32, 42, 79, 83, 87–89, 157, 181, 184, 236, 380, 404
 Armutsbekämpfung 59, 112, 126, 152, 158, 270, 314, 361
 ASEAN 74, 254, 340, 389
 ASEM 74, 194, 212, 255, 293
 Aserbaidtschan 30, 32, 42, 79, 87–89, 181, 237, 380
 Äthiopien 63, 68, 113, 125, 126, 128, 148, 150, 152, 163, 238, 258, 346, 380
 Auslandskulturpolitik 198, 206, 209
 AuslandsösterreicherInnen 100, 105–108
 – Burgenländische Gemeinschaft 106
 Australien 54, 75–77, 105, 106, 165, 205, 208, 238, 239, 262, 291, 306, 309, 314, 315, 321, 331, 332, 355, 361, 368, 380
 Bahamas 57, 229, 239, 380
 Bahrain 48, 51, 239, 240, 380
 Bangladesch 72, 152, 170, 227, 240, 380
 Barbados 62, 152, 229, 240, 380
 Belarus 30, 31, 39, 41, 43, 44, 81, 89, 173, 175, 228, 240, 241, 380
 Belgien 1, 82, 122, 139, 241, 302, 380, 390, 402
 Belize 228, 242, 380
 Benin 228, 243, 380
 Berg-Karabach 42, 79, 88
 Bhutan 72, 114, 126, 227, 243, 354, 380

Sachindex

- Binnenvertriebene 63, 64, 129, 167,
 173, 180, 181, 183
 BINUB *Siehe* Vereinte Nationen
 BMeiA
 – Auswahlverfahren 218
 – Grundausbildung 218
 – Öffentlichkeitsarbeit 214, 215
 – Personalstand 217
 – Presserätetagung 215
 – Reisehinweise 100
 – Tipps für Auslandsreisende 215
 – Vertretungsbehörden 92, 100, 101,
 102, 104, 105, 206, 207, 214, 215, 217,
 222, 345, 365, 372, 385
 Bolivien 59, 62, 103, 128, 185, 228, 244,
 380
 Bosnien und Herzegowina 7–9, 24, 25,
 29, 36, 80, 85, 87, 88, 102, 115, 128,
 144, 150, 153, 163, 168, 191, 211, 226,
 244, 245, 380
 Botsuana 229, 245, 380
 Brasilien 19, 54, 57, 60, 61, 106, 190,
 191, 194, 204, 230, 246, 351, 380
 Brunei 74, 227, 247, 380
 Bulgarien 4, 9, 10, 21, 28, 74, 91, 93, 94,
 98, 116, 247, 365, 380, 398
 Burgenländische Gemeinschaft *Siehe*
 AuslandsösterreicherInnen
 Bürgerservice 100, 101, 214
 Burkina Faso 62, 66, 67, 69, 112, 118,
 121, 123, 125, 126, 132, 139, 179, 228,
 248, 380
 Burundi 65, 68, 113, 128, 149, 151, 173,
 179, 227, 249, 361, 380
 Cannabis 186
 CARICOM 62, 271
 CARIFORUM 60, 61
 CCPCJ *Siehe* Vereinte Nationen
 CERF *Siehe* Vereinte Nationen
 CERN 208, 335, 398
 Chile 54, 58–62, 177, 191, 199, 226,
 244, 249, 259, 322, 380, 393
 China 19, 21, 53–55, 70, 71, 74, 75, 103,
 139, 141–143, 160, 168, 171, 191, 204,
 212, 230, 250, 251, 252, 293, 310, 380,
 394
 CND *Siehe* Vereinte Nationen
 COMESA 68
 COPUOS *Siehe* Vereinte Nationen
 COST 208
 Costa Rica 59, 61, 139, 161, 177, 228,
 252, 380
 Côte d'Ivoire 24, 62, 66, 129, 148, 181,
 228, 380
 Cotonou-Abkommen 67, 68, 171
 CSD *Siehe* Vereinte Nationen
 Dänemark 103, 195, 253, 277, 365, 380,
 399
 Darfur 25, 26, 56, 63, 68, 130, 131, 137,
 145, 146, 150, 173, 188, 238
 Demokratische Republik Kongo 24, 64,
 147, 153, 227, 292
 Demokratische Volksrepublik Korea 24,
 53, 71, 160, 175, 226, 293
 Demokratisierung 45, 52, 64, 73, 80, 81,
 89, 112, 167, 181
 Deutsch als Fremdsprache 207
 Deutschland 10, 25, 28, 34, 96, 106,
 122, 142, 151, 201, 253, 256, 258, 264,
 273, 276, 325, 331, 358, 365, 366, 380,
 391, 398, 399, 401
 Dialog der Kulturen 198, 276
 Diplomatische Akademie 211, 351, 389
 Doha 56, 75, 134, 190, 288
 Dominica 229, 258, 380
 Dominikanische Republik 61, 229, 258,
 380
 Donaukommission 98, 230, 398
 Donauraumkooperation 97
 Donauschifffahrt 98
 DR-CAFTA 59
 Drogenanbau 143, 186
 Dschibuti 226, 258, 380
 EAC 68
 EAS 75
 ECMWF 208
 ECOSOC *Siehe* Vereinte Nationen
 ECOWAS 66, 69, 145, 248
 Ecuador 57, 60, 62, 170, 227, 259, 380
 eDemocracy 91, 108
 eGovernance 108
 El Salvador 61, 111, 228, 259, 380
 ELBA 221
 EMBC 208
 Energiepartnerschaft 41, 96, 316
 Erasmus 20, 205, 326
 Erdbeben 128, 322
 Eritrea 63, 148, 150, 226, 260, 381
 ESA 208, 367, 398
 ESPI 208
 Estland 21, 191, 260, 261, 325, 365, 381
 ETC 181, 354
 EUMC 169
 EUMETSAT 208, 399

Sachindex

- EurAsEC 43
 EUREKA 20, 399
 Europäische Union 1
 – Acquis 5–7, 16
 – Ankara-Protokoll 6
 – Aufnahmefähigkeit 5
 – Ausschuss der Regionen 11
 – Beitrittsperspektive 5, 7
 – Benchmarks 4, 5, 19, 20
 – Binnenmarkt 14–16
 – CARDS 8, 233
 – Dienstleistungsrichtlinie 17
 – ECHO 130
 – EEF 76
 – EIT 20
 – ENPI 31, 39
 – ESF 15
 – ESVP 24–28, 78, 147, 167
 – EU BAM 26, 27
 – EU-Afrika-Strategie 29, 66, 69, 125, 248, 270
 – EUFOR-Althea 24, 25, 29, 37, 150, 404
 – EuGH 9, 10
 – EuGI 9, 10
 – EUJUST LEX 27
 – EU-LAC 60
 – EUPM 25, 404
 – EUPOL COPPS 27, 404
 – EUPOL Kinshasa 26
 – Euro-Mediterrane Partnerschaft 19, 49
 – Europäische Nachbarschaftspolitik 9, 19, 30–32, 39, 40, 97
 – Europäisches Parlament 10, 107, 169
 – EUSEC RD Congo 26, 404
 – EU-USA 53, 55
 – Finanzhilfeverordnung 7
 – FRONTEX 184, 329
 – GASP 2, 23, 24, 41, 167
 – Grundrechteagentur 169, 170, 256
 – IPA 8, 389
 – Kulturhauptstadt 201, 210, 302, 330
 – Lissabon-Strategie 12, 14, 15, 17, 20, 210, 344
 – Luftverkehrsabkommen 17, 55, 56, 240, 311
 – MEDA 31
 – Partnerschafts- und Kooperationsabkommen 31, 39–41, 44, 45, 70, 74
 – Ratspräsidentschaft 1, 7, 15, 18, 44, 49, 50, 55, 56, 72, 101, 161, 165, 202, 210, 217, 260, 328, 334, 344
 – Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen 7, 33, 35–38
 – Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess 7, 8
 – TACIS 31, 39, 41
 – Twinning 8, 9, 23, 295, 305, 359
 – Verfassungsvertrag 1, 2
 – Vertrag von Lissabon 1–4, 12, 29, 30, 214–216
 – Vertragsverletzungsverfahren 4, 10
 – Vorabentscheidungsverfahren 10
 – Wirtschafts- und Sozialausschuss 12, 242
 Europarat 23, 36, 41, 85–91, 94, 108, 167, 168, 170, 176, 202, 230
 – Ago-Gruppe 88, 91
 – Europarat und EU 86, 87
 – Europarat und OSZE 87
 – Europarat und VN 87
 – Kongress der Gemeinden und Regionen Europas 90
 – Ministerkomitee 86–90, 176
 – Parlamentarische Versammlung 86, 89, 90
 – Venedig-Kommission 91
 – Warschauer Erklärung 85
 eVoting 108
 EWR 94
 FAO *Siehe* Vereinte Nationen
 Fidschi 76, 262, 381, 395
 Finnland 28, 79, 84, 111, 120, 242, 259, 260, 262, 270, 272, 298, 301, 316, 365, 381, 399
 Folter *Siehe* Menschenrechte
 Frankreich 1, 34, 42, 82, 96, 139, 142, 150, 160, 178, 263, 264, 365, 381, 394, 397–402
 Frauenstatuskommission *Siehe* Menschenrechte
 Fremdenfeindlichkeit 83, 169, 180
 G-77 175
 G-8 14
 Gabun 162, 228, 265, 381
 Gacaca-Gerichtbarkeit 113, 328
 GALILEO 17, 209
 Gambia 62, 67, 228, 265, 381
 Gaza 26, 46, 50, 130, 140, 392

Sachindex

- Gender 118, 122, 124, 157, 179, 232, 233
 Georgien 30, 32, 42, 80, 81, 84, 88, 89, 144, 145, 184, 265, 266, 381
 Gewalt gegen Frauen 124, 175, 179
 GFSE 195, 297
 Ghana 67, 68, 121, 139, 152, 228, 266, 381
 Globalisierung 124, 154, 158, 192, 195, 203, 210, 254
 GMES 209
 Golfkooperationsrat 51
 Grenada 229, 266, 381
 Grenzverträge 104
 Griechenland 9, 38, 79, 101, 177, 267, 378, 381, 393
 Großbritannien 34, 54, 90, 103, 106, 139, 142, 143, 160, 208, 268, 269, 365, 381, 396, 398, 399
 Grundrechteagentur *Siehe* Europäische Union
 Guatemala 57, 59, 61, 62, 111, 170, 228, 269, 270, 381
 Guinea 66, 153, 228, 270, 271, 381
 Guinea-Bissau 66, 132, 149, 151, 228, 271, 381
 GUS 43, 79
 Gute Regierungsführung 45, 67, 76, 110, 112
 Guyana 229, 271, 381
 Haiti 54, 145, 173, 179, 229, 271, 381
 Hauptausschuss des Nationalrates 12, 406
 Heiliger Stuhl 136, 227, 271, 305, 332, 381
 HIV/AIDS 69, 88, 123, 175, 186
 Holocaust 206, 209, 236, 256, 277, 286, 372
 Honduras 61, 153, 228, 272, 381
 Humanitäre Hilfe 126–128, 130, 142
 Humanitäres Völkerrecht 167, 177
 IAEO *Siehe* Vereinte Nationen
 ICAO *Siehe* Vereinte Nationen
 ICI *Siehe* Vereinte Nationen
 ICIMOD 114, 314
 IEA 193, 396
 IFAD *Siehe* Vereinte Nationen
 IGAD 69, 145
 IGH *Siehe* Vereinte Nationen
 IIASA 208, 386–388, 397
 IKRK 128, 130, 397
 IKSD 98, 399
 IKT 108, 221
 ILO *Siehe* Vereinte Nationen
 Indien 19, 21, 54, 72, 74, 75, 160, 162, 190, 191, 198, 204, 208, 240, 243, 272–274, 304, 314, 347, 381
 Indonesien 73, 74, 127, 139, 141, 170, 191, 196, 274, 275, 354, 381
 Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien 7, 33, 34, 38
 Interreligiöser Dialog 85, 210, 212
 IOM 184, 354, 386–388, 396
 Irak 23, 27, 47, 48, 52, 56, 129, 141, 142, 184, 275, 381
 Iran 23, 24, 48, 49, 53, 56, 94, 132, 142, 157, 168, 171, 175, 231, 275, 276, 381, 412
 Irland 1, 28, 103, 177, 276, 381
 ISAF *Siehe* NATO
 Island 94, 226, 276, 277, 370, 381
 Israel 26, 30, 32, 46, 47, 51, 52, 62, 115, 124, 132, 140, 160, 172–174, 179, 181, 191, 200, 204, 205, 207, 208, 211, 277–279, 326, 381
 ISTGH 36, 56, 65, 146, 188, 400
 Italien 13, 32, 34, 88, 95–97, 101, 139, 150, 201, 203, 264, 276, 279, 282, 332, 365, 366, 381, 392, 397, 400
 ITF 206
 ITU *Siehe* Vereinte Nationen
 IWC 195, 396
 IWF 14
 Jamaika 57, 227, 282, 381
 Japan 70, 71, 75, 77, 102, 196, 208, 283, 381, 393, 396, 401, 412
 Jemen 48, 228, 284, 381
 Jordanien 30, 47, 48, 78, 177, 275, 284, 381
 JPO *Siehe* Vereinte Nationen
 Kambodscha 74, 152, 229, 284, 381
 Kamerun 228, 285, 381
 Kanada 17, 53–56, 78, 102, 106, 175, 177, 196, 205, 208, 282, 285, 286, 375, 381, 400
 Kap Verde 67, 112, 125, 152, 191, 228, 286, 381
 Karibik 57, 60, 68, 111, 195, 355
 Kasachstan 43, 45, 79, 82, 83, 132, 162, 217, 222, 287, 288, 289, 352, 353, 360, 381, 404
 Katar 48, 51, 134, 139, 141, 227, 288, 381
 Katastrophenhilfe 111, 126, 128

Sachindex

- Kenia 62, 65, 68, 113, 121, 126, 158,
170, 195, 249, 288, 289, 292, 328, 339,
353, 361, 381
- Kernenergie 96, 157
- KFOR *Siehe* NATO
- Kioto 18, 54, 75, 131, 194, 196, 286,
323, 391
- Kirgisistan 45, 80, 82, 83, 227, 287, 289,
290, 353, 367, 381, 404
- Kiribati 226, 290, 381
- Klimaschutz 17, 18, 75, 134, 256
- Klimawandel 3, 12, 53, 54, 56, 62, 67–
69, 75, 96, 97, 110, 111, 124, 125, 131,
132, 134, 139, 158, 159, 177, 181, 183,
193, 194, 283
- KLW 84, 164
- KMU 16, 32, 127, 338
- Kokain 186, 322
- Kolumbien 54, 58, 61, 62, 153, 158, 259,
291, 321, 381, 402
- Komoren 65, 227, 292, 381
- Kongo 63, 67, 139, 228, 292, 381
- Kosovo 8, 9, 25, 29, 33–35, 38, 56, 79,
80, 86, 92, 94, 116, 144, 150, 203, 212,
215, 337–339, 389
- Kroatien 5, 7–10, 28, 32, 33, 77, 79, 83,
102, 116, 139, 295, 296, 381, 404
- Kuba 57–59, 173, 296, 381, 396
- Kuwait 48, 51, 227, 239, 288, 297, 382
- Ländliche Entwicklung 111, 112, 114,
117, 120, 248, 259, 337
- Laos 74, 229, 297, 382
- Lesotho 63, 199, 229, 297, 382
- Lettland 8, 21, 40, 276, 298, 382
- Libanon 24, 30, 31, 47, 56, 127, 128,
130, 133, 140, 141, 150, 263, 299, 382
- Liberia 24, 67, 148, 173, 179, 228, 300,
382
- Libyen 30, 31, 63, 68, 139, 162, 300,
396
- Liechtenstein 93, 94, 105, 188, 273, 300,
301, 382
- Litauen 21, 79, 301, 302, 325, 382
- LRA 64, 65
- Luxemburg 35, 40, 102, 227, 302, 382
- Madagaskar 63, 64, 229, 302, 382
- Malawi 228, 303, 382
- Malaysia 73, 74, 247, 303, 382
- Malediven 227, 304, 382
- Mali 63, 67, 177, 228, 304, 382, 393
- Malta 21, 132, 304, 305, 382
- Marokko 23, 30, 32, 49, 143, 248, 252,
265, 270, 271, 304, 306, 307, 317, 336,
382, 396
- Mauretanien 50, 170, 228, 307, 382
- Mauritius 229, 307, 382
- Mazedonien 7–9, 24, 38, 39, 77, 80, 85,
102, 115, 123, 168, 204, 307, 308, 382
- Meinungsfreiheit *Siehe*
Menschenrechte
- Menschenhandel 84, 85, 87, 117, 118,
167, 329
- Menschenrechte
– COHOM 167
– EGMR 91, 171, 176
– EIDHR 170
– EMRK 176
– EU-Leitlinien zu Menschenrechten
168
– EU-Menschenrechtsforum 170
– Folter 44, 91, 169, 173
– Frauenstatuskommission 175
– Meinungsfreiheit 74, 173, 174
– Menschenrechte von Kindern 168,
169, 177, 178
– Menschenrechtsbildung 167, 172,
177, 181
– Menschenrechtsdialog 46, 70, 167,
169, 171, 172
– Menschenrechtsländerblätter 170
– Menschenrechtsrat der VN 172
– MenschenrechtsverteidigerInnen 169,
172
– Religionsfreiheit 171–174
- MERCOSUR 60, 61
- Mexiko 56, 57, 60, 61, 126, 132, 201,
204, 228, 242, 252, 259, 269, 272, 296,
308, 309, 315, 321, 382, 396
- Mikronesien 226, 309, 382
- Minenaktionsprogramm 128, 163
- MNF *Siehe* Vereinte Nationen
- Moldau 9, 24, 30, 31, 39, 40, 80, 88,
103, 117, 127, 128, 168, 184, 228, 230,
310, 382
- Monaco 88, 226, 310, 382
- Mongolei 71, 74, 226, 310, 311, 382
- Montenegro 7–9, 35, 36, 78, 80, 85, 88,
103, 116, 126, 153, 156, 162, 191, 311,
312, 345, 382
- MONUC 292, 403
- Mosambik 114, 125–128, 228, 313, 353,
382, 389

Sachindex

- Myanmar 24, 73, 74, 143, 173–175, 229, 313, 382
- NAFTA 56, 57
- Naher Osten 19, 23, 24, 50, 56, 77, 94, 115, 130, 132, 140, 168, 179, 211
- Nahost-Quartett 47, 50, 140
- Nahrungsmittelhilfe 127, 128, 130, 297
- Namibia 69, 126, 229, 313, 382
- NATO 25, 29, 34–36, 38, 39, 52, 77, 78, 164, 230
- ISAF 29, 52, 71, 77, 78, 142, 150, 231, 404
- KFOR 29, 78, 150, 338, 339, 404
- NRF 77
- Partnerschaft für den Frieden 34, 77, 78
- Nauru 226, 314, 382
- NEEDS 170
- NEPAD 114, 135
- Nepal 72, 114, 126, 144, 170, 227, 314, 382
- Netzwerk Menschliche Sicherheit 177
- Neuseeland 75–77, 226, 315, 382
- Nicaragua 59, 61, 111, 127, 153, 228, 252, 259, 269, 315, 382
- Nicht-Regierungsorganisation/en 42, 110, 112, 113, 115, 120, 121, 127, 163, 171, 172, 180, 184, 212
- Niederlande 90, 122, 316, 374, 382, 393, 396–399, 401
- Niger 66, 228, 317, 382
- Nigeria 63, 66, 170, 184, 235, 243, 265, 266, 285, 292, 300, 317, 332, 340, 355, 378, 382
- Norwegen 19, 94, 175, 177, 276, 277, 317, 318, 382, 400
- Nukleare Sicherheit 96
- ÖAD 206, 348, 377
- OAS 62
- OCHA *Siehe* Vereinte Nationen
- ODA 110, 127, 193, 238
- OECD 58, 110, 121, 190–193, 222, 230
- DAC 110, 122
- PISA 193
- OEZA 109–121, 125, 178, 179, 230
- ADA 109, 119, 121, 122, 126–128, 201, 222, 233, 241, 273, 292, 307, 312, 320, 329, 330, 337–339
- EZA-G 109
- OIC 73, 173, 174
- Oman 51, 284, 318, 382
- ONUB *Siehe* Vereinte Nationen
- Operation Enduring Freedom 70
- Opiate 186
- Organisationsplan des BMeiA 224
- ÖSD 207
- Österreich Institut 198, 206, 207
- Österreich-Bibliotheken 198, 204, 205, 245, 248, 326, 343, 363, 366
- Österreich-Kooperation 207, 244
- Österreich-Lehrstühle 205
- OSZE 23, 28, 33, 35, 40, 42, 45, 46, 79–86, 167, 172, 176, 179, 230
- BDIMR 45, 46, 81–83, 289, 367, 400
- Parlamentarische Versammlung 85
- Pakistan 71–74, 114, 160, 170, 231, 319, 320, 382
- Palästinensische Gebiete 46, 47, 115, 174, 181, 199, 320
- Palau 132, 228, 321, 382
- Panama 62, 139, 227, 321, 382
- Papua-Neuguinea 226, 321, 382
- Paraguay 61, 226, 321, 382
- Partnerschaft für den Frieden *Siehe* NATO
- Peru 59, 62, 128, 139, 244, 322, 323, 382
- Philippinen 73, 74, 321, 323, 382
- Piran 32, 345
- PISA *Siehe* OECD
- PISG 35, 338, 339
- Polen 8, 13, 21, 44, 78, 84, 92, 151, 193, 202, 203, 324, 327, 365, 383
- POPs 195
- Portugal 13, 44, 49, 183, 286, 327, 365, 383, 392, 398
- Rassismus 83, 169, 173, 179, 180
- Rechts- und Konsularfragen 100
- Region der Großen Seen 24, 64
- Regionale Partnerschaft 92, 93
- Reiseinformationen 100
- Religionsfreiheit *Siehe* Menschenrechte
- Republik Korea 70, 71, 75, 105, 162, 200, 293, 294, 295
- Rio-Gruppe 60, 242, 315, 321
- Ruanda 64, 68, 113, 227, 328, 361, 383, 401
- Rückübernahmeabkommen 8, 34, 35, 38, 39, 102, 103
- Rumänien 4, 8–10, 21, 28, 74, 91, 93, 94, 98, 116, 178, 329, 330, 365, 383
- Russland 17, 19, 30, 34, 39–44, 47, 71, 79–81, 83, 88, 89, 103, 133, 139, 141–

Sachindex

- 143, 160, 162, 171, 176, 184, 186, 191,
195, 204, 205, 208, 236, 237, 240, 265,
287, 289, 325, 330, 331, 338, 352, 360,
366, 367
- SADC 64, 68, 69, 114
- Salomonen 76, 127, 226, 331, 383
- Salzburg Gruppe 21, 93, 325
- Sambia 69, 228, 331, 383
- San Marino 86, 89, 227, 332, 383, 384
- São Tomé und Príncipe 228, 332, 383
- Saudi-Arabien 51, 168, 284, 332, 333,
383
- Schengen-Erweiterung 21, 22
- Schengen-Visa 36, 40, 103, 310–312,
345
- Schweden 40, 85, 111, 201, 301, 333,
334, 383, 397, 402
- Schweiz 82, 93, 94, 96, 106, 122, 154,
156, 177, 201, 207, 255, 264, 273, 300,
325, 331, 335, 336, 374, 383, 396, 397
- Sechs-Parteien-Gespräche 53, 71
- Seibersdorf 161
- Senegal 63, 67, 68, 112, 195, 248, 252,
265, 270, 271, 286, 300, 304, 317, 336,
337, 340, 383, 393
- Serbien 7–9, 33, 34, 78, 80, 83, 85, 88,
89, 92, 116, 118, 153, 178, 184, 191,
200, 212, 307, 317, 337, 338, 383, 389,
404
- Seychellen 227, 339, 383
- SICA 61, 62, 316
- Sichtvermerksangelegenheiten 102
- Sierra Leone 63, 67, 149, 151, 170, 228,
340, 383, 392
- Simbabwe 24, 64, 114, 235, 303, 313,
331, 340, 383, 397
- Singapur 74, 75, 132, 156, 227, 230,
340, 383, 392, 397
- Slowakei 13, 21, 36, 89, 92, 93, 96, 121,
139, 199, 202, 317, 341, 343, 344, 365,
383
- Slowenien 6, 8, 21, 32, 36, 40, 92, 96,
103, 121, 177, 191, 202–204, 343–345,
383
- Somalia 56, 63, 69, 147, 158, 184, 226,
346, 383
- Souveräner Malteser Ritterorden 227,
305
- Spanien 59, 79, 80, 84, 85, 150, 229,
235, 346, 383, 400
- Sri Lanka 72, 181, 227, 347, 348, 383
- St. Kitts und Nevis 229, 348, 383
- St. Lucia 229, 348, 383
- St. Vincent und die Grenadinen 229,
349
- Stabilitätspakt für Südosteuropa 9, 97
- Südafrika 64, 65, 106, 114, 139, 141,
177, 190, 191, 235, 245, 246, 249, 288,
292, 297, 302, 303, 307, 313, 314, 328,
331, 339, 340, 349, 351, 353, 361, 383
- Sudan 10, 24, 26, 56, 63, 128, 130, 137,
145, 146, 150, 168, 173, 226, 350, 383,
394
- Südkaucasus 24, 32, 42, 116, 236, 237,
266
- Südostsetien 81, 88
- Südtirol 94–96, 280
- Surinam 226, 351, 383
- Swasiland 229, 351, 383
- Syrien 30, 31, 48, 123, 130, 132, 140,
299, 351, 383
- Tadschikistan 45, 82, 227, 287, 352,
353, 367, 383
- Taiwan (China) 70, 252
- Taliban 24, 52, 71, 77
- Tansania 64, 68, 113, 227, 353, 361,
383, 392, 401
- Thailand 72, 74, 157, 177, 284, 297,
313, 353, 354, 376, 383, 391
- Timor-Leste 73, 143, 170, 227, 354, 383
- Todesstrafe 22, 36, 86, 167, 168, 171,
174, 175
- Togo 63, 67, 170, 228, 355, 383
- Tonga 76, 191, 226, 355, 383
- TPB *Siehe* Vereinte Nationen
- Transnistrien 40, 80, 88
- Trinidad und Tobago 57, 162, 229, 355,
383
- Tschad 24–26, 28, 63, 64, 129, 137,
145–147, 150, 168, 178, 228, 355, 383
- Tschechien 21, 28, 78, 84, 92, 96, 121,
201, 202, 204, 356–358
- Tschernobyl 81, 136, 240
- Tschetschenien 44, 171, 330
- Tunesien 30, 358, 383
- Türkei 5, 6, 8, 9, 48, 132, 184, 205, 359,
383, 391
- Turkmenistan 45, 82, 132, 227, 287,
360, 361, 383
- Tuvalu 226, 361, 383
- UEFA EURO 2008 93, 207, 215, 268,
280, 301, 335, 336, 341, 344, 345

Sachindex

- Uganda 62, 64, 65, 113, 120, 123, 125–128, 130, 163, 178, 188, 227, 361, 362, 383
- Ukraine 17, 30–32, 39, 40, 43, 80, 81, 83, 88, 92, 103, 191, 325, 362, 363, 383, 404
- UNAMA *Siehe* Vereinte Nationen
- UNAMI *Siehe* Vereinte Nationen
- UNCDF *Siehe* Vereinte Nationen
- UNCITRAL *Siehe* Vereinte Nationen
- UNDC *Siehe* Vereinte Nationen
- UNDP *Siehe* Vereinte Nationen
- UNECE *Siehe* Vereinte Nationen
- UNEO *Siehe* Vereinte Nationen
- UNEP *Siehe* Vereinte Nationen
- UNESCO *Siehe* Vereinte Nationen
- UNFICYP *Siehe* Vereinte Nationen
- UNFPA *Siehe* Vereinte Nationen
- Ungarn 8, 13, 21, 40, 92, 96, 98, 103–105, 121, 202, 204, 205, 325, 345, 363, 365, 366, 383, 395
- UNHCR *Siehe* Vereinte Nationen
- UNICEF *Siehe* Vereinte Nationen
- UNIDO *Siehe* Vereinte Nationen
- UNIFEM *Siehe* Vereinte Nationen
- UNIFIL *Siehe* Vereinte Nationen
- UNMEE *Siehe* Vereinte Nationen
- UNMIK *Siehe* Vereinte Nationen
- UNMIL *Siehe* Vereinte Nationen
- UNMIS *Siehe* Vereinte Nationen
- UNMIT *Siehe* Vereinte Nationen
- UNOCI *Siehe* Vereinte Nationen
- UNODC *Siehe* Vereinte Nationen
- UNRWA *Siehe* Vereinte Nationen
- UNWTO *Siehe* Vereinte Nationen
- UPU *Siehe* Vereinte Nationen
- Uruguay 58, 61, 105, 153, 226, 366, 383
- USA 17, 19, 34, 36, 40, 42, 46–48, 51–57, 59, 70, 71, 75, 79, 102, 106, 133, 134, 139, 141–143, 160, 162, 175, 190, 195, 205, 208, 211, 264, 295, 338, 372, 391, 392, 396, 401, 402
- Usbekistan 45, 82, 83, 167, 172, 367, 384, 404
- Vanuatu 226, 368, 384
- Venezuela 57, 59, 61, 62, 235, 258, 266, 271, 282, 291, 348, 349, 355, 368, 384
- Vereinigte Arabische Emirate 51, 229, 239, 288, 297, 318, 319, 369
- Vereinte Nationen
- BINUB 149
 - CCPCJ 186, 187
 - CERF 126, 135, 136, 395
 - CND 185, 186, 370
 - COPUOS 136
 - CSD 124, 194
 - ECOSOC 151, 152, 286, 390
 - FAO 153, 154, 230, 393
 - Generalsekretär 34, 122, 131–133, 138–141, 143, 145, 147–149, 173, 175, 178, 179, 187, 196, 339, 364, 371
 - Generalversammlung 33, 59, 64, 123, 131–133, 136–139, 151, 161, 168, 171, 173–175, 177, 178, 180, 185, 187, 246, 275, 284, 318, 321, 351, 371, 373
 - IAEA 49, 142, 157, 158, 160, 230, 333, 344, 364, 386–388, 395
 - ICAO 155, 156, 285, 393
 - ICI 141, 142
 - IAFD 155, 402
 - IGH 59, 152, 153
 - ILO 41, 154, 393
 - ITU 154, 393
 - JPO 126, 129, 397
 - Kommission für Friedenskonsolidierung 149, 151
 - MNF 48, 141, 142
 - MONUC 147, 150, 292, 403
 - OCHA 128, 129, 136, 395
 - ONUB 149, 403
 - Sicherheitsrat 8, 24–26, 33, 34, 37, 48, 53, 57, 63, 64, 67, 71, 74, 111, 119, 124, 131, 138–151, 178, 179, 188, 211, 214, 217, 390
 - SPIDER 136
 - TPB 187
 - UNAMA 142, 143
 - UNAMI 141
 - UNCDF 123, 126, 391
 - UNCITRAL 137
 - UNDAC 129
 - UNDC 134
 - UNDP 115, 123, 126–128, 361, 391
 - UNECE 152
 - UNEO 134
 - UNEP 126, 134, 195, 230, 391
 - UNESCO 97, 156, 230, 369, 393
 - UNFCCC 131, 391
 - UNFICYP 145, 378, 403, 404
 - UNFPA 115, 123, 392
 - UNHCR 126, 129, 183, 266, 392
 - UNICEF 123, 126, 130, 177–179, 392
 - UNIDO 105, 124, 230, 236, 248, 252, 270, 300, 340, 353, 363, 386–388, 392

Sachindex

- UNIFEM 119, 124, 179, 392
- UNIFIL 140, 150, 403
- UNMEE 148, 150, 238, 403, 405
- UNMIK 9, 25, 35, 338, 403, 405
- UNMIL 67, 148, 150, 211, 403
- UNMIS 146, 150, 403
- UNMIT 73, 143, 403
- UNOCI 148, 403
- UNODC 126, 184–188, 231, 244, 291, 322, 367, 386, 387, 392
- UNRWA 115, 127, 130, 133, 299, 392
- UNWTO 158, 394
- UPU 158, 394
- Völkerrechtswoche 137, 138
- WFP 127, 128, 130, 154, 297
- WHO 157, 325, 353, 394
- WMO 159, 394
- WSIS 154
- Vietnam 74, 126, 139, 376, 377, 384
- Visaerleichterungsabkommen 8, 34, 35, 37–39, 103
- Visakommission 104
- Völkerrechtswoche *Siehe* Vereinte Nationen
- Wahlbeobachtung 46, 82, 86, 90, 170, 307
- Wahlkarten 107
- Weihnachtsaktion 107
- Weltbank 111, 119, 120, 155, 371, 402
- Westlicher Balkan 6–8, 23–25, 32, 92, 103, 165, 200, 202, 208, 209
- WEU 78, 230
- WFP *Siehe* Vereinte Nationen
- WHO *Siehe* Vereinte Nationen
- WMO *Siehe* Vereinte Nationen
- WSIS *Siehe* Vereinte Nationen
- WTO 39, 44, 45, 56, 68, 74, 75, 94, 190, 191, 230
- Zentralafrikanische Republik 24, 25, 64, 129, 137, 146, 147, 150, 181, 188, 228, 378
- Zentraleuropäische Initiative 91, 92
- Zivilgesellschaft 12, 31, 41, 81, 111, 112, 114–116, 118, 121, 123, 154, 167, 170, 172, 176, 181, 209, 212, 270, 361, 372
- Zypern 6, 7, 49, 132, 145, 378, 384

Österreich in der Welt

- Europäische Union: Vertrag von Lissabon - Erweiterung -
Politiken der EU - Außenbeziehungen
- Nachbarschaftspolitik, Regionale Partnerschaft, Zusammenarbeit
im Donauraum, Südosteuropa, Mittelmeerkooperation
- Die Lage in Krisenregionen, Naher Osten, Irak, Sudan, Afghanistan
- Die konsularische Dimension der Außenpolitik
- Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe
- Netzwerk Menschliche Sicherheit, Menschenrechte, Rechte der Frau
- Dialog der Kulturen und Religionen
- Die humanitäre Dimension in internationalen Beziehungen
- Entwicklungszusammenarbeit
- Globale Aspekte der österreichischen Außenpolitik,
Österreich in internationalen Organisationen
- Internationale Abrüstung
- Weltwirtschaftspolitik und globale Nachhaltigkeitspolitik
- Der österreichische auswärtige Dienst
- Auslandskulturpolitik und Öffentlichkeitsarbeit
- Länderinformationen: Afghanistan bis Zypern
- Zahlen und Graphiken

2007

Jahrbuch der Österreichischen Außenpolitik